This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

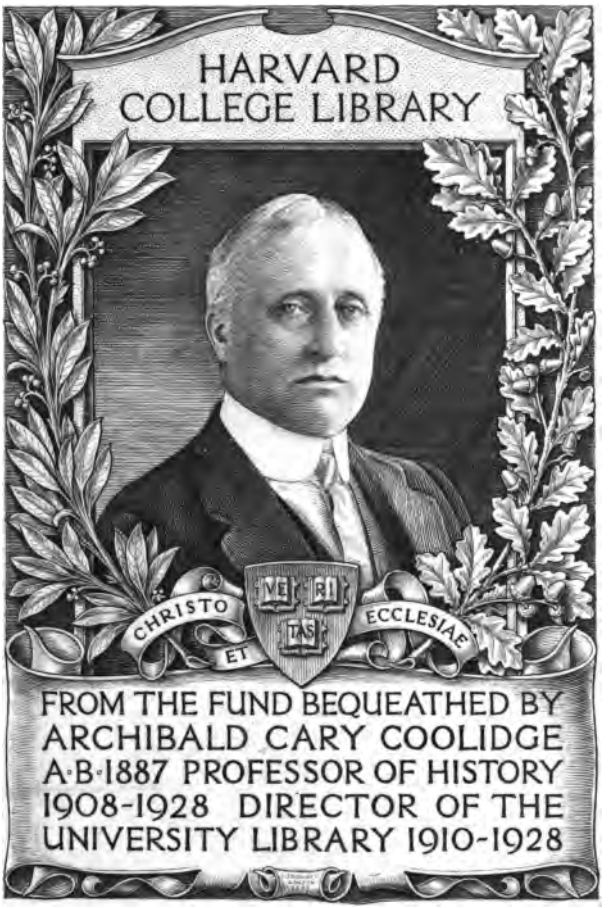
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


HARVARD
COLLEGE LIBRARY
CHRISTO
ET
ECCLESIAE
VE RI
TAS
FROM THE FUND BEQUEATHED BY
ARCHIBALD CARY COOLIDGE
A·B·1887 PROFESSOR OF HISTORY
1908-1928 DIRECTOR OF THE
UNIVERSITY LIBRARY 1910-1928

H 38.45.10(1)

Blicke

aus der Zeit in die Zeit.

Erſter Band.

Blicke

aus der Zeit in die Zeit.

Randbemerkungen

zu der

Tagesgeſchichte der letzten fünfundzwanzig Jahre.

Von

Dr. K. H. Hermes.

Neque enim ad hanc formam caetera erant.

Tac.

Erſter Band.

Braunſchweig,

Druck und Verlag von George Weſtermann.

1845.

H 38.45.10 (1)

HARVARD
UNIVERSITY
LIBRARY
APR 25 1960

Vorrede.

Ac plerique suam ipsi vitam narrare fiduciam potius morum, quam arrogantiam arbitrati sunt. Tac.

Es iſt in dieſen Tagen unter literariſchen Größen aller Dimenſionen — die kleinſten nicht ausgenommen — eine ſo allgemeine Gewohnheit geworden, geſammte Werke oder geſammelte Schriften herauszugeben, daß ich es kaum gewagt haben würde, dem oft gemißbrauchten und deshalb übel berüchtigten Beiſpiele auch nur von Ferne zu folgen, wenn nicht ganz beſondere Gründe meine Bedenklichkeiten beſeitigt hätten. Schwerlich hat in den letzten fünfzehn Jahren irgend eine andere literariſche oder publiciſtiſche Perſönlichkeit von Seiten der meiſten namhaften deutſchen Journale eine gleich gehäſſige und gleich beharrliche Feindſeligkeit erfahren, wie die des Schreibers dieſer Zeilen. Man hat ſich nicht damit begnügt, mir jede literariſche Bedeutung, jede nicht ganz gewöhnliche Befähigung, außer etwa einer durch lange Uebung erworbenen Federfertigkeit abzuſprechen, ſondern man hat ſich zugleich darin gefallen, bei hundert verſchiedenen Gelegenheiten meinen politiſchen Character zu verdächtigen, indem man mir Wetterwendigkeit, Geſinnungloſigkeit und, ich weiß nicht, wie viele andere politiſche Verbrechen vorwarf, die mit der tiefſten Verachtung jedes Ehrenmannes nicht zu hart beſtraft worden wären. Wenn die ziemlich allgemein verbreitete Anſicht von der unumſchränkten Gewalt begründet wäre, welche die Preſſe über die öffentliche Meinung üben ſoll, ſo müßte die geringe ſchriftſtelleriſche Geltung, die mir meine früheſten Verſuche auf dem Gebiete der Journaliſtik, durch meine Theilnahme am „Morgenblatte," durch die Herausgabe der „Britannia" und durch die Begründung des noch jetzt beſtehenden „Auslandes," ſo wie einige ſpätere Arbeiten vielleicht erworben haben, längſt völlig vernichtet ſein. Zur Beruhigung der guten Freunde, die ſich ſeit einer ganzen Reihe von Jahren ſo außerordentlich um

meine Person bemüht haben, kann ich indessen versichern, daß ich alle Ursache habe, mit der Aufnahme zufrieden zu sein, die meinen publicistischen Bestrebungen von Seiten der großen Masse meiner nicht schreibenden aber lesenden und urtheilenden deutschen Landsleute zu Theil geworden ist, und daß ich in dieser Aufnahme eine hinreichende Entschädigung für die Nachtheile finde, welche die Lüge und die Verleumdung mir etwa, ohne mein Wissen, zugefügt haben mag. Eine so auffallende Erscheinung durch einfache Darlegung der Thatsachen zu erklären, ist der Zweck dieses Vorwortes, für das ich, wenn es sich hauptsächlich mit meiner Persönlichkeit beschäftigen wird, die Nachsicht der Leser erbitte.

Bis zum Jahre 1830 hatte ich ungeachtet vielfachen Wechsels meines Aufenthaltes innerhalb und außerhalb Deutschlands beinahe ausschließlich gelehrten Studien obgelegen, und meine Thätigkeit, theils als Schriftsteller in einem Dutzend verschiedener Journale, unter denen ich auch die Augsburger „allgemeine Zeitung" anführen muß, theils als öffentlicher Lehrer an der Hochschule zu München, war eine diesen Studien mehr oder weniger entsprechende. Nur selten warf ich einen Blick auf die politischen Zustände der Gegegenwart, die für den freisinnigen Mann so wenig Erfreuliches boten, daß selbst Rotteck, den doch wahrlich Niemand der Zaghaftigkeit beschuldigen wird, an einer vernünftigen Gestaltung der Dinge in Europa — wie dieß aus den Schlußworten seiner allgemeinen Geschichte hervorgeht, — verzweifelte. Daß dennoch in diesem frühesten Abschnitte meiner öffentlichen Wirksamkeit mein politisches Urtheil kein ganz unreifes war, hoffe ich wenigstens durch einen und den andern meiner damals geschriebenen Aufsätze dargethan zu haben, von denen einzelne auch in diese Sammlung übergegangen sind. Im Frühjahre 1831 gab ich meine Stellung als Docent an der Münchener Hochschule auf und verließ die bayerische Königsstadt, außer andern sehr erheblichen und reif erwogenen Gründen, von denen ich nur mein durch treulose Einflüsterungen und eigennützige Intriguen veranlaßtes Zerwürfniß mit unserm größten deutschen Buchhändler, dem verstorbenen Freiherrn Cotta von Cottendorf erwähnen darf, hauptsächlich deshalb, weil ich durch vertrauliche Mittheilung eines königlichen Prinzen in Erfahrung gebracht hatte, daß ich Sr. Majestät dem Könige Ludwig von Bayern durch den geheimen Medicinalrath Professor Ringseis als Revolutionair und sittlicher Miturheber der im December 1830 ausgebrochenen

Studentenunruhen denuncirt worden war*), wogegen mir kein Mittel der Vertheidigung zu Gebote stand, und weil ich vorhersah, daß der bei dem bevorstehenden Zusammentreten des Landtages von 1831 unvermeidliche Kampf der Parteien eine Wendung nehmen würde, die mir, dem zum voraus an der höchsten Stelle verdächtigten, noch nicht eingebürgerten Fremden einen sichern und für meine Sache, für die Sache einer vernünftigen freien politischen Entwicklung, unnützen Untergang bringen mußte**). Ich stellte für einen Theil meiner Thätigkeit in München einen Ersatzmann in der Person des Advocaten Wirth, eines gebornen Bayern, den ich auf der Durchreise in Baireuth kennen lernte und seiner damals sehr gemäßigten, liberalen Gesinnungen wegen für geeignet hielt, sowohl der bayerischen Regierung als der Sache des besonnenen vernünftigen Fortschrittes gute Dienste zu leisten. Nach mehrmonatlichem Verweilen in Leipzig, während dessen ich, zu meiner nicht sehr freudigen Ueberraschung, einen wahrscheinlich durch meine kurz vorher im Cotta'schen Verlage erschienene „Geschichte Polen's" veranlaßten, jedenfalls auf einem Mißverständnisse beruhenden Ruf in das auswärtige Departement der revolutionairen Regierung zu Warschau erhielt, ging ich, einer Einladung des Buchhändlers Eduard Vieweg folgend, nach Braunschweig, wo ich die „Deutsche Nationalzeitung" begründete: ein Tagblatt, dessen vornehmster Zweck war, in dem bisher in politischer Hinsicht durchaus verwahrlosten deutschen Norden die Anfangsgründe einer gesunden politischen Bildung zu verbreiten und vor Allem die durch die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit in nicht wenigen Gemüthern erschütterte deutsche Gesinnung von neuem zu befestigen. Inwiefern mir Beides gelungen ist, steht mir nicht zu, zu beurtheilen. Dagegen glaube ich die freundliche Unterstützung, die das Unternehmen in einem weiten Kreise fand, nicht verschweigen zu dürfen. Unmittelbar nach der Ausgabe der Probenummern waren die Kosten durch die Abonnenten aus der damals noch wohlhabenden Stadt und aus der Umgegend gedeckt; nach

*) Herr Dr. Ringeis hatte sich auf meine Vorlesungen bezogen, die er für revolutionair erklärte; mit welchem Grunde, kann man aus den an der Spitze dieser Sammlung mitgetheilten Fragmenten entnehmen.

**) Wer diese Voraussetzung als eine übertriebene, durch die Furcht eingegebene ansehen will, den erinnere ich nur an das Schicksal, das den wackern, in seinen politischen Ansichten nichts weniger als überspannten und nur durch die Gewalt der Ereignisse zum Aeußersten gedrängten Dr. Eisenmann getroffen hat, der damals gleich mir zugleich Docent an einer bayerischen Universität und Journalist war.

Ablauf des ersten Vierteljahres gehörte das Blatt bereits zu den am meisten verbreiteten im nördlichen Deutschland. Später ging zwar der Absatz beträchtlich zurück, was seine Gründe theils in einer von der königlich hannover'schen Regierung mit Genehmigung der Ständeversammlung ergriffenen fiscalischen Maßregel, theils in einem Drucke der Censur hatte, der bis zu einer selbst in Deutschland beispiellosen Höhe stieg. Die deutsche Nationalzeitung hatte der braunschweigischen Regierung in den schwierigsten Zeiten nicht unwesentliche Dienste geleistet; selbst von der deutschen Bundesversammlung, die anfangs das Blatt seiner derben, kräftigen und, so lange es erlaubt war, kühnen Sprache wegen in ihr schwarzes Buch eingetragen hatte, war nach den Berichten des herzoglichen Bundesgesandten, Freiherrn von Marschall, die vaterländische deutschgesinnte Richtung desselben belobend anerkannt worden; aber wenn eine Zeitlang deutscher Freimuth gegenüber den offenen Versuchen zum Vaterlandsverrath noch willkommen war, so trat bald eine Periode ein, in der jede selbständige Gesinnung, wie unzweifelhaft loyal sie auch sein mochte, als revolutionair galt, weil sie es nicht vermeiden konnte und wollte, zuweilen unbequem zu werden. Ohne Zweifel trug auswärtiger Einfluß, dem man sich nicht immer zu entziehen vermochte, einen Theil der Schuld, wenn die unverfänglichsten Aeußerungen dem Rothstifte des Censors verfielen, sobald sie nicht das unbedingte Lob jeder beliebigen Maßregel aller großen und kleinen deutschen Regierungen enthielten; in der Ausübung der Gewalt liegt aber etwas so Verführerisches, daß es schwerlich lange besonderer Aufforderungen von Außen bedurfte, um die möglichste Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung als etwas sich von selbst Verstehendes erscheinen zu lassen. So war zuletzt in der „Deutschen Nationalzeitung aus Braunschweig und Hannover" nicht einmal der Abdruck wörtlich treuer Auszüge aus den Inhaltsanzeigen der gedruckten und für die Oeffentlichkeit bestimmten Protocolle der braunschweigischen Ständesitzungen gestattet. In Bezug auf die hannover'schen Angelegenheiten ging mir während des bekannten Verfassungsstreites die amtliche Weisung zu, überhaupt nichts aufzunehmen, als was aus dem amtlichen Theile der hannover'schen Zeitung entlehnt war. Nach der Anführung solcher Beispiele brauche ich es wohl kaum erst zu sagen, daß von den selbstständigen theils raisonnirenden, theils berichtenden, die Ereignisse eines gegebenen Zeitabschnittes in eine gedrängte Uebersicht zusammenfassenden und mit

geschichtlichen oder geographischen und statistischen Erläuterungen begleitenden Aufsätzen, mit denen ich Tag für Tag jede Nummer der Zeitung eröffnete, kaum ein einziger dem Schicksale entging, durch die Censur mehr oder weniger verkürzt zu werden.

Aus einem ungeheueren Vorrathe glaube ich jetzt, nachdem die Verhältnisse sich denn doch sehr zum Bessern geändert haben, einige Proben, die mir ungesucht in die Hände fallen, zum Belege hervorheben zu dürfen. Von der Politik des Königs der Franzosen war mir nicht gestattet zu sagen, daß dieselbe eine „gewundene" Bahn beschreibe. Ich durfte sagen, daß Ludwig Philipp die Gewalt, die er zu der Begründung und Befestigung der Ordnung verwenden wollte, erst den Gegnern derselben entwinden mußte; dagegen durfte ich nicht hinzufügen: die traurigen Beispiele der ersten Revolution hätten ihn belehrt, „daß dieß durch die List, die den Schein nachgiebiger Schwäche annehme, oft, durch die verwegenste Kühnheit im offenen Kampfe nie gelinge." Von der französischen Pairskammer war es mir nicht erlaubt zu behaupten, daß die Julirevolution, indem sie die letzten Reste ihrer Unabhängigkeit aufhob, „dieselbe in eine Art vornehmer Invalidenanstalt verwandelt" habe. In einem Aufsatze über den Aprilproceß hatte ich geäußert, daß die französische Pairskammer, indem sie den Angeklagten das Recht der freien Wahl ihrer Vertheidiger entzog, „die tumultuarischen Auftritte, die jetzt erfolgten, selbst hervorgerufen habe." Ein so revolutionairer Satz wurde natürlich durch die Censur beseitigt; eben so der Schluß des ganzen Aufsatzes, in dem ich vorhersagte, was freilich durch den Erfolg unmittelbar bestätigt wurde, daß man genöthigt sein werde, von den Gesetzwidrigkeiten, die man sich einmal erlaubt habe, zu neuen größeren fortzuschreiten, weil „auf dem Wege der Willkür und der Gewalt der erste Schritt immer unvermeidlich den zweiten nach sich ziehe." Bei einer andern Gelegenheit hatte ich mich mißbilligend über das Verfahren der französischen Minister ausgesprochen, welche das Mittel, die Bourgeoisie und die Kammern durch Vorspiegelung des Schreckbildes der Revolution einzuschüchtern, um sie zur Annahme ihrer Maßregeln zu bestimmen, doch etwas gar zu sehr verbrauchten. Ich bediente mich, um meine Meinung in möglichster Kürze auszudrücken, eines Bildes, das freilich nicht das kostbarste war, indem ich an die Fabel von dem Hirtenknaben erinnerte,

„der so lange seine Nachbarn durch das Geschrei zum Besten hatte, welches er ohne Grund erhob, bis ihm Niemand mehr glaubte, als der Wolf wirklich in seine Heerde einbrach.“ Eine so respectwidrige Vergleichung konnte vermuthlich um so weniger geduldet werden, als schon die Trivialität derselben das Geschmacksurtheil des Censors verletzte. Ich glaube bei dieser Gelegenheit dem französischen Gesandten in Hannover, Martin, einem Bruder des bekannten Ministers Martin du Nord, das Zeugniß nicht vorenthalten zu dürfen, daß ich es besonders seiner diplomatischen Rührigkeit zu verdanken hatte, wenn mir, dem unbedeutenden braunschweigischen Zeitungsschreiber, zu derselben Zeit jedes freie Urtheil über Frankreich und französische Zustände, so weit dieß in der Macht der Censur stand, verkümmert wurde, während die französischen Journale sich nach Herzenslust in den boshaftesten Ausfällen gegen alle deutsche Regierungen ergingen.

Nicht viel besser, als bei der Besprechung der französischen, erging es mir bei der Erörterung britischer Angelegenheiten. In einem Aufsatze über den Nationalhaß der Franzosen und der Engländer machte ich beiläufig folgende Bemerkungen: „Ein Volk kann nie in eine Lage kommen, in der die Pflicht der Selbsterhaltung aufhörte. Die ihrer Selbstständigkeit beraubte, mit Gewalt unterjochte Nation hat daher, so lange nicht jeder Funke von Lebenskraft in ihr erloschen ist, die heilige Pflicht, ihre Unterdrücker mit dem glühendsten, mit dem tödtlichsten Hasse zu verfolgen. Der Deutsche war ein schlechter Bürger, der nicht von Haß gegen die Franzosen durchdrungen war, so lange sein Vaterland unter französischem Joche schmachtete. Es versteht sich von selbst, daß das, was uns Deutschen recht war, jedem andern Volke in gleicher Lage billig ist.“ Diese allgemeinen Bemerkungen konnten möglicherweise als eine Anspielung auf Polen gedeutet werden; sie durften keine Gnade finden. Die Unterdrückung der Orangelogen durch die englische Regierung gab mir Veranlassung, die Verfassung und die Wirksamkeit jener geheimen hochverrätherischen Verbindung nach parlementarischen Actenstücken darzustellen. Der ganze streng geschichtliche Aufsatz wurde wunderbar verstümmelt. Ich hebe von den gestrichenen Stellen nur zwei heraus, die nichts als actenmäßig erhärtete Thatsachen enthielten. „Jede Mißhandlung, die ein Orange-

man ſich gegen einen Katholiken erlaubte, blieb ungeſtraft, und ſelbſt der Mord fand Entſchuldigung, wenn derſelbe durch religiöſen oder politiſchen Fanatismus veranlaßt war.“ Geſtrichen! „Der Bund der Orangemen übte nicht allein in der That den härteſten Druck; er fügte zum Schaden auch noch den Hohn und die Beſchimpfung, indem er keine Gelegenheit vorübergehen ließ, den katholiſchen Iren auf die gehäſſigſte Weiſe ihre Erniedrigung zurückzurufen. Die Befreiung von einem ſolchen Joche iſt ein Dienſt, den die iriſche Nation nur durch ihre innigſte Liebe und durch die aufrichtigſte Dankbarkeit vergelten kann.“ Dreimal geſtrichen! Hier war es alſo nicht einmal erlaubt, eine gerechte Maßregel einer auswärtigen Regierung zu loben. Die Thronrede, in welcher die Königin von England ihre bevorſtehende Vermählung mit dem Prinzen Albert von Koburg ankündigte, veranlaßte eine Reihe Bemerkungen, die ich hier in extenso wiederhole, weil dieſelben mir auch jetzt noch der Beachtung nicht unwerth ſcheinen. „In der allgemeinen Entwicklung der Menſchheit vertreten die Frauen vorzugsweiſe die Gefühlsſeite, in deren ganzem Weſen etwas Dunkles, Geheimnißvolles und Unbeſtimmtes liegt, welches der ſchärfſte Verſtand umſonſt ſich bemüht, aus dem innerſten Grunde des Gemüthes an das Licht zu ziehen. Hierin und keineswegs bloß in der körperlichen Schwäche des weiblichen Geſchlechtes, die daſſelbe zwang, neben dem kräftigeren Manne zurückzutreten, liegt der wahre Grund, weshalb das Weib von jeher von der Theilnahme an dem öffentlichen Leben ausgeſchloſſen war und in demſelben immer eine mehr leidende, als thätige Rolle ſpielte. Wir haben noch keine Geſchichte der Menſchheit, weil in allen Verſuchen, die man bisher gemacht hat, die geiſtige Entwicklung der Menſchheit darzuſtellen, immer nur die Verſtandesſeite hervorgehoben und die Gemüthsſeite entweder ganz überſehen oder wenigſtens nicht in ihrer vollen Bedeutung aufgefaßt iſt. Das Gemüth hat aber eben ſo ſeine fortſchreitende Entwicklung, wie der Verſtand. Da Gefühl und Verſtand nur verſchiedene Richtungen einer und derſelben geiſtigen Kraft ſind, ſo kann die eine nicht ausgebildet werden, ohne daß auch die andere einen Fortſchritt in ihrer Ausbildung machte. Die moderne Welt ſteht in ihrer Gemüthsbildung eben ſo hoch über dem Alterthume, als in ihrer Verſtandesbildung. Deshalb nehmen auch die Frauen in unſern Tagen eine ungleich würdigere Stellung in der Geſellſchaft ein, als zu irgend

einer früheren Zeit. Nur ist es ein lächerliches Mißverständniß, wenn man darauf, daß wir anfangen, dem weiblichen Geschlechte die gebührende Stellung in der Gesellschaft einzuräumen, die sonderbare Forderung der Emancipation des Weibes gründet. Eine Emancipation, die dem Weibe gleiche Rechte mit dem Manne zugestände und mit diesem eine gleiche Stellung einräumte, würde dasselbe nicht erheben, sondern erniedrigen, weil sie das Weib nöthigte, seiner eigensten Natur untreu zu werden. Eine solche Befreiung wäre keine Erhebung zur Freiheit, sondern eine Erniedrigung zur tiefsten Knechtschaft; denn keine andere Knechtschaft kann so erniedrigend sein, als jene, welche uns die Verleugnung unserer geistigen Eigenthümlichkeit auflegt." Der Schlußsatz wurde vom Censor gestrichen, weil die Königin von England, wenn sie denselben gelesen hätte, darin vielleicht eine Beleidigung gefunden haben würde. Damit war der ganzen Beweisführung die Spitze abgebrochen, und daß beinahe jede andere Pointe, die irgend wo die empfindlichste Erregbarkeit verletzen konnte, ein gleiches Schicksal traf, wird man mir ohne weitere Belege auf mein Wort glauben.

Eine sichtliche Angst befiel den unglücklichen Censor, so oft des russischen Zaarenreichs gedacht wurde. Ich betrachtete es als eine meiner vornehmsten Aufgaben, die folgerecht ihrem Ziele entgegenschreitende russische Politik im Oriente auf allen ihren scheinbaren Irrgängen zu begleiten. Dabei hatte ich, wie man sich leicht denken kann, mit wunderbaren Schwierigkeiten zu kämpfen. Offen mit der Sprache herauszugehen, war in den meisten Fällen, wenn ich mich auch der mildesten Ausdrücke bediente, geradezu unmöglich. Ich mußte mich daher gewöhnlich begnügen, die Thatsachen für sich selbst reden zu lassen und die Folgerungen, die ich aus denselben zog, nur durch die Art ihrer Zusammenstellung anzudeuten. Aber auch bei der Anführung einfacher Thatsachen war oft eine nicht geringe Kunst erforderlich, um ihnen durch die Einkleidung alles Anstößige zu nehmen. So oft ich dieß vergaß, folgte die Strafe auf dem Fuße nach. Um das Verfahren der Censur in solchen Fällen zu veranschaulichen, will ich nur ein Beispiel geben. So war ich, um die den Russen wenig günstige Stimmung in den Donaufürstenthümern zu erklären, auf das Jahr 1828 zurückgegangen. „Damals", sagte ich, „wurden die Russen von der Bevölkerung mit offenen Armen aufgenommen. Unglücklicherweise machten die Befreier an die armen Walachen Ansprüche, welche

die Gewaltthätigkeiten der Türken in Kurzem vergessen ließen. Ein Heer von 200,000 Mann mußte verpflegt und mit Zugvieh versehen werden. Die zahlreichen Heerden, welche den Wohlstand des Landes bilden, waren im Frühjahre durch eine Seuche vernichtet worden; die Russen nahmen aber so wenig Rücksicht auf den allgemeinen Nothstand, daß sie dem Bauern sein letztes Stück Vieh vom Pfluge ausspannten, und da dieß nicht ausreichte, Männer und Weiber zwangen, statt des Viehes, Vorspanndienste zu leisten. Tausende erlagen unter den Peitschenhieben, mit denen sie angetrieben wurden; und bei der Beendigung des Krieges im Jahre 1829 war die Bevölkerung der Fürstenthümer um ein Viertheil vermindert. Es läßt sich denken, daß das Andenken, welches die Russen in der Moldau und Walachei hinterlassen haben, nicht das vortheilhafteste ist. Von der Stimmung, die unter dem niedern Volke herrscht, werden aber die höheren Stände und namentlich die Bojaren erster Classe, die neben den Fürsten die höchste Gewalt haben, nicht berührt. Die Fürstenthümer sind durch den Frieden von Adrianopel unter russischen Schutz gestellt. Die Fürsten, obwohl dem Namen nach unabhängig, dürfen in der That keine einigermaßen wichtige Regierungshandlungen vornehmen, ohne sich vorher von St. Petersburg die kaiserliche Genehmigung eingeholt zu haben." Die durch den Druck ausgezeichneten Stellen sind von der Censur gestrichen; und nun urtheile man, welche traurige Gestalt der ganze Aufsatz erhielt, der von Anfang bis zu Ende auf ähnliche Weise zugerichtet wurde!

Man wird vielleicht sagen, daß ich unter solchen Umständen besser gethan hätte, die Feder ganz niederzulegen; und dieß ist in der That von vielen Seiten gesagt worden. Ich hielt es für rühmlicher, den Beweis zu führen, daß keine Censur, wie rücksichtlos und „durchgreifend" sie auch verfahre, den Schriftsteller, der nur seiner Muttersprache vollkommen mächtig ist, hindern kann, seine Meinung auszusprechen. Ob und in wiefern mir dieß gelungen ist, davon legt diese Sammlung, die ihrem bei weitem größten Theile nach aus Aufsätzen der Deutschen Nationalzeitung zusammengesetzt ist, ein Zeugniß ab, welches vielleicht schon in dieser Beziehung, als ein merkwürdiges Denkmal der Tagesgeschichte, einige Beachtung verdient. Ein anderer Grund, der mich bestimmte, meinen Posten nicht zu verlassen, obwohl ich mir

nicht verbarg, wie sehr eine solche Stellung meinen literarischen Ruf gefährdete, war die Ueberzeugung, daß nur durch tapferes Beharren auf dem Wege, den ich eingeschlagen, für die deutsche Nation die Erlaubniß zu erzwingen sei, in ihren Zeitungen, den wichtigsten Organen der Oeffentlichkeit, selbst zu denken, statt ihr Urtheil über politische Ereignisse von den Franzosen und Engländern zu entlehnen, wodurch die deutsche Volksgesinnung bereits seit so vielen Jahren verfälscht worden war und zuletzt nothwendig in ihrem innersten Wesen vergiftet werden mußte. Auch fehlte es nicht an guten Vorzeichen, daß ich meinen Zweck ungeachtet aller Ungunst der Zeiten zuletzt doch erreichen würde. Zwei Blätter im deutschen Westen, der von jeher größere politische Regsamkeit gezeigt hat, als der Osten, — die Frankfurter „Oberpostamts-Zeitung" und die „Aachener Zeitung" — fingen bald nacheinander an, dem von mir gegebenen Beispiele folgend, selbstständige leitende Aufsätze zu bringen, in denen sie die Tagesereignisse besprachen, zwar beide in der oberflächlichsten mehr schöngeistigen Manier, aber doch nicht von fremdländischem, sondern von deutschem, wenn auch noch so untergeordnetem Standpuncte aus. Große Erheiterung gewährte es mir, wenn Herr Hofrath Berly in Frankfurt von Zeit zu Zeit die aus seiner Feder geflossenen Aufsätze zählte und mit naiver Selbstgefälligkeit ankündigte, daß deren jetzt schon so und so viele wären, ohne es auch nur durch die leiseste Andeutung zu verrathen, daß einer seiner Zeitgenossen inzwischen eben so viele Tausende solcher leichten Erzeugnisse des Augenblickes hervorgebracht hatte, als er selbst sich rühmen konnte, Hunderte an das Licht gestellt zu haben, und wie es schien, ohne eine Ahnung davon zu haben, daß es bei diesen Leistungen doch wohl etwas mehr auf den Werth, als auf die Menge ankam.

Diese Erheiterung war bei dem zunehmenden Drucke der Censur so ziemlich die einzige, die ich meiner ganzen Zeitungsthätigkeit verdankte. Die Partei der Ultraliberalen, die ihre Hoffnung auf eine demnächst zu veranstaltende allgemeine deutsche Revolution gesetzt hatte, war von Anfang in entschiedene Feindseligkeit gegen mich getreten, weil sie wohl fühlte, daß meine gemäßigte, gerade, männliche Sprache mehr dazu beitrug, die Massen ihren Planen zu entfremden, als der kriechende Lakaienton aller bezahlten Hofzeitungsschreiber *). Dr. Wirth,

*) Diese Behauptung beruht nicht auf Vermuthungen; ich werde, wenn die Zeit gekommen ist, nachweisen, wie unter Mitgliedern des bekannten Preßvereines eine

der von München aus mich wiederholt um Beiträge aus meiner, wie er sich ausdrückte, „classischen Feder“ für seine deutsche Tribune ersuchte, hatte seinen Wohnsitz kaum nach Rheinbayern verlegt, als er mich seinem Anhange als einen jener „faulen Knechte des Juste-Milieu“ bezeichnete, welche der Freiheit mehr schadeten, als alle erklärte Gegner. Die Genossen in den Blättern verwandter Richtung fielen bei. Die Stuttgarter deutsche allgemeine Zeitung schmückte mich ihrerseits bereits mit dem königlich hannoverschen Guelfenorden, was in der Meinung des mir wohlbekannten Redacteurs vermuthlich ein arger Schimpf sein sollte. Auch nachdem die Partei in ganz Deutschland den Maßregeln des deutschen Bundes erlegen war, wie ich ihr dieß von Anfang vorhergesagt hatte, setzte der zurückbleibende Troß seine Feindseligkeiten fort, indem er Verdächtigungen und Verleumdungen ausstreute, die ich in den seltensten Fällen einer Beachtung würdigte. Die Blätter, welche sich nicht dazu hergaben, die albernsten Lügen aufzunehmen, beobachteten wenigstens ein vorsichtiges Stillschweigen, um unter ihren Lesern das Geheimniß nicht auskramen zu lassen, daß eine deutsche Zeitung vorhanden war, die gerade das besaß, was ihnen am meisten abging, — ein eigenes Urtheil. So geschah es, daß zu derselben Zeit, während die deutsche Nationalzeitung von englischen und französischen Blättern als Auctorität angeführt und in Athen wie in Konstantinopel genannt wurde, die meisten deutschen Zeitungen den Schein annahmen, als sei ihnen selbst der Name unbekannt; denn nicht selten machten zwar nicht ganze Aufsätze, die für den sparsamen Zuschnitt der trefflichen Sammelblätter zu ausgedehnt waren, doch Bruchstücke aus denselben die gewöhnliche Zeitungsrunde, die ohne Weiteres dem Blatte zugeschrieben wurden, das sie ohne Nennung der Quelle zuerst entlehnt hatte. Ich durfte diese unbedeutenden Kleinigkeiten nicht verschweigen, wenn ich von den Leiden eines deutschen Zeitungsschreibers ein annähernd treues Bild geben wollte.

Mit gerechtem Stolze kann ich jezt wohl sagen, daß ich auf meinem bescheidenen Arbeitsstübchen in Braunschweig zehen Jahre hindurch mit Manneskraft gestritten habe. Auch ist mir eben so, wie gegen die Erbärmlichkeit des deutschen Schreibergesindels, in dem härteren Kampfe gegen die Censur der Sieg geblieben. Denn als

förmliche Berathung darüber stattfand, auf welche Weise man mich unschädlich machen könne. Daß die schmählichsten, selbst verbrecherische Mittel in Vorschlag gebracht wurden, ist eine Thatsache, die sich durch das Zeugniß ehrenhafter Männer erhärten läßt.

einen Sieg betrachte ich es, daß die Behörde, welcher die Aufsicht über die Presse im Herzogthume Braunschweig oblag, nachdem die Censur alle ihr zu Gebote stehende Mittel erschöpft hatte, sich von der Unwirksamkeit derselben überzeugte, indem man das Weitererscheinen des Blattes, welches man durch geistlähmenden Druck nicht zu tödten vermochte, geradezu untersagte. Die Gründe der Unterdrückung sind mir amtlich nicht bekannt geworden, da die Verfügung, welche dieselbe aussprach, nur dem Verleger mitgetheilt und dieser auf sein Gesuch, eine Abschrift nehmen zu dürfen, abschläglich beschieden wurde. Ich habe gehört, daß als der vornehmste Grund die undeutsche Gesinnung angegeben worden sei, welche die Deutsche Nationalzeitung an den Tag lege. Wie eine solche Verkennung der Grundrichtung eines Blattes, das einen Zeitraum von zehen Jahren hindurch bestanden hatte, möglich war, wird heute zu Tage schwer begreiflich erscheinen. Damals, als man gegen meine bestimmte Vorhersagung den Ausbruch eines Krieges mit Frankreich erwartete, genügte es, zur Begründung des Verdammungsurtheils daß ich in Bezug auf die orientalischen Wirren der Ansicht nicht untreu wurde, die ich von dem ersten Anfange der Verwicklung aufgestellt hatte, und die seitdem durch den Erfolg mehr als hinreichend gerechtfertigt worden ist. Eine Curiosität, die ich nicht mit Stillschweigen übergehen darf, ist es, daß zwar die französischen Journale die Unterdrückung der Deutschen Nationalzeitung mit ziemlich genauer Kenntniß der Umstände besprachen und nur meiner Person etwas zu viel Ehre erwiesen, daß aber sämmtliche deutsche Blätter, die mir zu Händen gekommen sind, das Aufhören „der Braunschweiger Zeitung“ als ein bloßes Eingehen aus Mangel an Abonnenten darstellten, ohne auch nur ein Wort weiter über eine so gleichgültige Erscheinung zu verlieren. Ich glaube, daß das traurige Völklein hohler, unwissender, aufgeblasener, neidischer Gesellen, welches leider die Mehrzahl unserer deutschen Journalisten bildet, seine Denkart nicht leicht treffender bezeichnet hat, als durch solche Entstellung einer offenkundigen Thatsache.

Meine Absicht war jezt das Zeitungsschreiben völlig aufzugeben, weil ich es nicht für nöthig hielt, meine wohlbewußte Selbstaufopferung an einem anderen Orte zu wiederholen. Ich glaubte darauf rechnen zu dürfen, daß das Beispiel, welches ich gegeben, nicht verloren sein, und daß die Saat, die ich ausgestreut, unter günstigeren Zeitverhältnissen von selbst aufgehen und ihre Früchte tragen würde.

Ich beſchloß, meine Zeit daher ausſchließlich auf die Ausarbeitung meiner „Geſchichte der letzten fünf und zwanzig Jahre“ zu verwenden, zu der ich die Materialien mit nicht geringer Mühe geſammelt, und von der ich in Jahresfriſt einen Band vollendete. Ein Umſtand beſtimmte mich, meinen Plan zu ändern. Ich erfuhr gegen das Ende des Jahres 1841, daß man in meinem Vaterlande, Preußen, aus dem ich beinahe zwanzig Jahre entfernt war, den Entſchluß gefaßt habe, zwar noch nicht wirkliche Preßfreiheit, aber doch eine ſo freie Bewegung der Preſſe zu geſtatten, als ſich mit der Cenſur irgend vereinigen ließ. Ich verkannte die entſcheidende Bedeutung dieſes Schrittes keinen Augenblick und zögerte deshalb nicht, mich noch einmal auf die Breſche zu ſtellen, obwohl ich mir keineswegs verbarg, daß ich auf dem neuen Kampfplatze eben ſo wenig ein Lager von Roſen zu erwarten hatte, wie auf dem kaum verlaſſenen früheren. In Preußen mußte der Kampf der deutſchen Gedankenfreiheit ausgefochten werden, weil von allen deutſchen Staaten Preußen allein die Macht beſaß, die Freiheit, ſobald ſie einmal errungen war, dauernd feſtzuhalten. Alles kam jetzt darauf an, daß von den Zugeſtändniſſen der Regierung ſofort, ehe man ſich eines anderen beſann, Beſitz ergriffen und daß von denſelben ein Gebrauch gemacht wurde, der den erbitterteſten Gegnern der freien Preſſe keinen Vorwand bot, das freiwillig Gewährte zurückzunehmen. Ich traute mir die Kraft zu, die erſten Bewegungen des erwachenden Gedankens, von denen ſich vorher ſehen ließ, daß ſie anfangs plump und ungeſchickt genug ſein würden, zu leiten, indem ich denſelben durch Rath und Beiſpiel das Maß vorzeichnete, innerhalb deſſen ſie ſich halten mußten, wenn dem Feinde, der nur auf den erſten Fehltritt lauerte, nicht gewonnenes Spiel gegeben werden ſollte. Aus dieſen Gründen nahm ich die Einladung des Buchhändlers Joſef Dumont an, an die Spitze der in ſeinem Verlage erſcheinenden Cölniſchen Zeitung, eines bisher bloß referirenden, durchaus haltungloſen, aber wegen der günſtigen Lage des Druckortes am Rhein viel geleſenen Blattes, zu treten, obwohl ich kurz vorher zwei ähnliche in Bezug auf die äußern Bedingungen ungleich vortheilhaftere Anerbietungen von anderen Seiten abgelehnt hatte. Das Terrain, auf dem ich wirken wollte, war mir nur oberflächlich bekannt; um ſo genauer kannte ich die Schwierigkeiten, die ich beſonders von Seiten des ultramontanen Elementes zu erwarten hatte; aber ich wußte auch, wie ſehr es jedem beſonne-

nen Vaterlandsfreunde willkommen sein mußte, wenn ich das Meinige dazu beitrug, den französischen Sauerteig auszufegen, der von den Zeiten der Fremdherrschaft her am Rheine noch in so manchen Kreisen zurückgeblieben war. Ich bin Preuße mit Leib und Leben, nicht allein aus alter angeborner Anhänglichkeit an den Fürstenstamm der Hohenzollern, obwohl mir diese noch in jungen Jahren selbst meine durch elende Fraubasereien und Vetterschaften veranlaßte Verbannung aus der Heimat nicht hat austreiben können, deren lächerliche, (auch noch in der jetzigen Darstellung lügenhaft entstellte) Motive der verstorbene Steffens erst kurz vor seinem Tode, zu spät bereuend, aufgedeckt hat; *) sondern hauptsächlich auch deshalb, weil ich die feste Ueberzeugung habe, daß, wenn jemals aus meinem deutschen Vaterlande etwas Rechtes werden soll, dieß nothwendig von Preußen ausgehen muß. Daß ich während meines langen Aufenthaltes im außerdeutschen und außerpreußischen Auslande meine scharfausgeprägte, streng loyale, echt preußische Gesinnung nicht verleugnet habe, davon sind in dieser Sammlung auf mehr als einer Seite die Beweise zu finden, die ich, wenn es mir darum zu thun gewesen wäre, leicht mit vielen anderen hätte vermehren können. Ich erinnere nur an meine beharrliche Unterstützung des deutschen Zollvereines, die so stark preußisch gefärbt war, daß die Braunschweiger Censur sich bewogen fand, mehrere meiner Aufsätze bis zur Unbekenntlichkeit zu entstellen; an meine Parteinahme in den katholischen Wirren, die damals von hochstehenden Männern in der preußischen Verwaltung dankbar anerkannt wurde, wenn man es gleich nicht öffentlich zugestand, daß dieselbe ungleich wirksamer war, als die lahme Hülfe der berühmten Triarier; an meine Aufsätze über den Tod Friedrich Wilhelm's III. und über die ersten Regentenhandlungen Sr. Majestät des jetzt regierenden Königs. Ich glaubte unter diesen Umständen mit Sicherheit darauf rechnen zu können, daß das Recht der freien Rede, welches der „loyalen mit Würde freimüthigen Gesinnung" nicht länger vorenthalten bleiben sollte, mir in weitestem Umfange zugestanden werden würde.

Auch täuschte ich mich darin nicht. Ich muß es dem ersten Censor, mit dem ich es in Cöln zu thun hatte, Herrn Polizeirathe Dolleschall, zum Ruhme nachsagen, daß er mir, so lange die Hand-

*) Im zehnten Bande des Buches: „Was ich erlebte".

habung der Censur ihm vertraut blieb, nie eine mißbilligende Bemerkung gemacht, geschweige eine Zeile oder auch nur ein Wort gestrichen hat. Wie mit der Censur, so gelang es mir auch, mit der katholischen und selbst mit der ultramontanen Partei meinen Frieden zu machen, weil ich die Differenzpuncte unberührt ließ und in der schönen deutschen Sache des Cölner Dombaues einen fruchtbaren Boden fand, auf dem ich, ohne meinen Ueberzeugungen untreu zu werden, meine Wirksamkeit mit der ihrigen vereinigen konnte. Mit der Würdigung, die meinen Arbeiten durch die große Mehrheit der biedern treuherzigen Bevölkerungen des Rheinlandes zu Theil wurde, hatte ich alle Ursache zufrieden zu sein. Ich hoffe nicht, daß man mich der Uebertreibung bezüchtigen wird, wenn ich sage, daß die Aufsätze, in denen ich meine Ansichten über alle wichtigere Tagesereignisse niederlegte, im Ganzen eine beinahe ungetheilte Billigung fanden. Zum Beweise berufe ich mich auf die Thatsache, daß die Abonnentenzahl der Cölnischen Zeitung, die, als ich diesem Blatte beitrat, sich auf noch nicht 8000 belief, nach Verlauf von Jahresfrist in das zehnte Tausend ging: ein Umstand, den ich hier nicht erwähnen würde, wenn derselbe nicht gerade zu einer Zeit eingetreten wäre, wo Jedermann, der sich in seinem Urtheile durch die unparteiischen Berichte vorzugsweise liberaler oder gelegentlich mit dem Liberalismus coquettirender Journale leiten ließ, die Cölnische Zeitung nothwendig in langsamem Dahinsiechen und Absterben begriffen glauben mußte. Denn es war um diese Zeit zu Cöln, unmittelbar neben der Cölnischen Zeitung, dem erstaunten Deutschland ein neues Licht aufgegangen, welches freilich den bleichen Schein der alten Nachtlampe verdunkelte, die durch das neu aufgegossene Oel nur eben vor dem Erlöschen bewahrt war. Die Rheinische Zeitung, deren Entstehen mit meiner Berufung nach Cöln zusammenfiel und diese Berufung, wie ich erst später erfuhr, durch die Furcht vor einer gefährlichen Concurenz sogar veranlaßt hatte, besaß ohne Zweifel tüchtige Kräfte; aber die einseitige gegenreligiöse Richtung, der sämmtliche Mitarbeiter von einigem Einflusse angehörten, würde es nur bei der äußersten Verwahrlosung aller übrigen Blätter möglich gemacht haben, daß sie jemals in dem katholischen Rheinlande allgemeinere Verbreitung gewonnen hätte. Die Ritter der reisigen Schaar, die aus dem Osten und aus dem Westen dem lustig im Winde flatternden Banner der neu-hegelschen Schule zulief, waren kaum im

Sattel warm geworden, als ſie bereits die jungfräulichen Lanzen gegen die Cölniſche Zeitung und beſonders gegen mich, den Vordermann des verhaßten Blattes, einlegten. Die Hähnlein waren noch gar ſehr jung, und ſie liefen, wie ich in fröhlichem Uebermuthe ihnen einmal zurief, ehe ſie zu Roſſe ſtiegen, großentheils noch mit den Eierſchalen auf dem Kopfe herum. Es begann ein luſtiges Rennen, bei dem aber die Mühe und der Schaden bloß auf der Seite der Angreifenden war. Denn ich blieb lange unbekümmert, ließ ſogar die gewaltigen Stöße, durch die man mich in den Sand zu ſtrecken meinte, unerwiedert und lachte nur für mich im Stillen, wenn eines der vorlauten Herrlein durch das Anprallen an meinen guten Harniſch bügellos wurde. Endlich, als das tolle Treiben gar kein Ende nahm, wurde es mir denn doch zu arg; ich ergrimmte auch etwas und führte einige derbe Schwadronhiebe, die dann jedesmal ein lautes Aufkreiſchen der Getroffenen zur Folge hatten. Der Kampf war kein ehrlicher mehr; darin hatte die Augsburger allgemeine Zeitung, die denſelben mit ihrer gewohnten Treue und Redlichkeit ſchilderte, ganz recht; nur irrte das treffliche Blatt, wenn es in dankbarer Erinnerung an die ihm früher (zu den Zeiten des ſeligen Stegmann) geleiſteten Dienſte, verſicherte, daß die Geſetze, die in jedem ehrlichen Streite gelten ſollen, von meiner Seite verletzt worden wären. Ich meinerſeits warnte die Gegner; ich ſagte ihnen vorher, daß ihr Spiel, wenn ſie nicht noch bei Zeiten zur Beſinnung zurückkehrten, zu keinem guten Ende führen würde. Ich habe nie die Zunge gegen ſie herausgereckt, wie Straßenbuben zu thun pflegen; und ich habe auch nie meine Zuflucht zu dem niedrigen Hülfsmittel genommen, erbärmliche Lügen und Verleumdungen gegen ihre Perſonen zu verbreiten, wie z. B. die lächerliche und beſonders, da ſie von Juden ausging, bezeichnende, die ich eines ſchönen Morgens in der Rheiniſchen Zeitung las, daß ich von Geburt ein Jude ſei und als Apoſtat das Judenthum mit wüthendem Haſſe verfolge. Ich hielt es unter meiner Würde, auf dieſe Lüge, wie auf ſo manche andere, ein Wort zu erwiedern, und lächelte, als mein alter Vater, weil der Schimpf natürlich die Runde durch alle Zeitungen machte, ſich die Mühe gab, durch eine öffentliche Erklärung in der „Breslauer Zeitung“ meine chriſtlich-deutſche Herkunft bis auf meine Urälterväter hinauf nach zu weiſen.

Was ich am meiſten befürchtete, war, daß die Ausſchweifungen, welche ſich die Rheiniſche Zeitung erlaubte, indem ſie die chriſtliche

Religion, wie den beſtehenden monarchiſchen Staat mit ihrem Hohne überſchüttete der geſammten Preſſe zum Verbrechen angerechnet werden würden; und daß dieſe werde entgelten müſſen, was ein Verein zum Theil geiſtreicher, aber unerfahrener junger Männer in einem einzelnen Blatte verſchuldete. Nur zu bald ſollte meine Beſorgniß in Erfüllung gehen. Das erſte Zeichen des drohenden Gewitters, das ſich in den höhern Regionen zuſammenzog, folgte meinen aus treuem Herzen kommenden und mündlich gegen ein Mitglied des Verwaltungsrathes der Rheiniſchen Zeitung mehr als einmal wiederholten Warnungen beinahe auf dem Fuße. Der Localcenſor in Cöln, dem es leider an der philoſophiſchen Bildung fehlte, die zum Verſtändniſſe der Rheiniſchen Zeitung unentbehrlich war, wurde von ſeinem Amte entfernt. Sein Nachfolger, ein junger Mann, der Aſſeſſor Wiethaus, der die ihm auferlegte Laſt nur widerwillig annahm und bei dem redlichſten Willen die Wichtigkeit ſeiner Stellung nicht begriff, machte das Uebel ärger. Von ihm hieß es im wörtlichſten Sinne:

Dat veniam corvis, vexat censura columbas.

Meine Aufſätze, die, wie ich ſpäter vernahm, zu Berlin in den höchſten Kreiſen der Verwaltung „goutirt“ wurden, erfuhren durch den Rothſtift eine Verſtümmelung, die mich in die ſchönſten Zeiten der Braunſchweiger Cenſur zurückverſetzten. „Dergleichen Dinge, wie ich ſie mir herausnähme,“ — nämlich der Tadel einzelner beſtimmter Verwaltungsmaßregeln, — äußerte Herr Wiethaus gegen den Verleger und verantwortlichen Redacteur der Cölniſchen Zeitung, „wären eigentlich allein gefährlich, während philoſophiſche Erörterungen, die über den Geſichtskreis des Volkes hinausgingen, nichts ſchaden könnten.“ Dieſem Grundſatze gemäß ließ Wiethaus der Rheiniſchen Zeitung freies Spiel, nicht zu ihrem Heile und eben ſo wenig, wie ſich zeitig genug offenbarte, zum Heile der Preſſe im Allgemeinen. Die nächſte Folge war, daß Herr Wiethaus nach wenigen Monaten dem Regierungsrathe Graßhof Platz machte, bei dem ich für meine Perſon aus dem Regen unter die Traufe kam; denn ich ſah mich jetzt genöthigt, meine Thätigkeit völlig einzuſtellen, bis ein eigens zur Handhabung der Cenſur in Cöln von Berlin geſandter Beamter, Herr von Saint-Paul, eintraf, mit dem ich mich leicht verſtändigte. Zu dieſer Zeit war das Schickſal der Rheiniſchen Zeitung bereits entſchieden; Herr von Saint-Paul hatte hauptſächlich den Auftrag, das vervehmte Blatt in anſtändiger Weiſe zu Grabe zu geleiten.

Während der kurzen Frist, die mich zu unfreiwilliger Muße verurtheilte, war in der Meinung des Rheinlandes eine Veränderung vor sich gegangen, die, wie ich nicht leugnen kann, als ich dieselbe zuerst wahrnahm, mich nicht wenig überraschte, da ich für dieselbe keine hinreichende Ursachen vorhanden glaubte. Die Ankündigung der bevorstehenden Unterdrückung der Rheinischen Zeitung, die der Ankunft des Herrn von Saint-Paul vorausging, hatte das Rechtsgefühl, welches bei dem Rheinländer, wie bei jedem nicht ganz entarteten Deutschen stärker ist, als jedes andere, auf das Tiefste verletzt. Man konnte sich nicht überzeugen, daß eine solche Maßregel durch irgend eine Nothwendigkeit geboten sei, während die Behörde die Macht hatte, durch die Censur die Veröffentlichung jeder nicht allein nach den Gesetzen strafbaren, sondern ihr selbst nur mißfälligen Aeußerung zu hindern. Die Ansichten der Rheinischen Zeitung waren nur in sehr beschränkten Kreisen gebilligt worden; aber man betrachtete es als eine willkürliche Eigenthumsverletzung, wenn eine Anstalt, auf deren Begründung nicht unbeträchtliche Summen verwandt waren, weil man dieselbe durch die Censur gegen alle weitere Einschreitungen von Seiten des Staates sicher gestellt glaubte, ohne Urtheil und Recht durch eine einfache Verwaltungsmaßregel vernichtet werden sollte. Man sah in dem einen Schritte den Ausdruck eines ganzen Systemes, welches auf dem Grundsatze der Ausübung einer willkürlichen Gewalt beruhte. Dazu kam, daß die Versammlung der ständischen Ausschüsse zu Berlin die Erwartungen, mit denen man derselben entgegen gesehen, keineswegs befriedigt hatte. Die Absetzung des Professors Hoffmann zu Breslau, das Verbot der Leiziger Zeitung, der Entwurf des neuen Ehescheidungsgesetzes, obwohl derselbe die katholischen Rheinländer nicht unmittelbar berührte, die Censurinstruction vom 31. Januar 1843 nährten das einmal erwachte Mißtrauen; und als nun die Provinzialstände der übrigen Provinzen zusammentraten und sich die Kunde von einem in geheimnißvoller Stille vorbereiteten allgemeinen Strafgesetzbuche verbreitete, durch welches die am Rhein seit Menschengedenken unbekannte Prügelstrafe eingeführt und die dem Rheinländer theuere Einrichtung des Geschwornengerichtes angetastet werden sollte, bildete das Mißtrauen sich zu einer entschiedenen Mißstimmung aus, die der vorurtheilsfreie Blick sich unmöglich länger verbergen konnte. Ich selbst konnte mich durch Erscheinungen, die ich, wie sehr ich sie auch bedauern mußte, nur als vereinzelte ansah, in meinem Ver-

trauen zu der über allen Stürmen des Parteigeistes stehenden Weisheit der Regierung nicht irre machen lassen. Aber meine ganze Wirksamkeit war gelähmt. Auf der einen Seite durfte ich nicht hoffen, bei den Bevölkerungen Gehör zu finden, wenn ich den einmal herrschenden Ansichten da, wo sie mir irrig erschienen, all zu schroff entgegentrat; auch war es mir kaum noch gestattet, selbst in der mildesten Form eine abweichende Meinung darzulegen, da der Eigenthümer der Zeitung nicht geneigt war, die Folgen der Ungunst zu tragen, die er für sein Blatt befürchtete. Auf der andern Seite setzte ich mich, wenn ich dem Strome nachgab, so weit dieß unvermeidlich war, einer Verkennung meiner Absichten und Gesinnungen bei der Verwaltung aus, die ich, nach keiner Gunst verlangend, wohl über mich hätte ergehen lassen, wenn mir nicht auch hier die Möglichkeit abgeschnitten gewesen wäre, meinen eigenen Weg zu gehen. Während Herr Josef Dumont durch die dringendsten Vorstellungen mich bestimmte, mehr als einen meiner Aufsätze zurückzulegen, durch die ich für andere mir die Nachsicht der Behörden gewonnen hätte, stutzte Herr von St. Paul diese andern mittelst seines amtlichen Rothstiftes auf eine Weise zu, durch die sie wahrlich nicht zu ihrem Vortheile verbessert wurden. Unter solchen Umständen hatte ich keine andere Wahl, als von einem Blatte auszuscheiden, in dem es mir nicht länger vergönnt war, mit Ehren thätig zu sein.

Für mich persönlich betrachtete ich es als keinen allzugroßen Verlust, daß ich auf diese Weise veranlaßt wurde, von dem dornenreichen Felde der Tagespolitik abermals zurückzutreten. Für das Erste war ich mit der Vollendung meiner Geschichte der letzten fünf und zwanzig Jahre vollauf beschäftigt; außerdem nahmen noch einige andere literarische Plane meine ganze Kraft in Anspruch, mit denen ich mich zum Theil seit meiner Universitätszeit getragen, die ich nie aus dem Auge verloren hatte, von deren Ausführung ich aber jedesmal, sobald ich mich rüstete, ernstlich daran zu gehen, durch ein ungünstiges Geschick zurückgeschleudert worden war. Auch diesmal sollte es anders kommen, als ich mir die Rechnung gestellt hatte. Es war gegen das Ende des Maimonates im Jahre 1843, als der Regierungspräsident von Cöln, Herr von Gerlach, durch einen seiner Secretaire mich mündlich zu sich einladen ließ, um, wie mir gesagt wurde, mir eine interessante Mittheilung zu machen. Ich besuchte den Herrn Präsidenten noch desselben Tages und wurde nach den herkömmlichen Höf-

lichkeitsbezeugungen von ihm befragt, ob ich wohl nicht abgeneigt wäre, nach Berlin zu reisen? Meine Erwiederung war, daß ich zwar gerade im Augenblicke nicht wüßte, was mich nach Berlin führen sollte; daß es mir aber allerdings nichts weniger, als unangenehm sein würde, nach mehr als zwanzigjähriger Abwesenheit die Hauptstadt meines Vaterlandes wieder zu sehen. Herr von Gerlach eröffnete mir hierauf, daß er, falls ich geneigt wäre, diese Reise anzutreten, beauftragt sei, mir volle Entschädigung für meine aufgewandten Kosten zuzusichern; mehr könne er mir nicht sagen, weil er das, was man von mir wolle, selbst nicht wisse. Ich war einigermaßen überrascht, überlegte jedoch nicht lange, sondern erklärte mich bereit, dem auf so geheimnißvolle Weise mir angedeuteten Wunsche zu entsprechen; worauf Herr von Gerlach sich begnügte, mich zu ersuchen, meine Abreise so sehr als möglich zu beschleunigen, vorher aber, sobald meine Vorbereitungen beendigt wären, ihn noch einmal mit einem Besuche zu beehren. Zwei Tage darauf hatte ich einen Platz in der Schnellpost nach Berlin belegt, und ging der Verabredung gemäß zu dem Herrn Präsidenten, um meinen Abschiedsbesuch zu machen. Herr von Gerlach wiederholte mir, daß er zwar außer Stande sei, mir irgend eine Aufklärung zu geben, mich aber ersuchen müsse, bei meiner Ankunft zu Berlin mich Sr. Excellenz dem Herrn Minister des Innern vorzustellen. Ich kann nicht leugnen, daß ich eine Weisung dieser Art erwartet hatte. Es war mir nicht entgangen, daß man in Berlin die hohe Bedeutung der periodischen Presse wohl zu würdigen wisse, und ich war mir bewußt, bei meiner vieljährigen Erfahrung auf diesem Gebiete auch Staatsmännern einen guten Rath geben zu können. War doch, wie man aus dieser Sammlung ersehen wird, selbst die Errichtung des Obercensurgerichtes, die ich in der Cölnischen Zeitung mit Freuden begrüßte, viele Jahre vorher von mir zuerst in Vorschlag gebracht worden *). Ob man dessen sich zufällig erinnerte oder nicht, lasse ich dahin gestellt sein; es ist mir, wenn meine Gedanken nur zur Ausführung kamen, nie viel daran gelegen gewesen, ob gerade mir die Ehre der Erfindung zugeschrieben wurde; auch war ich weder eitel noch anmaßend genug, das Prioritätsrecht für eine Schöpfung anzusprechen, die durch ein allge-

*) S. den Aufsatz: Vorschlag eines Censurgerichtes S. 187—191 dieser Sammlung.

gemein gefühltes Bedürfniß hervorgerufen wurde, nachdem der Zeitungsaufsatz, welcher dieß Bedürfniß hervorhob, längst vergessen war.

Ich traf am 26. Mai des Abends um sechs Uhr zu Berlin ein und suchte am andern Morgen um acht Uhr, da ich dem Herrn Minister zu einer so frühen Stunde nicht meine Aufwartung machen konnte, zuvörderst den geheimen Regierungsrath Bitter auf, von dem ich wußte, daß er mit dem Referat über alle die Presse betreffende Angelegenheiten beauftragt war, und daß er sich mit Theilnahme über meine literarische und politische Wirksamkeit in Cöln geäußert hatte. Der Herr Geheimerath war „sehr erfreut, mich persönlich kennen zu lernen," beschämte mich durch verschiedene schmeichelhafte Aeußerungen und sagte mir: er werde Se. Excellenz den Herrn Grafen von Arnim sogleich von meiner Anwesenheit unterrichten und mich von der Stunde in Kenntniß setzen, in der Se. Excellenz mich zu empfangen wünsche, was sich aber wegen augenblicklicher dringender Abhaltungen wohl bis zum Montage verziehen könnte*). Montags, am 29., machte Herr Geheimerath Bitter mir einen kurzen Besuch in meinem Gasthofe und kündigte mir an, daß der Herr Minister mich des Abends um sieben Uhr zu sehen wünsche. Ich begab mich zu der bestimmten Stunde in das Hôtel des Ministers und wurde von Sr. Excellenz sehr wohlwollend empfangen. Der Herr Graf versicherte mich: er habe mit Vergnügen durch den Geheimenrath Bitter vernommen, daß es nicht unmöglich sein werde, „meine Talente für den Dienst der Regierung zu gewinnen," und forderte nach einer kurzen Unterhaltung über Gegenstände von geringerer Erheblichkeit mich auf, ihm meine politischen Ansichten zu entwickeln. Ich sprach meine Meinung offen und ohne Rückhalt aus, indem ich sagte, daß mir im gegenwärtigen Augenblicke der Cardinalpunkt der innern Politik Preußens die Constitutionsfrage zu sein scheine. Diese sei zwar in der Hauptsache durch Se. Majestät den König erledigt, doch gingen immer noch so viele Wünsche auf eine allgemeine Landes- und Volksvertretung, daß es mir unerlaßlich erscheine, in dieser Beziehung die öffentliche Meinung aufzuklären und den Beweis zu führen, daß eine Constitution in dem gewöhnlichen französischen Sinne

*) Da der geheime Regierungsrath Bitter inzwischen verstorben ist, so habe ich mir es zum Gesetze gemacht, aus den Unterredungen mit ihm nur das Unumgängliche anzuführen.

weder dem deutschen Volkscharacter entspreche, wie derselbe sich geschichtlich gebildet habe, noch irgend einen der Vortheile gewähre, welche die freilich beinahe allgemein verbreitete Meinung voraussetze *). Dagegen scheine mir die ständische Verfassung Preußens nach Allem, was in den letzten Jahren bereits geschehen sei, noch einer kräftigeren Entwicklung zu bedürfen, die sie zum wahren Eigenthume des Volkes mache, und deren Gipfel dann die vereinigten Ausschüsse sein würden. Mit den Forderungen, die in Bezug auf Zusammensetzung der Stände, auf Erweiterung ihrer Befugnisse und Aehnliches von verschiedenen Seiten erhoben würden, habe es keine große Eile, da die gegenwärtigen Einrichtungen für den Augenblick allen wirklich vorhandenen Bedürfnissen genügten und die gegebenen Formen erst von einem lebensfrischen Hauche durchdrungen sein müßten, ehe man an eine weitere Fortbildung denken dürfe; nur scheine mir eine größere Oeffentlichkeit, wenn auch nicht durch Zulassung von Zuhörern, was weniger wesentlich sei, doch durch möglichst treuen und vollständigen Abdruck der Verhandlungen wünschenswerth, da ich ohne diese eine wahre Theilnahme des Volkes an dem Ständewesen mir nicht zu denken vermöge. Hier unterbrach mich Herr Graf von Arnim, indem er mir sagte: „Das ist Alles recht gut, und was den letzten Punkt betrifft, so kann ich Ihnen sagen, daß wir Ihrem Wunsche zuvorgekommen sind; den Rheinischen Ständen ist die Oeffentlichkeit, wie Sie dieselbe meinen, bereits bewilligt: die Verfügung wird, wenn Sie nach dem Rheine zurückkehren, Ihnen vorausgegangen sein." Ich war angenehm überrascht und zugleich, wie ich nicht leugnen darf, durch das Vertrauen, das mir von einem so hochgestellten Staatsmanne bei der ersten Begegnung bewiesen wurde, geschmeichelt. Ich fuhr mit freierem Muthe in meiner begonnenen Auseinandersetzung fort und sprach mich in wenigen Worten für die kräftigste Belebung eines freien

*) Diese Ansicht kann irrig sein, da über politische Gestaltungen, die sich erst durch die Zukunft bewähren sollen, Niemand ein unfehlbares Urtheil hat; lächerlich ist es aber, mir die Aeußerung derselben, wie erst neuerlich im „Herold" geschehen ist, als ein Verbrechen, als ein Zeichen des Abfalls vom Liberalismus anzurechnen, da ich dieselbe Ansicht, wie man aus der vorliegenden Sammlung sehen wird, bereits in meinen früheren Wirkungskreisen zu Braunschweig und zu Cöln ausgesprochen hatte, in denen ich denn doch noch zu den „Liberalen" gezählt wurde. Vergl. aber auch S. 194—197, wo man sehen wird, daß ich eine „Verfassung" im deutschen Sinne, wo die Umstände sie zulassen, keineswegs verwerfe, sondern als eine der wesentlichsten Bedingungen des Fortschrittes in der politischen Entwicklung unserer Zeit anerkenne.

Städteweſens aus; für Annäherung in den Formen der Rechtspflege an die rheiniſchen, da die Herſtellung einer Uebereinſtimmung für die Einheit des Staates nothwendig ſei, während die Rheinländer auf den Kern ihrer Einrichtungen aus freiem Willen niemals verzichten würden; für möglichſte Befreiung der Preſſe von allen Beſchränkungen, die doch nur ihren Zweck verfehlten, wenn ich gleich mir ſelbſt nicht verhehlte, daß für den Augenblick eine völlige Aufhebung der Cenſur noch nicht möglich ſei. Der Graf von Arnim hörte mich ruhig aus, indem er mir mit ſeinem klaren blauen Auge unverwandt in das Geſicht ſah, und fragte mich nur bei der Erwähnung der Cenſur, was denn meiner Meinung nach an deren Stelle geſetzt werden ſolle? Ich antwortete, daß die Zwecke, die der Staat bei der Handhabung der Cenſur im Auge habe, zum größeren Theile bereits erreicht würden, wenn der Verfaſſer jedes in einer Zeitſchrift erſcheinenden Aufſatzes nur gehalten wäre, ſeinen Namen zu unterzeichnen; auch habe der Staat ohne Zweifel das Recht die Herausgeber und Mitarbeiter der Journale einem Examen zu unterwerfen, wie daſſelbe ja nicht allein von Privatlehrern, Advocaten und Aerzten, ſondern ſelbſt von den Apothekern gefordert werde, die zu dem Staate doch keineswegs in ſo unmittelbarer Beziehung ſtänden, wie die Zeitungsſchreiber. Die Nennung der Namen würde die Verbreitung lügenhafter Berichte und Entſtellungen wirkſamer hemmen, als jede Cenſur; und das Examen würde die große Maſſe kenntnißloſer Schwätzer zurückhalten, die gerade am meiſten geneigt wären, ihre Unwiſſenheit und Gedankenarmuth hinter aufregenden Uebertreibungen zu verbergen *). „Solche Maßregeln," verſetzte Herr von Arnim, „möchten freilich die Cenſur entbehrlich machen; aber das Geſchrei darüber würde ärger werden, als über die ſtrengſte Cenſur." Ich hielt es nicht für angemeſſen, den ganzen Vorrath meiner Gründe auszupacken, und fügte daher zum Schluſſe der begonnenen oratio pro domo nur hinzu: daß ich durch meine Mitwirkung an der Cölniſchen Zeitung meine Uebereinſtimmung mit allen weſentlicheren Grundſätzen der Regierung bethätigt zu haben glaube; nur ſei ein Umſtand vorhanden, der mich bedenklich mache, und dieſer ſei die Begünſtigung, welche der allgemeinen Behauptung nach der ſogenannte Pietismus **) in Berlin erfahre; ich für meine

*) Siehe S. 254 dieſer S.

**) Ich bediente mich dieſes aus dem vulgären Sprachgebrauche entlehnten Ausdruckes, obwohl ich ſehr gut wußte, wie wenig derſelbe die Sache trifft.

Person sei nichts weniger als irreligiös, aber zur Kopfhängerei fühle ich mich auf keine Weise hingezogen. Der Herr Minister des Innern beruhigte mich, indem er mir sagte, daß es damit nicht so arg sei, und fragte mich, nach einer Pause, in welcher Weise ich, sofern wir uns verständigten, für die Regierung thätig zu sein wünschen würde; ob ich es vorzöge, durch besondere Abhandlungen und Flugschriften zu wirken, oder ob ich mich entschließen könne, an der Leitung der Staatszeitung Theil zu nehmen. Ich entgegnete, daß ich die Wirksamkeit in einem täglich erscheinenden Blatte für ungleich bedeutender halte, als die mehr abgerissene in Flugschriften, die selten eine große Verbreitung erlangten; daß aber auf der andern Seite die preußische Staatszeitung als ein amtliches Blatt der freien Besprechung nur einen sehr beschränkten Spielraum gewähren könne. Herr von Arnim versetzte: „Das hat auch das Gouvernement längst erkannt, und es ist deshalb im Werke, die Staatszeitung völlig umzugestalten und sie in ein Blatt zu verwandeln, das von allem directen Einflusse der Regierung frei sein und nur im Allgemeinen ihr System und ihre Prinzipien vertreten soll." — „In diesem Falle," erwiederte ich, „würde ich allerdings gern meine Dienste für die neue Zeitung anbieten." — „Nun, das ist mir lieb," bemerkte der Herr Minister; „ich hoffe, daß sich Alles gut machen wird." Herr Graf von Arnim sagte mir darauf, daß er allein einen entscheidenden Beschluß nicht fassen könne, sondern erst mit seinen Collegen Rücksprache nehmen müsse, mich jedoch in den nächsten Tagen wiedersehen und dann mir definitiven Bescheid ertheilen werde. Ehe ich mich empfahl, fragte Herr von Arnim mich noch, welche äußere Ansprüche ich bei der Uebernahme der mir zugedachten Stellung machen würde. Ich erwiederte, daß ich sehr mäßige Bedürfnisse habe, und nur die Mittel erwarte, diese auf anständige Weise zu befriedigen. Ich nannte die Summe von 1200 Thlr., die ich als Jahrgehalt anspräche, und verschwieg nicht, daß mein bisheriges Einkommen in Cöln, obwohl aus verschiedenen Quellen fließend, ein gleiches gewesen sei.

Des Donnerstages, am 2. Juni, in einer späten Abendstunde, wurde ich wieder zu seiner Excellenz dem Herrn Minister des Innern beschieden. Graf Arnim kam mir mit der Aeußerung entgegen, daß Alles arrangirt sei. „Ihr Gehalt ist bewilligt, und wir wünschen jetzt nur, daß Sie sobald als möglich einen Anfang machen. Sie sollen durch das Mechanische nicht belästigt werden, und werden dafür

Gehülfen erhalten, damit Sie sich um so ungestörter und freier bewegen können." Im Verlaufe der Unterhaltung, der eine Tasse Thee leichtere Bewegung lieh, äußerte der Herr Minister, daß die Umgestaltung der preußischen Staatszeitung jedenfalls mit dem ersten Juli in das Leben treten müsse; es würde daher gut sein, wenn ich bereits in den nächsten Tagen meine Thätigkeit begönne. Ich versprach zu thun, was irgend möglich sei, verhehlte jedoch die Schwierigkeiten nicht, die meinem Eintreten in die neue Wirksamkeit für den Augenblick entgegenstände, da ich nothwendig vorher nach Cöln zurückreisen müsse, um meine persönlichen Angelegenheiten zu ordnen. Das Aeußerste, was ich zusagen könne, sei, um die Mitte des Monates wieder in Berlin zu sein. Damit war der Herr Minister denn auch zufrieden, und Se. Excellenz waren so freundlich, mich darauf aufmerksam zu machen, daß ich auch dem Herrn Staats- und Cabinetsminister Generallieutenant von Thile mich vorzustellen habe, der den Wunsch ausgesprochen, mich kennen zu lernen. „Thile," bemerkte Herr Graf von Arnim mir beiläufig, „hat über das Pecuniaire eine entscheidende Stimme." Nach einigen sehr wohlwollenden Aeußerungen, deren Wiederholung hier nicht am Orte sein würde, entließ mich Herr von Arnim und gab mir die freundlichsten Wünsche auf den Weg. Ich benutzte den letzten Tag meines achttägigen Aufenthaltes in Berlin, um dem Cabinetsminister von Thile und dem Minister des Auswärtigen, Herrn von Bülow, meine Aufwartung zu machen, bei denen ich mich des schmeichelhaftesten Empfanges zu erfreuen hatte, mußte aber bedauern, bei Sr. Excellenz dem Herrn Minister des Cultus Eichhorn nicht vorgelassen zu werden, indem ich beschieden wurde, daß es dazu eines schriftlichen Gesuches um eine Audienz bedürfe, dessen Erfolg ich bei der Beschränkheit meiner Zeit unmöglich abwarten konnte.

Am Morgen des 4. Juni trat ich meine Rückreise nach Cöln an, und am Abende des 14. war ich wieder in Berlin. „Es ist gut, daß Sie da sind," sagte mir Herr von Arnim, als ich mich bei ihm meldete. „Alles ist vorbereitet, daß Sie mit dem ersten Juli eintreten; es wird aber nicht schaden, wenn Sie vorher einige Artikel in die Staatszeitung schreiben." Ich sprach die Absicht aus, zuvörderst den Uebergang von meiner Thätigkeit in der Cölnischen Zeitung zu jener in einem Regierungsblatte durch einige vermittelnde Aufsätze einzuleiten und demnächst, sobald das neue Blatt erschiene,

das durch die Auslassung des „Staates“ aus dem alten Titel der allgemeinen preußischen „Staatszeitung“ seinen Verzicht auf jede amtliche Geltung andeuten sollte, in diesem den Beweis zu führen, daß die ausschließlich sogenannten constitutionellen Verfassungsformen in ihrem todten Mechanismus der innersten Natur des deutschen Volksgeistes zuwider wären, und daß dagegen der einzig richtige Weg einer wahrhaft volksmäßigen Entwicklung der zwar langsam fortschreitende, aber organische sei, den Se. Majestät der König seit seinem Regierungsantritte eingeschlagen. Graf Arnim versprach mir, daß alle Materialien, deren ich bedürfen würde, mir zur Verfügung gestellt und daß außerdem mir die Mittel gegeben werden sollten, durch persönliche Besprechung mit den Räthen der verschiedenen Ministerien in allen zweifelhaften Fällen den erforderlichen näheren Aufschluß zu erlangen. Zum Schlusse eröffnete mir der Herr Minister, daß seine überhäuften Geschäfte ihm nicht erlauben würden, fortwährend persönlichen Antheil an den Details der Zeitung zu nehmen, und daß ich mich deshalb nur an den geheimen Rath Bitter halten möge, der sein volles Vertrauen habe und zum Curator des neuen Institutes ernannt sei.

Ich ging wohlgemuth an meine Aufgabe; denn ich hatte alle Ursache, meinen allerdings kühnen, in der Eile etwas husarenmäßig entworfenen Plan für genehmigt zu halten; auch ahnte ich nicht, daß mir nicht allein die Unterstützung, die mir so entgegenkommend verheißen war, versagt bleiben, sondern gerade von jener Seite, von der ich diese Unterstützung mit Zuversicht erwartete, unüberwindliche, weil materielle, Hindernisse in den Weg gelegt werden sollten. Die Enttäuschung begann, ehe ich mein Amt eigentlich noch angetreten hatte. Eines Morgens, (am 24. Juni) als ich den Geheimenrath Bitter besuchte, legte dieser mir einen Vertragsentwurf über meine künftige Stellung vor, den er selbst als eine „Förmlichkeit ohne Bedeutung“ bezeichnete, die nur für mögliche Fälle nöthig befunden wäre, der aber in der That — ich kann mich nicht milder ausdrücken — eine wahre Falle war, in die ich nie hineingegangen wäre, wenn mir noch ein Rückweg offen gestanden hätte. Aehnliche Bedingungen würde der eigennützigste und engherzigste Buchhändler, was ziemlich viel sagen will, nicht gewagt haben, einem Schriftsteller anzubieten, den er nicht ganz in seiner Hand wußte. Ich war aber in der Hand meiner hohen Gönner im Ministerium des Innern; denn ich war unvorsichtig genug gewesen, meine Annahme des von dieser

Seite an mich gerichteten Rufes öffentlich anzukündigen, und hatte überdieß bereits die wichtigsten Verbindungen abgebrochen, die sich unmöglich wieder anknüpfen ließen *). Von der Unabhängigkeit, die ich nach meiner ersten mündlichen Verabredung mit dem Minister des Innern ansprechen durfte, war keine Rede mehr; es wurde mir die Verpflichtung aufgelegt, bei jeder Besprechung wichtigerer Gegenstände eine höhere Genehmigung einzuholen, was sich freilich, sobald es nur auf die Tendenz ankam, von selbst verstand, was aber, sobald es als eine vertragsmäßig übernommene Verbindlichkeit auch auf die Form ausgedehnt wurde, mich mit einem Male jeder Freiheit der geistigen Bewegung beraubte, die, wie ich dies mehr als einmal ausgesprochen, die unerlaßlichste Bedingung jeder schriftstellerischen Wirksamkeit ist. Eben so ungünstig, wie in Bezug auf meine publicistische Thätigkeit, war der Vertrag, der später eine Verhandlung genannt wurde, in Bezug auf meine äußere Stellung. Ich hatte mich in gutem Glauben hingegeben, weil ich voraussetzte, daß ich meinem Könige und meinem Vaterlande gute Dienste leisten könne. Es war mir nicht eingefallen, Bedingungen zu stellen, weil ich mich entehrt gefühlt hätte, wenn ich markten wollte, wo das Vaterland meiner bedurfte. Dieß Vertrauen wurde dadurch belohnt, daß meine Stellung zum voraus als eine temporaire bezeichnet wurde, die von selbst aufhöre, sofern sie nicht vor dem Verlaufe von drei Vierteljahren erneut werde. Ich übersah im Augenblicke alle die Nachtheile, die aus einem solchen Vertrage für mich hervorgingen; aber ich unterzeichnete, ohne ein Wort zu sagen, in der freilich wohl etwas überspannten Voraussetzung, daß mein Schweigen beredt genug sein würde. Auch will ich nicht leugnen, daß ich Selbstgefühl genug besaß, um mir die Kraft zuzutrauen, daß ich auch mit gebundenen Händen immer noch etwas zu leisten vermöchte, was meiner nicht unwürdig und für die Sache, deren Dienste ich mich von früher Jugend auf gewidmet habe, von Nutzen wäre. Daß man mich nur deshalb nach Berlin gerufen habe, um mir mit möglichst geringem Kostenaufwande

*) Ich führe hier nur, weil es der unparteiischen Augsburger allg. Zeitung vor Kurzem erst wieder gefallen hat, meine Stellung in Cöln als eine ganz unbedeutende zu bezeichnen, die Thatsache an, daß ich durch den Verein der Dombaufreunde zum Mitgliede des Vorstandes des großen Dombauvereines gewählt worden war — eine Ehre, um die sich die angesehensten Bürger Cölns bewarben — und daß ich unmittelbar nach meiner Rückkehr von Berlin auf die Wahl verzichtete.

jede Thätigkeit abzuſchneiden und dann mich im Stiche zu laſſen, das konnte ich unmöglich vorausſetzen. Zu meiner Rechtfertigung, wenn mein Selbſtvertrauen als ein übertriebenes erſcheinen ſollte, darf ich mich darauf berufen, daß der Irrthum, in den ich fiel, von Männern getheilt wurde, die in der Lage waren, mit einer Unbefangenheit zu urtheilen, welche gewöhnlich mehr oder weniger getrübt wird, ſobald es ſich um Angelegenheiten des perſönlichen Intereſſes handelt. Ich habe die bedeutenden Worte nicht erwähnt, die der Regierungspräſident Herr von Gerlach bei meinem Abſchiede von Cöln mir zum Geleite gab, weil ich in denſelben mehr den Ausdruck einer perſönlich wohlwollenden Geſinnung ſah. Dagegen kann ich es nicht vermeiden, mich auf eine Aeußerung zu beziehen, die in der 39ſten Sitzung des rheiniſchen Landtages dem Vicelandtagsmarſchall Herrn von Grote entfiel. Dieſer mir beinahe nur dem Namen nach bekannte Mann, mit dem ich während meines Aufenthaltes in Cöln ein einziges Mal und nicht eben in die freundlichſte Berührung gekommen war, hatte bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Preſſe die Anſicht ausgeſprochen, daß die Cenſur großentheils entbehrlich werden würde, ſobald es nur geſetzlich feſtgeſtellt wäre, daß jeder Zeitungsaufſatz mit der Unterſchrift des Verfaſſers bezeichnet ſein müſſe. Er fügte hinzu: „Ein Beiſpiel davon ſahen wir jüngſt noch, wo die mit einem H. unterzeichneten und wahrlich nicht eben mit zu großer Zaghaftigkeit geſchriebenen leitenden Artikel der Cölniſchen Zeitung zwar mitunter ſcharfen Widerſpruch und beißende Kritik zu erdulden hatten. Allein der wackere Dr. Hermes blieb die Antwort darauf nicht ſchuldig; und welche Anerkennung ſeine unerſchrockene loyale Freimüthigkeit ſelbſt bei ſeinen Gegnern gefunden, geht zur Genüge daraus hervor, daß man, ihn für die Redaction der Staatszeitung zu gewinnen, ſich ſehr glücklich ſchätzte“ *).

Schon einige Tage vorher hatte ich dem Geheimenrathe Bitter einen Aufſatz überreicht, mit dem ich meine Thätigkeit in der „preußiſchen Zeitung“ zu eröffnen gedachte. Nur um nicht in eine Erörterung einzugehen, die mir *hier* nicht am Platze ſcheint, entſage ich der Genugthuung, die es mir gewährt haben würde, den Aufſatz gegenwärtig in ſeiner urſprünglichen Geſtalt abdrucken zu laſſen, da ich ihn in

*) S. den Abdruck der Verhandlungen in Nro. 30 (vom 30. Juli 1843) der Allgemeinen Preußiſchen Zeitung.

der Form, welche er durch den Geheimerath Bitter zum Behufe des des Abdruckes in der „preußischen Zeitung“ erhielt, auf keine Weise als mein Eigenthum anerkennen kann. Der Grundgedanke war nicht neu; denn ich hatte denselben, wie man aus der vorliegenden Sammlung (S. 13—16) ersehen wird, vor dreizehn Jahren bereits in einer öffentlichen Vorlesung und noch früher in einer geschichtlichen Abhandlung der Zeitschrift „Britannia“ *) ausgesprochen. Die Ausführung konnte schon deshalb nicht anders als sehr mangelhaft sein, weil sie durch das Hineinflicken fremdartiger Bestandtheile entstellt war. Außerdem war es unmöglich, in einem einzelnen Zeitungsaufsatze, der nach meinem Plane nur die Einleitung zu einer ganzen Reihe folgender bilden sollte, für jede darin aufgestellte Behauptung den Beweis zu liefern. Stoff zu Entgegnungen, Erörterungen und zu gerechten Ausstellungen war daher in hinreichendem Maße geboten; und ich war darauf gefaßt, manchen harten Strauß zu bestehen, dem ich mich keineswegs entziehen wollte, wie leicht es mir auch geworden wäre, mich von dem Wechselbalge loszusagen, den man mir statt meines wohlgeschaffenen Kindes untergeschoben. Die Hauptsache war nicht die Form, die ich freilich Preis geben mußte, sondern die Ansicht; und diese, die das Ergebniß vieljähriger gründlicher Studien und eines ganzen bewegten Lebens war, gegen ein Heer gelehrter und ungelehrter Thebaner zu vertheidigen, fühlte ich mich Mannes genug. Aber so gut sollte es mir nicht werden. Die Angriffe, die ich erwartete, blieben nicht aus; es war jedoch kein allgemeiner Krieg der Zeitungen und der Journale, der gegen mich erklärt wurde, sondern es war das Rasen einer toll gewordenen Meute. Nur zwei Blätter unter den hundert, die wie auf ein gegebenes Zeichen über den ersten Aufsatz der ersten Nummer der allgemeinen preußischen Zeitung herfielen, ließen sich auf irgend etwas ein, das einer Erörterung von Gründen ähnlich sah: die Trierer Zeitung, das einzige consequente Organ des deutschen Radicalismus, das die Bedeutung meines Programmes richtig erkannte, dasselbe mit gewandter Dialectik zu widerlegen versuchte, zugleich aber erklärte, daß mit demselben, wenn auf dem eingeschlagenen Wege fortgefahren werde, eine neue Aera der deutschen Presse beginnen müsse **); und die Elbinger Zeitung, ein

*) Jahrgang 1826, Märzheft.

**) Trierſche Zeitung, Nro. 184 vom 10. Juli 1843: „Wenn die liberale

wenig verbreitetes und sonst kaum genanntes Blatt, in dem ein Herr von S. mit arger Befangenheit, aber unverkennbar redlichem Willen seinen langen verhaltenen Unwillen gegen die Partei des Rückschrittes ausschüttete, die jetzt darauf ausgehe, die Meinung durch ein Gewebe nicht einmal geschickt zusammengefügter Trugschlüsse zu berücken und zu verwirren*). Alle übrige Blätter begnügten sich entweder, statt jeder Widerlegung, alberne Lügen in Umlauf zu setzen, wie die hundertmal wiederholte, daß ich meine Gesinnungen für irgend eine bald höher, bald niedriger angebene Summe Geldes verkauft habe, — dieselben Gesinnungen, die ich nach den früheren Aeußerungen derselben Blätter schon zu der Zeit meines Kampfes mit der rheinischen Zeitung gar nicht mehr besessen haben sollte**); oder sie rissen einzelne Sätze des famösen Artikels, dessen Autorschaft mir zur Hälfte mit Unrecht aufgebürdet war, aus ihrem Zusammenhange, entstellten zum Ueberflusse den klarsten Wortsinn und schlugen den Feind, den sie auf diese Weise sich selbst geschaffen, mit Kolben und Keulen todt. Rühmlich zeichnete sich die Berliner Vossische Zeitung aus, — dieser alte Säugling, der nebst dem Beobachter an der Spree und dem Intelli-

---

Presse so der allg. preuß. Zeitung antwortet, und diese belehrend darauf eingeht, wenn dann ein in den Schranken gegenseitiger Achtung geführter Kampf unsre öffentlichen Blätter füllt, und unser Volk, Alles prüfend, das Beste behält; dann können wir den 1. Juli als den Tag einer neuen Preßära getrost segnen!"

*) Elbinger Zeitung, Nro. 81—84, 10. Juli ff.

**) Merkwürdig ist es, daß die Frechheit von keiner einzigen Seite gerügt wurde, mit der man es einem Preußen zum Verbrechen anrechnete, in die Dienste der Regierung seines Vaterlandes getreten zu sein, obwohl dasselbe Ministerium des Innern, welches mich in die Dienste der Regierung gezogen hatte, Correspondenten in verschiedenen Blättern besoldete, um seine sonstigen Maßregeln vertheidigen zu lassen. Nicht viel weniger merkwürdig ist es, daß am heftigsten und gehässigsten ein Mensch gegen mich auftrat, den ich früher in Braunschweig als einen entschiedenen Ultraliberalen kennen gelernt hatte, der darauf nach München ging und dort mannichfache Verbindungen mit den Häuptern der römischen Propaganda anknüpfte, nach seiner Rückkehr in das nördliche Deutschland unserer, der preußischen Regierung, seine Feder in der Kölnischen Erzbischofsangelegenheit anbot und, durch den Minister von Altenstein zurückgewiesen, unmittelbar darauf in derselben Angelegenheit gegen die preußische Regierung schrieb. Es ist gut zu wissen, daß dieser durch so seltene Gesinnungstreue ausgezeichnete Publicist derselbe Mann ist, der sich neuerer Zeit durch seine leidenschaftlichen Ausfälle gegen die „Lichtfreunde," zuerst im Herold, darauf in der Naumburger Versammlung und zuletzt im — rheinischen Beobachter einen Namen gemacht hat. Ex uno disce omnes!

genzblatte die Intelligenz des bei weitem größten Theiles unserer hauptstädtischen Bevölkerung vertritt. Die Vossische bewies an dem einen Tage unwiderleglich, daß Alles, was in dem Aufsatze der allgemeinen preußischen Zeitung gesagt werde, haltloses und grundloses Gewäsch sei, auf das Niemand den geringsten Werth lege, der einige — nämlich aus Compendien und Collegienheften geschöpfte — Kenntniß der Geschichte habe; Tages darauf hatte sie eine andere noch interessantere Entdeckung gemacht und bewies, daß in dem Aufsatze eigentlich gar nichts Neues gesagt sei, da dieselbe Ansicht ein französischer Schriftsteller — ich glaube Saint-Marc-Girardin — bereits in einem zwei oder drei Jahre früher erschienenen Werke entwickelt habe. Ich hoffe, daß man mich keiner all zu sträflichen Anmaßung zeihen wird, wenn ich bekenne, daß ich gewiß war, mit solchen Gegneren ohne übergroße Anstrengung fertig zu werden. Eine bloß referirende Zeitungsschau mit wenigen erläuternden Bemerkungen würde ihre Wirkung schwerlich verfehlt haben. Aber es war mir nicht gestattet, ein Exempel zu statuiren. Herr von Arnim äußerte mir bereits am 29. Juni, ehe noch die erste Nummer der allgemeinen preußischen Zeitung ausgegeben war, den Wunsch, daß ich meine Thätigkeit nicht übereilen, sondern vorerst mich darauf beschränken möge, „das Terrain genauer kennen zu lernen," da ein paar vorausgeschickte kleine Aufsätze in der preußischen Staatszeitung zwar zum Theil gefallen, zum Theil aber doch — durch die darin ausgesprochene Billigung des Petitionswesens — Bedenken erregt hätten. Herr Geheimerath Bitter, an den ich zunächst gewiesen war, hatte eine Reise nach Posen gemacht und bemerkte mir nach seiner Rückkehr ganz naiv, daß es der Stellung der preußischen Zeitung nicht angemessen sei, sich in eine Journalpolemik einzulassen.

Es liegt außer meinem Plane, die Geschichte der allgemeinen preußischen Zeitung und meiner von Anfang gelähmten, keinen Augenblick freien und bald völlig auf nichts zurückgebrachten Thätigkeit für dieselbe in allen ihren Einzelheiten zu erzählen; es würde dadurch für jetzt nach keiner Seite das Geringste genützt und höchstens eine am Scandal sich erfreuende Neugierde befriedigt werden. Für meinen gegenwärtigen Zweck genügt es, wenn ich sage, daß selbst die doch wahrlich nichts weniger als vortheilhaften Bedingungen, die mir sehr ungroßmüthig aufgenöthigt waren, nicht gehalten wurden, und daß ich während der ganzen Dauer meiner geschäftigen — Nichtbeschäftigung bei der allgemeinen preußischen Zeitung es mit einem

Gemiſche der niedrigſten und erbärmlichſten Leidenſchaften, zu thun hatte denen ich, gegen hinterrücks geführte Streiche nicht gewaffnet, nothwendig erliegen mußte und vor denen ich deshalb mich bei Zeiten auf das neutrale Gebiet der ſtrengen geſchichtlichen Forſchung zurück gezogen habe, wozu mich die ehrenvolle Theilnahme in den Stand ſetzt, welche meine deutſchen Landsleute meiner „Geſchichte der letzten fünf und zwanzig Jahre“ erwieſen haben.

Die vorliegende Sammlung, welche in ihrem bei weitem größten Theile zeitgeſchichtliche Aufſätze aus den Jahren 1831 bis 1840 enthält, kann in mancher Beziehung als eine Fortſetzung meiner Geſchichte der letzten fünf und zwanzig Jahre betrachtet werden. Auf den Namen einer Geſchichte machen die in fliegender Eile, wie ſie durch die Umſtände geboten war, — gewöhnlich in den drei bis vier Stunden zwiſchen der Ankunft einer Frühpoſt und dem Beginne des Druckes — hingeworfenen, weder lange bedachten, noch mühſelig abgewogenen Bemerkungen, die dieſe Blätter füllen, keinen Anſpruch; dagegen haben dieſelben vor der ſtrengeren kunſtmäßigen Form der geſchichtlichen Darſtellung den Vorzug, daß ſie, unmittelbar unter dem erſten Eindrucke der Begebenheiten niedergeſchrieben, ganz von dem Geiſte der Zeit durchdrungen ſind, der ſie in der Art eines mehr raiſonnirenden als referirenden Tagebuches zur fortlaufenden Erläuterung und Erklärung dienen. Den innigen Zuſammenhang zu ermitteln, in welchem dieß Vorwort, das vielleicht eben ſo gut auch als Nachwort am Schluſſe hätte erſcheinen können, mit dem ganzen Buche ſteht, überlaſſe ich dem combinatoriſchen Talente meiner Beurtheiler, da ich der Meinung bin, daß es nicht nöthig iſt, immer Alles zu ſagen, was man gerade auf dem Herzen hat.

Geſchrieben zu Berlin, am 26. Juli 1845.

Dr. Karl Heinrich Hermes.

Inhalt des erſten Bandes.

	Seite
Die Geſchichte der Gegenwart	1
Die franzöſiſche Revolution	10
Béranger	26
Spaniſche Literatur	35
Die Türkei und die türkiſche Frage	37
Die periodiſche Literatur in München	49
Die bayeriſche Verfaſſung	69
Die Burſchenſchaft	77
Der politiſche Horizont	80
Deutſchland	86
Die Reform des deutſchen Bundes	91
Die Zukunft Deutſchlands	95
Der deutſche Zollverein	98
Das Jahr 1831	100
Die Parteien und die Verhältniſſe	106
Die deutſche Preſſe	110
Deutſchland und Europa	113
Die deutſche Reform	116
Die neueſten Maßregeln des deutſchen Bundes	118
Die Volksverſammlungen im ſüdlichen Deutſchland	121
Das badiſche Preßgeſetz	123
Handelsfreiheit und Preßfreiheit	125
Fortſchritte des öffentlichen Geiſtes in Deutſchland	128
Die Geſetzgebung der Preſſe	131
Das Jahr 1832	134
Das Journalweſen in Frankreich, England und Deutſchland	137
Die Ständeverſammlungen und die öffentliche Meinung	139
Der Tumult in Frankfurt a. M.	142
Die Reform der Univerſitäten	148
Die ſächſiſche Ständeverſammlung	156
Zunftweſen und Gewerbefreiheit	159

Seite

Der deutsche Zollverein 162
Das Jahr 1833 165
Der Ministercongreß zu Wien 168
Die Berathungen des Ministercongresses 169
Die deutschen Universitäten 172
Die Beschränkungen des Universitätswesens 174
Die deutsche Presse 177
Die deutschen Ständeversammlungen 180
Lüntzel's Antrag auf Preßfreiheit in Hannover 183
Vorschlag eines Censurgerichtes zum Schutze der Presse 187
Die Maßregeln zur Beaufsichtigung der Presse 191
Freiheit im antiken und im modernen Sinne 194
Undeutsche Gesinnung in Deutschland 198
Die Universität Leipzig vor der sächsischen Ständeversammlung . . . 201
Schluß der sächsischen Ständeversammlung 204
Das Bundesschiedsgericht 206
Der deutsche Zollverein und das Ausland 210
Das Jahr 1834 212
Der neue Universitätsplan in Bayern 215
Die deutschen Ständeversammlungen 218
Die Eröffnung der badischen Ständeversammlung 220
Die Eröffnung der großherzoglich hessischen Ständeversammlung . . 223
Der Schluß der badischen Ständeversammlung 226
Der Tod des Kaisers Franz von Oesterreich 229
Der Beitritt Badens zum deutschen Zollvereine 231
Die Abneigung gegen den deutschen Zollverein 234
Der Bundesbeschluß gegen den Nachdruck 236
Die wahre Ursache der allgemeinen Gährung 239
Das Verbot gegen das junge Deutschland 242
Das Verbot der Werke Heinrich Heine's 245
Das Jahr 1835 247
Das Großherzogthum Luxemburg und die öffentliche Meinung . . . 249
Schreibfreiheit und Preßfreiheit 252
Der Einfluß der Presse 255
Die Wiedererweckung des deutschen Volksgeistes 257
Die Bedingungen einer volksthümlichen Literatur 259
Wolfgang Menzel's Geist der Geschichte 262
Die Aufhebung des Verbot's von Laube's Werken 265
Das Verbot des Nachdruck's in Würtemberg 268
Das literarische Eigenthum 271
Die politische Reform und die Reformation 273

Seite

Der Zeitgeist und der öffentliche Unterricht 276
Der Beitritt Frankfurt's zum deutschen Zollvereine 280
Das Jahr 1836 283
Die neue sächsische Censurverordnung 286
Christiani's Antrag auf Preßfreiheit in Hannover 288
Der Bundesbeschluß über das literarische Eigenthum 291
Das preußische Gesetz über literarisches Eigenthum 294
Der Einfluß der Presse 296
Die deutschen Zeitungen 299
Die Zeitungen und der Zeitgeist 302
Das politische Urtheil in Deutschland 306
Wolfgang Menzel und die neueste Entwicklung der deutschen Literatur . 309
Wolfgang Menzel und das junge Deutschland 311
Steffens und die geschichtliche Schule 314
Das deutsche Volksthum und das Turnwesen 317
Eile und Weile in der Entwicklung 321
Einführung vorgeschriebener Lehrbücher in Bayern 324
Die Verhaftung des Erzbischofs von Cöln 327
Die päpstliche Allocution 330
Die Gesetzlichkeit der Verhaftung des Erzbischofs von Cöln . . . 332
Neue Uebergriffe der Hierarchie 335
Die neue revolutionaire Propaganda 337
Die Propaganda in München 340
Die congregatio de propaganda fide 343
Die Anklagen der Propaganda gegen die preußische Regierung . . . 346
Görres' Athanasius 350
Die preußische Regierung und die römische Curie 354
Die Vermittlung zwischen Preußen und Rom 356
Sittliche Würdigung des Benehmens des Erzbischofs 359
Preußen und Rom 363
Erster Schritt der Nachgiebigkeit von Seiten der Curie 366
Die Bestätigung des Capitelverwesers zu Cöln 368
Der Tumult zu Cöln 371
Die politische Bedeutung der kirchlichen Wirren 374
Die Hierarchie und die religiöse Richtung unserer Zeit 376
Leo's Hegelingen 379
Der Einfluß der Presse 383
Die kirchlichen Wirren in Preußen 387
Die Verurtheilung des Erzbischofs von Posen 390
Die neue päpstliche Allocution 393
Die Entweichung des Erzbischofs von Posen aus Berlin 395

Seite

Verhandlungen über Preßfreiheit in Baden 398
Die Eisenbahnen 401
Rhein und Donau 405
Die Gedächtnißfeier Friedrichs des Großen zu Berlin 408
Der Tod König Friedrich Wilhelms III. von Preußen 412
Das Vermächtniß Friedrich Wilhelms III. 416
Preußens Hoffnungen 419
Die Begnadigung der politischen Verbrecher in Preußen 422
Die Ernennung Dr. Eichhorn's zum Cultusminister 425
Der Huldigungslandtag in Königsberg 427
Die Guttenbergsfeier 431
Deutschland und die Wirren im Oriente 433
Uebersicht der politischen Entwicklung seit dem J. 1832 442

Die Geschichte der Gegenwart.

Eine Vorlesung,

gehalten zu München im October 1829.

Es ist vielfach die Frage aufgeworfen worden, ob es möglich sei, vorurtheilsfrei die Geschichte der Gegenwart zu schreiben. Schon in dem gewöhnlichen bürgerlichen Leben, sagt man, hat gewiß Jeder mehr als einmal Gelegenheit gehabt, die Bemerkung zu machen: wie verschieden Vorfälle, die sich vor seinen Augen ereignet hatten, erzählt wurden, je nachdem die Meinungen, Neigungen und Wünsche der Parteien diese oder jene Ansicht der Sache begünstigten; in wieviel höherem Grade muß dasselbe nicht auf jenem großen Schauplatze der Fall sein, wo es sich nicht mehr um den Vortheil oder Nachtheil einzelner Individuen, sondern um die Existenz der Staaten, um das Wohl und Wehe der Völker handelt? Dort wird der unbefangene Zuschauer, sobald seine eigenen Interessen unberührt bleiben, leicht ein richtiges Urtheil behaupten; aber hier, wo die leiseste Schwankung nothwendig mit unseren Nachbaren auch unsere nächsten Freunde, unsere theuersten Angehörigen, uns selbst ergreifen müßte, scheint Unbefangenheit in der That nur für den möglich, der allen menschlichen Neigungen, Wünschen und Hoffnungen abgestorben wäre.

Ohne die Schwierigkeiten zu verkennen, die aus diesem unmittelbaren Einflusse der Begebenheiten hervorgehen, werden wir doch bei einiger Ueberlegung gern zugestehen, daß der Einwurf, welchen man von ihnen hernehmen will, schon deßhalb nichts beweis't, weil er offenbar zu viel bewiese. Wenn Hindernisse dieser Art die Darstellung der Geschichte unmöglich machten, so würden wir nicht nur keine Geschichte der Gegenwart, sondern überhaupt keine Geschichte besitzen können. Die fernste Vergangenheit kann von uns nicht anders beurtheilt werden, als nach den Berichten der Zeitgenossen, und nichts hindert uns, dieselbe Kritik, durch welche wir in diesen das Wahre von dem Falschen unterscheiden, auch auf die Nachrichten über Begebenheiten der Ge-

genwart anzuwenden. Nur den Pöbel verblendet das Interesse; nur den Unwissenden täuschen Vorurtheile. Unser wahres Interesse ist es vor allen Dingen, genau von der Wahrheit unterrichtet zu sein, gleich viel, ob diese uns angenehm oder unangenehm sein mag; denn nur bei richtiger Kenntniß der Verhältnisse werden wir die Folgen derselben zu benutzen oder ihnen zu begegnen wissen.

Aber, kann man sagen, um eine Kritik zu üben, die das Wahre von dem Falschen scheiden soll, müssen zuvörderst Materialien vorhanden sein, die Beides enthalten; wie häufig hat es sich aber nicht gezeigt, daß Nachrichten, welche über Ereignisse des Tages verbreitet wurden, nicht etwa bloß übertrieben und entstellt, sondern geradezu aus der Luft gegriffen waren! Im Verlaufe der Zeit kommt allerdings die Wahrheit häufig an den Tag, aber in dem Augenblicke, wo eine Nachricht, oft mit allen äußeren Zeichen der Beglaubigung, eingeht, dieselbe als Erdichtung zu erkennen, möchte der Scharfsinnigste und Unterrichtetste wohl nicht mehr als der Unwissendste im Stande sein.

Das Einzige, was wir hierauf erwiedern können, ist, daß es unserer Meinung nach wenig darauf ankommt, ob wir über diese oder jene Einzelnheit vielleicht eine Zeit lang ein unbegründetes Urtheil gehabt haben, wenn wir uns nur von dem Gange der Begebenheiten und von der Lage der Verhältnisse im Ganzen keine falsche Vorstellung bildeten. Das, worüber es auch bei der umfassendsten Kenntniß des gegenwärtigen Zustandes der Staaten und Völker dennoch immer schwer bliebe, Gewißheit zu erhalten, ist überdieß in den meisten Fällen nicht sowohl das Factische der Ereignisse, als die Stimmung der handelnden Personen und das Mehr oder Minder ihres Antheils; und Beides muß uns, sobald wir nur das Wesentliche, Allgemeine in's Auge fassen, als äußerst unerheblich erscheinen; es kann uns sehr gleichgültig sein, ob ein gegebenes Ereigniß ursprünglich von dieser oder jener Laune eines Machthabers ausgegangen ist, wenn wir nur wissen, daß es wirklich statt gefunden hat, und wenn wir berechnen können, von welchen Folgen es der Natur der Dinge nach begleitet sein wird.

Im Allgemeinen lassen alle Bestrebungen des Menschen sich auf die eine höchste zurückführen, in dem Materiellen den geistigen Gehalt zu finden; am meisten, am entschiedensten gilt dieß aber von der Geschichte. Die größte Masse von Begebenheiten hat an und für sich nicht den geringsten Werth für uns, sobald wir außer Stande sind, die innere Bedeutung derselben zu ergründen. Die vollständigste Liste der Kaiser von China z. B., nebst der Angabe aller Schlachten, die während ihrer Regierung geliefert, aller Feste, die während derselben gefeiert worden sind, und überhaupt der genauesten Beschreibung aller Staatsactionen des himmlischen Reiches, bleibt ohne alles Interesse für uns, sobald wir durch dieß Verzeichniß nicht einen Blick in das innere Leben erhalten, welchem alle jene wichtigen Thatsachen doch nur zum Gerüste dienen. Dieß allein, der innere, geistige Kern der Begebenheiten ist

es, was wir suchen. In dem Geiste ist aber keine Zeit, keine Zukunft, keine Vergangenheit, keine Gegenwart. Der Geist ist ewig; wie auch die Formen wechseln, in denen er sich offenbart, die Bedeutung bleibt immer die eine, gleiche, unveränderliche. Wie in dem Lichte alle Farben, so sind im Geiste alle Formen vereinigt und in diesem Sinne können wir sagen, der Zweck der Geschichte sei, die verschiedenen äußeren Begebenheiten auf eine Weise aufzufassen, durch welche das Eine, Gleiche, Unveränderliche in ihnen sichtbar wird.

Aber dieser Standpunkt — jene große Mitte, in welcher alle Radien der Geisteswelt zusammenlaufen — ist, wenn wir denselben auch beständig als unser letztes Ziel anerkennen müssen, doch ewig unerreichbar, so lange unser Geist in den Schranken der Individualität befangen ist. Es wird immer für uns ein Diesseits und ein Jenseits, ein Vorwärts und ein Rückwärts geben, und wenn wir auch in unserem Thun das Bestreben nicht verleugnen können, in dem materiellen äußeren Dasein das innere geistige Sein zu erkennen, so werden wir doch nie bis dahin dringen, wo beide sich als eines und dasselbe zeigen, sondern uns begnügen müssen, das Gesetz zu erforschen, nach welchem der Geist sich äußerlich manifestirt.

Welcher unermeßliche Fortschritt von den ersten, halb bewußtlosen Anfängen, auf welche die ältesten Ueberlieferungen der Völker uns zurückweisen, bis zu dem großen Gedanken, unser innerstes Sein, unseren Zusammenhang mit der Schöpfung, das Gesetz zu ergründen, durch welches der Inhalt des Universums uns erschlossen wird? Tausende von Jahren waren vergangen, indessen die Menschheit in dunkler Selbstvergessenheit verloren blieb, während einzelne Blitze nur einen augenblicklichen Schimmer verbreiteten, als ein großer Mann, der erhabene Gesetzgeber, der göttliche Stifter unserer Religion, in einem einfachen Worte das Räthsel löst'te, welches die Welt so lange in seinen Banden gehalten hatte: der Inhalt des Alls, das ewige Gesetz alles Werdens, ist die Liebe.

Die ganze Welt mußte zusammenbrechen, die Pflugschar mußte über ihre Ruinen gehen, um für das göttliche Samenkorn, welches in diesem Worte lag, ein Feld zu bereiten. Achtzehn Jahrhunderte sind seitdem davon die reichsten Erndten erhoben worden; der Geist der alten Finsterniß hat wohl zuweilen alle seine Wolken zusammengezogen, um sie auf die jungen Keime herabzuschütten, aber immer segenvoller gedieh die Saat, weiter und weiter wogte die goldene Aehrenfluth, und mit Zuversicht sehen wir dem Tage entgegen, wo die ganze Erde nur ein großes Fruchtfeld sein wird. Durch das Christenthum ist die Welt erlös't worden; aber diese Erlösung ist keine einmal vollbrachte Handlung, die damit auch ihr Ziel erreicht hätte, sondern ein stets sich erneuernder, ewig fortwirkender, und erst in einer unendlichen Zukunft vollendeter Act.

Doch was ist Zukunft? — Diese Zukunft, die für unsern matten Blick noch in weiter Ferne liegt, ist in dem Auge des Ewigen erfüllt von Anbe-

ginn. Das Gesetz der Liebe nur, welches die Bedingung der ganzen Schöpfung war, ist es, was uns als Zukunft erscheinen muß, weil wir das im Geiste bereits Vollendete in unserer Beschränktheit nur als Bruchstück sehen. Das Wort ist uns gegeben, welches die Binde vor unseren Augen hebt; aber uns fehlt der Glaube. Dem gläubigen Gemüthe ist es klar, wie alle irdischen Verhältnisse nur Ausdrücke einer und derselben Gleichung sind, wie Alles, was uns in dieser irdischen Welt als Haß und Tod, Verachtung, Neid und Sünde erscheint, nichts Anderes, als das von dem verzerrenden Hohlspiegel unseres Inneren entstellt zurückgeworfene Bild der einen göttlichen Idee der Liebe ist. Wie Paulus das Tuch zurückwies, das sich für ihn vom Himmel senkte, weil sein eitler Stolz den Inhalt für unrein und unheilig erklärte, so weist unser Verstand in eitlem Stolze die Welt zurück, und siehet Gräuel und Verwirrung in dem Werke des Ewigen, in dem doch nur Schönheit und Ordnung ist. Auch uns ist die Stimme erschallt, welche sagte: es ist Alles gut! rein! heilig! aber wir wollen nicht glauben, wir wollen begreifen, was seiner Natur nach über unsere Begriffe hinaus liegt.

Als Christus die Erde verließ, waren die alten, starren Formen des antiken Staatsgebäudes bereits in ihren Grundfesten erschüttert, einzelne Pfeiler stürzten hier und da in Trümmern zusammen, und unter den Ruinen oder in den entlegensten dunkelsten Hallen bargen sich vor den Blicken der Gewalthaber wenige kleine Gemeinden, die das Gebot des Herrn befolgten. Ihr Kreis erweiterte sich, aber mit der Erweiternng des Umfanges, in dem er zu wirken hatte, schien der Geist, der sie ursprünglich beseelte, in gleichem Verhältniß an Kraft zu verlieren. Nur wenige, hie und da vereinzelt, blieben treu. So, nachdem der Bau des Römerreiches zusammengestürzt, und über seinem Schutt das neue Europa erstanden ist, sehen wir das Christenthum dem Namen nach vom Mittelmeere bis zum Eismeere verbreitet, über den atlantischen Ocean nach der neuen Welt hinüber getragen; aber die Lehre der Liebe ist todtes Formelwerk geworden, das man dem Gedächtniß einprägt, und wobei sich das Herz nichts denkt. Doch langsam und im Stillen, unbemerkt über der geräuschvollen Pracht der Ceremonien, hat auch der Geist thätig fortgewirkt; in tausend Gestalten ist er, nachdem er sein altes Haus verlassen hat, erschienen; überall hat er den Samen des göttlichen Wortes ausgestreuet, überall ist dasselbe trefflich aufgegangen, überall hat es herrliche Früchte getragen.

Noch ist freilich das Häuflein gering, welches das Wort gehört, welches die Wahrheit erkannt hat. Wie in der ersten Zeit der christlichen Kirche, sind es nur Einzelne, oder kleine, verachtete Gemeinden, welche das Gebot der Liebe befolgen. Die Staaten, welche den Namen der christlichen führen, sind in dem Geiste ihrer Gesetzgebung und Verfassung noch durchaus heidnisch; aber einzelne Ideen, die von dem Christenthume ausgegangen sind, haben selbst in den Formen des Heidenthums sich geltend gemacht, und wenn wir die gesellschaft-

lichen Vereine der neueren Zeit mit denen des Alterthums vergleichen, so werden wir als einen unterscheidenden Zug die Forderung der individuellen Freiheit erkennen, welche in ihrer veredelten Bedeutung nur dem christlichen Europa eigen ist. Selbst in den freiesten Republiken des Alterthums war Freiheit selten mehr, als das Recht, an der Herrschaft oder Staatsverwaltung Theil zu nehmen, womit aber immer zugleich die Verpflichtung verbunden war, seinen Einzelwillen dem Gesammtwillen zu unterwerfen; in den strengsten Monarchien unserer Zeit wird dagegen unter Freiheit das Recht verstanden, unabhängig von dem Willen Anderer sich selbst zu bestimmen; und im Allgemeinen können wir sagen, daß es ein Grundsatz unserer Staatsverfassungen ist, dies Recht anzuerkennen.

Ja, ein noch größerer Schritt ist geschehen, obwohl freilich in den neuesten Tagen, und nicht ohne arge Entstellung, die manche redliche Herzen irre geführt hat, daß sie das Ganze verwarfen. Die Fürsten, welche die Revolution besiegten, haben es ausgesprochen, daß die Gesetze der Liebe, der Freundschaft, künftig die Verhältnisse der Staaten bestimmen sollten, und die Stiftung der heiligen Allianz hat bewiesen, daß es mit diesen Worten ihnen Ernst war. Leider hat bald darauf ein unseliger Mißverstand die Sache der Freiheit von dem Interesse der Fürsten getrennt, und manche Maßregeln, die in diesem Sinne getroffen wurden, haben bei Vielen auch die Quellen verdächtig gemacht, von denen sie ausgingen. Immer bleibt es jedoch ein erhebender Gedanke, daß, seit die Menschen sich in Staatsgemeinden vereinigt haben, zum ersten Male das einzige wahre Gesetz anerkannt worden ist, das einst an die Stelle unserer trügerischen, unwürdigen, noch ganz in der crassesten Rohheit des Heidenthums befangenen Politik treten soll.

Dies ist die Zukunft, welche wir verkünden, das Gesetz, dessen Erfüllung wir verheißen; aber nicht äußerer Anerkennung bedarf zu seinem Bestande der Staat, in dem dasselbe befolgt wird, nicht des Schutzes des Mächtigen die Gemeinde, die sich zu demselben bekennt. Sagten wir nicht, daß es in dem Geiste keine Zeit, keine Unterscheidung von Zukunft, Gegenwart und Vergangenheit giebt? Werfen wir daher nur die Binde ab, welche die Augen unseres Geistes verschlossen hielt, und schauen wir mit geistigem Blick auf der weiten Erde um uns her! An dem Schlagen unseres Herzens fühlen wir es, daß alle Menschen, wie hoch oder wie niedrig sie auch in der conventionellen Welt stehen mögen, in der Geisteswelt unsere Brüder sind. Schon jetzt ist die ganze Menschheit nur eine große Familie, in der die verschiedenen Nationen die verschiedenen Familienglieder sind. Wie zwei einzelne Menschen in ihrer innigsten Vereinigung, so sind auch die Völker nur höhere Individuen, so ist zuletzt im Reiche der Geister die ganze Menschheit nur ein Individuum.

Die ganze Erdoberfläche, mit Ausschluß jenes Theils derselben, den physische Ursachen für den Menschen unbewohnbar machen, bildet das Haus, welches die große Familie der Menschheit bewohnt. Betrachten wir nun dieses

unermeßliche Gebäude, und sehen wir, wie die verschiedenen Glieder dieser Familie, die wir Völker nennen, sich in dasselbe getheilt haben!

Bei dem ersten Blick auf den Globus sehen wir, daß der größte Theil desselben — mehr als zwei Drittheile — mit Wasser bedeckt ist, und beengt würde uns daher der Raum scheinen, der den Menschen zur Wohnung angewiesen ist, wenn wir nicht wüßten, daß die Erfindungskraft des menschlichen Geistes auch die Meere unserem Willen unterworfen hat. Der Ocean trennt nicht, sondern verbindet die Welttheile, zwischen die er sich hineindr ngt; Gegenden, die in einer unermeßlichen Entfernung von uns liegen würden, wenn wir dieselbe zu Lande durchmessen sollten, werden durch das Meer in unsere nächste Nachbarschaft gerückt. Begünstigt oder erschwert wird diese Communication nur noch durch die mehr oder weniger vortheilhaften Bedin ungen, unter denen die trocknen Landmassen vertheilt sind.

Gleich Krystallisationen, die um einen gegebenen Punkt zusammenschießen, haben die Landformationen sich um den Nordpol zusammengedrängt, und bilden hier, im äußersten Norden von dem unwirthlichen Eismeere bespült, weite Ebenen, aus denen zwei große Continente, ein östlicher und ein westlicher, hervortreten. Die Völker, welche jene Flächen des Nordens inne haben, sind durch die Hindernisse, welche die Natur ihrer Entwickelung entgegenstellt, entweder in einem Zustande geblieben, oder in einen Zustand herabgesunken, den wir mit vollem Rechte der Kindheit aus Altersschwäche vergleichen können; gutmüthig, aber gefühllos, schwächlich, zusammengedrückt, jeder dauernden Anstrengung und jeder höheren Ausbildung unfähig. Nie vergißt der Eskimo die Eisfelder, auf denen er geboren ist. Man hat Einzelne, die nach Europa eingeführt, in europäische Tracht gekleidet waren, und sich an europäische Sitten gewöhnt zu haben schienen, bei dem unerwarteten Anblick von Wallfisch-Thran, sogleich Alles, was sie von Anstand und Lebensart gelernt hatten, vergessen, über die ekle Nahrung herfallen und sie mit Gier verschlingen sehen.

Von den beiden gewaltigen Ländermassen, die wir von den Eisfeldern des Nordens sich nach dem Süden erstrecken sehen, wo sie in spitzen Vorsprüngen in die große Wassermasse des Südmeeres auslaufen, zerfällt die östliche — die alte Welt, weil die Geschichte der Menschheit hier von uns in die älteste Zeit zurückgeführt werden kann — in drei ungleiche Theile, die eben so sehr durch ihre eigenthümliche Gestaltung, als durch ihre Lage von einander verschieden sind.

Die einfachste dieser Formationen ist der, gleichmäßig die beiden Wendekreise in sich begreifende Erdtheil Afrika. Beinahe völlig in sich abgeschlossen, nur durch die Landenge von Suez mit Asien verbunden, hat Afrika eine schon von den Alten einem großen Dreieck, von einem scharfsinnigen neueren Geographen der Ellipse verglichene Küstenperipherie, die nur äußerst geringe Einbiegungen, keinen einzigen tieferen Einschnitt darbietet. Drei Stufen erheben sich von

Norden nach Süden, eine über der andern, um zu der höchsten Erhebung des Erdtheils, die den ganzen Süden desselben einnimmt, zu führen. Die erste und niedrigste dieser Stufen ist der Küstenstrich des Mittelmeeres, der die besten Häfen und überhaupt die größte Mannichfaltigkeit an verschiedenartigen Gestaltungen und Productionen hat. Die zweite höhere Stufe bildet das Sandmeer der Sahara, welches das Culturland der Nordküste von dem Culturlande des Innern scheidet, jener unermeßlichen Ebene, welche die dritte Stufe ausmacht. Von dieser steigt man endlich zu dem eigentlichen Hochlande empor, das auf drei Seiten, im Westen, Süden und Osten, vom Meere umgeben, von einem schmalen Küstensaume begrenzt, steil zu einer Höhe von 8 bis 10,000 Fuß über der Meeresfläche sich erhebt. So einfach wie die physische Bildung dieses Erdtheils, ist auch die geistige der Völker, die ihn bewohnen. Nur an den Küsten haben Fremde mit höherer und mannichfaltigerer Bildung sich niedergelassen; die Negerstämme des Innern, welche wir allein als die ächten, in ihrer ursprünglichen Individualität beharrenden, Söhne des Landes betrachten können, sind jetzt noch — wie sie es vor tausend und zweitausend Jahren waren — unverdorbene Kinder, leichtsinnig und leicht vergnügt, durch jeden neuen Eindruck augenblicklich hingerissen, im höchsten Grade gutmüthig, aber auch gedankenlos grausam. Die älteste Bevölkerung der Nordküste — der Stamm der Berbern — ist durch asiatische Einwanderungen in die Wüste gedrängt worden, wo sie, in kleine Nomadenhorden aufgelöst, unstät umher irrt. Vielleicht stammen von ihr auch die Fellatah, die, an Gesichtsbildung, Farbe und Geistesfähigkeiten dem Europäer ähnlich, von den Arabern für den Islam gewonnen, in der neuesten Zeit erst im inneren Afrika als Eroberer aufgetreten sind, und am mittleren Laufe des Niger ein mächtiges Reich errichtet haben, welches im Süden und Westen in einem beständigen Angriffskriege gegen die unabhängigen kleinen Negerstaaten dieser Gegenden begriffen ist, während es im Norden und Osten selbst von den mohamedanischen Bewohnern von Bornu bedroht wird. Auch die Kaffern im äußersten Süden, so wie die Abyssinier im Osten, scheinen, bei ihrer auffallenden Verschiedenheit von den benachbarten Negerstämmen, aus Asien eingewandert.

Mannichfacher gegliedert als Afrika, das eigentlich nur einen einzigen gliedlosen Körper bildet, ist Asien. Nur der Norden dieses Welttheils ist beinahe eben so einförmig als Afrika; daher haben sich auch hier die Völker beständig auf der niedrigsten Civilisationsstufe erhalten, denn vorzüglich die Mannichfaltigkeit der Erdformationen begünstigt den Verkehr der Völker, und nur durch diesen wird der Geist erweckt. Ein Hochland, Tibet mit der Mongolei, erhebt sich, wie in Afrika, zu einer Höhe von 8000, vielleicht 10,000 Fuß über der Meeresfläche; aber es liegt nicht, wie dort, im Süden, sondern in der Mitte des Erdtheils. Von hier fällt der Nordrand steil in die Ebenen von Sibirien ab, der Ostrand wahrscheinlich, wie der Südrand, durch ein wild zerrissenes Alpenland, jener in die weiten Flächen von China,

dieser in die beiden Halbinseln von Indien. Im Nordwesten dringt die bucharische Tiefebene vom Aralsee in das Hochland ein, im Südwesten schließt sich demselben dagegen unter einem spitzen Winkel ein anderes, niedrigeres Hochland, Iran oder Persien, zwischen dem kaspischen Meere und dem persischen Meerbusen, an, wie an dieses noch weiter westlich zwei große Halbinseln, im Süden Arabien und im Norden Kleinasien, sich anschließen. So verschieden, wie diese Gestaltungen der Erdoberfläche, ist auch der Charakter der Völker, welche sich auf derselben gebildet haben: Tibetaner und Mongolen auf dem Hochlande in Tibet und der sogenannten Mongolei; die ersteren im Süden, der durch die asiatische Sahara, die Wüste Kobi, von dem Lande der Mongolen im Norden getrennt ist, ein friedliches Volk von Ackerbauern, das seit den ältesten Zeiten ruhig in seinen Sitzen geblieben zu sein scheint; die letzteren wilde, grausame Nomaden, die mit ihren Reiterschaaren mehr als einmal ganz Asien, und einen großen Theil von Europa heimgesucht haben; — die Chinesen, durch ihre Abgeschlossenheit im äußersten Osten auf einer gewissen Stufe geistiger Rohheit zurückgehalten, die zwar mit einer völlig eigenthümlichen Ausbildung vieler Kunstfertigkeiten, so wie mancher Zweige der Wissenschaften verbunden ist, doch nie zu jener Freiheit des Geistes führen kann, die uns als die höchste Blüthe der Civilisation erscheint; — die Indier, hochgebildet in uralter Zeit, aber zugleich durch eine üppige Natur verweichlicht, seit Jahrhunderten die Beute und das Spielwerk der Eroberer; — die Perser, ritterlich und edel, leicht beweglich und empfänglich für alles Schöne und Große, aber entnervt und entsittlicht durch den Druck fremder Herrscher; — ihre Nachbaren im Norden, die Türken und Tataren, rohe Nomaden, gleich den mongolischen Hirtenstämmen, doch gutmüthig und gastfrei, und nicht ohne Bildungsfähigkeit; im Süden die Araber, feurig, glühend, verzehrend, wie der Gluthwind ihrer Wüste; und endlich die mannichfaltigen, in ihrer gegenwärtigen Verwilderung kaum noch kenntlichen, Völkertrümmer in den Gebirgen längs der Küste des Mittelmeeres, in Kleinasien und im Kaukasus. Der Norden von Asien ist sparsam bewohnt; die Eingebornen tragen jenen Charakter der dumpfen Erstarrung an sich, der allen Bewohnern der Polarländer eigen ist.

Aber so wie bei allen Verschiedenheiten der geographischen und klimatischen Verhältnisse — den rauhen Norden ausgenommen — die Natur in ganz Asien darin übereinstimmt, daß sie überall reich genug ist, um den Menschen beinahe ohne alle Anstrengung zu ernähren; so finden wir auch in dem Charakter aller asiatischen Nationen, als gemeinschaftlichen Grundzug, jenes Vorherrschen der Phantasie, welches eine Folge des sorglosen Spieles der Geisteskräfte ist, wenn die Noth keine ernstere Beschäftigung verlangt. Und wenn wir bei dem einzelnen Menschen dieß Vorherrschen der Phantasie vorzugsweise im Jünglingsalter sehen, so können wir mit demselben Rechte, mit welchem wir in dem sorglosen Leichtsinn des Afrikaners die Kindheit des Menschen-

geschlechtes erkannten, in dem phantastischen Luxus des Asiaten das Jünglingsalter desselben finden.

In Europa erst ist der Jüngling zum Manne gereift. Dieselbe Mannichfaltigkeit der Erdformationen, die Asien im größten Maßstabe besitzt, ist in Europa in dem kleinsten Raume zusammengedrängt. Obwohl dreimal kleiner als Afrika hat es doch eine eben so große Küstenausdehnung. Schwerlich sind die europäischen Völker Eingeborne, denn beinahe nirgend ist das Klima oder der Boden von der Art, daß er seine Früchte dem Menschen freiwillig lieferte; auch weisen die ältesten Traditionen bestimmt auf Einwanderungen aus dem Orient zurück. Aber indem der weichliche Asiate in Europa in mühevollem Kampfe Schritt für Schritt die Herrschaft über den Boden errang, erstarkte er; die Noth trieb ihn an, was die Natur versagte, durch den angestrengten Gebrauch seiner physischen und geistigen Kräfte zu erzwingen, und da durch die vielfachen Einschnitte und Ausbiegungen der Küste, so wie durch den Wasserreichthum im Innern, die Communication erleichtert, und jeder Gewinn sogleich den Nachbaren mitgetheilt wurde, so mußte der Europäer im Laufe der Zeit eine Ueberlegenheit gewinnen, die ihn jetzt ohne Nebenbuhler an die Spitze der Civilisation stellt. In einem großen Theile von Asien herrschen Europäer; auch auf den Küsten von Afrika sind europäische Colonien gegründet; und wenden wir unseren Blick von der alten Welt über das atlantische Meer nach dem großen westlichen Continente hinüber, der den Mangel an Mannichfaltigkeit in der Küstenformation durch unermeßliche Stromgebiete im Innern ersetzt, so sehen wir hier ein neues, größeres Europa erblühen, welches, von den Fesseln des Mutterlandes frei, dieses vielleicht in kurzer Frist durch höheren Aufschwung überbieten wird.

Selbst auf jener isolirten Landmasse im Südmeere, die wir noch vor sechzig Jahren kaum dem Namen nach kannten, in Australien, finden wir jetzt europäische Kunst und Wissenschaft, und was in Europa als der Auswurf der Gesellschaft betrachtet wurde, bildet hier den Kern eines jugendlich aufblühenden Gemeinwesens, welches keiner zweiten sechzig Jahre bedarf, um an Wohlstand und Macht des Gewerbfleißes mit dem Mutterlande zu wetteifern.

Die franzöſiſche Revolution.

Aus Vorleſungen,

die im Sommer 1830 an der Univerſität zu München gehalten ſind.

Nächſt der Völkerwanderung und der Reformation iſt die franzöſiſche Revolution das wichtigſte Ereigniß der neueren Geſchichte. Wie aus der Völkerwanderung und der Reformation der geſellſchaftliche Zuſtand des europäiſchen Mittelalters und der Neuzeit, ſo iſt aus der franzöſiſchen Revolution der geſellſchaftliche Zuſtand unſerer Gegenwart hervorgegangen; und Niemand ſollte es wagen, eine Darſtellung dieſer denkwürdigen Periode zu unternehmen, der ſich nicht einer ernſten Prüfung ſowohl ſeiner wiſſenſchaftlichen als ſeiner ſittlichen Befähigung unterworfen hätte. Gleichgültig mag es ſcheinen, ob Begebenheiten, deren Folgen durch die Länge der Zeit verwiſcht worden ſind, oder die an und für ſich ohne bedeutenden Einfluß waren, auf dieſe oder jene Weiſe aufgefaßt werden; das Urtheil über die nächſten Urſachen, aus denen ſich die geſelligen Verhältniſſe der Gegenwart entwickelt haben, ſchließt aber immer das Urtheil über dieſe ſelbſt mit ein und muß daher, inſofern es ein unrichtiges iſt, zu den beklagenswertheſten Verirrungen führen. Alle Mißgriffe in der Politik unſerer Zeit laſſen ſich aus einer irrigen Auffaſſung der franzöſiſchen Revolution erklären; nur darin, daß die Irrthümer und Vorurtheile, welche ſo lange in dieſer Beziehung herrſchend waren, allmälig einer unbefangenen Anſicht der Dinge zu weichen anfangen, nur darin liegt unſere Bürgſchaft für eine heitere, von Stürmen und gewaltſamen Erſchütterungen freie Zukunft.

Durch manches gewichtige Wort, durch mehr als eine außerordentliche Handlung liegt dieſe unmittelbare Fortwirkung der franzöſiſchen Revolution offen am Tage; und wenn wir bei den vielfachſten Bemühungen der ausgezeichnetſten Geiſter deſſenungeachtet noch immer keine Geſchichte der Revolution beſitzen, ſo müſſen wir den Grund theils in dem Dunkel, das lange über ſo viele der wichtigſten Begebenheiten gebreitet war, theils in den mangelhaften Anſichten ſuchen, die bis auf dieſe Stunde über das Weſen der Geſchichte allgemein verbreitet waren.

Ohne Uebertreibung können wir ſagen, daß, wie in unſeren Tagen erſt die wahre Naturwiſſenſchaft ihren Anfang genommen hat, ſo auch die Wiſſen-

schaft der Geschichte erst in ihrem Anfange begriffen und noch nicht über die Fundamente erhoben ist. Wenn wir die Erklärungen hören, die noch jetzt gewöhnlich über den Begriff der Geschichte gegeben werden, so erinnern wir uns unwillkürlich an die Vorstellungen, die wir in unseren Knabenjahren uns etwa von der Naturlehre und Erdkunde machten; fast alle laufen mehr oder weniger auf ein recht offenherziges, wenngleich unbewußtes Geständniß der Unwissenheit hinaus, indem sie, statt jenen Begriff wirklich, wie sie vorgeben, zu erklären, ihn vielmehr nur mit anderen Worten umschreiben. Die Geschichte ist die Darstellung merkwürdiger Begebenheiten, heißt offenbar nichts Anderes, als die Geschichte ist die Geschichte; denn eine Begebenheit ist Alles, was geschehen ist, und merkwürdig ist gleichfalls Alles, was geschehen ist, sobald man es nur von dem Gesichtspunkte auffaßt, unter dem es merkwürdig erscheint.

Erst durch die neuesten Fortschritte in der Wissenschaft des Geistes sind wir tiefer in die Bedeutung der Geschichte eingedrungen; erst durch Fichte, Schelling, Hegel haben wir erfahren, was früher nur die Ahnung der seltensten Geister war, daß Geschichte die Entwickelung des Geistes in der Menschheit ist, und an uns ist es jetzt, nach dieser Einsicht, aus dem rohen Materiale, da uns bisher unter dem Namen der Geschichte dargeboten wurde, das wissenschaftliche Gebäude der Geschichte aufzuführen.

* * *

Bleiben wir in unserer Betrachtung bei dem Gegenstande, der uns zunächst beschäftigen muß, stehen, so finden wir, daß die verschiedenen Ansichten, die sich nach einander über die französische Revolution geltend gemacht haben, in stetem Fortschreiten von dem oberflächlichsten Materialismus bis zu der Tiefe der Erkenntniß, die in diesem Augenblicke uns eröffnet ist, vorgedrungen sind. Lesen wir die Schriften, welche noch während der ersten Stadien der französischen Revolution über dieselbe erschienen sind, so begegnen wir beinahe überall der Meinung, diese oder jene Partei habe um der Erreichung irgend eines zufälligen Zweckes willen die Staatsveränderung bewirkt, welche wir die Revolution nennen. Bald wird der Herzog von Orleans, bald Lafayette, bald der Graf von Provence oder Artois, bald das englische Cabinet in den Vordergrund gestellt. Der eine soll die Regentschaft während der Minderjährigkeit des Dauphin, der andere den Präsidentenstuhl einer Republik nach der Art der nordamerikanischen Freistaaten verlangt haben; der dritte wollte sich über Trümmer und Leichen den Weg zum Throne bahnen; und England sah in Frankreich nur eine gefährliche Nebenbuhlerin, die es in innere Zerrüttung stürzen und dadurch unschädlich machen wollte. Alle diese Ansichten und hundert ähnliche bedürfen gegenwärtig kaum einer Widerlegung; aber sie sind charakteristisch für jene Stufe der geschichtlichen Forschung, welche wir eben als den Materialismus der Geschichte bezeichnet haben. Auf dieser Stufe erscheint Alles, was geschieht, so groß oder klein es sein mag, immer nur als das Machwerk dieses oder jenes Individuums, oder höchstens als die Folge

eines ungefähren Zusammentreffens von Umständen, statt deren eben so gut auch jede andere Lage der Dinge hätte eintreten können. So ist Luther der Schöpfer der Reformation; die Einnahme von Konstantinopel hat die Wiederherstellung der Wissenschaften veranlaßt, und Gregor der Siebente das Papstthum und die Hierarchie erfunden. Nahe verwandt dieser Ansicht, obgleich bereits einen Schritt weiter vorgerückt, ist jene, zu welcher sich die meisten Helden der Revolution, so wie ihre eifrigsten Bewunderer bekannt zu haben scheinen: daß in der Brust des Menschen gewisse unveräußerliche Rechte lägen, welche jeder, der dieselben in sich erkannt habe, auch zur äußeren Anerkennung zu bringen berufen sei. Aehnliche Bestrebungen waren allerdings ein mächtiger Hebel der Revolution; aber sie waren nicht die Revolution, wie man so häufig behauptet hat. Diese mußte vielmehr bereits im vollen Gange sein, um jene Bestrebungen zu veranlassen; denn da jedes Recht einen Anspruch und dieser immer einen Bedürfniß voraussetzt, so mußte wenigstens das letztere bereits erwacht sein, ehe jene angeblichen Menschenrechte einen Verfechter finden konnten.

Beinahe auf gleicher Stufe mit dieser Ansicht der Helden steht eine andere der entschiedensten Gegner der Revolution; doch müssen wir bekennen, daß die letzteren der Wahrheit bereits um Vieles näher gerückt wären, wenn sie nicht immer noch von dem alten Wahne festgehalten würden, daß einzelne Menschen überhaupt den Gang der Ereignisse nach ihrem Willen leiten könnten. Diese Gegner behaupten, die französische Revolution sei von den sogenannten Philosophen herbeigeführt worden; die Lehren, welche die Philosophen verbreitet hätten, wären der Punkt, von dem die Geschichte der Revolution ausgehen müsse. Das bedeutendste Werk, welches bisher für diese Ansicht erschienen ist und zugleich die einzige kritische Geschichte der französischen Revolution, ist die Geschichte der Staatsveränderung in Frankreich unter König Ludwig XVI. (Leipzig, bei Brockhaus, 1827). Der Verfasser ist, wie aus mehreren Stellen seines Werkes hervorgeht, eifriger Protestant; und wahrscheinlich liegt hierin hauptsächlich der Grund, der ihn hinderte, einen vorurtheilsfreien Blick in die Begebenheiten zu gewinnen, die er sichtlich mit dem ernsten Bestreben nach vollkommener Unparteilichkeit darstellt. Die Philosophen können allerdings, in einer gewissen Beschränkung, als die Urheber der Revolution betrachtet werden; schwerlich würde diese ohne Voltaire, Diderot und Rousseau den eigenthümlichen Charakter angenommen haben, der sie vor so vielen früheren in anderen Hinsichten ähnlichen Bewegungen auszeichnet; aber waren nicht Voltaire, Diderot, Rousseau selbst wieder die Kinder der Zeit? Waren die Meinungen, die sie zuerst mit Energie und Beredtsamkeit aussprachen, nicht bereits vor ihnen allgemein verbreitet? und würden die Irrthümer, welche sie allerdings neben mancher kühnen Wahrheit predigten, so bereitwillige Aufnahme gefunden haben, wenn nicht überall bereits die Stätte für sie bereitet war? Ihre Schüler waren die Häupter der französischen Revolution nur insofern,

als sie ihnen die klare Erkenntniß der Uebel verdankten, die in dumpfer Betäubung längst von ganz Frankreich gefühlt wurden; auch ohne sie wäre die französische Revolution erfolgt; aber sie würde ohne sie weniger den Charakter eines organisirten Zerstörungssystemes, als eines regellosen Umsturzes durch die mechanischen Kräfte der Masse angenommen haben.

Die letzte Ansicht, welche indessen nur in wenigen vereinzelten Stimmen sich geäußert hat, ist die religiöse, welche, wie überall in der Geschichte, so auch in der französischen Revolution die Führung einer höheren Hand, den Willen, die Offenbarung der göttlichen Vorsicht sieht. Wie überhaupt der Glaube der kürzeste und sicherste, obwohl nicht der hellste Weg zur Wahrheit ist, so ist auch diese von dem Glauben ausgehende Ansicht der Geschichte nicht nur die der Wahrheit am nächsten kommende, sondern ohne Zweifel die Wahrheit selbst. Aber diese Wahrheit ist in Hieroglyphen angedeutet; wenn auch das Gemüth den Sinn der heiligen Züge ahnt, so faßt doch der Verstand deßhalb noch nicht ihre Bedeutung. Der größte Fortschritt in der Entwicklung der Menschheit ist das Heraustreten aus dem dunklen frommen Kinderglauben zu dem klaren bestimmten Wissen des Mannes; diesen Fortschritt zu fördern, haben wir als unsere vornehmste Aufgabe erkannt; und wir hoffen auch durch unsere Auffassung und Darstellung der französischen Revolution einen nicht ganz unwesentlichen Beitrag zur Lösung derselben zu liefern.

* * *

Der ganze Westen von Europa wird von Völkern zweierlei Zunge, deutscher und romanischer, bewohnt. Wenn wir alle die einzelnen Verschiedenheiten, welche diese beiden großen Völkerfamilien von einander trennen, bis zu ihrer Wurzel verfolgen, so werden wir bei den deutschen als letzten Grund ihres eigenthümlichen Volkswesens geistige Klarheit, bei den romanischen Stämmen sinnliche Verdunkelung des Bewußtseins erkennen, oder, was unmittelbar hieraus hervorgeht, Vorherrschen des Verstandes bei jenen, bei diesen Vorherrschen der Phantasie. Der tiefste Inhalt, der innerste Kern des Selbstbewußtseins ist die Ahnung des Göttlichen in uns; diese hat bei keinem anderen Volke in Europa von den ersten Zeiten ihres geschichtlichen Daseins bis auf die Gegenwart sich so rein bewahrt, als bei den Deutschen, wogegen bei den romanischen Völkern die Religion immer mehr oder weniger sinnliche Gestalt angenommen hat und nicht sowohl durch das Licht des Verstandes durchdrungen, als mit dem Farbenglanze der Phantasie umgeben erscheint. Im Mittelalter mußten die Männer, welche an der Bekehrung des deutschen Nordens arbeiteten, dem Glauben der scandinavischen Heiden eine auffallende Uebereinkunft mit den Lehren des Christenthums zugestehen; und schon den Römer Tacitus forderte die geistige Reinheit des deutschen Heidenthums zu ernsten Betrachtungen auf.

Die unmittelbare Folge von jenem hellen Selbstbewußtsein, dessen Mittelpunkt wir in der Reinheit der religiösen Ansichten sehen, ist eine Selbst-

schätzung, die nicht auf äußeren Zufälligkeiten, sondern auf dem wahren inneren geistigen Werthe des Menschen beruht. Nur in sich, in seinem eigenen Willen erkannte der Deutsche seit den frühesten Zeiten das Gesetz seines Handelns an; und der Grundsatz der individuellen Freiheit ist daher die Grundlage, auf welcher die gesellschaftliche Verfassung des deutschen Volkes im Allgemeinen und aller seiner verschiedenen Stämme in's Besondere erbaut ward. Es bedarf keiner weitläufigen Erörterungen, um zu der Einsicht zu gelangen, daß dieser Grundsatz an und für sich nie zu der Vereinigung, sondern nur zu der Absonderung der einzelnen Individuen führen wird; und daß daher ein zweites Element hinzutreten muß, wenn jener Verein, der allein den Staat bildet, bewirkt werden soll. Dieses Element ist das freilich in der wahren Selbstschätzung schon mit bedungene, aber erst durch das Christenthum bestimmt in das Bewußtsein hervorgerufene Gebot der Liebe, das bei den heidnischen Deutschen nur als roher Naturtrieb vorhanden war und daher immer dem trennenden absondernden Grundsatze der starren Selbstschätzung untergeordnet blieb. Auf seinem Hofe zurückgezogen lebte Jeder als unumschränkter Herr in seinem Eigen, mit seiner Familie, seinen Angehörigen, denen er gebot. Nur durch ein unabweisliches aber auch bewußtloses Naturgefühl verbunden, hielten die Familien, welche gemeinschaftlichen Ursprungs waren, näher zusammen; und es bildete sich daher im Verlaufe der Zeit, wie jede einzelne Familie ihre besonderen Familieneigenthümlichkeiten hat, die nur dem Fremden bemerklich sind, so auch in jedem solchen größeren Familienkreise manches Eigenthümliche in Sprache, Sitten und Lebensart aus, was sie von anderen benachbarten Kreisen unterschied. So entstanden die deutschen Stämme, aus denen sich im Verlaufe der Zeit die verschiedenen Staaten entwickelten, welche noch bis auf den gegenwärtigen Augenblick in dem Lande der Deutschen neben einander bestehen und den alten Grundsatz der Absonderung durch die Stürme vieler Jahrhunderte hindurch bewahrt haben.

Eben so wie die verschiedenen Stämme des Volkes der Deutschen, sind auch die einzelnen Glieder der großen Familie, welche die romanischen Völker bilden, durch gemeinschaftliche Sprache, Sitte und Sinnesart zu einem Ganzen verbunden. Der Italiener versteht den Spanier, den Provencalen und den Franzosen eben so leicht als der Oberdeutsche den Mittel- und Niederdeutschen; er fühlt sich eben so leicht bei ihm einheimisch, er dringt eben so leicht in den Geist seines geselligen, bürgerlichen oder wissenschaftlichen Lebens ein; während dem Deutschen selbst nach jahrelangem Aufenthalte in der Mitte dieser Völker viele ihrer Eigenheiten fremd bleiben. Daß sich nicht auch in den romanischen Landschaften eine gemeinschaftliche Schrift- und Umgangssprache gebildet hat, wie dies bei den Deutschen mit dem sogenannten Hochdeutschen geschehen ist, möchte nur durch den größeren Umfang des Gebietes, welches sie umfassen, und besonders durch seine schärfere physische und politische Trennung zu erklären sein. Denn während Deutschland zwischen den Thälern der Elbe

und des Rheins und dem oberen Donaulaufe zusammengedrängt ist, erstreckt das Gebiet der romanischen Völker sich über ganz Frankreich, Italien und Spanien, Länder, die durch die Alpen und Pyrenäen entschiedener von einander getrennt sind, als Frankreich durch die Vogesen und Ardennen von dem Lande der Deutschen. Nur wenn wir zu dem letzteren, wie wir freilich sollten, auch die scandinavischen Reiche zuziehen, sehen wir in diesen eine ähnliche Scheidung ähnliche Wirkungen hervorbringen.

Schon hieraus ergiebt es sich, daß es ungleich schwieriger sein muß, das Gemeinschaftliche in dem Charakter der romanischen Völker aufzufinden, als in dem Charakter der Deutschen; auch wird uns dasselbe auf den ersten Anblick beinahe nur in dem Unterschiede von dem gemeinschaftlichen Wesen der letzteren deutlich entgegentreten. Die Klarheit des Selbstbewußtseins, die sich eben so unverkennbar in dem äußeren, als in dem inneren Leben ausspricht, scheint jenen Südländern zu mangeln; sie scheinen, der deutschen stets sich gleichbleibenden Besonnenheit gegenüber, beständig leidenschaftlich bewegt, unruhig hin und her geworfen oder erst durch gewaltsame Anstrengung zu erzwungener kurzer Ruhe zurückgekehrt. Aber auch dann verräth ein Blick des Auges, ein Zucken der Muskeln, eine Bewegung der Hand bald den Sturm, der unter der Maske dieser angenommenen Gleichgültigkeit im Inneren tobt. Dem oberflächlichen Beobachter ist es unmöglich in diesem rastlosen Treiben und Drängen einen Mittelpunkt zu finden; dringen wir aber tiefer in dies scheinbar unauflösliche Gewirre, verfolgen wir die geschichtliche Entwickelung dieser Völker bis zu ihrem ersten Anfange zurück, so wird es uns nicht verborgen bleiben, was wir bereits im Eingange dieser Vorlesung angedeutet haben, daß alle Erscheinungen dieses bunten Gemäldes nicht weniger als die einfarbigeren Bewegungen des deutschen Volkslebens aus einem inneren Punkte ihre Erklärung erhalten. Diesen sahen wir, wie bei den Deutschen, im Selbstbewußtsein; nur in jenem niedern Grade des Bewußtseines, in welchem das helle Licht der geistigen Anschauung in die tausendfachen Strahlen der Phantasie gebrochen ist. Die Phantasie ist der Mittelpunkt, aus welchem alle scheinbar noch so excentrischen Bewegungen des romanischen Völkerlebens auslaufen. Der Italiener, der Spanier, der Provencale, der Franzose kann die Ideen, welche der Deutsche geistig auffaßt, sich nicht anders als verkörpert denken; und in den ältesten Zeiten, in welche die Geschichte uns zurückführt, sehen wir daher die Ahnung des Göttlichen, von der alles geistige Leben ausgeht, bei den romanischen Völkern auf Bilder übertragen, in denen nicht — wie bei den Deutschen — die unsichtbaren Kräfte des Geistes, sondern die sichtbaren Naturkräfte vergöttert waren.

Wie bei den Deutschen bildet auch bei den romanischen Völkern der ursprünglichen religiösen Ansicht entsprechend sich zugleich die bürgerliche Verfassung, das gesellige Leben aus. Wenn die Erkenntniß des geistigen Wesens der Gottheit das Gefühl der Freiheit, der Unabhängigkeit erweckt, indem wir uns bewußt werden, auch in uns einen Funken des Göttlichen zu besitzen, so

führt dagegen die Verehrung der Natur als des höchsten Lebensprincipes nothwendig zu der willenlosen Unterwerfung unter jede äußere Gewalt und kann innerlich zwar den Wunsch, diese Gewalt zu theilen, aber nicht sich von derselben zu befreien, hervorrufen. Daher sehen wir die romanischen Völker in der ältesten Zeit nicht, wie die deutschen, in eben so viele freie selbstständige und — wir können sagen — souveraine Eigenthümer zerfallen, als die Nation Familienväter zählt; sondern jeden Stamm unter der unumschränkten Herrschaft eines Einzelnen, der dieselbe als ein theures Besitzthum ausschließlich auf seine Nachkommen vererbt, und dem nicht nur die Glieder seiner Familie, sondern auch alle Angehörige seines Stammes zu blindem Gehorsam verpflichtet sind. Selbst wenn im Verlaufe der Zeit jenes ursprüngliche Verhältniß gelöst wird, sehen wir die einzelnen Glieder des Stammes sich nicht in dem Bewußtsein ihres Werthes für sich zurückziehen, sondern zu einander drängen, um die herrenlose Macht zu theilen. Es sind bei den romanischen Völkern Freistaaten entstanden, wie bei den deutschen, aber nie war die Anerkennung der individuellen Freiheit die Grundbedingung der ersteren, sondern immer nur die Feststellung des Antheiles, den jedes einzelne Staatsmitglied an der öffentlichen Verwaltung oder an der Herrschaft hatte.

Nicht durch die Eroberungen der Römer wurde etwas Wesentliches in diesen Verhältnissen verändert; um so mehr durch die Einführung des Christenthumes, welches das Gefühl der Abhängigkeit bei den Beherrschten zu frommer Ergebung in die Fügungen der Gottheit, das der äußerlichen Ueberlegenheit bei den Herrschenden zu väterlicher Sorge für das Wohl der Untergebenen milderte; am meisten aber durch den Einbruch der Deutschen, die mit der Herrschaft der römischen Beamten in den eroberten Provinzen zwar nicht jede Spur der alten Formen der Verwaltung, aber doch des Geistes, der dieselben beseelte, vernichteten. Die Sieger betrachteten nicht bloß das eroberte Land, sondern auch die Bewohner als ihr rechtmäßig erworbenes Eigenthum. Die alten Herren wurden jetzt gleich ihren Sclaven unterdrückt; aber während die letzteren nur die Herren wechselten und daher diesen Druck weniger empfanden, sahen die ersteren, die bisher den Geboten ihrer herkömmlichen Oberen nur gehorcht hatten, um dagegen ihrerseits wieder ihren Untergebenen zu gebieten, sich jetzt jedes Antheils an der Herrschaft beraubt und der Willkür der fremden Eroberer Preis gegeben. Am festesten und entschiedensten bildete dieß neue Verhältniß sich in dem Reiche der Franken in Gallien aus; und durch die Ausbreitung der fränkischen Herrschaft seit Chlodwig und Karl dem Großen wurde dasselbe in den Formen, die sich im Verlaufe gebildet hatten, nach allen Nachbarländern und selbst nach Deutschland hinübergetragen. Ueberall trat an die Stelle der alten Gesetze oder der alten Freiheit der Wille der Eroberer und willenlose Unterwerfung von Seiten der Besiegten. Den einzigen Trost für die Unterdrückten, so wie auf der anderen Seite die einzige Milderung des Druckes brachte die Religion, welche den Menschen durch die Hin-

weisung auf die ewigen Freuden des jenseitigen Lebens mit den Leiden des diesseitigen versöhnte. Als aber allmälig eine höhere Verstandesbildung sich verbreitete und durch dieselbe das religiöse Gemüthsleben, welches bisher die Völker beherrscht hatte, in den Hintergrund gedrängt wurde, da mußte zugleich der so lange geduldete Druck immer unerträglicher fühlbar werden und das Bewußtsein der Kraft erwachen, das Bewußtsein der Fähigkeit, des Vermögens, sich dieses Druckes zu entledigen. Die aus diesem Bewußtsein hervorgehende Reaction, die Auflehnung der unterdrückten Bürger und Bauern gegen den herrschenden Adel, war die Bewegung, welche wir in ihrem letzten entscheidenden Ausbruche die französische Revolution nennen; denn wie Frankreich der Mittelpunkt war, von welchem sich einst das Feudalwesen in seiner regelmäßigeren Ausbildung über ganz Europa ausbreitete, so mußte es auch der Mittelpunkt der demselben entgegenwirkenden revolutionairen Bewegung werden, welche das neue System der Gleichheit der bürgerlichen Ansprüche und Rechte ohne Rücksicht auf die Abstammung von diesem oder jenem Geschlechte verbreitete.

Der größte Irrthum, der bei der Beurtheilung dieser wichtigen Begebenheit immer wiederholt worden ist, beruht hauptsächlich darauf, daß man das äußere Hervortreten der Begebenheiten mit ihrer inneren Entwicklung verwechselt. Jede äußere Erscheinung ist immer nur ein Zeichen, daß eine neue Stufe in dem inneren Geistesleben ihre Vollendung erreicht habe. Wie in der Pflanzen- und Thierwelt der Proceß der inneren Verjüngung und Weiterbildung ununterbrochen fortdauert, bis das letzte Ziel derselben erreicht ist, und unbemerkt immer ein neues frisches Dasein an die Stelle des alten abgestorbenen tritt; so dauert auch in der geistigen Welt des Menschen, im Völkerleben und im Leben der Menschheit die innere Entwicklung ununterbrochen fort; die äußeren Formen, welche das Resultat einer früheren Entwicklung waren, bleiben scheinbar unverändert stehen, aber unter ihrer Decke haben sich neue Formen für das neue Leben gebildet; und wenn jene dann, nachdem sie längst ihre letzten Dienste geleistet haben, herabfallen und diese plötzlich an ihrer Stelle erscheinen, so glaubt der Unkundige eine gewaltige Veränderung zu sehen, die erst in diesem Augenblicke plötzlich vor sich gegangen sei, während ihm doch eigentlich nur Etwas, das bereits lange vorhanden war, erst sichtbar geworden ist. Auf ähnliche Weise war auch die französische Revolution lange vorbereitet, ehe noch Jemand ihre Möglichkeit ahnte. Die verschiedenen Stufen, welche die Revolution in ihrem Fortgange nach einander zurücklegte, sind nichts anderes, als die Uebergangsperioden, in denen das Alte allmälig dem Neuen Platz machte; so wie ein Theil des alten Gerüstes niedergerissen wurde, trat immer auch ein Theil des neuen Gebäudes bereits vollendet an das Licht; die furchtbaren Erschütterungen, von denen jeder neue Fortschritt begleitet war, wurden nur durch die Trümmer und Splitter verursacht, in die das alte Staatsgehäuse zusammenbrach; und wenn unter dem Schutte Tausende ihren

Tod fanden; so können wir die Unglücklichen beklagen, aber wir dürfen nicht vergessen, daß sie selbst sich auf den Punkt gestellt hatten, den sie am meisten von dem Sturze bedroht sahen.

* * *

Fassen wir in einen Blick den ganzen Verlauf der französischen Revolution zusammen, so werden wir in derselben folgende Perioden unterscheiden:

I. Der erste Schritt der Revolution war das Zugeständniß der Regierung, daß es unmöglich sei, auf die bisherige Weise fortzubestehen. Ganz Frankreich zerfiel in zwei große Classen, von denen die eine allen Reichthum, alle Macht, alle Ehre, die andere alles Elend, alle Mühe, alle Noth besaß. An der Spitze der ersten stand die Regierung, deren Glieder aus derselben gewählt wurden; die Kosten der Regierung trug dagegen nicht die erste Classe, welche allein allen Vortheil von derselben zog, sondern die zweite. Wie indessen ein Gefäß, aus welchem man immer herausnimmt, während man es nie wieder füllt, allmälig erschöpft werden muß, so war es auch in Frankreich dahin gekommen, daß die steuernden Bürger und Bauern die für den Staatshaushalt erforderlichen Abgaben nicht mehr zahlen konnten, und die Regierung selbst konnte sich dieß nicht länger verbergen. Da nun aber die Regierung dennoch fortbestehen wollte, und da sie zu ihrem Fortbestehen Geld und zwar viel Geld nicht entbehren konnte, so war natürlich das Einzige, was zu thun blieb, daß diejenigen angehalten wurden, zu zahlen, die etwas hatten; und da vorauszusehen war und überdieß durch die Versammlungen der Notabeln ausdrücklich erklärt wurde, daß sie dieß freiwillig nicht thun würden, so mußte man zu außerordentlichen Mitteln seine Zuflucht nehmen. Die Regierung suchte Hülfe bei dem Volke, der König und der Hof verbanden sich mit den Bürgern und Bauern, um den Adel und die Geistlichkeit zum Abgabenzahlen zu zwingen. Das Zusammenberufen der Generalstaaten hatte in der That keine andere Bedeutung, und daß die Regierung wirklich hierin nicht ohne Bewußtsein handelte, geht schon daraus hervor, daß in der Versammlung der G. St. dem dritten Stande oder dem Volke noch einmal so viele Stimmen gegeben wurden, als jedem der beiden höheren Stände.

II. Der zweite Schritt der Revolution war der eigentlich schon durch das Zusammenberufen der Generalstaaten entschiedene Sieg des Tiers état. Schon in der ersten Sitzung derselben wurde der Sturz der privilegirten Stände ausgesprochen. Denn da der Bürgerstand in der Versammlung doppelt so viel Köpfe zählte, als der Adelstand oder die Geistlichkeit, so wurde durch das Abstimmen nach Köpfen alle Macht in seine Hand gelegt. Die privilegirten Stände wollten nichts zugestehen; um sie zu hindern, das, was unumgänglich nothwendig war, zu verweigern, wurde ihnen Alles genommen. Da vergißt die Regierung, daß sie, wenn auch aus Gliedern der privilegirten Stände zusammengesetzt, doch die Verwalterin des Ganzen ist, daß der Sieg des Tiers état nicht gegen sie gerichtet, sondern in dem Interesse des Ganzen ihr

eigenes unabweisliches Bedürfniß ist. Sie sieht sich in verderblicher Verblendung nur als das Haupt des Adels an, stellt sich an die Spitze des sinkenden von ihr selbst untergrabenen und gestürzten, und fällt mit ihm. Der siegende Bürgerstand ist durch die Folgen des Irrthums gezwungen, das anfänglich von ihm eingehaltene Maß zu überschreiten und den durch die Hülfe der Regierung verstärkten Adel, um ihn unschädlich zu machen, zu vernichten. Es wird eine neue Ordnung der Gesellschaft geschaffen, in welcher alle Bürger gleich sind vor dem Gesetze. Um diese Gesetze aufrecht zu erhalten und, wo sie fehlen, zu bestimmen, wird eine stehende, den Bürgerstand, oder, was gleichviel ist, das Volk repräsentirende Versammlung gewählt; dem König bleibt die executive Gewalt, die er aber nicht mehr als Herrscher, sondern als Beamter des Volkes verwaltet.

III. Wie der Fortschritt der Revolution in ihrer zweiten Periode eine natürliche Folge des ersten Schrittes und eigentlich in diesem bereits eingeschlossen war, so ist der dritte Schritt derselben eine nothwendige Folge des zweiten. Die Regierung, welche an die Spitze der neuen Constitution gestellt war, d. i. der König und sein Hof, kämpft selbst gegen die Verfassung an, durch welche sie doch, nachdem ihre frühere Stütze in der Adelsmacht hinweggehoben ist, allein besteht. In den Sturz des Gebäudes wurden natürlich alle, die auf demselben ihren Standpunkt eingenommen hatten, mit hineingezogen. Wenn der König die Constitution von 1791, nachdem er sie einmal angenommen und beschworen hatte, aufrichtig und kräftig unterstützt hätte, so wäre die ganze jetzt mit Riesenschritten forteilende Revolution vermieden worden. Statt sich seinem Volke anzuschließen, statt sich die Verfassung, die einmal durch den allgemeinen Volkswillen in das Leben getreten war, gefallen zu lassen, suchte er durch Verbindung mit dem Auslande den Sturz derselben herbeizuführen. Die assemblée législative, obgleich durch die Hitze des Kampfes über die ruhigere Fassung der constituante hinausgerissen, war die wahre und würdige Repräsentation der öffentlichen Meinung. Nur die festeste Vereinigung mit ihr konnte das Königthum retten. Aber der einzige Gebrauch, den der König von seinen constitutionsmäßig ihm zustehenden Rechten machte, war, sich den Arbeiten der legislativen Versammlung, dem Strome der öffentlichen Meinung nach Kräften entgegen zu setzen. Die Folge hiervon war der 20ste Juni. Die Invasion der Fremden, von dem Könige selbst veranlaßt, konnte keine andere Folge haben, als die Entfernung des Königs. Das Manifest des Herzogs von Braunschweig war die Entsagungsakte Ludwigs XVI. Die Antwort darauf war der 10te August. Wenn die legislative Versammlung ihre Pflicht, die Gesetze aufrecht zu halten, erfüllen wollte, so mußte sie sich jetzt, da die executive Gewalt zu dem Feinde übergegangen war, auch der Regierung bemächtigen. Eine repräsentative Monarchie ohne König ist die Republik. Dieß war so klar, daß die assemblée législative, obgleich im Sinne des constitutionellen Königthums gewählt und

der Constitution von 1791 gewissenhaft ergeben, dennoch keinen andern Ausweg fand, als die Republik auszurufen.

IV. Der Kampf der Gironde und der Montagne oder der gemäßigten Republikaner und der Terroristen war im Ganzen nichts als eine gesteigerte Wiederholung des Kampfes zwischen den Königlichen und den Constitutionellen. Nachdem Frankreich durch Abschaffung der Königswürde eine neue rein volksmäßige Verfassung erhalten und alle alte Interessen vernichtet hatte, so war es offenbar, daß an eine Unterhandlung mit der besiegten Partei nicht mehr gedacht werden konnte. Bei dem Kriege nach außen war Einigkeit im Innern unentbehrlich; die nächste Folge, welche innere Spaltung hervorbringen mußte, war äußere Niederlage. Einigkeit, Einheit allein war die Rettung des Staates; wie war diese aber möglich bei der Verschiedenheit der Ansichten, Wünsche, Bestrebungen, die einmal aus der alten Zeit in die neue noch herübergriffen? Durch Zwang, durch gewaltsame Unterdrückung des Widerstrebenden, durch Schrecken. Die entschiedenen Republikaner, die mit der neuen Verfassung auch alle Folgen derselben angenommen hatten, die Männer, die, um uns ihrer eigenen Worte zu bedienen, à la hauteur des circonstances waren, begriffen die Nothwendigkeit außerordentlicher Maßregeln; die gemäßigte Partei bestand darauf, alle gesetzlichen Formen der Constitution zu behaupten, ohne zu bedenken, daß durch die Beobachtung der ordentlichen Formen unter außerordentlichen Umständen jene selbst unrettbar verloren gehen mußten. Die Constitution war nur auf den Frieden berechnet, und Frankreich stand mit ganz Europa im Krieg; daher mußte entweder Frankreich oder die Constitution fallen. Die Gironde zog die Constitution dem Vaterlande vor, vertheidigte sie aber auf so laue und zugleich so ungeschickte Weise, daß sie den Sturz derselben nicht aufhielt, sondern nur auf ihr eigenes Haupt zog. Der Sturz der Gironde war der Sieg Marat's, Danton's, Robespierre's und des Schreckens. Das Comité de salut public erfüllte ganz Frankreich mit Blut; aber der Feind hütete sich dem bluttriefenden Löwen zu nahe zu kommen. Robespierre, der von allen Terroristen allein sich klar war, stark durch das Bewußtsein, einen edlen Zweck zu verfolgen, war der Dictator von Frankreich; und das Volk fühlte, daß ihm ein Dictator nothwendig sei, daher duldete es Robespierre. Die demokratische Constitution, die er gab, war nie anders als auf dem Papiere vorhanden; sie im Staate zur Ausführung zu bringen, wäre selbst im Frieden durch Sitten, Lebensart und Denkweise des Volkes unmöglich gewesen. Nachdem die Constitution von 1791 aufgehoben war, trat daher de facto unumschränkte Willkür der herrschenden Partei und ihrer Machthaber ein.

V. Die Willkür führt in ihrer äußersten Uebertreibung immer ihr Gegengift mit sich. Das einzige positive Element des Terrorismus, das Streben nach absoluter Vollkommenheit, Gleichheit, war in Robespierre vertreten. Aber die Tugend ist so gut als das Gesetz eine Fessel der Willkür; nachdem

diese einmal gefesselt war, mußte daher wie das Gesetz, so auch die Tugend stürzen. Der 9. Thermidor war nicht, wie man gewöhnlich annimmt, der Sturz der Terroristen durch die gemäßigte Partei, sondern er war der Sturz der Terroristen durch die Ultraterroristen. Erst jetzt erreichte die Willkür ihren höchsten Grad, indem sie von den Machthabern auf die ganze Masse des Volkes übertragen wurde, durch dessen Hülfe die Machthaber allein gestürzt werden konnten. Die Grundsätze Robespierre's hatten, wenige exaltirte Köpfe ausgenommen, nur in dem Pöbel eifrige Anhänger gefunden. Dieser Pöbel war aber in geringer Zahl; seine Herrschaft zu stürzen, bedurfte es nur einer Appellation an die große Majorität des Mittelstandes. Um Robespierre zu stürzen, der ihnen selbst zur Last fiel, riefen die Ultraterroristen den Mittelstand auf und bedachten nicht, daß sie dadurch ihrem eigenen Reiche ein Ende machten. Die Mehrzahl des Mittelstandes gehörte zu der Partei der Gemäßigten, die durch den Terrorismus bisher unterdrückt gehalten war; einmal zur Herrschaft gelangt, wußte sie sich der Terroristen, die sie zu ihren Zwecken benutzen zu können meinte, bald zu entledigen und die gesetzliche Ordnung, die so lange unterbrochen war, zurückzuführen. Damit waren die Terroristen freilich übel zufrieden. Sie kämpften, obwohl machtlos, unaufhörlich gegen die Macht an. Die Insurrectionen, die beständig sich wiederholten, konnten unter diesen Umständen keine andere Wirkung hervorbringen, als daß in der Masse des Volkes durch die Furcht vor der Rückkehr des Schreckens sich Vorliebe für den alten Zustand vor der Revolution entwickelte. Die Constitution de l'an III., welche die gemäßigte Partei an die Stelle der terroristischen Constitution de 1793 gesetzt hatte, war in ihren wesentlichen Bestandtheilen nichts als eine Modification der Constitution von 1791, mit dem Unterschiede, daß an die Stelle der monarchisch-constitutionellen Formen republikanisch-constitutionelle traten. Die assemblée des cinq cents war die Rückkehr der assemblée législative, die Gewalt, welche von dieser dem König vorbehalten blieb, wurde zwischen der assemblée des anciens und dem Directoire getheilt, indem jener das Veto, diesem das Pouvoir executiv zufiel.

VI. Mit dem Sturze der Terroristen hatte auch bereits die Reaction der Royalisten begonnen. Wie durch den Sturz der Aristokraten die Demokratie, bis zu äußersten Ausschweifungen derselben, herbeigeführt worden war, so wurde durch den Sturz der Terroristen oder der Demokraten das entgegengesetzte Princip wieder vorherrschend. Natürlich, da unter den Vorkämpfern, auf welche im Parteikampfe beim Siege die Gewalt übergeht, sich immer die befinden, die in Ansicht und Charakter am weitesten von den Gegnern entfernt sind. In den Rath der 500, so wie in den der Alten, wurden fast überall entschiedene Royalisten gewählt; nicht als ob die Masse des Volkes wirklich die Wiedereinführung des alten Königthums gewünscht hätte, aber die heimlichen Royalisten waren die, welche zu dem Sturze des Terro-

rismus am kräftigsten mitgewirkt und dadurch das allgemeine Vertrauen erworben hatten. Nur die Armee, in welche der Schrecken die Blüthe Frankreichs getrieben hatte, hielt die Republik. Schon bereiteten die Royalisten beinahe öffentlich die Rückkehr der Bourbonen vor; der 13te Vendemiaire vereitelte ihre Anschläge. An diesem Tage wurde zuerst der Name Bonaparte genannt. Wie auf Robespierre in einer früheren Periode der Revolution, richteten sich jetzt bald auf Bonaparte alle Blicke. Mitten unter den widersprechendsten, aber auf unfruchtbare Negation beschränkten Bestrebungen brachte er, gleich jenem, allein ein positives Element auf den Kampfplatz. Aber das positive Element Robespierre's, die Tugend, war zuletzt doch nur ein hohler Begriff, eine Idee, deren Verwirklichung im Staatsleben nur dem Wahnsinnigen möglich schien. Das positive Element, das Bonaparte in die Revolution brachte, war die Ehre, und als äußeres Zeichen derselben der Ruhm. Daß die Verwirklichung dieser Idee möglich war, bewies der erste italienische Feldzug Bonaparte's. Wie gering man auch den Kriegsruhm veranschlagen mag, so darf man doch nicht vergessen, daß in ihm etwas wahrhaft republikanisches liegt. Der Ruhm, welchen der Feldherr erwirbt, geht auf das ganze Heer über und wird von dem gemeinen Soldaten, wie von dem Führer getheilt. Ohne Ehre, ohne Selbstgefühl ist eine Republik undenkbar, und indem Bonaparte dieses den Franzosen gab, schuf er daher eigentlich erst, gleichviel unter welcher Form, die Republik. Der Neid des Directoriums, welches eigenes Verdienst nicht besaß und fremdes nicht anerkennen wollte, nicht weniger, als der Durst nach neuen Lorbeerkränzen bestimmten den jungen Feldherrn, nachdem er seinem Vaterlande den Frieden erkämpft hatte, Frankreich zu verlassen. Während er in fernen Welttheilen sich neue Bahnen des Ruhmes brach, erhob der kaum gedemüthigte Feind auf's Neue mit kecker Zuversicht das Haupt. Große Unfälle trafen die republikanischen Heere. Die Nachricht von ihrer Niederlage rief Bonaparte nach Europa, nach Frankreich zurück. Hier wurde er nicht als Bürger, als Feldherr, sondern als Befreier, als Retter, als Heiland empfangen. Die Gesetze, denen er selbst sich unterwerfen wollte, wurden gebrochen, um seine Landung zu beschleunigen. Seine Reise nach Paris war ein Triumphzug. Ohne gesetzliche Macht war Bonaparte durch das Vertrauen des Volkes, durch den Willen der Bürger der Gebieter Frankreich's. Aber wo war die gesetzliche Macht? In den repräsentativen Versammlungen nicht, denn diese waren nicht nach den Vorschriften der Verfassung, sondern des Directoriums gebildet worden. In dem Directorium eben so wenig, denn nicht durch das Gesetz, sondern durch Gewaltstreiche hatte dieses sich in seiner Stellung behauptet. Wenn denn nun einmal die Gewalt Macht geben sollte, das fühlte Bonaparte, so war er würdiger und fähiger, diese Macht zu verwalten, als die fünf Männer, die er im Besitz derselben fand. Der 18te Brumaire stürzte eine Verfassung, die längst nur noch durch künstliche Mittel am Leben

erhalten wurde. Als erster Consul trat Bonaparte an die Spitze des Staates, neben ihm als Gehülfen ein zweiter und dritter Consul, als rathende Behörden, anstatt der assemblée des cinq cents und des anciens der Senat und das Tribunat. Bald stellte die schnell begründete und vollendete neue Organisation Ruhe und Sicherheit und gesetzliche Ordnung im Innern her, der Sieg brachte Achtung und Frieden von außen.

VII. Napoleon war als erster Consul, wenn auch nicht dem Namen, doch der That nach Herrscher von Frankreich. Er war es durch den Wunsch und Willen des Volkes; warum sollte er also zu der Sache nicht auch den Namen nehmen? Aber dieser Name war kein leerer Schall. Das Kaiserthum bezeichnet, wie das Consulat, eine eigene scharf geschiedene Periode der französischen Revolution. Durch den Felsenwillen des ersten Consuls war der schwellende Strom der Volksbewegungen in ein festes unwandelbares Bett zurückgedrängt worden; die Aufgabe des Kaisers war es, die Uferdämme vor frevelhafter Zerstörung von außen zu sichern. Der Austausch von Producten, Ideen, Institutionen, der seit uralten Zeiten zwischen allen Staaten des westlichen Europa's statt gefunden hat, mußte Napoleon überzeugen, wenn auch äußere Nothwendigkeit ihn nicht drängte, daß sich unmöglich in dem einen dieser Staaten eine Verfassung halten könne, die den Verfassungen aller übrigen so streng entgegengesetzt wäre, als die französische seit dem Sturze des Feudalwesens. Um das Bestehen seiner Einrichtungen für Frankreich zu sichern, mußte er den Wunsch hegen, ähnliche Einrichtungen auch bei den benachbarten Völkern eingeführt zu sehen. Jeder Wunsch Napoleon's war aber immer schon der Anfang der That. Nur seinem Riesengeiste konnte das Unternehmen nicht zu kühn scheinen, dieselbe Revolution, die in Frankreich durch Ströme Bluts sich Bahn gebrochen hatte, in Deutschland, Spanien, Italien durch die bloße Kraft seines Willens zu vollenden. — Vieles begünstigte diesen Plan: die Spaltung der größeren und kleineren Staaten in Deutschland, die Zerrissenheit, in welcher Italien sich durch die Theilung unter großentheils fremden Fürstenhäusern befand, und der Verfall, in welchen Spanien seit drei Jahrhunderten versunken war; aber ein einziger Irrthum, welchen er in der Berechnung der ihm zu Gebote stehenden Mittel beging, hatte das Fehlschlagen des ganzen Planes zur Folge. Er ahnte nicht, daß Völker, welche denselben Druck empfänden, den die Franzosen durch die Revolution abwarfen, höhere Interessen haben könnten, als jenes, sich dieses Druckes zu entledigen, daß der Deutsche, der Italiener, der Spanier es vorziehen könnte, unter einer schlechteren einheimischen Verwaltung zu leben, wenn ihm die beste fremde geboten würde. Napoleon verstand nur die allgemeinen Interessen seiner Zeit, so wie er die besonderen Interessen von Frankreich und Italien richtig kannte. Spanien, Deutschland, der slavische Osten und selbst England waren ihm dunkle Massen, die er nach wenigen gegebenen Voraussetzungen beurtheilte. So konnte es nicht fehlen, daß er den

Geist der Völker, die er in sein politisches System zog, auf das Aeußerste empörte; jede neue Niederlage hatte in jedem neuen Kriege nur immer hartnäckigeren Widerstand zur Folge, und zuletzt mußte der zu hoch gespannte Bogen nachlassen oder springen. Bei Völkern wie bei einzelnen Individuen ist der erste mächtigste Trieb der Lebenstrieb, das erste Bedürfniß die Existenz, und diese hatte Napoleon den Polen, wenngleich in beschränktem Raume, zurückgegeben. Aber selbst hier hatte Napoleon nur eine oberflächliche Kenntniß der Verhältnisse. Statt auf jede Gefahr hin Polen bei erster Gelegenheit zur selbstständigen Macht zu erheben und sich dadurch im Norden einen festen Stützpunkt zu sichern, ließ er es schwach und unfähig, bei dem Unglück des russischen Feldzuges, sich selbst zu behaupten und die französischen Heere zu retten. Der Verlust des Waffenglanzes, der Sturz seiner äußern Macht war — wie Napoleon richtig fühlte — in Frankreich, in dem Reiche der öffentlichen Meinung, auch ohne äußere Gewalt, zugleich der Sturz seines neu errichteten Thrones. Der Ruhm war das Element, in dem Napoleon mit seiner jungen Dynastie allein gedeihen konnte; denn nur der Ruhm hatte ihn über die Häupter seiner Mitbürger erhoben.

VIII. „Die Reste des alten Fürstengeschlechtes und die Reste des alten Adels kehrten, nach dem Ausgang Napoleon's, nach Frankreich zurück, aber sie fanden nicht mehr das alte Frankreich. Der Held, welcher von dem Schauplatze abgetreten war, hatte ein neues Gebäude der Staatsverfassung auf unerschütterlichen Fundamenten aufgeführt; die neuen Ankömmlinge mochten davon Besitz ergreifen, sich darin einrichten, so gut sie wollten, aber an den Wänden durften sie nicht rütteln, wenn sie nicht unter dem Schutte sich selbst begraben wollten. Die Charte, die Ludwig XVIII. den Franzosen verlieh, können wir mit vollem Rechte als das Erbe Napoleon's betrachten; sie enthält in wenigen Worten die Anerkennung des ganzen praktischen Gewinnes der Revolution. Die Repräsentation des Volkes, die hinzugefügt wurde, war nur eine Garantie, die unter Napoleon entbehrlich sein mußte, weil sie in dem ganzen Charakter seiner Regierung lag; sie war das Dach, welches man noch nicht aufgesetzt hatte, weil man darauf rechnete, das Gebäude noch um einen Stock höher aufzuführen." Diejenigen von Ihnen, m. H., welche sich erinnern, daß ich dieselben Ansichten, die ich heute vor Ihnen entwickle, bereits im Winterhalbenjahre 1829 vor einer zahlreichen und glänzenden Versammlung mit denselben Worten aussprach*), werden sich auch erinnern, daß ich damals hinzufügte: „Lächerlich — wenn sie nicht durch ihre Verwegenheit verbrecherisch würden — erscheinen die Versuche, die noch immer hie und da von den neuen Bewohnern des

*) Die in Häkchen eingeschlossenen Zeilen waren aus den „Vorlesungen über die Gesch. d. Gegenwart" in das Heft meiner Vorlesungen über die franz. Rev. übergegangen.

Hauses gemacht werden, das Innere umzukehren; die Zahlung der Milliarde, bisher das wichtigste Resultat dieser Bestrebungen, hat indessen gezeigt, daß es der Mehrzahl nicht sowohl um Herstellung des alten Zustandes, als um Theilnahme an den Früchten des neuen zu thun ist." Die drei Tage, deren Schilderung ich meinen gegenwärtigen Vorträgen anreihen könnte, haben die überraschendste Bestätigung der damals von mir nur bedingt ausgesprochenen Wahrsagung gebracht. Karl der Zehnte hat die Wände des Hauses, das nach langen Irrfahrten ihn gastfreundlich aufnahm, zerbrochen, und der Thron der Bourbonen ist unter dem Schutt begraben worden. Aber die adligen Herren, denen es nicht um das ancien régime, sondern nur um die Milliarde zu thun war, haben sich weislich zurückgezogen, und wir sehen sie in dem neuen revolutionairen Frankreich, ungeachtet des Geschreies, das sie wohl zuweilen noch erheben, mit eben so großem Behagen wohnen, als in dem alten legitimen, bourbonischen.

X. Darf ich es wagen, während kaum der Schall der Sturmglocke von der Notredame verhallt ist, während noch die Straßen und Boulevard's der großen europäischen Weltstadt von dem Blute der heiligen Märtyrer für Freiheit geröthet sind, darf ich es wagen, mitten in diesem Sturme der Leidenschaften, von denen auch wir wider Willen ergriffen werden, mein Urtheil über die Gegenwart und die von derselben verheißene nächste Zukunft auszusprechen? Die Revolution hat in Frankreich ihren Kreislauf vollendet. Schon durch die Charte Ludwigs XVIII. war das, was von der Idee der Revolution sich als haltbar, ausführbar erwiesen hatte, auch äußerlich in das Leben gerufen worden. Der Frieden Frankreich's war gesichert, so lange die Charte gesichert war, ihrem Geiste nach gehalten wurde. Aber dieser Geist war den Bourbonen, war namentlich Karl X. fremd; seine ganze Regierung war ein steter offener oder verhüllter Kampf gegen die Charte, und es war daher klar, daß entweder diese fallen mußte, oder er. Jetzt ist er gefallen; und wenn wir auch nicht in den rohen Hohn mit einstimmen können, der den königlichen Greis verfolgt, während er, den Thron seiner Väter und das Land seiner Väter hinter sich lassend, ein neuer Lear, ausgestoßen von allem, was er liebte, in die Fremde wandert, so können wir doch nicht anders sagen, als: es ist ein Glück, daß er gefallen ist, ein Glück für Frankreich, für Europa, für die Menschheit. Désormais la Charte sera une vérité! In diesem Worte liegt die ganze Gegenwart und Zukunft Frankreich's. Zwar schwanken und brausen noch die Wogen, die der Sturz des alten Thrones empört hat, zwar schlagen sie hoch an die Uferdämme und drohen über dieselben — auch in unsere friedlichen Gefilde — hinauszubrechen; aber wir sind unbesorgt. Kommt nur, von außen, keine neue Störung, so werden die unruhigen Fluthen schon von selbst sich beruhigen und, wenn der letzte Wellenschlag seinen Kreis vollendet hat, zu ihrem gewöhnlichen Stande zurückkehren. Aber vergessen dürfen die Fürsten, die Völker Europa's es nicht:

„Nur dadurch, daß die Revolution ihren Kreislauf friedlich vollendet, den sie gewaltsam begonnen hat, daß die Elemente der Gährung aus dem Völkerleben ausgeschieden und die Elemente einer neuen Entwicklung der Gesellschaft gehegt und gezeitigt werden, nur dadurch ist die Reorganisation des westeuropäischen Staatensystems, die Napoleon auf seine gewaltthätige Weise begonnen, die Restauration unterbrochen hatte, und nur dadurch, — durch eine Reorganisation des westeuropäischen Staatensystems auf dem Grunde der volksthümlichen Interessen, ist für die Dauer das ungestörte Fortbestehen der einzelnen Glieder dieses Systemes möglich."

Béranger.

Geschrieben zu Paris im August 1826.

Die Poesie, wie die Religion enthalten dieselbe Erkenntniß des Höchsten, welche die Philosophie uns in der Gestalt der Wissenschaft zu geben verspricht — die Religion die Erkenntniß des Göttlichen in und an sich, als Idee, — die Poesie die Erkenntniß des Göttlichen außer sich, als Offenbarung der ewigen Welt der Ideen in der zeitlichen — in der Form der Ahnung, d. i. des dunkeln, theilweisen und verworrenen Wissens, welches in jedem einzelnen Menschen, wie in jedem Volke und in der gesammten Menschheit, dem klaren, vollständigen und systematischen Wissen vorangeht. In einem Volke, das sich aus seinem ursprünglichen Naturzustand naturgemäß, durch eigene Kraft und ohne gewaltsame äußere Einwirkung, entwickelt, wird aus dieser anfänglichen Ahnung nach und nach immer heller und in immer deutlicher ausgeprägter Entfaltung der einzelnen Theile, die Wissenschaft, als vollständiger Organismus des volksthümlichen Wissens und Erkennens, hervortreten; wie dieß unter den historisch bekannten Völkern, z. B. bei den Hindus und bei den Griechen, der Fall gewesen ist.

Wo dagegen irgend eine theilweise Erkenntniß von außen her sich eindrängt, wird die organische Entwicklung der Wissenschaft dadurch gestört; und es bildet sich — wie durch ungewöhnliche fremdartige Einflüsse auf den menschlichen Körper in dem Organismus desselben ein untergeordneter Organismus sich erzeugt, der die Lebensverrichtungen des ersteren stört und daher Krankheit genannt wird — so in dem Organismus der volksthümlichen Erkenntniß ein fremder, auf den ersteren störend und oft vernichtend einwirkender Organismus, den man Gelehrsamkeit zu nennen gewohnt ist und der unter den Gelehrten

auf ähnliche Weise als eine ausgezeichnete Gabe des Himmels in Ehren gehalten wird, wie z. B. unter den Cretins in Wallis der Kropf.

Im Alterthum steht als das merkwürdigste Denkmal durch Aufnahme fremden Wissens zerstörter volksthümlicher Bildung die Literatur und Geschichte der Römer da. In der neuern Zeit hat sich kein Volk von fremden Einwirkungen ähnlicher Art frei erhalten; doch ist bei den meisten die Gelehrsamkeit auf einen gewissen Kreis, eine einzelne in sich abgeschlossene Classe von Menschen beschränkt geblieben, die in keiner unmittelbaren Berührung mit dem übrigen Volke steht. Wo dieß der Fall ist, da ist sie eine bloß örtliche Krankheit, welche selbst die völlige Gesundheit aller übrigen Theile des Organismus nicht ausschließt. Wie weit indeß auch ein solches Localübel um sich greifen und wie sehr es dann den ganzen Organismus zerrütten kann, davon hat das belehrendste Beispiel unstreitig die Geschichte der französischen Literatur gegeben.

Im Mittelalter standen in Frankreich volksthümliche und gelehrte Literatur sich eben so fremd und oft feindselig gegenüber, als die beiden Stände, die sich in den Besitz derselben getheilt hatten. Als mit dem Verfall der Adels- und Priesterherrschaft alle Macht, alles Recht, alle Freiheit und Ehre sich in der Person des Monarchen vereinigte, concentrirte sich die gesammte Literatur im Hofe, auf den in untergeordneter Stufe jene Macht überging. Wie aber das Leben des Hofes ein bloß von außen, von der Person des Monarchen erborgtes, folglich ein bloß mechanisches, formelles, unlebendiges war; so mußte auch eine Literatur, die ihren Mittelpunkt in diesem Hofleben fand, eine bloß formelle, mechanische, unlebendige werden. Jene volksthümliche Literatur, die früher der Adel ausgebildet hatte, konnte daher am Hofe nicht lange gedeihen; eben so wenig aber auch die gelehrte, welche das Eigenthum des Priesterstandes gewesen war: weil dieselbe nur den beschränkten Bedürfnissen dieses Standes entsprach.

Unter ähnlichen Bedingungen hatte einst die römische Literatur sich gebildet; sie mußte daher auch jetzt vor andern dem Bedürfniß, das man fühlte, sich eine Art von wissenschaftlicher und geselliger Bildung anzueignen, zusagen. Deßhalb befremdet es uns nicht im geringsten, wenn wir sehen, wie die neu entstehende französische Literatur die ganze Kluft, die zwischen dem Hofe Ludwigs des XIV. und dem der römischen Imperatoren liegt, überspringt, und der erste französische „Classiker" unmittelbar auf derselben Seite zu schreiben fortfährt, auf welcher der letzte römische aufgehört hatte. In Corneille und Racine glauben wir den gereifteren Seneca zu lesen; in Moliere bald Plautus, bald Terenz. Wenn Boileau hinter Horaz und Juvenal, die er abwechselnd plündert, zurückbleibt, ist es seine Schuld, daß er beim Ausbrennen der gestohlenen falschen Tressen nur Kupfer, statt des Goldes, findet? Bezeichnend für die geistige Bildung der französischen Nation in dem gepriesenen siècle de Louis XIV. ist die geistlose Herrschaft, welche die französische Academie über die französische Sprache übte.

Die Revolution konnte den Thron umstürzen, aber sie vermochte nicht den künstlichen Mechanismus zu zerstören, dessen Schlingen von dem Fuße desselben aus sich über das ganze Land verbreiteten. Die Millionen, die seit ihrer Geburt sich nie anders, als in gebückter Stellung befunden hatten, behielten diese Stellung auch, nachdem der Gegenstand verschwunden war, der sie gezwungen hatte, dieselbe anzunehmen, wie Hühner, denen man einen Strich mit Kreide auf den Schnabel malt, den Kopf ängstlich auf dem Tisch liegen lassen, wenn auch die Hand, die ihn darauf niedergedrückt hat, längst zurückgezogen ist. Die Herrschaft der Academie über die französische Sprache dauerte fort, als keine Academie mehr bestand; die Helden des französischen Trauerspieles fuhren fort, auf den Stelzen der Hofetiquette Ludwigs XIV. einherzuschreiten, während der französische Pöbel damit beschäftigt war, die Bildsäulen Ludwigs XIV. zu zertrümmern und von ihren Piedestals herabzuwerfen.

Der Thron ist seitdem wieder aufgerichtet worden, aber auch die Sklaven, auf deren Rücken er einst stand, haben sich aufgerichtet und umgeben denselben jetzt als freie Männer. Nicht mehr der Monarch und sein Hof ist der Staat, sondern das Volk, dessen Haupt der König ist. Frei, ehrenhaft und begabt mit allen den ewigen Rechten der Menschheit ist nicht der Fürst allein und die, welche der Sonnenglanz seiner Gunst bestrahlt, sondern jedes Individuum durch seine Geburt und durch das Gesetz. Noch bewegen sich die meisten, ungewohnt des freien Gebrauches ihrer Glieder, ungeschickt und plump; aber sie wissen, daß sie das Recht haben, sich zu bewegen, und dieß Bewußtsein begleitet sie in allem ihrem Denken und Treiben.

Dieß Bewußtsein, das allen Ständen gemeinschaftlich inwohnt, ist der wahre Mittelpunkt des französischen Volkslebens, der unverrückbar in seinem Innern ruht, wie wandelbar auch das Farbenspiel der Seifenblasen erscheinen mag, welche von dem luftigen Schaum der Parteien auf der Oberfläche aufsteigen. Die Masse *ist* frei, die Masse *besitzt* Grundeigenthum, Ehre und Recht: dieß ist das Erbe der Revolution, und die Masse, die dasselbe erhoben hat, wird es sich nicht nehmen lassen, wie auch der Proceß ausfallen mag, den Liberale und Ultras über die Gültigkeit des Testamentes führen. Beide, die Vertheidiger, deren es nicht bedarf, und die Angreifer, um deren ohnmächtiges Geschrei es sich nicht kümmert, stehen dem Volke gleich fern; beide gehören jener Classe an, die vor der Revolution sich von dem Blute des Volkes nährte, und jetzt, seit sie diesen Nahrungszweig größtentheils verloren hat, sich in ihre neue Lage noch nicht recht zu finden weiß: dem Stande der „Gebildeten". Dieser Stand hat durch die Revolution, ungeachtet des ernstlichen Willens einiger heißen Köpfe, nicht ausgerottet werden können; aber er wird, so wie sich aus der Masse allmälig eine selbständige *wahre* Bildung entwickelt, die Nichtigkeit seiner erlernten Afterbildung sich nicht länger verhehlen können, und dann gern in jene Masse zurücktreten, auf die er jetzt mit selbstgefälliger Verachtung, als auf rohen Pöbel, herabsieht.

Noch ist dieser Zeitpunkt fern, noch kämpft die Morgendämmerung mit dem Grauen der Nacht — Fledermäuse und Eulen flattern den Großen um die Köpfe und Jesuiten und Missionäre streuen ihnen Sand in die Augen; aber schon bricht hier und dort das innere geistige Licht der Wahrheit durch den erborgten falschen Schmuck hindurch. Und diese Lichtpunkte sind es vorzüglich, welche gewöhnlich als Fortschritte der französischen Literatur seit der Revolution betrachtet werden, aber eigentlich der alten classischen Hofliteratur schon gar nicht mehr angehören, sondern die Vorboten einer jetzt noch im Werden begriffenen künftigen Volksliteratur sind. Am hellsten schimmern diese Lichtpunkte in der Poesie durch, weil diese jenen einfachen Elementen, aus denen alle wahre Bildung sich entwickeln muß, am nächsten steht, ja — wenn wir unter Poesie, im weitesten Sinn, nicht bloß die geschriebene, sondern auch die gefühlte und gedachte verstehen — noch ganz in ihnen begriffen ist. Unter den drei Dichtern, deren, vor allen, das heutige Frankreich sich rühmt, ist Einer, der bereits ganz jener neuen Epoche angehört.

Wenn De Lamartine der Dichter der Ultras, Casimir Delavigne der Dichter der Liberalen ist; so ist Béranger der Sänger des Volkes, und im Munde desselben werden seine Lieder leben, wenn vielleicht längst die Veranlassungen vergessen sind, welche sie hervorriefen.

Bérangers Lieder sind sein Leben; jeder Moment desselben, der durch äußeren Eindruck oder innere Bewegung hervorgehoben einen Abschnitt in demselben bildet, tritt unwillkürlich in der Gestalt des Liedes aus ihm heraus. Wie aber sein Leben dem Volke angehört, in dessen Mitte er lebt, dessen Leiden und Freuden, dessen Hoffnungen und dessen Besorgnisse, dessen Empfindungen, Ansichten und Vorurtheile er theilt; so gehören mit Recht auch seine Lieder dem Volke an.

Geboren zu Paris am 19ten Aug. 1780, in dem Hause seines Großvaters — der ein armer Schneider war — und von demselben seinem Stande gemäß erzogen, als Knabe Aufwärter in einem Wirthshause, später Buchdruckerlehrling und Schreiber, zuletzt in einem unbedeutenden kleinen Amt bei der Universität angestellt, das ihm indeß der revolutionairen Tendenz seiner Lieder wegen im Jahre 1822 entzogen wurde, ist er im eigentlichsten Sinn aus dem Volke, aus der „Masse," aus dem Pöbel hervorgegangen.

Dans ce Paris plein d'or et de misère
En l'an du Christ mil sept cent quatre vingt,
Chez un tailleur, mon pauvre et vieux grand-père,
Moi, nouveau né, sachez ce qui m'advint.
Rien ne prédit la gloire d'un Orphée
A mon berceau, qui n'était pas de fleurs,
Mais mon grand-père, accourant à mes pleurs,
Me trouve un jour dans les bras d'une fée,
Et cette fée, avec des gais refrains,
Calmait le cri de mes premiers chagrins.

Aber eine Fee erſchien an ſeiner ärmlichen Wiege und verlieh ihm die Gabe des Geſanges, „der Fröhlichkeit verbreitet unter dem Dache des Armen und die Langeweile aus dem Palaſt des Reichen verſcheucht.“

Au toit du pauvre il répand l'allégresse,
A l'opulence il sauve des ennuis.

Oft mag, wie der beſcheidene Dichter in einem ſeiner Lieder geſteht, der alte Schneider ausgerufen haben: „Wie? nichts, als einen Verſemacher hat mir meine Tochter gegeben? Beſſer Tag und Nacht die Nadel führen, als — ein eitles Echo — in leeren Tönen hinſterben!“ Aber die gütige Fee hat Recht behalten, wenn ſie ihn dann beruhigte: Seine leichten Lieder werden Frankreich werth ſein und die Thränen des Verbannten ſtillen.

Va, dit la fée, à tort tu t'en alarmes,
De grands talens ont de moins beaux succès.
Ses chants légers seront chers aux Français
Et du proscrit adouciront les larmes.

Heiterkeit, fröhlicher Muth, Freiheit und Unabhängigkeit begleiten ihn, Frankreich's ächten Sohn, durch alle Stufen des Lebens, deſſen Zweck ihm vor allen Dingen der iſt — zu leben.

On ne rit guère aujourd'hui,
Est on moins frivole?

ruft er im Vorübergehen dem Sittenprediger zu, der ſein ausgelaſſenes Lachen unanſtändig findet. Der alte Hut ſeines Vaters, ein Mantel — ſeit zwanzig Jahren ſein treuer Freund, in ſeiner Kammer ein Tiſch, ein altes Bett, Karten, eine Flöte, eine Kanne, die Gott füllen wird, wenn ſie leer iſt, das Porträt ſeiner Geliebten, ein Koffer und nichts darin:

Eh gai! c'est la richesse
Du gros Roger Bontemps!

Mancher alte Verwandte wirft ihm vor, er habe alles verzehrt; aber er beweist, als ordentlicher Wirth, daß der nie etwas durchgebracht hat, der nie etwas ſein genannt:

Quand on a rien,
On ne saurait manger son bien.

Im Waſſer ſchöpfte Diogenes ſeine rauhe Unabhängigkeit; der neue Diogenes trinkt keines, doch in weniger als einem Monat hat er, um ſeine Weisheit zu behauſen, eine Tonne alten Weines trocken gelegt und befindet ſich nicht weniger wohl darin. Mögen die Fürſten ſich die Welt vertheilen; ob ſie ſich um ſeine Tonne bekümmern, er fragt nicht darnach. Seine Freiheit trägt nur einen Blumenkranz; ſeine Laterne dient der Liebe zur Leuchte.

Aber nicht immer führt ſie ihn zu den Freuden der Nacht; wir finden ihn bald bei dem alten Spielmann, der das fröhliche Dorf unter der Eiche verſammelt und den Herrn des Schloſſes beklagt, der nicht mit dabei iſt. Bald geht er, abgezogenen Hutes, hinter dem alten Marquis her, dem Marquis de

Carabas, „dessen Haus, bei seiner Ehre, edler ist, als das des Königs" — und ruft:

Chapeau bas! chapeau bas!
Gloire au marquis de Carabas.

Monsieur Judas hat nie Farbe gewechselt, er trägt das Kreuz und spricht mit edlem Zorne von der Unterdrückung des Vaterlandes; aber der neue Diogenes, der seine Tonne verlassen hat, flüstert seinen Freunden zu: Parlons bas, Parlons bas, Ici près j'ai vu Judas. Er begleitet den armen Alten von Bagnolet, der blind aus dem Felde zurückkommt und nur bei Fröhlichen bettelt:

Ah donnez, donnez, s'il vous plaît;
Le plaisir rend l'ame si bonne!
Ah donnez, donnez, s'il vous plaît,
A l'aveugle de Bagnolet.

Wir finden ihn im Cabaret, wo die Wirthin den Wein umsonst verschenkt; vor der Thür, wo der Mann seine Frau schlägt und der Polizeikommissär nichts dabei zu thun findet; und bei dem biedern Ehemann, dessen Freund, der Senateur, ihn zum neuen Jahr umarmt, am Johannisfest fetirt, wenn er ihm begegnet, ihm die Hand drückt, und — seine Frau beim Minister zum Ball führt:

Quel honneur!
Quel bonheur!
Ah! monsieur le sénateur,
Je suis votre humble serviteur.

Freund Robin, der den Preis aller Schönen weiß, hat er auf der Schule gekannt: er war kein Libertin; aber er gewann manchen großen Thaler, indem er den Aretin — andern zu lesen lieh. Frétillon, von Herren, Banquiers und Notaires mit Schmuck und Brillanten bedeckt, sieht er alles für einen treulosen Liebhaber verkaufen und zuletzt selbst — den „cotillon"; bald wird sie wieder glänzen, aber — er sieht es voraus — Frétillon mourra sans un cotillon. — Ein Deputirter giebt seinen Wählern Rechenschaft von der letzten Sitzung der Kammer:

L'État n'a point dépéri,
Je reviens gras et fleuri.
Quels dinés,
Quels dinés
Les ministres m'ont donnés!

Mathurin will Frankreich beherrschen; bist du ein Narr? ruft ihm der weise Dichter zu; vertausche deine Armuth nicht gegen alles Gold eines Souveräns! Nur Mißmuth brüstet sich auf dem Throne, stolz, von Thoren beräuchert zu werden. Glaube mir, Prinz von Navarra, glaube mir, Prinz, und mache uns Schuh'! — Aber vorzüglich darum wüßte er von einem Thron keinen Gebrauch zu machen, weil man darauf nicht zu zweien sitzen kann.

Denn wenn Liebe und Wein abwechselnd das Thema seiner Lieder sind und Amor die Flasche, die er ihm entwendet, ihm nicht lange vorenthalten darf; so müssen wir ihm nachrühmen, daß immer an seinem Tisch noch ein Platz für einen Freund offen ist:

L'amitié, qui trinque pour boire,
Boit bien plus encor pour trinquer.

Wenn er die Stunde genießt, eh' sie entflieht und den Augenblick der Lust im Fluge hascht; so geschieht dieß nicht mit trübem Blick auf ein freudenloses Alter und auf das finstere Grab: denn er altert zusammen mit seinen Freunden, und:

Die drohenden Sorgen gemeinsam verscheuchen,
Das Ziel endlich alle gemeinsam erreichen,
Das heißt nicht gealtert, das ist noch gelebt!

Und ist er, von Lust, Liebe und Wein berauscht, ungewiß, ob die nächste Zukunft ihm Freude oder Leid bringen wird, so verweilt er gern bei dem Gedanken an seinen letzten Tag: Schon scheint es ihm, als ob seine Seele ihn verließe, Lebewohl sagt er dem fröhlichen Gelage, und ohne Schmerz steigt er, lächelnd, zum Himmel empor.

Diese kleinen Lieder, die uns so leichtsinnig erscheinen, sind der treueste Spiegel der Zeit und aller ihrer Bewegungen; und wenn das Bild des Dichters selbst etwas oft darin sichtbar wird, so können wir gewiß sein, daß es mit gleicher Unbefangenheit zurückgeworfen ist, wie das jedes Fremden. Nicht selten hat uns diese Objectivität an unsern Goethe erinnert, und in der That begegnen sich beide Dichter, von wie verschiedenen Standpunkten sie auch ausgehen, doch oft in den gleichen Ideen. Das zufällige Zusammentreffen in der Wahl ähnlicher Stoffe wollen wir für unsere Behauptung nicht anführen, weil wir sonst z. B. gestehen müßten, daß beide das schöne volksmäßige Thema: Wenn ich ein Vöglein wär' (Si j'étais petit oiseau), gleich schlecht behandelt haben, und nur der französische Dichter mit mehr Kälte, aber auch mit mehr Originalität.

Aber nicht die verschiedenen Wärmegrade sind es, welche den Hauptunterschied zwischen Goethe und Béranger machen, vielleicht selbst nicht der scheinbar so verschiedene Umfang des Talents. Béranger's Spiegel umfaßt, gleich dem des deutschen Dichters, den ganzen Horizont; und es ist unwesentlich, daß der eine uns die Bilder, die er reflectirt, bald als Dramen, bald als lyrische Gedichte, bald als Romane giebt, während jener der einfachen Form des Liedes, die sich ihm zuerst darbot, treu bleibt. Der Hauptunterschied zwischen ihnen ist, daß Béranger Volksdichter ist und in dem Nationalgefühl einen Mittelpunkt gefunden hat, welcher Goethe fehlt und durch den reichen Schatz seiner Erfahrungen nicht ersetzt wird.

De la patrie écoute un peu la voix,

ruft Béranger in seiner bittern Allegorie l'épée de Damoclès dem Tyrannen

Dionys zu, in einer Gesinnung, würdig des Griechen, dem das Vaterland zu beschützen als das beste Wahrzeichen galt (εἷς οἰωνὸς ἄριστος ἀμύνεσθαι περὶ πάτρης)

Elle est, crois moi, la première des muses,
Mais rarement elle inspire les rois.

Im Vaterlande wurzeln alle Gefühle, die ihn beseelen; mit dem Vaterlande hofft und jauchzt und fürchtet und verzweifelt er; das Vaterland ist nicht bloß die Muse, die ihn begeistert, sondern auch der Inhalt seiner Gesänge. Und wenn die meisten derselben heiter, viele frivol sind, so dürfen wir bloß unter den Chansons nouvelles das Gedicht an Manuel lesen, das überschrieben ist: Les Esclaves Gaulois, um die Erklärung dieser widersprechenden Erscheinung und zugleich die vollste Rechtfertigung des Dichters zu finden:

Rions des dieux, sifflons les sages,
Flattons les maîtres absolus;
Donnons-leur nos fils pour otages:
On vit de honte, on ne meurt plus.
Le plaisir nous venge;
Sur nous du sort il fait glisser les coups.
Trainons gaîment nos chaînes dans la frange,
Enivrons nous!

Fast immer ist unter dieser scheinbaren Frivolität der bitterste Hohn verborgen; wie wenn die Demoiselles des Palais-Royal den Einzug der Fremden in Paris feiern und die Chiens de qualité um Erlaubniß zu freiem Eintritt in den Garten der Tuilerien bitten:

Nous promettons pour cette grâce,
Tous, hors quelques barbets honteux,
De sauter pour les gens en place,
De courir sur les malheureux.

So verspricht er seiner Geliebten: keine Politik mehr:

J'ai pour ma patrie
Fait trop de voeux superflus;
Rassurez vous, ma vie:
Je n'en parlerai plus.

Aber wo er auch unwillig den Blick abwendet von dem Schauplatze, wo sich die Aesopische Fabel vom gefallenen Löwen im Großen wiederholt, er kann seinem Herzen, das ihn immer wieder zum Vaterlande zurückzieht, nicht entfliehen, und jeder neue Schrei des Unwillens, den dasselbe ausstößt, findet stets in seiner Brust einen Wiederhall. Bietet doch für die Schmach der Gegenwart die Vergangenheit reichen Ersatz, und Frankreich bleibt immer noch die Königin der Welt:

Reine du monde, ô France, ô ma patrie.
Soulève enfin ton front cicatrisé.
Sans qu' à tes yeux leur gloire en soit flétrie,
De tes enfans l'étendard s'est brisé.
Quand la fortune outrageait leur vaillance,
Quand de tes mains tombait ton sceptre d'or,
Tes ennemis disaient encore:
Honneur aux enfans de la France!

Wenn man Bérangers Lieder Gelegenheitsgedichte nennen will, weil faſt alle einer beſtimmten äußeren Veranlaſſung ihr Entſtehen verdanken; ſo haben wir nichts dagegen: aber ſie verlieren dadurch nichts von ihrem Werth. Poeſie iſt Ahnung des Idealen im irdiſchen Leben, des Göttlichen im Individuellen. Wenn dieß irdiſche Leben aber Ausdruck, Offenbarung des Göttlichen iſt, ſo muß jede wahre Auffaſſung des Lebens ſelbſt ſchon Ahnung des Göttlichen ſein, und in dieſem Sinne können wir ſagen: Poeſie iſt Wahrheit. Nur jene Auffaſſung des Lebens iſt keine poetiſche, die daſſelbe nicht in jeder Individualität als vollendetes organiſches Ganzes erkennt. —

Dieſe Auffaſſung iſt dem Menſchen, nach den drei verſchiedenen Seiten ſeiner Geiſtesentwickelung, auf dreifache Weiſe möglich: zuerſt durch den Verſtand, der das Aeußere, ſeiner Beobachtung Entgegentretende rein äußerlich — objectiv auffaßt; dann durch das Gemüth, welches alles Aeußere, ſobald daſſelbe in ſeine Wahrnehmung fällt, in Beziehung auf ſich ſetzt — ſubjectivirt; und endlich durch den Willen, der dem äußeren Eindruck durch Gegenwirkung antwortet und dadurch das Aeußere reproducirt. Die objective, verſtändige Auffaſſung der Welt erzeugt, ſobald ſie ſich durch die Sprache mittheilt und fixirt, das epiſche, die ſubjective, gemüthliche das lyriſche Gedicht und die reproducirende des Willens das Drama. So wie ſich nun im Menſchen zuerſt der Verſtand, darauf das Gemüth und zuletzt der Wille entwickelt; ſo in den Völkern zuerſt das Epos — aus dem bei der Verwandlung der Poeſie in Proſa der Roman, die Geſchichte, Naturwiſſenſchaft und Philoſophie hervorgehen — dann die lyriſche Poeſie und zuletzt die dramatiſche.

Da wir in Béranger den Uebergang zu einer neuen Epoche der franzöſiſchen Literatur ſehen und ſeine Gedichte bereits als den Anfangspunkt derſelben betrachten; ſo kann es uns nicht befremden, wenn wir denſelben auch das characteriſtiſche Zeichen einer neu ſich entwickelnden Kultur — die objective, epiſche Auffaſſung des Lebens und der Welt — aufgedrückt finden. Das leichteſte Lied Bérangers giebt ein vollſtändiges in ſich gerundetes Bild; und wenn dieſe Bilder ſich mehr der flamändiſchen, als der italieniſchen Schule zu nähern ſcheinen, ſo ermangeln ſie darum nicht der Poeſie, ſo wenig, als — was auch viele unſerer neuern deutſchen Kritiker ſagen mögen — die Meiſter jener Schule. Viele derſelben gehen bereits ganz in den Ton der Romanze über; und ſind nicht ſelbſt jene „Gelegenheitsgedichte", durch die Ereigniſſe

des Tages hervorgerufen — wahre Romanzen? Le cinq Mai, la vivandière, le vieux drapeau und vor allen jener unübertreffliche bon petit roi: le Roi d'Yvetot, se lévant tard, se couchant tôt, dormant fort bien sans gloire! — Aber nicht alle Romanzen Bérangers ſind Gelegenheitsgedichte; und wenn ſchon dieſe dem einzelnen beſondern Vorfall und Verhältniß, den Umſtänden des Moments ſtets ein allgemeines Intereſſe abzugewinnen wiſſen; ſo ſind dagegen andere, und vielleicht gerade die, in denen ſich der Geiſt des Dichters am reinſten in ſeiner Eigenthümlichkeit zeigt: L'ange exilé, le voyageur, le prisonnier, les étoiles qui filent, le bon vieillard, la mère aveugle u. a. — frei von aller Beziehung auf Zeitverhältniſſe, wenn gleich nie denſelben fremd.

Spaniſche Literatur.

Geſchrieben zu Paris im October 1826.

Durch die Bemühungen unſerer Tagespolitiker hat man in Deutſchland — wie in dem größten Theil des übrigen Europa's — von der Lage Spaniens ſo einſeitige oder vielmehr völlig verkehrte Begriffe, daß die Mehrzahl unſerer Leſer unter der Ueberſchrift „ſpaniſche Literatur" ſchwerlich etwas anderes, als eine Verurtheilung in contumaciam erwarten wird. Spanien, und Elend und Verzweiflung ſind in dem Munde der ſcharfſinnigen Scribenten ſeit drittehalb Jahren gleichbedeutend; aber wenn man ſie um eine nähere Erklärung bittet, worin denn dieſes Elend eigentlich beſtehe, ſo zucken ſie die Achſeln und bleiben die Antwort ſchuldig.

Der höchſte Grad des Elends in einem Volke iſt, unſeres Erachtens, vorhanden, wenn daſſelbe nichts zu eſſen hat. Daß in England und Irland Leute vor Hunger ſterben, oder an den Seuchen, die Hungersnoth erzeugt, ſagen die eigenen Blätter der Engländer. Das vielleicht die Hälfte der ganzen Bevölkerung von England vor Mangel umkommen müßte, wenn ſie nicht durch die kärgliche und herabwürdigende Unterſtützung der Armentaxe erhalten würde, ſagen dieſe Blätter zwar nicht, beweiſen aber die officiellen Angaben von der ſtets zunehmenden Zahl der Familien, welche dieſe Unterſtützung empfangen. In Spanien kennt man keine Armentaxe; aber daß irgendwo in Spanien ſich eine Hungersnoth gezeigt hätte, davon iſt uns bis jetzt nichts bekannt geworden, obwohl nicht ſelten von Mißwachs in einzelnen Provinzen die Rede geweſen iſt.

Das zweite Bedürfniß eines Volkes — nachdem es gegeſſen hat, — iſt Freiheit; aber nicht das Phantom, das unſere Liberalen ſich aus den demokratiſchen Deſpotien des Alterthums abſtrahirt haben, ſondern wahre Freiheit, die vor allem auf dem Gefühl der innern Menſchenwürde beruht. Nur der iſt frei, in dem dieſes Gefühl lebendig iſt; denn er trägt in ſich ſelbſt das Geſetz,

das seine Handlungen bestimmt; — und was wäre Freiheit anderes, als das Recht zu thun und zu lassen, was man selbst will, was man vernünftiger Weise wollen kann? Wer aber, der auch nur je die schlechteste Reisebeschreibung durch Spanien gelesen hat, wird dem Spanier dieses Gefühl der Würde absprechen? Der Spanier kennt jene knechtischen Unterscheidungen des Standes nicht, welche die Höflichkeit bei allen übrigen Völkern Europa's eingeführt hat. Der erste Grande wird es nicht wagen, dem ärmsten Bettler mit Verachtung zu begegnen, und dieser wird eine abschlägliche Antwort, aber keine beleidigende hinnehmen. Ein Volk, das Ehre hat, ist frei — seine Regierungsform mag sein, welche sie wolle. Der Ehrlose ist Sclave, und wenn er in dem freiesten Staate der Welt lebte. Ist in England der Arme frei? ist der Fabrikarbeiter frei, der vor der gerunzelten Stirn seines Herrn zittert? Der Landmann, der nach einem freundlichen Blick des Pächters hascht, für den er das Feld bestellt?

Das dritte Bedürfniß eines Volks ist Civilisation: Ausbildung seiner geistigen Anlagen; und was diese betrifft, müssen wir offen gestehen, sieht es in Spanien ziemlich eben so aus, als in allen übrigen Staaten und Ländern Europa's. Der Landmann, die eigentliche Masse, der Kern des Volkes, ist — wenn nicht ganz so roh und abergläubisch, wie man ihn sich gewöhnlich denkt — doch in der That ungebildet und unwissend genug. Der Bürger hat größtentheils mit der französischen liberalen Bildung auch die Ansichten der französischen Liberalen angenommen, und würde, da die Masse des Volks in politischer Hinsicht indifferent ist, diesen Ansichten gemäß die Form des Staates bestimmen, wenn dieß von ihm abhinge. Ihm gegenüber steht, da es einen Adel oder vielmehr eine Aristokratie in unserem Sinne in Spanien nicht gibt, nur die Geistlichkeit und die Partei, welche dieselbe — außer am Hofe — meist nur in den niedrigsten Classen des Volks, den ganz oder beinahe eigenthumlosen hat. Den Sieg, welchen diese Partei durch Hülfe fremder Waffen gewonnen hat, mag man beurtheilen wie man will: so läßt sich doch nicht läugnen, daß er unmöglich eine wesentliche Veränderung in der Lage des Landes, in den Verhältnissen der Gesellschaft hervorgebracht haben kann, wenn auch in der Form der Verfassung und in den Glücksumständen einzelner Bürger.

Die wesentlichste Veränderung und die, welche den bedeutendsten Einfluß auf die Zukunft üben könnte, möchte vielleicht die in der Literatur sein, und doch beschränkt sich auch diese nur darauf, daß jetzt nur die Partei der Geistlichkeit schreibt und die liberale verstummt, wie zu der Zeit der Cortes die letzte allein das Wort führte, während die erste schweigen mußte. Dieser gehört aber die ganze Vergangenheit Spaniens, seit der ersten Entfaltung seiner Literatur, an; und wenn die Liberalen auch unleugbar die besten Köpfe der Gegenwart zu sich zählen, so sind doch keine darunter, die sie den großen Namen eines Cervantes, Calderon, Lope de Vega, Herrera ꝛc. gegenüberstellen

dürften. Es werden in Spanien fortwährend eine Menge gelehrter und volksthümlicher Werke in allen Fächern, mit Ausnahme der Politik, geschrieben und gedruckt. Die größte Masse derselben bilden aber — wie die bibliographischen Uebersichten der Gaceta de Madrid ausweisen — geistliche Gedichte, Heiligenleben, ascetische Schriften und theologische Abhandlungen, und eine höhere geistige Bedeutung haben nur die neuen Auflagen alter spanischer Classiker, die uns jedoch eine mehr als hinreichende Entschädigung für die früher sich drängenden Uebersetzungen aus dem Französischen und für die schülerhaften politischen, philantrhopischen und philosophischen Erörterungen bieten, die unter der constitutionellen Regierung den breitesten Raum in der Tagesliteratur einnahm und den edeln, stolzen, männlichen, der eigenthümlichsten Entwicklung fähigen spanischen Volksgeist in seichtem, französirendem Geschwätz zu ersticken drohten.

Die Türkei und die türkische Frage*).

Geschrieben zu München im August 1829.

Die wichtigste politische Angelegenheit, die im gegenwärtigen Augenblicke alle Cabinette beschäftigt, alle Völker in gespannter Erwartung hält, ist die Entscheidung, welche in dem Kampfe zwischen Rußland und der Pforte bevorsteht. So viele Hoffnungen, so viele Besorgnisse knüpfen sich an diese scheinbar einfache Frage, daß es uns kaum befremden darf, wenn wir die meisten Versuche, die bisher von Berufenen und Unberufenen zu ihrer Lösung gemacht wurden, schon in den ersten Voraussetzungen in eine Verwirrung verwickelt sahen, die zwar durch Machtsprüche des Parteigeistes zerrissen, aber auf dem Wege der vernünftigen Untersuchung unmöglich gelöst werden konnte. Die öffentliche Meinung, an welche man neuerer Zeit in allen Angelegenheiten von allgemeinem Belang zu appelliren gewohnt war, hat unter diesen Umständen so wenig Sicherheit und Haltung gewinnen können, daß es nach so Vielem, was über diese Sache bereits gesagt und geschrieben worden ist, vielleicht noch immer keine vergebliche Bemühung sein dürfte, wenn wir versuchen, die verschiedenen Ansichten, die von den verschiedenen Parteien einander gegenüber gestellt worden sind, auf ihre allgemeinen Grundsätze zurück zu führen und dadurch, wenn nicht zu vereinigen, doch so sehr als möglich zu vereinfachen.

*) Zuerst abgedruckt im „Ausland", Jahrgang 1829, Nro. 252 (vom 9. September) ff. Am 14. September wurde der Friede von Adrianopel geschlossen, der die Vorhersagungen des Verfassers im Wesentlichen Punkt für Punkt bestätigte. Als der Aufsatz geschrieben wurde, war — wie man sich durch einen Blick in die Zeitungen jener Zeit überzeugen kann — die Erwartung allgemein, daß das russische Heer bei der Einnahme von Adrianopel nicht stehen bleiben und daß der Krieg mit der völligen Auflösung des türkischen Reiches endigen würde.

Der einfachste Satz, auf welchen unsere ganze Aufgabe sich zurückführen läßt, ist die Frage: Soll das türkische Reich unter seinen bisherigen Verhältnissen als selbstständiger Staat ferner bestehen, oder nicht bestehen?

Ueber diese Frage kann eigentlich kaum noch ein Streit Statt finden, da alle große Mächte, die russische nicht ausgenommen, sich einstimmig für das Bestehen des türkischen Reiches erklärt haben; und das Kriegsglück, selbst bei der günstigsten oder ungünstigsten Wendung für die eine oder andere Seite, nicht leicht eine Aenderung in dieser Entscheidung herbeiführen kann. Selbst in dem äußersten Falle, wenn wir annehmen, daß die russischen Heere siegreich in Konstantinopel eingezogen wären, würde dieß die Stellung des russischen Cabinets gegen die Pforte nur in sofern ändern, als jenes um so mehr die Macht erhielte, die letztere zu der Anerkennung und Befriedigung der Forderungen zu zwingen, deren Zurückweisung die Veranlassung des Krieges war. Je größer die Versuchung wäre, von dieser Bahn abzuweichen, um so heiliger wäre auch die Verpflichtung, die das russische Cabinet, die den Fürsten, welcher so oft auf das Feierlichste erklärt hat, keinen Eroberungskrieg zu führen, an sein Wort bände.

Von diesem Standpunkte aus betrachtet scheint unsere Frage sich von selbst zu beantworten. Bei der entschiedenen Ueberlegenheit der russischen Heere kann der Ausgang des Krieges kein anderer sein, als daß die Pforte sich zuletzt genöthigt sieht, in die Forderungen Rußlands zu willigen; und Alles kommt daher nur darauf an, zu ermitteln, worin diese Forderungen bestehen. Hierüber kann aber kein Zweifel obwalten, da dieselben in dem Manifeste vom 18. April d. v. J., welches die russische Kriegserklärung begleitete, auf das Unumwundenste ausgesprochen sind.

Die Pforte hält gegen alle Verträge den Bosporos geschlossen und bedroht dadurch, indem sie den einzigen Weg versperrt, auf welchem die mittäglichen Provinzen des russischen Reiches ihre Producte ausführen können, den Wohlstand dieser Provinzen und in's Besondere der Städte, welche dem Handel des schwarzen Meeres ihre Existenz verdanken, mit der Vernichtung. Die erste Forderung Rußlands ist daher, daß die Pforte alle Beschränkungen der Schiffahrt des schwarzen Meeres aufgebe und namentlich allen Schiffen unter russischer Flagge die ungehinderte Ein- und Ausfahrt durch den Bosporos und die Dardanellen freistelle.

Ein großer Theil der Bevölkerung des türkischen Reichs besteht aus Glaubensverwandten des russischen Volkes, die überdieß großen Theils durch alte Verträge unter den Schutz des russischen Cabinets gestellt sind. Dieß gilt namentlich von den Bewohnern der Moldau und der Walachei, von den Serben und in gewisser Beziehung auch von den Griechen. Dennoch fährt die türkische Regierung fort, ihre christlichen Unterthanen auf jede Weise zu bedrücken: die Moldau und Walachei wird durch vertragwidrige Erpressungen ausgesaugt, Serbien mit einer allgemeinen Entwaffnung bedroht, deren

nächste Folgen leicht vorauszusehen wären, und in Griechenland, allen Erklärungen der christlichen Mächte zum Trotz, der Vernichtungskrieg, der bereits sieben Jahre gewüthet hat, fortgesetzt. Die Forderungen Rußlands in dieser Beziehung sind:

1) Die Pforte soll die innere Verwaltung der Moldau und der Walachei einem Divan überlassen, der aus den Bojaren dieser beiden Fürstenthümer zusammengesetzt ist, und an dessen Spitze in jedem derselben ein Hospodar steht, welcher von dem Divan immer nur auf sieben Jahre gewählt wird, jedoch nach dieser Frist wieder wählbar ist. Der Pforte steht es zu, die Wahl des Divans zu bestätigen, sobald nicht von russischer, so wie türkischer Seite erhebliche Gründe gegen dieselbe geltend gemacht werden.

2) Die Serben sollen einer unbedingten Freiheit der Religion, so wie des Handels und Wandels genießen; die Verwaltung der Gerechtigkeit soll ihnen selbst überlassen bleiben; ihre Abgaben sollen nach einer unabänderlichen Bestimmung festgestellt und die türkischen Grundbesitzungen im Lande zwar zum Besten der Eigenthümer, aber von Serben verwaltet werden.

3) Griechenland soll nach den Bestimmungen des am 6. Juli 1826 zwischen den drei Mächten Großbritannien, Frankreich und Rußland abgeschlossenen Traktats als ein selbstständiger Staat, jedoch unter türkischer Hoheit, anerkannt werden.

In allen diesen Provinzen soll die Pforte zwar in den festen Plätzen, welche ihr geblieben sind, das Besatzungsrecht behalten; außerhalb denselben aber darf kein Türke seinen Wohnsitz nehmen.

Eine nicht weniger wichtige Forderung betraf die Abstellung der Beschwerden, welche in Bezug auf die türkischen Festungen in Asien — Anapa und Poti — erhoben worden waren, deren Besatzungen den Sclavenhandel der kriegerischen Völkerschaften des Kaukasus begünstigten, und dieselben unaufhörlich zu Einfällen in das russische Gebiet reizten. Die unbedingte Gewährung aller dieser Forderungen, mit der einzigen Ausnahme der griechischen, war von der Pforte bereits mehrfach und zuletzt noch in dem Traktate von Akjerman (am 6. October 1826) zugestanden, jedoch immer wieder auf's Neue umgangen worden. Nur durch diese Verletzung bestehender Verträge wurde der gegenwärtige Krieg veranlaßt; und es scheint daher nicht mehr als billig, wenn Rußland jenen alten bereits traktatmäßig anerkannten Forderungen zwei neue hinzugefügt, nämlich daß die Pforte, als der schuldige Theil, die Kosten des durch ihre Provocation herbeigeführten Krieges trage, und daß sie eine Bürgschaft für die künftige Haltung der von ihr eingegangenen Verträge leiste. Nichts scheint natürlicher, als daß die Bürgschaft in der provisorischen Besetzung der von den russischen Heeren eroberten Provinzen oder wenigstens in der Besetzung eines Theiles derselben bestehe; und es wäre eben so ungerecht aus einer solchen Maßregel den Schluß zu ziehen, daß das russische Cabinet ehrgeizige Absichten verfolge, als wenn man aus der provisorischen Besetzung

der französischen Festungen durch die Verbündeten im Jahre 1815, der neapolitanischen und sardinischen durch Oesterreich im Jahre 1822 und der spanischen durch Frankreich im Jahre 1823 auf Eroberungspläne von Seiten dieser Mächte hätte schließen wollen.

Die einzige Gebietsvergrößerung, welche Rußland vielleicht selbst wider Willen nicht von sich zu weisen vermöchte, dürfte die Einverleibung jener asiatischen Festungen sein, die für die Türkei beinahe keine andere Bedeutung haben, als die fortwährende Unterhaltung einer Verbindung mit den unruhigen Grenzbewohnern der russischen Besitzungen im Osten des schwarzen Meeres, und vielleicht auch wohl die Erwerbung der Paschaliks Akhaltsikeh, Kars und Bajasid, im Osten von Erserum, deren armenische Bevölkerung zu Gunsten der russischen Heere die Waffen ergriffen hat und nicht ohne die grausamste Verletzung aller Pflichten der Humanität dem Schwerte ihrer alten Bedrücker überliefert werden kann.

Betrachten wir nach diesen Voraussetzungen — den einzigen, welche unsere Achtung vor der Biederkeit und Ehrenhaftigkeit des Fürsten, der den russischen Thron einnimmt, anzunehmen erlaubt, den Zustand, in welchem die Pforte, sobald sie in die gerechten Forderungen Rußlands einwilligt, aus dem Kampfe tritt, so werden wir uns allerdings nicht verbergen können, daß sie bedeutende Verluste an innerer Kraft, wie an äußerem Gebietsumfang, erlitten hat. Ihre neugeschaffenen Heere sind aufgerieben, das Vertrauen des Volkes auf die neuen Verbesserungen ist in seiner Wurzel erschüttert und die Lage des Sultans in dieser Hinsicht bei Weitem schwieriger gemacht worden, als vor Ausbruch des Krieges. Außerdem sind vier (wenn wir die asiatischen Paschaliks dazu rechnen, fünf) Provinzen, die zu den schönsten des türkischen Reiches gehören, von demselben getrennt und, obwohl sie die Oberhoheit der Pforte anerkennen, in eine Lage versetzt worden, in welcher es, in dem Falle eines Krieges — wie der Sultan selbst in Bezug auf die Serben bemerkte — von ihnen abhängt, ob sie sich zu Gunsten ihres Schutzherrn oder der Feinde desselben erklären wollen. Auf der anderen Seite drängt es sich uns aber auf, daß alle diese Verluste, im Verhältnisse zu der Macht und den Hülfsmitteln des türkischen Reichs, nicht bedeutend genug sind, um die Stellung desselben im europäischen Staatensysteme wesentlich zu verändern. Die mohamedanische Bevölkerung, auf welcher nach dem bisherigen Systeme allein die Kraft des Reiches beruhte, ist unvermindert geblieben; der Abgang des Heeres kann daher im Frieden leicht wieder ersetzt werden, und dasselbe hat bei seiner künftigen Organisation den Vortheil anstatt eines Haufens zusammengerafften Gesindels einen Kern zu besitzen, der die Handgriffe und Bewegungen des europäischen Kriegswesens bereits im offenen Felde, den besten Soldaten Europa's gegenüber, anzuwenden gelernt hat. Die Provinzen, welche von dem türkischen Gebiete losgerissen werden, vermindern zwar scheinbar die Masse, auf keine Weise aber die Macht desselben. Der einzige Vortheil, welchen die Pforte

aus ihrem Besitze zog, bestand in dem jährlichen Tribute, der von ihnen erlegt wurde; und es ist vorauszusetzen, daß dieser regelmäßiger eingehen wird, wenn die Erlegung einer geordneten selbstständigen Verwaltung überlassen ist, als so lange er von der Willkür raubgieriger Pascha's abhing.

Werfen wir einen Blick auf die Provinzen, welche wir bereits als de facto getrennt von dem türkischen Gebiete betrachten dürfen, so sehen wir, daß zuvörderst die Moldau und Walachei, bei einem Flächenraum von 1600 Geviertmeilen und einer Bevölkerung von 3,000,000 E. hinreichende Hülfsmittel besitzen, um einen Staat zu bilden, der unter der Garantie der europäischen Mächte für die Zukunft jede Möglichkeit einer feindlichen Berührung zwischen dem russischen und dem türkischen Reiche in Europa abschneiden und der Pforte demnach als die beste Vormauer gegen ihren gefährlichen Nachbarn dienen könnte. Eine Völkerschaft, welche schon durch ihre eigenthümliche Sprache und ihre eigenthümlichen Sitten dazu berufen scheint, ein selbstständiges Dasein zu behaupten, überdies in einem Lande, welches, durch die Karpathen von Oesterreich, durch den Pruth von Rußland, durch die Donau von der Türkei getrennt, von allen Seiten durch feste Naturgrenzen gegen feindliche Angriffe vertheidigt ist, tritt in die große Kette der europäischen Völkerfamilien ein und vermehrt, indem es sich aller Vortheile dieser Verbindung erfreut, zugleich seinerseits die Stärke und Festigkeit derselben. Schon erscheinen Zeitschriften in walachischer Sprache, die Errichtung einer Universität, die Einführung von Schulen ist beschlossen, und eine repräsentative Verfassung wird die unter dem Drucke von tausend kleinen Tyrannen erliegende Bevölkerung allmälig wieder zu der Würde der Menschheit emporheben.

Weniger entschieden als in Bezug auf die Moldau und Walachei sind die Absichten des russischen Cabinetts in Bezug auf Serbien ausgesprochen. Dieses kleine Ländchen, das in seinem gegenwärtigen Umfange nicht über 450 QM. befaßt, wird von einer fleißigen und tapfern Bevölkerung von 800,000 Seelen bewohnt, die dem großen serbisch-slavischen Volksstamm angehören, welcher einst ein mächtiges Reich bildete, jetzt, unter österreichische und türkische Herrschaft getheilt, durch den Uebertritt der Bosnier zum Mohamedanismus auch in seinem Glauben zerrissen, in unheilbare Zerrüttung verfallen ist. Miloſch Obrenowitsch, seinem Herkommen nach ein armer Hirte, der für Andere das Vieh hütete, aber während der Empörung des Kara Georg zu der Würde eines Knesen (Volksvorstehers) im Bezirke Rudnik gelangte, war im Jahre 1815 mit geringem Anhange gegen die unerträgliche Bedrückung der Türken aufgestanden. Da ihm bald alles Volk zufiel, so hatte er nach wenigen kühnen Schlägen die Türken aus dem ganzen Lande vertrieben; seinen klugen Anordnungen, der Uneinigkeit der türkischen Befehlshaber gegenüber, gelang es, einen vortheilhaften Frieden zu erhalten, in welchem er von den Türken als Oberknes (Fürst) von Serbien anerkannt wurde, wogegen er dem Großherrn Gehorsam und die regelmäßige Entrichtung der herkömmlichen

Steuern versprach. Seither hat Milosch, durch die Forderung der Pforte, daß die Serben ihre Waffen ausliefern sollten, zur Vorsicht genöthigt, sich in einer Stellung behauptet, die ihn vor jeder Ueberraschung schützte; und wahrscheinlich wird der Friede zwischen Rußland und der Pforte dieses Verhältniß nur in sofern ändern, als es die Serben der beständigen Sorge vor einem Ueberfalle von Seiten ihrer mohamedanischen Nachbarn überhebt und ihnen Zeit giebt, den schönen Keim eigenthümlicher Bildung, den sie unter dem finstern Drucke der osmanischen Herrschaft bewahrt haben, in ungehinderter Entwicklung zu entfalten.

Auch für Griechenland fürchten eifrige Freunde der griechischen Sache, von der nominellen Anerkennung der Oberhoheit, welche der Tractat vom 6. Juli der Pforte zugesteht, die Gefahren einer ähnlichen Abhängigkeit, wie jene, zu welcher Serbien durch seine ungünstige Lage — mitten inne zwischen dem mohamedanischen Bosnien und Albanien und dem verödeten Bulgarien — verurtheilt scheint. Und in der That, wenn wir den Gang der diplomatischen Verhandlungen während der letzten Jahre uns zurückrufen, so können wir es kaum bezweifeln, daß eine engherzige Politik im Begriffe stand, die Freiheit eines auch in seiner tiefsten Entwürdigung noch edlen Volkes dem Interesse einiger brittischen Handelshäuser aufzuopfern. Durch die Zusatzartikel (vom 16. November 1828) zum Tractate vom 6. Juli wurde der Umfang des griechischen Gebiets auf Morea und die Inseln beschränkt, — einen Flächenraum von etwas über 485 QM. mit höchstens 800,000 E., überdieß, obwohl von allen Seiten vom Meere umgeben, dennoch durch die Nähe des festen Landes von Livadien und Epirus jedem feindlichen Angriffe bloßgestellt und schon dadurch unfähig, einem übermächtigen Feinde gegenüber auf die Dauer eine sebstständige Stellung zu behaupten. Nehmen wir nun noch die Desorganisation aller geselligen Verhältnisse hinzu, welche in Folge eines achtjährigen Kampfes eingetreten ist, so bedarf es keines besonderen Aufwandes von Scharfsinn, um das Schicksal eines unter solchen Umständen entstehenden Staates vorherzusagen.

Theilen wir auch nicht jene — etwas überspannte — Begeisterung, welche, durch ihre Erinnerungen aus dem Alterthume getäuscht, gern die ganze Folgezeit überspringen und alles Große, was einst gewesen, unmittelbar wieder in das Leben zurückführen möchte; so können wir uns doch unmöglich verbergen, daß eine Maßregel, welche einer im Verzweiflungskampfe gegen barbarische Uebermacht erliegenden Bevölkerung Rettung verspricht, indem sie dieselbe in eine Lage versetzt, in der keine Vertheidigung mehr möglich ist, ein empörender, europäischer Mächte unwürdiger Hohn wäre. Die Herstellung eines freundschaftlichen, nachbarlichen Verhältnisses zwischen Griechen und Türken von einem Vertrage zu hoffen, der den letzteren alle Mittel des Angriffes in die Hand gäbe, verriethe eine Unkenntniß des türkischen Charakters, die nach den neuesten Ereignissen wohl selbst bei den Krämern der lon-

doner City nicht vorauszusetzen ist. Nur dadurch kann Griechenland frei, nur dadurch der griechische Name vor der Vernichtung gerettet werden, daß der neue griechische Staat eine Ausdehnung erhält, die auf der einen Seite, im Innern, hinreichenden Raum zu einer freien Entwicklung seiner Kräfte darbietet, auf der anderen, nach außen, durch feste von der Natur gesetzte Grenzen gegen feindliche Störungen gesichert ist. Die Grenze, welche die Natur Griechenland angewiesen hat, ist das Gebirge, welches sich von dem Golf von Arta zu den Thermopylen zieht, und welches auch das alte Hellas von Thessalonien und Epirus trennte. Nordwärts desselben hausten schon im Alterthume halbbarbarische Völkerschaften, so wie gegenwärtig mohamedanische Arnauten den größten Theil der Bevölkerung von Albanien, osmanische Türken den größten Theil der Bevölkerung von Thessalien bilden. Im Süden des Pindus sind die schönsten Erinnerungen des griechischen Alterthums vereinigt, auf den Abhängen und in den Thälern der Bergketten, die nach allen Seiten von diesem großen Gebirgsknoten ausgehen, haben jene tapfere Klephten, die wir als den Kern des griechischen Volkes betrachten müssen, von jeher ihre Hauptsitze gehabt. Die beiden Distrikte West- und Ostgriechenland — die türkischen Sandschaks Carlili und Lepanto mit Livadien — die durch das Gebirgssystem des Pindus vom festen Lande abgeschnitten werden, zählen auf einer Oberfläche von ungefähr 270 Q.-M. nicht über 200,000 E.; werden aber hiemit noch die Inseln Negroponte mit 40,000 E. auf 60 QM., Candien mit 200,000 E. auf 197 QM., Samos mit 50,000 E. auf 8 QM. verbunden, so gewinnt Griechenland in dieser Begrenzung einen Flächenraum von mehr als 1000 QM. mit ungefähr 1,200,000 E.; ein Gebiet, welches bei den unerschöpflichen Hülfsmitteln, die Landbau und Handel ihm gewähren, in wenigen Friedensjahren sich zu einem der blühendsten Staaten Europa's erheben könnte.

Dieselben Gründe der Politik und der Humanität, welche das russische Cabinett bestimmen müssen, auf die völlige Befreiung Griechenlands, in dem Sinne, wie der Tractat vom 6. Juli sie bezweckte, ohne Berücksichtigung der späteren Beschränkungen zu dringen, berechtigen dasselbe nicht nur, sondern legen ihm auch die Verbindlichkeit auf, von der Pforte die Abtretung eines Theils seiner Eroberungen in Asien zu fordern. Diese bestehen außer den festen Plätzen Anapa und Poti, aus den Paschaliks Akhaltsikeh, Kars, Bajasid und Erserum, oder dem türkischen Georgien und dem größten Theile des türkischen Armeniens. In allen diesen Landschaften haben die Reste einer zahlreichen christlichen Bevölkerung bisher unter dem Drucke der türkischen Barbarei kümmerlich ihr Dasein gefristet; überall wurden die russischen Heere, welche sich als die Befreier ihrer unterdrückten Glaubensbrüder ankündigten, mit Enthusiasmus empfangen, die schnellen Fortschritte, welche sie machten, hatten sie zum Theil der thätigen Unterstützung des armenischen Landvolks zu verdanken; und schrecklich wäre die Rache, welche diesen unglücklichen Leuten be-

vorstünde, sobald sie unter die osmanische Herrschaft zurückkehrten. Ueberdieß war die Gewalt, welche die Pforte in den Paschaliks Akhaltsikeh, Kars und Bajasid übte, immer nur sehr gering; die Befehlshaber waren mehr selbstständige Fürsten als Statthalter des Padischah, und der wesentliche Nachtheil, welchen der Verlust dieser äußersten Grenzländer dem türkischen Reiche bringen würde, wäre daher nicht sowohl die Verringerung der eigenen Macht, als die Vergrößerung eines bereits ohnedieß übermächtigen Nachbars. So unbedeutend diese Provinzen an und für sich, so unwichtig sie in den Händen ihrer türkischen Herren sind, so unermeßlich können die Folgen ihrer Vereinigung mit Rußland werden. Als wir im Mai des vorigen Jahres auf die Wichtigkeit der durch den Frieden von Turkmantschai von Persien abgetretenen Gebietsstrecke aufmerksam machten, bedienten wir uns der Worte: „Die Urkunde, wodurch die russische Regierung die Khanate Eriwan und Nakhschiwan unter dem Namen Armenien zu einer von Georgien abgesonderten Provinz vereinigte, kann einst als der Anfangspunkt einer neuen Aera in der Geschichte des Orients angesehen werden. Eine noch immer zahlreiche, einst mächtige, jetzt in allen Ländern der Erde zerstreute Nation hat durch die Wiederbelebung des lang vergessenen Namens ihres Vaterlandes einen Mittelpunkt und eine politische Bedeutung gewonnen, die zu unberechenbaren Erfolgen führen muß. Armenien! wird das Feldgeschrei sein, wenn die russischen Legionen, die Eriwan nahmen, nachdem sie Bajasid und Kars erstürmt haben, gegen Erserum heranziehen: Armenien wird das Reich heißen, welches Rußland einst auf den Trümmern des Islam in Vorderasien gründen wird.“*) Nur die erste Hälfte dieser Vorausſagung ist bis jetzt erfüllt worden. Bajasid und Kars sind erstürmt, Erserum ist von den russischen Heeren besetzt worden; aber von der Benutzung dieser Vortheile hängt es ab, wann die andere Hälfte ihre Erfüllung finden soll. Als unmittelbar bevorstehend dürften wir dieselbe betrachten, wenn Rußland den kühnen, aber freilich sehr unwahrscheinlichen Schritt wagte, sich in dem Besitze des ganzen großen Hochlandes, dessen Mittelpunkt Erserum ist, eines Gebietes von 6000 Q.-M. — freilich mit kaum 2,000,000 E. — zu behaupten. Hier war einst der Sitz des großen armenischen Reiches, und einer Cultur, deren Anfänge über die frühesten Zeiten der Menschengeschichte hinaufreichen; hier sind die Quellenländer des Cyrus und des Araxes, die sich in die caspische See, und des Euphrat und des Tigris, die sich in den persischen Meerbusen ergießen; von hier aus sind von jeher erobernde Heere auf der einen Seite über den Taurus in die Gefilde von Anatolien, oder in die Flächen von Mesopotamien, auf der anderen über die Terrassen von Karainah und Koi in die weiten Ebenen von Persien hinabgestiegen. Aber selbst wenn das russische Cabinet sich mit dem

*) Worte des Auslandes v. J. 1828 Nr. 139 S. 555. Der Aufsatz, aus dem diese Stelle ausgehoben ist, enthält beinahe ausschließlich geographische Angaben und ist deshalb in diese Sammlung nicht aufgenommen.

Erwerb von Akhaltsikeh und Kars und vielleicht von Bajasid begnügte, so könnte diese verhältnißmäßig unbedeutende Gebietsvergrößerung die wichtigsten Erfolge herbeiführen. Das Paschalik Akhaltsikeh (240 QM. mit 100,000 E.), welches den oberen Lauf des Kur beherrscht, würde mit dem russischen Georgien vereinigt diese schöne Provinz erst zu einem selbstständigen Ganzen abrunden; und Kars und Bajasid, die gegenwärtig auf doppelt so großem Flächenraume kaum eben so viele Einwohner haben, erweiterten das russische Armenien hinreichend, um einem durch den ganzen Orient zersprengten, überall verfolgten und überall — außer in seinem Vaterlande — durch seinen Fleiß und seine Betriebsamkeit reich gewordenen Volke eine Zufluchtsstätte darzubieten, in welcher es seine seit so vielen Jahrhunderten verlorene Heimat wieder fände.

Daß beträchtliche Verluste für die Pforte unvermeidlich sind, haben wir gesehen; die Gefahr, welche nicht nur der Herrschaft des Halbmondes, sondern dem Islam überhaupt von einem Punkte droht, auf den man bisher am Wenigsten achtete, haben wir uns nicht verborgen; aber wenn wir auch eine endliche Auflösung des türkischen Reiches in seine einzelnen in ihren heiligsten und wesentlichsten Interessen so sehr von einander verschiedenen Bestandtheile allerdings für wahrscheinlich halten; so glauben wir die Zeit dieser Auflösung doch keineswegs so nahe, daß wir dieselbe bereits in den Kreis unserer politischen Berechnungen ziehen dürften. Für den Augenblick ist sein ferneres Bestehen durch das Wort des russischen Cabinets, außerdem durch das Bedürfniß gesichert, welches alle europäischen Staaten theilen, den allgemeinen Frieden, so lange irgend eine Möglichkeit dazu vorhanden ist, ungestört zu erhalten. Zwar haben kurzsichtige Politiker jenes allezeit fertige Auskunftsmittel einer Theilung auch dießmal nicht vergessen, um uns zu beweisen, daß mächtige Staaten von der Karte verschwinden können, ohne auch nur in den inneren Verhältnissen ihrer nächsten Nachbarn eine bedeutende Veränderung herbeizuführen; aber die Theilung Polens, auf die man sich etwa berufen möchte, gehört einer Periode an, deren Sünden wir in unsern Tagen nicht ungestraft wiederholen dürfen; und wie hart ist selbst diese an ihren Theilnehmern nicht bereits bestraft worden? Wären Napoleon's Continentalkriege möglich gewesen, wenn die polnische Beute die Staaten, die sich an derselben hatten bereichern wollen, nicht geschwächt, gelähmt hätte? Und wenn auch Warschau von den russischen Heeren besetzt werden konnte, ohne daß das Gleichgewicht Europa's dadurch verrückt worden wäre; wie wenig folgt daraus, daß dasselbe mit Konstantinopel, mit dem Bosporus und den Dardanellen der Fall sein müßte? Diese eine Stadt, mit ihren beiden gewaltigen Bollwerken, ist in Bezug auf die allgemeinen Weltverhältnisse wichtiger, als das ganze übrige türkische Reich. In den Händen Rußlands würde sie das schwarze Meer in einen großen russischen Kriegshafen verwandeln, aus dem bald mächtigere Flotten auslaufen würden, als aus der

Europa nur zu theuer verkaufte, indem sie zwar einzelne Köpfe erhellte, aber dagegen auch viele tausend warme Herzen zum Tode erkältete.

Noch ist das Amt, zu welchem die Pforte berufen scheint, die Reste edler Völkerschaften durch die Feuerprobe der Verfolgung einer bessern Zukunft entgegen zu führen, nicht vollendet; eine vorzeitige Auflösung ihrer Herrschaft würde nur die Vernichtung aller jener Völkertrümmer nach sich ziehen, welche über die ganze Halbinsel des Hämus beinahe in jeder Richtung unter einander geworfen sind. Auf einem Flächenraume von 5000 QM. — dem Reste des türkischen Gebietes in Europa, wenn wir Griechenland, Serbien, die Moldau und Walachei abrechnen, — wohnen, außer in Rumelien und Macedonien, größten Theils nur in den Städten und festen Plätzen an zwei Millionen Osmanli, in Bosnien 800,000 mohamedanische Serben, in Albanien an 500,000 mohamedanische Arnauten, in Bulgarien und in den angrenzenden Theilen der benachbarten südlichen Provinzen über eine Million christlicher Bulgaren neben 250,000 mohamedanischen Türken, im Ganzen mit den Griechen und Armeniern, den Juden und den Zigeunern, die überall umher zerstreut sind, über fünf Millionen Menschen, von denen mehr als drei Fünftheile eifrige Mohamedaner, welche vielleicht für den Augenblick unterworfen, aber nie zu friedlichen Unterthanen eines christlichen Staates gebildet werden könnten. Bedenkt man nun zugleich die Nähe Asien's mit seinen Millionen fanatischer Muselmänner: so wird man leicht begreifen, daß der Untergang des türkischen Reiches, statt diese Gegenden, wie man hofft, dem Christenthume und der Civilisation zu öffnen, vielmehr einen Kampf entflammen würde, der auch die letzten Spuren von Cultur in denselben vertilgen müßte. Nicht anders als weise können wir daher die Vorsicht und Mäßigung nennen, welche das russische Cabinet bisher noch bei jedem Schritt geleitet hat; und mit aufrichtigem Beifall begrüßen wir den edlen Fürsten, welcher dem besiegten Feinde, statt ihn zu vernichten, großmüthige Schonung verspricht. In kurzer Zeit muß, auch ohne das gewaltsame Einschreiten der europäischen Mächte, es sich entscheiden, ob das Reich der Osmanen europäische Ordnung, europäische Civilisation in sich aufnehmen, ob es die Keime selbstständiger Bildung, die in seinen verschiedenen Völkerschaften liegen, entfalten, ob es die Bestimmung, welche die Natur ihm angewiesen hat, die Vermittlung zwischen dem Orient und Occident zu übernehmen — erfüllen, oder ob es in steigender Zerrüttung allmälig in sich selbst zerfallen und durch innere Auflösung einer neuen Ordnung der Dinge Platz machen soll.

Die periodische Literatur in München.

Geschrieben zu München im Herbst 1830.

I.

Flugschriften und Tagblätter bezeichnen schärfer und richtiger, als irgend ein anderer Zweig des Volkslebens die Bildungsstufe, auf welcher die Bewohner eines Landes sich befinden. Ein gelehrtes Werk ist vielleicht das Eigenthum eines einzelnen Geistes, der außerhalb aller Berührung mit seiner nächsten Umgebung steht, und in seinen Ansichten, Meinungen und Urtheilen eben so unabhängig von derselben ist, als wenn er durch die weiteste Ferne in Raum und Zeit von ihr getrennt wäre. Ganz anders ist das Verhältniß, in welchem sich eine Zeitschrift zu dem Publikum befindet. Ein Tagblatt, das nicht den Bedürfnissen des Tages entspricht, das — welchen Zweck es sich auch gesetzt haben mag — nicht bis auf einen gewissen Grad den herrschenden Ansichten entgegenkommt, in dem, was es bringt, mehr oder weniger die Erwartungen befriedigt, mit denen der Leser dasselbe in die Hand genommen hat, und — mit einem Worte — in der Behandlung seiner Gegenstände, so wie in der Wahl derselben sich nicht durch das Urtheil des Publikums bestimmen läßt und dieses seinerseits wieder durch größere Schärfe zu bestimmen sucht, wird bei dem außerordentlichsten Aufwande von Gelehrsamkeit und Talent immer nur in einem sehr beschränkten Kreise Anerkennung finden.

Man verlangt von einem flüchtigen Blatte keine pedantische Belehrung über Dinge, um die in diesem Augenblicke sich Niemand bekümmert, sondern leichte Anregung, gefällige Auskunft über Dieses oder Jenes, womit man sich eben beschäftigt, und nur dann, wenn die allgemeine Aufmerksamkeit bereits auf das höchste gespannt ist, ernste gewichtige kühne Entscheidung. Eine Zeitschrift wird nicht bloß von ihrem Verfasser, sondern in einem gewissen Sinne auch von allen ihren Lesern geschrieben; das gesammte Publikum arbeitet daran, indem es dem Herausgeber seine Aufgabe stellt und zugleich durch Beifall oder Mißfallen die Art und Weise andeutet, wie es diese Aufgabe gelöst haben will. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, enthält jede periodische Schrift, ohne alle Rücksicht auf den innern Werth derselben, ein bedeutendes und bleibendes Interesse. Selbst jene schnell vorübergehenden Erscheinungen, die gleichsam nur einen Augenblick emportauchen, um sogleich im nächsten Augenblicke wieder in ihr altes Nichts zurück zu versinken, bieten uns wenigstens einen negativen Maßstab zur Beurtheilung des Geschmacks und der Bildung der Lesewelt, indem sie uns davon unterrichten, was bei derselben keinen Ein-

gang finden konnte. Mit welcher Ehrfurcht stäuben wir dagegen die aerugo nobilis von den Heften oder Jahrgängen einer alten Zeitung, die vielleicht länger als ein Menschenalter hindurch tüchtige Dienste geleistet und allgemeines Ansehen genossen hat? Aus diesen halb abgegriffenen Blättern tritt der Geist jener Zeit uns verkörpert entgegen; schon der Titel versetzt uns in Gedanken in die Tage, wo Hunderte begierig der Ausgabe der neuesten Nummer entgegensahen, der Inhalt führt uns in das Allerheiligste der Grundsätze, der Gefühle und der Gesinnungen einer Generation, die von allen den wechselnden Wünschen und Bestrebungen, von denen sie gleich den unserigen bewegt ward, nur in der Hieroglyphenschrift der Geschichte ihre räthselhaften Spuren zurückgelassen hat.

Wir haben in diesem Augenblicke einen Band vor uns aufgeschlagen, in welchem wir die „Gewisse und wahrhafte, wochentliche Ordinari-Zeitung" fanden, die zu München im Jahre 1628 gedruckt wurde. Auf dem gröbsten Papier, mit der elendesten Schrift, in einer äußerst ungeschickten aber einfältigen und kräftigen Sprache, die nur durch die ungewöhnliche Orthographie und den Mangel an Unterscheidungszeichen schwer verständlich wird, lesen wir:

„Auß Amberg, den 30. Juny."

„Disе Tag auff eine halbe Meil von Amberg disputiert ein Ambtknecht oder Schergant (Sergeant) der vor ein Calviniſt war, jetzt aber ein eyffriger Catholiſcher, mit einem Bawren verwegenen Calviniſten. Der Bawr ſetzt ihm wegen der Religion ſovil zu, ſamb (als ob) er ein Mamalugk worden, Gott vergeſſen vnd jetzt im Abendmahl Papier eſſe. Der Schergant vberwindt ihn im Diſputieren, das empfindt der haillose Bawer, ſovil vnd hart, daß er haimlich ein Brotmeſſer ergreifft, ſtoſt es dem Scherganten in die Schulder bis an das Hefft. Dieſer dringet ungeſaumt ſeinem Verletzer zu, bleibt ihm das Meſſer im Leib, wirfft ihm Bawern dannoch zu der Erden, knyet ihm auff beyde Armb, nimmt auch ein Meſſer, ſchneydt dem Bawern vber die Naſen, beyde Ohren hinweg, erweitert ihm das Maul zu beiden Eggen vnd ſchneydet ihm auch ein Creutz auff dem Kopff vnd ſticht ihm ein Loch in einen Fuß, laſſt ihn alſo vbel zugericht ligen. Der Bawr richtet ſich widerumb auff, erwiſcht ein anderes Meſſer, laufft mit einem Stich dem Ambtknecht zu, der Ambtknecht kommt aber vor, ſtoſt ihm vorher ſein Meſſer auch bis an das Hefft in die Bruſt, andere machen ſich von diſem Spil, keiner legt Hand an, als allein ein Forſtmaiſter, zeucht dem Ambtknecht das Meſſer auß der Schulder, liegen beyde, Bawr und Ambtknecht in Todsgefahr. Dergleichen Unfäll ſeind mehr zu beſorgen denn die Uncatholiſchen ſo verwegen, daß ſich ſchier keiner vor ihnen bekehren darff, wann er gleich gern woll, muß die Gefahr vnd große Verfolgung fürchten."

Eine solche Erzählung bedarf keines Commentars. In einem Beispiele sehen wir alle die Greuelscenen vergegenwärtiget, welche die unheilvollen Zeiten des dreißigjährigen Krieges über Deutschland brachten. Und nun überspringen wir hundert und acht und dreißig Jahre, und öffnen die „Münchener-Zeitungen von denen Kriegs-, Friedens-, Staats- und andern Begebenheiten in und außerhalb Landes vom J. 1756." Von Religionsstreitigkeiten auf bayrischem Grund und Boden keine Spur, dagegen mitten unter den ergetzlichsten Berichten über den Ausbruch des siebenjährigen Krieges, der für Deutschland nicht minder wichtig werden sollte, als jener dreißigjährige, Neuigkeiten, wie die folgende:

„München den 2. Octobris."

„Am verwichenen Sonntag, den 3. Dieses gienge bey denen hiesigen W. E. P. Capucinern ein merkwürdiger Actus vor, da nemlich aus diesem heiligen Orden ein alt erlebter Pater, Sigismundus mit dem Ordensnamen, ein Freysinger von Geburt, welcher dem Predigtamt über 30 Jahre vorgestanden und nunmehr eines 74jährigen Alters ist, davon er 55 Jahre in dieser Religion gelebt, als Jubiläus seine anderte heil. Meß gelesen, dabei ihme unter vilen anderen Ordenreligiösen ein 77 jähriger Leyenbruder Namens Dismas von Wasserburg, der auch 55 Jahre in diesem heiligen Orden sich befindet, am Altar gedienet. Es waren von denen übrigen Capucinern so bei diesem Actus ministrirende gegenwärtig gewesen, noch mehrere beträchtliche Umstände mit anzuführen, allein die bekannte Niederträchtigkeit der Capuciner hat selbe nicht kund machen lassen wollen."

Welche unermeßliche Lehre liegt in diesen wenigen, scheinbar gleichgültigen Zeilen, wenn wir sie mit der eben angeführten Mordgeschichte zusammenhalten. Auf den langen entsetzlichen Kampf, der die letzten Kräfte des blutenden Deutschlands verzehrt hat, ist der Friede des Kirchhofes gefolgt; nichts in der Welt, selbst der große Geist des preußischen Friedrich nicht, kann hier noch Theilnahme erregen, und höchstens die ehrwürdigen Patres Capuciner trifft ein wohlgefälliger Blick der schweren ermatteten Augen. Nirgend in Deutschland war um diese Zeit Bildung und Wissenschaft volksthümlich: weiter aber als in Bayern war der gelehrte Stand von dem Volke in keinem andern Lande getrennt; gewiß nicht zum Schaden, vielmehr zum großen Vortheil der auf diese Weise Vernachlässigten. Denn wozu führt zuletzt alles von außen gekommene, künstlich emporgetriebene Wissen, sobald es nicht aus der geschichtlichen Entwickelung des Volkes hervorgeht, als das eigenthümliche Wesen desselben unter gelehrten Albernheiten zu ersticken, und statt unverdorbenen kräftigen Naturlebens ein Zwitterdasein einzudrängen, das auf dem fremden Boden nur kümmerlich gedeiht und einem langsamen aber gewissen Tode entgegensiecht?

II.

Eine große Veränderung wurde in Bayern in den letzten Jahren des Kurfürsten Maximilian Joseph III. und unter dem pfälzischen Karl Theodor vorbereitet. Ungeachtet des geringen Verkehrs zwischen dem nördlichen und dem südlichen Deutschland, ließ sich dennoch der Geist, der nach langer Ermattung dort zu neuem Leben zu erwachen begann, weder durch Grenzpfähle noch durch mönchische Verbote ausschließen. Der fromme Sinn des Kurfürsten Maximilian Joseph hinderte nicht, daß seine Räthe in Anregung der Gewerbthätigkeit ängstlich dem nordischen Friedrich nachstrebten; Gesellschaften zur Beförderung der Wissenschaften und zur Ausübung der Künste bildeten sich; der Unterricht des Volkes wurde weltlichen Lehrern vertraut und das Schulwesen nach den neuen Ansichten und Bedürfnissen der Zeit verbessert; bayrische Schriftsteller wetteiferten mit denen des deutschen Nordens, und Zeitschriften, den nordischen nachgebildet, suchten Kenntnisse und Bildung in immer weitern Kreisen zu verbreiten. Noch im Jahre 1763, nach dem Ausgang des siebenjährigen Krieges, konnte die Ordinari-Münchener-Zeitung Voltaire und Rousseau auf folgende Weise erwähnen:

> „Wir haben noch immer Gelegenheit, heißt es, uns über den Herrn von Voltaire und Herrn Rousseau zu unterhalten; beide sind besondere Genies, die zeither in der Welt viel Aufhebens gemacht."

Wer ahnt in diesen beiden besondern Genies eine Spur des unermeßlichen Einflusses, den beide zu dieser Zeit über den größten Theil des gebildeten Europa's übten? Aber schon sind ihre Namen auch über die Mauern der Klosterhöfe Bayerns gedrungen; sie müssen gekannt sein, denn selbst die Ordinari-Zeitung fängt an, sich von ihnen zu unterhalten. Und wie thätig auch hier schon ihr Einfluß war, beweist uns die ganze veränderte Lebensansicht, die sich bald unwillkührlich in jedem Worte, das an das Volk gerichtet wird, ausspricht. Den Raum, den in den öffentlichen Blättern bisher religiöse Feierlichkeiten einnahmen, sehen wir jetzt mehr oder weniger ausführlichen Nachrichten aus dem Gebiete der Gelehrsamkeit oder der Kunst gewidmet; aber im Verein mit dieser neuen Richtung begegnet uns eine Frivolität, die an der Stelle des früheren düsteren, schwerfälligen Ernstes doppelt überrascht.

Wenige Jahre sind hinreichend gewesen, die härene Kutte in eine Hanswurstjacke zu verwandeln, so nahe liegt der äußere Schein der Frömmigkeit, die nicht im Gemüthe wurzelt, sondern dem Geiste gewaltsam aufgedrängt wird, der herzlosen Verachtung alles Edlen und Würdigen. Kaum sollte man es für möglich halten, daß dieselbe Zeitschrift, welche im Jahre 1763 die Herren Voltaire und Rousseau, wie es schien, eben erst dem Namen nach kennen gelernt hatte, im Jahre 1774 in die falsche Manier, welche von den Nachbetern des ersteren ausging, bereits so tief eingeweiht war, daß sie den

Ausbruch des nordamerikanischen Befreiungskampfes nicht melden konnte, ohne ihre Leser mit einer ekelhaften Brühe von albernen Scherzen zu überschütten.

„Der Thee, der gute Thee, bemerkt der witzige Redacteur, ist wohl sonst etwas gesundes und angenehmes und zwar kein wesentliches Stück des Staates, doch bei manchen Damen und Herren so beliebt, als immer der Branntwein bei den Russen seyn kann. Nun der Thee wird jetzt auf einmal den Engländern in Europa ungesund und in Amerika zuwider, und verursachet so starkes Grimmen im Staatskörper, daß in Amerika die Leute ganz toll davon werden*)."

Manches ging unter Karl Theodor wieder zurück, was durch Maximilian Joseph mittelbar oder unmittelbar begünstigt worden war. Die Rückkehr der Mönchsherrschaft, die nur von wenigen gemißbilligt ward, zeigte, daß der geistige Aufschwung, zu dem der Eifer einzelner Männer fortgerissen hatte, in Bayern noch nicht an der Zeit war. Die Ausbildung des Geschmackes und der Kunst so wie im geselligen Leben dauerte fort, und was die Denkfreiheit wahrhaft Werthvolles gebracht hatte, ging durch die lange Unterbrechung dem Volke nicht verloren, sondern gewann in stillem unbemerktem Fortwirken nur an innerer Kraft und Gediegenheit.

Lächeln müssen wir freilich, wenn wir hören, wie friedlich die Münchener Zeitung im Jahre 1789 die furchtbaren Tage des 5. und 6. Octobers zu Paris und Versailles darzustellen wußte:

„Seit einigen Tagen, schrieb ihr ein Correspondent aus Paris unter dem 7. October, verbreitete sich hier das Gericht, daß der Hof nach Metz zu ziehen Willens sey. Die Besorgniß und Trauer wurde allgemein, und vorgestern mußte der Marquis von Lafayette noch nach Versailles abgehen, Se. Majestät zu bitten, daß Sie dero Wohnsitz in hiesiger Hauptstadt nehmen wollen. Der König versicherte den Marquis nicht nur allein, daß er nie Willens war, Versailles zu verlassen, sondern willigte auch in das Begehren der Pariser ein; so zwar, daß gestern um 2 Uhr der ganze Hof von Versailles aufbrach und um 6 Uhr im Louvre ankam."

Wie thöricht ist es, mit so kleinlichen Mitteln in die gewaltigen Speichen des Schicksals greifen zu wollen! Gleich dem Strauß, der den Kopf in den Sand verbirgt, wenn er von den Jägern verfolgt wird, und der Gefahr entronnen zu sein glaubt, sobald er sie nicht mehr sieht, meinte die Regierung Karl Theodors den Sturm, der von Frankreich herüberdrohte, abwenden oder beschwichtigen zu können, indem sie keine Nachricht von demselben in das

*) Bekanntlich war die Weigerung, eine von dem brittischen Parlemente eigenmächtig ausgeschriebene Auflage auf den Thee zu zahlen, das erste Zeichen zu dem Ausbruche der nordamerikanischen Revolution.

Publikum kommen ließ. Wenige Jahre darauf überschritten die Republikaner den Rhein; die französische Staatsumwälzung breitete sich in ihren Folgen von dem Tago bis an die Mauern der alten Zaaren-Hauptstadt aus, und aus der Erschütterung, die einen Augenblick auch Bayern verderblich zu werden schien, ging der bayrische Name glänzender und größer heraus, als er seit Jahrhunderten gewesen war.

Doch die Verblendung, in welcher sich damals das Münchener Cabinet befand, kann ihm kaum zur Last gelegt werden, wenn wir bedenken, daß dieselbe in ungleich höherem Grade von allen gekrönten Häuptern Europa's getheilt wurde. Das Urtheil, welches die Münchener Zeitung über die Staatsveränderungen in Frankreich fällte, war verhältnißmäßig vielleicht noch unbefangener, als das der meisten andern Neuigkeitsblätter auf dem Continent; und wohlthuend fast ist der Ernst und die Schärfe desselben, wenn wir damit die geistlose Leichtsinnigkeit vergleichen, die sich bei so mancher früheren Gelegenheit zeigte.

Vierzig Jahre sind seitdem vergangen; aber welche Riesensortschritte hat in dieser Zeit die öffentliche Meinung in Bayern gemacht! Was vor vierzig Jahren mit Begierde gelesen wurde, würde gegenwärtig mit Verachtung bei Seite geworfen werden; und wenn ja hier und da ein Freund der guten alten Zeit auftritt, der es in Abrede stellen will, daß wir im Ganzen an Bildung und wahrer Aufklärung beträchtliche Fortschritte gemacht hätten, so dürfen wir ihm nur unsere Zeitungsblätter und Journale des Jahres 1830 vorhalten, und ihn fragen, ob man im Jahre 1789 auch wohl gewagt habe, mit gleicher Unbefangenheit und gleichem Freimuthe über die Ereignisse jener Zeit zu berichten.

III.

Aber dürfen wir denn auch wirklich von dem farb- und gestaltlosen Chaos, welches die periodische Literatur in ihrem gegenwärtigen Zustande bildet, den Maßstab entlehnen, nach welchem wir die Fortschritte der allgemeinen Bildung in Bayern beurtheilen? Wird nicht ganz München lächelnd die Achseln zucken, wenn wir den Geist seiner Bewohner nach der Mittelmäßigkeit der politischen Zeitung, des bayrischen Beobachters und des Merkurs, der Langweiligkeit der Eos und der Flora, der Rohheit und Gemeinheit des Landboten, Volksfreundes und Tagblattes ermessen wollen? Worin läge dann der Vorzug unserer gepriesenen Zeit vor jeder früheren, da Mittelmäßigkeit, Langweiligkeit und Gemeinheit denselben doch wohl schwerlich begründen werden?

Zuvörderst dürfen wir nur nicht vergessen, daß schon die Masse dieses literarischen Kehrichts, die uns freilich überlästig fällt, im Vergleich mit der früheren Armuth ein Beweis von vermehrter geistiger Thätigkeit ist; und noch weniger dürfen wir übersehen, daß das, was uns gegenwärtig als äußerst un-

bedeutend und oft als pöbelhaft erscheint, vor wenig mehr als einem Menschenalter noch für ungemein geistreich und witzig galt.

Die große Mehrheit, welche den Charakter eines Volkes und einer Zeit bestimmt, kann nicht anders als mittelmäßig sein, da es sonst keine ausgezeichneten Köpfe geben würde; diese eilen ihrer Zeit voraus, ziehen einzelne aus ihrer Umgebung mit sich fort, denen sich dann allmälig andere anschließen, bis zuletzt alle auf dem Punkte angekommen sind, von welchem ihr Stimmführer ausgieng. Wenn dieser dann wieder erschiene, so würde er erstaunen, die Ideen, welche von seinen Zeitgenossen als kühne Entdeckungen bewundert, als freche Neuerungen geschmäht wurden, jetzt allgemein verbreitet und angenommen zu sehen; er würde Tausende seines Gleichen finden, und würde sich bald bescheiden müssen, unter der gewöhnlichen Mittelzahl seinen Platz zu nehmen. Denn schon sind andere wieder weiter voraus, und Jahrhunderte vergehen vielleicht, ehe auch diese von der langsam nachfolgenden Mittelmäßigkeit erreicht werden.

Dieß ist die Entwicklungsgeschichte der Menschheit, und auch in unsern Tagen verfolgt dieselbe keinen andern Gang. Ausgezeichnete Menschen sind selten, und noch seltener gelingt es ihnen, unter ihren Zeitgenossen die Anerkennung zu erringen, die ihnen die Nachwelt zu spät gewährt. Nur in freien Ländern unter freien Verfassungen, wo die Bürger gewohnt sind, Unabhängigkeit zu ertragen, können sie durch die Menge, die ihnen entgegensteht, hindurchdringen. Wo Freiheit noch neu ist, wird lange die Mittelmäßigkeit das Vorrecht behaupten, alles Ausgezeichnete von sich zu stoßen, zu verfolgen und abzuleugnen.

Warum sollen wir es verschweigen, daß wir, wie beinahe überall in Deutschland, so auch in Bayern, in München uns noch in diesem Fall befinden? Wagt man nicht in unserer Mitte laut zu der Verfolgung Andersdenkender aufzufordern; und können wir es uns verbergen, daß ohne den Schutz eines großmüthigen Monarchen die Denkfreiheit in unsern Tagen von nicht geringeren Gefahren bedroht wäre, als zu den Zeiten eines Frank, Lippert und Leiningen?

Als der Kurfürst Maximilian IV. den Druck hinwegnahm, der unter Karl Theodor jeden freien Aufschwung gehemmt hatte, gestatteten die gewaltigen Bewegungen, in welche auch Bayern hineingerissen wurde, keine friedliche Entwicklung. Nach außen, zum Kampfe wurden alle Kräfte gekehrt; und was unter diesen Umständen im Innern geschehen konnte, war nicht minder gewaltsamer Art. Niedergestürzt wurde mehr, als aufgerichtet; so viel auch die spätern Regierungsjahre des verehrten Fürsten seinem Volke gegeben, so ward doch nur das Gerüste des neuen Gebäudes vollendet, das an die Stelle der alten auseinander gefallenen Formen des Staatslebens treten sollte.

Viel ist seitdem geschehen, und Größeres wird vorbereitet; aber noch ist die freie Verfassung, die Bayern durch seine Fürsten besitzt, im Volke nicht heimisch geworden, noch kann man dieselbe einem prächtigen Palaste vergleichen, von dem nur die äußern Mauern aufgeführt wurden, ohne daß man zur Vollendung des Innern gekommen wäre. Die Vollendung des Werkes blieb dem Herrscher vorbehalten, der von Fremden mit Recht der freisinnigste Mann in seinen Staaten genannt wurde; und die Begründung der Landräthe wie so vieles Andere hat vor kurzem erst bewiesen, in welchem Sinne diese Vollendung zu erwarten ist.

Dann, wenn das Volksleben, das jetzt noch in den fremden Formen sich nicht zu bewegen weiß, diese mit seinem Geiste durchdrungen, wenn es aus eigenem Grund und Boden sich zur Reife der Freiheit entfaltet haben wird; dann wird Bayern auch eine periodische Literatur besitzen, in welcher der bayrische Nationalgeist sich auf würdige Weise aussprechen wird. Das Rühmlichste, was wir jetzt von dem bayrischen Volke sagen können, ist, daß das vielfache Drängen, Treiben und Streben, welches von der Hauptstadt aus sich nach allen Richtungen hin verbreitet, uns jene Zeit näher vermuthen läßt, als viele Freunde des Guten noch zu hoffen wagen.

Die Journale, welche in diesem Augenblicke in Bayern und besonders in der Hauptstadt erscheinen, tragen freilich wenig dazu bei, diese Hoffnung zu bethätigen; doch wird eine mehr in das einzelne gehende Uebersicht derselben immer den Nutzen haben, uns auf manche Elemente der künftigen Entwicklung aufmerksam zu machen.

Bleiben wir zuvörderst bei den politischen Journalen stehen, so verdient durch ihr hohes Alter, das sich durch mehr als zwei Jahrhunderte bis zu den „wöchentlichen Ordinari-Zeitungen" des dreißigjährigen Krieges hinaufführen läßt, die Münchener Politische Zeitung zuerst unsere Erwähnung.

Seit uralten Zeiten im ausschließlichen Besitze des Rechtes, die Stadt München und ihre Umgebung mit ihrem nöthigen Bedarfe an Neuigkeiten aus dem Gebiete der Politik zu versehen, hat die politische Zeitung gleich andern privilegirten Instituten es sich lange äußerst bequem machen können. Waren ein Paar Artikel aus den gelesensten französischen Zeitungen übersetzt, einige andere aus deutschen Blättern abgeschrieben und die eingelaufenen Bekanntmachungen und Anzeigen in der Druckerei geordnet, so war das Schwerste gethan; denn selten, selbst in den frühern Zeiten, nahm die Censur an einem so unschuldigen Kinde Anstoß, und die Verbesserung von Schreib- und Druckfehlern konnte allenfalls den Setzern überlassen werden. Erst in der neuesten Zeit hat die Concurrenz anderer Blätter zu angestrengter Thätigkeit gezwungen; zu den französischen Quellen ist jetzt sogar eine Pariser englische hinzugekommen und mit nicht geringem Stolze wird neben der Uebersetzung einer besonders wichtigen Stelle jetzt der englische Original-Text eingeklammert, wie z. B.

„Der König (von England) fühlte sich wieder mehr beschwert im Athem; (more embarassed in his breathing)“

und dergleichen gefährliche Sachen mehr. Einen eigenen Gedanken dürfte der älteste Leser der politischen Zeitung nicht in derselben entdeckt haben; und wenn die Redaction einmal aufrichtig ihr politisches Glaubensbekenntniß ablegen sollte, so könnte sie vielleicht eben jetzt wieder nichts passenderes thun, als ein Schreiben abdrucken lassen, welches einer ihrer Vorgänger in den fünfzigern des vorigen Jahrhunderts seinen Lesern zum Besten gab.

Hamburg den 7. September.

„Im Felde stehen viele Völker und in den Kabinettern hält man viele Berathschlagungen. Jene zeigen den Krieg, diese den Frieden an; denn wirklich beschäftigt man sich an den Höfen annoch mit Friedensgedanken, ob man schon sich auch unermüdet zum Kriege rüstet; man hält das Schwert in der einen, den Oelzweig in der andern Hand; man spricht von Ruhe und handelt feindselig; man macht sich freundschaftliche Mienen und denkt auf heimliche Ausübungen der Rache. Es gehet anjetzo in Staatsgeschäften so, wie es in dem bürgerlichen Leben zu gehen pflegt. Wer gegenwärtig Geheimnisse weiß, der behalte sie für sich; es ist gefährlich, etwas zu sagen, das sich nicht verantworten läßt, weil man oft dasjenige für eine Heimlichkeit hält, welches doch keinen Grund und Boden hat. Die Höfe gehen jetzt mit mehr Behutsamkeit zu Werke, als vormals, sie lassen nicht jedermann in ihre Kabinetter gucken. Der beste Politicus tappet im Finstern, der beste Zeitungsschreiber verläßt sich auf seine Muthmaßungen oder auf das betrügerische Hörensagen.“

Einen neuen Beweis für die alte Lehre, daß es viel leichter sei, etwas zu tadeln als besser zu machen, gaben uns zwei Blätter, die ein auswärtiger Buchhändler kurz nach einander in München vom Stapel laufen ließ, um die bescheidene Münchener Zeitung zu verdrängen.

Bekanntmachungen in allen öffentlichen Blättern und Anschläge an allen Straßenecken verkündeten den staunenden Münchenern im Sommer 1829 den „bayrischen Beobachter,“ eine neue Zeitung, unternommen von dem genialsten aller Buchhändler, dem Verleger der beispiellosen Walter-Scottausgabe, und verfaßt von Friedrich Wilhelm Bruckbräu. Jedermann erwartete Außerordentliches; doch blieb es vorläufig bei der Erwartung. Den einzigen Unterschied, den man zwischen dem bayrischen Beobachter und der Münchener Zeitung wahrnahm, war das unanständigere Format, in welchem man indessen Tag für Tag so ziemlich dasselbe Material erhielt, nur einige Stunden später und dafür um so eiliger und nachlässiger. Wunderbar war es freilich, daß ein Beamter, der den größten Theil des Tages in seinem Geschäfte festgehalten wurde, nebenbei noch Zeit genug behielt, für das Publikum eine Quintessenz von Neuigkeiten zu fabriziren; aber es geht mit dem Handwerke der Schriftstellerei nicht anders, als mit andern Handwerkern; nicht jeder, der schnell ein

paar Stiche zusammenflicken kann, ist ein Schneider, und nicht jeder, der schnell ein paar Journal-Artikel übersetzen, oder eine langweilige Alltagsgeschichte kurzweilig erzählen kann, ist ein Schriftsteller.

Einem Streit zwischen dem beispiellosen Verleger und dem Redacteur des Beobachters verdankte München den „deutschen Merkur," ein ähnliches Machwerk, gleich jenem von einem ehrlichen Beamten herausgegeben, der die Zeitungsschreiberei für einen guten Nebenerwerb und das Publikum für gutmüthig genug hielt, sich durch Versprechungen und Redensarten abspeisen zu lassen. Ein hochtrabendes Vorwort, das mit dem Enthusismus eines Schulknaben von den „großen Geschicken der Gesellschaft und von den Interessen Europas" orakelte, bereitete darauf vor, daß hier mehr als bloße Uebersetzungen gereicht würden, verrieth indessen zugleich die ganze Unmündigkeit der Redaction, welche der Sage nach zwar von einem berühmten Staatsmanne unterstützt werden sollte, aber bereits zum voraus zeigte, daß sie von dieser Hülfe keinen Gebrauch zu machen wissen würde. Wie kann auch ein Gichtbrüchiger selbst mit dem Beistande des kräftigsten Alpensohnes je zum Schnelllaufer werden? Der Beschützer zog sich bald zurück, und seine Abwesenheit wurde so wenig, als früher seine Gegenwart bemerkt.

Die „Münchner-Zeitung" behauptete über beide Mitbewerber, und über den „Merkur" sogar der Beobachter den Sieg. Was hiebei vor allem andern entschied, war neben der Gewohnheit, die an und für sich schon eine mächtige Freundin ist, der Vortheil, den die Münchner durch ihre nähere Verbindung theils mit den Staatsbehörden theils mit den Gesandtschaften fremder Mächte voraus hatte, besonders wichtige Nachrichten zuweilen auf außerordentlichem Wege zu erhalten. Die Schnelligkeit, mit welcher diese dann von der Redaction dem Publikum mitgetheilt wurden, ist in der That aller Anerkennung würdig.

Dem Beobachter dagegen gab vor dem Merkur seine Lokalkenntniß den Vorsprung, indem er mit den gewöhnlichen Zeitungsnachrichten als Beilage „ein sogenanntes Münchener Conversationsblatt" verband, welches sich über Theater, Volksbelustigungen und ähnliche Gegenstände von allgemeinem Interesse, zwar nicht auf das gewählteste, aber dafür um so populärer ausließ und von Zeit zu Zeit dem schadenfrohen Pöbel durch Schimpfreden, Schmähungen und Verläumdungen ein Fest gab.*)

Und dies wäre der Zustand der Politik in München? Jene Wissenschaft, die jeder Verständige für die schwierigste unter allen erkennt, wäre hier unfähigen Schwätzern überlassen, und Niemand fände sich, der statt ihrer das Wort nähme? Niemand, der wenigstens einen Strahl von jenem göttlichen Blick hätte, der mitten unter dem Gewühle der Parteien, dem Gewirre der Leiden-

*) Der „deutsche Merkur" ist seitdem gleich dem „Beobachter" eingegangen, und die Münchner politische Zeitung behauptet daher jetzt wieder allein das Feld.

schaften und der Intriguen die große Bahn des Schicksals, den Fortgang der geschichtlichen Entwicklung unterschiede, und darauf hin die Aufmerksamkeit der zerstreuten Lesewelt zöge?

IV.

Das, was kein einziges der politischen Journale Münchens als seine Aufgabe erkannte, dem schwellenden Strome der Begebenheiten sein Bette, dem schwankenden Urtheile der Menge seine Richtung anzuweisen, das versuchte an einem heitern Sommermorgen des Jahres 1828 ein bis dahin äußerst unbedeutendes Unterhaltungsblatt. Wer am 4. Juli des genannten Jahres zufällig ein Blatt der Eos in die Hand nahm, wird sich vielleicht noch lebhaft erinnern, mit welchem Befremden er das Motto las:

Judaeis quidem scandalum, gentibus autem stultitiam;

das plötzlich auf dem Titel erschienen war. Wenn unter den Judaeis alle vernünftigen Leute verstanden waren, die weder an die Lehren des Jesuitismus, noch an die Verheißungen der Congregation glauben wollten, so hat Eos ihr Wort redlich gelöst; an Aergerniß hat sie es wenigstens nicht fehlen lassen. Nur scheint die Thorheit, die den Heiden gedroht wurde, sich der Prediger selbst bemeistert zu haben; wenn wir Thorheit den Wahnsinn nennen dürfen, der die Religion der Liebe zu verbreiten meint, indem er Haß verbreitet, das Reich Gottes zu fördern, indem er bis in das Innerste der Familien Spaltungen und Zwietracht trägt!

Zwei Ansichten stehen neuerer Zeit einander in der Politik, wie in allen Zweigen der Wissenschaften und des Lebens gegenüber, die beide darin übereinstimmen, daß sie die irdischen Dinge nicht in ihrer scheinbaren äußern Vereinzelung, sondern in ihrem wesentlichen innern Zusammenhange zu begreifen suchen; beide rühmen sich, diesen Zusammenhang gefunden zu haben; aber die Resultate, zu denen sie auf diesem Wege gekommen sind, liegen weiter von einander entfernt, als Himmel und Erde. Die eine Ansicht nämlich behauptet, daß Alles in der Welt vorwärts gehe; daß Alles zum Besten geordnet sei, und Alles in den niedern Stufen des Daseins sich zu höheren entwickle, wobei der einzelne Mensch nichts Anderes zu thun habe, als sich dem allgemeinen Fortgange nur nicht entgegenzusetzen, und das, was etwa hie und da im Wege läge, hinweg zu räumen helfe. Die andere Ansicht dagegen will gefunden haben, daß Alles in der Welt eigentlich dazu bestimmt sei, auf demselben Flecke stehen zu bleiben, daß Alles, was nicht stehen bleibe, rückwärts gehe, und daß deßhalb, weil in unserer Zeit Niemand stehen bleiben wolle, Alles in der äußersten Unordnung und Verwirrung sein müsse, aus der nur der angestrengte Wille durchgreifender Männer retten könne, die sich dazu verbänden, jeden, der von seinem Platze gewichen wäre, mit Gewalt darauf zurückzuführen. Daß in einer dieser Ansichten, da beide bis zu einem gewissen Punkte dieselbe Methode befolgten, ein Rechnungsfehler verborgen sein muß, ist offen-

bar; zum Glück darf man nur die Hauptlehren beider Parteien ohne allen Commentar neben einander stellen, um sich auf den ersten Blick zu überzeugen, auf welcher Seite der Irrthum ist.

Die einen sagen:	Die andern sagen:
Gott hat alle Dinge geschaffen.	Gott hat alle Dinge geschaffen.
Gott erhält und regiert alle Dinge.	Gott erhält und regiert alle Dinge.
Daher ist Alles, was ist, sehr gut.	Daher ist Alles, was ist — sehr schlecht.
Und Alles, was wird und geschieht, wird sehr gut.	Und Alles, was wird und geschieht, wird sehr schlecht.

Jedermann sieht, daß, wenn die zweite Ansicht consequent sein wollte, sie an die Spitze ihres Systems die Behauptung setzen müßte, der Teufel habe die Welt geschaffen.

Und dieß ist die tröstliche Lehre, zu der die Eos uns führen wollte; dieß ist die Lehre, die man unter dem Namen des Christenthums auszubieten wagte; der Religion, die gerade damit der düstern Verzweiflung des Heidenthums entgegentrat, daß sie ein fortdauerndes Walten des göttlichen Geistes verkündete, welcher sich in der Menschheit immer klarer und heller entfalten, und nicht in die Nacht der Vernichtung hinabstürzen, sondern zu ewigem Lichte und ewiger Freiheit emporheben werde!

Eine solche Lehre freilich konnte das „Recht der Todten" nicht anders vertheidigen, als indem sie auf die Lebenden „Aas und Luder" schleuderte; eine solche Lehre mußte Alles empfehlen, was die Fortschritte der Zeit als unpassend ausgestoßen hatten, die geistliche Herrschaft mit allen ihren Gräueln, die Scheiterhaufen des Mittelalters, das Mönchthum und die spanische Inquisition; sie mußte in einem constitutionellen Staate wider die Constitutionen, in einem Lande, wo die Gesetze allen Glaubensbekenntnissen Duldung gewähren, wider die Duldung, wo die Verfassung den Bürgern das Recht giebt, frei ihre Meinungen auszusprechen, wider die Preßfreiheit streiten; sie mußte, um über ihre Tendenz Niemand in Zweifel zu lassen, das Geheimniß der Ehe, welches die katholische Kirche als Sacrament anerkennt, und in welchem die Gesetzgeber der rohesten Völker die Bürgschaft für die Fortdauer des menschlichen Geschlechts ehrten, durch herabwürdigende Vergleichungen und durch niedrige Schmähungen schänden.

„An ihren Werken sollt ihr sie erkennen."

Der große Brand, welchen die Eiferer für den Herrn anschürten, war indessen eitles Strohfeuer. Kein Bauer fand sich in ganz Bayern, der nur ein Scheitlein Holz hinzugetragen hätte; und ein Hauch nur durfte von oben wehen, so war die Spreu nach allen Winden zerstiebt.

„Si subito apparuerit Aurora, umbram mortis arbitrantur" klagte die Partei, und stumm und lautlos verschwand sie, als diese Klagen kein Gehör fanden.

Zwar hat in der letzten Zeit, nachdem der erste Schreck vorüber war, ein und anderer Kämpe sich wieder zu regen angefangen; aber vereinzelt und haltlos blieben diese Bemühungen; und so lange der böse Wille nur nicht schaden kann, wollen wir selbst der Bosheit gern ihr Leben gönnen. Dieß dürfte freilich, allen Anzeichen nach, nicht leicht von langer Dauer sein. Denn wenn das Publikum sich für die Eos wenig interessirte, als sie noch in der vollen Glorie ihres Zornes an dem Münchner Journalisten-Himmel emporstieg; so ist natürlich für den matten und schwachen Nachglanz jener Tage noch weniger Theilnahme zu erwarten. Wie wäre dieß auch anders möglich, da die Fragen, welche hier noch einmal aufgeworfen und verhandelt werden, in der öffentlichen Meinung längst entschieden sind?

Die Eos war bereits unter einer ihrer früheren Redactionen, nachdem der achtungswerthe Stifter derselben seine Hand von ihr abgezogen hatte, sehr in Verfall gerathen; und es konnte daher einer ihrer damaligen Mitbewerberinnen, der Flora, bei der gewandten Art der Herausgebers, aus deutschen und französischen Blättern sich anzueignen, was ihm zu seinem Zwecke zu passen schien, nicht fehlen, der früh gealterten Schwester den Vorrang abzugewinnen. Nicht so vornehm, wie die Eos, die in ihrer ersten Ankündigung „alles, was des Wissens und sohin des Mittheilens würdig" sei, zu vereinigen, und „alles Gute, Schöne und Große" zu befördern versprach, begnügte Flora sich, kleine Novellen aus Almanachen und Zeitschriften abzuschreiben, die in München wenig gelesen wurden, und neben einer Menge Anekdoten und kurzer Geschichten von Zeit zu Zeit ein Wort über die merkwürdigsten Tages-Ereignisse oder gelegentlich eine Notiz über Gegenstände von Localinteresse zu geben. Auf Originalität machte sie so wenig Anspruch, als auf Geist; und da sie vor der Eos, welche Beides eben so wenig besaß, wenigstens den Vorzug einer größern Mannichfaltigkeit voraus hatte, so war jene zahlreiche Klasse von Lesern, die vor allen Dingen unterhalten sein will, ohne sich darum zu bekümmern, auf welche Weise dieß geschieht, bald zufrieden gestellt. Zwar bemerkten Einzelne, daß man von einem Blatte, welches sich nur darauf beschränkte, den größten Theil seines Inhaltes aus andern zu entlehnen, wenigstens Geschmack und gediegenes Urtheil in der Auswahl erwarten dürfe; doch in Ermanglung des Bessern mußte man sich wohl mit dem Gewöhnlichen begnügen, und die schärfste Kritik würde der Flora daher schwerlich an ihrem wohlerworbenen Besitze von Abonnenten so viel Abbruch gethan haben, als die Erscheinung eines neuen Blattes, und doch wieder einer ganz andern und jedenfalls für München einer ganz originellen Art derselben that.

Ein leichtes Blättchen, welches am Neujahrstage d. Jahres (1830) uns zuflatterte, brachte einen Titel: „der Bazar für München und Bayern, ein Frühstückblatt für Jedermann und jede Frau, herausgegeben von M. G. Saphir" und versprach unter demselben — nichts. Die meisten anderen

Zeitschriften, sagte ein Prospectus, hätten damit angefangen, bei ihren Lesern die größten Erwartungen zu erregen, gewöhnlich sei es indessen nach langem Erwarten bei dem Warten geblieben, der Bazar begnüge sich daher, anzu kündigen, was man nicht von ihm zu erwarten habe; denn bei weitem leichter sei es, „Nicht Erwartungen" zu erfüllen, als Erwartungen. Der Einfall war nicht übel; denn wenn in der Folge auch noch so viel von dem, was man nicht erwarten sollte, sich einstellte, so blieb dem Witzbolde immer die Entschuldigung, daß man sich nicht über ihn beklagen dürfe, da er offenbar mehr leiste, als man erwartet habe. Dieß Lob müssen wir aber auch in der That dem Bazar in vollem Maße zuerkennen. Denn so viel wir von ihm erwarteten — an Witz, an feiner Bildung, an weltmännischer Gewandtheit, an Adel der Gesinnung, an Geschmack, Kenntnissen und Tiefblick, so würden wir ihm doch nie die seltene Bescheidenheit zugetraut haben, welche die Krone aller jener bewunderungswürdigen Eigenschaften ist.

Man erwarte nicht, hatte der Bazar — so wollen wir der Kürze wegen sowohl das Blatt, als den Herausgeber desselben nennen — bei seiner Ankunft in München erklärt, man erwarte nicht:

> „daß ich buhlend um den verhallenden Schalljubel einer momentanen Wichtigthuerei, fröhnen werde, der Gier des großen Haufens, welcher Alles heruntergerissen haben will;"

und wie treu, mit wie tapferer Beharrlichkeit hat er sein Wort gehalten! Alles hat er gepriesen, mit Weihrauch durchduftet und mit Rosenessenz überschüttet, Alles — wovon er sich den geringsten Vortheil versprechen konnte, — die Riegelhäubchen und die Damen en grande parure, die derben Bürger, die grobe Scherze mit Stockstreichen zu vergelten drohten, und die reichen Israeliten, die sie mit klingender Münze honorirten — die Aula, den schwarzen Adler und das Museum, Jermann, Oettinger und Urban, den hohen Adel und das verehrungswürdige Publikum. Dagegen fiel das ganze Gewicht seines Zornes auf das Theater, welches natürlich den Bazar weder kaufen noch empfehlen konnte, und nicht einmal Verstand genug hatte, dem mächtigen Gebieter über Ruhm und Schande ein Freibillet für die Galerie-noble anzubieten.

Was ist auch am Ende die ganze Schauspielkunst? das Theater bleibt stehen, denn es ist aus Stein gebaut, und hat in so fern immer einen bleibenden Werth. Aber welchen Werth haben Worte, gesprochen in den Wind, und Arme und Beine, die herumfahren, bald so und bald so?

Die Aesthetik des Bazars wird es freilich nie begreifen, daß die Kunst, welcher Mittel sie sich auch bedienen mag, des geflügelten Lautes, der flüchtigen Bewegung, oder des Marmors, des Erzes, in ihren Wirkungen immer gleich unvergänglich, ewig, göttlich ist! Aber welcher Mensch von unverdorbenem Sinn und Gemüth hätte Eßlair je gehört und je gesehen, wie er als

Tell aus dem Hohlwege tritt, der des Tyrannen Grab geworden ist, und mit seiner Löwenstimme donnernd ausruft:

„frei sind die Hütten, sicher ist die Unschuld!“

wer hätte ihn je gesehen, der den Eindruck dieses Augenblickes nicht dauernder als das Leben im tiefsten Busen bewahrte? Wer hätte ihn gesehen als Otto von Wittelsbach, als Wallenstein, als Belisar, Dallner, — doch Entweihung wäre es, an dieser Stelle alle die Glanzpunkte der deutschen Schauspielkunst, die Triumphe unserer Bühne zurückzurufen, die nicht München, Bayern, nein Deutschland, das ganze Land, wo von deutschen Herzen die deutsche Zunge verstanden wird, dem ersten Schauspieler unserer Zeit verdankt.

Und diesen Mann, den großen Künstler, der aus einer Zeit voll niederen kriechenden Gewürmes und in eine Zauberwelt versetzte, in die wir Helden, Menschen sahen, ihn wählte der Bazar zu der Zielscheibe seiner Witzeleien! Es wäre ermüdend, alle die Beleidigungen aufzuzählen, den Hohn, den Spott zu sammeln, womit der Witzling immer und immer wieder den würdigen Greis verfolgt. Wagt er nicht seiner Bosheit sich zu rühmen, daß er einen Ehrenmann geärgert habe?

„Nun kommt ein quieseirter Essigsieder, dessen rothe Kleider sich schwarz geärgert haben?“

Und wer ist denn dieser Riese, der einen Eßlair heut einem aufgeblähten Frosch, morgen einem Affen vergleichen, einen ganz achtbaren Stand als ein Volk von „Comödianten,“ „Histrionen“ und „Luftsäblern“ dem Gelächter des Pöbels preisgeben darf? Wenn wir ihn selbst hören: ein Muster feiner Sitte und vor allem ein unerreichbares Vorbild von Witz und Geist. Es fällt einem jungen Menschen ein, die Physiognomie des geistreichen Mannes während des Carnevals zur Maske zu wählen; der Bazar ermangelt nicht, voll Selbstzufriedenheit auf den vermessenen Tropf herabzusehen und zu berichten:

„Als diese Maske — die Maske des himmelblauen Edelsteins — die Gestalt, welche sie vorstellen sollte, annahm, vergaß sie in der Eile den Witz und den Geist zu Hause. — Mehrere Damen, die ihrer Maske nach etwas Witziges oder Geistreiches hören wollten, bedauerten die arme Maske.“

Die arme Maske! Und nun sogleich eine Probe von dem Witze des geistreichen Originals. Ein Spaßvogel, der dasselbe wahrscheinlich auf eine feine Art persifliren will, schickt ihm ein Billet mit den verbindlichen Worten: „Sie sind ein Esel.“ Das Original, statt den Esel gelassen in der Tasche oder hinter den Spiegel zu stecken, protestirt: „der Esel sei ein Gemeingut!“ ruft der Bazar seinen Lesern zu. „Gott bewahre, daß ich einen mir hier zugezogenen Esel mit aus dem Lande nehmen sollte.“

Aber bei alle dem, unterbricht uns manch schöner Mund, den der Bazar bisher manchmal zum Gähnen, doch öfter zum Lächeln bewegt hatte, bei alle

dem bleibt Saphir doch ein witziger Kopf, voll guter Einfälle, voll Galanterie, Gefühl und Sentiment?

Es bleibt ihm die Gewandtheit der Rede, die immer ein Zeichen natürlicher Anlage, so wie einer gewissen äußern Bildung, aber keineswegs immer ein Zeichen wahrer innerer Bildung ist. So ist auch der Witz Saphir's nur äußerlicher oder Wortwitz, den mit Hülfe eines Lexicons im Kopfe oder auf dem Tische nöthigenfalls jeder Schüler zusammen stoppeln kann; zuweilen, wenn der Zufall es fügt, treffend, oft fade, manchmal albern, sinnlos und geschmacklos. Etwas Geschmackloseres z. B. als die

„Trauungsrede zur Vermählung des Herrn Kaffee mit Dlle. Rahm" dürfte nicht leicht in einer deutschen Zeitschrift zu finden sein. Aber unerträglich wird der Bazar, sobald er den Katheder besteigt und zu dociren anfängt. Die Unwissenheit, die Gedankenlosigkeit, die auf allen Seiten aus den bunten Lappen hervorsieht, hinter denen sie sich verborgen glaubt, kann nur durch die Anmaßung überboten werden, die das inhaltloseste Geschwätz uns als den Inbegriff aller Weisheit aufdringen möchte:

> „Centralisation der Kraft und Humanität — der Formen sind die zwei Herkules-Säulen, auf denen sich der tiefe unendliche Himmel der Kunst, der Bildung des sittlichen (sic!) Schönen stützt."

Ist es uns nicht, möchte man da ausrufen, als hörten wir „ein ganzes Chor von hunderttausend Narren sprechen?"

V.

Mit wahrem Vergnügen muß jeder, der aufrichtige unverhüllte Rohheit der schleichenden Gleißnerei in der Eos und der witzelnden empfindelnden Lüge im Bazar vorzieht, den „bayerischen Landboten" zur Hand nehmen.

Ein Tagblatt, welches für das Volk bestimmt ist, für die breite Masse, die in Deutschland noch überall von der Bildung und den Kenntnissen der höhern Stände ausgeschlossen ist, muß nothwendig auf die Ansichten, die Bedürfnisse und Sitten des Volkes berechnet sein; und es versteht sich daher von selbst, daß darin von feiner Lebensart, von Anstand und Gelehrsamkeit keine Rede sein kann. Die rohe, derbe Natur, die Grobheit und Ungeschliffenheit und Unbehülflichkeit des Bauern wird uns in einem Volksblatte nicht beleidigen, sofern dasselbe nur dem Volke giebt, was das Volk bedarf und verlangt, und sofern es dem Volke keine Gemeinheit und Unflätigkeit aufdrängt, die dem Volke fremd sind.

Freilich gab es eine Zeit, wo die niedern Stände unter so tiefem Druck erlagen, daß selbst die einfachsten sittlichen Gefühle dadurch erstickt wurden, eine Zeit, wo der Landmann jeden Gebildeten als seinen natürlichen Feind betrachtete; wo er jede List, jede Uebervortheilung, die diesen traf, für erlaubt, jeden Verlust, den dieser erfuhr, für Gewinn hielt und schadenfroh belachte; damals konnte der Eulenspiegel mit seinem ekelhaften Schmutz, sei-

ner niedrigen Possenreißerei und seiner selbstsüchtigen Schlauheit ein beliebtes Volksbuch werden, weil er der Spiegel des Volkslebens war. Doch diese finstern Tage — die gepriesenen des Mittelalters — sind vorüber; seit der Bauer für sich arbeitet, statt zur Frohne, ist er reinlicher, ehrlicher und gerader geworden; und wenn er seine alte Derbheit beibehalten hat, so ist dieß nur ein neuer Beweis für die unverwüstliche Kraft, mit welcher das deutsche Volk unter allen Umgestaltungen und Umwälzungen immer seine eigenthümliche Art behauptet.

Von allen den Blättern, welche in München erscheinen, war bisher nur der Landbote ein Volksblatt im eigentlichen Sinne des Worts, indem er nicht bloß für das Volk geschrieben und von dem Volke gelesen, sondern seinem interessantesten Theile nach auch von dem Volke verfaßt war. Was der Bazar, wie so manches andere Blatt, gerne für die gebildete Welt in München geworden wäre, das war der Landbote für die ungebildete in München und in ganz Bayern. Alles, was den gemeinen Mann irgend anging, wurde hier besprochen; der Redacteur that das Wenigste dabei, obgleich ihm das Talent, den rechten Ton zu treffen, nicht abgeleugnet werden kann; aber wenn man auch zuweilen über seine Einfälle lachte, über seine wunderlichen Zusammenstellungen, welche die verschiedenartigsten Dinge, Lesesplitter aus der Dorfzeitung und ein Recept für gute Stiefelwichse, Anzeigen von erledigten Pfarreien und Schulmeisterstellen und die jämmerlichsten Singgedichte nebeneinander warfen, den Kopf schüttelte; so war es doch nicht dieß, was man in dem Landboten suchte, sondern die Berichte der „Beiboten", die aus allen Gegenden des Königreichs über auffallende Begegnisse und Vorfälle aller Art aus dem öffentlichen, wie aus dem Privatleben eingingen, und besonders die Anzeigen, in denen für eine Steuer von wenigen Kreuzern dem Witz und Uebermuth, so wie den Gefühlen und den mannichfachen Bedürfnissen der Menge ein weites Feld geöffnet war. Der Landbote glich in dieser Beziehung einer wahren Volkstribune, auf welcher sich Krethi und Plethi durch einander drängte, und von der ein jeder hinunter schrie, was ihm in den Mund kam.

Charakteristisch sind in einem frühern Jahrgang „a paar Wort übers Einrückn lassn in Landbothn."

„Du nim di in Acht; i laß di in Landboth'n neinsezzen, oder: wart dös muß ma in Landboth'n nein. So hör i oft diseriren, aber was dabei s'schönste is — g'schegn thut's selten; und warum? weil gar oft a solcher, der derlei Drohung macht, Arbet gnue hat, sein oagna Nama leserli hinz'schreibn, viel wenger dieß oder jen's ordentli füribracht an Landboth'n zum Druck zu überschickn. Der Landboth macht gewiß koan an Instructor, der erst d'Böck kurigirn muß, und a koan Schneida, ders Kind erst ausstaffirn soll, daß's unter d'Leut taugt; ma muß's schon mit an ordentlinga Gwandt zu ehma hinbringa, net gar z' übertriebn verschnörkelt, sunst kennt's der zehnti

gar net und sieht ehnda am Narrn gleich, aber a net zriffn und zlumpt, sunst mueßt er si schama."

Wenn auch nicht immer die Drohung erfüllt wurde: Du mußt ma in Landboth'n nein; so waren dagegen auch die Fälle nicht selten, wo ohne eine solche vorausgegangene Kriegserklärung der Angriff erfolgte. So las man eines schönen Morgens im Landboten:

„Warum san denn neuli die drei G — r nicht zum Schützenball nach E — g kemma?
Den oan lasst der Geiz koan Ruh,
Der andre kunt si net schlaffa gnue,
Dem Dritten sperret d'Frau d'Hausthür zue."

Einige Zeit darauf erfolgte zu erhöhter Belustigung des Publikums die feierliche Gegenerklärung:

„Auf die Einrückung im — Stück dieses Blattes vom — l. J., welche eine Anspielung auf drei auswärtige Mitglieder der Schützengesellschaft zu E — g zu seyn scheint, findet sich der Ausschuß derselben aufgefordert, hiemit öffentlich zu erklären, damit diese drei Herren ja nicht glauben möchten, als wäre ein Mitglied der Gesellschaft so ungezogen gewesen, dieselbe einrücken zu lassen, daß dieser Ausfall die Mißgeburt eines faden Witzes ist, welchen nur der Neid eines dummen rohen Menschen, der sich über die Harmonie der Gesellschaft ärgert und sie, wenn er könnte, zerstören würde, erzeugen konnte."

„Der Ausschuß der Schützengesellschaft zu E — g."

Manche der Auftritte aus dem Volksleben, welche durch die unsigennützige Vermittlung des Landboten zur allgemeinen Erheiterung beitrugen, würden unter den Pariser Scènes populaires eine ausgezeichnete Stelle eingenommen haben, und von einem Londoner Penny-a-liner mit Gold aufgewogen worden sein; unter vielen Zügen dieser Art nur einen einzigen:

„Is neuli a Komödie vorg'fall'n! Zieht sich ein gewisser Herr als Kapuzina o und sei Frau als Miliweib und gehn mit einanda auf den Saal, wo ihra Tochta beim Tanz ist gwest, damit sie gesehn habn, wie sie sich denn aufführn thuet. Do is denn d' Mamsell Tochta bei an Soldatn gwest und hot sie schier a weni z'lusti mit ihm gemacht. Do geht der Kapuzina her und zieht aus sein Habit raus an sakrischen Ochsenfiesel und faugt dir's Feiln an seine Tochta o, daß's is erschröckli gwesn. Von Tanzbodn haut er's runta und zum S — thor nei, schreit alleweil: I bin da — und des is ma Tochta; und haut dabei grob drein, so viel er ko, bis daß da Ochsenfiesl hin is gwest."

Neben der Derbheit und Rohheit, die wir in allen Gegenden Deutschlands bei den niederen Ständen finden, spricht sich in jenem Theile des bayerischen Landboten, den wir den offiziellen nennen möchten, weil er unmittelbar

aus dem Volke hervorgeht, ein gutmüthiger Humor aus, der überall das Zeichen einer noch unverbrauchten Kernhaftigkeit und in diesem Grade, vor allen andern deutschen Stämmen, dem bayerischen eigen ist.

Wenn der Ernst im Leben die Anerkennung des Werthes der irdischen Dinge, der Scherz die Anerkennung ihrer Nichtigkeit ist, so ist der Humor jene höhere bewußte oder unbewußte Vereinigung beider Ansichten, welche die Nichtigkeit des äußeren Scheines, des Vergänglichen zugiebt, aber darüber den Werth des Seins, des Bleibenden nicht vergißt.

Zwei Ursachen haben dahin gewirkt, daß diese Gemüthsstimmung, die sich in dem gewöhnlichen Leben als heitere Lebenslust, in der Gefahr als kühne Aufopferung, in den Momenten der Sammlung und Erhebung als innige Religiösität kund giebt, bei den Bayern bis in die neueste Zeit sich bewahrt hat: auf der einen Seite die dichte Decke der Finsterniß, welche die Herrschaft der Beichtväter und Jesuiten so lange über das Land gebreitet hatte, und die in einer Zeit, wo die Aufklärung sich nur als Irrthum, als Abirrung von der Wahrheit geltend machen konnte, unnütze Vergeudung der Kraft verhinderte, — andererseits, daß die Freiheit und mit dieser das Gefühl des eigenen Werthes in dem bayerischen Alpenlande nie in dem Maße unterdrückt wurde, als in so manchen andern Gauen Deutschlands. Bayern stand nie unter einem ausheimischen Fürstenhause.

Zwei andere Blätter, die mit dem Landboten als Vorsprecher des Volkes zu wetteifern versuchten, der „Volksfreund und das Tagsblatt“ (das, beiläufig, Tagblatt heißen sollte, so wie man nicht Rockstasche, sondern Rocktasche sagt), bleiben weit hinter demselben zurück, und verdienen hier, wo alle Bestrebungen der periodischen Literatur in Bayern nur nach ihrer Bedeutung für das Volksleben gewürdiget werden sollen, kaum einer vorübergehenden Erwähnung. Der Volksfreund beabsichtigte ursprünglich, die Münchner politische Zeitung durch kurz gefaßte populäre zu verdrängen, und nahm erst, nachdem diese Speculation mißlungen war, die Miene eines gemeinnützigen Allerweltblattes an, die ihm indessen nie besonders zu Gesichte stehen wollte, da das Verdienst, keinen vernünftigen Satz zu Papier bringen und ohne fremde Hülfe weder grammatisch noch orthographisch richtig schreiben zu können, noch bei weitem keine hinreichende Legitimation für den Beruf zur Herausgabe eines Volksblattes sein dürfte. Wer in dem ersten halben Jahrgange des Volksfreundes die Anzeige gelesen hatte:

„Am 11. Dec. Abends wurde in der Nähe des Dianenbades ein männlicher Cadaver im Canale todt gefunden;“

der wußte zur Genüge, was von einem solchen Ingenium zu erwarten sei. Einzelne Beiträge von den würdigsten Männern können nie den Werth eines Journales bestimmen.

In gleichem Range, oder wo möglich einige Stufen tiefer als der

Volksfreund steht das „Tagsblatt," das sich besonders durch seine lakonische Kürze auszeichnet, die manchmal wahrhaft bewunderungswürdig wird, z. B.

„Der königl. Hofschauspieler, Hr. Dertinger hat sich in einer Anwandlung von Melancholie die Kehle abgeschnitten."

Tages darauf:

„Der sich entleibte Schauspieler Dertinger ließ einen Tag vor seiner Verzweiflung ein neues Taschenmesser kaufen."

Und die beiden „reisenden Teufel," von denen der eine, nachdem er lange behaupten wollte, er sei eigentlich der wahre reisende Teufel, endlich als der Klügere nachgegeben hat, und gegenwärtig unter dem Namen „der Furchtlose" inkognito reiset? Characterisirt sind beide, sobald man weiß, daß der ursprüngliche „Teufel" zuerst als außerordentliche Beilage zum Volksfreunde" erschien.

Scandalöse Geschichten und Klätschereien aller Art, die der Landbote nicht aufgenommen haben würde, weil sie der Gefahr eines eben nicht rühmlichen Kampfes mit der Polizei aussetzen, bilden den Inhalt; an Lesern fehlt es natürlich nicht: überall, wo es eine Rauferei giebt, oder ein unnützer Bursch in das Gefängniß geführt wird, läuft ja wohl bald eine Menge Volkes zusammen.

VI.

Wenn wir alles zusammenfassen, was bisher über den gegenwärtigen Zustand der periodischen Literatur in der Hauptstadt Bayerns gesagt worden ist, so muß es uns klar werden, daß hier zwei völlig verschiedene Elemente ohne alle Verbindung neben einander liegen, die beide in der Journalistik ihre Repräsentanten gefunden haben: auf der einen Seite die Bildung der höhern Stände, die in den politischen Zeitungen und den ästhetischen Unterhaltungsblättern, auf der andern die ursprüngliche kernhafte Natur des Volkes, die in den eigentlichen Volksblättern das Wort führt. Um die ganze Kluft zu ermessen, die zwischen der Bildung der höheren Stände und der Volksbildung befestigt ist, bedarf es kaum mehr als eines flüchtigen Blickes auf die verschiedenen geselligen Kreise in München; so auffallend ist der Unterschied an Sprache, Sitte und Lebensart, daß man in der That auf den Zweifel gerathen möchte, ob hier nicht zwei ganz verschiedene Volksstämme neben einander wohnen.

Erklärt wird dieses Mißverhältniß und zugleich gerechtfertigt, sobald man bedenkt, daß München nicht mehr, wie vordem, die Hofstätte der Herzoge von Bayern, sondern die Hauptstadt eines Reiches ist, dessen sämmtliche Bewohner, so verschieden sie auch ihrer Stammart nach seyn mögen, hier ihre gemeinschaftliche Vertretung finden. Der Franke, der Schwabe, der Pfälzer hat eben so viel Recht auf München, als der Bayer; und wenn auch jeder dieser Stämme für sich auf seiner eigenthümlichen Bildung beharret, so kann sich doch keiner der Nothwendigkeit erwehren, in dem Verkehr mit den andern

zu jener Gesammtbildung seine Zuflucht zu nehmen, die sich seit Jahrhunderten nicht bloß in Bayern, sondern in dem ganzen Lande der Deutschen aus der Vermischung der verschiedenen Volksarten entwickelt hat.

Dadurch, daß die Gesammtbildung der Bayern keine ihnen allein angehörende, sondern in gleichem Maße allen Deutschen eigen ist, erhält München als der Hauptsitz derselben eine neue Bedeutung, indem es jetzt aufhört, bloß der Brennpunkt bayerischer Bildung zu seyn, und vielmehr das Kettenglied wird, welches die Verbindung des Bayernvolkes mit allen übrigen Völkern deutscher Art unterhält.

Eine der schwersten, aber auch eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsverwaltung ist es, diese allgemeinen Verhältnisse gegen den Eigennutz und die Vorurtheile, die sich ihnen von Seiten der Partikularinteressen entgegenstellen, zu schützen, ihre Entwickelung, wo äußere Hindernisse dieselbe zurückdrängen, zu befördern. Nur durch das gemeinschaftliche Band der Bildung werden die verschiedenen Theile eines Staates zu einem Ganzen verbunden; und nur die Bildungsstufe, auf welcher ein Staat sich befindet, bestimmt den Rang, den derselbe in der großen Reihe der Völkerfamilien einnimmt. Schon sind die ersten Schritte geschehen, um die politische Hauptstadt des Königreichs auch zu der geistigen Hauptstadt desselben zu erheben. Die Stiftung der Universität, so wie die Begünstigungen, welche der Buchhandel erfuhr, fangen bereits an, ihre Früchte zu tragen. Glorreich hat die Kunst sich entfaltet. Aber vieles Große bleibt noch zu thun, ehe das Ziel erreicht ist, zu welchem die Hauptstadt des Bayernreiches berufen ist.

Die bayerische Verfassung.

Geschrieben zu Leipzig im März 1831.

In Deutschland, wie in Frankreich, hat das Streben nach constitutioneller Freiheit sich erst während des Friedens, der auf den Sturz der napoleonischen Militairherrschaft folgte, entwickelt. Ungerecht ist es daher, wenn man den deutschen Fürsten den Vorwurf macht: sie wären dem deutschen Volke wortbrüchig geworden, indem sie in der Stunde der Gefahr ihm Freiheit versprochen und, nachdem die Gefahr vorüber, ihr Versprechen zurückgenommen oder unerfüllt gelassen hätten. Die Freiheit, welche bei dem Ausbruche des französischen Krieges im Jahre 1813 die deutschen Fürsten dem deutschen Volke

versprachen, war keine andere als die Befreiung vom fremden Joche. So und nicht anders hat jeder Deutsche, und hat besonders die große kämpfende Masse des deutschen Volkes die Verheißungen der Jahre 1813 und 1814 verstanden.

Wenn nach dem Kampfe bei der Errichtung des deutschen Bundes die Fürsten es unter die Bedingungen desselben aufnahmen, daß in allen Bundesstaaten repräsentative Verfassungen eingeführt werden sollten, so geschah dieß daher nicht in dem Gefühle der Anerkennung einer Verbindlichkeit, welche sie gegen ihre Unterthanen eingegangen wären, sondern in der richtigen Erkenntniß des Geistes der Zeit, in der Erkenntniß der Kräfte, welche, durch den Befreiungskampf hervorgerufen, nur unter freiern Formen des Staatslebens zur Reife gedeihen konnten und demnach, sofern man sie nicht gewaltsam ersticken und sich dadurch selbst der treuesten Helfer in der Noth berauben wollte, eine Abstellung der bisher gewohnten willkürlichen Verwaltungsart gebieterisch foderten. Sich selbst, nicht ihren Völkern gaben die deutschen Bundesfürsten das Versprechen der Einführung freier Verfassungen; die Erfahrung hatte bewährt, daß nicht die materiellen, sondern die geistigen Kräfte es sind, welche den Sieg entscheiden, und es wurde deshalb zu einer Pflicht gegen den Bund gemacht, diese Kräfte durch Gewährung eines freien Spielraumes, in welchem sie sich unschädlich entwickeln könnten, dem Ganzen zu erhalten.

Aber überall ist es leichter, das Gute und Rechte und Nothwendige einzusehen, als im Leben es auszuführen. Die Zweckmäßigkeit freier Verfassungen hatten die deutschen Fürsten richtig erkannt; an gutem Willen zu der Einführung fehlte es nicht; aber sobald es sich darum handelte, den Willen durch die That zu bewähren, Das, was man ungestört im Cabinette oder im Rathszimmer beschlossen hatte, unter dem Andrang der Geschäfte, unter der Einwirkung der entgegengesetztesten Bestrebungen und unter dem Einflusse unaufhörlich wechselnder Verhältnisse und Umstände zur Vollziehung zu bringen, so traten von allen Seiten unübersteigliche Hindernisse entgegen. Außer dem kleinen Großherzogthume Weimar, waren von allen deutschen Bundesstaaten die süddeutschen, Bayern, Würtemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, die einzigen, denen es gelang, wenn auch nicht unmittelbar, doch in den ersten Jahren nach Herstellung des Friedens diese Hindernisse zu beseitigen. Hier hatten die Trümmer der alten Reichsverfassung, das freie Bürgerthum der Reichsstädte und Reichsdörfer, die Selbstständigkeit von unzähligen kleinen Fürsten, Prälaten, Grafen und Herren und in den Landschaften der größern Reichsstände die Wirksamkeit der Landstände sich am längsten erhalten; eine Ausgleichung der vielfältigen, durch die willkürliche Zusammenwerfung der verschiedenartigsten Gebietstheile entstandenen Verwickelungen fiel, ohne Mitwirkung der betheiligten Parteien, den Regierungen geradezu unmöglich, und es war daher nur die Frage, ob man die alte Reichsordnung oder Reichsunordnung wieder zurückrufen und die ehemaligen Reichsstädte und Reichsstifte, Reichsfürsten, Reichs-

grafen, Reichsritter und Reichsbauern, nebst den ehemaligen Provinziallandständen, zu Beirath und Beistand auffodern, oder ob man die schwierigere aber auch würdigere Aufgabe lösen wollte, mit Umgehung der historischen längst in sich selbst verfallenen Verhältnisse, eine Vertretung der bestehenden Interessen durch eine Versammlung von Repräsentanten der nicht in der historischen Erinnerung, sondern in der Wirklichkeit vorhandenen Stände herbeizuführen. Die Wahl war nicht schwer. Eine Versammlung, welche von den alten historischen Erinnerungen gebildet worden wäre, würde gegen die neuen factischen Regierungen Ansprüche erhoben haben, welche mindestens äußerst unbequem geworden wären. Es blieb daher, wenn man die Gegenwart nicht der Vergangenheit opfern wollte, nichts Anderes übrig als die Einführung einer Volksvertretung in dem neuern, durch die französische Revolution einmal in ganz Europa eingebürgerten Sinne.

Vor dem wiener Congreß und vor den Befreiungskriegen hatte Bayern, unter Verwaltung eines Ministers, dem nur ein ausgebreiteterer Wirkungskreis gefehlt hat, um eine der ersten Stellen unter den ausgezeichnetsten Staatsmännern Europa's einzunehmen, die Nothwendigkeit einer Repräsentativverfassung erkannt. An dem eisernen Willen Napoleons, der die Gefahr zu ahnen schien, welche ihm von der Entwickelung eines selbstständigen Lebens in Deutschland drohte, brach sich der Entschluß der bayrischen Regierung. Die Constitution des Jahres 1808, bereits in die Gesetzsammlung des jungen Königreichs aufgenommen, blieb unausgeführter Entwurf; aber, auch als solcher, als der erste Versuch, die Formen des constitutionellen Staatskörpers in Deutschland einzuführen, von hoher Wichtigkeit. Merkwürdig ist es, daß Niemand, auch nachdem Napoleon bereits auf immer von dem Schauplatze abgetreten war, daran dachte, den bei Seite gelegten Constitutionsplan aus dem Staube des Reichsarchives, in den er sich verloren hatte, wieder hervorzusuchen: ein entschiedener Beweis, daß selbst in jenen Theilen von Deutschland, denen die Garantien einer freien Verfassung am meisten noth thaten, das Volk noch keineswegs zu dem Bewußtsein dieses Bedürfnisses erwacht war.

Nach 10 Jahren, 3 Jahre nach dem zweiten Sturze Napoleons, wurde Bayern eine zweite Constitution verliehen, in den wesentlichsten Grundzügen mit jener ersten, wie es schien, vergessenen, übereinstimmend, aber auch in manchen nicht unwichtigen Punkten, und nicht zum Vortheile der Freiheit, von derselben abweichend. Mit Enthusiasmus wurde die vom Könige beschworene, von dem Kronprinzen zugleich für die Zukunft bestätigte Verfassungsurkunde in ganz Bayern aufgenommen. Das dunkle Streben nach freierer Thätigkeit, das, nachdem die härtesten Leiden so vieler Kriegsjahre verschmerzt waren, sich zu regen anfing, hatte plötzlich sein Wort gefunden: von der Verfassung hoffte Jeder freien Raum für die Entwickelung jeder Kraft und vor Allem Abstellung jeglicher Beschwerde und Noth, die seit Menschengedenken auf dem Lande gelastet hatten. Die Trennung der Ständeversammlung in 2

Kammern, die der Abgeordneten und Reichsräthe, machte Niemand bedenklich, da das Beispiel von England und Frankreich diese Spaltung der gesetzgebenden Gewalt zu heiligen schien; so manche auffallende Beschränkung, theils in dem Texte der Verfassungsurkunde, theils besonders in den begleitenden Edicten wurde von dem Unkundigen übersehen, von dem Kundigen in der ersten Freude geringgeachtet. Mit frischem Muthe schritt man daher in allen Kreisen des Königreiches zu den Wahlen, und mit gespannter, freudiger Erwartung sah man im Frühjahre 1819 der Eröffnung der ersten Ständeversammlung entgegen. Kühne, freie Worte wurden in der Kammer der Abgeordneten gesprochen; ganz Bayern hörte, und durch ganz Deutschland verbreitete sich der Ruf. Neben den Rednern Englands und Frankreichs wurden die Namen Behr und Hornthal genannt; auch Bestelmaier, Hofstetten, Stephani, Seuffert, Closen und so manche Andere blieben keinem Freunde des Vaterlandes unbekannt; sowie freilich auf der andern Seite auch nicht Schrenk, Aretin, Utzschneider und ähnliche gefällige Diener der Gewalt. Mancher wichtige Antrag wurde durch die Schwäche der Freunde des Guten und durch die List der Freunde des Schlechten beseitigt; mancher schöne, herrliche Gedanke, manche vielversprechende Erscheinung im Keime erstickt; aber wieviel auch des Guten unterlassen wurde, wieviel, nachdem man es bereits gegen jeden Angriff gesichert meinte, durch die Weigerung der hohen Reichsräthe unterdrückt: Dessen, was allen Hindernissen zum Trotz fröhlich gedieh, war doch immer noch viel und wenigstens genug, um den genügsamen Deutschen als viel zu erscheinen.

Seitdem, seit dem Jahre 1819, hat ganz Deutschland theils mit Freude, Sehnsucht, Liebe, theils — warum sollten wir es verschweigen? — mit geheimem Neide auf Bayern gesehen; auch die kleinern constitutionellen Staaten blieben nicht unbeachtet, aber in der öffentlichen Meinung stand vor allen, schon weil hier das constitutionelle Leben sich großartiger entfalten konnte, Bayern voran. Um so höher stieg auch im Norden Deutschlands die Theilnahme, da zu derselben Zeit, wo so erfreuliche Kunde aus dem Süden kam, in der Heimath immer deutlicher das Bestreben hervortrat, den Geist, den die Regierungen selbst geweckt hatten, indem er ihnen als nützlicher Bundesgenosse erschien, in die engsten Schranken zurückzudrängen. Ohne Scheu behaupten wir es und ohne Furcht werden wir es vertreten: die Unzufriedenheit, die in der neuesten Zeit an so vielen Punkten zum Ausbruche gekommen, ist weder durch revolutionairen Schwindel des Pöbels noch durch die Umtriebe einer im Verborgenen wirkenden Partei erregt worden, sondern durch die Verkehrtheit einiger Mächtigen, welche mit den geistigen Kräften der Völker nach ihren Absichten und ihren Ansichten ein frivoles Spiel treiben wollten. Wie die hochverrätherischen Verbindungen der spätern Jahre großentheils erst durch die vieljährigen, zum Theil erfolglosen Untersuchungen des Jahres 1819 veranlaßt worden sind, so wurde auch so manche andere traurige Erscheinung, die weder in dem ehrenfesten Nationalcharakter des deutschen Volkes noch in den

Foderungen der Zeit begründet ist, durch die Prohibitivmaßregeln, die sie bannen sollten, gerade erst hervorgerufen. Wie wenig dazu gehörte, ganz Deutschland zu beruhigen und zu befriedigen, aber freilich in diesen letzten Tagen auch, wie geflissentlich man es darauf anlegt, die Ruhe zu stören, zeigt das Beispiel von Bayern seit dem Jahre 1819. Wie viel ließen die biedern rhrlichen Bayern sich nicht gefallen? wie geringe Zugeständnisse machten sie glücklich? Und dennoch beneidete ganz Deutschland sie um dieß Glück.

Und worin bestand denn nun dieses Glück, welches die Ständeversammlung Bayern gebracht hätte?

Die Protocolle der Abgeordnetenkammer sind zu einer Bibliothek angewachsen, in welcher die Resultate der Verhandlungen ebenso sicher und ungestört begraben liegen als in dem geheimnißvollen Dunkel des Reichsrathes die seinigen; die Auszüge, welche die Zeitungen gegeben haben, sind theils unzuverlässig, theils — durch die bayrische Preßfreiheit abgekürzt. Niemand dürfte daher so leicht im Stande sein, unsere Frage zu beantworten; scheint doch die Regierung selbst nur höchst unzulänglich mit dem Gange der Verhandlungen bekannt, denn ein Erlaß in Bezug auf die neuen Censurgesetze, der erst vor wenigen Wochen aus dem Cabinette ausgieng, beruft sich ohne Weiteres auf einen Antrag der Ständeversammlung vom Jahre 1819, der aber in den Protocollen, wenn wir dem amtlichen Abdrucke trauen dürfen, nur gerade das Gegentheil von Dem besagte, was man daraus anführte.

Ein ausgezeichnetes Verdienst hat sich daher ein freisinniger Mann, der als geistreicher Schriftsteller bekannte Graf Benzel-Sternau erworben, indem er es unternahm, durch einen lesbaren, den Sachen nach geordneten Auszug die Verhandlungen der bayrischen Ständeversammlungen seinen Mitbürgern und allen Deutschen zugänglich zu machen. Eine freilich zuweilen wohl etwas ermüdende Ausführlichkeit gewährt um so sichrere Bürgschaft der Treue, und wir bedauern daher nur, daß die zu der Bearbeitung eines Werkes von diesem Umfange erforderliche Zeit dem Verfasser nicht gestattete, neben den Verhandlungen des Jahres 1819 uns zugleich auch die weitere Entwickelung des constitutionellen Lebens in Bayern während der drei folgenden Ständeversammlungen zu entschleiern. Wenn es indessen wahr ist, woran die allgemeine Stimme kaum einen Zweifel läßt, daß die Ständeversammlung von 1819 wie die erste, so auch die freieste und fruchtbarste gewesen ist, so dürfen wir wenigstens nicht befürchten, einen ungünstigen Maßstab gewählt zu haben, indem wir nach dieser ersten auch die folgenden Versammlungen beurtheilen. Denn daß auch wir, durch die 64 Bände der Protocolle uns hindurchzuarbeiten, nicht den Muth hatten, müssen wir freilich eingestehen.

Aber noth thun diese Verwahrungen! Denn was würden wir sagen, wenn wir hörten, daß das Land, welches uns bisher als der Hort und die Heimath deutscher Freiheit galt, bei näherer Kenntniß in die tiefste, unwürdigste Abhängigkeit versunken sein solle; in einen Zustand der Gesetzlosigkeit,

von dem man, wenigstens in dem größten Theile unseres freier Verfassungen entbehrenden Nordens, seit Menschenaltern kaum einen Begriff hatte? Wenn wir lasen, daß Das, was wir in der Ferne als die Stimme der kühnsten Freiheit bewunderten, meist wenig mehr als der Ausbruch gerechter Indignation über einen zu gutem Glück in Deutschland seltenen Druck war?

Was wir sagen würden? Vielleicht, daß auch die öffentliche Meinung sich einmal geirrt habe; daß sie einen schönen Namen für die Sache nahm; daß sie, in dem Gefühle der Unzulänglichkeit mancher bestehenden Formen, vergaß, daß nicht die äußere Form, sondern der Geist es ist, der wahre Freiheit gewährt.

Das Erste, was nicht eine freie Verfassung, sondern jede gesetzliche Ordnung eines Staates verbürgen soll, ist Sicherheit des Eigenthums. Wo diese, die Grundlage aller Freiheit, nicht gesetzlich geschützt ist, kann von Freiheit gar nicht die Rede sein. Denn wie will man sich gegen feinere, weniger in die Augen fallende Rechtsverletzungen verwahren, wo man nicht einmal den Besitz seiner Habe gegen unrechtmäßige Eingriffe der Gewalt zu behaupten vermag? Welchen Schutz aber vor und nach der Verleihung der Constitution das Eigenthum in Bayern genoß, sobald es sich um eine Berührung mit den Interessen der Regierung handelte, dafür geben uns die „Bayernbriefe," nach den Protocollen der Abgeordnetenkammer, die merkwürdigsten Belege. Durch eine Verordnung, vom 4. Febr. 1809, waren Klagen gegen den Fiscus so gut als unmöglich gemacht worden, da die Erlaubniß, zu klagen, erst von der Regierung, die man verklagen wollte, eingeholt werden mußte. Die Kammer der Abgeordneten beantragte die Aufhebung dieser Verordnung „in der Art, daß jeder Private, welcher sich durch den königl. Fiscus an seinen Rechten gekränkt glaube, nur verbunden sein solle, *vor* gerichtlicher Verfolgung seines Rechts, wegen Abstellung seiner Beschwerde, sich an die zunächst competente Oberverwaltungsbehörde zu wenden und derselben Entschließung einzuholen, welche jedoch, wenn sie binnen dreißig Tagen nicht erfolgte, für abschlägig angenommen und die Beschreitung des Rechtsweges nicht länger gehemmt sein solle." Eine so mäßige Milderung konnte sich des Beifalles der ersten Kammer dennoch nicht erfreuen. „Die Verordnung," meinte diese in ihrem Beschlusse, dem sich denn auch die zweite Kammer nachgiebig anschloß, „solle ja *nicht abgeändert*, sondern nur *erläutert* werden, mithin müsse auch der letzte dieser beiden Ausdrücke hier erscheinen." Nächstdem waren ihr dreißig Tage zu kurz, und sie erweiterte den Umfang der dem constitutionellen Staatsbürger verloren gehenden Zeit „auf sechs Wochen."

Am naivsten ist der Grundsatz, daß, *wo eine Staatssache vorwalte, die Gerichtsstelle nicht competent sei*, in dem Rescripte vom 8. Decbr. 1810 ausgesprochen, durch welches die Klage der Khistler'schen Erben gegen den Fiscus niedergeschlagen wurde. Es handelte sich hier um eine Summe von mehren Hunderttausenden, die zwar auf uralten Foderun-

gen, aus den Zeiten des spanischen Erbfolgekrieges, beruhte, indessen von der Schuldentilgungscommission anerkannt und durch theilweise Zahlungen bestätigt worden war. Wiederholte vieljährige Bemühungen hatten zu keinem befriedigenden Erfolg geführt, und den Rechtsweg, der hierauf eingeschlagen wurde, unterbrach das angeführte Rescript, welches bei Eröffnung der Ständeversammlung eine Beschwerde über verfassungswidrige Justizverweigerung veranlaßte. Der Justizminister, an den die zweite Kammer sich in dieser Angelegenheit wandte, bezog sich auf eine Entscheidung des Staatsrathes, und dieser, nach mehrfach wiederholten dringenden Mahnungen, bestätigte „auf den Grund vollständig geleisteter von Khistler'scher Befriedigung die ältere Verfügung von 1810, ließ aber für allenfallsige Nachfoderungen den ohnehin nie gesperrt gewesenen Rechtsweg offen, falls solche nicht im administrativen Wege befriedigt werden sollten." Der Abg. v. Hornthal nannte diese Entscheidung, wodurch die klagende Partei an dieselben Behörden zurückgewiesen wurde, vor denen sie schon so oft vergebens erschienen war, mit Recht einen Machtspruch; und selbst der zweite Präsident der Kammer, v. Seuffert, glaubte, „sofern den Khistler'schen Erben nicht der Rechtsweg eröffnet werden sollte, den Fall einer Beschwerdeführung vor dem Throne vorhanden." Der erste Präsident, von Schrenk, meinte zwar: „Ich meine, die von Khistler'schen Erben dürften mit dem Ausspruche des königl. Staatsrathes zufrieden sein, und die Kammer könnte sich dabei beruhigen." Aber v. Hornthal entgegnete hierauf die schönen Worte, die, wie B.-St. in seinem Auszuge bemerkt, den Nagel auf den Kopf trafen: „Von der Persönlichkeit der Khistler'schen Erben ist hier die Rede nicht. In den Werth oder Unwerth ihrer Anfoderungen selbst haben wir ohnehin nicht einzugehen; über diese zu entscheiden, war, ist unsere Absicht nie, konnte unsere Absicht nicht sein. Wol aber ist es uns heilige Pflicht, für das Allgemeine, für Jeden im Staate Sorge zu tragen, daß ihm Recht zu Theil, daß Niemand rechtlos werde. Dürfte dies in einem Falle, dürfte es heute stattfinden, warum nicht morgen, warum nicht in andern, ja in allen Fällen? Wenn Behörden in einem Falle gegen den Inhalt der Verfassungsurkunde handeln dürften, warum nicht in allen? Und was bliebe dann von der Constitution, was von gesetzlicher Freiheit noch übrig? Es steht im Allgemeinen fest, daß sich der Staatsrath in Justizsachen nie zu mischen, daß das Justizministerium Selbständigkeit, volle Unabhängigkeit habe, haben müsse! Das Justizministerium ist den Ständen, der Nation verantwortlich; das Justizministerium muß diese Stellung zu behaupten wissen. Es muß sie behaupten, und wenn seine eigne Existenz dabei zu wagen sein sollte. Oft schon habe ich in der Versammlung dies gesagt und kann es nicht oft genug wiederholen. Sonst! was wäre gewonnen? Es würde, wie anderswo, auch bei uns früher, nur der Willkür Thür und Thor geöffnet bleiben!"

Zeitschriften, sagte ein Prospectus, hätten damit angefangen, bei ihren Lesern die größten Erwartungen zu erregen, gewöhnlich sei es indessen nach langem Erwarten bei dem Warten geblieben, der Bazar begnüge sich daher, anzu kündigen, was man nicht von ihm zu erwarten habe; denn bei weitem leichter sei es, „Nicht Erwartungen" zu erfüllen, als Erwartungen. Der Einfall war nicht übel; denn wenn in der Folge auch noch so viel von dem, was man nicht erwarten sollte, sich einstellte, so blieb dem Witzbolde immer die Entschuldigung, daß man sich nicht über ihn beklagen dürfe, da er offenbar mehr leiste, als man erwartet habe. Dieß Lob müssen wir aber auch in der That dem Bazar in vollem Maße zuerkennen. Denn so viel wir von ihm erwarteten — an Witz, an feiner Bildung, an weltmännischer Gewandtheit, an Adel der Gesinnung, an Geschmack, Kenntnissen und Tiefblick, so würden wir ihm doch nie die seltene Bescheidenheit zugetraut haben, welche die Krone aller jener bewunderungswürdigen Eigenschaften ist.

Man erwarte nicht, hatte der Bazar — so wollen wir der Kürze wegen sowohl das Blatt, als den Herausgeber desselben nennen — bei seiner Ankunft in München erklärt, man erwarte nicht:

> „daß ich buhlend um den verhallenden Schalljubel einer momentanen Wichtigthuerei, fröhnen werde, der Gier des großen Haufens, welcher Alles heruntergerissen haben will;"

und wie treu, mit wie tapferer Beharrlichkeit hat er sein Wort gehalten! Alles hat er gepriesen, mit Weihrauch durchduftet und mit Rosenessenz überschüttet, Alles — wovon er sich den geringsten Vortheil versprechen konnte, — die Riegelhäubchen und die Damen en grande parure, die derben Bürger, die grobe Scherze mit Stockstreichen zu vergelten drohten, und die reichen Israeliten, die sie mit klingender Münze honorirten — die Aula, den schwarzen Adler und das Museum, Jermann, Oettinger und Urban, den hohen Adel und das verehrungswürdige Publikum. Dagegen fiel das ganze Gewicht seines Zornes auf das Theater, welches natürlich den Bazar weder kaufen noch empfehlen konnte, und nicht einmal Verstand genug hatte, dem mächtigen Gebieter über Ruhm und Schande ein Freibillet für die Galerie noble anzubieten.

Was ist auch am Ende die ganze Schauspielkunst? das Theater bleibt stehen, denn es ist aus Stein gebaut, und hat in so fern immer einen bleibenden Werth. Aber welchen Werth haben Worte, gesprochen in den Wind, und Arme und Beine, die herumfahren, bald so und bald so?

Die Aesthetik des Bazars wird es freilich nie begreifen, daß die Kunst, welcher Mittel sie sich auch bedienen mag, des geflügelten Lautes, der flüchtigen Bewegung, oder des Marmors, des Erzes, in ihren Wirkungen immer gleich unvergänglich, ewig, göttlich ist! Aber welcher Mensch von unverdorbenem Sinn und Gemüth hätte Eßlair je gehört und je gesehen, wie er als

Tell aus dem Hohlwege tritt, der des Tyrannen Grab geworden ist, und mit seiner Löwenstimme donnernd ausruft:

„frei sind die Hütten, sicher ist die Unschuld!“

wer hätte ihn je gesehen, der den Eindruck dieses Augenblickes nicht dauernder als das Leben im tiefsten Busen bewahrte? Wer hätte ihn gesehen als Otto von Wittelsbach, als Wallenstein, als Belisar, Dallner, — doch Entweihung wäre es, an dieser Stelle alle die Glanzpunkte der deutschen Schauspielkunst, die Triumphe unserer Bühne zurückzurufen, die nicht München, Bayern, nein Deutschland, das ganze Land, wo von deutschen Herzen die deutsche Zunge verstanden wird, dem ersten Schauspieler unserer Zeit verdankt.

Und diesen Mann, den großen Künstler, der aus einer Zeit voll niederen kriechenden Gewürmes und in eine Zauberwelt versetzte, in die wir Helden, Menschen sahen, ihn wählte der Bazar zu der Zielscheibe seiner Witzeleien! Es wäre ermüdend, alle die Beleidigungen aufzuzählen, den Hohn, den Spott zu sammeln, womit der Witzling immer und immer wieder den würdigen Greis verfolgt. Wagt er nicht seiner Bosheit sich zu rühmen, daß er einen Ehrenmann geärgert habe?

„Nun kommt ein quiescirter Essigsieder, dessen rothe Kleider sich schwarz geärgert haben?“

Und wer ist denn dieser Riese, der einen Eßlair heut einem aufgeblähten Frosch, morgen einem Affen vergleichen, einen ganz achtbaren Stand als ein Volk von „Comödianten,“ „Histrionen“ und „Luftsäblern“ dem Gelächter des Pöbels preisgeben darf? Wenn wir ihn selbst hören: ein Muster seiner Sitte und vor allem ein unerreichbares Vorbild von Witz und Geist. Es fällt einem jungen Menschen ein, die Physiognomie des geistreichen Mannes während des Carnevals zur Maske zu wählen; der Bazar ermangelt nicht, voll Selbstzufriedenheit auf den vermessenen Tropf herabzusehen und zu berichten:

„Als diese Maske — die Maske des himmelblauen Edelsteins — die Gestalt, welche sie vorstellen sollte, annahm, vergaß sie in der Eile den Witz und den Geist zu Hause. — Mehrere Damen, die ihrer Maske nach etwas Witziges oder Geistreiches hören wollten, bedauerten die arme Maske.“

Die arme Maske! Und nun sogleich eine Probe von dem Witze des geistreichen Originals. Ein Spaßvogel, der dasselbe wahrscheinlich auf eine feine Art persifliren will, schickt ihm ein Billet mit den verbindlichen Worten: „Sie sind ein Esel.“ Das Original, statt den Esel gelassen in der Tasche oder hinter den Spiegel zu stecken, protestirt: „der Esel sei ein Gemeingut!“ ruft der Bazar seinen Lesern zu. „Gott bewahre, daß ich einen mir hier zugezogenen Esel mit aus dem Lande nehmen sollte.“

Aber bei alle dem, unterbricht uns manch schöner Mund, den der Bazar bisher manchmal zum Gähnen, doch öfter zum Lächeln bewegt hatte, bei alle

dem bleibt Saphir doch ein witziger Kopf, voll guter Einfälle, voll Galanterie, Gefühl und Sentiment?

Es bleibt ihm die Gewandtheit der Rede, die immer ein Zeichen natürlicher Anlage, so wie einer gewissen äußern Bildung, aber keineswegs immer ein Zeichen wahrer innerer Bildung ist. So ist auch der Witz Saphir's nur äußerlicher oder Wortwitz, den mit Hülfe eines Lexicons im Kopfe oder auf dem Tische nöthigenfalls jeder Schüler zusammen stoppeln kann; zuweilen, wenn der Zufall es fügt, treffend, oft fade, manchmal albern, sinnlos und geschmacklos. Etwas Geschmackloseres z. B. als die

„Trauungsrede zur Vermählung des Herrn Kaffee mit Dlle. Rahm“ dürfte nicht leicht in einer deutschen Zeitschrift zu finden sein. Aber unerträglich wird der Bazar, sobald er den Katheder besteigt und zu dociren anfängt. Die Unwissenheit, die Gedankenlosigkeit, die auf allen Seiten aus den bunten Lappen hervorsieht, hinter denen sie sich verborgen glaubt, kann nur durch die Anmaßung überboten werden, die das inhaltloseste Geschwätz uns als den Inbegriff aller Weisheit aufdringen möchte:

> „Centralisation der Kraft und Humanität — der Formen sind die zwei Herkules-Säulen, auf denen sich der tiefe unendliche Himmel der Kunst, der Bildung des sittlichen (sic!) Schönen stützt.“

Ist es uns nicht, möchte man da ausrufen, als hörten wir „ein ganzes Chor von hunderttausend Narren sprechen?“

V.

Mit wahrem Vergnügen muß jeder, der aufrichtige unverhüllte Rohheit der schleichenden Gleißnerei in der Eos und der witzelnden empfindelnden Lüge im Bazar vorzieht, den „bayerischen Landboten“ zur Hand nehmen.

Ein Tagblatt, welches für das Volk bestimmt ist, für die breite Masse, die in Deutschland noch überall von der Bildung und den Kenntnissen der höhern Stände ausgeschlossen ist, muß nothwendig auf die Ansichten, die Bedürfnisse und Sitten des Volkes berechnet sein; und es versteht sich daher von selbst, daß darin von feiner Lebensart, von Anstand und Gelehrsamkeit keine Rede sein kann. Die rohe, derbe Natur, die Grobheit und Ungeschliffenheit und Unbehülflichkeit des Bauern wird uns in einem Volksblatte nicht beleidigen, sofern dasselbe nur dem Volke giebt, was das Volk bedarf und verlangt, und sofern es dem Volke keine Gemeinheit und Unflätigkeit aufdrängt, die dem Volke fremd sind.

Freilich gab es eine Zeit, wo die niedern Stände unter so tiefem Druck erlagen, daß selbst die einfachsten sittlichen Gefühle dadurch erstickt wurden, eine Zeit, wo der Landmann jeden Gebildeten als seinen natürlichen Feind betrachtete; wo er jede List, jede Uebervortheilung, die diesen traf, für erlaubt, jeden Verlust, den dieser erfuhr, für Gewinn hielt und schadenfroh belachte; damals konnte der Eulenspiegel mit seinem ekelhaften Schmutz, sei-

ner niedrigen Possenreißerei und seiner selbstsüchtigen Schlauheit ein beliebtes Volksbuch werden, weil er der Spiegel des Volkslebens war. Doch diese finstern Tage — die gepriesenen des Mittelalters — sind vorüber; seit der Bauer für sich arbeitet, statt zur Frohne, ist er reinlicher, ehrlicher und gerader geworden; und wenn er seine alte Derbheit beibehalten hat, so ist dieß nur ein neuer Beweis für die unverwüstliche Kraft, mit welcher das deutsche Volk unter allen Umgestaltungen und Umwälzungen immer seine eigenthümliche Art behauptet.

Von allen den Blättern, welche in München erscheinen, war bisher nur der Landbote ein Volksblatt im eigentlichen Sinne des Worts, indem er nicht bloß für das Volk geschrieben und von dem Volke gelesen, sondern seinem interessantesten Theile nach auch von dem Volke verfaßt war. Was der Bazar, wie so manches andere Blatt, gerne für die gebildete Welt in München geworden wäre, das war der Landbote für die ungebildete in München und in ganz Bayern. Alles, was den gemeinen Mann irgend anging, wurde hier besprochen; der Redacteur that das Wenigste dabei, obgleich ihm das Talent, den rechten Ton zu treffen, nicht abgeleugnet werden kann; aber wenn man auch zuweilen über seine Einfälle lachte, über seine wunderlichen Zusammenstellungen, welche die verschiedenartigsten Dinge, Lesesplitter aus der Dorfzeitung und ein Recept für gute Stiefelwichse, Anzeigen von erledigten Pfarreien und Schulmeisterstellen und die jämmerlichsten Singgedichte nebeneinander warfen, den Kopf schüttelte; so war es doch nicht dieß, was man in dem Landboten suchte, sondern die Berichte der „Beiboten", die aus allen Gegenden des Königreichs über auffallende Begegnisse und Vorfälle aller Art aus dem öffentlichen, wie aus dem Privatleben eingingen, und besonders die Anzeigen, in denen für eine Steuer von wenigen Kreuzern dem Witz und Uebermuth, so wie den Gefühlen und den mannichfachen Bedürfnissen der Menge ein weites Feld geöffnet war. Der Landbote glich in dieser Beziehung einer wahren Volkstribune, auf welcher sich Krethi und Plethi durch einander drängte, und von der ein jeder hinunter schrie, was ihm in den Mund kam.

Charakteristisch sind in einem frühern Jahrgang „a paar Wort übers Einrücka lassn in Landbothn."

„Du nim di in Acht; i laß di in Landboth'n neinsezzen, oder: wart dös muß ma in Landboth'n nein. So hör i oft diseriren, aber was dabei s'schönste is — g'schegn thut's selten; und warum? weil gar oft a solcher, der derlei Drohung macht, Arbet gnue hat, sein oagna Nama leserli hinz'schreibn, viel wenger dieß oder jen's ordentli füribracht an Landboth'n zum Druck zu überschicka. Der Landboth macht gewiß koan an Instructor, der erst d'Böck kurigirn muß, und a koan Schneida, ders Kind erst ausstaffirn soll, daß's unter d'Leut taugt; ma muß's schon mit an ordentlinga Gwandt zu ehma hinbringa, net gar z' übertriebn verschnörkelt, sunst kennt's der zehnti

gar net und sieht ehnda am Narrn gleich, aber a net zrissn und zlumpt; sunst mueßt er si schama."

Wenn auch nicht immer die Drohung erfüllt wurde: Du mußt ma in Landboth'n nein; so waren dagegen auch die Fälle nicht selten, wo ohne eine solche vorausgegangene Kriegserklärung der Angriff erfolgte. So las man eines schönen Morgens im Landboten:

„Warum san denn neuli die drei G — r nicht zum Schützenball nach E — g kemma?
Den oan lasst der Geiz koan Ruh,
Der andre kunt si net schlaffa gnue,
Dem Dritten sperret d'Frau d'Hausthür zue."

Einige Zeit darauf erfolgte zu erhöhter Belustigung des Publikums die feierliche Gegenerklärung:

„Auf die Einrückung im — Stück dieses Blattes vom — l. J., welche eine Anspielung auf drei auswärtige Mitglieder der Schützengesellschaft zu E — g zu seyn scheint, findet sich der Ausschuß derselben aufgefordert, hiemit öffentlich zu erklären, damit diese drei Herren ja nicht glauben möchten, als wäre ein Mitglied der Gesellschaft so ungezogen gewesen, dieselbe einrücken zu lassen, daß dieser Ausfall die Mißgeburt eines faden Witzes ist, welchen nur der Neid eines dummen rohen Menschen, der sich über die Harmonie der Gesellschaft ärgert und sie, wenn er könnte, zerstören würde, erzeugen konnte."

„Der Ausschuß der Schützengesellschaft zu E — g."

Manche der Auftritte aus dem Volksleben, welche durch die uneigennützige Vermittlung des Landboten zur allgemeinen Erheiterung beitrugen, würden unter den Pariser Scènes populaires eine ausgezeichnete Stelle eingenommen haben, und von einem Londoner Penny-a-liner mit Gold aufgewogen worden sein; unter vielen Zügen dieser Art nur einen einzigen:

„Is neuli a Komödie vorg'fall'n! Zieht sich ein gewisser Herr als Kapuzina o und sei Frau als Miliweib und gehn mit einanda auf den Saal, wo ihra Tochta beim Tanz ist gwest, damit sie gesehn habn, wie sie sich denn aufführn thuet. Do is denn d' Mamsell Tochta bei an Soldatn gwest und hot sie schier a weni z'lusti mit ihm gemacht. Do geht der Kapuzina her und zieht aus sein Habit raus an sakrischen Ochsenfiesel und fangt dir's Feiln an seine Tochta o, daß's is erschröckli gwesn. Von Tanzbodn haut er's runta und zum S — thor nei, schreit alleweil: I bin da — und des is ma Tochta; und haut dabei grob drein, so viel er ko, bis daß da Ochsenfiesl hin is gwest."

Neben der Derbheit und Rohheit, die wir in allen Gegenden Deutschlands bei den niederen Ständen finden, spricht sich in jenem Theile des bayerischen Landboten, den wir den offiziellen nennen möchten, weil er unmittelbar

aus dem Volke hervorgeht, ein gutmüthiger Humor aus, der überall das Zeichen einer noch unverbrauchten Kernhaftigkeit und in diesem Grade, vor allen andern deutschen Stämmen, dem bayerischen eigen ist.

Wenn der Ernst im Leben die Anerkennung des Werthes der irdischen Dinge, der Scherz die Anerkennung ihrer Nichtigkeit ist, so ist der Humor jene höhere bewußte oder unbewußte Vereinigung beider Ansichten, welche die Nichtigkeit des äußeren Scheines, des Vergänglichen zugiebt, aber darüber den Werth des Seins, des Bleibenden nicht vergißt.

Zwei Ursachen haben dahin gewirkt, daß diese Gemüthsstimmung, die sich in dem gewöhnlichen Leben als heitere Lebenslust, in der Gefahr als kühne Aufopferung, in den Momenten der Sammlung und Erhebung als innige Religiösität kund giebt, bei den Bayern bis in die neueste Zeit sich bewahrt hat: auf der einen Seite die dichte Decke der Finsterniß, welche die Herrschaft der Beichtväter und Jesuiten so lange über das Land gebreitet hatte, und die in einer Zeit, wo die Aufklärung sich nur als Irrthum, als Abirrung von der Wahrheit geltend machen konnte, unnütze Vergeudung der Kraft verhinderte, — andererseits, daß die Freiheit und mit dieser das Gefühl des eigenen Werthes in dem bayerischen Alpenlande nie in dem Maße unterdrückt wurde, als in so manchen andern Gauen Deutschlands. Bayern stand nie unter einem ausheimischen Fürstenhause.

Zwei andere Blätter, die mit dem Landboten als Vorsprecher des Volkes zu wetteifern versuchten, der „Volksfreund und das Tagsblatt" (das, beiläufig, Tagblatt heißen sollte, so wie man nicht Rocktasche, sondern Nocktasche sagt), bleiben weit hinter demselben zurück, und verdienen hier, wo alle Bestrebungen der periodischen Literatur in Bayern nur nach ihrer Bedeutung für das Volksleben gewürdiget werden sollen, kaum einer vorübergehenden Erwähnung. Der Volksfreund beabsichtigte ursprünglich, die Münchner politische Zeitung durch kurz gefaßte populäre zu verdrängen, und nahm erst, nachdem diese Speculation mißlungen war, die Miene eines gemeinnützigen Allerweltblattes an, die ihm indessen nie besonders zu Gesichte stehen wollte, da das Verdienst, keinen vernünftigen Satz zu Papier bringen und ohne fremde Hülfe weder grammatisch noch orthographisch richtig schreiben zu können, noch bei weitem keine hinreichende Legitimation für den Beruf zur Herausgabe eines Volksblattes sein dürfte. Wer in dem ersten halben Jahrgange des Volksfreundes die Anzeige gelesen hatte:

> „Am 11. Dec. Abends wurde in der Nähe des Dianenbades ein männlicher Cadaver im Canale todt gefunden;"

der wußte zur Genüge, was von einem solchen Ingenium zu erwarten sei. Einzelne Beiträge von den würdigsten Männern können nie den Werth eines Journales bestimmen.

In gleichem Range, oder wo möglich einige Stufen tiefer als der

Volksfreund steht das „Tagsblatt," das sich besonders durch seine lakonische Kürze auszeichnet, die manchmal wahrhaft bewunderungswürdig wird, z. B.

„Der königl. Hofschauspieler, Hr. Oertinger hat sich in einer Anwandlung von Melancholie die Kehle abgeschnitten."

Tages darauf:

„Der sich entleibte Schauspieler Oertinger ließ einen Tag vor seiner Verzweiflung ein neues Taschenmesser kaufen."

Und die beiden „reisenden Teufel," von denen der eine, nachdem er lange behaupten wollte, er sei eigentlich der wahre reisende Teufel, endlich als der Klügere nachgegeben hat, und gegenwärtig unter dem Namen „der Furchtlose" inkognito reiset? Characterisirt sind beide, sobald man weiß, daß der ursprüngliche „Teufel" zuerst als außerordentliche Beilage zum Volksfreunde" erschien.

Scandalöse Geschichten und Klätschereien aller Art, die der Landbote nicht aufgenommen haben würde, weil sie der Gefahr eines eben nicht rühmlichen Kampfes mit der Polizei aussetzen, bilden den Inhalt; an Lesern fehlt es natürlich nicht: überall, wo es eine Rauferei giebt, oder ein unnützer Bursch in das Gefängniß geführt wird, läuft ja wohl bald eine Menge Volkes zusammen.

VI.

Wenn wir alles zusammenfassen, was bisher über den gegenwärtigen Zustand der periodischen Literatur in der Hauptstadt Bayerns gesagt worden ist, so muß es uns klar werden, daß hier zwei völlig verschiedene Elemente ohne alle Verbindung neben einander liegen, die beide in der Journalistik ihre Repräsentanten gefunden haben: auf der einen Seite die Bildung der höhern Stände, die in den politischen Zeitungen und den ästhetischen Unterhaltungsblättern, auf der andern die ursprüngliche kernhafte Natur des Volkes, die in den eigentlichen Volksblättern das Wort führt. Um die ganze Kluft zu ermessen, die zwischen der Bildung der höheren Stände und der Volksbildung befestigt ist, bedarf es kaum mehr als eines flüchtigen Blickes auf die verschiedenen geselligen Kreise in München; so auffallend ist der Unterschied an Sprache, Sitte und Lebensart, daß man in der That auf den Zweifel gerathen möchte, ob hier nicht zwei ganz verschiedene Volksstämme neben einander wohnen.

Erklärt wird dieses Mißverhältniß und zugleich gerechtfertigt, sobald man bedenkt, daß München nicht mehr, wie vordem, die Hofstätte der Herzoge von Bayern, sondern die Hauptstadt eines Reiches ist, dessen sämmtliche Bewohner, so verschieden sie auch ihrer Stammart nach seyn mögen, hier ihre gemeinschaftliche Vertretung finden. Der Franke, der Schwabe, der Pfälzer hat eben so viel Recht auf München, als der Bayer; und wenn auch jeder dieser Stämme für sich auf seiner eigenthümlichen Bildung beharret, so kann sich doch keiner der Nothwendigkeit erwehren, in dem Verkehr mit den andern

zu jener Gesammtbildung seine Zuflucht zu nehmen, die sich seit Jahrhunderten nicht bloß in Bayern, sondern in dem ganzen Lande der Deutschen aus der Vermischung der verschiedenen Volksarten entwickelt hat.

Dadurch, daß die Gesammtbildung der Bayern keine ihnen allein angehörende, sondern in gleichem Maße allen Deutschen eigen ist, erhält München als der Hauptsitz derselben eine neue Bedeutung, indem es jetzt aufhört, bloß der Brennpunkt bayerischer Bildung zu seyn, und vielmehr das Kettenglied wird, welches die Verbindung des Bayernvolkes mit allen übrigen Völkern deutscher Art unterhält.

Eine der schwersten, aber auch eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsverwaltung ist es, diese allgemeinen Verhältnisse gegen den Eigennutz und die Vorurtheile, die sich ihnen von Seiten der Partikularinteressen entgegenstellen, zu schützen, ihre Entwickelung, wo äußere Hindernisse dieselbe zurückdrängen, zu befördern. Nur durch das gemeinschaftliche Band der Bildung werden die verschiedenen Theile eines Staates zu einem Ganzen verbunden; und nur die Bildungsstufe, auf welcher ein Staat sich befindet, bestimmt den Rang, den derselbe in der großen Reihe der Völkerfamilien einnimmt. Schon sind die ersten Schritte geschehen, um die politische Hauptstadt des Königreichs auch zu der geistigen Hauptstadt desselben zu erheben. Die Stiftung der Universität, so wie die Begünstigungen, welche der Buchhandel erfuhr, fangen bereits an, ihre Früchte zu tragen. Glorreich hat die Kunst sich entfaltet. Aber vieles Große bleibt noch zu thun, ehe das Ziel erreicht ist, zu welchem die Hauptstadt des Bayernreiches berufen ist.

Die bayerische Verfassung.

Geschrieben zu Leipzig im März 1831.

In Deutschland, wie in Frankreich, hat das Streben nach constitutioneller Freiheit sich erst während des Friedens, der auf den Sturz der napoleonischen Militairherrschaft folgte, entwickelt. Ungerecht ist es daher, wenn man den deutschen Fürsten den Vorwurf macht: sie wären dem deutschen Volke wortbrüchig geworden, indem sie in der Stunde der Gefahr ihm Freiheit versprochen und, nachdem die Gefahr vorüber, ihr Versprechen zurückgenommen oder unerfüllt gelassen hätten. Die Freiheit, welche bei dem Ausbruche des französischen Krieges im Jahre 1813 die deutschen Fürsten dem deutschen Volke

versprachen, war keine andere als die Befreiung vom fremden Joche. So und nicht anders hat jeder Deutsche, und hat besonders die große kämpfende Masse des deutschen Volkes die Verheißungen der Jahre 1813 und 1814 verstanden.

Wenn nach dem Kampfe bei der Errichtung des deutschen Bundes die Fürsten es unter die Bedingungen desselben aufnahmen, daß in allen Bundesstaaten repräsentative Verfassungen eingeführt werden sollten, so geschah dieß daher nicht in dem Gefühle der Anerkennung einer Verbindlichkeit, welche sie gegen ihre Unterthanen eingegangen wären, sondern in der richtigen Erkenntniß des Geistes der Zeit, in der Erkenntniß der Kräfte, welche, durch den Befreiungskampf hervorgerufen, nur unter freiern Formen des Staatslebens zur Reife gedeihen konnten und demnach, sofern man sie nicht gewaltsam ersticken und sich dadurch selbst der treuesten Helfer in der Noth berauben wollte, eine Abstellung der bisher gewohnten willkürlichen Verwaltungsart gebieterisch foderten. Sich selbst, nicht ihren Völkern gaben die deutschen Bundesfürsten das Versprechen der Einführung freier Verfassungen; die Erfahrung hatte bewährt, daß nicht die materiellen, sondern die geistigen Kräfte es sind, welche den Sieg entscheiden, und es wurde deshalb zu einer Pflicht gegen den Bund gemacht, diese Kräfte durch Gewährung eines freien Spielraumes, in welchem sie sich unschädlich entwickeln könnten, dem Ganzen zu erhalten.

Aber überall ist es leichter, das Gute und Rechte und Nothwendige einzusehen, als im Leben es auszuführen. Die Zweckmäßigkeit freier Verfassungen hatten die deutschen Fürsten richtig erkannt; an gutem Willen zu der Einführung fehlte es nicht; aber sobald es sich darum handelte, den Willen durch die That zu bewähren, Das, was man ungestört im Cabinette oder im Rathszimmer beschlossen hatte, unter dem Andrang der Geschäfte, unter der Einwirkung der entgegengesetztesten Bestrebungen und unter dem Einflusse unaufhörlich wechselnder Verhältnisse und Umstände zur Vollziehung zu bringen, so traten von allen Seiten unübersteigliche Hindernisse entgegen. Außer dem kleinen Großherzogthume Weimar, waren von allen deutschen Bundesstaaten die süddeutschen, Bayern, Würtemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, die einzigen, denen es gelang, wenn auch nicht unmittelbar, doch in den ersten Jahren nach Herstellung des Friedens diese Hindernisse zu beseitigen. Hier hatten die Trümmer der alten Reichsverfassung, das freie Bürgerthum der Reichsstädte und Reichsdörfer, die Selbstständigkeit von unzähligen kleinen Fürsten, Prälaten, Grafen und Herren und in den Landschaften der größern Reichsstände die Wirksamkeit der Landstände sich am längsten erhalten; eine Ausgleichung der vielfältigen, durch die willkürliche Zusammenwerfung der verschiedenartigsten Gebietstheile entstandenen Verwickelungen fiel, ohne Mitwirkung der betheiligten Parteien, den Regierungen geradezu unmöglich, und es war daher nur die Frage, ob man die alte Reichsordnung oder Reichsunordnung wieder zurückrufen und die ehemaligen Reichsstädte und Reichsstifte, Reichsfürsten, Reichs-

grafen, Reichsritter und Reichsbauern, nebst den ehemaligen Provinziallandständen, zu Beirath und Beistand auffodern, oder ob man die schwierigere aber auch würdigere Aufgabe lösen wollte, mit Umgehung der historischen längst in sich selbst verfallenen Verhältnisse, eine Vertretung der bestehenden Interessen durch eine Versammlung von Repräsentanten der nicht in der historischen Erinnerung, sondern in der Wirklichkeit vorhandenen Stände herbeizuführen. Die Wahl war nicht schwer. Eine Versammlung, welche von den alten historischen Erinnerungen gebildet worden wäre, würde gegen die neuen factischen Regierungen Ansprüche erhoben haben, welche mindestens äußerst unbequem geworden wären. Es blieb daher, wenn man die Gegenwart nicht der Vergangenheit opfern wollte, nichts Anderes übrig als die Einführung einer Volksvertretung in dem neuern, durch die französische Revolution einmal in ganz Europa eingebürgerten Sinne.

Vor dem wiener Congreß und vor den Befreiungskriegen hatte Bayern, unter Verwaltung eines Ministers, dem nur ein ausgebreiteterer Wirkungskreis gefehlt hat, um eine der ersten Stellen unter den ausgezeichnetsten Staatsmännern Europa's einzunehmen, die Nothwendigkeit einer Repräsentativverfassung erkannt. An dem eisernen Willen Napoleons, der die Gefahr zu ahnen schien, welche ihm von der Entwickelung eines selbstständigen Lebens in Deutschland drohte, brach sich der Entschluß der bayrischen Regierung. Die Constitution des Jahres 1808, bereits in die Gesetzsammlung des jungen Königreichs aufgenommen, blieb unausgeführter Entwurf; aber, auch als solcher, als der erste Versuch, die Formen des constitutionellen Staatskörpers in Deutschland einzuführen, von hoher Wichtigkeit. Merkwürdig ist es, daß Niemand, auch nachdem Napoleon bereits auf immer von dem Schauplatze abgetreten war, daran dachte, den bei Seite gelegten Constitutionsplan aus dem Staube des Reichsarchives, in den er sich verloren hatte, wieder hervorzusuchen: ein entschiedener Beweis, daß selbst in jenen Theilen von Deutschland, denen die Garantien einer freien Verfassung am meisten noth thaten, das Volk noch keineswegs zu dem Bewußtsein dieses Bedürfnisses erwacht war.

Nach 10 Jahren, 3 Jahre nach dem zweiten Sturze Napoleons, wurde Bayern eine zweite Constitution verliehen, in den wesentlichsten Grundzügen mit jener ersten, wie es schien, vergessenen, übereinstimmend, aber auch in manchen nicht unwichtigen Punkten, und nicht zum Vortheile der Freiheit, von derselben abweichend. Mit Enthusiasmus wurde die vom Könige beschworene, von dem Kronprinzen zugleich für die Zukunft bestätigte Verfassungsurkunde in ganz Bayern aufgenommen. Das dunkle Streben nach freierer Thätigkeit, das, nachdem die härtesten Leiden so vieler Kriegsjahre verschmerzt waren, sich zu regen anfing, hatte plötzlich sein Wort gefunden: von der Verfassung hoffte Jeder freien Raum für die Entwickelung jeder Kraft und vor Allem Abstellung jeglicher Beschwerde und Noth, die seit Menschengedenken auf dem Lande gelastet hatten. Die Trennung der Ständeversammlung in 2

Kammern, die der Abgeordneten und Reichsräthe, machte Niemand bedenklich, da das Beispiel von England und Frankreich diese Spaltung der gesetzgebenden Gewalt zu heiligen schien; so manche auffallende Beschränkung, theils in dem Texte der Verfassungsurkunde, theils besonders in den begleitenden Edicten wurde von dem Unkundigen übersehen, von dem Kundigen in der ersten Freude geringgeachtet. Mit frischem Muthe schritt man daher in allen Kreisen des Königreiches zu den Wahlen, und mit gespannter, freudiger Erwartung sah man im Frühjahre 1819 der Eröffnung der ersten Ständeversammlung entgegen. Kühne, freie Worte wurden in der Kammer der Abgeordneten gesprochen; ganz Bayern hörte, und durch ganz Deutschland verbreitete sich der Ruf. Neben den Rednern Englands und Frankreichs wurden die Namen Behr und Hornthal genannt; auch Bestelmaier, Hofstetten, Stephani, Seuffert, Closen und so manche Andere blieben keinem Freunde des Vaterlandes unbekannt; sowie freilich auf der andern Seite auch nicht Schrenk, Aretin, Utzschneider und ähnliche gefällige Diener der Gewalt. Mancher wichtige Antrag wurde durch die Schwäche der Freunde des Guten und durch die List der Freunde des Schlechten beseitigt; mancher schöne, herrliche Gedanke, manche vielversprechende Erscheinung im Keime erstickt; aber wieviel auch des Guten unterlassen wurde, wieviel, nachdem man es bereits gegen jeden Angriff gesichert meinte, durch die Weigerung der hohen Reichsräthe unterdrückt: Dessen, was allen Hindernissen zum Trotz fröhlich gedieh, war doch immer noch viel und wenigstens genug, um den genügsamen Deutschen als viel zu erscheinen.

Seitdem, seit dem Jahre 1819, hat ganz Deutschland theils mit Freude, Sehnsucht, Liebe, theils — warum sollten wir es verschweigen? — mit geheimem Neide auf Bayern gesehen; auch die kleinern constitutionellen Staaten blieben nicht unbeachtet, aber in der öffentlichen Meinung stand vor allen, schon weil hier das constitutionelle Leben sich großartiger entfalten konnte, Bayern voran. Um so höher stieg auch im Norden Deutschlands die Theilnahme, da zu derselben Zeit, wo so erfreuliche Kunde aus dem Süden kam, in der Heimath immer deutlicher das Bestreben hervortrat, den Geist, den die Regierungen selbst geweckt hatten, indem er ihnen als nützlicher Bundesgenosse erschien, in die engsten Schranken zurückzudrängen. Ohne Scheu behaupten wir es und ohne Furcht werden wir es vertreten: die Unzufriedenheit, die in der neuesten Zeit an so vielen Punkten zum Ausbruche gekommen, ist weder durch revolutionairen Schwindel des Pöbels noch durch die Umtriebe einer im Verborgenen wirkenden Partei erregt worden, sondern durch die Verkehrtheit einiger Mächtigen, welche mit den geistigen Kräften der Völker nach ihren Absichten und ihren Ansichten ein frivoles Spiel treiben wollten. Wie die hochverrätherischen Verbindungen der spätern Jahre großentheils erst durch die vieljährigen, zum Theil erfolglosen Untersuchungen des Jahres 1819 veranlaßt worden sind, so wurde auch so manche andere traurige Erscheinung, die weder in dem ehrenfesten Nationalcharakter des deutschen Volkes noch in den

Foderungen der Zeit begründet ist, durch die Prohibitivmaßregeln, die sie bannen sollten, gerade erst hervorgerufen. Wie wenig dazu gehörte, ganz Deutschland zu beruhigen und zu befriedigen, aber freilich in diesen letzten Tagen auch, wie geflissentlich man es darauf anlegt, die Ruhe zu stören, zeigt das Beispiel von Bayern seit dem Jahre 1819. Wie viel ließen die biedern ehrlichen Bayern sich nicht gefallen? wie geringe Zugeständnisse machten sie glücklich? Und dennoch beneidete ganz Deutschland sie um dieß Glück.

Und worin bestand denn nun dieses Glück, welches die Ständeversammlung Bayern gebracht hätte?

Die Protocolle der Abgeordnetenkammer sind zu einer Bibliothek angewachsen, in welcher die Resultate der Verhandlungen ebenso sicher und ungestört begraben liegen als in dem geheimnißvollen Dunkel des Reichsrathes die seinigen; die Auszüge, welche die Zeitungen gegeben haben, sind theils unzuverlässig, theils — durch die bayrische Preßfreiheit abgekürzt. Niemand dürfte daher so leicht im Stande sein, unsere Frage zu beantworten; scheint doch die Regierung selbst nur höchst unzulänglich mit dem Gange der Verhandlungen bekannt, denn ein Erlaß in Bezug auf die neuen Censurgesetze, der erst vor wenigen Wochen aus dem Cabinette ausgieng, beruft sich ohne Weiteres auf einen Antrag der Ständeversammlung vom Jahre 1819, der aber in den Protocollen, wenn wir dem amtlichen Abdrucke trauen dürfen, nur gerade das Gegentheil von Dem besagte, was man daraus anführte.

Ein ausgezeichnetes Verdienst hat sich daher ein freisinniger Mann, der als geistreicher Schriftsteller bekannte Graf Benzel-Sternau erworben, indem er es unternahm, durch einen lesbaren, den Sachen nach geordneten Auszug die Verhandlungen der bayrischen Ständeversammlungen seinen Mitbürgern und allen Deutschen zugänglich zu machen. Eine freilich zuweilen wohl etwas ermüdende Ausführlichkeit gewährt um so sichrere Bürgschaft der Treue, und wir bedauern daher nur, daß die zu der Bearbeitung eines Werkes von diesem Umfange erforderliche Zeit dem Verfasser nicht gestattete, neben den Verhandlungen des Jahres 1819 uns zugleich auch die weitere Entwickelung des constitutionellen Lebens in Bayern während der drei folgenden Ständeversammlungen zu entschleiern. Wenn es indessen wahr ist, woran die allgemeine Stimme kaum einen Zweifel läßt, daß die Ständeversammlung von 1819 wie die erste, so auch die freieste und fruchtbarste gewesen ist, so dürfen wir wenigstens nicht befürchten, einen ungünstigen Maßstab gewählt zu haben, indem wir nach dieser ersten auch die folgenden Versammlungen beurtheilen. Denn daß auch wir, durch die 64 Bände der Protocolle uns hindurchzuarbeiten, nicht den Muth hatten, müssen wir freilich eingestehen.

Aber noth thun diese Verwahrungen! Denn was würden wir sagen, wenn wir hörten, daß das Land, welches uns bisher als der Hort und die Heimath deutscher Freiheit galt, bei näherer Kenntniß in die tiefste, unwürdigste Abhängigkeit versunken sein solle; in einen Zustand der Gesetzlosigkeit,

von dem man, wenigstens in dem größten Theile unseres freier Verfassungen entbehrenden Nordens, seit Menschenaltern kaum einen Begriff hatte? Wenn wir lasen, daß Das, was wir in der Ferne als die Stimme der kühnsten Freiheit bewunderten, meist wenig mehr als der Ausbruch gerechter Indignation über einen zu gutem Glück in Deutschland seltenen Druck war?

Was wir sagen würden? Vielleicht, daß auch die öffentliche Meinung sich einmal geirrt habe; daß sie einen schönen Namen für die Sache nahm; daß sie, in dem Gefühle der Unzulänglichkeit mancher bestehenden Formen, vergaß, daß nicht die äußere Form, sondern der Geist es ist, der wahre Freiheit gewährt.

Das Erste, was nicht eine freie Verfassung, sondern jede gesetzliche Ordnung eines Staates verbürgen soll, ist Sicherheit des Eigenthums. Wo diese, die Grundlage aller Freiheit, nicht gesetzlich geschützt ist, kann von Freiheit gar nicht die Rede sein. Denn wie will man sich gegen feinere, weniger in die Augen fallende Rechtsverletzungen verwahren, wo man nicht einmal den Besitz seiner Habe gegen unrechtmäßige Eingriffe der Gewalt zu behaupten vermag? Welchen Schutz aber vor und nach der Verleihung der Constitution das Eigenthum in Bayern genoß, sobald es sich um eine Berührung mit den Interessen der Regierung handelte, dafür geben uns die „Bayernbriefe," nach den Protocollen der Abgeordnetenkammer, die merkwürdigsten Belege. Durch eine Verordnung, vom 4. Febr. 1809, waren Klagen gegen den Fiscus so gut als unmöglich gemacht worden, da die Erlaubniß, zu klagen, erst von der Regierung, die man verklagen wollte, eingeholt werden mußte. Die Kammer der Abgeordneten beantragte die Aufhebung dieser Verordnung „in der Art, daß jeder Private, welcher sich durch den königl. Fiscus an seinen Rechten gekränkt glaube, nur verbunden sein solle, *vor* gerichtlicher Verfolgung seines Rechts, wegen Abstellung seiner Beschwerde, sich an die zunächst competente Oberverwaltungsbehörde zu wenden und derselben Entschließung einzuholen, welche jedoch, wenn sie binnen dreißig Tagen nicht erfolgte, für abschlägig angenommen und die Beschreitung des Rechtsweges nicht länger gehemmt sein solle." Eine so mäßige Milderung konnte sich des Beifalles der ersten Kammer dennoch nicht erfreuen. „Die Verordnung," meinte diese in ihrem Beschlusse, dem sich denn auch die zweite Kammer nachgiebig anschloß, „solle ja *nicht abgeändert*, sondern nur *erläutert* werden, mithin müsse auch der letzte dieser beiden Ausdrücke hier erscheinen." Nächstdem waren ihr dreißig Tage zu kurz, und sie erweiterte den Umfang der dem constitutionellen Staatsbürger verloren gehenden Zeit „auf sechs Wochen."

Am naivsten ist der Grundsatz, daß, *wo eine Staatssache vorwalte, die Gerichtsstelle nicht competent sei*, in dem Rescripte vom 8. Decbr. 1810 ausgesprochen, durch welches die Klage der Khistler'schen Erben gegen den Fiscus niedergeschlagen wurde. Es handelte sich hier um eine Summe von mehren Hunderttausenden, die zwar auf uralten Foderun-

gen, aus den Zeiten des spanischen Erbfolgekrieges, beruhte, indessen von der Schuldentilgungscommission anerkannt und durch theilweise Zahlungen bestätigt worden war. Wiederholte vieljährige Bemühungen hatten zu keinem befriedigenden Erfolg geführt, und den Rechtsweg, der hierauf eingeschlagen wurde, unterbrach das angeführte Rescript, welches bei Eröffnung der Ständeversammlung eine Beschwerde über verfassungswidrige Justizverweigerung veranlaßte. Der Justizminister, an den die zweite Kammer sich in dieser Angelegenheit wandte, bezog sich auf eine Entscheidung des Staatsrathes, und dieser, nach mehrfach wiederholten dringenden Mahnungen, bestätigte „auf den Grund vollständig geleisteter von Khistler'scher Befriedigung die ältere Verfügung von 1810, ließ aber für allenfallsige Nachfoderungen den ohnehin nie gesperrt gewesenen Rechtsweg offen, falls solche nicht im administrativen Wege befriedigt werden sollten." Der Abg. v. Hornthal nannte diese Entscheidung, wodurch die klagende Partei an dieselben Behörden zurückgewiesen wurde, vor denen sie schon so oft vergebens erschienen war, mit Recht einen Machtspruch; und selbst der zweite Präsident der Kammer, v. Seuffert, glaubte, „sofern den Khistler'schen Erben nicht der Rechtsweg eröffnet werden sollte, den Fall einer Beschwerdeführung vor dem Throne vorhanden." Der erste Präsident, von Schrenk, meinte zwar: „Ich meine, die von Khistler'schen Erben dürften mit dem Ausspruche des königl. Staatsrathes zufrieden sein, und die Kammer könnte sich dabei beruhigen." Aber v. Hornthal entgegnete hierauf die schönen Worte, die, wie B.-St. in seinem Auszuge bemerkt, den Nagel auf den Kopf trafen: „Von der Persönlichkeit der Khistler'schen Erben ist hier die Rede nicht. In den Werth oder Unwerth ihrer Anfoderungen selbst haben wir ohnehin nicht einzugehen; über diese zu entscheiden, war, ist unsere Absicht nie, konnte unsere Absicht nicht sein. Wol aber ist es uns heilige Pflicht, für das Allgemeine, für Jeden im Staate Sorge zu tragen, daß ihm Recht zu Theil, daß Niemand rechtlos werde. Dürfte dies in einem Falle, dürfte es heute stattfinden, warum nicht morgen, warum nicht in andern, ja in allen Fällen? Wenn Behörden in einem Falle gegen den Inhalt der Verfassungsurkunde handeln dürften, warum nicht in allen? Und was bliebe dann von der Constitution, was von gesetzlicher Freiheit noch übrig? Es steht im Allgemeinen fest, daß sich der Staatsrath in Justizsachen nie zu mischen, daß das Justizministerium Selbständigkeit, volle Unabhängigkeit habe, haben müsse! Das Justizministerium ist den Ständen, der Nation verantwortlich; das Justizministerium muß diese Stellung zu behaupten wissen. Es muß sie behaupten, und wenn seine eigne Existenz dabei zu wagen sein sollte. Oft schon habe ich in der Versammlung dies gesagt und kann es nicht oft genug wiederholen. Sonst! was wäre gewonnen? Es würde, wie anderswo, auch bei uns früher, nur der Willkür Thür und Thor geöffnet bleiben!"

gar net und sieht ehnda am Narrn gleich, aber a net zrissn und zlumpt; sunst mueßt er si schama."

Wenn auch nicht immer die Drohung erfüllt wurde: Du mußt ma in Landboth'n nein; so waren dagegen auch die Fälle nicht selten, wo ohne eine solche vorausgegangene Kriegserklärung der Angriff erfolgte. So las man eines schönen Morgens im Landboten:

„Warum san denn neuli die drei G — r nicht zum Schützenball nach E — g kemma?
Den oan lasst der Geiz koan Ruh,
Der andre kunt si net schlaffa gnue,
Dem Dritten sperret d'Fran d'Hausthür zue."

Einige Zeit darauf erfolgte zu erhöhter Belustigung des Publikums die feierliche Gegenerklärung:

„Auf die Einrückung im — Stück dieses Blattes vom — l. J., welche eine Anspielung auf drei auswärtige Mitglieder der Schützengesellschaft zu E — g zu seyn scheint, findet sich der Ausschuß derselben aufgefordert, hiemit öffentlich zu erklären, damit diese drei Herren ja nicht glauben möchten, als wäre ein Mitglied der Gesellschaft so ungezogen gewesen, dieselbe einrücken zu lassen, daß dieser Ausfall die Mißgeburt eines faden Witzes ist, welchen nur der Neid eines dummen rohen Menschen, der sich über die Harmonie der Gesellschaft ärgert und sie, wenn er könnte, zerstören würde, erzeugen konnte."

„Der Ausschuß der Schützengesellschaft zu E — g."

Manche der Auftritte aus dem Volksleben, welche durch die uneigennützige Vermittlung des Landboten zur allgemeinen Erheiterung beitrugen, würden unter den Pariser Scènes populaires eine ausgezeichnete Stelle eingenommen haben, und von einem Londoner Penny-a-liner mit Gold aufgewogen worden sein; unter vielen Zügen dieser Art nur einen einzigen:

„Is neuli a Komödie vorg'fall'n! Zieht sich ein gewisser Herr als Kapuzina o und sei Frau als Miliweib und gehn mit einanda auf den Saal, wo ihra Tochta beim Tanz ist gwest, damit sie gesehn habn, wie sie sich denn auffihrn thuet. Do is denn d' Mamsell Tochta bei an Soldatn gwest und hot sie schier a weni z'lusti mit ihm gemacht. Do geht der Kapuzina her und zieht aus sein Habit raus an sakrischen Ochsenfiesel und fangt dir's Feiln an seine Tochta o, daß's is erschröckli gwesn. Von Tanzbodn haut er's runta und zum S — thor nei, schreit alleweil: I bin da — und des is ma Tochta; und haut dabei gvod drein, so viel er ko, bis daß da Ochsenfiesl hin is gwest."

Neben der Derbheit und Rohheit, die wir in allen Gegenden Deutschlands bei den niederen Ständen finden, spricht sich in jenem Theile des bayerischen Landboten, den wir den offiziellen nennen möchten, weil er unmittelbar

aus dem Volke hervorgeht, ein gutmüthiger Humor aus, der überall das Zeichen einer noch unverbrauchten Kernhaftigkeit und in diesem Grade, vor allen andern deutschen Stämmen, dem bayerischen eigen ist.

Wenn der Ernst im Leben die Anerkennung des Werthes der irdischen Dinge, der Scherz die Anerkennung ihrer Nichtigkeit ist, so ist der Humor jene höhere bewußte oder unbewußte Vereinigung beider Ansichten, welche die Nichtigkeit des äußeren Scheines, des Vergänglichen zugiebt, aber darüber den Werth des Seins, des Bleibenden nicht vergißt.

Zwei Ursachen haben dahin gewirkt, daß diese Gemüthsstimmung, die sich in dem gewöhnlichen Leben als heitere Lebenslust, in der Gefahr als kühne Aufopferung, in den Momenten der Sammlung und Erhebung als innige Religiösität kund giebt, bei den Bayern bis in die neueste Zeit sich bewahrt hat: auf der einen Seite die dichte Decke der Finsterniß, welche die Herrschaft der Beichtväter und Jesuiten so lange über das Land gebreitet hatte, und die in einer Zeit, wo die Aufklärung sich nur als Irrthum, als Abirrung von der Wahrheit geltend machen konnte, unnütze Vergeudung der Kraft verhinderte, — andererseits, daß die Freiheit und mit dieser das Gefühl des eigenen Werthes in dem bayerischen Alpenlande nie in dem Maße unterdrückt wurde, als in so manchen andern Gauen Deutschlands. Bayern stand nie unter einem ausheimischen Fürstenhause.

Zwei andere Blätter, die mit dem Landboten als Vorsprecher des Volkes zu wetteifern versuchten, der „Volksfreund und das Tagsblatt“ (das, beiläufig, Tagblatt heißen sollte, so wie man nicht Rockstasche, sondern Rocktasche sagt), bleiben weit hinter demselben zurück, und verdienen hier, wo alle Bestrebungen der periodischen Literatur in Bayern nur nach ihrer Bedeutung für das Volksleben gewürdiget werden sollen, kaum einer vorübergehenden Erwähnung. Der Volksfreund beabsichtigte ursprünglich, die Münchner politische Zeitung durch kurz gefaßte populäre zu verdrängen, und nahm erst, nachdem diese Speculation mißlungen war, die Miene eines gemeinnützigen Allerweltblattes an, die ihm indessen nie besonders zu Gesichte stehen wollte, da das Verdienst, keinen vernünftigen Satz zu Papier bringen und ohne fremde Hülfe weder grammatisch noch orthographisch richtig schreiben zu können, noch bei weitem keine hinreichende Legitimation für den Beruf zur Herausgabe eines Volksblattes sein dürfte. Wer in dem ersten halben Jahrgange des Volksfreundes die Anzeige gelesen hatte:

„Am 11. Dec. Abends wurde in der Nähe des Dianenbades ein männlicher Cadaver im Canale todt gefunden;“

der wußte zur Genüge, was von einem solchen Ingenium zu erwarten sei. Einzelne Beiträge von den würdigsten Männern können nie den Werth eines Journales bestimmen.

In gleichem Range, oder wo möglich einige Stufen tiefer als der

Volksfreund steht das „Tagsblatt," das sich besonders durch seine lakonische Kürze auszeichnet, die manchmal wahrhaft bewunderungswürdig wird, z. B.

„Der königl. Hofschauspieler, Hr. Dertinger hat sich in einer Anwandlung von Melancholie die Kehle abgeschnitten."

Tages darauf:

„Der sich entleibte Schauspieler Dertinger ließ einen Tag vor seiner Verzweiflung ein neues Taschenmesser kaufen."

Und die beiden „reisenden Teufel," von denen der eine, nachdem er lange behaupten wollte, er sei eigentlich der wahre reisende Teufel, endlich als der Klügere nachgegeben hat, und gegenwärtig unter dem Namen „der Furchtlose" inkognito reiset? Characterisirt sind beide, sobald man weiß, daß der ursprüngliche „Teufel" zuerst als außerordentliche Beilage zum Volksfreunde" erschien.

Scandalöse Geschichten und Klätschereien aller Art, die der Landbote nicht aufgenommen haben würde, weil sie der Gefahr eines eben nicht rühmlichen Kampfes mit der Polizei aussetzen, bilden den Inhalt; an Lesern fehlt es natürlich nicht: überall, wo es eine Rauferei giebt, oder ein unnützer Bursch in das Gefängniß geführt wird, läuft ja wohl bald eine Menge Volkes zusammen.

VI.

Wenn wir alles zusammenfassen, was bisher über den gegenwärtigen Zustand der periodischen Literatur in der Hauptstadt Bayerns gesagt worden ist, so muß es uns klar werden, daß hier zwei völlig verschiedene Elemente ohne alle Verbindung neben einander liegen, die beide in der Journalistik ihre Repräsentanten gefunden haben: auf der einen Seite die Bildung der höhern Stände, die in den politischen Zeitungen und den ästhetischen Unterhaltungsblättern, auf der andern die ursprüngliche kernhafte Natur des Volkes, die in den eigentlichen Volksblättern das Wort führt. Um die ganze Kluft zu ermessen, die zwischen der Bildung der höheren Stände und der Volksbildung befestigt ist, bedarf es kaum mehr als eines flüchtigen Blickes auf die verschiedenen geselligen Kreise in München; so auffallend ist der Unterschied an Sprache, Sitte und Lebensart, daß man in der That auf den Zweifel gerathen möchte, ob hier nicht zwei ganz verschiedene Volksstämme neben einander wohnen.

Erklärt wird dieses Mißverhältniß und zugleich gerechtfertigt, sobald man bedenkt, daß München nicht mehr, wie vordem, die Hofstätte der Herzoge von Bayern, sondern die Hauptstadt eines Reiches ist, dessen sämmtliche Bewohner, so verschieden sie auch ihrer Stammart nach seyn mögen, hier ihre gemeinschaftliche Vertretung finden. Der Franke, der Schwabe, der Pfälzer hat eben so viel Recht auf München, als der Bayer; und wenn auch jeder dieser Stämme für sich auf seiner eigenthümlichen Bildung beharret, so kann sich doch keiner der Nothwendigkeit erwehren, in dem Verkehr mit den andern

zu jener Gesammtbildung seine Zuflucht zu nehmen, die sich seit Jahrhunderten nicht bloß in Bayern, sondern in dem ganzen Lande der Deutschen aus der Vermischung der verschiedenen Volksarten entwickelt hat.

Dadurch, daß die Gesammtbildung der Bayern keine ihnen allein angehörende, sondern in gleichem Maße allen Deutschen eigen ist, erhält München als der Hauptsitz derselben eine neue Bedeutung, indem es jetzt aufhört, bloß der Brennpunkt bayerischer Bildung zu seyn, und vielmehr das Kettenglied wird, welches die Verbindung des Bayernvolkes mit allen übrigen Völkern deutscher Art unterhält.

Eine der schwersten, aber auch eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsverwaltung ist es, diese allgemeinen Verhältnisse gegen den Eigennutz und die Vorurtheile, die sich ihnen von Seiten der Partikularinteressen entgegenstellen, zu schützen, ihre Entwickelung, wo äußere Hindernisse dieselbe zurückdrängen, zu befördern. Nur durch das gemeinschaftliche Band der Bildung werden die verschiedenen Theile eines Staates zu einem Ganzen verbunden; und nur die Bildungsstufe, auf welcher ein Staat sich befindet, bestimmt den Rang, den derselbe in der großen Reihe der Völkerfamilien einnimmt. Schon sind die ersten Schritte geschehen, um die politische Hauptstadt des Königreichs auch zu der geistigen Hauptstadt desselben zu erheben. Die Stiftung der Universität, so wie die Begünstigungen, welche der Buchhandel erfuhr, fangen bereits an, ihre Früchte zu tragen. Glorreich hat die Kunst sich entfaltet. Aber vieles Große bleibt noch zu thun, ehe das Ziel erreicht ist, zu welchem die Hauptstadt des Bayernreiches berufen ist.

Die bayerische Verfassung.

Geschrieben zu Leipzig im März 1831.

In Deutschland, wie in Frankreich, hat das Streben nach constitutioneller Freiheit sich erst während des Friedens, der auf den Sturz der napoleonischen Militairherrschaft folgte, entwickelt. Ungerecht ist es daher, wenn man den deutschen Fürsten den Vorwurf macht: sie wären dem deutschen Volke wortbrüchig geworden, indem sie in der Stunde der Gefahr ihm Freiheit versprochen und, nachdem die Gefahr vorüber, ihr Versprechen zurückgenommen oder unerfüllt gelassen hätten. Die Freiheit, welche bei dem Ausbruche des französischen Krieges im Jahre 1813 die deutschen Fürsten dem deutschen Volke

versprachen, war keine andere als die Befreiung vom fremden Joche. So und nicht anders hat jeder Deutsche, und hat besonders die große kämpfende Masse des deutschen Volkes die Verheißungen der Jahre 1813 und 1814 verstanden.

Wenn nach dem Kampfe bei der Errichtung des deutschen Bundes die Fürsten es unter die Bedingungen desselben aufnahmen, daß in allen Bundesstaaten repräsentative Verfassungen eingeführt werden sollten, so geschah dieß daher nicht in dem Gefühle der Anerkennung einer Verbindlichkeit, welche sie gegen ihre Unterthanen eingegangen wären, sondern in der richtigen Erkenntniß des Geistes der Zeit, in der Erkenntniß der Kräfte, welche, durch den Befreiungskampf hervorgerufen, nur unter freiern Formen des Staatslebens zur Reife gedeihen konnten und demnach, sofern man sie nicht gewaltsam ersticken und sich dadurch selbst der treuesten Helfer in der Noth berauben wollte, eine Abstellung der bisher gewohnten willkürlichen Verwaltungsart gebieterisch foderten. Sich selbst, nicht ihren Völkern gaben die deutschen Bundesfürsten das Versprechen der Einführung freier Verfassungen; die Erfahrung hatte bewährt, daß nicht die materiellen, sondern die geistigen Kräfte es sind, welche den Sieg entscheiden, und es wurde deshalb zu einer Pflicht gegen den Bund gemacht, diese Kräfte durch Gewährung eines freien Spielraumes, in welchem sie sich unschädlich entwickeln könnten, dem Ganzen zu erhalten.

Aber überall ist es leichter, das Gute und Rechte und Nothwendige einzusehen, als im Leben es auszuführen. Die Zweckmäßigkeit freier Verfassungen hatten die deutschen Fürsten richtig erkannt; an gutem Willen zu der Einführung fehlte es nicht; aber sobald es sich darum handelte, den Willen durch die That zu bewähren, Das, was man ungestört im Cabinette oder im Rathszimmer beschlossen hatte, unter dem Andrang der Geschäfte, unter der Einwirkung der entgegengesetztesten Bestrebungen und unter dem Einflusse unaufhörlich wechselnder Verhältnisse und Umstände zur Vollziehung zu bringen, so traten von allen Seiten unübersteigliche Hindernisse entgegen. Außer dem kleinen Großherzogthume Weimar, waren von allen deutschen Bundesstaaten die süddeutschen, Bayern, Würtemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, die einzigen, denen es gelang, wenn auch nicht unmittelbar, doch in den ersten Jahren nach Herstellung des Friedens diese Hindernisse zu beseitigen. Hier hatten die Trümmer der alten Reichsverfassung, das freie Bürgerthum der Reichsstädte und Reichsdörfer, die Selbstständigkeit von unzähligen kleinen Fürsten, Prälaten, Grafen und Herren und in den Landschaften der größern Reichsstände die Wirksamkeit der Landstände sich am längsten erhalten; eine Ausgleichung der vielfältigen, durch die willkürliche Zusammenwerfung der verschiedenartigsten Gebietstheile entstandenen Verwickelungen fiel, ohne Mitwirkung der betheiligten Parteien, den Regierungen geradezu unmöglich, und es war daher nur die Frage, ob man die alte Reichsordnung oder Reichsunordnung wieder zurückrufen und die ehemaligen Reichsstädte und Reichsstifte, Reichsfürsten, Reichs-

grafen, Reichsritter und Reichsbauern, nebst den ehemaligen Provinziallandständen, zu Beirath und Beistand auffodern, oder ob man die schwierigere aber auch würdigere Aufgabe lösen wollte, mit Umgehung der historischen längst in sich selbst verfallenen Verhältnisse, eine Vertretung der bestehenden Interessen durch eine Versammlung von Repräsentanten der nicht in der historischen Erinnerung, sondern in der Wirklichkeit vorhandenen Stände herbeizuführen. Die Wahl war nicht schwer. Eine Versammlung, welche von den alten historischen Erinnerungen gebildet worden wäre, würde gegen die neuen factischen Regierungen Ansprüche erhoben haben, welche mindestens äußerst unbequem geworden wären. Es blieb daher, wenn man die Gegenwart nicht der Vergangenheit opfern wollte, nichts Anderes übrig als die Einführung einer Volksvertretung in dem neuern, durch die französische Revolution einmal in ganz Europa eingebürgerten Sinne.

Vor dem wiener Congreß und vor den Befreiungskriegen hatte Bayern, unter Verwaltung eines Ministers, dem nur ein ausgebreiteterer Wirkungskreis gefehlt hat, um eine der ersten Stellen unter den ausgezeichnetsten Staatsmännern Europa's einzunehmen, die Nothwendigkeit einer Repräsentativverfassung erkannt. An dem eisernen Willen Napoleons, der die Gefahr zu ahnen schien, welche ihm von der Entwickelung eines selbstständigen Lebens in Deutschland drohte, brach sich der Entschluß der bayrischen Regierung. Die Constitution des Jahres 1808, bereits in die Gesetzsammlung des jungen Königreichs aufgenommen, blieb unausgeführter Entwurf; aber, auch als solcher, als der erste Versuch, die Formen des constitutionellen Staatskörpers in Deutschland einzuführen, von hoher Wichtigkeit. Merkwürdig ist es, daß Niemand, auch nachdem Napoleon bereits auf immer von dem Schauplatze abgetreten war, daran dachte, den bei Seite gelegten Constitutionsplan aus dem Staube des Reichsarchives, in den er sich verloren hatte, wieder hervorzusuchen: ein entschiedener Beweis, daß selbst in jenen Theilen von Deutschland, denen die Garantien einer freien Verfassung am meisten noth thaten, das Volk noch keineswegs zu dem Bewußtsein dieses Bedürfnisses erwacht war.

Nach 10 Jahren, 3 Jahre nach dem zweiten Sturze Napoleons, wurde Bayern eine zweite Constitution verliehen, in den wesentlichsten Grundzügen mit jener ersten, wie es schien, vergessenen, übereinstimmend, aber auch in manchen nicht unwichtigen Punkten, und nicht zum Vortheile der Freiheit, von derselben abweichend. Mit Enthusiasmus wurde die vom Könige beschworene, von dem Kronprinzen zugleich für die Zukunft bestätigte Verfassungsurkunde in ganz Bayern aufgenommen. Das dunkle Streben nach freierer Thätigkeit, das, nachdem die härtesten Leiden so vieler Kriegsjahre verschmerzt waren, sich zu regen anfing, hatte plötzlich sein Wort gefunden: von der Verfassung hoffte Jeder freien Raum für die Entwickelung jeder Kraft und vor Allem Abstellung jeglicher Beschwerde und Noth, die seit Menschengedenken auf dem Lande gelastet hatten. Die Trennung der Ständeversammlung in 2

Kammern, die der Abgeordneten und Reichsräthe, machte Niemand bedenklich, da das Beispiel von England und Frankreich diese Spaltung der gesetzgebenden Gewalt zu heiligen schien; so manche auffallende Beschränkung, theils in dem Texte der Verfassungsurkunde, theils besonders in den begleitenden Edicten wurde von dem Unkundigen übersehen, von dem Kundigen in der ersten Freude geringgeachtet. Mit frischem Muthe schritt man daher in allen Kreisen des Königreiches zu den Wahlen, und mit gespannter, freudiger Erwartung sah man im Frühjahre 1819 der Eröffnung der ersten Ständeversammlung entgegen. Kühne, freie Worte wurden in der Kammer der Abgeordneten gesprochen; ganz Bayern hörte, und durch ganz Deutschland verbreitete sich der Ruf. Neben den Rednern Englands und Frankreichs wurden die Namen Behr und Hornthal genannt; auch Bestelmaier, Hofstetten, Stephani, Seuffert, Closen und so manche Andere blieben keinem Freunde des Vaterlandes unbekannt; sowie freilich auf der andern Seite auch nicht Schrenk, Aretin, Utzschneider und ähnliche gefällige Diener der Gewalt. Mancher wichtige Antrag wurde durch die Schwäche der Freunde des Guten und durch die List der Freunde des Schlechten beseitigt; mancher schöne, herrliche Gedanke, manche vielversprechende Erscheinung im Keime erstickt; aber wieviel auch des Guten unterlassen wurde, wieviel, nachdem man es bereits gegen jeden Angriff gesichert meinte, durch die Weigerung der hohen Reichsräthe unterdrückt: Dessen, was allen Hindernissen zum Trotz fröhlich gedieh, war doch immer noch viel und wenigstens genug, um den genügsamen Deutschen als viel zu erscheinen.

Seitdem, seit dem Jahre 1819, hat ganz Deutschland theils mit Freude, Sehnsucht, Liebe, theils — warum sollten wir es verschweigen? — mit geheimem Neide auf Bayern gesehen; auch die kleinern constitutionellen Staaten blieben nicht unbeachtet, aber in der öffentlichen Meinung stand vor allen, schon weil hier das constitutionelle Leben sich großartiger entfalten konnte, Bayern voran. Um so höher stieg auch im Norden Deutschlands die Theilnahme, da zu derselben Zeit, wo so erfreuliche Kunde aus dem Süden kam, in der Heimath immer deutlicher das Bestreben hervortrat, den Geist, den die Regierungen selbst geweckt hatten, indem er ihnen als nützlicher Bundesgenosse erschien, in die engsten Schranken zurückzudrängen. Ohne Scheu behaupten wir es und ohne Furcht werden wir es vertreten: die Unzufriedenheit, die in der neuesten Zeit an so vielen Punkten zum Ausbruche gekommen, ist weder durch revolutionairen Schwindel des Pöbels noch durch die Umtriebe einer im Verborgenen wirkenden Partei erregt worden, sondern durch die Verkehrtheit einiger Mächtigen, welche mit den geistigen Kräften der Völker nach ihren Absichten und ihren Ansichten ein frivoles Spiel treiben wollten. Wie die hochverrätherischen Verbindungen der spätern Jahre großentheils erst durch die vieljährigen, zum Theil erfolglosen Untersuchungen des Jahres 1819 veranlaßt worden sind, so wurde auch so manche andere traurige Erscheinung, die weder in dem ehrenfesten Nationalcharakter des deutschen Volkes noch in den

Foderungen der Zeit begründet ist, durch die Prohibitivmaßregeln, die sie bannen sollten, gerade erst hervorgerufen. Wie wenig dazu gehörte, ganz Deutschland zu beruhigen und zu befriedigen, aber freilich in diesen letzten Tagen auch, wie geflissentlich man es darauf anlegt, die Ruhe zu stören, zeigt das Beispiel von Bayern seit dem Jahre 1819. Wie viel ließen die biedern ehrlichen Bayern sich nicht gefallen? wie geringe Zugeständnisse machten sie glücklich? Und dennoch beneidete ganz Deutschland sie um dieß Glück.

Und worin bestand denn nun dieses Glück, welches die Ständeversammlung Bayern gebracht hätte?

Die Protocolle der Abgeordnetenkammer sind zu einer Bibliothek angewachsen, in welcher die Resultate der Verhandlungen ebenso sicher und ungestört begraben liegen als in dem geheimnißvollen Dunkel des Reichsrathes die seinigen; die Auszüge, welche die Zeitungen gegeben haben, sind theils unzuverlässig, theils — durch die bayrische Preßfreiheit abgekürzt. Niemand dürfte daher so leicht im Stande sein, unsere Frage zu beantworten; scheint doch die Regierung selbst nur höchst unzulänglich mit dem Gange der Verhandlungen bekannt, denn ein Erlaß in Bezug auf die neuen Censurgesetze, der erst vor wenigen Wochen aus dem Cabinette ausgieng, beruft sich ohne Weiteres auf einen Antrag der Ständeversammlung vom Jahre 1819, der aber in den Protocollen, wenn wir dem amtlichen Abdrucke trauen dürfen, nur gerade das Gegentheil von Dem besagte, was man daraus anführte.

Ein ausgezeichnetes Verdienst hat sich daher ein freisinniger Mann, der als geistreicher Schriftsteller bekannte Graf Benzel-Sternau erworben, indem er es unternahm, durch einen lesbaren, den Sachen nach geordneten Auszug die Verhandlungen der bayrischen Ständeversammlungen seinen Mitbürgern und allen Deutschen zugänglich zu machen. Eine freilich zuweilen wohl etwas ermüdende Ausführlichkeit gewährt um so sichrere Bürgschaft der Treue, und wir bedauern daher nur, daß die zu der Bearbeitung eines Werkes von diesem Umfange erforderliche Zeit dem Verfasser nicht gestattete, neben den Verhandlungen des Jahres 1819 uns zugleich auch die weitere Entwickelung des constitutionellen Lebens in Bayern während der drei folgenden Ständeversammlungen zu entschleiern. Wenn es indessen wahr ist, woran die allgemeine Stimme kaum einen Zweifel läßt, daß die Ständeversammlung von 1819 wie die erste, so auch die freieste und fruchtbarste gewesen ist, so dürfen wir wenigstens nicht befürchten, einen ungünstigen Maßstab gewählt zu haben, indem wir nach dieser ersten auch die folgenden Versammlungen beurtheilen. Denn daß auch wir, durch die 64 Bände der Protocolle uns hindurchzuarbeiten, nicht den Muth hatten, müssen wir freilich eingestehen.

Aber noth thun diese Verwahrungen! Denn was würden wir sagen, wenn wir hörten, daß das Land, welches uns bisher als der Hort und die Heimath deutscher Freiheit galt, bei näherer Kenntniß in die tiefste, unwürdigste Abhängigkeit versunken sein solle; in einen Zustand der Gesetzlosigkeit,

von dem man, wenigstens in dem größten Theile unseres freier Verfassungen entbehrenden Nordens, seit Menschenaltern kaum einen Begriff hatte? Wenn wir läsen, daß Das, was wir in der Ferne als die Stimme der kühnsten Freiheit bewunderten, meist wenig mehr als der Ausbruch gerechter Indignation über einen zu gutem Glück in Deutschland seltenen Druck war?

Was wir sagen würden? Vielleicht, daß auch die öffentliche Meinung sich einmal geirrt habe; daß sie einen schönen Namen für die Sache nahm; daß sie, in dem Gefühle der Unzulänglichkeit mancher bestehenden Formen, vergaß, daß nicht die äußere Form, sondern der Geist es ist, der wahre Freiheit gewährt.

Das Erste, was nicht eine freie Verfassung, sondern jede gesetzliche Ordnung eines Staates verbürgen soll, ist Sicherheit des Eigenthums. Wo diese, die Grundlage aller Freiheit, nicht gesetzlich geschützt ist, kann von Freiheit gar nicht die Rede sein. Denn wie will man sich gegen feinere, weniger in die Augen fallende Rechtsverletzungen verwahren, wo man nicht einmal den Besitz seiner Habe gegen unrechtmäßige Eingriffe der Gewalt zu behaupten vermag? Welchen Schutz aber vor und nach der Verleihung der Constitution das Eigenthum in Bayern genoß, sobald es sich um eine Berührung mit den Interessen der Regierung handelte, dafür geben uns die „Bayernbriefe," nach den Protocollen der Abgeordnetenkammer, die merkwürdigsten Belege. Durch eine Verordnung, vom 4. Febr. 1809, waren Klagen gegen den Fiscus so gut als unmöglich gemacht worden, da die Erlaubniß, zu klagen, erst von der Regierung, die man verklagen wollte, eingeholt werden mußte. Die Kammer der Abgeordneten beantragte die Aufhebung dieser Verordnung „in der Art, daß jeder Private, welcher sich durch den königl. Fiscus an seinen Rechten gekränkt glaube, nur verbunden sein solle, *vor* gerichtlicher Verfolgung seines Rechtes, wegen Abstellung seiner Beschwerde, sich an die zunächst competente Oberverwaltungsbehörde zu wenden und derselben Entschließung einzuholen, welche jedoch, wenn sie binnen dreißig Tagen nicht erfolgte, für abschlägig angenommen und die Beschreitung des Rechtsweges nicht länger gehemmt sein solle." Eine so mäßige Milderung konnte sich des Beifalles der ersten Kammer dennoch nicht erfreuen. „Die Verordnung," meinte diese in ihrem Beschlusse, dem sich denn auch die zweite Kammer nachgiebig anschloß, „solle ja *nicht abgeändert*, sondern nur *erläutert* werden, mithin müsse auch der letzte dieser beiden Ausdrücke hier erscheinen." Nächstdem waren ihr dreißig Tage zu kurz, und sie erweiterte den Umfang der dem constitutionellen Staatsbürger verloren gehenden Zeit „auf sechs Wochen."

Am naivsten ist der Grundsatz, daß, wo *eine Staatssache vorwalte, die Gerichtsstelle nicht competent sei*, in dem Rescripte vom 8. Decbr. 1810 ausgesprochen, durch welches die Klage der Khistler'schen Erben gegen den Fiscus niedergeschlagen wurde. Es handelte sich hier um eine Summe von mehren Hunderttausenden, die zwar auf uralten Foderun-

gen, aus den Zeiten des spanischen Erbfolgekrieges, beruhte, indessen von der Schuldentilgungscommission anerkannt und durch theilweise Zahlungen bestätigt worden war. Wiederholte vieljährige Bemühungen hatten zu keinem befriedigenden Erfolg geführt, und den Rechtsweg, der hierauf eingeschlagen wurde, unterbrach das angeführte Rescript, welches bei Eröffnung der Ständeversammlung eine Beschwerde über verfassungswidrige Justizverweigerung veranlaßte. Der Justizminister, an den die zweite Kammer sich in dieser Angelegenheit wandte, bezog sich auf eine Entscheidung des Staatsrathes, und dieser, nach mehrfach wiederholten dringenden Mahnungen, bestätigte „auf den Grund vollständig geleisteter von Khistler'scher Befriedigung die ältere Verfügung von 1810, ließ aber für allenfallsige Nachfoderungen den ohnehin nie gesperrt gewesenen Rechtsweg offen, falls solche nicht im administrativen Wege befriedigt werden sollten." Der Abg. v. Hornthal nannte diese Entscheidung, wodurch die klagende Partei an dieselben Behörden zurückgewiesen wurde, vor denen sie schon so oft vergebens erschienen war, mit Recht einen Machtspruch; und selbst der zweite Präsident der Kammer, v. Seuffert, glaubte, „sofern den Khistler'schen Erben nicht der Rechtsweg eröffnet werden sollte, den Fall einer Beschwerdeführung vor dem Throne vorhanden." Der erste Präsident, von Schrenk, meinte zwar: „Ich meine, die von Khistler'schen Erben dürften mit dem Ausspruche des königl. Staatsrathes zufrieden sein, und die Kammer könnte sich dabei beruhigen." Aber v. Hornthal entgegnete hierauf die schönen Worte, die, wie B.-St. in seinem Auszuge bemerkt, den Nagel auf den Kopf trafen: „Von der Persönlichkeit der Khistler'schen Erben ist hier die Rede nicht. In den Werth oder Unwerth ihrer Anfoderungen selbst haben wir ohnehin nicht einzugehen; über diese zu entscheiden, war, ist unsere Absicht nie, konnte unsere Absicht nicht sein. Wol aber ist es uns heilige Pflicht, für das Allgemeine, für Jeden im Staate Sorge zu tragen, daß ihm Recht zu Theil, daß Niemand rechtlos werde. Dürfte dies in einem Falle, dürfte es heute stattfinden, warum nicht morgen, warum nicht in andern, ja in allen Fällen? Wenn Behörden in einem Falle gegen den Inhalt der Verfassungsurkunde handeln dürften, warum nicht in allen? Und was bliebe dann von der Constitution, was von gesetzlicher Freiheit noch übrig? Es steht im Allgemeinen fest, daß sich der Staatsrath in Justizsachen nie zu mischen, daß das Justizministerium Selbständigkeit, volle Unabhängigkeit habe, haben müsse! Das Justizministerium ist den Ständen, der Nation verantwortlich; das Justizministerium muß diese Stellung zu behaupten wissen. Es muß sie behaupten, und wenn seine eigne Existenz dabei zu wagen sein sollte. Oft schon habe ich in der Versammlung dies gesagt und kann es nicht oft genug wiederholen. Sonst! was wäre gewonnen? Es würde, wie anderswo, auch bei uns früher, nur der Willkür Thür und Thor geöffnet bleiben!"

Nachdem auf neue Schritte der Abgeordnetenkammer wieder — Nichts geschehen war, und endlich der Schluß der Sitzung herannahte, bemerkte der würdige Abgeordnete Behr: „Unser Bemühen hinsichtlich dieser Sache währt nun schon einige Monate; wir erhalten zwar von Zeit zu Zeit Antwort auf unsere Schreiben, aber nie eine bestimmte Entscheidung, daß das Justizministerium unabhängig den Rechtsweg eröffnet habe. Wenn die Volksrepräsentanten auseinandergehen können, ohne die constitutionnelle Unabhängigkeit der Justiz hergestellt zu haben, so wird wol Jeder ermessen können, was Deutschland von dieser Volksrepräsentation urtheilen muß, und hierin liegt ein großer Auffoderungspunkt, zu bewirken, daß die Justiz unabhängig werde. Denn könnten und dürften wir auseinandergehen, ohne dies, und würde die Kammer keinen Beschluß darüber fassen, so müßte ich freilich schweigen."

Und der Abgeordnete Stephani: „Rechnen Sie es meiner traurigen Stimmung zu, daß ich so leise anfange — man hatte ihm zugerufen, lauter zu sprechen — aber lauter will ich schon werden, denn ich darf nur meinen Schmerz reden lassen. Stolz war ich bisher darauf, ein Bayer zu sein; noch höher stieg dieser Stolz, seitdem wir unsere herrliche Verfassungsurkunde erhielten. Aber jetzt, da ich mit Ihnen, meine H. H., aus dem uns erstatteten Vortrage die Ueberzeugung fassen muß, daß es, trotz unserer Constituton, wirklich keine völlig freie und unabhängige Rechtspflege bei uns gibt, fange ich an, ganz beschämt und demüthig vor Deutschland und ganz Europa die Augen niederzuschlagen. Voll gereizten Patriotismus, schließe ich mich nicht nur dem Antrage mehrer Redner vor mir an, Se. Majestät um die Herstellung einer völlig freien und unabhängigen Rechtspflege, unserer Constitution gemäß, zu bitten, sondern füge noch die Bitte bei: den Justizminister anzuweisen, seine Selbständigkeit besser wie bisher zu behaupten und dadurch zu beweisen, daß er des hohen Amtes eines Justizministers der bayrischen Nation würdig sei."

Diese und viele andere schöne Worte — blieben Worte. Zwar beschloß die Kammer den Antrag: „daß das durch die Staatsrathsentschließung vom 30. Juni 1819 noch keineswegs aufgehobene Rescript vom 8. Febr. 1810, welches den Khistler'schen Erben den Rechtsweg versperrte, gänzlich beseitigt und hierdurch den berührten Erben der Rechtsweg constitutionsmäßig unbedingt eröffnet werde; und daß das Ministerium der Justiz die Stellung erhalte, um in Bezug auf Rechtssachen sein Amt unabhängig vom Staatsrathe zu verwalten, somit die Verfassungsurkunde in Bezug auf Unabhängigkeit und Unaufhaltsamkeit der Rechtspflege vollzogen werde;" aber dieser Antrag, der nach einstimmiger Annahme an die Kammer der Reichsräthe „zu gleichfallsiger Würdigung" ging, wurde von dieser — keiner Beachtung gewürdigt und

blieb unter den Acten derſelben liegen, ohne daß weder in der erſten noch in der zweiten Kammer je wieder ein Wort davon verlautet wäre!!!

Die Burſchenſchaft.

Geſchrieben zu Leipzig im Juli 1831.

Lange iſt die deutſche Jugend von feilen Wohlrednern und Pedanten verleumdet und geſchmäht worden, ohne daß unter dem Schutze unſerer gerechten Preßgeſetzgebung ſich eine Stimme zu ihrer Vertheidigung erhoben hätte. Da die Gendarmen in der großen Mehrzahl die edle Flamme glücklich erſtickt haben, die unſere weiſen Geſetzgeber für die Fackel des Aufruhrs erklärten, und da man die Gefahr jetzt auf einer ganz andern Seite ſieht, ſo wird es den Wenigen, die in der ſchlimmen Zeit ſich treu erwieſen haben, bei dem verheißenen Anfange der guten vielleicht erlaubt ſein, die Rechtfertigung einer — wir fürchten — vergangenen Richtung des deutſchen Volksgeiſtes zu verſuchen.

Die erſte Frage, die wir in ſtolzem Bewußtſein an uns ſelbſt richten, iſt: Was war es, das wir Mitglieder der Burſchenſchaften und der hochverpönten geheimen demagogiſchen Geſellſchaften vor Allem wollten? Einheit des deutſchen Vaterlandes! Nichts Anderes.

Das Loſungswort, welches Oeſtreich in dem Kampfe des Jahres 1809, Preußen in dem ſogenannten Freiheitskriege während der Jahre 1813, 1814 und 1815 in allen ſeinen Fahnen und Standarten führte; das Zeichen, welches jetzt die deutſchen Fürſten und alle wahren Deutſchen mit dem beſten Blute ihres Herzens zurückerkaufen möchten.

Was war natürlicher, was löblicher und rühmlicher, als daß die Jugend, die zum Theil aus dieſen Kämpfen zurückkehrte, zum Theil, mit Thränen in den Augen, den in die Schlacht ziehenden Brüdern nachgeblickt hatte, ſich einer unter dem Donner der Geſchütze und dem Pfeifen der Kugeln erprobten Geſinnung auch in der Ruhe des Friedens würdig zu machen ſtrebte? Oder glaubte man, daß die Vaterlandsliebe, wenn ſie einmal in den Herzen entbrannt war, nach geleiſtetem Dienſt ſich auslöſchen laſſe wie ein Licht, oder ausziehen wie ein alter Rock? Vaterlandsliebe, heilige, großherzige Liebe zu dem deutſchen Vaterlande, deſſen Bild über dem zerſtückten und verſtümmelten Deutſchland zum erſten Male in ſtrahlender Glorie wiederaufgegangen war, nicht Geiſt des

Aufruhrs, der Widersetzlichkeit, der Selbstüberschätzung leitete die ersten Stifter der deutschen Burschenschaft. Der erste Schwur jedes Burschen war der Schwur der Treue dem deutschen Vaterlande. Kein Verräther sollte mehr die Gauen Deutschlands einander entfremden, um jeden einzeln desto leichter unter das Joch zu beugen. Kein Deutscher sollte, selbst über dem pflichtmäßigen Gehorsam, den er dem Fürsten seines Heimathlandes schuldete, nicht vergessen, daß er ein Deutscher war. Diese Gesinnung, diese Gefühle fortzupflanzen, war der vornehmste Zweck der Burschenschaft. Immer weiter, durch alle Kreise und Stände des Volkes breiteten von den Hochschulen diese Gefühle sich aus; sie sind erloschen, weil man sie gewaltsam unterdrückte. Sie sind erloschen: denn beseelten sie jetzt noch die deutsche Jugend, so dürften wir nicht zittern um das linke Rheinufer, so schalteten die Belgier nicht mit Luxemburg nach Willkür, so brächten die Russen uns nicht die Cholera. Deutschland, wenn es einig ist, kann der ganzen Welt die Spitze bieten.

Aber wenn man uns, die diese Lehre begeisterte, verfolgte, relegirte, einkerkerte, um die schönsten Jahre, und um alles Glück unseres Lebens betrog, erwartet man, daß die Generation, die nach uns herangewachsen ist, sich durch unser Beispiel nicht sollte warnen lassen?

Wurde doch selbst der Rock, den wir trugen, die schönste, die anständigste und zweckmäßigste Tracht, verboten, weil er der deutsche Rock hieß! Das Turnen, diese unschuldige, in der Verdumpfung unserer großen Städte unentbehrliche Leibesübung, wurde verboten, weil man auf einigen Turnplätzen Arndt's Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ sang. „Das deutsche Vaterland“, erklärte man uns, „existirt nur in den Köpfen von Aufwieglern; Preußen, Würtemberg, Bayern ist euer Vaterland!“ Wie man aussäet, so wird man ernten.

War denn aber wirklich, wirft man uns ein, gar kein Grund vorhanden, der die Bestrebungen der Universitätsjugend mit Recht verdächtigte? Gab es keine geheimen Gesellschaften, die geradezu auf Umsturz der bestehenden Ordnung der Dinge ausgingen?

Wir antworten, die Hand auf das Herz gelegt, bei Ehre und Gewissen: „Nein!“ Geheime Gesellschaften entstanden erst, als die öffentlichen, die Burschenschaften, verboten wurden; Mistrauen und feindselige Gesinnungen gegen die Regierungen entwickelten sich erst, als die Verfolgungen der Regierungen begannen. Die unselige That eines Schwärmers und die metaphysischen Träume einer Theegesellschaft, die sich in Jena unter dem Vorsitze eines angehenden Privatdocenten versammelte, wird kein Besonnener und Verständiger gegen uns anführen. Hätte man, statt aller weitläufigen Untersuchungen, Sand für wahnsinnig erklärt, wie er dieß war, und Karl Follenius eine Professur gegeben, so würde die ganze „jenaer Verschwörung“ sich, gleich einer Seifenblase, in das ihr gebührende Nichts aufgelöst haben.

So fremd war jede eigentliche politische Tendenz dem Streben der Bur-

schenschaft und der deutschen Jugend, daß die wichtigsten Resultate der Demagogenuntersuchungen sich auf einige unreife Schülerexercitien beschränkten, die — wenn wir nicht irren — zum Theil in Stellen aus der Bibel und in Uebersetzungen aus dem Tacitus bestanden.

Aber statt vernünftigerweise zu schließen: wo man bei strenger Nachforschung nichts Gefährliches gefunden habe, müsse auch nichts vorhanden sein, zog man den sonderbaren Schluß: wir haben nichts gefunden, folglich müssen wir noch länger darnach suchen. Endlich, als nach mehren Jahren die Demagogenjagd noch immer fortdauerte, kamen einige hitzige Köpfe auf den Einfall, daß es doch wohl nicht übel wäre, einige revolutionaire Clubs zu errichten; und man kann daher recht eigentlich sagen, daß die Demagogenjäger die „demagogischen Umtriebe", die sie im Jahre 1823 wirklich entdeckten, selbst gemacht und veranstaltet haben. In diesem Sinne wird — — — in der deutschen Geschichte vielleicht noch einmal als der größte Demagoge genannt werden.

Und worauf lief am Ende, als — Dank der mainzer Commission! — das Complott glücklich zu Stande gebracht war, die ganze Sache hinaus?

Die geheimen Verbindungen, die sich gebildet hatten, wollten darauf hinwirken, Deutschland an Frankreich zu verrathen, wie die Herren Görres und Consorten in den neunziger Jahren, oder an eine andere Macht, wie andere Herren später? Nein, Deutschland mächtig und groß und einig zu machen und zu diesem Zwecke das alte ehrwürdige römische Kaiserthum deutscher Nation wiederherzustellen. Die deutschen Fürsten sollten auf ihren Thronen bleiben und nur, wie früher, ein Oberhaupt aus ihrer Mitte wählen, dem sie sich freiwillig unterordneten. Deutschland sollte — wie Nordamerika eine Föderativrepublik — so eine Föderativmonarchie werden. Wer in diesem Wunsche ein Verbrechen sehen will, dem können wir nicht helfen!

„Aber das deutsche Parlament, mit einem Oberhause aus den mediatisirten Fürsten und einem Unterhause aus dem Volke? Und die Eintheilung in Gaue nach den natürlichen Grenzen? War dies Alles nichts?"

Ungefähr eben so viel als nichts, nämlich Träume, zu deren Ausführung nicht die geringsten Mittel vorhanden waren; man müßte denn die sogenannten „Burschentage", wo sich Abgeordnete von den verschiedenen Universitäten versammelten, als einen Anfang der Ausführung betrachten. Eine Verbindung mit der italienischen Carbonaria, wie Wit-Dörring uns überreden möchte, hat so wenig stattgefunden, daß ein Mitglied des Jünglingsbundes, welches bei Gelegenheit des piemontesischen Aufstandes auf eigne Faust den Italienern zu Hülfe zog, beinahe als östreichischer Spion gehängt worden wäre, wenn ein Zufall ihn nicht gerettet hätte. Eben so wenig bestand eine regelmäßige Verbindung mit den geheimen Gesellschaften, oder mit dem fabelhaften Comité directeur in Frankreich. Einzelne Besprechungen mit einzelnen Franzosen fanden statt, aber nie als Bundessache. Gerade in den Mitgliedern der Bur-

schenschaften und des Geheimbundes, der aus diesen hervorging, war die Vaterlandsliebe, war echtdeutsche Gesinnung so stark, daß ihnen am wenigsten eine verrätherische Verbindung mit dem Auslande möglich war. Wenn man sie auch noch so hart gedrängt hätte, würde doch nur die mindeste Zahl sich haben entschließen können, Hülfe in Frankreich zu suchen.

Der politische Horizont.

Geschrieben zu Braunschweig am 22. August 1831.

In tiefem Frieden schien Europa einer langsamen, aber stetig fortschreitenden und unaufhaltsamen Entwickelung entgegen zu schreiten, als die französische Juli-Revolution unerwartet — wie ein Blitzstrahl aus heiterm Himmel — den ganzen Welttheil auf's neue in gewaltsame Zuckungen stürzte.

So nahe sind durch hundert Verbindungsmittel, von denen unsere Väter zum Theil nicht den Namen, oder doch wenig mehr als den Namen kannten, — durch Kunststraßen, Kanäle, Eisenbahnen, Eilwagen, Dampfböte, Telegraphen — alle Staaten und alle Landschaften Europa's verbunden, daß auch das geringste Glied der großen Völkerkette unmöglich von einer vereinzelten Bewegung ergriffen werden kann, ohne dieselbe in lebhafteren oder matteren Schwingungen allen übrigen Gliedern mitzutheilen. Der Aufstand der Griechen, so unbedeutend er bei der frühen Beschränkung auf den engen Raum von Morea und einigen Inseln erschien, regte alle Nationen zu unruhiger Theilnahme auf. Der Krieg zwischen Rußland und der Pforte war die nächste Folge; aber wer vermöchte den Einfluß zu bestimmen oder zu leugnen, den das Beispiel von dem siegreichen Kampfe eines unterdrückten Volkes auf die öffentliche Meinung, auf die Stimmung und auf die Stellung der Parteien in ganz Europa übte? Und war dieser Kampf nicht seinerseits selbst eine Folge der vorausgegangenen Bewegungen in Spanien, Portugal, Neapel und Piemont?

Nur zu wohl hatten die Fürsten, die zu der Stiftung der heiligen Allianz sich vereinigten, dieß begriffen; nur zu wohl hatten sie erkannt, daß fortan kein einzelner von ihnen seine Interessen abgesondert wahren, ohne Nachtheil von dem Wohl und Wehe der andern sich ausschließen könne; und wie unendlich segenbringend wäre dieser Verein gewesen, wenn die Urheber desselben sich zu dem großen Gedanken erhoben hätten, den heiligen Bund der Fürsten

zu einem heiligen Bunde der Völker zu erweitern! Statt dessen ist ein einziger, überdieß durch das Zusammentreffen mancher entschuldigender Umstände vielleicht verzeihlicher Mißgriff die Quelle unsäglichen Unheils geworden.

Ueberall, wo aus dem alten Zustande der Gesellschaft sich ein neuer entwickelt, — und dieß ist überall der Fall, wo geistiges Leben ist, — stehen zwei politische Parteien einander gegenüber, von denen wir die eine, welche mit ihren Neigungen, Wünschen und Leidenschaften sich dem Neuen, Werdenden anschließt, die Partei der Bewegung, die andere, die durch ihre Interessen an das Alte, Bestehende gekettet ist, die Partei des Widerstandes nennen können. In Zeiten ruhiger Erwägung werden beide Parteien sich leicht mit einander verständigen, da nur die leidenschaftlichste Verblendung es verkennen kann, daß weder alles Alte, weil es alt ist, schlecht, noch alles Neue, weil es neu, gut ist. In den Formen, in der Verfassung der Gesellschaft, wie in allen Dingen, findet eine stete Erneuung statt; diese schafft sich aber von selbst und bedarf zwar hie und da verständiger Nachhülfe, doch gewaltthätiger Beschleunigung nur, sobald ihr äußere Gewalt hemmend entgegentritt.

Zu erforschen, was in den öffentlichen Einrichtungen veraltet und unbrauchbar geworden ist, was erneut und verbessert werden muß, ist in jedem Staate die wichtigste Aufgabe der Regierung. Die Regierung vertritt den Willen des Volkes; aber sie muß mit dem Willen auch den Verstand vereinigen und zwischen den Extremen die rechte Mitte treffen. Es ist eben so gefährlich, wenn die Willenskraft eines Volkes in träger Unthätigkeit erschlafft, als wenn sie in blindem Ungestüm eine verkehrte Richtung nimmt, eben so verderblich, wenn eine Regierung Alles beim Alten läßt, bis es von selbst über den Haufen fällt, ohne daß sie daran denkt, den Schutt aus dem Wege zu räumen, als wenn sie Alles zerbricht und zertrümmert und das Oberste zu Unterst kehrt.

Diese Lehren, so einleuchtend und einfach sie scheinen, sind dennoch viel öfter wiederholt, als befolgt worden. Als die Stiftung der heiligen Allianz eine neue Aera des europäischen Staatenlebens eröffnete, war zum Unglück die Verwirrung und der Schrecken der ersten französischen Revolution noch in allzu frischem Gedächtniß. Die Greuel der Revolution zu entfernen galt als das wesentlichste Bedürfniß; und weil die Revolution alles Bestehende umgestürzt hatte, schien jetzt alles Bestehende vortrefflich und erhaltenswerth. Die Regierungen fast aller europäischen Staaten, durch den heiligen Bund vereint, warfen sich, statt zwischen dem Widerstande und der Bewegung die Mitte zu halten, rücksichtslos der Partei des Widerstandes in die Arme, und ermuthigten diese, da durch solche Verstärkung jedes Gleichgewicht aufgehoben war, ihrerseits eine Bewegung anzutreten: die sonderbarste, unerhörteste, welche die Geschichte kennt, — einen Rückschritt aus der Gegenwart in die Vergangenheit. Alles, was die neuere Zeit im Sinne der Revolution verändert hatte, oder überhaupt Alles, was sie verändert hatte, sollte abgestellt und auf den alten Zustand vor

der Revolution zurückgeführt werden. Und wenn dann die gute alte Zeit, das ganze treffliche ancien régime zurückgekehrt wäre, so wollte man mit vereinten Kräften stützen und halten, daß kein Frevler je es sich wieder beigehen ließe, einen neuen Einbruch in das Heiligthum zu wagen.

Sollte man es für möglich halten, daß verständige Männer sich von so abentheuerlichen Träumen berücken lassen konnten? Und dennoch, wie viele der europäischen Fürsten waren nicht in denselben befangen?

Die Folge war ein unheilbarer Bruch zwischen den beiden Parteien, die bei einiger Mäßigung so leicht hätten versöhnt werden können. Die Männer des Widerstandes, die Ultra, die, auf den Beitritt der Fürsten stolz, sich Royalisten nannten, verstärkten durch ihre verkehrten Maßregeln selbst die Reihen ihrer Gegner — der Liberalen — bis diese zuletzt kaum mehr eine Partei, sondern in allen civilisirten Staaten die ganze Masse der Nation und in den rohesten wenigstens die große Mehrheit der Gebildeten umfaßten. Vor der gemeinschaftlichen Gefahr verschwanden alle anderen Rücksichten; Nationalhaß, Nationaleifersucht, Nationaleitelkeit, — Alles, was sonst die Völker getrennt hatte, war vertilgt: zwei große Nationen hatten sich in den Besitz von ganz Europa getheilt, die Parteien der Ultra und der Liberalen.

Lange standen beide Parteien, gleich zwei feindlichen Heeren, einander schlagfertig gegenüber; aber schwerlich wäre es — da Einsicht und Besinnung von Seiten der Fürsten noch immer jede Ursache der Entzweiung entfernen konnte — zu einem gewaltsamen Ausbruche gekommen, wenn die französischen Ordonnanzen des 25. Julius 1830 nicht allem Schwanken ein Ende gemacht hätten. Von der Seine bis zur Tiber und zur Weichsel hallte die Sturmglocke der Notredame. Der Kampf hat begonnen; in Frankreich war er schnell entschieden, wie — in anderm Sinne — in Spanien und in Italien; in Polen wüthet er fort, in Belgien ist er aufs neue ausgebrochen; in dem ganzen übrigen Europa — warum sollten wir durch unzeitige Vorspiegelungen uns täuschen? — glimmen die Funken noch unter der Asche, und es bedarf nur eines Hauches, um sie zum allgemeinen Brande anzufachen.

Werfen wir einen Blick auf die Lage, in welcher in diesem Augenblicke alle europäischen Nationen sich befinden, so werden wir unsere Besorgniß nur zu sehr gerechtfertigt sehen.

In Frankreich, sagten wir, sei der Kampf entschieden, der jetzt das übrige Europa zu ergreifen drohe. Er war entschieden, noch ehe er begann; denn hier war die Partei der Liberalen in der That die ganze Nation. Ein verblendeter Greis warf ihr, von einer sinnlosen Faction gereizt, den Fehdehandschuh hin; sie erhob sich, und der ohnmächtige Gegner lag entwaffnet zu ihren Füßen. Aber schon hat unter den Siegern neuer Streit sich entsponnen. Eingedenk des stillschweigenden Bundes, der unter den Liberalen aller Nationen geschlossen ist, will eine mächtige Partei, auf das erste Zeichen, das diese in den Nachbarländern geben, ihnen zu Hülfe eilen und die siegreiche

Tricolore von dem einen Ende Europa's bis zum andern tragen. Die Propaganda der Revolution, welche in der Deputirtenkammer durch die äußerste Linke repräsentirt wird, hat nicht bloß ein kriegslustiges Heer und eine ruhmsüchtige Jugend für sich, sondern vor allem jenes instinctmäßige Gefühl der Masse, welches das liberale Frankreich vor äußern Feinden nicht eher sicher glaubt, bis es diese, gleich den innern, bezwungen und entwaffnet weiß. Dagegen zittern die erfahrenen Männer, welche an der Spitze der Regierung stehen und in den Kammern die Majorität bilden, vor den Folgen eines Krieges, welcher die Leidenschaften der Menge aufregen und alle Greuel der ersten Revolution erneuern kann. Bis jetzt ist es durch den Beistand jener zahlreichen Klassen, die von dem Kriege Alles zu fürchten und Wenig zu hoffen haben, ihnen gelungen, die stürmischen Freunde, die schon aufgehört haben, Freunde zu sein, zu zügeln, zurück zu halten; aber immer heftiger drängen die Ungeduldigen an, und wenn die gegenwärtige Spannung der politischen Verhältnisse, die mitten im Frieden alle Lasten des Krieges erfordert, noch länger dauert, so kann über ihren endlichen Sieg kein Zweifel sein. Einem Frieden, der eben so viel kostet, als der Krieg, ist der Krieg vorzuziehen, weil dieser wenigstens ein Ende absehen läßt, was man in jenem zu hoffen aufgiebt.

Mit welchem Enthusiasmus ist nicht schon jetzt von einem großen Theile der Nation die Intervention in Belgien aufgenommen worden, die man doch eher eine bewaffnete Execution, als einen Krieg nennen kann. Eine weise Politik hatte zwei Länder, die von der Natur dazu geschaffen scheinen, einen Bruderstaat zu bilden, zum ersten Male in ein unabhängiges Königreich vereint. Durch Freiheitsliebe waren von je die Belgier wie die Holländer ausgezeichnet; ein freiheitsliebender Fürst mußte beiden daher gleich angenehm sein, und von seinem wohlthätigen Einfluß war die Ausgleichung des alten Zwistes, der seit Jahrhunderten die Nachbarvölker entzweit hatte, gewiß zu hoffen. Leider war der König der Niederlande nur Holländer, und vergaß, daß er auch Belgier war. Die Septembertage in Brüssel warfen das Joch der Fremden ab; der König von Holland verlor die Provinzen, die der König der Niederlande nicht zu behaupten verstanden hatte. Er selbst genehmigte die Protokolle, durch welche ihre Losreißung ausgesprochen wurde; er unterzeichnete den Waffenstillstand, der die Beilegung des Streites der Entscheidung der fünf Mächte unterwarf. Jetzt erfolgt die Entscheidung: ein Fürst, der allen auswärtigen Mächten genehm von den Belgiern gewählt ist, hat den Thron bestiegen und ist auf einer friedlichen Reise durch seine Provinzen begriffen. Niemand denkt an die Möglichkeit eines Krieges; die festen Plätze sind, im Vertrauen auf die von den auswärtigen Mächten garantirte Neutralität, unbewaffnet, die Truppen im Lande zerstreut: da erfolgt unbevorwortet, ohne vorausgegangene Aufkündigung des Waffenstillstandes, der Einbruch eines holländischen Heeres in Belgien, das, ohne eine Spur von

ernstlichem Widerstande zu finden, bis in die Nähe von Brüssel dringt. Bei größerer Kühnheit, wenn die Holländer, statt einen Seitenmarsch auf Maestricht zu machen, gerade auf die Hauptstadt zu marschirten, wäre ohne Zweifel diese selbst in ihre Hände gefallen. Die schnelle Hülfe Frankreichs, auf welche man im Haag schwerlich gefaßt war, hat alle Pläne, die in dem Cabinet eines wohlmeinenden, aber leidenschaftlich aufgeregten Fürsten ersonnen worden sein mögen, vereitelt; aber kann diese Hülfe, während sie Belgien vor den Verheerungen der Holländer rettet, nicht die nächste Veranlassung zum allgemeinen Kriege werden?

Wir glauben kaum; da an diese Frage zugleich die für Frankreich unentbehrliche Freundschaft Großbritanniens geknüpft ist.

England und Frankreich vereinigt! Wenn es eines Wunders bedürfte, um uns zu überzeugen, daß die Interessen der Civilisation in unsern Tagen selbst die mächtigsten der Nationalität überwiegen, so wäre es dieses. Jene beiden Nationen, deren Haß seit Jahrhunderten die blutigsten Kriege in Europa hervorgerufen hat, reichen sich die Hand, um eine gemeinschaftliche Bahn der Politik zu verfolgen. Welche außerordentliche Veränderung muß in Frankreich oder in England vor sich gegangen sein, ehe eine so wunderbare Erscheinung möglich wurde?

Frankreich hat die Richtung, die seine erste Revolution seiner Bevölkerung gab, nicht verlassen; aber England ist im Begriff auf friedlichem Wege dieselbe Umwälzung zu vollbringen, die es vor vierzig Jahren in Frankreich mit dem Aufgebot aller Kräfte bekämpfte. Die englische Aristokratie hat in diesem Augenblicke bereits ihre ganze unerschütterliche Macht verloren: die Parlementsreform ist der erste Schritt zu ihrem Sturze. Sie zu verweigern wäre nur das Zeichen zu einer gewaltsamen Umkehr, die schneller dasselbe Ziel erreichte.

Frankreich und England, vereinigt, sind bei der Entkräftung und bei der innern Zerrissenheit der meisten europäischen Staaten die Herren der Geschicke Europa's.

In der pyrenäischen Halbinsel hat der albernste Despotismus längst die Kraft des glühendsten Volkes gebrochen, die Hülfsmittel der reichsten Natur erschöpft. In Portugal, wie in Spanien ist Alles, was einigen Anspruch auf Bildung machen kann, für die Sache der Freiheit begeistert; die Blüthe des Adels, der Armee, des Gelehrtenstandes schmachtet im Kerker oder in der Verbannung. Die große Masse der Bevölkerung ist verständig genug, liberale Institutionen wenigstens nicht von sich zu weisen. Nur der Pöbel, von einem Heere wohlgemästeter Mönche commandirt, hält die Tyrannen, die das edelste Blut wie Wasser vergossen haben, auf ihren entehrten Thronen.

Auf der Halbinsel des Appennin's fing der lange gefesselte Geist der Unabhängigkeit in seinen Banden sich aufs neue zu regen an. Der Einmarsch der Oesterreicher konnte den Papst vor einer schmählichen Flucht retten, aber

er vermag nicht das einmal erwachte Nationalgefühl zu unterdrücken. Schon hat der Kirchenstaat als freiwillige Gabe so ziemlich dasselbe erhalten, was seine empörten Bewohner mit Gewalt der Waffen erzwingen wollten: Municipalgesetze und eine Art von repräsentativer Verfassung. Dadurch ist Italien nicht beruhigt.

Deutschland, durch seine Lage in der Mitte des Continents, wie durch den kriegerischen energischen Geist seiner Bevölkerung dazu berufen, vor allen andern Staaten an der Spitze der politischen Verhältnisse zu stehen, büßt in schmachvoller Ohnmacht die Schuld, die es während des Mittelalters an Italien begangen hat. Erst durch die Gefahr, die zugleich von Osten und von Westen droht, mehr noch durch die Ausbrüche der Unzufriedenheit im Innern scheint endlich das Bewußtsein seiner Hülflosigkeit zu erwachen; glücklich, wenn noch zu rechter Zeit die Mittel ergriffen werden, die allein die deutsche Nation zu dem ihr gebührenden Range in der europäischen Völkerfamilie empor heben können. Eines ist, was Noth thut: Eintracht, Einheit Einigung; aber dieß Wort ist leicht gesagt, schwer ausgeführt.

Mit Schmerz wenden wir unsern Blick nach dem Osten. Hier unterliegt in verzweiflungsvollem Kampfe ein Heldenvolk, welches die Vorsehung dazu bestimmt hat, durch sein Beispiel uns zur Warnung zu dienen. Wie Deutschland in eine Menge kleiner Staaten, von denen jeder sein eigenthümliches Interesse verfolgt, war Polen in eine Menge Parteien zerrissen, von denen gleichfalls jede ihr eigenthümliches Interesse verfolgte. Der Ausgang hat gelehrt, daß die ausgezeichnetste Tapferkeit, Vaterlandsliebe, Aufopferung — daß alle Tugenden unvermögend sind, die Unabhängigkeit, das Fortbestehen einer Nation zu sichern, wenn die eine höchste Tugend — die Einigkeit — fehlt.

Diese, beinahe die einzige politische Tugend, welche die Russen durch ihre Verfassung besitzen, hat sie allein über alle ihre Nachbarvölker erhoben. Nach der Unterjochung Polens haben sie auch über Deutschland bereits ihren Einfluß ausgedehnt, der so groß ist, daß man selbst in der freiesten deutschen Ständeversammlung es kaum wagt, den russischen Namen in den Mund zu nehmen. Mit dem rechten Arme greift Rußland nach Schweden und Dänemark, um die Ostsee in seinen Kriegshafen, in sein geschlossenes Meer zu verwandeln; mit dem linken hat es die Pforte gebändigt und das schwarze Meer seiner Botmäßigkeit unterworfen. Nur einen Feind hat Rußland in seiner Riesengröße zu fürchten; nicht das entfernte Frankreich, nicht das zerstückte Deutschland und noch weniger eine einzelne deutsche Macht. Nur England, das die Heere des Balkanübersteigers von den Thoren Konstantinopels zurückgewiesen hat, vermag den Fortschritten des asiatischen Kolosses Einhalt zu thun. Und an vollwichtiger Aufforderung hiezu fehlt es nicht. Gelingt es Rußland, durch den Sund und die Dardanellen die Ostsee und das schwarze Meer zu sperren, so mag England immerhin mit seinen Flotten den Ocean

bedecken: ſein Einfluß auf den europäiſchen Continent, wie ſein Reich in Oſtindien iſt verloren, und ſeine Herrſchaft zur See, wenn es dieſe auch noch einige Zeit behauptet, unnütz und zwecklos.

Hierin — in dieſer Beſorgniß, die, mehr oder weniger offen, mehr als einmal in dem brittiſchen Parlemente ausgeſprochen worden iſt — ſehen wir den Schlüſſel der engliſchen Politik im Oſten. Daß Rußland das einzige Land in Europa iſt, in welchem die liberalen Ideen nur bei einer geringen Anzahl von Mitgliedern der höchſten Stände Eingang gefunden haben, erklärt ſeine Stellung gegen Frankreich und die conſtitutionellen Staaten des Continents; auf andern Urſachen beruht die Spannung, in der es ſich mit England befindet. Ein Glück für Europa und ein Segen der Menſchheit wäre es, wenn dieſe Spannung die Rettung des heldenmüthigen Polens würde! Bildet Polen im Oſten, bilden Belgien und die Schweiz im Weſten ſelbſtſtändige Staaten, deren Neutralität von allen europäiſchen Mächten garantirt wird, ſo ſind die drei großen Staatenſyſteme, deren unmittelbare Berührung allein einen allgemeinen Krieg herbeiführen kann — Frankreich, Deutſchland und Rußland — durch unüberſteigliche Vormauern geſchieden; alle Urſachen zu gegenſeitiger Feindſeligkeit ſind entfernt, und überall wird freundlicher Austauſch und Verkehr an die Stelle der alten Rivalität treten, die ſo lange die Völker einander entfremdet und allen geſchadet, keinem einzigen genützt hat. Aber wird England, wird Frankreich zu rechter Zeit handelnd einſchreiten? werden ſie früh genug ihr Intereſſe mit dem Intereſſe Europa's, mit dem Intereſſe der Civiliſation vereinigen? Bis jetzt haben wir wenig Grund, dieß zu hoffen. Die Stimme der Vermittelung verhallt in dem Donner der Kanonen, und diplomatiſche Noten ſtillen das Blut von tauſend Todeswunden nicht.

Deutſchland.

Geſchrieben am 6. September 1831.

Eine große Veränderung iſt ſeit Jahr und Tag in Deutſchland vor ſich gegangen, und es iſt von Wichtigkeit, daß die Zeichen derſelben, ihre Bedeutung und ihr Ziel recht gedeutet werden, ehe der Zeitpunkt gegenſeitiger Verſtändigung entflohen iſt.

Die Deutschen, in allen anderen Dingen als klare und tiefe Denker anerkannt, waren in politischer Hinsicht einem Zustande der Unwissenheit und Unmündigkeit verfallen, der — wenn wir die Lage eines großen und mächtigen Volkes in der Mitte zwischen den feindlichen Bestrebungen, den entgegengesetzten Interessen des Ostens und des Westens bedenken — wahrhaft bemitleidenswerth erscheint. Wenn irgendwo in dem Kopfe eines Fürsten oder in dem Herzen eines Volkes eine neue Idee erwachte, die zu einem gewaltsamen Ausbruch führte, so war man sicher, daß der Krieg, ohne uns zu fragen, auf unserm Grund und Boden ausgekämpft wurde. Daß wir aber je bei der Entscheidung, die durch Ströme deutschen Blutes und durch den Brand und die Verheerung deutscher Städte und Ortschaften erkauft war, eine Stimme gehabt hätten, davon ist, wenigstens in den letzten beiden Jahrhunderten, selten etwas bekannt geworden. Das deutsche Reichsgebäude, nach dem Willen und mit Zustimmung des deutschen Volkes von seinen Kaisern aufgeführt, fiel in Trümmern; über die Ruinen wurde zuerst einseitig von Frankreich, dann, nach dem Sturze Napoleons, von den fünf Mächten, die sämmtlich deutsche Unterthanen zählen, von denen aber keine einzige eine ausschließlich deutsche Macht ist, eben so einseitig verfügt: des deutschen Volkes ist bei allen diesen Verhandlungen kaum gedacht worden.

Einmal freilich, als die Noth am größten war, als fremde Heere und fremde Satrapen in ganz Deutschland nach Willkür schalteten und das Ende des deutschen Namens nahe schien, da erinnerten sich die Fürsten und Großen, daß sie Deutsche wären. Ein Aufruf erging an das deutsche Volk, sich seines alten Ruhmes zu erinnern, mit vereinter Kraft die Fremdherrschaft von sich abzuwerfen. Und wie ein Riese erhob sich das schlafende Deutschland; die Erde erbebte unter seinen Schritten, wie schwache Fäden waren die Ketten zerrissen, und alle Welt erwartete die Gesetze, die Befehle des Gewaltigen. Aber nur der Fürsten Wort hatte diesen Zauber gewirkt; das Wort der Fürsten verstummte, als die Gefahr vorüber war, und wie ein treuer Hund legte der Riese nach vollbrachter Arbeit sich zu ihren Füßen und versank bald wieder in tiefen Schlaf.

Jetzt ist von einer andern Seite her, von derselben, von der früher nur die Stimme der Unterdrückung zu uns herüber kam, mahnender Zuruf erschollen, und wieder regt der schlummernde Riese seine Glieder. Noch ist es nur ein wüster Traum, in dem er bewußtlos sich bewegt; und wie viel Unheil haben seine krampfhaften Zuckungen bereits angerichtet! Wehe, wenn er erwacht, und die leitende Stimme seiner Führer vermißt! Wenn er, durch Fremde geweckt, seine Wuth in der ersten Ueberraschung gegen seine Herren kehrt!

Wohl fühlen diese, was dann ihnen droht, und in banger Besorgniß haben sie von nahe und fern einen Rath berufen und umstehen den träumenden Riesen und fragen, was zu thun sei, wie man es anzufangen habe, um das

deutsche Volk in seinen alten festen traumlosen und gefahrlosen Schlummer wieder einzulullen.

Die Kurzsichtigen! und ahnen nicht, daß die Zeit des Schlafens vorbei ist, sehen nicht, daß immer heller und heller der Tag anbricht, begreifen nicht, daß es jetzt darum zu thun ist, rasch entscheidend zu wirken, und nicht seine Zeit in endlosen Berathschlagungen zu verlieren. Die Thatsache, daß Deutschland sich in der gefährlichsten Lage befindet, daß zugleich von Osten und Westen äußere Feinde drohen, während im Innern die unvernünftigen Massen zu gähren und ihre Kräfte zu brauchen anfangen, ist nicht länger in Abrede zu stellen, und Thorheit wäre es, sie den Betheiligten verbergen zu wollen. Hier giebt es keine Wahl! Entweder müssen wir uns gefallen lassen, daß die Gährung immer tiefer greift und, nach einigen bald gelingenden, bald mißlingenden Versuchen, sie zu unterdrücken, in eine wilde Pöbelherrschaft ausartet, deren letztes Resultat am Ende willige Unterwerfung unter das Joch der Franzosen oder der Russen sein würde; oder wir müssen nicht durch unvernünftige Gewalt, die uns dem Pöbel gleichstellt, sondern durch verständige Anwendung zweckmäßiger Mittel die Quellen der Gährung zu verstopfen, ihre tiefsten, verborgensten Ursachen zu entfernen suchen.

Und welches sind diese Ursachen? Worin bestehen die Mittel, welche sie auf gründliche Weise entfernen sollen? Die Fürsten und ihre Räthe scheinen dieß nicht zu wissen, da sie sonst nicht ermangelt haben würden, in ihrem eigenen Interesse, zur allgemeinen Beruhigung ihre Kenntniß zur öffentlichen Kunde zu bringen. Aber in dem deutschen Volke erwacht, während die dunkle Masse im tiefsten Grunde bewegt wird, zu gutem Glück hie und da das Bewußtsein; erst einzelne Stimmen und dann die vereinten Mehrerer werden laut, die warnen vor der Gefahr, die anzeigen, woher sie droht, und angeben, wie ihr zu begegnen ist.

Wenn wir alles zusammenfassen, was von feurigen Freunden des Vaterlandes hier auf der Rednerbühne deutscher Ständeversammlungen, dort in Bittschriften an die Regierungen und an die Fürsten, oder auch wohl in eigenen im Druck erschienenen Aufsätzen und Werken, gesagt worden ist; so wird es uns klar, daß die letzte Ursache aller Leiden, die auf Deutschland lasten, und daher auch aller Unzufriedenheit, die in Deutschland gährt, ein großes Unrecht ist: das Unrecht, welches unsere Fürsten, freilich unwissentlich, begangen haben, indem sie bei dem allmäligen Verfall des deutschen Reiches und noch mehr seiner Auflösung ihnen nicht gebührende Rechte an sich zogen. Die Fürsten, welche die verschiedenen Provinzen Deutschlands beherrschten, waren nicht Regenten selbstständiger Staaten, sondern nur erbliche Verweser von Kaiser und Reich und, gleich dem geringsten ihrer Unterthanen, diesem verantwortlich. Machte äußere Gewalt die Auflösung unvermeidlich, so mußte, sobald diese Gewalt aufhörte, entweder der frühere Zustand zurückkehren, oder da dieß unmöglich war, wenigstens eine Ausgleichung des factischen status quo mit dem rechtlichen Bestande versucht werden.

Man sage nicht, daß dieß durch die Errichtung des deutschen Bundes geschehen ist. Ein Bund, in welchem jedes einzelne Mitglied die Wahl hat, die Beschlüsse aller übrigen anzuerkennen oder von sich zu weisen, ist ein Unding; und wie lächerlich auch jedem, der die hundertjährigen Processe des alten Reichskammergerichtes kennt, die Proceduren dieser ehrwürdigen Allongeperücken sein müssen, so ist doch nicht zu leugnen, daß in den Wirren der ersten französischen Revolution Wetzlar eine würdigere Stellung einnahm, als Frankfurt. Die Beschlüsse des Reichskammergerichtes zu Wetzlar führten den vertriebenen Fürstbischof von Lüttich in die Mauern seiner empörten Hauptstadt zurück; die Beschlüsse des Bundestages zu Frankfurt haben, so viel uns bekannt geworden, noch keinen Förster in Luxemburg vermocht, zum Gehorsam gegen seinen Großherzog zurückzukehren.

In Wahrheit ist, was auch papierne Verträge sagen mögen, Deutschland in so viele verschiedene, völlig unabhängige und völlig gesonderte große und kleine Reiche zerfallen, als es Staaten zählt; in jedem gilt der Bürger jedes anderen als Ausländer, in jedem werden die Interessen jedes anderen als fremde betrachtet, von jedem wird der Macht, dem Wohlstande, dem Reichthume jedes andern so viel entzogen, als durch die Umstände irgend thunlich wird. Wen kann es befremden, wenn bei einem solchen Verfahren allgemeine Verwirrung, Ohnmacht, Unzufriedenheit, Bedrückung, Gährung eintritt? Bei allen Plackereien, denen unter der alten Reichsverfassung der Unterthan von hundert kleinen Gewalthabern ausgesetzt war; bei aller Machtlosigkeit, in welcher die sonderbaren veralteten Formen dieser Verfassung das ganze Reich hielten, war Deutschland doch ein einziger großer, in sich abgeschlossener und gerundeter Staat. Der Würtemberger reiste nicht ins Ausland, wenn er die Grenzen seines kleinen Herzogthums überschritt; der Sachse braucht keinen Kampf mit den bayrischen Gendarmen zu bestehen, wenn er auf die hohe Schule des Gewerbfleißes nach Nürnberg wanderte; dem Braunschweiger wurden nicht vielfache Zölle abgenommen, wenn seine Frachtwagen durch das benachbarte Hannover gingen; das großartige Institut des deutschen Buchhandels, welches sich nicht durch den Schutz unserer Regierungen, sondern ungeachtet dieses Schutzes, in dem allgemeinen Verfall noch bis auf diese Stunde erhalten hat, konnte sich zu einer wahren geistigen Republik erheben; und es fiel Niemand ein, derselben durch Circulare vorzuschreiben, welche Art von Geist sie verbreiten und welche an die Verleger zurückschicken sollte. Deutschland, mit einem Worte, war ein lebendiger Leib, in welchem das Blut zwar langsam und träge, aber doch frei und ungehemmt circulirte. Wenn man den Leib eines Menschen, eines Thieres zerstückte, oder wenn man die einzelnen Glieder desselben durch Fesseln trennte, die eben so tief einschnitten, als unsere Douanenlinien, wenn man ihm Venen und Arterien unterbände, würde man sich wundern, wenn das Blut zu circuliren aufhörte? wenn eine Fäulniß einträte, welche die edelsten Theile verzehrte?

Aber was ist zu thun, um dem Uebel, das freilich zugegeben wird, — nachdem die Sache einmal so weit gekommen ist, — abzuhelfen? Unmöglich kann man doch verlangen, daß die Fürsten ihren wohlerworbenen Souveränitätsrechten entsagen, einen Kaiser wählen, und sich demselben als Vasallen unterordnen sollen?

Ob dieses Alles wirklich unmöglich sei; wollen wir hier dahingestellt sein lassen, da es, unserer Meinung nach, unnöthig ist. Das, was Deutschland von seinen Fürsten verlangt, und was, Alles wohl erwogen, eben so sehr in dem Interesse der Fürsten als der Völker liegt, ist, daß der Grundsatz der Einheit Deutschlands, der durch die deutsche Bundesacte wie durch die Wiener Schlußacte bereits von allen deutschen Staaten urkundlich ausgesprochen und anerkannt worden ist, nach sechzehnjährigem Zögern einmal zur Ausführung gebracht werde. Wenn Deutschland nur alles das erhält, was durch feierliche Verträge längst verheißen worden ist: Freiheit des Gedankens, Freiheit des Handels und des gegenseitigen Verkehrs, und eine freie, nach freier Wahl des Volkes geordnete Verfassung, so wird bald jede Spur von Unzufriedenheit verwischt sein; und wo frevelhafter Leichtsinn oder verbrecherische Aufwiegelung die Ruhe stören, wird es keiner Einmischung der bewaffneten Macht, keines unvernünftigen Blutvergießens, keines Henkerbeiles, keiner Füsilladen bedürfen, um die Herrschaft der Gesetze herzustellen. Und um dieß möglich zu machen, da es z. B. von keinem einzelnen Fürsten abhängt, seinen Unterthanen Freiheit des Handels zu gewähren, sobald die Nachbarn nicht einwilligen, — um dieß möglich zu machen, haben die deutschen Fürsten nichts zu thun, als daß sie statt eines Bundestages, den man leider eben so wahr als witzig schon eine Bundesnacht genannt hat, und den, wie wir fürchten, nicht leicht wieder etwas empor bringen kann, einen Fürstentag oder einen Reichstag halten, auf dem sie selbst in Person, oder durch Bevollmächtigte, d. h. mit voller Macht bekleidete, nicht bloß accreditirte Gesandte erscheinen und nach Stimmenmehrheit gemeinschaftliche für alle deutschen Staaten und Landschaften verbindliche Beschlüsse fassen. Das Recht der Verwahrung und der Protestation auf dem deutschen Bundestage ist eben so verderblich für Deutschland, als er das nie pozwalam auf den früheren polnischen Reichstagen für Polen war. Einheit! Einheit! Einheit! Dieß eine Wort umfaßt alle Bedürfnisse Deutschlands. Nur festes Aneinanderschließen, gemeinschaftliches Handeln, Aufgeben aller kleinlichen gegenseitigen Eifersucht und Ausschließung — Einheit kann Deutschland vor Anarchie, vor Unterjochung, vor namenlosem Elend wahren: Einheit ist das erste Wort, welches das jugendlich erwachende politische Bewußtsein der Deutschen stammelt.

Die Reform des deutschen Bundes.

Geschrieben am 15. November 1831.

Der Friede ist gesichert; die Umwälzung, die, von Frankreich ausgehend, ganz Europa zu ergreifen drohte, ist abgewandt; die Blicke, die bisher in ängstlicher Erwartung in die Weite schweiften, kehren beruhigt auf die Heimath zurück; und unwillkürlich fragen wir uns: Ist die Lage, in der wir uns befinden, unverändert geblieben? haben wir gewonnen, oder haben wir verloren, seit der Sturm, welchen die Julitage des vergangenen Jahres erregten, über unseren Häuptern hinbrauste?

Niemand, auch der durch Leidenschaft oder Parteigeist Verblendetste nicht, wird behaupten, daß Deutschland allein, während im Osten und im Westen vom Volks- und Fürstenkampfe die Erde erbebte, in unveränderter Lage geblieben sei.

Für einzelne deutsche Gauen haben schroff genug in die Augen fallende Ereignisse diese Frage außer Zweifel gestellt. Hat nicht im Herzen Deutschlands an den Thronen der Fürsten die Flamme der Empörung geleckt? Haben nicht die ältesten Staaten deutschen Namens sich genöthigt gesehen, in den Grundzügen ihrer Verfassung die wesentlichsten Umwandlungen vorzunehmen? Wer möchte sagen, daß Sachsen, Hessen, Braunschweig und Hannover, daß selbst Bayern, Würtemberg und Baden sich gegenwärtig noch in derselben Lage befänden, wie vor fünfzehn Monaten?

Größer aber und gewaltiger, als jede Veränderung, die in den Verfassungen und den Verhältnissen der einzelnen Staaten vor sich gehen konnte, ist die große Veränderung, die in dem Volksgeiste, in der Gesinnung, dem Glauben und der Meinung der Gesammtbevölkerung von ganz Deutschland erfolgt ist. Deutschland hat gewonnen, was es seit dem Ausgange des Mittelalters nie gekannt hatte, — eine öffentliche Meinung, ein klares, bestimmtes, entschiedenes Bewußtsein seiner Bedürfnisse, seiner Wünsche und seines Willens.

Was ist es, was Deutschland will? In dieser einen Frage sind alle anderen, die wir über den gegenwärtigen Zustand von Deutschland aufwerfen könnten, einbegriffen. Denn so wie wir den einzelnen Menschen, seinen Charakter, seinen sittlichen und gemüthlichen Zustand kennen, sobald wir die Gegenstände seines Begehrens, sobald wir seinen Willen kennen; so kennen wir auch ein Volk, so kennen wir den sittlichen, den gesellschaftlichen und politischen Zustand eines Landes, sobald wir wissen, was es will.

Was ist es also, was Deutschland will?

Von Ost und West, von Nord und Süd kommt uns wie aus einem Munde die Antwort: Das Erste, das Vornehmste und Höchste, was jeder Deutsche will, ist Einheit, Vereinigung der zertheilten und zerstreuten Glieder des deutschen Volkes, Herstellung eines einigen, mächtigen, alle deutschen Stämme umfassenden deutschen Reiches. So unwissend ist in der kleinsten Landstadt kein Krämer, so verwahrlost in dem elendesten Dorfe kein Bauer, der es nicht wüßte, daß die Hauptquelle aller Leiden, aller Lasten und aller Beschwerden, die den Einzelnen wie das Ganze drücken, das große Unrecht ist, das von den deutschen Fürsten an dem deutschen Volke begangen worden ist, indem sie das Reich, welches kein Fürstenbund, sondern ein Völkerverein war, einseitig auflösten, allen Gewinn aus dem Nachlaß sich zu Gute, allen Verlust den deutschen Stämmen zur Last schrieben.

Warum waren die Deutschen berühmt wegen der Treue und Ergebenheit gegen ihre Fürsten? Weil sie bei manchen einzelnen Beschwerden im Ganzen sich wohl und behaglich fühlten; weil es eine Ehre war, ein Deutscher zu sein. Der Fremde machte vielleicht hinter dem Rücken sich über den Unbeholfenen lustig; aber er machte Platz, wenn es hieß: das ist ein Deutscher. Das deutsche Volk ist kein Volk, welches sich durch leichtfertigen Schwindelgeist bethören ließe; alle List der Hölle würde an der rauhen Felsenfestigkeit deutscher Biederkeit und Redlichkeit abgleiten. Weit mußte es gekommen sein, tief mußte die Wunde gefressen haben, und heiß mußte sie brennen, ehe der Deutsche seiner angeerbten Treue gegen seinen Fürsten, seiner mit der Muttermilch eingesogenen Achtung vor dem Gesetze vergaß.

Nachdem die ersten Ausbrüche leidenschaftlicher Aufregung vorüber waren, die im Laufe des v. J. mehr als einen deutschen Volksstamm zu Handlungen gesetzwidriger Gewalt verleiteten, kehrte die ruhige, gemäßigte Besinnung, die dem Deutschen vor allen andern Völkern eigen ist, bald zurück; überall hat man jetzt sich überzeugt, daß nicht an dem guten Willen der Behörden, noch weniger an dem Willen der Fürsten die Schuld liegt, wenn Städte und Landvolk verarmen, Handel und Gewerbe verfallen und Elend und Noth eintreten, wo früher Wohlstand und Wohlleben herrschte. Alle guten Gesetze, alle trefflichen Einrichtungen, die manchem einzelnen Uebel abhelfen, sind immer nur der einzelnen Schaufel Erde zu vergleichen, die bei einem allgemeinen Dammbruche in die schwellenden Wogen geworfen wird. Es ist gut, wenn man im Einzelnen bessert; aber geholfen wird nicht, bevor dieß nicht im Ganzen geschieht. Braunschweig, Hessen, Sachsen, Hannover, und alle einzelnen deutschen Staaten der Reihe nach, mögen in ihrem Innern in jeder Beziehung die allervortrefflichsten Einrichtungen treffen; der Fluch, der auf dem Gewerbfleiße, auf dem Schweiße des Landmanns, ja selbst auf der geistigen Thätigkeit des Gelehrten ruht, wird nicht eher beschworen, der Druck, unter dem

alle Stände erliegen, kann nicht eher gehoben werden, bevor die Fesseln nicht gelöst, die Schranken nicht gefallen sind, die durch Mauthlinien und Zollklinien, und jetzt vielleicht auch noch durch Mauth- und Zollverträge jedes deutsche Land und jedes deutsche Ländchen zu Tode schnüren. Der Handel ist der Blutumlauf der Staaten; wenn der Blutumlauf in einem Körper zu stocken anfängt, stellen bald auch alle andern Lebensverrichtungen ihre Dienste ein.

Die deutschen Fürsten haben Unrecht gethan, als sie bei der Auflösung deutschen Reiches alle Herrlichkeit des Reiches für sich nahmen, und alle Lasten des Reiches mit verdoppelter Schwere ihren Völkern aufbürdeten. Wenn die Landgrafen, Herzoge und Kurfürsten des deutschen Reiches in ihrer Rangordnung zu Großherzögen und Königen hinaufrückten, war es billig, daß die Völker die Kosten dieses Avancements tragen mußten? Konnten die neuen Großherzoge und Könige sich nicht mit derselben bescheidenen Staatseinrichtung begnügen, wie in dem niederern Stande, wenn überall bei Fürsten des deutschen Reiches von einer Standeserhöhung die Rede sein konnte? Und wenn die Zeitumstände, mit gebieterischer Gewalt, einen vermehrten Aufwand nothwendig machten, konnten die Mittel zu demselben nicht auf zweckmäßigere Weise aufgebracht werden, als indem man die Quellen verstopfte, aus denen Jahrhunderte lang Leben und Wohlstand geflossen war? Unter Kaiser und Reich kannte Deutschland keine Handelsbarrièren.

Nachdem das Unabwendbare einmal geschehen, nachdem der gothische Bau, der in düsterer Pracht den Stürmen eines Jahrtausends getrotzt hatte, einmal zusammengebrochen war, wäre es unklug gewesen, wenn man aus den Trümmern, die hier und da zerstreut lagen, das alte Gebäude wieder herzustellen versucht hätte. Die Gegenwart hat in Staaten, wie im Menschenleben, höhere Rechte, als die Vergangenheit. Aus den bestehenden Verhältnissen, nicht aus alten Erinnerungen müssen sich die Einrichtungen entwickeln, welche der Gesellschaft zum Segen werden sollen.

Dieß bedachten die Fürsten, die auf dem Wiener Congreß zusammensaßen, als sie an die Stelle des alten deutschen Reiches einen neuen deutschen Bund schufen. Seit zweitausend Jahren ist der ganze Entwicklungsgang des deutschen Volkes darauf berechnet gewesen, die eigenthümliche Art, die Freiheit und Unabhängigkeit seiner verschiedenen Stämme immer schärfer und selbstständiger herauszustellen; auch ohne fremde Dazwischenkunft mußte zuletzt die Auflösung des Reiches die Folge sein; und es wäre vermessen gewesen, wenn arme Sterbliche in ihrem Rathe beschlossen hätten, die Geschichte von zweitausend Jahren rückgängig zu machen. Auch war die Bahn, auf der man weiterzuschreiten hatte, von einem großen Meister bereits richtig bezeichnet. Friedrich der Große hatte bereits an die Stelle des deutschen Reiches einen deutschen Fürstenbund zu setzen versucht, und Napoleon hatte, wenngleich zu selbstsüchtigen Zwecken, durch die Stiftung des Rheinbundes dieß gethan. Ein freier Bund der deutschen Stämme, oder da diese, durch die Uebertragung

aller Souveränität auf die Fürsten, von den Fürsten repräsentirt werden, ein freier Bund aller deutschen Fürsten war es, was die Stelle des in Abgang gekommenen Reichsverbandes ersetzen mußte; und einen deutschen Fürstenbund schuf der Congreß.

Sechzehn Jahre hat dieser Bund bestanden; und wir haben daher Zeit genug gehabt, zu prüfen, in wie fern derselbe seinem Zwecke, die freien selbstständigen deutschen Stämme und Staaten zu einem mächtigen Ganzen zu vereinen, entspricht. Schwerlich wird in ganz Deutschland sich eine einzige Stimme erheben, die es zu behaupten wagte, daß der deutsche Bund in seiner gegenwärtigen Gestaltung seine Bestimmung erfüllte. Jedes deutsche Land betrachtet das andere als Ausland; jedes sucht alles Mögliche hervor, sich von seinen Nachbarn so scharf als möglich zu trennen, und man könnte den deutschen Bund daher eher eine Entzweiung, als eine Vereinigung der Deutschen nennen. Nach außen keine Kraft, weil jedes einzelne Bundesglied die Beschlüsse aller übrigen unwirksam machen kann; im Innern keine Einheit, weil der Deutsche in dem nächsten deutschen Nachbarlande sich keiner größeren Rechte erfreut, als der Fremde, der aus einer Entfernung von tausend Meilen herkommt.

Wenn die Ereignisse des letzten Jahres, so schmachvoll sie zum Theil für den deutschen Namen waren, irgend etwas Gutes gestiftet haben, so war es gewiß dieß, daß die Ueberzeugung von der Unzulänglichkeit des deutschen Bundes allgemein geworden ist. Zwei Männern, dem verehrten Welcker in Karlsruhe und dem würdigen Jordan in Kassel, gebührt die Ehre, diese Angelegenheit, die für jeden Deutschen die erste und wichtigste ist, zuerst zum Gegenstande öffentlicher Berathung gemacht zu haben; aber viele Tausende haben längst gedacht und gefühlt, was sie den Muth hatten zu sagen. Den Muth! traurig genug, daß Muth dazu gehört, um das zu thun, was die Pflicht jedes guten Bürgers ist: Gebrechen, an denen das gemeine Beste leidet, aufzudecken und die Heilmittel dagegen anzugeben.

Oft wird ein Schaden, der bei leichtsinniger Vernachlässigung die furchtbarste Zerrüttung des ganzen Körpers nach sich zieht, durch die Anwendung der einfachsten Mittel geheilt. Wir hoffen, daß dieß auch bei dem deutschen Bunde der Fall sein wird. Das Mittel, von welchem Deutschland die Abstellung seiner drückendsten Beschwerden, ja wir können sagen, von dem es seine Rettung zu erwarten hat, liegt so nahe und ist so einfach, daß wir uns unmöglich überreden können, man werde dasselbe länger von der Hand weisen. Wir verlangen weder ein deutsches Nationalparlement, weil wir wohl einsehen, daß zu diesem die Elemente noch nicht vorhanden sind, noch einen deutschen Kaiser, weil wir begreifen, daß die Zeit desselben vorüber ist; wir verlangen nichts als strenges Festhalten und folgerechtes Durchführen der Grundsätze, welche der deutsche Bund in seiner Bundesacte ausgesprochen hat: zuvörderst wahre und wirkliche, nicht bloß zum Scheine und dem Namen nach

vorhandene Vereinigung aller Bundesstaaten zu einem Ganzen, zu einem Staatenvereine, dessen Glieder in ihren inneren Einrichtungen vollkommen selbstständig, unabhängig, souverain, in ihren Beziehungen zu einander aber, so wie in ihren Verhältnissen zu dem Auslande, d. h. zu den Staaten, die nicht in dem Bunde begriffen sind, dem Ausspruche des Bundestages unterworfen wären. Dadurch gewänne nicht nur der deutsche Bund als Ganzes, sondern eben so jeder einzelne Bundesstaat; der Bund, indem alle Angelegenheiten, die gegenwärtig einer langen Berathung unterliegen, welche am Ende doch selten zum Ziele führt, durch Stimmenmehrheit entschieden, die Beschlüsse, die jetzt gewöhnlich keinen andern Zweck haben, als ihre Stelle in den Acten einzunehmen, wirklich zur Ausführung gebracht werden könnten; — jeder einzelne Bundesstaat, weil der doch immer mehr oder weniger beschränkenden und wenigstens belästigenden Einmischung des Bundestages in innere Angelegenheiten für immer ein Ende gemacht wäre. Der Verlust, welchen die einzelnen Bundesstaaten erlitten, indem sie das Recht aufgäben, eine selbstständige Politik gegen das Ausland zu beobachten, wäre wahrlich unbedeutend. Denn welche Politik wollte z. B. Sachsen gegen Rußland, Baden gegen Frankreich beobachten, sobald beide sich nicht den allgemeinen Interessen des deutschen Bundes anschlössen? Und wäre mancher kleinere Hof nicht freier in seinen Bewegungen, sobald er die Vorstellungen und Rathschläge fremder Consuln oder Gesandten nicht anzuhören, sondern nur an den deutschen Bundestag zu verweisen brauchte? Nur dann, wenn die Staaten des deutschen Bundes wirklich einen Staatenbund bilden, wenn der deutsche Bundestag aus seiner Unthätigkeit erwacht und seine durch die Verträge festgestellte Bestimmung erfüllt; nur durch Wiederbelebung seiner Volkseinheit kann Deutschland groß, mächtig und reich werden.

Die Zukunft Deutschlands.

Geschrieben am 18. November 1831.

Wer es nicht bereits wüßte, daß ein Hauptzug des deutschen Charakters die Gemüthlichkeit ist, und daß die Gemüthlichkeit, sobald sie nicht frei nach allen Seiten hin ausbreiten kann, gar zu leicht in Kopfhängerei ausartet, der müßte dieß in den beiden letzten Monaten zur Genüge an der unglücklichen Polen sich aussprach, gereichte einem Volke, das

zur Bildung einer öffentlichen Meinung besitzt, wahrlich zur höchsten Ehre; der bittere Schmerz, der nach dem Verrathe von Warschau in jedem Auge zu lesen war, war des Mannes so wenig, als des fühlenden Menschen unwürdig; aber ekelhaft ist uns — dieß müssen wir gestehen — jenes unaufhörliche Klagen und Wimmern, das bald in öffentlichen Blättern, bald in den Versammlungen deutscher Volksvertreter angestimmt wird, und am Ende keinen andern Zweck hat, als durch das Vorspiegeln einer fernen furchtbaren, unwiderstehlich heranrückenden Gefahr die eigene Zaghaftigkeit und Muthlosigkeit zu beschönigen.

Seit jenes bekannte Witzwort von dem schneidenden Winde, der aus dem Norden wehe, dem Hrn. v. Talleyrand in den Mund gelegt worden ist, scheint es unter den Halblingen, die leider in Deutschland, wie überall das große Wort führen, Mode geworden zu seyn, alles Unglück und jede Albernheit auf den Fall von Warschau zu schieben. Ist man nicht in der bayerischen Abgeordnetenkammer so weit gegangen, die Zurücknahme eines früheren Beschlusses über die Preßfreiheit damit zu entschuldigen, daß die Russen Warschau eingenommen hätten? Was in aller Welt haben die Wachtfeuer, welche donische oder uralische Kosacken vor den Barrièren von Warschau unterhalten, mit der deutschen Presse zu schaffen?

Daß die Unterwerfung von Polen unter die russische Herrschaft ein Unglück für Deutschland, wie für ganz Europa und namentlich für Rußland selbst ist, welches, je weiter es nach dem Westen vordringt, um so weiter von seiner Bestimmung sich entfernt; daß Rußlands Einfluß auf die europäischen Angelegenheiten seit der Einnahme von Warschau an Gewicht nicht verloren, sondern gewonnen hat; alles dieß und hundert andere Dinge wissen wir recht gut; nur können wir uns unmöglich überzeugen, daß darin eine Aufforderung liegt, in unsern Bemühungen zum Besten des Vaterlandes, zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse und freisinniger Ideen, zur Beförderung des großen Werkes der Reform unserer Staatseinrichtungen und Verfassungen nachzulassen. Wo da, wo diese Bemühungen von unlautern Beweggründen ausgingen, wird es wohl thun, mit möglichster Geschwindigkeit das Feld zu räumen; denn die Besorgniß vor Unruhen, welche manche Regierungen zu vorübergehender Strenge gegen wahre Ausschweifungen bestimmte, ist allerdings vorüber; und der ränkesüchtige Schwätzer, der nur nach dem Beifall des Pöbels haschte, oder seine Stimme möglichst theuer verkaufen wollte, dürfte daher nicht leicht mehr Rechnung finden. Aber der Vaterlandsfreund, der sich bewußt ist, nicht [illegible] Vortheil, sondern das allgemeine Wohl, nicht den Umsturz, sondern die Verbesserung der bestehenden Ordnung, und diese nicht durch Verachtung, sondern mit strengster Beobachtung der Gesetze zu suchen, wird nicht feige zurückbeben, wenn man ihm ankündigt, daß die Stunde der Gefahr vorhanden sei. Gar oft ist eine Gefahr, von der wir uns bedroht glauben, nur in unserer Einbildung vorhanden; und sie wird erst wirklich, wenn wir sie fürchten. Der Teufel erscheint Niemand, der nicht an den Teufel glaubt.

So ist es, unserer Meinung nach, auch mit der Gefahr beschaffen, die unseren Freiheiten in Deutschland drohen soll. Schließen wir nur vor lauter Angst nicht die Augen, sehen wir nur offen und frei nach allen Richtungen um uns her: wo finden wir in ganz Deutschland, daß die Regierungen auf Rückschritte bedacht wären? Im südlichen Deutschland kann man von Rückschritten sprechen, während die Verfassungen, die bisher nur auf dem Papiere — nämlich in den Acten und Protokollen der Ständeversammlungen — bestanden, zum ersten Male seit ihrer Geburt in das Leben treten? Oder sind es Rückschritte, wenn die Regierungen, nachdem sie der öffentlichen Meinung nachgegeben und die Bahn verlassen haben, die sie irrig für die bessere hielten, sich auf dem neuen Wege nicht sogleich in vollen Galopp setzen wollen? Und glaubt man den Regierungen einen Dienst zu erweisen, wenn man, statt männlich auf den einmal gefaßten Beschlüssen zu beharren, oder offen zu bekennen, daß sie voreilig waren, den Samen des Mißtrauens unter dem Volke ausstreut, indem man den Schein annimmt, als ob man durch die Furcht vor Gewaltschritten gezwungen wäre?*)

Und bei uns, in unserem Norden, wer könnte so verblendet sein, die unermeßlichen Fortschritte nicht zu sehen, die unser öffentliches Leben nicht etwa bloß seit einem Jahre gemacht hat, sondern fortwährend und gerade am entschiedensten erst seit der unglücklichen Wendung der polnischen Angelegenheiten macht? Als Sachsen seine Verfassung erhielt (am 4. September), war der Untergang der polnischen Sache mit mathematischer Gewißheit vorherzusehen. Braunschweigs Ständen wurde die verbesserte Landschaftsordnung drei Wochen nach der Einnahme von Warschau (30. Sept.) vorgelegt; und in diesem Augenblicke (seit dem 15. Nov.) sind in Hannover die Bevollmächtigten des Königs und der Stände damit beschäftigt, den Entwurf eines neuen, den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Staatsgrundgesetzes zu berathen.

Wer kann, diese Thatsachen vor Augen, es leugnen, daß Deutschland vorwärts schreitet?

---

*) Noch weniger sind wir mit dem Benehmen der Redaction der deutschen Tribune, des freisinnigsten Blattes im südlichen Deutschland, einverstanden, wenn sie sich geradezu gegen die Verfügungen der Regierung auflehnt, weil dieselben den Gesetzen zuwider wären. In keinem wohlgeordneten Staate darf es dem Einzelnen frei stehen, die Gesetze nach seinem Gutbefinden auszulegen. Wenn die Behörden die Gesetze übertraten, so gab es gesetzmäßige Mittel, sie zur Rechenschaft zu ziehen; in keinem Fall aber, ob diese Mittel vorhanden waren oder nicht, stand es dem Einzelnen zu, sich selbst zum Richter in eigener Sache aufzuwerfen.

Der deutsche Zollverein.

Geschrieben am 24. November 1831.

Nach der Freiheit ist für die Völker der äußerste Druck oft vortheilhafter, als jeder Mittelzustand. Bei entschiedenem Leiden befindet man sich behaglicher, als bei dem Schwanken zwischen Krankheit und Gesundheit, welches weder auf die eine noch auf die andere sich einzurichten gestattet; der Gewißheit des Unglücks weiß man zu begegnen, aber wie will man der Ungewißheit begegnen, welche mit allen Qualen der Gewißheit sich in unerreichbarer Entfernung hält? Ueberall, in der sittlichen wie in der körperlichen Welt, folgt auf eine entschieden ausgesprochene Wirkung ihre Gegenwirkung; aber welche Gegenwirkung soll eintreten, wo die Wirkung keine bestimmte Gestalt angenommen hat?

In Deutschland können wir uns nicht darüber beklagen, daß wir an Gebrechen litten, welche keine Abhülfe zuließen, weil sie noch keine bestimmte Gestalt angenommen hätten. Nur zu bestimmt spricht sich die Gestalt unserer Leiden, die Wirkung des Druckes, der in höherem oder minderem Grade auf allen unseren Gauen lastet, in der Verarmung der Städte und des Landmanns, in dem Verfall der Gewerbe, in der Stockung des Handels, in der Lähmung selbst der geistigen Thätigkeit aus. Elend und Noth verbreitet sich, wo früher blühender Wohlstand herrschte; leichtsinnige Genußsucht, dem Charakter des Deutschen so fremd, verdrängt die von den Vätern ererbte Häuslichkeit und Sparsamkeit, weil die Verwendung für den Augenblick gleichgültig wird, wo es unmöglich fällt, etwas für die Zukunft zu erübrigen. Man klagte lange Zeit den Luxus als die Quelle der Verarmung an; aber allmälig hat man eingesehen, daß der Luxus nicht sowohl die Quelle, als die Folge der Verarmung ist. Der achtbare Bürger und Bauer, welcher darauf rechnen kann, sich und die Seinigen in guten und schlimmen Zeiten zu erhalten, wird sich wohl hüten, größere Ausgaben zu machen, als er zu tragen vermag; der Unglückliche dagegen, der doch voraus sieht, daß er zu Grunde gehen muß, wird sich am Ende wenig darum kümmern, ob dieß eine Stunde früher oder später geschieht, sobald er die Frist, die ihm bleibt, nur noch auf die angenehmste Weise zubringen darf. Auch dem Aermsten war es ein Beispiel, das zur Nacheiferung reizte, wenn er den Nachbarn durch Fleiß und Genügsamkeit sich zum wohlhabenden und vielleicht zum reichen Manne hinaufarbeiten sah; aber welche Aufforderung giebt es noch zu Fleiß und Genügsamkeit, sobald der

Arbeitsamste und Ordentlichste mit dem Trägsten und Liederlichsten in dasselbe Elend versinkt? Niemand geht leichtsinniger mit seiner Zeit und mit seinem Vermögen um, als der Bettler.

Gewöhnlich tritt, wenn ein Uebel die höchste Stufe erreicht hat, der Wendepunkt ein, welcher allmälig zur Besserung führt. Deutschland befindet sich in diesem Augenblicke auf dem Wendepunkte. Allgemein sieht man ein, daß der gegenwärtige Zustand der allgemeinen Noth nicht dauern kann; daß die Ursachen, welche das allgemeine Elend verschuldet haben, abgestellt werden müssen, und daß nur eine durchgreifende, alle Theile des bürgerlichen und des politischen Lebens umfassende Reform Rettung vor unheilbarer, alle Stände und alle Interessen in einen gemeinschaftlichen Abgrund hinabziehender Zerrüttung darbietet.

Einen großen Fortschritt verdanken wir bereits dem Uebermaße des Uebels. Der vollkommen gesunde Mensch gelangt selten zu einem klaren Bewußtsein über seinen körperlichen Zustand. Das Kind, welches die Widerwärtigkeiten des Lebens noch nicht erfahren hat, lebt in glücklicher Unwissenheit und Unschuld. Erst durch den körperlichen Schmerz fühlt man sein äußeres, durch den Seelenschmerz sein inneres Dasein; und wenn die Ausbildung des Bewußtseins uns als ein Vorzug, als ein Glück erscheint, so kann man daher sagen, daß jedes Unglück in seinem Gefolge immer auch ein Glück führt. Der Unglückliche ist ein höher gebildeter Mensch, als der Glückliche. Dieses Glück — das Glück des Unglücks — hat Deutschland in reichem Maße genossen. Was alle früheren Leiden, was die Verheerungen langjähriger Kriege so wenig, als die albernsten Mißgriffe und die schreiendsten Mißbräuche der Verwaltungen nicht vermocht haben, das ist der Zerrissenheit und der Entzweiung, zu welcher der deutsche Bund Deutschland verurtheilte, gelungen: Deutschland ist zum ersten Male zum Bewußtsein erwacht. Das deutsche Volk hat gefühlt, daß seine gegenwärtige Lage ihm weh thue; es hat einsehen gelernt, welches die Ursachen sind, denen es seine Leiden verdankt, und welches die Mittel sind, von denen es die Abstellung seiner Beschwerden zu hoffen hat; Deutschland weiß, was es bedarf, was es wünscht, was es will.

Von vielen Tausenden wird es gefühlt und von Tausenden ist es ausgesprochen worden, daß Deutschland vor allen Dingen nichts so sehr bedarf als Einheit: festes Aneinanderschließen aller deutschen Staaten und Stämme, Abstellung der alle Kräfte des Einzelnen wie des Ganzen lähmenden Zersplitterung, Aufhebung der Schranken, welche die nächsten Nachbarn und Verwandten, die ihrer gegenseitigen Unterstützung und Aushülfe unmöglich entbehren können, weiter von einander trennen, als wenn sie durch Gebirge und Meere geschieden wären.

Welcher reiche Segen würde über ganz Deutschland sich verbreiten, wenn nur die Schranken fielen, die gegenwärtig den deutschen Handel lähmen! Wie schnell würde der sinkende Gewerbfleiß sich wieder aufrichten, das Gras von den Straßen der Städte, das bittere Elend aus den Mienen der armen hun-

gernden Arbeiter, des verzweifelnden Winzers, des halb entblößten Bauers verschwinden; und dennoch ist dieß nur eine Seite der großen Frage der deutschen Reform.

Das Jahr 1831.

Geschrieben am 1. Januar 1832.

Unwillkürlich wendet sich bei dem Ablaufe eines jener großen Zeitabschnitte, nach denen wir das Leben der Menschen und der Völker berechnen, unser Blick auf die nächst verflossene Vergangenheit zurück. Wir fühlen es, daß das Leben mehr ist, daß es eine höhere Bedeutung hat, als jener flüchtig vorüberschwebende Schatten, den der Augenblick auf die kurze Bahn zwischen der Vergangenheit und der Zukunft wirft. In der Vergangenheit erkennen wir unsere wahre Heimat; was die Vergangenheit uns gebracht hat, an Gutem und Bösem, an Wohl und Wehe, an Freude und an Schmerz, das ist unser wahrstes, unser innigstes Eigenthum, das keine Macht auf Erden uns entreißen kann. Darum halten wir wohl auch gern, sobald eine Stunde erscheint, die uns Erholung von den Mühen des Tages gönnt, Abrechnung mit der Vergangenheit: gleich dem Geizigen, der gierig seine Schätze überzählt, die in sicherer Truhe liegen, überzählen wir die Schätze, welche wir der Vergangenheit zu treuer und sicherer Bewahrung vertraut haben.

Wenden wir unsern Blick auf die Ereignisse zurück, welche während des vergangenen Jahres das europäische Völkerleben bewegt haben, so können wir uns eines schmerzlichen Eindruckes nicht erwehren.

Alle Völker waren, nach dem Riesenkampfe gegen Frankreichs erste Revolution und gegen Napoleons Herrschaft, in tiefen, schweren Schlummer versunken. Kein Laut freier freudiger Bewegung; nur das Stöhnen der ängstlich Träumenden war zu vernehmen. Da zuckte der Blitz, da schallte der Donner der Pariser Julischlacht durch die Nacht; und der Bann war gebrochen, der Zauber gelöst. Die Schläfer erwachten zu hellem Bewußtsein, erstanden zu frischer Thatkraft.

Dieß war das Jahr 1830.

Wie Blumen, die in der Sommerschwüle durch einen Gewitterregen erquickt werden, richteten tausend, tausend Hoffnungen sich auf; aber der Sturm ist über das Blumenfeld hinweggeschritten, und die schönsten Hoffnungen sind zerknickt.

Eine Erinnerung drängt, wenn wir die Ereigniſſe des vergangenen Jahres uns zurückrufen, vor allen anderen ſich uns entgegen. Nur eine Erinnerung; aber mit Flammenſchrift iſt ſie in das Herz jedes denkenden und fühlenden Menſchen, in die Bücher der Geſchichte, in die Rechnung des Weltgerichtes geſchrieben. Polen iſt geweſen. Das Volk, das nach dem Kampfe gegen die Mongolen und gegen die türkiſche Uebermacht zum dritten Male für den Weſten gegen den barbariſchen Oſten das Schwert ergriff, mit begeiſtertem Heldenmuthe in die Schlacht ſtürzte und mit edler Todesverachtung das beſte Blut ſeines Herzens vergoß, iſt erlegen, und keine Spur iſt von allen ſeinen rieſenhaften Anſtrengungen, von ſeiner großartigen Aufopferung zurückgeblieben, — keine Spur, außer den zerſtreuten Trümmern des Heldenheeres, die heimatlos von Ort zu Ort irren und eine Stätte ſuchen, auf der ſie ihr Haupt niederlegen können.

Mit Sorge vernahm, wer die unermeßlichen Hülfsmittel des ruſſiſchen Reiches nnd die beſchränkten Kräfte des viermal getheilten, zerſtückten, niedergedrückten Polenvolkes kannte, die Kunde von dem polniſchen Aufſtande. Wer wollte jetzt nicht geſtehen, daß die tapfern Sarmaten weit aus ſeine kühnſten Erwartungen überboten haben? Als der Türkenſieger Diebitſch mit ſeinen hunderttauſend geübten Kriegern und mit vierhundert Feuerſchlünden zu Anfange des vergangenen Jahres gegen das geringe, von den nothwendigſten Kriegsbedürfniſſen entblößte Häuflein der Polen heranrückte, wer glaubte damals in ſeinem erſten Anfange den Kampf nicht bereits beendigt? Die blutgetränkten Felder von Grochow bewieſen, was verzweifelnde Vaterlandsliebe gegen die überlegene Zahl, ſo wie gegen überlegene Kriegskunſt vermag. Führerlos ſtritten zwanzigtauſend Polen gegen achtzigtauſend Ruſſen; und daß nicht die letzteren die Sieger waren, bewies die Erſtarrung, mit der ſie zwei Monate lang unthätig an der Weichſel ſtanden, den vom Eis überbrückten Strom betrachteten und ihn nicht zu überſchreiten wagten. Und als nun Skrzynecki aus Warſchau herausbrach, und die Tauſende, die ſchon vor zwei Monaten ihren Einzug in die Hauptſtadt des Polenreiches zu halten gemeint hatten, bei Dembe Wielkie überfiel, bei Iganie ſchlug und in regelloſer Flucht vor ſich hertrieb; wem ſchlug da das Herz nicht freudiger; wer fühlte ſich nicht erleichtert und fing jetzt auf das Gelingen der polniſchen Sache zu vertrauen an? Schon ſahen wir — warum ſollten wir es läugnen? — das Reich der Jagellonen in alter Herrlichkeit erſtehen und an die Ufer der Düna und des Dniepr die Markſteine von Europa gegen Aſien ſetzen. Der Einbruch des tapfern Reiterfürſten Dwernicki in Wolhynien nährte unſere Täuſchung. Dreimal Sieger, verbreitete der greiſe Held bis an die türkiſchen Grenzen und bis in die Steppen des ſchwarzen Meeres die Flammen der Empörung. Aber auch die ruſſiſchen Führer begriffen die hohe Wichtigkeit, welche dieſe Unternehmung nicht für den Ausgang dieſes Feldzuges, nicht einmal bloß für den Ausgang des Krieges, ſondern für die ganze Zukunft des ruſſiſchen Reiches

haben mußte. Immer neue Schaaren traten an die Stelle der Geschlagenen, und der Uebermacht gelang es endlich, die erschöpften Sieger aus dem Felde, das sie bis zum letzten Augenblicke mit Ehren behauptet, zu verdrängen.

Der Ausgang von Dwernicki's Heldenzuge war das Vorspiel und das Vorbild von dem Ausgange des ganzen Kampfes. In einzelnen Abtheilungen, nie besiegt, aber erschöpft durchs Siegen, wurden die polnischen Schaaren von der unermeßlichen Uebermacht eine nach der andern aus dem engen Heimatlande verdrängt und gezwungen, aus Mangel an einem Kampfplatze, dem Kampfe zu entsagen. Daß die letzten Augenblicke desselben Verrath beflecken mußte, war das Bitterste, was das unglückliche Polen in seinem Unglücke treffen konnte, darf uns aber in unserer Bewunderung einer schönen und heldenmüthig vertheidigten Sache nicht irre machen. Immer verlassen die Schwachen den Unterliegenden, und von dem Verlassen bis zu dem Verrathen ist nur ein kleiner Schritt, der oft schon gethan ist, ehe er noch mit Bewußtsein beabsichtigt war.

Was können wir diesem großen Trauerspiele, das selbst in der Erinnerung uns mit tiefem Schmerz erfüllt, was können wir ihm gegenüber, was an die Seite stellen, das den großen Verlust, den durch Polens Untergang die Sache der Freiheit erlitten hat, aufwöge, ersetzte? Waren es nicht überall nur schwächliche Regungen, welche die Sturmglocke der Notredame hervorrief, wenn wir sie mit der den ganzen Welttheil erschütternden, vom tiefsten Grunde des Nationalgefühles ausgehenden Bewegung in Polen vergleichen? Wie kraftlos waren die Versuche, welche die Italiener machten, um sich dem Drucke der Willkürherrschaft zu entziehen? Wenige Regimenter ungarischer Infanterie waren hinreichend, die tapfern Krieger auseinander zu treiben, die in ihren Proclamationen schon von dem Wiederaufbau des Capitols und der Wiederherstellung des Römerreiches sprachen. Und Belgien? Womit haben die wallonischen Blousen die Prahlereien eingelöst, zu denen der erste günstige Erfolg sie begeisterte? Kann man nach der Flucht von Tongern und der Capitulation von Leuven es bezweifeln, daß ohne französische Hülfe das neue Königreich Belgien keine vierzehn Tage bestehen würde?

Und blicken wir auf Frankreich selbst! Frankreich, welches durch seine Julirevolution das Zeichen zu der allgemeinen Bewegung gab, die wie ein elektrischer Schlag ganz Europa durchzuckte. Mit kühnen Schritten betrat Frankreich die Bahn der gesellschaftlichen Verbesserungen; alle Fesseln wurden zerbrochen, welche die freie Entwicklung geistiger Kräfte hemmten, und eine unendliche Fülle von Segen und von Glück mußte sich über ein Land breiten, das kein anderes Gesetz kannte, als den Willen, keine andere Bestimmung, als das Wohl seines Volkes. Dieß waren die Erwartungen, mit denen nach dem Sturze eines dem Volke feindlichen Herrscherstammes die Männer, welche an die Spitze der Verwaltung traten, so wie alle Freunde der Freiheit der Zukunft entgegensahen; aber wie wenig ist bis zu dieser Stunde von diesen Er-

wartungen zur Wirklichkeit geworden? Nicht die edeln Kräfte des Geistes, die nur nach dem Guten und Schönen streben, scheint die Freiheit in Frankreich entfesselt zu haben, sondern die dunklen Mächte des Abgrundes, die, wo sie erscheinen, Verwirrung und Verzweiflung mit sich bringen. Feindlich stehen auf allen Stufen der Gesellschaft die Parteien einander gegenüber; Zwiespalt herrscht in dem Rathe des Volkes, Zwiespalt zwischen dem Norden und dem Süden, Zwiespalt unter den Bürgern jeder Stadt, unter den Bewohnern jeder Landschaft. Während hier von festlichem Zuge der Freiheitsbaum umtanzt wird, wirft sich dort eine fanatische Bevölkerung vor dem Bilde des Gekreuzigten in den Staub: „Heil Karl X! Heil Heinrich V!" flüstern hier die zu geheimer Verschwörung Versammelten einander zu; „Es lebe der Bürgerkönig! Es lebe Ludwig Philipp!" schallt ihnen dort entgegen; aber aus dem Getöse des Volksauflaufes werden verwirrte Stimmen vernehmlich, die: „Es lebe der Kaiser!" „Es lebe die Republik!" rufen. Und inmitten dieser Kämpfe der politischen Parteien, die nur die Oberfläche der Gesellschaft aufregen, gährt es im tiefsten Grunde unter der breiten bildungslosen Masse, welche die Lasten des Staates trägt, ohne die Vortheile desselben zu genießen, welche mit ihrem Schweiß und Blute die Fugen des Gebäudes zusammenkittet, in dem der reiche Grundbesitzer, der wohlhabende Bürger, der Handelsherr, der Gelehrte es sich behaglich und wohnlich sein läßt. Da und dort zischte die Lohe des Vulkans bereits empor, bis sie zuletzt in dem Aufstande von Lyon sich in vollem überschäumendem Strome Bahn brach. Nicht für Frankreich allein sind die Feuerzeichen von Lyon eine ernste Warnung: überall, wo es Eigenthümer oder Eigenthumslose giebt, drohen, sobald Willkür von unten oder von oben das Gesetz entbindet, gleiche Schrecken.

Können wir es uns verbergen, wenn diese Bilder unserm Geiste vorübergleiten, daß auf den unermeßlichen Fortschritt, zu dem die Begeisterung der drei Julitage die Völker hinriß, ein vielleicht eben so großer Rückschritt gefolgt ist? Können wir es läugnen daß das Reich der Freiheit, dem wir zu festlichem Empfange weit unsere Herzen geöffnet hatten, in diesem Augenblicke uns wieder ferner und unerreichbarer steht, als je?

Wohl kann dem bekümmerten Gemüthe, das vielleicht seine theuersten Hoffnungen geopfert hat, diese Frage sich aufdrängen; und dem Kurzsichtigen, dessen Blick an der äußeren Hülle der Erscheinungen haftet, verzeihen wir es, wenn er achselzuckend oder verzagend sie bejaht. Aber sind es nicht Kleinmüthige oder Kleingläubige, die, wo Freude und Schmerz vereint in reicher Fülle geboten wird, sich durch die Bange vor dem Schmerz von der Freude zurückschrecken lassen? Dem Fruchtbaume gleich, der langsam gedeiht und unmerklich seine Sprößlinge treibt und Blätter und Knospen entfaltet, entwickelt die Geschichte der Menschheit sich in langsamem stätigem Fortschreiten: wenn der Baum in voller Blüthe steht und der Nordwind sich erhebt und durch die Zweige saus't, werden wir da verzagen? werden wir in nutzloser Trauer die

Was ist es also, was Deutschland will?

Von Ost und West, von Nord und Süd kommt uns wie aus einem Munde die Antwort: Das Erste, das Vornehmste und Höchste, was jeder Deutsche will, ist Einheit, Vereinigung der zertheilten und zerstreuten Glieder des deutschen Volkes, Herstellung eines einigen, mächtigen, alle deutschen Stämme umfassenden deutschen Reiches. So unwissend ist in der kleinsten Landstadt kein Krämer, so verwahrlost in dem elendesten Dorfe kein Bauer, der es nicht wüßte, daß die Hauptquelle aller Leiden, aller Lasten und aller Beschwerden, die den Einzelnen wie das Ganze drücken, das große Unrecht ist, das von den deutschen Fürsten an dem deutschen Volke begangen worden ist, indem sie das Reich, welches kein Fürstenbund, sondern ein Völkerverein war, einseitig auflösten, allen Gewinn aus dem Nachlaß sich zu Gute, allen Verlust den deutschen Stämmen zur Last schrieben.

Warum waren die Deutschen berühmt wegen der Treue und Ergebenheit gegen ihre Fürsten? Weil sie bei manchen einzelnen Beschwerden im Ganzen sich wohl und behaglich fühlten; weil es eine Ehre war, ein Deutscher zu sein. Der Fremde machte vielleicht hinter dem Rücken sich über den Unbeholfenen lustig; aber er machte Platz, wenn es hieß: das ist ein Deutscher. Das deutsche Volk ist kein Volk, welches sich durch leichtfertigen Schwindelgeist bethören ließe; alle List der Hölle würde an der rauhen Felsenfestigkeit deutscher Biederkeit und Redlichkeit abgleiten. Weit mußte es gekommen sein, tief mußte die Wunde gefressen haben, und heiß mußte sie brennen, ehe der Deutsche seiner angeerbten Treue gegen seinen Fürsten, seiner mit der Muttermilch eingesogenen Achtung vor dem Gesetze vergaß.

Nachdem die ersten Ausbrüche leidenschaftlicher Aufregung vorüber waren, die im Laufe des v. J. mehr als einen deutschen Volksstamm zu Handlungen gesetzwidriger Gewalt verleiteten, kehrte die ruhige, gemäßigte Besinnung, die dem Deutschen vor allen andern Völkern eigen ist, bald zurück; überall hat man jetzt sich überzeugt, daß nicht an dem guten Willen der Behörden, noch weniger an dem Willen der Fürsten die Schuld liegt, wenn Städte und Landvolk verarmen, Handel und Gewerbe verfallen und Elend und Noth eintreten, wo früher Wohlstand und Wohlleben herrschte. Alle guten Gesetze, alle trefflichen Einrichtungen, die manchem einzelnen Uebel abhelfen, sind immer nur der einzelnen Schaufel Erde zu vergleichen, die bei einem allgemeinen Dammbruche in die schwellenden Wogen geworfen wird. Es ist gut, wenn man im Einzelnen bessert; aber geholfen wird nicht, bevor dieß nicht im Ganzen geschieht. Braunschweig, Hessen, Sachsen, Hannover, und alle einzelnen deutschen Staaten der Reihe nach, mögen in ihrem Innern in jeder Beziehung die allervortrefflichsten Einrichtungen treffen; der Fluch, der auf dem Gewerbfleiße, auf dem Schweiße des Landmanns, ja selbst auf der geistigen Thätigkeit des Gelehrten ruht, wird nicht eher beschworen, der Druck, unter dem

alle Stände erliegen, kann nicht eher gehoben werden, bevor die Fesseln nicht gelöst, die Schranken nicht gefallen sind, die durch Mauthlinien und Zolllinien, und jetzt vielleicht auch noch durch Mauth- und Zollverträge jedes deutsche Land und jedes deutsche Ländchen zu Tode schnüren. Der Handel ist der Blutumlauf der Staaten; wenn der Blutumlauf in einem Körper zu stocken anfängt, stellen bald auch alle andern Lebensverrichtungen ihre Dienste ein.

Die deutschen Fürsten haben Unrecht gethan, als sie bei der Auflösung deutschen Reiches alle Herrlichkeit des Reiches für sich nahmen, und alle Lasten des Reiches mit verdoppelter Schwere ihren Völkern aufbürdeten. Wenn die Landgrafen, Herzoge und Kurfürsten des deutschen Reiches in ihrer Rangordnung zu Großherzögen und Königen hinaufrückten, war es billig, daß die Völker die Kosten dieses Avancements tragen mußten? Konnten die neuen Großherzoge und Könige sich nicht mit derselben bescheidenen Staatseinrichtung begnügen, wie in dem niederern Stande, wenn überall bei Fürsten des deutschen Reiches von einer Standeserhöhung die Rede sein konnte? Und wenn die Zeitumstände, mit gebieterischer Gewalt, einen vermehrten Aufwand nothwendig machten, konnten die Mittel zu demselben nicht auf zweckmäßigere Weise aufgebracht werden, als indem man die Quellen verstopfte, aus denen Jahrhunderte lang Leben und Wohlstand geflossen war? Unter Kaiser und Reich kannte Deutschland keine Handelsbarrièren.

Nachdem das Unabwendbare einmal geschehen, nachdem der gothische Bau, der in düsterer Pracht den Stürmen eines Jahrtausends getrotzt hatte, einmal zusammengebrochen war, wäre es unklug gewesen, wenn man aus den Trümmern, die hier und da zerstreut lagen, das alte Gebäude wieder herzustellen versucht hätte. Die Gegenwart hat in Staaten, wie im Menschenleben, höhere Rechte, als die Vergangenheit. Aus den bestehenden Verhältnissen, nicht aus alten Erinnerungen müssen sich die Einrichtungen entwickeln, welche der Gesellschaft zum Segen werden sollen.

Dieß bedachten die Fürsten, die auf dem Wiener Congreß zusammensaßen, als sie an die Stelle des alten deutschen Reiches einen neuen deutschen Bund schufen. Seit zweitausend Jahren ist der ganze Entwicklungsgang des deutschen Volkes darauf berechnet gewesen, die eigenthümliche Art, die Freiheit und Unabhängigkeit seiner verschiedenen Stämme immer schärfer und selbstständiger herauszustellen; auch ohne fremde Dazwischenkunft mußte zuletzt die Auflösung des Reiches die Folge sein; und es wäre vermessen gewesen, wenn arme Sterbliche in ihrem Rathe beschlossen hätten, die Geschichte von zweitausend Jahren rückgängig zu machen. Auch war die Bahn, auf der man weiterzuschreiten hatte, von einem großen Meister bereits richtig bezeichnet. Friedrich der Große hatte bereits an die Stelle des deutschen Reiches einen deutschen Fürstenbund zu setzen versucht, und Napoleon hatte, wenngleich zu selbstsüchtigen Zwecken, durch die Stiftung des Rheinbundes dieß gethan. Ein freier Bund der deutschen Stämme, oder da diese, durch die Uebertragung

aller Souveränität auf die Fürsten, von den Fürsten repräsentirt werden, ein freier Bund aller deutschen Fürsten war es, was die Stelle des in Abgang gekommenen Reichsverbandes ersetzen mußte; und einen deutschen Fürstenbund schuf der Congreß.

Sechzehn Jahre hat dieser Bund bestanden; und wir haben daher Zeit genug gehabt, zu prüfen, in wie fern derselbe seinem Zwecke, die freien selbstständigen deutschen Stämme und Staaten zu einem mächtigen Ganzen zu vereinen, entspricht. Schwerlich wird in ganz Deutschland sich eine einzige Stimme erheben, die es zu behaupten wagte, daß der deutsche Bund in seiner gegenwärtigen Gestaltung seine Bestimmung erfüllte. Jedes deutsche Land betrachtet das andere als Ausland; jedes sucht alles Mögliche hervor, sich von seinen Nachbarn so scharf als möglich zu trennen, und man könnte den deutschen Bund daher eher eine Entzweiung, als eine Vereinigung der Deutschen nennen. Nach außen keine Kraft, weil jedes einzelne Bundesglied die Beschlüsse aller übrigen unwirksam machen kann; im Innern keine Einheit, weil der Deutsche in dem nächsten deutschen Nachbarlande sich keiner größeren Rechte erfreut, als der Fremde, der aus einer Entfernung von tausend Meilen herkommt.

Wenn die Ereignisse des letzten Jahres, so schmachvoll sie zum Theil für den deutschen Namen waren, irgend etwas Gutes gestiftet haben, so war es gewiß dieß, daß die Ueberzeugung von der Unzulänglichkeit des deutschen Bundes allgemein geworden ist. Zwei Männern, dem verehrten Welcker in Karlsruhe und dem würdigen Jordan in Kassel, gebührt die Ehre, diese Angelegenheit, die für jeden Deutschen die erste und wichtigste ist, zuerst zum Gegenstande öffentlicher Berathung gemacht zu haben; aber viele Tausende haben längst gedacht und gefühlt, was sie den Muth hatten zu sagen. Den Muth! traurig genug, daß Muth dazu gehört, um das zu thun, was die Pflicht jedes guten Bürgers ist: Gebrechen, an denen das gemeine Beste leidet, aufzudecken und die Heilmittel dagegen anzugeben.

Oft wird ein Schaden, der bei leichtsinniger Vernachlässigung die furchtbarste Zerrüttung des ganzen Körpers nach sich zieht, durch die Anwendung der einfachsten Mittel geheilt. Wir hoffen, daß dieß auch bei dem deutschen Bunde der Fall sein wird. Das Mittel, von welchem Deutschland die Abstellung seiner drückendsten Beschwerden, ja wir können sagen, von dem es seine Rettung zu erwarten hat, liegt so nahe und ist so einfach, daß wir uns unmöglich überreden können, man werde dasselbe länger von der Hand weisen. Wir verlangen weder ein deutsches Nationalparlement, weil wir wohl einsehen, daß zu diesem die Elemente noch nicht vorhanden sind, noch einen deutschen Kaiser, weil wir begreifen, daß die Zeit desselben vorüber ist; wir verlangen nichts als strenges Festhalten und folgerechtes Durchführen der Grundsätze, welche der deutsche Bund in seiner Bundesacte ausgesprochen hat: zuvörderst wahre und wirkliche, nicht bloß zum Scheine und dem Namen nach

politische Entwickelung begriffen sein soll. Alles geht in Deutschland zurück: darüber ist man einmal einverstanden; und wer diese Ansicht nicht theilt, ist entweder mit Blindheit geschlagen oder an die Gewalt verkauft!

Zu leugnen ist es nicht, daß in der Entwickelung des öffentlichen Lebens in Deutschland in der letzten Zeit bedeutende Rückschritte gemacht worden sind. Die periodische Presse, die in einem großen Theile unseres Vaterlandes sich bereits einer beinahe völlig unumschränkten Freiheit erfreute, ist in Grenzen zurückgedrängt worden, welche zwar den Mißbrauch, aber zugleich den Gebrauch zum Guten in gleichem Maße erschweren; die Rechte der ständischen Versammlungen, die sich in einzelnen Bundesstaaten nicht neben, sondern über die Regierungen zu stellen anfingen, sind auf eine Weise bestimmt worden, die ihnen, statt der unmittelbaren Einwirkung in die Verwaltung, nur noch die Beaufsichtigung übrig läßt; und dem Volke ist die Befugniß zu gemeinschaftlichen Berathungen in öffentlichen Versammlungen, so wie in geschlossenen zu diesem Zwecke gebildeten Gesellschaften — ein Recht, das man an vielen Orten als etwas sich von selbst Verstehendes betrachtete — entzogen worden. Daß die Maßregeln, durch welche alle diese Bestimmungen getroffen wurden, wahre Rückschritte sind, wird Niemand, zu welcher persönlichen Ansicht er sich auch bekennen mag, in Abrede stellen; da jeder Schritt, durch welchen eine fortschreitende Bewegung auf ihren Ausgangspunkt zurückgeführt wird, ein Rückschritt ist. Aber vergleichen wir diese Rückschritte mit dem, was vor fünfzehn oder sechzehn Jahren noch als das höchste Ziel unserer Wünsche galt, so werden wir mit Beschämung eingestehen müssen, daß zu unseren Klagen so wenig Grund vorhanden ist, als zu unserer Verzweiflung. Alle deutschen Staaten haben seit der Zeit des Befreiungskrieges, die wir als den Ausgangspunkt unserer politischen Entwickelung betrachten müssen, so unermeßliche Fortschritte gemacht, daß neben denselben alle Rückschritte, über die wir uns beklagen könnten, als völlig unwesentlich verschwinden.

Wenn wir gegenwärtig einen Blick auf die Flugschriften und Journale werfen, die in den Jahren 1813, 14 und 15 erschienen sind, so erstaunen wir über die Unbestimmtheit und Verwirrung der Begriffe, die sich hinter allen diesen tönenden Worten und glänzenden Redewendungen zu verbergen sucht. Der einzige klare Gedanke, der in hundert verschiedenen Formen wiederkehrt, ist die Forderung der äußeren Sicherstellung gegen Frankreich. Frankreich in möglichst enge Grenzen einzuschränken, war der allgemeine Wunsch, an den sich natürlich der andere knüpfte, Deutschland möglichst groß und stark zu sehen, um nie wieder eine Erneuung der französischen Unterdrückung fürchten zu dürfen. Als das einzige Mittel, diesen Zweck zu erreichen, erschien die Zurückführung jener guten alten Zeiten, wo der deutsche Name in allen europäischen Angelegenheiten das entscheidende Gewicht in die Wagschale legte; und die Herstellung der alten deutschen Reichsverfassung, mit allen ihren Mängeln und Gebrechen, würde gewiß in den ersten Tagen der Begeisterung alle

zur Bildung einer öffentlichen Meinung besitzt, wahrlich zur höchsten Ehre; der bittere Schmerz, der nach dem Verrathe von Warschau in jedem Auge zu lesen war, war des Mannes so wenig, als des fühlenden Menschen unwürdig; aber ekelhaft ist uns — dieß müssen wir gestehen — jenes unaufhörliche Klagen und Wimmern, das bald in öffentlichen Blättern, bald in den Versammlungen deutscher Volksvertreter angestimmt wird, und am Ende keinen andern Zweck hat, als durch das Vorspiegeln einer fernen furchtbaren, unwiderstehlich heranrückenden Gefahr die eigene Zaghaftigkeit und Muthlosigkeit zu beschönigen.

Seit jenes bekannte Witzwort von dem schneidenden Winde, der aus dem Norden wehe, dem Hrn. v. Talleyrand in den Mund gelegt worden ist, scheint es unter den Halblingen, die leider in Deutschland, wie überall das große Wort führen, Mode geworden zu seyn, alles Unglück und jede Albernheit auf den Fall von Warschau zu schieben. Ist man nicht in der bayerischen Abgeordnetenkammer so weit gegangen, die Zurücknahme eines früheren Beschlusses über die Preßfreiheit damit zu entschuldigen, daß die Russen Warschau eingenommen hätten? Was in aller Welt haben die Wachtfeuer, welche donische oder uralische Kosacken vor den Barrièren von Warschau unterhalten, mit der deutschen Presse zu schaffen?

Daß die Unterwerfung von Polen unter die russische Herrschaft ein Unglück für Deutschland, wie für ganz Europa und namentlich für Rußland selbst ist, welches, je weiter es nach dem Westen vordringt, um so weiter von seiner Bestimmung sich entfernt; daß Rußlands Einfluß auf die europäischen Angelegenheiten seit der Einnahme von Warschau an Gewicht nicht verloren, sondern gewonnen hat; alles dieß und hundert andere Dinge wissen wir recht gut; nur können wir uns unmöglich überzeugen, daß darin eine Aufforderung liegt, in unsern Bemühungen zum Besten des Vaterlandes, zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse und freisinniger Ideen, zur Beförderung des großen Werkes der Reform unserer Staatseinrichtungen und Verfassungen nachzulassen. Nur da, wo diese Bemühungen von unlautern Beweggründen ausgingen, wird man wohl thun, mit möglichster Geschwindigkeit das Feld zu räumen; denn die Besorgniß vor Unruhen, welche manche Regierungen zu vorübergehender Nachsicht gegen wahre Ausschweifungen bestimmte, ist allerdings vorüber; und der selbstsüchtige Schwätzer, der nur nach dem Beifall des Pöbels haschte, oder seine Stimme möglichst theuer verkaufen wollte, dürfte daher nicht leicht mehr seine Rechnung finden. Aber der Vaterlandsfreund, der sich bewußt ist, nicht seinen Vortheil, sondern das allgemeine Wohl, nicht den Umsturz, sondern die Verbesserung der bestehenden Ordnung, und diese nicht durch Verachtung, sondern mit strengster Beobachtung der Gesetze zu suchen, wird nicht feige zurücktreten, wenn man ihm ankündigt, daß die Stunde der Gefahr vorhanden sei. Gar oft ist eine Gefahr, von der wir uns bedroht glauben, nur in unserer Einbildung vorhanden; und sie wird erst wirklich, wenn wir sie fürchten. Der Teufel erscheint Niemand, der nicht an den Teufel glaubt.

So ist es, unserer Meinung nach, auch mit der Gefahr beschaffen, die unseren Freiheiten in Deutschland drohen soll. Schließen wir nur vor lauter Angst nicht die Augen, sehen wir nur offen und frei nach allen Richtungen um uns her: wo finden wir in ganz Deutschland, daß die Regierungen auf Rückschritte bedacht wären? Im südlichen Deutschland kann man von Rückschritten sprechen, während die Verfassungen, die bisher nur auf dem Papiere — nämlich in den Acten und Protokollen der Ständeversammlungen — bestanden, zum ersten Male seit ihrer Geburt in das Leben treten? Oder sind es Rückschritte, wenn die Regierungen, nachdem sie der öffentlichen Meinung nachgegeben und die Bahn verlassen haben, die sie irrig für die bessere hielten, sich auf dem neuen Wege nicht sogleich in vollen Galopp setzen wollen? Und glaubt man den Regierungen einen Dienst zu erweisen, wenn man, statt männlich auf den einmal gefaßten Beschlüssen zu beharren, oder offen zu bekennen, daß sie voreilig waren, den Samen des Mißtrauens unter dem Volke ausstreut, indem man den Schein annimmt, als ob man durch die Furcht vor Gewaltschritten gezwungen wäre?*)

Und bei uns, in unserem Norden, wer könnte so verblendet sein, die unermeßlichen Fortschritte nicht zu sehen, die unser öffentliches Leben nicht etwa bloß seit einem Jahre gemacht hat, sondern fortwährend und gerade am entschiedensten erst seit der unglücklichen Wendung der polnischen Angelegenheiten macht? Als Sachsen seine Verfassung erhielt (am 4. September), war der Untergang der polnischen Sache mit mathematischer Gewißheit vorherzusehen. Braunschweigs Ständen wurde die verbesserte Landschaftsordnung drei Wochen nach der Einnahme von Warschau (30. Sept.) vorgelegt; und in diesem Augenblicke (seit dem 15. Nov.) sind in Hannover die Bevollmächtigten des Königs und der Stände damit beschäftigt, den Entwurf eines neuen, den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Staatsgrundgesetzes zu berathen.

Wer kann, diese Thatsachen vor Augen, es leugnen, daß Deutschland vorwärts schreitet?

---

*) Noch weniger sind wir mit dem Benehmen der Redaction der deutschen Tribune, des freisinnigsten Blattes im südlichen Deutschland, einverstanden, wenn sie sich geradezu gegen die Verfügungen der Regierung auflehnt, weil dieselben den Gesetzen zuwider wären. In keinem wohlgeordneten Staate darf es dem Einzelnen frei stehen, die Gesetze nach seinem Gutbefinden auszulegen. Wenn die Behörden die Gesetze übertraten, so gab es gesetzmäßige Mittel, sie zur Rechenschaft zu ziehen; in keinem Fall aber, ob diese Mittel vorhanden waren oder nicht, stand es dem Einzelnen zu, sich selbst zum Richter in eigener Sache aufzuwerfen.

Der deutsche Zollverein.

Geschrieben am 24. November 1831.

Nach der Freiheit ist für die Völker der äußerste Druck oft vortheilhafter, als jeder Mittelzustand. Bei entschiedenem Leiden befindet man sich behaglicher, als bei dem Schwanken zwischen Krankheit und Gesundheit, welches weder auf die eine noch auf die andere sich einzurichten gestattet; der Gewißheit des Unglücks weiß man zu begegnen, aber wie will man der Ungewißheit begegnen, welche mit allen Qualen der Gewißheit sich in unerreichbarer Entfernung hält? Ueberall, in der sittlichen wie in der körperlichen Welt, folgt auf eine entschieden ausgesprochene Wirkung ihre Gegenwirkung; aber welche Gegenwirkung soll eintreten, wo die Wirkung keine bestimmte Gestalt angenommen hat?

In Deutschland können wir uns nicht darüber beklagen, daß wir an Gebrechen litten, welche keine Abhülfe zuließen, weil sie noch keine bestimmte Gestalt angenommen hätten. Nur zu bestimmt spricht sich die Gestalt unserer Leiden, die Wirkung des Druckes, der in höherem oder minderem Grade auf allen unseren Gauen lastet, in der Verarmung der Städte und des Landmanns, in dem Verfall der Gewerbe, in der Stockung des Handels, in der Lähmung selbst der geistigen Thätigkeit aus. Elend und Noth verbreitet sich, wo früher blühender Wohlstand herrschte; leichtsinnige Genußsucht, dem Charakter des Deutschen so fremd, verdrängt die von den Vätern ererbte Häuslichkeit und Sparsamkeit, weil die Verwendung für den Augenblick gleichgültig wird, wo es unmöglich fällt, etwas für die Zukunft zu erübrigen. Man klagte lange Zeit den Luxus als die Quelle der Verarmung an; aber allmälig hat man eingesehen, daß der Luxus nicht sowohl die Quelle, als die Folge der Verarmung ist. Der achtbare Bürger und Bauer, welcher darauf rechnen kann, sich und die Seinigen in guten und schlimmen Zeiten zu erhalten, wird sich wohl hüten, größere Ausgaben zu machen, als er zu tragen vermag; der Unglückliche dagegen, der doch voraus sieht, daß er zu Grunde gehen muß, wird sich am Ende wenig darum kümmern, ob dieß eine Stunde früher oder später geschieht, sobald er die Frist, die ihm bleibt, nur noch auf die angenehmste Weise zubringen darf. Auch dem Aermsten war es ein Beispiel, das zur Nacheiferung reizte, wenn er den Nachbarn durch Fleiß und Genügsamkeit sich zum wohlhabenden und vielleicht zum reichen Manne hinaufarbeiten sah; aber welche Aufforderung giebt es noch zu Fleiß und Genügsamkeit, sobald der

Arbeitsamste und Ordentlichste mit dem Trägsten und Liederlichsten in dasselbe Elend versinkt? Niemand geht leichtsinniger mit seiner Zeit und mit seinem Vermögen um, als der Bettler.

Gewöhnlich tritt, wenn ein Uebel die höchste Stufe erreicht hat, der Wendepunkt ein, welcher allmälig zur Besserung führt. Deutschland befindet sich in diesem Augenblicke auf dem Wendepunkte. Allgemein sieht man ein, daß der gegenwärtige Zustand der allgemeinen Noth nicht dauern kann; daß die Ursachen, welche das allgemeine Elend verschuldet haben, abgestellt werden müssen, und daß nur eine durchgreifende, alle Theile des bürgerlichen und des politischen Lebens umfassende Reform Rettung vor unheilbarer, alle Stände und alle Interessen in einen gemeinschaftlichen Abgrund hinabziehender Zerrüttung darbietet.

Einen großen Fortschritt verdanken wir bereits dem Uebermaße des Uebels. Der vollkommen gesunde Mensch gelangt selten zu einem klaren Bewußtsein über seinen körperlichen Zustand. Das Kind, welches die Widerwärtigkeiten des Lebens noch nicht erfahren hat, lebt in glücklicher Unwissenheit und Unschuld. Erst durch den körperlichen Schmerz fühlt man sein äußeres, durch den Seelenschmerz sein inneres Dasein; und wenn die Ausbildung des Bewußtseins uns als ein Vorzug, als ein Glück erscheint, so kann man daher sagen, daß jedes Unglück in seinem Gefolge immer auch ein Glück führt. Der Unglückliche ist ein höher gebildeter Mensch, als der Glückliche. Dieses Glück — das Glück des Unglücks — hat Deutschland in reichem Maße genossen. Was alle früheren Leiden, was die Verheerungen langjähriger Kriege so wenig, als die albernsten Mißgriffe und die schreiendsten Mißbräuche der Verwaltungen nicht vermocht haben, das ist der Zerrissenheit und der Entzweiung, zu welcher der deutsche Bund Deutschland verurtheilte, gelungen: Deutschland ist zum ersten Male zum Bewußtsein erwacht. Das deutsche Volk hat gefühlt, daß seine gegenwärtige Lage ihm weh thue; es hat einsehen gelernt, welches die Ursachen sind, denen es seine Leiden verdankt, und welches die Mittel sind, von denen es die Abstellung seiner Beschwerden zu hoffen hat; Deutschland weiß, was es bedarf, was es wünscht, was es will.

Von vielen Tausenden wird es gefühlt und von Tausenden ist es ausgesprochen worden, daß Deutschland vor allen Dingen nichts so sehr bedarf als Einheit: festes Aneinanderschließen aller deutschen Staaten und Stämme, Abstellung der alle Kräfte des Einzelnen wie des Ganzen lähmenden Zersplitterung, Aufhebung der Schranken, welche die nächsten Nachbarn und Verwandten, die ihrer gegenseitigen Unterstützung und Aushülfe unmöglich entbehren können, weiter von einander trennen, als wenn sie durch Gebirge und Meere geschieden wären.

Welcher reiche Segen würde über ganz Deutschland sich verbreiten, wenn nur die Schranken fielen, die gegenwärtig den deutschen Handel lähmen! Wie schnell würde der sinkende Gewerbsfleiß sich wieder aufrichten, das Gras von den Straßen der Städte, das bittere Elend aus den Mienen der armen hun-

gernden Arbeiter, des verzweifelnden Winzers, des halb entblößten Bauers verſchwinden; und dennoch iſt dieß nur eine Seite der großen Frage der deutſchen Reform.

Das Jahr 1831.

Geſchrieben am 1. Januar 1832.

Unwillkürlich wendet ſich bei dem Ablaufe eines jener großen Zeitabſchnitte, nach denen wir das Leben der Menſchen und der Völker berechnen, unſer Blick auf die nächſt verfloſſene Vergangenheit zurück. Wir fühlen es, daß das Leben mehr iſt, daß es eine höhere Bedeutung hat, als jener flüchtig vorüberſchwebende Schatten, den der Augenblick auf die kurze Bahn zwiſchen der Vergangenheit und der Zukunft wirft. In der Vergangenheit erkennen wir unſere wahre Heimat; was die Vergangenheit uns gebracht hat, an Gutem und Böſem, an Wohl und Wehe, an Freude und an Schmerz, das iſt unſer wahrſtes, unſer innigſtes Eigenthum, das keine Macht auf Erden uns entreißen kann. Darum halten wir wohl auch gern, ſobald eine Stunde erſcheint, die uns Erholung von den Mühen des Tages gönnt, Abrechnung mit der Vergangenheit: gleich dem Geizigen, der gierig ſeine Schätze überzählt, die in ſicherer Truhe liegen, überzählen wir die Schätze, welche wir der Vergangenheit zu treuer und ſicherer Bewahrung vertraut haben.

Wenden wir unſern Blick auf die Ereigniſſe zurück, welche während des vergangenen Jahres das europäiſche Völkerleben bewegt haben, ſo können wir uns eines ſchmerzlichen Eindruckes nicht erwehren.

Alle Völker waren, nach dem Rieſenkampfe gegen Frankreichs erſte Revolution und gegen Napoleons Herrſchaft, in tiefen, ſchweren Schlummer verſunken. Kein Laut freier freudiger Bewegung; nur das Stöhnen der ängſtlich Träumenden war zu vernehmen. Da zuckte der Blitz, da ſchallte der Donner der Pariſer Juliſchlacht durch die Nacht; und der Bann war gebrochen, der Zauber gelöſt. Die Schläfer erwachten zu hellem Bewußtſein, erſtanden zu friſcher Thatkraft.

Dieß war das Jahr 1830.

Wie Blumen, die in der Sommerſchwüle durch einen Gewitterregen erquickt werden, richteten tauſend, tauſend Hoffnungen ſich auf; aber der Sturm iſt über das Blumenfeld hinweggeſchritten, und die ſchönſten Hoffnungen ſind zerknickt.

Eine Erinnerung drängt, wenn wir die Ereigniſſe des vergangenen Jahres uns zurückrufen, vor allen anderen ſich uns entgegen. Nur eine Erinnerung; aber mit Flammenſchrift iſt ſie in das Herz jedes denkenden und fühlenden Menſchen, in die Bücher der Geſchichte, in die Rechnung des Weltgerichtes geſchrieben. Polen iſt geweſen. Das Volk, das nach dem Kampfe gegen die Mongolen und gegen die türkiſche Uebermacht zum dritten Male für den Weſten gegen den barbariſchen Oſten das Schwert ergriff, mit begeiſtertem Heldenmuthe in die Schlacht ſtürzte und mit edler Todesverachtung das beſte Blut ſeines Herzens vergoß, iſt erlegen, und keine Spur iſt von allen ſeinen rieſenhaften Anſtrengungen, von ſeiner großartigen Aufopferung zurückgeblieben, — keine Spur, außer den zerſtreuten Trümmern des Heldenheeres, die heimatlos von Ort zu Ort irren und eine Stätte ſuchen, auf der ſie ihr Haupt niederlegen können.

Mit Sorge vernahm, wer die unermeßlichen Hülfsmittel des ruſſiſchen Reiches und die beſchränkten Kräfte des viermal getheilten, zerſtückten, niedergedrückten Polenvolkes kannte, die Kunde von dem polniſchen Aufſtande. Wer wollte jetzt nicht geſtehen, daß die tapfern Sarmaten weit aus ſeine kühnſten Erwartungen überboten haben? Als der Türkenſieger Diebitſch mit ſeinen hunderttauſend geübten Kriegern und mit vierhundert Feuerſchlünden zu Anfange des vergangenen Jahres gegen das geringe, von den nothwendigſten Kriegsbedürfniſſen entblößte Häuflein der Polen heranrückte, wer glaubte damals in ſeinem erſten Anfange den Kampf nicht bereits beendigt? Die blutgetränkten Felder von Grochow bewieſen, was verzweifelnde Vaterlandsliebe gegen die überlegene Zahl, ſo wie gegen überlegene Kriegskunſt vermag. Führerlos ſtritten zwanzigtauſend Polen gegen achtzigtauſend Ruſſen; und daß nicht die letzteren die Sieger waren, bewies die Erſtarrung, mit der ſie zwei Monate lang unthätig an der Weichſel ſtanden, den vom Eis überbrückten Strom betrachteten und ihn nicht zu überſchreiten wagten. Und als nun Skrzynecki aus Warſchau herausbrach, und die Tauſende, die ſchon vor zwei Monaten ihren Einzug in die Hauptſtadt des Polenreiches zu halten gemeint hatten, bei Dembe Wielkie überfiel, bei Iganie ſchlug und in regelloſer Flucht vor ſich hertrieb; wem ſchlug da das Herz nicht freudiger; wer fühlte ſich nicht erleichtert und fing jetzt auf das Gelingen der polniſchen Sache zu vertrauen an? Schon ſahen wir — warum ſollten wir es läugnen? — das Reich der Jagellonen in alter Herrlichkeit erſtehen und an die Ufer der Düna und des Dniepr die Markſteine von Europa gegen Aſien ſetzen. Der Einbruch des tapfern Reiterfürſten Dwernicki in Wolhynien nährte unſere Täuſchung. Dreimal Sieger, verbreitete der greiſe Held bis an die türkiſchen Grenzen und bis in die Steppen des ſchwarzen Meeres die Flammen der Empörung. Aber auch die ruſſiſchen Führer begriffen die hohe Wichtigkeit, welche dieſe Unternehmung nicht für den Ausgang dieſes Feldzuges, nicht einmal bloß für den Ausgang des Krieges, ſondern für die ganze Zukunft des ruſſiſchen Reiches

haben mußte. Immer neue Schaaren traten an die Stelle der Geschlagenen, und der Uebermacht gelang es endlich, die erschöpften Sieger aus dem Felde, das sie bis zum letzten Augenblicke mit Ehren behauptet, zu verdrängen.

Der Ausgang von Dwernicki's Heldenzuge war das Vorspiel und das Vorbild von dem Ausgange des ganzen Kampfes. In einzelnen Abtheilungen, nie besiegt, aber erschöpft durchs Siegen, wurden die polnischen Schaaren von der unermeßlichen Uebermacht eine nach der andern aus dem engen Heimatlande verdrängt und gezwungen, aus Mangel an einem Kampfplatze, dem Kampfe zu entsagen. Daß die letzten Augenblicke desselben Verrath beflecken mußte, war das Bitterste, was das unglückliche Polen in seinem Unglücke treffen konnte, darf uns aber in unserer Bewunderung einer schönen und heldenmüthig vertheidigten Sache nicht irre machen. Immer verlassen die Schwachen den Unterliegenden, und von dem Verlassen bis zu dem Verrathen ist nur ein kleiner Schritt, der oft schon gethan ist, ehe er noch mit Bewußtsein beabsichtigt war.

Was können wir diesem großen Trauerspiele, das selbst in der Erinnerung uns mit tiefem Schmerz erfüllt, was können wir ihm gegenüber, was an die Seite stellen, das den großen Verlust, den durch Polens Untergang die Sache der Freiheit erlitten hat, aufwöge, ersetzte? Waren es nicht überall nur schwächliche Regungen, welche die Sturmglocke der Notredame hervorrief, wenn wir sie mit der den ganzen Welttheil erschütternden, vom tiefsten Grunde des Nationalgefühles ausgehenden Bewegung in Polen vergleichen? Wie kraftlos waren die Versuche, welche die Italiener machten, um sich dem Drucke der Willkürherrschaft zu entziehen? Wenige Regimenter ungarischer Infanterie waren hinreichend, die tapfern Krieger auseinander zu treiben, die in ihren Proclamationen schon von dem Wiederaufbau des Capitols und der Wiederherstellung des Römerreiches sprachen. Und Belgien? Womit haben die wallonischen Blousen die Prahlereien eingelöst, zu denen der erste günstige Erfolg sie begeisterte? Kann man nach der Flucht von Tongern und der Capitulation von Leuven es bezweifeln, daß ohne französische Hülfe das neue Königreich Belgien keine vierzehn Tage bestehen würde?

Und blicken wir auf Frankreich selbst! Frankreich, welches durch seine Julirevolution das Zeichen zu der allgemeinen Bewegung gab, die wie ein elektrischer Schlag ganz Europa durchzuckte. Mit kühnen Schritten betrat Frankreich die Bahn der gesellschaftlichen Verbesserungen; alle Fesseln wurden zerbrochen, welche die freie Entwicklung geistiger Kräfte hemmten, und eine unendliche Fülle von Segen und von Glück mußte sich über ein Land breiten, das kein anderes Gesetz kannte, als den Willen, keine andere Bestimmung, als das Wohl seines Volkes. Dieß waren die Erwartungen, mit denen nach dem Sturze eines dem Volke feindlichen Herrscherstammes die Männer, welche an die Spitze der Verwaltung traten, so wie alle Freunde der Freiheit der Zukunft entgegensahen; aber wie wenig ist bis zu dieser Stunde von diesen Er-

wartungen zur Wirklichkeit geworden? Nicht die edeln Kräfte des Geistes, die nur nach dem Guten und Schönen streben, scheint die Freiheit in Frankreich entfesselt zu haben, sondern die dunklen Mächte des Abgrundes, die, wo sie erscheinen, Verwirrung und Verzweiflung mit sich bringen. Feindlich stehen auf allen Stufen der Gesellschaft die Parteien einander gegenüber; Zwiespalt herrscht in dem Rathe des Volkes, Zwiespalt zwischen dem Norden und dem Süden, Zwiespalt unter den Bürgern jeder Stadt, unter den Bewohnern jeder Landschaft. Während hier von festlichem Zuge der Freiheitsbaum umtanzt wird, wirft sich dort eine fanatische Bevölkerung vor dem Bilde des Gekreuzigten in den Staub: „Heil Karl X! Heil Heinrich V!" flüstern hier die zu geheimer Verschwörung Versammelten einander zu; „Es lebe der Bürgerkönig! Es lebe Ludwig Philipp!" schallt ihnen dort entgegen; aber aus dem Getöse des Volksauflaufes werden verwirrte Stimmen vernehmlich, die: „Es lebe der Kaiser!" „Es lebe die Republik!" rufen. Und inmitten dieser Kämpfe der politischen Parteien, die nur die Oberfläche der Gesellschaft aufregen, gährt es im tiefsten Grunde unter der breiten bildungslosen Masse, welche die Lasten des Staates trägt, ohne die Vortheile desselben zu genießen, welche mit ihrem Schweiß und Blute die Fugen des Gebäudes zusammenkittet, in dem der reiche Grundbesitzer, der wohlhabende Bürger, der Handelsherr, der Gelehrte es sich behaglich und wohnlich sein läßt. Da und dort zischte die Lohe des Vulkans bereits empor, bis sie zuletzt in dem Aufstande von Lyon sich in vollem überschäumendem Strome Bahn brach. Nicht für Frankreich allein sind die Feuerzeichen von Lyon eine ernste Warnung: überall, wo es Eigenthümer oder Eigenthumslose giebt, drohen, sobald Willkür von unten oder von oben das Gesetz entbindet, gleiche Schrecken.

Können wir es uns verbergen, wenn diese Bilder unserm Geiste vorübergleiten, daß auf den unermeßlichen Fortschritt, zu dem die Begeisterung der drei Julitage die Völker hinriß, ein vielleicht eben so großer Rückschritt gefolgt ist? Können wir es läugnen daß das Reich der Freiheit, dem wir zu festlichem Empfange weit unsere Herzen geöffnet hatten, in diesem Augenblicke uns wieder ferner und unerreichbarer steht, als je?

Wohl kann dem bekümmerten Gemüthe, das vielleicht seine theuersten Hoffnungen geopfert hat, diese Frage sich aufdrängen; und dem Kurzsichtigen, dessen Blick an der äußeren Hülle der Erscheinungen haftet, verzeihen wir es, wenn er achselzuckend oder verzagend sie bejaht. Aber sind es nicht Kleinmüthige oder Kleingläubige, die, wo Freude und Schmerz vereint in reicher Fülle geboten wird, sich durch die Bange vor dem Schmerz von der Freude zurückschrecken lassen? Dem Fruchtbaume gleich, der langsam gedeiht und unmerklich seine Sprößlinge treibt und Blätter und Knospen entfaltet, entwickelt die Geschichte der Menschheit sich in langsamem stätigem Fortschreiten: wenn der Baum in voller Blüthe steht und der Nordwind sich erhebt und durch die Zweige saus't, werden wir da verzagen? werden wir in nutzloser Trauer die

abgestreiften Blüthen beklagen und den Schatz der Früchte verschmähen, welche die gebliebenen versprechen?

Nicht in dieser oder jener einzelnen Begebenheit lag der reichste Gewinn, den das vergangene Jahr der europäischen Menschheit gebracht hat.

Wie Frühlingswehen ist der Geist der Freiheit durch die Völker geschritten, und überall hat er seine Gaben zurückgelassen, unverlierbare, weil sie geistig sind. Das Bewußtsein seines Zustandes und seiner Bedürfnisse, welches in einem Volke einmal erwacht ist, kann keine Gewalt der Menschen unterdrücken. Die Völker haben begriffen, daß nicht der Vortheil Einzelner, sondern das Gemeinwohl Aller ihre Bestimmung ist; und wenn die Revolutionen, durch welche die erste Ungeduld das Ziel erreichen wollte, dasselbe verfehlt haben, so werden die Reformen es nicht verfehlen, die mit weniger Geräusch, aber mit sichererm Schritt dieselbe Bahn verfolgen. Die Zeit der Revolutionen ist vorübergangen, die Zeit der Reformen hat begonnen.

Von tieferer Bedeutung, wie die französische Juli-Revolution für das vergangene Jahr, wird die brittische Parlementsreform für das künftige werden. Die festeste Stütze der Willkürherrschaft in Europa war Großbritannien, so lange dem brittischen Adel die unerschöpflichen Reichthümer des brittischen Gewerbfleißes zu Gebote standen. Ein sonderbares Gemisch von Weisheit und Thorheit, gewährt die brittische Verfassung jedem Bürger das Recht auf Freiheit, aber nur dem Adel die Macht, von diesem Rechte freien Gebrauch zu machen. Bei den Abgeordneten des Volkes ist die Aufsicht über die öffentliche Verwaltung, aber nicht das Volk, sondern der Adel ernennt diese Abgeordneten; und es ist eine natürliche Folge dieses Verhältnisses, daß die Verwaltung des Landes nicht zum Besten des Volkes, sondern zum Besten des Adels geführt wird.

Wenn der Adel jedem einzelnen Bürger in seinem Privatleben die unbeschränkteste Freiheit ließ, so war dieß ein Geschenk, welches die reichsten Zinsen trug. Wie hätte ohne bürgerliche Freiheit Großbritannien je jene Höhe des Wohlstandes und der Macht erreicht, die doch zuletzt vor allen andern Ständen dem Adel zu Gute kam? Aber ein Funke fiel von der Feuersaat der Julirevolution in das alte baufällige Gebäude der brittischen Verfassung, und schon gehört dasselbe mehr der Vergangenheit, als der Gegenwart an. Das brittische Volk hat gezeigt, was der feste Entschluß männlicher Herzen vermag; der That nach ist die Adelsherrschaft bereits gestürzt, und die Parlementsreform wird der großen Veränderung, die zu dem größeren und schwererern Theile bereits vollbracht ist, nur das Siegel gesetzlicher Bekräftigung aufdrücken.

Wie in England, so sieht auch in unserem deutschen Vaterlande das Werk der Reform schnellerer Vollendung entgegen, als vor wenigen Jahren noch unsere kühnsten Hoffnungen zu träumen gewagt hätten. Die Verfassungen, welche die Staaten des deutschen Südens der französischen Charte nachgebildet haben, sind im vergangenen Jahre zum ersten Male seit ihrem Entstehen aus der todten

Welt des Buchstabens in das Leben getreten. Hessen schloß von den Stämmen des Nordens zuerst sich den Brüdern im Süden an; Sachsen folgte, und die Welfenländer Braunschweig und Hannover bleiben nicht zurück. Das Volksgefühl, das seit der fieberischen Aufregung des Befreiungskrieges kein Lebenszeichen von sich gab, ist in allen deutschen Gauen in lichter Flamme aufgeloht, und auf echt deutsche Weise, die weder durch Gewalt sich zur Einigung zwingen, noch durch allgemeine Begriffe bestimmen läßt, wird aus dem besonderen Staatsleben der einzelnen deutschen Stämme, wie wir schon jetzt mit Zuversicht vorhersagen können, auch das Eine und Höchste, was Deutschland fehlt, die Nationaleinheit sich herausbilden.

Schwieriger ist durch den Untergang Polens die Aufgabe des constitutionellen Deutschlands geworden, aber auch nothwendiger, unerlaßlicher. So wenig der europäische Westen die Freiheit entbehren kann, so wenig ist der europäische Osten zur Freiheit reif. Beide würden, wenn sie in unmittelbare Berührung träten, durch rastlose Beweglichkeit von der einen, durch starren Eigenwillen von der andern Seite in vergeblichem Kampfe sich aufreiben: sie mit kräftigem Arme auseinander zu halten, ist nach außen Deutschlands erste und vornehmste Bestimmung; und eine selbstständige, auf der Kraft des Volksgefühles beruhende Stellung, gleich weit entfernt von der Zügellosigkeit des Westens und von der Erstarrung des Ostens, ist, wenn Deutschland diese Bestimmung erfüllen soll, seine erste Verpflichtung.

Zwei Glieder des deutschen Staatenbundes haben sowohl durch ihre eigenthümliche Zusammensetzung aus deutschen und undeutschen Bestandtheilen, als durch ihre Größe, die ihnen eine Stelle unter den europäischen Großmächten anweist, sich von den übrigen ausgesondert, und werden an der constitutionellen Ausbildung der kleineren Staaten für das Erste schwerlich Theil nehmen: Oesterreich und Preußen. Sie bilden, wie Deutschland überhaupt die Vermittlung zwischen dem Westen und dem Osten bildet, insbesondere wieder den Uebergang von dem constitutionellen Westen zu den beiden despotischen Staatensystemen des Ostens.

Diese — die Türkei und Rußland — sind durch unermeßlichen, sparsam bevölkerten Gebietsumfang, und durch die niedere, mehr Asien als Europa angehörende Bildungsstufe ihrer Bewohner, von der Natur darauf angewiesen, ihre Kräfte nicht sowohl auf den Verkehr mit dem Auslande, als auf die Benutzung und Entwicklung ihrer unermeßlichen inneren Hülfsmittel zu verwenden. Rußland hat, wie die Türkei, noch Jahrhunderte lang in seinem Innern zu wirken, ehe es mit Nutzen seine Thätigkeit nach außen richten kann. Beide können, wenn sie auf die europäischen Angelegenheiten Einfluß gewinnen, denselben nur durch die Kraft der Masse üben; und sobald diese in Berechnung kommt, legt Rußlands Riesenmacht allerdings ein gewaltiges Gewicht in die Wagschale. Dennoch kann — und wenn es eines Beweises bedürfte, hätte diesen das vergangene Jahr geboten — auch Rußland mit all seiner Riesen-

macht in der Entwicklung der europäischen Verhältnisse zwar stören, aber nicht entscheiden.

Von geringerer Bedeutung für das Ganze sind die kleineren europäischen Staaten. Im hohen Norden entfaltet Norwegen und Schweden selbstständige constitutionelle Kraft; Dänemark wird dem Vorgange Deutschlands folgen. Im Süden hat, in Spanien und Portugal, wie in den italienischen Staaten, fremde Einmischung den Aufschwung, den fremde Aufregung gab, unterbrochen; dennoch ist die kurze Zeit des constitutionellen Staatslebens auf der Halbinsel der Pyrenäen so wenig, als auf jener des Apennins spurlos vorübergegangen. Von beiden wird die nächste Zukunft uns manche merkwürdige, und, wir hoffen, erfreuliche Kunde bringen.

Möge von dem Lande der Hellenen, — von dem Mutterlande europäischer Bildung, dem Europa spät und dürftig dankte, das Gleiche gelten! Hier, auf den nackten, meerumflutheten Gestaden, wie überall, so weit der Einfluß europäischer Sinnesart und europäischer Sitte reicht, gedeiht reges, kräftiges Leben; und Leben wird uns, — nicht Tod, — die Zukunft bringen.

Die Parteien und die Verhältnisse.

Geschrieben am 15. Februar 1832.

Wenn wir einen vorurtheilsfreien Blick auf die gegenwärtige Lage der Weltverhältnisse werfen, — wenn wir es über uns gewinnen, jede unwillige Bewegung, welche thörichter Uebermuth von der einen, frevelhafter Mißbrauch der Gewalt von der andern Seite in uns hervorrufen, in den verborgensten Grund unserer Seele zurückzudrängen, so kann es uns nicht entgehen, daß mitten in der Gährung und Verwirrung, welche scheinbar vom Osten bis zum Westen herrscht, dennoch die Grundlagen, auf denen jede gegenwärtig bestehende und jede zukünftige Ordnung der Dinge beruhen muß, unverrückt geblieben sind. Ueberall spricht in der großen Masse der Völker sich dieselbe Achtung vor dem Gesetz, derselbe Abscheu gegen Willkür jeder Art, dasselbe Bedürfniß einer vernünftigen Leitung aus; und wenn die Regierungen durch verkehrte Maßregeln hier und da das Vertrauen verloren haben, so bedarf es, wo nicht blutige Leichen eine unübersteigliche Scheidewand bilden, nur halben Entgegenkommens, um alle Gemüther zu versöhnen.

Der wahre Grund dieser unleugbaren Thatsache, die man auf verschiedene Weise zu deuten gesucht hat, ist, daß die Regierungen und die Völker einander keineswegs so weit entfremdet sind, als man von beiden Seiten sich häufig überredet haben mag. Die Regierungen wie die Völker wollen stufenweises Fortschreiten zum Bessern; aber zwischen beide haben sich die Parteien gestellt, die ihre einseitige Ansicht dem Gemeinwillen unterzuschieben suchen und, wenn sie auch ihren Zweck nicht vollständig erreichen, doch nur zu oft gegenseitigen Verdacht, Unzufriedenheit und Feindseligkeit erwecken.

Bleiben wir zuvörderst bei dem Allgemeinsten stehen, so ist in der gegenwärtigen Lage unseres Welttheiles kein anderes Bedürfniß tiefer gefühlt, als das Bedürfniß des Friedens. Die Regierungen theilen dasselbe mit den Völkern; und man sollte meinen, wenn beide über eine so wichtige Angelegenheit einig sind, könnte sich nirgend der geringste Grund zur Besorgniß einstellen. Dennoch verbreiten kriegerische Gerüchte allgemeine Unruhe; die Regierungen rüsten und die Völker sehen mit banger Bekümmerniß, mit schwer verhaltenem Grimme der Zukunft entgegen. Woher dieser Widerspruch?

So unauflösbar derselbe scheint, so leicht ist er zu erklären. Ueberall drängen die Parteien, die von der gesetzlichen Ordnung und den langsamen vernünftigen Verbesserungen des Friedens kein Heil zu erwarten haben, zu schneller Veränderung, zum Kriege. Und die Regierungen und die Völker hören so lange und so viel von der Unvermeidlichkeit des Krieges sprechen, daß sie zuletzt damit aufhören, den Krieg für unvermeidlich zu halten. Zwei Parteien sind es, die zum Kriege drängen: die eine den Völkern, die andere den Regierungen näher. Die stürmischen und gewaltthätigen Freunde der Verbesserung, welche meinen, das große Uhrwerk der Weltordnung bliebe stehen, wenn sie es nicht in Bewegung setzen, bilden die eine; die hartnäckigen und verstockten Feinde jeder Verbesserung, welche glauben, daß Niemand seinen alten Rock ablegen und einen neuen anziehen darf, so lange ihnen der ihrige noch warm sitzt, bilden die andere Partei; und leider haben beide so vielen Einfluß, bald durch persönliche Ueberlegenheit, bald durch äußere Stellung in der Gesellschaft, daß es ihnen nicht selten gelingt, die bessere Einsicht und Ueberzeugung durch ihre Rathschläge zu verdrängen.

In Frankreich, wo das Volk durch seine Abgeordnetenkammer die Herrschaft hat, ist es die Partei der Verbesserer, oder, wie sie bezeichnender genannt wird, die Partei der Bewegung, welche zum Kriege drängt. Die Fehler, in welche die persönliche Reizbarkeit und die politische Beschränktheit Périers, des Hauptes der gegenwärtigen Verwaltung, die Regierung verwickelt, geben der Partei der Bewegung Macht. In dem löblichen Bestreben, die gesetzliche Ordnung aufrecht zu erhalten, ist die Verwaltung Périer's soweit gegangen, daß sie, wie sie selbst sich rühmt, einen wahren Despotismus des Gesetzes übt. Der Despotismus thut aber, in einem Lande, welches an Despotismus nicht

gewöhnt ist, niemals gut, gleichviel ob derselbe im Namen des Gesetzes oder im Namen der Willkür geübt wird. Die Erbitterung, welche Périer durch offenbaren Mißbrauch der Gewalt erregt hat, wird früher oder später seinen Sturz herbeiführen; aber wir zweifeln, daß die Partei der Bewegung, wenn auch ihre entschiedensten Vordermänner an die Spitze der Geschäfte treten, im Stande wären, Frankreich, ohne eine bestimmte Herausforderung von außen, in einen äußeren Krieg zu verwickeln; so sehr ist die große Masse des Volkes jedem Gedanken an Krieg entgegen. Ordnung und Friede, ist der Wahlspruch Périer's. Das, was er unter Ordnung versteht, ist in Frankreich wenig beliebt, aber so mächtig ist der Zauber des Wortes Friede, daß man sich lieber die schlechteste Ordnung gefallen läßt, als daß man einer Bürgschaft für den Frieden entbehren wollte.

In England, wo die Macht lange ausschließlich bei dem Adel war, bis die Regierung eingesehen hat, daß es Zeit sei, dem Volke die Theilnahme an derselben nicht länger vorzuenthalten, in England sind es die Gegner der Verbesserungen, die Männer des Widerstandes, die Tories, welche einen Krieg herbeiwünschen; und die Verwaltung des Grafen Grey sieht sich, obwohl aus völlig verschiedenen Ursachen, in einer ähnlichen Lage, wie die Verwaltung Périer's in Frankreich, indem sie gleich dieser alle Kräfte aufbieten muß, um sich den Angriffen der Kriegspartei gegenüber in ihrer Stellung zu behaupten. Wie die Partei der Bewegung in Frankreich, von ihrem Standpunkte aus, Recht hat, daß sie den Krieg will, so haben die Tories in England, von dem ihrigen, Recht, wenn sie den Krieg wollen. Der Krieg vermehrt immer, da er verdoppelte Anstrengungen von Seiten des Volkes erfordert, die Macht der Partei, welche im Besitze der Staatsgewalt ist. In Frankreich würde er die Macht des Volkes vermehren und dieses in den Stand setzen, schneller die Verbesserungen durchzuführen, die dasselbe wünscht. In England würde er die Macht des Adels vermehren und diesen in den Stand setzen, die Verbesserungen zu verhindern, die Volk und Regierung für nothwendig halten. Aber in England so wenig als in Frankreich hat die Kriegspartei die geringste Aussicht, und wenn die französische Kriegspartei, selbst im Besitze der Macht, wahrscheinlich durch den Widerwillen des Volkes sich genöthigt sähe, ihren Plänen zu entsagen, so würde die englische Kriegspartei, bei der Stimmung, welche in ganz England gegen sie herrscht, wahrscheinlich nur zu der Macht gelangen, um sie im nächsten Augenblicke wieder zu verlieren. Die englische Aristokratie steht an dem Krater eines Vulcanes, und sie weiß, welches Schicksal ihr bevorstände, wenn sie dem Lavastrome sich in den Weg zu stellen versuchte. Wird sie dieß dennoch versuchen? Wir glauben kaum, denn wenn den Tories ernstlich daran gelegen wäre, die gegenwärtige Verwaltung zu stürzen, oder es auch nur auf einen entscheidenden Kampf ankommen zu lassen, so stände, bei ihrer Ueberlegenheit in dem einen Hause des Parlements, dieß jeden Augenblick in ihrer Macht. Wenn uns nicht alle Zeichen trügen, so ist die Absicht der

Herren nur, es in England bis dicht zu einer Revolution, aber nicht bis zu einer Revolution kommen zu lassen.

In Deutschland von einer Kriegspartei zu reden, könnte nur dem Ununterrichtetesten oder dem Böswilligsten begegnen. Das deutsche Volk kann die Lasten des Friedens kaum ertragen, welche die achtzehn Jahre seit seiner Befreiung ihm aufgebürdet haben, wer wäre so wahnsinnig, zu der bereits unerträglichen Bürde die Lasten eines Krieges hinzu zu wünschen? Auch giebt es in Deutschland keine Parteien in dem Sinne, wie es in Frankreich und England Parteien giebt. Auf einzelnen Punkten herrscht kleinlicher Streit um kleine Privatvorrechte und Privatvortheile; aber jeder Versuch, den eigensüchtigen Bestrebungen einzelner Personen den großartigen Stempel des Parteikampfes aufzudrücken, ist bisher noch immer an dem gesunden Sinne des Deutschen gescheitert. Im allgemeinen, sobald der Eigennutz nicht mit in das Spiel kommt, sind alle Deutschen einig; alle theilen das Nationalgefühl, welches in den letzten Jahren in allen deutschen Gauen zu hellem Bewußtsein erwacht ist; es bedarf bloß gegenseitiger Verständigung, und ganz Deutschland bildet bald nur eine Partei.

Aus anderen Gründen kennen Oesterreich und Preußen, die wir hier von Deutschland absondern müssen, kennt Rußland keine eigentlichen politischen Parteien. Zu leugnen ist indessen nicht, daß manche wichtige Frage an den Höfen anders beantwortet werden würde, als in den Cabinetten der Fürsten. Zum Glück haben nicht die ersten, sondern die letzteren die Entscheidung.

Daß diese nicht anders als friedlich ausfallen kann, bedarf für den, der mit einiger Aufmerksamkeit die Entwickelung der neuesten Verhältnisse verfolgt hat, gewiß keines Beweises. Wie oft schien nicht durch die belgischen Angelegenheiten die Kriegs- und Friedensfrage auf die äußerste Spitze gestellt? Dennoch fand jedesmal sich noch eine Lösung, die vielleicht nicht immer die geschickteste, doch immer auf die Erhaltung des Friedens berechnet war. Eben so sehr als durch die belgische Frage schien der europäische Friede in den letzten Tagen durch die Unruhen der Romagna gefährdet. Schon bei dem ersten Einmarsche der Oesterreicher hatte Frankreich eine drohende Sprache geführt; bei der zweiten Einmischung hätte man erwarten sollen, die Drohung in That verwandelt zu sehen. Statt dessen nehmen die Franzosen an der Einmischung selbst Theil, und wenn auch die Anwesenheit französischer Truppen im Kirchenstaate keinen andern Zweck haben mag, als den Oesterreichern zum Gegengewicht zu dienen, so wird doch nicht leicht Jemand von dieser nahen Berührung nachtheilige Folgen für den Frieden fürchten.

Zuviele Opfer haben die Regierungen der Erhaltung des Friedens gebracht, als daß man an der Aufrichtigkeit ihrer Gesinnungen zweifeln könnte. Wenn sie aber aufrichtig den Frieden wollen, so dürfen sie auch das letzte, das einzige Mittel nicht verschmähen, ihn dauernd zu begründen und dieses ist: nicht durch Gewalt die aufstrebende geistige Entwicklung der Völker niederzu-

drücken, sondern dieselbe durch weise und staatskluge Leitung zu fördern, und den alten Bund zwischen den Regierungen und den Völkern, der in diesen letzten Zeiten vielfach zerrissen worden ist, durch neue Wohlthaten zu erneuen.

Die deutsche Presse.

Geschrieben am 23. März 1832.

Die Maßregeln, welche nicht bloß von dem Bundestage, sondern auch von den einzelnen Regierungen zu der Beschränkung der deutschen Presse ergriffen werden, sind, von welchem Standpunkte man dieselben auch beurtheilen mag, eine traurige Erscheinung. Die Männer, die in unserem Vaterlande an der Spitze der Verwaltung stehen, und denen wir ihrer erhabenen Stellung nach den freiesten und weitesten Blick zutrauen müssen, erklären unser Volk für unfähig einer Freiheit zu genießen, deren unsere Nachbaren jenseit des Rheines, und unsere Brüder über den Canal sich längst als des unbezweifeltesten Rechtes erfreuen. Unmöglich, wenn wir nicht ganz von Vorurtheilen verblendet oder von leidenschaftlicher Aufregung befangen sind, können wir annehmen, daß die Regierungen in ihren Beschlüssen sich durch blinden Haß bestimmen lassen; wir müssen voraussetzen, daß sie nach reifer und ernster Erwägung durch die überwiegendsten Gründe zu denselben gedrängt worden sind, da sie den Eindruck, den diese Beschlüsse, wenn nicht in der großen Masse, doch in einem großen und vielleicht in dem achtungswerthesten Theile des Volkes hervorbringen müssen, sich gewiß nicht verborgen haben.

Auch ist es nicht schwer, diese Gründe zu erkennen, und wenn wir die Zweckmäßigkeit der Maßregeln bestreiten, die man gegen die Presse ergriffen hat, so sind wir weit davon entfernt, die Gründe anzugreifen, von denen die Regierungen ausgingen: wir leugnen nur die Richtigkeit der Folgerungen, die man aus jenen Gründen gezogen hat.

Die ersten Beschränkungen der deutschen Presse fielen in das Jahr 1819. Es ist bekannt, daß die unselige That eines Schwärmers, der durch einen Meuchelmord die Sache der deutschen Freiheit zu fördern glaubte, die hauptsächlichste, oder wenigstens die erste Veranlassung war. Es hatte, als Nachklang der Begeisterung, die durch den deutschen Freiheitskampf geweckt worden

war, eines großen Theiles der deutschen Jugend sich eine Verwirrung der Gefühle und der Begriffe bemächtigt, die bei unvorsichtiger und unverständiger Leitung nur zu leicht die verderblichsten Folgen haben konnte. Die Regierungen übersahen die Gefahr, die von einer Seite, von welcher man am wenigsten Gefahren zu erwarten pflegt, der bestehenden Ordnung drohten, bis sie plötzlich durch das Verbrechen, das groß und schreckend vor ihre Stirn trat, zur Aufmerksamkeit gezwungen wurden. So hoch war der Fanatismus gestiegen und so weit war er verbreitet, daß der Mörder eines unglücklichen Greises unter einer gewissen Altersclasse beinahe in ganz Deutschland als ein bewundernswürdiger Held, als ein Märtirer galt; und wie es nicht an Lehrern fehlte, die diese Ansicht öffentlich auszusprechen wagten, so würde es gewiß nicht an Schülern gefehlt haben, die sich zur Nacheiferung berufen glaubten, wenn nicht schnelle und durchgreifende Maßregeln einer so grauenhaften Verkehrtheit ihr Ziel gesetzt hätten. Die Schließung der Turnplätze, die strenge Beaufsichtigung der Schulen und der Universitäten, wenn auch damals bitter getadelt, waren eben so zweckmäßige als wirksame Schritte; und wenn man bei denselben stehen geblieben wäre, würde gegenwärtig, nachdem der Zweck erreicht ist, kein Verständiger den Regierungen eine Vorsicht zum Vorwurf machen, die wenige Einzelne nachtheilig berührt und dagegen Tausende von sicherem Verderben gerettet hat. Aber wenn die Regierungen einer furchtbaren Verwirrung kräftig und erfolgreich begegneten, so ließen sie selbst auf der anderen Seite sich zu einer nicht weniger gefährlichen Verirrung hinreißen. Weil fanatische Schwärmer den Namen der Freiheit gemißbraucht hatten, wurde den Regierungen die Sache verdächtig; in der Entwicklung freisinniger Staatseinrichtungen, die in raschem Aufschwunge begriffen war, trat mit einem Mal ein Stillstand ein, und einer Menschenclasse, welcher die Dunkelheit lieber ist, als das Licht, wurde über die Presse unbeschränkte Macht gegeben.

Damals legten die Regierungen zuerst in Deutschland und bald in den benachbarten Ländern den Grund zu den Ereignissen des verhängnißvollen Jahres 1830.

Daß die Gährung, die nach der französischen Julirevolution in einem großen Theile von Deutschland zum Ausbruche kam, durch die deutsche Presse nicht verschuldet sein konnte, wird Niemand, der von dem Zustande derselben, nach der Annahme der Karlsbader Beschlüsse, auch nur die oberflächlichste Kenntniß hat, in Abrede stellen. Alles, was in Rede oder Schrift im Geringsten die Gemüther hätte aufreizen oder beunruhigen können, war mit weiser, obwohl mit übertriebener, Strenge entfernt worden; und dennoch richtete das Schreckbild der Empörung, welches man in sicherem Bann zu halten glaubte, bei dem ersten äußern Anlaß, mitten unter den Häschern, mit riesenhafter Gewalt sich empor. Offenbar mußten also die Beschränkungen der Freiheit, welche dem Gespenste die Thür versperrt hatten, demselben zugleich

eine andere geöffnet haben, und wir fürchten, daß ähnliche Maßregeln, wenn sie gegenwärtig ergriffen werden, auch jetzt keine andere, als ähnliche Folge haben.

Wahr ist es, daß in vielen Gemüthern noch immer eine Aufregung herrscht, die von Seiten der Regierungen die äußerste Vorsicht unerläßlich macht. Eben so wahr ist es, daß von dieser Aufregung ein Theil in einzelne deutsche Blätter übergegangen ist; und wir leugnen es nicht, daß die Presse, wenn sie auch die Gährung, die hier und da sich zeigt, nicht hervorgerufen hat, dieselbe doch durch ihren Einfluß zu nähren und auf bedenkliche Weise zu steigern vermag. Daß Vorsichtsmaßregeln gegen die Presse nothwendig geworden sind, können wir, nach den Ausschweifungen, deren mehrere Journale sich schuldig gemacht haben, nicht in Abrede stellen; die Frage ist nur, ob es kein anderes Mittel giebt, eine Schuld, die doch immer nur Einzelnen zur Last fällt, zu sühnen, als indem man Schuldige und Unschuldige sie büßen läßt? indem man den geistreichsten und geistlosesten, den besten und schlechtesten, den gesetzmäßigsten und den gesetzwidrigsten Schriftsteller demselben Zwange unterwirft?

Selbst wenn wir zugeben wollten, daß die Censur zur Beaufsichtigung des geistigen Lebens eben so unentbehrlich wäre, als die Polizei zur Beaufsichtigung des bürgerlichen Verkehrs, so würde daraus doch noch nicht die Nothwendigkeit einer Ausdehnung der Censur, in dem Grade, wie dieselbe gegenwärtig geübt wird, folgen. Wie man den Bürger nur zur Strafe für begangene Vergehen unter polizeiliche Aufsicht stellt, sollte man auch den Schriftsteller nur zur Strafe unter Censur stellen. Ein einzelner Aufsatz oder zwei bis drei einzelne Aufsätze können unmöglich so großes Unheil anrichten, daß man deshalb nicht den Schriftsteller des gleichen Vertrauens würdigen sollte, dessen man den geringsten und ungebildetesten Tagelöhner im gewöhnlichen Leben würdigt. Und werden nicht gerade die bessern Köpfe, wenn sie sich von einer Strafe bedroht sehen, viel ängstlicher alles zu vermeiden suchen, was sie derselben aussetzen könnte, als unter einer Gesetzgebung, welche die Straffälligkeit ihnen abnimmt und sie einem dritten auflegt, der unmöglich mit gleicher Sicherheit alles Anstößige entfernen wird, weil er unmöglich alle Beziehungen, die dem Verfasser vorschwebten, übersehen kann?

Deutschland und Europa.

Geschrieben am 23. April 1832.

Die zweite Lesung der Reformbill ist — wenn auch der Erfolg dieser großen Maßregel dadurch noch nicht unbedingt sicher gestellt wird — ein Ereigniß von unermeßlicher Wichtigkeit. Wie in einer schwülen Sommernacht ein erfrischendes Gewitterschauer, erquickt in der politischen Schwüle, die auf die Stürme der jüngsten Vergangenheit gefolgt ist, diese Kunde die Zagenden. Ob auch da und dort die Sache der Freiheit empfindlichen Verlust erleidet, ob auf vielen Punkten der Kampf noch unentschieden schwankt: an einem Punkte ist die feindliche Phalanx durchbrochen; wir bekommen Luft.

Aber Noth that es wahrlich. Beinahe in demselben Maße, in welchem die äußern Verhältnisse der europäischen Mächte sich einer friedlichen Ausgleichung näherten, nahm überall die innere Verwirrung zu. Im Osten wird ein edles heldenmüthiges Volk zum politischen Tode verurtheilt, während im Westen der alte Krater der Revolution bald durch aufsteigende Dampfwolken, bald durch unterirdische Zuckungen seine ununterbrochene Thätigkeit kund giebt. In Frankreich liegt die Regierung mit einem großen und vielleicht gerade mit dem besten Theile der Bevölkerung in offener Fehde. Die Verfolgungen der Presse auf der einen, die Aufstände und Auflösungen der Nationalgarde auf der andern Seite sind gewiß nicht die würdigsten Früchte der Julirevolution. In Italien wird ein hochgebildetes Volk nur durch die Gewalt der Bayonette einer blutdürstigen, heuchlerischen Priesterherrschaft gehalten. In Portugal und Spanien unterstützt nur der Pöbel das Regiment der Willkür und des Fanatismus; und mehr als ein Thron wird erbeben, wenn die constitutionelle Flagge sich auf der Höhe des Tejo entfaltet. Sollen wir Griechenland, sollen wir Belgien erwähnen? Während hier die Citadelle von Antwerpen den Streitpunkt bildet, um den jeden Augenblick ein blutiger Kampf entbrennen kann, ist dort auf die Herrschaft der Türken die Vielherrschaft der Diplomaten und der räuberischen Banden gefolgt, die bald für, bald wider die Regierung bewaffnet nur darin mit dieser vollkommen einverstanden sind, daß sie an Erpressungen, Gewaltthaten und Plünderungen sich gegenseitig überbieten.

Deutschland befindet sich verhältnißmäßig in einer glücklichen Lage. Können wir es auch nicht in Abrede stellen, daß auf den Aufschwung des Spätjahres 1830 und des Frühjahres 1831 seit dem Falle unsers östlichen Bollwerkes ein Stillstand gefolgt ist, der an mehr als einem Orte in einen wahren Rückschritt überzugehen anfängt: so haben wir doch auf der andern Seite

manches unverlierbare Gute gewonnen, und es liegt nur an uns, wenn die großartige politische Entwicklung, die dem deutschen Namen die Erneuung seiner alten Größe, seines alten Glanzes versprach, durch kleinliche und untergeordnete Rücksichten unterbrochen wird.

Das, worin das deutsche Volk in allen Gauen von dem Rheine bis zur Elbe und von der Donau bis zum deutschen Meere einverstanden ist, und worin unter den verschiedenen Ständen so wenig als unter den Regierungen Meinungsverschiedenheit Statt findet, ist die Ueberzeugung, daß nur durch die festeste Vereinigung, durch das innigste Aneinanderschließen aller einzelnen Theile das Wohl unsers deutschen Vaterlandes im Innern, so wie sein Ansehen und seine Macht nach außen dauernd begründet werden kann. Deutschlands Einheit ist das Ziel, welches allen Parteien vorschwebt; nur über die Mittel, dieses Ziel zu erreichen, sind sie verschiedener Meinung.

Und hier müssen wir die Stelle berühren, welche in der gegenwärtigen Lage unseres Vaterlandes uns als die wundeste erscheint. Während in der großen Masse unseres Volkes, in der verständigen, gemäßigten und gebildeten Mehrzahl seiner Bürger sich die richtigsten Ansichten über unsere nächsten Bedürfnisse entwickelt haben, sind nicht etwa bloß einzelne Voreilige, sondern gerade die feurigsten Freunde der Freiheit durch den Mangel an practischem Blick zu einem Schwindel fortgerissen worden, in welchem sie nur zu oft das Wünschenswerthe mit dem Möglichen verwechseln und dieses gefährden, während sie jenem nachjagen. Wohl wissen wir, daß die Begeisterung nicht zu rechnen gewohnt ist, und wir sind daher weit entfernt, den Männern, die mit kühner Aufopferung vorangetreten sind in der allgemeinen Bewegung, einen Vorwurf daraus zu machen, wenn sie im Einzelnen geirrt haben; aber wir geben ihnen zu bedenken, ob die Begeisterung nicht in den meisten Fällen zur That besser ist, als zum Rathe? Ob die umsichtigste und, wenn man will, die kälteste Ueberlegung nicht unter allen Umständen dem feurigen, dem unerschütterlich ausdauernden Entschlusse vorangehen soll?

Die größte Niederlage, welche die Sache der Freiheit in Deutschland erlitten hat, war der unglückliche Ausgang des Kampfes um Preßfreiheit in der bayerischen Abgeordnetenkammer. Früher dürfen wir Deutsche nicht hoffen weder irgend einen unserer untergeordneten Wünsche, noch den großen der Wiederherstellung unserer Nationalexistenz erfüllt zu sehen, ehe wir nicht das Recht der freien Existenz und der freien Bewegung für unsere Gedanken erlangt haben. Die bayerische Regierung bot dem Volke dieses Recht unter Bedingungen, die freilich drückend waren. Aber war es klug einen großen Gewinn von der Hand zu weisen, weil man sich die kleinen Abzüge nicht gefallen lassen wollte, die mit demselben verbunden waren?

Weiser war das Benehmen der Ständeversammlung in Baden. Auch das badische Preßgesetz leidet an manchen und schweren Mängeln. Die polizeiliche Aufsicht, welcher der politische Schriftsteller unterworfen wird, wie in

Frankreich der seiner Haft entlassene Galeerensclave, ist von der Censur nicht so sehr verschieden, als man in der ersten freudigen Ueberraschung an manchen Orten geglaubt hat; aber immer bleibt die Aufhebung der Censur, bleibt schon die Abschaffung ihres Namens ein großer, ein entscheidender Sieg; und ganz Deutschland segnet die Männer, die eben so sehr durch ihre Selbstbezwingung und Mäßigung, als durch ihre rücksichtslose Kühnheit diesen Sieg errungen haben.

Nachdem Baden im Süden das Beispiel gegeben hat, ist es jetzt an Hessen, mit gleichem Beispiele in unserem Norden voranzugehen. An demselben Tage, an welchem des Morgens das brittische Oberhaus die zweite Lesung der Reformbill vernahm, sprach des Abends der hessische Landtag den Grundsatz der Freiheit der Presse für Hessen aus. Leider hat, nach dieser großen Entscheidung, über einen einzelnen Abschnitt des Preßgesetzes, der uns, wenn auch nicht als unwichtig, doch auch keinesweges als der wesentlichste erscheint, sich in einer spätern Sitzung (am 17. April) ein Streit erhoben, der unerwartet das Ganze auf's Neue in Frage stellt. Der Landtag verwarf den Antrag des Ausschusses, nach dem Vorgange des badischen Preßgesetzes für Preßvergehen ausnahmsweise das öffentliche Gerichtsverfahren und Geschwornengerichte einzuführen; und von allen Seiten erhebt sich jetzt innerhalb und außerhalb der Ständeversammlung die Klage, daß damit der Zweck des ganzen Gesetzes verfehlt sei. Zu unserm Bedauern sehen wir auch den wackern Jordan in diesem Irrthum begriffen, der uns um so unbegreiflicher erscheint, da die hessische Verfassung den Gerichten eine Unabhängigkeit gewährt, welche, wenn nicht die Oeffentlichkeit entbehrlich, doch den Mangel derselben weniger fühlbar machen muß. Möge der Mann, dessen Namen kein Deutscher anders als mit Verehrung nennen wird, sich überzeugen, daß die Nachgiebigkeit zuweilen der beste Sieg ist. Wer zwei nicht nothwendig mit einander verbundene Dinge zu gleicher Zeit zu erreichen sucht, hat sich wohl zu hüten, daß er nicht, statt beide zu erreichen, beide verliert. Von dem hessischen Landtage, der bereits so viele Beweise der umsichtigsten Mäßigung gegeben hat, wollen wir solche Unvorsichtigkeit nicht hoffen.

Die deutsche Reform.

Geschrieben am 1. Mai 1832.

Oeffentlicher Geist und öffentliches Leben ist in allen deutschen Landen mächtig erwacht; das Werk der deutschen Reform schreitet unaufhaltsam vorwärts: langsam und bedacht, wie es deutscher Art geziemt, aber sicher, fest und gewaltig. Ueberall werden dieselben Stimmen laut, überall äußern sich dieselben Beschwerden, dieselben Forderungen, dieselben Wünsche; und wenn es uns verstattet wäre, eine Adresse des deutschen Volkes an die deutschen Fürsten von Haus zu Haus zu tragen, so möchten in ganz Deutschland, von der Elbe bis zum Rhein, ja, wir möchten sagen, von dem Niemen bis zur Saar, wenige Hausgenossenschaften sich finden, die ihre Unterschrift verweigerten. Die Bewegung, die von dem Palaste bis zur niedrigsten Hütte alle Gemüther ergriffen hat, ist dem Auslande nicht verborgen geblieben; zum ersten Male seit dem deutschen Befreiungskampfe, nimmt die öffentliche Meinung in Deutschland in den politischen Berechnungen der Cabinette eine nichts weniger als verächtliche Stelle ein. Verständen in diesen Tagen die Regierungen die Bereitwilligkeit des Volkes, die allen ihren Verbesserungsplanen entgegenkommt, in vollem Umfange zu benutzen, so würde Deutschland bald zu einer nie geahnten Höhe der Größe und des Glückes gelangen.

Zwei Nationen sind in Europa, die — wenn wir die geistige Entwicklung eines Volkes als den Maßstab seines Werthes betrachten — neben den Deutschen genannt zu werden verdienen: die Franzosen und die Engländer. Aber vor beiden haben wir Deutsche, sobald wir nur die Fesseln unseres politischen Lebens abgestreift haben, große und unleugbare Vorzüge voraus. In Frankreich so wenig als in England ist die Bildung, und was wir als die Grundbedingung derselben ansehen müssen, der Wohlstand so allgemein und so gleichmäßig verbreitet, als in Deutschland; und die Ueberlegenheit der deutschen Gelehrten in beinahe allen Zweigen des Wissens wird von dem unterrichteten Franzosen so wenig als von dem unterrichteten Engländer in Abrede gestellt. Nur in Bezug auf äußere Macht und auf politische Freiheit sind die Engländer und Franzosen uns Deutschen eben so weit voraus, als wir ihnen in wissenschaftlicher und überhaupt in geistiger Bildung voraus sind.

Eine auffallende Erscheinung, die aber durch die oberflächlichste Kenntniß der Geschichte leicht erklärt wird. Nicht von England, nicht von Frankreich ging die Befreiung beider Länder aus. Die deutsche Kirchenverbesserung gab den Anstoß zu der großen Umwälzung, die durch ihre späteren Nachwirkungen

zuerst in der englischen und dann in der französischen Revolution in England und in Frankreich den gegenwärtigen Zustand der Dinge herbeigeführt hat; und Deutschland blieb nur deshalb hinter Frankreich und England zurück, die so viel später auf der einmal gebrochenen Bahn folgten, weil in Deutschland der geistige, der religiöse Kampf alle Kräfte ausschließlich in Anspruch nahm und weil die deutsche Revolution, als die frühere, in eine Zeit fiel, wo man an das Staatsleben andere Forderungen stellte, als zu der Zeit der englischen und der französischen. Das, was wir in unseren Tagen verlangen, ist nichts als die Vollendung der Reformation, die im sechszehnten Jahrhunderte auf die Kirche beschränkt blieb, weil die Kirche damals nicht die Hauptsache des Lebens, sondern in der That das ganze Leben war, und die wir gegenwärtig im Staate fortführen wollen, weil wir neben dem inneren auch dem äußeren Leben sein Recht widerfahren lassen.

Ein doppeltes Mißverständniß steht in diesem Augenblicke unserer politischen Reformation hauptsächlich entgegen. Auf der einen Seite glauben die Regierungen die Macht, in deren Besitz sie sich befinden, nicht behaupten zu können, sofern sie den Bürgern größere Freiheit verstatten. Namentlich ist ihr Mißtrauen dadurch geweckt worden, daß die deutsche Reform als ihr erstes Ziel die Begründung der Einheit Deutschlands erkannte. Viele und vielleicht die meisten kleineren deutschen Regierungen glauben, daß ihr Bestehen mit der Einheit des deutschen Namens in dem Sinne, wie dieselbe von den Stimmführern des Volkes verlangt wird, unverträglich sei. Sie vergessen, daß viel zu mächtige, geistige wie materielle, Interessen sich an die Erhaltung der kleinen Staaten knüpfen, welche zwar die Kräfte des deutschen Volkes zersplittert, aber dadurch auch das Aufkommen einer übermächtigen Aristokratie, wie in England, oder eines Alles verschlingenden Despotismus, wie in Frankreich, verhindert haben, und die gerade durch jene Zersplitterung Aufklärung und geistige Thätigkeit in einem Grade über den ganzen Boden unseres Vaterlandes verbreitet haben, von dem kein anderes Land der Erde ein Beispiel kennt. Wie in den vereinigten Staaten von Nordamerica ist auch in den vereinigten Staaten von Deutschland die Einheit des Ganzen mit der Selbstständigkeit der einzelnen Theile vollkommen verträglich; man müßte denn annehmen, was Niemand zugeben wird, daß die Grundsätze des Königthumes mit der Herstellung einer vernünftigen Ordnung weniger vereinbar wären, als die Grundsätze der Republik.

Nicht weniger nachtheilig als das Mißtrauen der Regierungen gegen das Volk und auf einem eben so leicht zu hebenden Mißverständniß beruhend ist das Mißtrauen, welches die Stimmführer des Volkes gegen die Regierungen nähren. Um der deutschen Tribune und ähnlicher Blätter nicht zu erwähnen, die in ihrem Hasse gegen die Gewalt so weit gingen, daß selbst die wüthendsten Parteiblätter der Franzosen, wie die Revolution, das Mouvement und ähnliche, sich vielleicht an Grimm, aber gewiß nicht an Uebertreibung mit

ihnen vergleichen ließen, so kann man manchen sonst in würdiger Gesinnung gehaltenen süddeutschen Journalen den Vorwurf machen, daß sie jeder, wenn auch noch so gehässigen und noch so grundlosen Beschuldigung willig ihr Ohr leihen und eine Stelle in ihren Columnen einräumen, wenn sie nur gegen eine Regierung erhoben wird. Wie unlauter die Quellen sind, aus denen mehrere diese Blätter schöpfen, hat sich bei mehr als einer auffallenden Gelegenheit ergeben. Der finstersten Partei, den ärgsten Feinden der Freiheit dienten — freilich ohne Wissen und wider Willen — die Männer, die sich den Namen erworben haben, als Stimmführer der Freiheit zu gelten. Und warum? Weil die ängstliche aus hundert natürlichen Gründen zu erklärende Scheu der Regierungen vor schnellen und durchgreifenden Verbesserungen ihnen als böser Wille erschien; weil sie daran verzweifelten, auf dem Wege gesetzlicher Reform langsam zu erreichen, was durch gewaltthätige Revolutionen doch noch nirgend, außer nach langen Zwischenräumen der furchtbarsten Willkürherrschaft, erreicht worden ist.

Wir hoffen, daß es zu einer gegenseitigen Verständigung auch jetzt noch nicht zu spät ist, und wir betrachten es besonders in diesem Augenblicke, wo man von neuen Beschränkungen der Presse spricht, — als ob vermehrter Druck je die Unzufriedenheit gemildert hätte — wir betrachten es als die heiligste Pflicht der Presse, nach Kräften zu dieser Verständigung beizutragen. Nur Muth, nicht Uebermuth führt in allen Dingen zum Ziele; am wenigsten aber Verzagtheit.

Die neuesten Maßregeln des deutschen Bundes.

Geschrieben am 24. Juni 1832.

Ein Gerücht, welches bereits eben so oft widerlegt, als wiederholt worden ist, hat in den letzten Tagen aufs Neue Bestand gewonnen. Die Gährung, die in einem großen Theile des südlichen Deutschlands herrscht, soll an den Höfen zweier großen östlichen Mächte ernstliche Besorgniß erweckt haben. Man schrieb dieselbe anfangs den Einwirkungen der Presse zu und glaubte durch Unterdrückung der Ursache die Wirkung zu unterdrücken. Bald konnte man sich indessen nicht verbergen, daß die Maßregeln, die in dieser Absicht ergriffen wurden, ihren Zweck völlig verfehlten. Seit der Unterdrückung der Tribune, des Westboten und der Zeitbilder, seit der Einführung einer strengeren Censur für die gemäßigteren freisinnigen Blätter, hat die Mißstimmung nicht abgenommen; und statt der Presse haben die Uebelgesinnten ein anderes

nicht weniger wirksames Mittel gefunden, um die Leidenschaften der großen Menge in Bewegung zu setzen. Es giebt eine Censur für das gedruckte, aber es giebt keine Censur für das gesprochene Wort; und je mehr man das erstere beschränkt, um so ausschließlicheres Vertrauen gewinnt das letztere.

Nicht bloß das Volksfest zu Hambach hat dieß bewährt; denn um dieses Fest, wider den entschiedenen Willen der Landesregierung, zu Stande zu bringen, mußten schon früher alle Künste der Ueberredung angewandt sein. Aber zu Hambach entfaltete der Geist der Unruhe und der Gesetzlosigkeit, der sich unter der Maske der Freiheitsliebe und der Vaterlandsliebe übel verbirgt, sich in seiner ganzen Größe, in seiner ganzen Macht. Wenn wir auch eben so sehr mit den Grundsätzen der Volksredner vom 27. Mai einverstanden wären, als wir mit denselben nicht einverstanden sind, so wäre schon die fortdauernde Bewunderung der französischen Blätter hinreichend, uns mißtrauisch zu machen. Erst in einer seiner neuesten Nummern wieder kommt der Constitutionnel, in einem größeren Aufsatze, der den Zweck hat, die französische Regierung von der Nothwendigkeit einer näheren Verbindung mit der Partei der Bewegung in Deutschland zu überzeugen, auf das Fest von Hambach zurück. „Die Feier von Hambach, sagt der Constitutionnel vom 16. Juni, ist als Ausdruck der öffentlichen Meinung eine Lehre für alle Welt: für Deutschland zuvörderst, darauf für seine Unterdrücker, endlich für seine Freunde, d. i. für Frankreich. Hier hat zum ersten Male sich an hellem Tage jener Geist des deutschen Volksthumes gezeigt, der mit so vieler Sorge gezeugt, mit so vieler Liebe gepflegt worden ist. Hier hat jener großen zerstreuten und zerstückten Völkerfamilie sich das Geheimniß ihrer Kraft offenbart, welches kein anderes als das ihrer Einheit ist; hier haben in einem ersten Versuche sich alle jene blutenden Stücke desselben Vaterlandes einander genähert, die ein gemeinschaftliches Leben vereint, und die, ohne Unterlaß von einander getrennt, sich ohne Unterlaß mit einander zu vereinen suchen."

Die französische Diplomatie hat uns daran gewöhnt, je schöner die Worte sind, mit denen sie uns für eine Ansicht zu gewinnen sucht, um so ernster nach der Bedeutung zu forschen, die in denselben verborgen liegt. Deutschlands Einheit: welches deutsche Herz fühlte sich nicht erwärmt bei diesem erhebenden Gedanken? Aber leider bedeutet in verschiedenem Munde dasselbe Wort nicht dasselbe. In französischem bedeutet Deutschlands Einheit nichts Anderes, als die Erneuung des Rheinbundes, und mit demselben die Abtretung des linken Rheinufers. Wir haben bei mehr als einer Gelegenheit diese Warnung ausgesprochen; aber wir können nicht müde werden, sie zu wiederholen, so lange wir sehen, daß es selbst in unserer Nähe an wohlmeinenden Männern nicht fehlt, die von Frankreich Hülfe und Heil erwarten. Von Frankreich hat Deutschland nie etwas Anderes zu erwarten, als Ketten; da man die ehernen nicht umlegen kann, will man es mit goldenen versuchen. Timeo Danaos et dona ferentes.

Einer der Grundzüge des deutschen Volkscharakters ist gutmüthige Leichtgläubigkeit. Aber auch der Leichtgläubigste, wenn er Gelegenheit hatte, die französische Begeisterung nach den Julitagen zu beobachten, mußte vor den Segnungen zurückbeben, die der französische Liberalismus unserm armen Deutschland zugedacht hatte. Zwar das Wort Freiheit schwebte auf allen Lippen, und Flammen leuchteten in jedem Blicke, wenn es gesprochen wurde; aber öfter und lauter als die Freiheit wurde der Ruhm genannt, und feuriger blitzten die Augen, wenn die Erinnerung an die alten Eroberungen zurückgerufen wurde. Können wir es den deutschen Regierungen, denen diese Gesinnung unserer überrheinischen Nachbarn nicht unbekannt geblieben ist, verdenken, wenn sie sich zu der äußersten Vorsicht aufgefordert fühlen, sobald unter deutschen Männern von Planen die Rede ist, denen Frankreich seine Unterstützung zusagt? Das Fest von Hambach hat in den deutschen Rheinlanden an vielen Orten Nachahmung gefunden; das Banner des deutschen Reiches, schwarz, roth und gold, dieß war zu Hambach die Verabredung, soll in hundert Volksversammlungen in allen deutschen Gauen erhoben werden, bis es öffentlich anerkannt von dem einen Ende Deutschlands bis zu dem andern weht. Wir ehren das Banner, wir ehren seine Farben: aber wir wünschen sie nicht von solchen Händen erhoben zu sehen; und wir müßten sie verabscheuen, wenn sie zu dem Zeichen einer Umwälzung dienten, die das Vaterland unter fremden Schutz oder, was gleichbedeutend ist, unter fremdes Joch beugte.

Wenn wir vernehmen, daß von Seiten des deutschen Bundes, auf den Antrag der beiden mächtigsten Staaten desselben, Maßregeln beabsichtigt werden, welche die Unterdrückung des Geistes der Unruhe in allen jenen Gegenden, die bisher vorzugsweise von demselben ergriffen worden sind, zum Zwecke haben, so kann uns dieß unter diesen Umständen auf keine Weise überraschen. Es wäre thöricht, auf den Buchstaben der Bundesacte gestützt, der freilich jedem einzelnen Bundesstaate die volle Souverainität verbürgt, dem deutschen Bunde das Recht streitig zu machen, in seiner Mitte Ruhe und Ordnung zu erhalten und durch die geeignetesten Mittel für seine eigene Sicherheit zu sorgen. Wenn wir Eingriffe der Bundesmacht in die Rechte und Freiheiten einzelner Bundesstaaten abwenden wollen, so bleibt uns daher nichts anderes übrig, als alle wahren Freunde der Freiheit nicht zu unnützer und verbrecherischer Widersetzlichkeit, sondern zu vernünftiger Nachgiebigkeit aufzufordern. Man spanne, wo die Ansprüche an das öffentliche Leben übertrieben waren, dieselben um ein Mäßiges herunter, man entsage allen unter den Verhältnissen der Gegenwart unausführbaren Theorien und beschränke sich auf das ausführbare practisch Gute: und man wird auf eine Weise, die alle Theile gleich sehr zufrieden stellen dürfte, was man fürchtet, ein gewaltsames Einschreiten des deutschen Bundes in die inneren Angelegenheiten der Staaten des Südens vermieden haben.

Die Volksversammlungen im südlichen Deutschland.

Geschrieben am 27. Juni 1832.

Wenn es je einen überzeugenden Beweis gab, daß eine geistige Bewegung, die einmal in ihrer Entwickelung begriffen ist, durch Beschränkungen und Verbote nur gefördert und beschleunigt, aber nicht gehemmt oder aufgehalten werden kann: so finden wir denselben in dem Schauspiele, welches das südliche Deutschland in diesem Augenblicke darbietet. Nachdem am 27. Mai auf der Schloßruine zu Hambach das Zeichen gegeben worden ist, sehen wir überall, wo nur die mindeste Veranlassung vorhanden ist, und allenfalls auch ohne Veranlassung, Tausende zusammenströmen, um öffentliche Feste, Gelage und Versammlungen zu halten, in denen viel von dem deutschen Vaterlande und seiner freilich unleugbaren Noth, so wie von den Mitteln, derselben abzuhelfen, dagegen wenig oder gar nicht von dem angeblichen nächsten Zwecke der Versammlung die Rede ist. Wem der Eindruck bekannt ist, den an und für sich schon eine große zu gemeinschaftlichem Zwecke versammelte Menschenmasse auf das Gemüth macht; wer den Einfluß kennt, welchen das begeisterte Wort des Redners oft durch augenblickliche Ueberraschung, häufiger durch die Nachwirkung bei ruhiger Erwägung gewinnt: der wird uns nicht unrecht geben, wenn wir sagen, daß in diesen Versammlungen ein Funke liegt, der zu einer über ganz Deutschland zusammenschlagenden Flamme entbrennen kann.

Man sage uns nicht, daß in England bei jeder Gelegenheit öffentliche Versammlungen gehalten werden, die ohne die geringste Ruhestörung vorübergehen und seit Jahrhunderten noch nie zu einer Empörung oder zu einer Revolution geführt haben. Wir könnten, wenn man das Beispiel von England uns vorhält, uns auf jenes von Frankreich berufen, wo ungeachtet einer durch die Gesetze doch sonst wahrlich nicht allzusehr beschränkten Freiheit öffentliche Volksversammlungen ohne besondere polizeiliche Erlaubniß auf keine Weise gestattet sind. Auch in England dürfen öffentliche Versammlungen nur zu einem bestimmten Zwecke und unter Beobachtung der gesetzlichen Formen gehalten werden; gewöhnlich stellen die Behörden, an welche die Anzeige gerichtet wird, sich selbst an die Spitze und leiten den Gang der Verhandlungen. Versammlungen, bei denen die Absicht hervorträte, einen Umsturz der bestehenden Regierung zu bewirken, oder auch nur eine Veränderung in der bestehenden Verfassung auf einem anderen als auf dem gesetzlichen Wege zu erzwingen, würden unter allen Umständen für aufrührerisch erklärt und als meuterische Zusammenrottungen behandelt werden.

Daß bei dem Feste zu Hambach nicht bloß im Allgemeinen der Gedanke an die Herstellung eines deutschen Reiches durch eine allgemeine Revolution hingeworfen, sondern zu der Erreichung dieses Zweckes auch bestimmte Verabredungen getroffen worden sind, unterliegt nach Allem, was bisher von den verschiedensten Seiten über jenes Fest bekannt geworden ist, keinem Zweifel. Der Plan, den man ersonnen hat, ist der abenteuerlichste, den man sich denken kann; und dennoch dürfte die Ausführung, sofern nicht bei Zeiten die nöthige Vorsorge getroffen wird, weniger unmöglich sein, als sie auf den ersten Anblick erscheinen mag. Wenn wir uns denken, daß an einem Tage auf allen Punkten in Deutschland Tausende sich sammelten, die zu derselben Stunde dasselbe Feldzeichen entfalteten; und wenn wir voraussetzen, daß alle übrigen Vorbereitungen mit einer Umsicht getroffen wären, wie sie Verschwörern nicht selten eigen ist: so wäre, wenn auch nicht eine erfolgreiche Umwälzung, doch unsägliches Unheil und eine Verwirrung, die in ihren Folgen vielleicht einer allgemeinen Umwälzung gleichkäme, unvermeidlich.

Aber unsere Absicht war nicht, Gefahren zu schildern, denen — wie wir die Ueberzeugung hegen — in diesem Augenblicke bereits zur Genüge vorgebeugt ist; wir wollten auf die Ursachen aufmerksam machen, aus denen jene Gefahren hervorgegangen sind, weil die Wiederkehr der letzteren nur durch die richtige Erkenntniß der ersteren vermieden werden kann.

Als die nächste Ursache der Gährung, welche im ganzen südlichen Deutschland herrscht, bezeichnen wir ohne Anstand die Beschränkungen, welche die Preßfreiheit in der jüngsten Zeit erfahren hat. Der Deutsche verliert nur dann die Geduld, wenn er sieht, daß eine Aenderung zum Besseren unmöglich ist; so lange man seine Klagen nur noch hört, giebt er die Hoffnung nicht auf; aber sobald man sich die Ohren verstopft, sobald man ihm verbietet, Beschwerde zu erheben und zu klagen, so muß er wohl einsehen, daß es mit seiner Hoffnung zu Ende ist. Wenn man zu derselben Zeit, als man es für nöthig fand, die Zügellosigkeit einzelner Blätter zu dem Gegenstande eines besonderen Bundestagesbeschlusses zu machen, ein freisinniges Preßgesetz erlassen hätte, welches gemäßigten Meinungen freien Spielraum gewährte: so würde gewiß Jedermann, wenn auch nicht gerade zufriedengestellt, doch beruhigt worden sein. Statt dessen zog man es vor, die gesammte deutsche Presse, die im Durchschnitte doch so zahm ist, daß sie des Zügels wahrlich nicht bedarf, für die Ueberschreitungen einzelner Journale verantwortlich zu machen; und da die Censur jede schriftliche Aeußerung eines freien Gedankens unterdrückte: so blieb zuletzt kein anderes Mittel der Gedankenmittheilung übrig, als das mündliche Wort, welches von jeher eine gefährlichere Waffe gewesen ist, als das geschriebene, das nicht zu Ohr und Herzen, sondern nur zum Auge und zum Verstande spricht, irgend sein kann. Welches Mittel giebt es jetzt, den Mißbrauch der Redefreiheit zu hindern? Mit Verboten ist hier nichts gethan; da die härteste Strafe, die man auf Uebertretung derselben setzen könnte, nur größere

Erbitterung zur Folge haben würde. Uns erscheint als das einzige Mittel eine verständige Preßfreiheit, die auf der einen Seite das Volk überzeugte, daß man weder seine Klagen unterdrücken, noch es über seinen Zustand täuschen will, während sie auf der andern das wahnsinnige Geschwätz eitler und ehrsüchtiger Volksverführer durch die vernünftige Rede wahrer Freunde der Freiheit und des Volkswohles verdrängte.

Das badische Preßgesetz.

Geschrieben am 5. August 1832.

Die Sache der Freiheit in Deutschland hat eine neue große Niederlage erlitten: das badische Preßgesetz ist zurückgenommen; die Censur ist im Großherzogthume Baden wieder eingeführt.

Mit Jubel wurde im Anfange dieses Jahres das Gesetz aufgenommen, welches zuerst, wenn auch nur in einem beschränkten Theile unseres deutschen Vaterlandes das unbeschränkte Recht der freien Gedankenmittheilung heiligte. Wenn irgend ein Volk sich reif und berechtigt fühlen durfte zum freiesten Gebrauche der Rede und der Schrift, so war es jenes, das in dem unermeßnen Reiche des Gedankens durch die glänzendsten Namen an der Spitze jeder Richtung geistiger Thätigkeit steht. Mit Stolz sagte sich dieß jeder Deutsche, und mit Recht waren die Erwartungen, mit denen man den ersten Leistungen der freien Presse entgegensah, auf das Höchste gespannt.

Es ist unedel und niedrig, bei einem großen Unglücke, welches ein ganzes Gemeinwesen oder ein einzelnes Glied desselben betrifft, zu dem Schaden den Hohn zu fügen; aber wir fürchten nicht, daß man uns dem Thiere vergleichen wird, welches den todten Löwen mit Füßen tritt, wenn wir das Geständniß ablegen, daß der Gebrauch, den man in Baden von dem neuerrungenen Rechte der Preßfreiheit machte, uns mit Schmerz erfüllte. Eine Fluth von hohlen aber hochtönenden Redensarten, vermischt mit den unüberlegtesten Drohungen und Herausforderungen, und zum Theil mit den pöbelhaftesten Schmähungen, war das Erste, was wir der badischen Presse verdankten. Einzelne gediegene Aufsätze wogen die Masse des heillosesten Unfuges nicht auf, und der Weiterblickende konnte schon nach dem Anfange das Ende mit ziemlicher Sicherheit vorhersagen.

Seien wir billig und beurtheilen wir die Dinge nicht nach unsern Wünschen, nach unsern Hoffnungen, nach unsern vorgefaßten Meinungen, sondern nach der Lage der Verhältnisse, in der wir dieselben finden.

Der deutsche Bund ist in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung und Verfassung ein Staatenverein, der in drei große Massen zerfällt, von denen Oesterreich die eine, Preußen die zweite und sämmtliche kleinere Bundesstaaten die dritte bilden. Oesterreich und Preußen haben neben ihrer Stellung in dem deutschen Bunde eine für beide Mächte nicht weniger wichtige Stellung in dem europäischen Fürsten- und Völkerrathe. Die Behauptung dieser Stellung ist für beide Mächte zugleich die Bedingung ihrer Existenz; denn es ist wenig Scharfblick erforderlich, es zu begreifen, daß bei der Verschiedenartigkeit der Bestandtheile, aus denen beide zusammengesetzt sind, Preußen wie Oesterreich auseinander fallen müßten, sobald der Mechanismus der Verwaltung, der in Oesterreich allein, in Preußen in Verbindung mit einem künstlich gebildeten Volksgeiste, das Ganze zusammenhält, auch nur um ein Weniges von seiner Spannkraft verliert. Preußen, als Macht des zweiten Ranges, würde bald aufhören, überhaupt als Macht zu bestehen. Oesterreich, von seiner gegenwärtigen Höhe herabgesunken, würde sich, nach dem Verluste von Ungarn und Italien, kaum in dem Besitze seiner Erbstaaten behaupten. Für Preußen, wie für Oesterreich ist die möglichst unveränderte Erhaltung ihres Verwaltungssystems daher keine Frage der Politik, sondern eine Lebensfrage; und es muß dem preußischen, wie dem österreichischen Cabinette als seine erste Pflicht erscheinen, Alles, was das ungehinderte Bestehen jenes Verwaltungssystemes irgend gefährden könnte, mit der äußersten Anstrengung entfernt zu halten, oder, wo es sich eingeschlichen hat, zu entfernen. Was konnte nun aber wohl das Fortbestehen des preußischen und des österreichischen Verwaltungssystemes mehr gefährden, als wenn in den übrigen deutschen Bundesstaaten, die in der vielseitigsten und innigsten Verbindung mit Oesterreich und Preußen stehen, sich ein Volksgeist entwickelte, der von vorne herein die bestimmteste Verwerfung jenes Systemes aussprach?

Von Preußen so wenig als von Oesterreich hatte die Entwickelung des constitutionellen Volkslebens, wie es seit den französischen Julitagen im Norden und im Süden von Deutschland zu erwachen anfing, freiwillige Förderung zu erwarten; und es blieb bei dem überwiegenden Einflusse beider Staaten nur die Frage, ob sich nicht dennoch ein Ausweg finden ließ, auf welchem dem übrigen Deutschland seine constitutionelle Freiheit gesichert würde, ohne daß Oesterreich und Preußen sich zu feindlichem Einschreiten veranlaßt gesehen hätten.

Dieser Ausweg lag nahe. Nur dadurch besaßen Oesterreich und Preußen ihr Uebergewicht in dem deutschen Bunde, daß die kleineren Staaten getrennt jeder seine eigene Bahn verfolgte, die denn nun freilich viel zu beengt war, um zum Ausweichen neben dem mächtigen Daherrollen des preußischen oder

österreichischen Staatswagens Raum zu lassen. Sobald dagegen sämmtliche kleinere deutsche Bundesstaaten sich zu der Annahme eines gemeinschaftlichen Systemes entschlossen, und zu gemeinschaftlicher Bewahrung der Unabhängigkeit, als Bund im Bunde, eine engere Verbindung eingingen, würden Oesterreich und Preußen nicht umhin gekonnt haben, dem an materiellen Kräften nicht gewachsenen, an geistigen Kräften jedoch überlegenen Staatskörper ihre Anerkennung zu gewähren, sie würden auf jede andere Art der Einwirkung, als auf die freundschaftlichste, verzichtet haben; und sie würden vielleicht sich überzeugt haben, daß die Formen des constitutionellen Lebens, wenn auch nicht vereinbar mit ihren eigenen Verwaltungssystemen, doch an und für sich bei gemäßigter und vernünftiger Ausbildung mit denselben nicht so unverträglich wären, daß sie gewaltsame Zerstörung nothwendig machten. Dahin zu wirken, daß auf diese Weise das öffentliche Leben in den constitutionellen Staaten mit den Verwaltungssystemen der preußischen und der österreichischen Monarchie versöhnt würde, war die Hauptaufgabe der freien Presse, sofern dieselbe irgend ihrem Berufe entsprechen wollte; denn Preßfreiheit und constitutionelles Volksleben sind untrennbar; und wenn die erste sich nicht selbst den Untergang bereiten wollte, mußte sie das einzige Mittel nicht verschmähen, welches dem letzten ungekränktes Fortbestehen sichern konnte.

Haben die badischen Blätter diese Aufgabe gelöst, oder hat auch nur ein einziges derselben je die geringste Ahnung gehabt, daß diese Aufgabe vor allen Dingen zu lösen sei? Der Ausgang hat zwischen jenen Freisinnigen der äußersten Linken, die durch rücksichtsloses Wüthen zum Ziele zu gelangen glaubten, und zwischen den Freisinnigen der wahren Mitte, die zu Vernunft und Mäßigung riethen, entschieden.

Handelsfreiheit und Preßfreiheit.

Geschrieben am 16. August 1832.

Zwei Fragen beschäftigen in diesem Augenblicke die deutsche Bundesversammlung, die beide von gleich hoher Bedeutung sind: die Frage der deutschen Handelsfreiheit und die Frage der Preßfreiheit.

Die Aufregung, gegen welche die bekannten Bundestagesbeschlüsse gerichtet sind, war großentheils durch äußere Einwirkungen hervorgerufen. Das Beispiel der französischen Juli-Revolution, verbunden mit allen den übrigen

erfolgreichen Volksbewegungen, die sich an dieselbe anreihten, hatte eine Stimmung erweckt, welche durch die unablässigen Anreizungen eines Theils der periodischen Presse fortwährend genährt und zu einem Grade gesteigert wurde, der den Ausbruch eines Kampfes zwischen der bestehenden Gewalt und der in jugendlicher Kraft derselben gegenübertretenden Macht der Meinung unvermeidlich machte. Der Ausgang war für den Verständigen leicht vorher zu sehen. Jederzeit wird die regelmäßige geordnete Gewalt über die erst in der Entwicklung begriffene unregelmäßige und ungeordnete den Sieg behaupten, sobald sie nur von allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den richtigen Gebrauch zu machen versteht. Im Felde hat eine geringe Anzahl regelmäßiger Truppen, unter guten Anführern, noch immer jede nicht bloß an Zahl, sondern sogar an Tapferkeit überlegene, aber nur nicht geordnete Menschenmasse durchbrochen und zerstreut. Nie ist eine einigermaßen wohl geordnete Regierung durch eine Revolution gestürzt worden, der sie zu rechter Zeit die rechten Maßregeln entgegensetzte.

Aber mit dem Siege ist wenig gewonnen, sobald auf die Niederlage des Feindes nicht die Unterwerfung folgt. In Deutschland, dieß dürfen die Regierungen nicht verkennen, war der bestehende Zustand der Dinge nicht bloß von einzelnen aufgeregten Schwärmern, sondern von der ganzen großen Masse einer rechtlichen, besonnenen und gebildeten Bevölkerung verurtheilt. Nur durch die Unzufriedenheit, die bereits vor der Juli-Revolution vorhanden war, wurde es möglich, daß nach derselben der geringste Funke überall so gewaltige Explosionen veranlaßte. Daß die Regierungen den Geist der Unruhe, wo derselbe heimisch zu werden drohte, zu Boden geworfen und gebunden haben, gewährt daher zwar für die Gegenwart, aber nicht für die Zukunft Sicherheit, sobald nicht auch die Ursachen der Unzufriedenheit entfernt werden, die bei der Wiederkehr ähnlicher äußerer Verhältnisse jeder Zeit auch ähnliche Wirkungen hervorbringen können. Die gesetzliche Ordnung für die Dauer durch Zwangsmaßregeln aufrecht zu erhalten, darf man in einem Zuchthause, aber nicht in einem Staate hoffen.

Unter allen den verschiedenen Ursachen zur Unzufriedenheit, über die man in unserem deutschen Vaterlande vor und nach der französischen Juli-Revolution geklagt hat, treten besonders zwei groß und mächtig hervor: der Zustand des Handels auf der einen, der Zustand der Presse auf der andern Seite. Jener entfernte mehr die Neigung der großen Masse der Bevölkerung, dieser die Gesinnung der denkenden Köpfe von den Regierungen; und je aufrichtiger wir eine dauernde und gründliche Befriedigung unseres geliebten, aus so vielen Wunden blutenden und so vielfach von blindem Haß zerrissenen Vaterlandes wünschen, um so erfreulicher ist es uns, mit Gewißheit die Versicherung ertheilen zu können, daß sowohl über die Angelegenheiten des deutschen Handels, als über jene der Presse die thätigsten Unterhandlungen im Gange sind, und daß es wenigstens an dem guten Willen der betheiligten Regierungen

nicht liegt, wenn beide Angelegenheiten nicht bereits in der nächsten Zukunft zu einem allgemein befriedigenden Ende geführt werden.

Die Frage der Presse ist minder wichtig, als jene des Handels, weil bei derselben eine geringere Anzahl von Personen unmittelbar betheiligt ist, aber sie berührt nicht minder wichtige Interessen, und verlangt daher dieselbe umsichtige Prüfung und dieselbe reife Erwägung. Wenn wir dennoch ein allgemeines deutsches Preßgesetz früher erwarten, als ein allgemeines Handelsgesetz, so kommt dieß nur daher, weil in der neuern und neuesten Zeit die Regierungen zu empfindlich an den Mangel des ersten gemahnt worden sind, als daß ihnen nicht Alles daran gelegen sein müßte, jede fernere Verzögerung zu vermeiden. Die Leidenschaftlichkeit, mit welcher die deutsche Presse bis noch vor Kurzem die bestehenden Staatsgewalten bekämpft hat und zum Theil noch bekämpft, ist eine auffallende Erscheinung, die selbst durch die allgemeinste Mißstimmung nicht erklärt wird, da diese, wenn sie dem Tone so mancher öffentlichen Blätter entspräche, längst in offenen Aufruhr übergegangen sein müßte. Wie überall fallen auch hier die Folgen des Mißbrauches zuerst auf die Urheber zurück; aber zu bedauern ist es, daß in den meisten Fällen die Strafe auf die Schuldigen nicht beschränkt bleibt. Der Grundsatz der Preßfreiheit wird in dem neuen Preßgesetze, welches wir zu erwarten haben, anerkannt werden, aber unter Beschränkungen, die man bei einiger Mäßigung von Seiten der deutschen Schriftsteller und Journalisten schwerlich für nothwendig gehalten hätte.

Wir verbergen unsere Ueberzeugung nicht, daß alle directen Beschränkungen der Presse ihren Zweck, wenn sie denselben nicht ganz verfehlen, doch nur zur Hälfte erreichen. Eine Beschränkungsart aber, welche nicht nur ihren Zweck verfehlt, sondern demselben geradezu entgegenwirkt, ist die Censur. Die Leser eines censirten Blattes wissen, daß sie keineswegs die volle Meinung des Verfassers, sondern nur eine verstümmelte erhalten, und sie denken sich daher bei der leisesten Andeutung und oft ohne Andeutung viel Aergeres hinzu, als je ein Schriftsteller zu schreiben oder drucken zu lassen gewagt haben würde. Der Schriftsteller, welcher der Censur unterworfen ist, wird durch die mannichfachen Belästigungen, die mit dieser Einrichtung verbunden sind, gedrückt; außerdem verletzt es ihn, Personen, die an geistiger Bildung, an Kenntnissen und an Talent vielleicht um einen halben Erddiameter unter ihm stehen, zu Richtern seines eigensten Wesens, seiner Gedanken aufgestellt zu sehen. Reibungen sind unvermeidlich, und die Bitterkeit, in welche der Autor dadurch versetzt wird, spricht sich unwillkürlich, nicht zum Vortheile des Staates, in seinen Werken aus. Wie leicht bildet sich aber zwischen dem Schriftsteller und seinen Lesern eine Uebereinstimmung in dem Gange der Gedanken, durch welche jede Beaufsichtigung unmöglich wird; da der Verfasser eines Aufsatzes vielleicht die höflichsten und liebenswürdigsten Dinge sagt, unter denen aber

die Leser, die den Schalk kennen, gerade das Gegentheil verstehen; und welcher Censor würde je so weit gehen, daß er selbst die Höflichkeit nicht erlaubte?

Fortschritte des öffentlichen Geistes in Deutschland.

Geschrieben am 4. October 1832.

Einen unerfreulichen Eindruck muß auf jeden aufrichtigen Freund des Vaterlandes der Anblick der Entmuthigung machen, in die wir, durch die neueste politische Entwickelung, selbst redliche und wohlmeinende Männer versunken sehen. Es ist ein eigenthümlicher Zug unseres deutschen Nationalcharakters, daß wir, statt uns scharfen und schneidenden Eindrücken hinzugeben, die uns vielleicht in tiefster Seele verletzen, mit denen wir dann aber auch einmal für allemal unsere Abrechnung halten, es vorziehen, unsere Gefühle möglichst breit und flach zu treten, — Schmerzen und Freuden zu einer Rumfordschen Bettelsuppe zu verdünnen, und an beiden so lange zu zehren, bis ein neuer Jammer dem alten Elende ein Ende macht. Diese weichliche Sentimentalität unseres Privatlebens vergessen wir nicht in unser öffentliches Leben überzutragen. Ohne eigentlich feig zu sein, da es uns an Muth und Kraft nicht fehlt, sobald wir uns nur erst ermannen, lassen wir uns doch durch das geringste Mißgeschick zu Boden drücken; und nicht selten entgeht uns die Gelegenheit, einem wirklichen Uebel zu steuern, während wir uns in Klagen über eingebildete Uebel ergehen.

Mehr als zu irgend einer früheren Periode ist dieß vielleicht in diesem Augenblicke in unserem deutschen Vaterlande der Fall. Die periodische Presse, die wir nach dem Aufschwunge der letzten Jahre als die treue Vertreterin der öffentlichen Meinung zu betrachten gewohnt waren, ist verstummt; an die Stelle der Deutschen Tribune, des Freisinnigen und der Deutschen Allgemeinen Zeitung ist die Mannheimer Zeitung, die Frankfurter Oberpostamts-Zeitung und etwa die Münchener politische getreten, in denen Niemand den Ausdruck der öffentlichen Meinung wieder erkennen wird; und wo noch ein unabhängiges öffentliches Blatt erscheint, ist dasselbe schon, weil es noch fort erscheint, des Verrathes und der Treulosigkeit verdächtig. Das einzige Zeichen, woran man ein wahrhaft freisinniges Blatt erkennt oder zu erkennen glaubt, ist, daß dasselbe in die allgemeine Trauer über die beklagenswerthen Rückschritte mit einstimmt, in denen unsere

politische Entwickelung begriffen sein soll. Alles geht in Deutschland zurück: darüber ist man einmal einverstanden; und wer diese Ansicht nicht theilt, ist entweder mit Blindheit geschlagen oder an die Gewalt verkauft!

Zu leugnen ist es nicht, daß in der Entwickelung des öffentlichen Lebens in Deutschland in der letzten Zeit bedeutende Rückschritte gemacht worden sind. Die periodische Presse, die in einem großen Theile unseres Vaterlandes sich bereits einer beinahe völlig unumschränkten Freiheit erfreute, ist in Grenzen zurückgedrängt worden, welche zwar den Mißbrauch, aber zugleich den Gebrauch zum Guten in gleichem Maße erschweren; die Rechte der ständischen Versammlungen, die sich in einzelnen Bundesstaaten nicht neben, sondern über die Regierungen zu stellen anfingen, sind auf eine Weise bestimmt worden, die ihnen, statt der unmittelbaren Einwirkung in die Verwaltung, nur noch die Beaufsichtigung übrig läßt; und dem Volke ist die Befugniß zu gemeinschaftlichen Berathungen in öffentlichen Versammlungen, so wie in geschlossenen zu diesem Zwecke gebildeten Gesellschaften — ein Recht, das man an vielen Orten als etwas sich von selbst Verstehendes betrachtete — entzogen worden. Daß die Maßregeln, durch welche alle diese Bestimmungen getroffen wurden, wahre Rückschritte sind, wird Niemand, zu welcher persönlichen Ansicht er sich auch bekennen mag, in Abrede stellen; da jeder Schritt, durch welchen eine fortschreitende Bewegung auf ihren Ausgangspunkt zurückgeführt wird, ein Rückschritt ist. Aber vergleichen wir diese Rückschritte mit dem, was vor fünfzehn oder sechzehn Jahren noch als das höchste Ziel unserer Wünsche galt, so werden wir mit Beschämung eingestehen müssen, daß zu unseren Klagen so wenig Grund vorhanden ist, als zu unserer Verzweiflung. Alle deutschen Staaten haben seit der Zeit des Befreiungskrieges, die wir als den Ausgangspunkt unserer politischen Entwickelung betrachten müssen, so unermeßliche Fortschritte gemacht, daß neben denselben alle Rückschritte, über die wir uns beklagen könnten, als völlig unwesentlich verschwinden.

Wenn wir gegenwärtig einen Blick auf die Flugschriften und Journale werfen, die in den Jahren 1813, 14 und 15 erschienen sind, so erstaunen wir über die Unbestimmtheit und Verwirrung der Begriffe, die sich hinter allen diesen tönenden Worten und glänzenden Redewendungen zu verbergen sucht. Der einzige klare Gedanke, der in hundert verschiedenen Formen wiederkehrt, ist die Forderung der äußeren Sicherstellung gegen Frankreich. Frankreich in möglichst enge Grenzen einzuschränken, war der allgemeine Wunsch, an den sich natürlich der andere knüpfte, Deutschland möglichst groß und stark zu sehen, um nie wieder eine Erneuung der französischen Unterdrückung fürchten zu dürfen. Als das einzige Mittel, diesen Zweck zu erreichen, erschien die Zurückführung jener guten alten Zeiten, wo der deutsche Name in allen europäischen Angelegenheiten das entscheidende Gewicht in die Wagschale legte; und die Herstellung der alten deutschen Reichsverfassung, mit allen ihren Mängeln und Gebrechen, würde gewiß in den ersten Tagen der Begeisterung alle

Wünsche befriedigt haben, wenn sie nur irgend möglich gewesen wäre. Die beiden Vordermänner des deutschen Liberalismus nach dem ersten Erwachen aus dem Rausche des Befreiungskampfes, Friederich Ludwig Jahn und Ernst Moritz Arndt, führten eine Sprache, die man gegenwärtig eher knechtischer Mittelalterthümelei, als übertriebenen Freiheitsschwindels beschulgen würde. Jahn ist, mit allen seinen altdeutschen Kernausdrücken, sich so wenig klar, daß er in seinem Volksthume den alten Geschlechtsadel mit einer „alten tausendjährigen Eiche", den Emporkömmling aber mit einem „Kohlhanse" und „Pilze" vergleicht, während er in den Runenblättern die Errichtung eines hohen Rathes verlangt, der von einem reinen Verdienstadel gebildet werden sollte. Und Arndt in seiner Schrift „über künftige ständische Verfassungen in Deutschland" phantasirt sogar noch von einer „auf Majorate des Adels und des Landbauernstandes zu gründenden Nationalrepräsentation." Nur um des Alten willen glaubte er der „alten ehrwürdigen Reichsverfassung" huldigen zu müssen; sogar bei den „freien ständischen Verfassungen," die mit der alten Reichsverfassung zurückkehren sollten, wollte er „die alten Gebräuche und Gesetze, die Eigenthümlichkeiten eines jeden Landes und Stammes nach Möglichkeit geehrt und geschont" wissen. Denn nur das, meinte er, schaffe „eine feste und kräftige Freiheit, was in natürlichem Triebe aus den Wurzeln einer jeden Landschaft und aus den Neigungen eines jeden Stammes erwachsen sei."

Und diese Männer waren es, die man im Jahre 1815 wegen der revolutionairen Richtung ihrer Schriften vor der öffentlichen Meinung als Demagogen anklagte, und wenige Jahre später wegen demagogischer Umtriebe in gerichtliche Untersuchung zog, verhaftete, strafte. Bedarf es mehr als dieser einen Erinnerung, um uns zu überzeugen, daß wir seit jener Zeit in unserer politischen Entwickelung keine Rückschritte gemacht haben? Mehr, als damals unsere kühnsten Wünsche forderten, ist seitdem uns gewährt worden; und wir wollten verzagen, weil nicht auch die neuen Wünsche, die wir inzwischen uns vielleicht gebildet haben, schon gewährt sind?

Die Gesetzgebung der Presse.

Geschrieben am 1. November 1832.

Den sichersten Maßstab der politischen Entwickelung eines Volkes bildet die periodische Presse; aber nur da, wo entweder unbeschränkte Preßfreiheit oder wenigstens eine durch vernünftige und gemäßigte Gesetze beschränkte Freiheit der Presse besteht, bildet sie zugleich den Maßstab der politischen Bildung.

In Ländern, wo eine unbeschränkte Preßfreiheit besteht, hält die politische Entwickelung mit der politischen Bildung gleichen Schritt. Neue Ansichten, die in dem Gebiete der Staatswissenschaft, wie in dem jeder andern Wissenschaft, von Zeit zu Zeit hervortreten, werden so lange von allen Seiten beleuchtet und besprochen, bis sie zuletzt das Gemeingut aller Stände geworden sind: was allgemein als wahr und gut anerkannt worden ist, wird, sobald die äußeren Verhältnisse dieß irgend gestatten, zur Ausführung gebracht; schon deßhalb, weil Niemand, wenn er auch in einzelnen Fällen durch persönlichen Vortheil bestochen wird, im Allgemeinen wider seine Ueberzeugung zu handeln vermag. In Ländern, wo gesetzliche Anordnungen die Presse beschränken, hängt es von dem Geiste dieser Anordnungen und noch mehr von dem Geiste, in dem dieselben vollzogen werden, ab, welche Stellung die Presse auf der einen Seite zu der politischen Bildung des Volkes oder zu der öffentlichen Meinung, auf der andern zu der politischen Entwickelung des Staates, oder zu seiner Verfassung und Verwaltung einnehmen soll. Wo die Gesetzgebung der freien Rede des Denkers ungehinderten Lauf läßt und nur das Aufbrausen der Leidenschaft zurückdrängt, werden alle Vortheile der völlig unbeschränkten Preßfreiheit erreicht und die Nachtheile, die mit derselben verbunden sind, vermieden, da die Sprache der Leidenschaft oft durch glänzenden Schmuck einen tieferen oder wenigstens einen für den Augenblick stärkeren und gewaltigeren Eindruck auf die Menge macht, als die Stimme der Wahrheit in ihrem einfachen Gewande. In jenen Ländern dagegen, wo der Staat seine Aufsicht über die Presse dazu benutzt, um nicht bloß den Mißbrauch der Rede, sondern um jeden Gedanken zu unterdrücken, der mit den zufälligen Ansichten der Machthaber im Widerspruche steht, hört die Presse auf, für das Volk der treue Spiegel seiner Gesinnungen, Meinungen und Gefühle zu sein; sie verräth der Nation die Richtung, wohin die Gewaltigen das Staatsschiff steuern, aber sie setzt diese nicht mehr von dem Geiste, der die Mannschaft beseelt, in Kenntniß. Daher gelingen Revolutionen leichter in Staaten, in denen die Presse beschränkt, als in Ländern, in denen sie frei ist, weil in den ersten das Volk zwar die Absichten der Regierung, aber die Regierung

nicht den Willen des Volkes kennt, und jene daher durch jede Bewegung, die bei irgend einer zufälligen Veranlassung zum Ausbruche kommt, völlig unvorbereitet von dem Sturme überrascht wird.

Völlig unbeschränkte Preßfreiheit herrscht unter allen europäischen Staaten mit Ausnahme des kleinen Belgiens und der Schweiz nur in Großbritannien. Hier kann in der That Jedermann schreiben und drucken lassen und bekannt machen, was ihm gefällt, ohne daß die Staatsverwaltung dieß auf irgend eine Weise zu hindern vermöchte. Das einzige Mittel, welches die Verwaltung besitzt, um sich selbst gegen den ausschweifendsten Mißbrauch der Presse zu vertheidigen und zu schützen, ist das Recht der Klage vor den Gerichten, also kein anderes, als was in demselben Maße jedem Privatmanne zu Gebote steht; und von diesem wird so selten, in so wenigen außerordentlichen Fällen Gebrauch gemacht, daß man als die Regel voraussetzen kann, daß die Staatsgewalt auch auf dieses einzige Mittel der Vertheidigung verzichtet. In England sehen wir durch die Presse alle möglichen Schattirungen der öffentlichen Meinung vertreten; neben den gemäßigten liberalen Grundsätzen der Times und den echt englischen des Morning-Herald finden wir die entschiedeneren des Morning-Chronicle, die kaufmännischen des Morning-Advertiser, die ministeriellen des Globe, die halbliberalen des Courier, der Sun, des British Traveller und der True Sun, die farblosen des Public Ledger, die aristokratischen der Morning-Post, des Standard und des Albion, die republicanischen des Examiner und die hierarchischen des John Bull. Alle die verschiedenen Ansichten, die in den genannten Blättern der Hauptstadt und in den hundert Provinzialblättern vertreten werden, bestehen friedlich nebeneinander, ohne daß durch dieselben in dem Gange der Verwaltung je die geringste Störung hervorgebracht würde. Jedermann liest das Blatt, dessen Ansichten mit seinen eigenen Ansichten am meisten übereinstimmen; und wenn er dasselbe gelesen hat, legt er es bei Seite, und ist ein eben so ruhiger und friedlicher Bürger, als vorher. Die Beschwerden, zu denen die bestehende Ordnung der Dinge ihm Veranlassung giebt, überläßt er seinen Wortführern geltend zu machen; überzeugt, daß, wenn dieselben wirklich begründet sind, oder von der Mehrzahl seiner Mitbürger begründet gefunden werden, die Regierung bald durch die gewaltige Stimme der Presse zur Einsicht und Nachgiebigkeit gebracht werden wird. Die Mitglieder der Verwaltung ihrerseits haben nichts anderes zu thun, als sich nach der Abonnentenzahl der Journale zu erkundigen, um auf das Genaueste davon unterrichtet zu sein, welche Meinungen im Volke am weitesten verbreitet sind, und welche Maßregeln auf den Beifall oder auf das Mißfallen des Volkes rechnen können. Während des großen Kampfes um die Parlementsreform waren alle Tagblätter der Hauptstadt, bis auf drei, und beinahe alle öffentlichen Blätter der Provinzialstädte bis auf eine kaum bemerkbare Minderzahl für die Reform. Die Regierung überzeugte sich, daß es unmöglich sei, der allgemeinen Stimme zu widerstehen, und eine der größten

Staatsveränderungen der neueren Zeit wurde, im Ganzen, friedlich und ohne gewaltsame Erschütterungen der öffentlichen Ordnung durchgeführt, die — wenn die Staatsgewalt nicht durch die Presse von den Forderungen und von den Streitkräften der Parteien belehrt gewesen wäre — Ströme von Blut und Berge von Leichen gekostet haben und ganz England in eine grauenhafte Verwirrung gestürzt haben würde.

In Frankreich besteht, dem Buchstaben der Charte nach, wie in England, unbeschränkte Preßfreiheit; in der That sieht sich die Presse jedoch durch die Aufsicht der Staatsgewalt auf eine eben so unzweckmäßige, als drückende Weise beschränkt. Eine Preßfreiheit, welche der Staatsgewalt das Recht einräumt, jedes gedruckte Blatt, sofern der Inhalt desselben den Machthabern anstößig ist, nicht allein einer Anklage vor den Gerichten zu unterwerfen, sondern vor der Anklage vorläufig mit Beschlag zu belegen, unterscheidet sich von der Censur nur dadurch, daß sie mit dem Hasse der willkürlichen Bedrückung die Verachtung der Ohnmacht verbindet. Die Ansichten, welche man für den Augenblick durch die Beschlagnahme unterdrückt, erhalten wenige Tage, oder wenige Monate darauf durch die gerichtlichen Verhandlungen nur eine um so weitere Verbreitung, und erscheinen überdieß, bei der natürlichen Neigung jedes unverdorbenen Gemüthes, für den Schwächeren, Unterdrückten, Verfolgten, Partei zu ergreifen, in dem glänzendsten Lichte. Durch beinahe tägliche Beschlagnahmen ist es der französischen Regierung noch nicht gelungen, auch nur ein einziges der Journale zu unterdrücken, welche sich mit ihr im Kampfe befinden. Die Leser der Tribune du Mouvement oder der Gazette de France verlieren lieber eine einzelne Nummer ihres Journales, als daß sie ein Blatt aufgeben, dessen Wichtigkeit die Regierung selbst durch ihre Verfolgung anerkennt. Nur deßhalb, weil die Gesetze, welche der Regierung die Macht beilegen, den Ansichten der Staatsverwaltung widersprechende Meinungen zu unterdrücken, durch die Verweisung vor die Gerichte diese Macht wieder zurücknehmen, sind in Frankreich wie in England alle Schattirungen der öffentlichen Meinung durch die Presse vertreten. Die Regierung steht aber nicht, wie in England, über der Presse, sondern sie befindet sich im Kampfe mit der Presse; und da die Leser der Journale, der Mehrzahl nach, die Meinungen derselben theilen, so sieht die Regierung durch ihren nutzlosen Kampf wider die Presse sich in einer beständigen Opposition gegen die Mehrheit des französischen Volkes.

Sage man nicht, daß die Journale diese Opposition hervorriefen, daß die Journale die öffentliche Meinung bildeten! In Zeiten einer großen politischen Aufregung kann das Urtheil der Menge für den Augenblick und in einzelnen Fällen durch die Darstellung der Journale irre geleitet werden; aber das ausgezeichnetste Talent wird vergebens die öffentliche Meinung von einer Richtung abzulenken suchen, die ihr durch den Gang der politischen Entwicklung im Großen einmal angewiesen ist. Ein französischer Hofmann sagte einst zu Ludwig XVIII.: „Sire, es wäre wünschenswerth, einige der Blätter

zu kaufen, die eine große Verbreitung haben, wie der Constitutionnel und der Courrier français, und sie royalistisch zu machen. Wenige Millionen, auf diese Weise verwendet, würden gut angelegt sein." Ludwig XVIII. war aber kein Thor, und antwortete dem weisen Rathgeber: „Sehr schön, mein Herr D—, aber können Sie die Leser eben so leicht kaufen, als das Journal?" Die Anwendung dieser Anecdote liegt nahe: Die Journale bilden nicht, sondern sie offenbaren die öffentliche Meinung.

Das Jahr 1832.

Geschrieben am 1. Januar 1833.

Friedlich und erfreulich waren die Aussichten, die das vergangene Jahr bei seinem Beginn uns eröffnete. Die wilde Gährung, welche die französische Julirevolution in die Gemüther warf, war einer gemäßigten geistigen Bewegung gewichen, die, in den Schranken der gesetzlichen Ordnung fortschreitend, nicht zu der Aufhebung und Zerstörung, sondern zu der Verbesserung des bestehenden gesellschaftlichen Zustandes führte; und wohlthätige Reformen versprachen überall an die Stelle der Revolutionen zu treten, welche Frankreichs Beispiel hervorgerufen hatte.

Nur der Osten war in düstere Schleier gehüllt; aber leuchtende Sternenbilder waren über dem Westen aufgegangen. Friede und Freiheit reichten sich die Hand, um das Wohl der Völker und den Glanz der Throne auf unvergänglichen Grundlagen zu befestigen. Das unglückliche Heldenvolk, welches mehr innerer Zwietracht, als der Uebermacht des Zaarenreiches erlegen war, schien das einzige Opfer zu sein, das die dunkeln Gewalten der Vergangenheit forderten, um mit der Gegenwart versöhnt zu werden. Gleich goldenen Aehrenfeldern richteten in allen Gauen sich blühende Hoffnungen und heitre Erwartungen auf. Da schürzte, nachdem er seine Beute in Sicherheit gebracht, der Geist der alten Nacht sich zu neuem Kampfe, und machte sich auf und mähte die goldenen Aehrenfelder und brach alle Hoffnungen und erdrückte alle Erwartungen.

Es war ein düsteres Jahr, welches von uns geschieden ist, voll zweckloſen Würgens, voll kleinlichen Hasses, voll schmerzlicher Verluste. Aber ein großes Ereigniß steht in unverlöschlichem Glanze mitten in der allgemeinen

Verwirrung: ein lehrreiches Beispiel für die Fürsten, ein erhebendes für die Völker, ein warnendes für die Gewaltigen. Was auch im Einzelnen für die Sache der Freiheit und der gesellschaftlichen Verbesserungen verloren gegangen sein mag, das ist im Ganzen durch das eine große Ereigniß der brittischen Parlementsreform reichlich und überreich wieder gewonnen worden. Das brittische Volk hat in diesen Zeiten, die riesenhaft zu uns heranschritten, aber kein Geschlecht von Riesen, sondern von Zwergen fanden, sich als ein Volk von Männern bewährt: ausdauernd, treu, beharrlich, großmüthig und gewaltig.

Ein Anblick war es, der in drückender Schwüle jedes männliche Herz erfrischen und laben mußte, als die Britten in dem Gefühle ihrer Kraft sich erhoben und die Rechte zurückforderten, die ihren Vätern verkümmert worden waren. Voran stand der erste seines Volkes, der Fürst, der den Namen des Reformers auf die späteste Nachwelt tragen wird. Aber selbst dem Könige erschien das Werk zu schwer, an den seit Jahrhunderten eingewurzelten Wald von Mißbräuchen die Axt zu legen. Die treuen Räthe, die dem redlichen Fürsten ehrlich zur Seite gestanden hatten, traten zurück: und Muthlosigkeit und Zagheit ergriff die Tausende, die auf die Sache der Reform ihre Hoffnung gesetzt hatten, ohne die Kraft zu haben, die Reform zu erringen. Da wehten die Banner der Unionen in Birmingham, der Stadt, und wie Meereswogen erbrauste der Gesang, der die schlummernde Volkskraft zum Erwachen rief:

Ja, wir hören! Ja, wir kommen
Schnell dem Ruf der Freiheit nach!
Ja, wir kommen! kommen! kommen!
Für das Werk des Ruhmes wach.
Und wir erheben von Meer zu Meer
Der Freiheit Banner hoch und heer.

Gott mit uns! Von Feld und Fluth,
Amboß, Richtscheit, Weberei,
Kommen wir, und unser Muth
Bricht der Zwingherrn Trug entzwei.
Und wir erheben von Meer zu Meer
Der Freiheit Banner hoch und heer.

Gott mit uns! Kein Schwert gezückt,
Friedlich, einig, treu und echt,
Unverkümmert, unzerstückt
Fordern wir der Väter Recht.
Und wir erheben von Meer zu Meer
Der Freiheit Banner hoch und heer.

Dem Worte folgte, schnell, wie der Wille dem Gedanken, die That. Das brittische Volk ist zu dieser Stunde, nachdem das Werk der Parlements-

reform in dem Sinne vollendet wurde, in dem es begonnen war, das freieste der Erde: nicht durch Aufruhr und Empörung, nicht durch Gewalt und Frevel gegen das Gesetz, sondern durch mannhaftes Beharren bei festem männlichen Entschluß.

Nie bleibt, wie im Leben keine edle That ohne Frucht, so in der Geschichte kein großes wohlthätiges Ereigniß ohne fernhin gebreitete segenreiche Wirkung. An einem heitern Frühlingstage als schwankes Reis gepflanzt, ist der Baum der Reform im Laufe des Sommers wunderbar erstarkt, und in wenigen Jahrzehnten werden seine Zweige nicht dem brittischen Volke allein, sondern dem ganzen westlichen Europa erquickenden Schatten geben.

Die Zeit der Revolutionen ist vorüber. Nach dem Ausgange der polnischen und italienischen Revolution war von den drei großen Umwälzungen, welche der Julirevolution ihren Ursprung verdankten, die belgische die einzige, welche als unvollendet betrachtet werden mußte, so lange weder das Dasein des neuen belgischen Königreiches von den fremden Mächten anerkannt, noch das Grundgebiet von den holländischen Truppen geräumt war. Die Genehmigung des Trennungsvertrages der Londoner Conferenz hat die belgische Frage Europa, die Einnahme der Citadelle von Antwerpen hat sie Holland gegenüber entschieden. Die beiden kleinen Forts an der Schelde, welche die Holländer noch besetzt halten, sind nur in Bezug auf die Frage der Scheldeschifffahrt von Wichtigkeit, können aber die Unabhängigkeit der Belgier nicht gefährden.

Der kurze Feldzug der Franzosen ist auch in anderer Beziehung nicht ohne bedeutende Folgen gewesen. Vor Allem hat er bewiesen, daß die neue Ordnung der Dinge, welche die Julirevolution herbeigeführt hat, in Frankreich hinreichend befestigt ist, um weder von innen noch von außen einen erfolgreichen Angriff befürchten zu dürfen. Die beiden Junitage haben die Schwärmer für die Republik, die Gefangenschaft der Herzogin von Berry hat die Anhänger der gefallenen Dynastie entwaffnet; die Capitulation der Citadelle von Antwerpen entwaffnet das vereinte östliche Europa. Nachdem die Revolution an der Weichsel und in der Romagna unterlegen war, konnte sie nur durch den Sieg an der Schelde wieder zu Ehren kommen. Ungleich war der Kampf, da auf der einen Seite ein Volk von zwei Millionen, auf der andern von zwei und dreißig Millionen stand, auf der einen Seite ein Häuflein von 5000 Mann, welches seit zwei Jahren innerhalb der Mauern einer Festung eingeschlossen war, auf der andern ein Heer von 80,000 auserlesener Krieger, in dem Bewußtsein, daß ganz Europa die Augen auf sie gerichtet hatte. Aber wenn den Holländern die Begeisterung Ehre bringt, mit der sie, von aller Welt verlassen, auf den Ruf ihres Fürsten sich zu der Vertheidigung ihres heimischen Heerdes und ihres guten Rechts erhoben, und wenn die Beharrlichkeit ruhmvoll genannt werden muß, welche die Besatzung der Citadelle von Antwerpen drei Wochen lang unter einem Feuerregen von Bomben und

Kugeln bewährte: ſo dürfen wir auf der andern Seite auch nicht vergeſſen, daß neben und hinter dem holländiſchen Landſturme, das Schwert bereits halb aus der Scheide gezogen, in erſter Reihe die Heere Preußens, in zweiter und dritter die unermeßlichen Schaaren des öſterreichiſchen und des ruſſiſchen Kaiſerreichs ſtanden, zur Hülfe bereit, ſobald die Franzoſen die engen Schranken überſchritten, welche die Diplomatie dem Kampfe geſteckt hatte; und daß vor der Citadelle von Antwerpen das Belagerungsheer nicht bloß mit einem an Zahl ſchwächeren, aber durch Wälle und Gräben geſchützten Feinde, ſondern mit den Elementen zu kämpfen hatte, mit Sturm und Regen, Ueberſchwemmungen und allen Hinderniſſen, welche die Natur den Fortſchritten einer Belagerung entgegenſetzen kann.

Die Diplomatie wird im Beginne des nächſten Jahres vollenden, was das Schwert zu Ende des vergangenen begonnen hat. Möge es einer verſtändigeren Staatskunſt gelingen, die Verwicklungen zu entwirren, die der Unverſtand auf allen Seiten gehäuft hat! In Deutſchland, in Italien, in Spanien und Portugal, in Griechenland und in dem wankenden Osmanenreiche, wie viel giebt es überall zu thun, wenn die morſchen Pfeiler des europäiſchen Staatengebäudes bei dem erſten unerwarteten Anſtoße nicht in ſich zuſammenbrechen ſollen! Ueberall iſt das Bedürfniß der Reformen erwacht; und Weisheit iſt es, die Bedürfniſſe der Völker zu läutern, Thorheit und Verbrechen, dem wahren Bedürfniſſe die rohe Fauſt der Gewalt entgegen zu ſetzen.

Das Journalweſen in Frankreich, England und Deutſchland.

Geſchrieben am 11. Februar 1833.

Das ſicherſte Zeichen der Schwäche einer Partei iſt, wenn ſie zu ausſchweifenden Mitteln ihre Zuflucht nimmt, um eine verlorene Sache zu retten· nicht in wilden leidenſchaftlich verzerrten Sprüngen, ſondern in ruhigem, ernſtem und gemeſſenem Fortſchreiten offenbart ſich die Kraft. In England, wo die Freiheit ſeit Jahrhunderten in den Sitten und Geſinnungen, wie in den Geſetzen begründet iſt, hören wir ſelten von Unruhen, die durch einen unge-

regelten Freiheitstrieb erregt wurden. Tausende versammeln sich auf öffentlichen Plätzen oder im freien Felde, um über Gegenstände, die das gemeine Beste angehen, zu berathen; es werden Beschlüsse gefaßt, welche die Ansichten der Versammlung ausdrücken, und eine Abordnung setzt die Behörden auf gesetzlichem Wege von diesen Beschlüssen in Kenntniß. Damit hat aber auch die ganze Sache ihr Bewenden: die versammelten Tausende gehen ruhig und friedlich auseinander; und es ist kein Beispiel bekannt, daß man es je versucht hätte, durch gewaltsame Mittel zum Ziele zu gelangen. Pöbelaufstände und Meutereien giebt es in England natürlich wie überall, wo es Pöbel giebt; aber nirgend haben die Bewegungen des gemeinen Haufens den geringsten Nachdruck, sobald sie nicht von einem mehr oder weniger bedeutenden Theile der achtbaren Bevölkerung unterstützt werden. Bei den Aufständen in Bristol und Nottingham, wo die Hefe des Volkes sich in der ungebundensten Zügellosigkeit ergoß, waren einige Dutzend Reiter hinreichend, um die mordbrennerischen Banden auseinander zu sprengen und Ruhe und Ordnung herzustellen.

Anders ist dieß in Frankreich, wo seit den ältesten Zeiten zwar die Zügellosigkeit oft, aber die Freiheit eigentlich niemals festen Boden gewonnen hat, und in Deutschland, wo bei einer hohen Ausbildung des gesellschaftlichen Lebens doch zu wenig Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten sich entwickelt hat, als daß die bürgerliche Freiheit sich zur politischen hätte erweitern können. Oeffentliche Versammlungen nach brittischer Art werden in Frankreich so wenig als in Deutschland geduldet; und man kann die Vorsicht der Behörden nicht tadeln, wenn man bedenkt, wie leicht eine aufgeregte gährende Masse, wenn auch unter gesetzlichem Vorwande versammelt, von wenigen Uebelgesinnten zu den verbrecherischesten Ausschweifungen verleitet werden kann. Manche wesentliche Nachtheile sind indessen mit dieser, wie wir uns nicht verbergen können, nothwendigen Beschränkung des öffentlichen Lebens verbunden; und nicht der geringste unter diesen Nachtheilen ist es, daß die Leidenschaften der Menge, da ihnen jeder gesetzliche Ausweg versperrt ist, sobald ein hinreichender Vorrath sich gesammelt hat, immer in der rohesten Form, mit der ungezähmtesten Gewalt und zuweilen mit unwiderstehlicher Kraft losbrechen.

Zwischen der politischen Bildung in Frankreich und in Deutschland besteht in dieser Beziehung geringer Unterschied. Das französische Volk, lebhafterer und feurigerer Natur, ist leichter zu gewaltsamen Ausbrüchen hingerissen. Der Deutsche ist in seinen Ausbrüchen gerade deshalb, weil dieselben seltener sind, gewaltiger, wilder, roher und niedriger. Im höchsten Grade bezeichnend ist das Verfahren, welches in beiden Ländern die politischen Parteien gegeneinander beobachten. Statt, wie dieß in England der Gebrauch ist, sich durch wohlausgearbeitete Reden auf den Hustings zu bekämpfen, in denen beide Theile ihre politischen Ansichten vor dem versammelten Volke entwickeln, das dann über den Werth oder Unwerth beider das Urtheil spricht,

fordern in Frankreich die ritterlichen Carlisten und die streitbaren Männer der Revolution sich zum Zweikampfe, besudelt in Deutschland der Pöbel unter den Liberalen und der Pöbel unter den Legitimisten sich gegenseitig durch ehrlose Verläumdungen, von denen dann ein reicher Theil auch für die achtbaren Männer in der Mitte abfällt. Wie Rotteck in Freiburg, wird Krug in Leipzig, wird so mancher andere ehrenwerthe Mann durch die Troßbuben hier der Bewegungspartei, dort der Partei des Stillstandes gemißhandelt; und ein schmerzhaftes Gefühl muß jedem Manne von einigem Adel der Gesinnung der Jubel erwecken, mit dem dann die lichten Haufen des Pöbels hinterdrein laufen und einem Geschwätz ihren Beifall zurufen, von dem man nicht weiß, ob man mehr über die Ruchlosigkeit erschrecken, oder über die sinnlose Albernheit erstaunen soll.

Wenn eines von beiden sein muß, so gefällt uns denn doch immer die französische Art noch besser. Man mag den Zweikampf in sittlicher Hinsicht beurtheilen, wie man will, so wird durch denselben doch wenigstens die Würde des Menschen nicht in den Koth getreten. Der Mann von Ehre haßt vielleicht, aber er achtet seinen Gegner, weil Verachtung natürlich auf die eigene Person des Unbesonnenen zurückfiele, der gegen ein werthloses Leben das seinige einsetzte. Billigen wollen wir übrigens deßhalb die politischen Zweikämpfe der Franzosen keineswegs. Wenn das Duell entscheiden sollte, wo eine politische Meinung der andern gegenübertritt, fielen wir in den Naturzustand vor der ersten Stiftung des Staates zurück. Den Staatsgewalten kommt es zu, Fragen des Staatslebens zu entscheiden; wenn es jedem Einzelnen freistände, sich die Entscheidung anzumaßen, wäre der Staat nicht etwa bloß seiner Auflösung nahe, sondern bereits wirklich aufgelöst.

Die Ständeversammlungen und die öffentliche Meinung.

Geschrieben am 26. März 1833.

Nach der Mittheilung eines Correspondenten, der über süddeutsche Angelegenheiten uns gewöhnlich mit unbefangener Treue berichtet hat, ist in diesem Augenblicke — wie früher die kurhessische — so auch die würtembergische Ständeversammlung in Folge ihrer Zerwürfnisse mit der Regierung aufgelöst.

Den Ständen des Großherzogthums Hessen-Darmstadt steht, dem Vernehmen nach, in den nächsten Tagen eine Berathung bevor, die bei ähnlicher Auffassung der Verhältnisse leicht zu ähnlicher Folge führen könnte; und Deutschland wäre, sofern unsere Besorgniß sich bestätigte, Zeuge des beklagenswerthen Schauspieles, gerade in jenem Theile des gemeinsamen Vaterlandes, in welchem man allgemein die Entwicklung des constitutionellen Lebens am nächsten zur Reife gediehen glaubt, seine Volksvertretung beinahe überall in offenem Kampfe mit der Staatsgewalt begriffen zu sehen. Kein Deutscher, zu welcher politischen Ansicht er sich auch bekennen möge, kann sich der schmerzhaftesten Gefühle bei einer Wendung der Dinge erwehren, die auf der einen Seite unleugbar die Bande des Vertrauens zwischen dem deutschen Volke und seinen Fürsten — den Schutz und Hort des Vaterlandes unter den schwierigsten Zeitverhältnissen — immer weiter zu lösen, auf der andern die öffentlichen Freiheiten — den Gewinn vieljähriger Anstrengungen — in ihrem tiefsten Fundamente zu erschüttern droht.

„Wozu können Auflösungen der Ständeversammlungen den Regierungen nützen, da das Volk ohne Zweifel bei den neuen Wahlen die alten Mitglieder wieder erwählen wird?“ Dieß ist die Frage, mit der man uns entgegnet, wenn wir auf die Gefahren aufmerksam machen, welche aus dem Zwiespalte zwischen den Ständen und den Regierungen im südwestlichen Deutschland für die öffentlichen Freiheiten hervorgehen. Aber zugegeben, daß die Voraussetzung richtig ist, welche dieser Frage zum Grunde liegt, bietet dieselbe nicht den besten Beweis, daß es nur Mißverständnisse sein können, welche in Deutschland die Sache des Volkes von der Sache seiner Fürsten trennen? Beruht die Voraussetzung, daß die Regierungen selbst dann die Freiheit der Wahlen nicht beschränken werden, wenn dieselben beharrlich in einem der Staatsgewalt widerwärtigen Geiste ausfallen, nicht auf dem Grunde des unerschütterlichen Vertrauens zu der Treue und Redlichkeit der deutschen Fürsten, die durch die feindseligsten Herausforderungen sich nie zu einer Verletzung freiwillig beschworener Pflichten verleiten lassen werden? Und wenn dieß Vertrauen selbst in dem schroffesten Entgegentreten sich nicht verbergen läßt, warum dasselbe nicht zu Versöhnung und Liebe, statt zu Lossagung und Haß verwenden?

Das große Mißverständniß, das bei allen Zerwürfnissen der deutschen Ständeversammlungen mit den deutschen Regierungen wiederkehrt, ist die irrige Vergleichung zwischen der Stellung, welche die Volksvertretung in den deutschen Bundesstaaten, und der Stellung, die sie in ausgedehnten und außer allem Verbande mit einem größeren Ganzen stehenden Reichen, wie Frankreich und England, einnimmt. In Frankreich können die Kammern, in England können die beiden Häuser des Parlements ohne Gefahr für das Ganze in ihren Berathungen einen Weg einschlagen, der dem Gange der Verwaltung vielleicht gerade entgegengesetzt ist. Die öffentliche Meinung entscheidet, bei einer Erneuung der Wahlen, zwischen der Regierung und der Volksvertre-

tung, und wenn die öffentliche Meinung sich für die letzte erklärt, bleibt der Regierung nichts anderes übrig, als nachzugeben und von ihrer eigenen Bahn zu jener der Gegner überzugehen. Anders verhält sich dieß in kleineren Staaten, welche zugleich die Bestandtheile eines größeren Ganzen sind. In Nordamerica, dem freiesten Lande der Erde, ist nicht bloß jeder einzelne Staat, sondern, nach der Auslegung einer zahlreichen Partei, jeder einzelne Bürger Souverain; dennoch spricht die Bundesversammlung das Recht an, die Beschlüsse der einzelnen Staaten umzustoßen, sofern sie den Interessen des Ganzen zuwider sind. Zu welcher Verwirrung es führt, wenn dieses Recht von der gesetzgebenden Versammlung eines einzelnen Staates bestritten wird, hat erst in diesen Tagen der einseitige Versuch des Staates Südcarolina, den von der Bundesregierung ausgeschriebenen gemeinschaftlichen Zolltarif aufzuheben, in einem schlagenden Beispiele bewiesen.

In Deutschland befinden die einzelnen Bundesstaaten sich zu der Bundesversammlung in Frankfurt in einem ähnlichen Verhältnisse, wie die einzelnen Bundesstaaten von Nordamerica zu der Bundesversammlung in Washington; nur mit dem Unterschiede, daß die Bestandtheile des deutschen Bundes, mit wenigen Ausnahmen, monarchische, die Bestandtheile des nordamericanischen Staatenbundes republicanische sind. Sollen die gesetzgebenden Versammlungen der monarchischen Staaten des deutschen Bundes gegen den Bundestag größere und umfassendere Rechte geltend machen, als die gesetzgebenden Versammlungen der republicanischen Staaten von Nordamerica gegen den Congreß?

Schon durch die Unterordnung unter die Beschlüsse des Bundestages, der sich die deutschen Ständeversammlungen nicht entziehen können, befinden sich dieselben ihren Regierungen gegenüber in einer Stellung, die von jener der gesetzgebenden Versammlungen in Frankreich und England wesentlich verschieden ist. Da an dem Bundestage nicht die Stände, sondern nur die Regierungen vertreten sind, so ist eine erfolgreiche Opposition der Stände gegen die Regierung in irgend einem der Bundesstaaten nur dann denkbar, wenn der Regierung ein so offenbares Unrecht zur Last fällt, daß bei den Berathungen des Bundestages, denen immer die letzte Entscheidung bleibt, das Gefühl der Rechtsverletzung das gemeinschaftliche Standesinteresse überwiegt. In jedem andern Falle bleibt den Ständen nichts anderes übrig, als bei abweichenden Ansichten sich mit den Regierungen auf dem Wege des gütlichen Vergleiches zu verständigen. Selten wird eine deutsche Regierung, welche in Mißhelligkeiten mit den Ständen ihres Landes verwickelt ist, sofern diese den ersten Schritt zur Versöhnung thun, Anstand nehmen, dem guten Beispiele durch den zweiten Schritt zu folgen; und in diesen seltenen Fällen, wenn nicht Rücksichten von überwiegendem Interesse eine Ausnahme erfordern, bietet der Bundestag, bei aller nothwendigen Einseitigkeit, sichere Hülfe.

Wem es bitter erscheint, sich in einen Zustand der Dinge fügen zu müs-

ſen, der früheren Erwartungen, Wünſchen und Hoffnungen vielleicht nicht entſpricht, möge bedenken, daß die Entwicklung der Völker, wie die Entwicklung der einzelnen Individuen und wie überhaupt jede organiſche Entwicklung, eben ſo wenig in einer ſtätigen Reihe, als in Sprüngen vor ſich geht, ſondern in einem beſtändigen Wechſel von Ausdehnung und Zuſammenziehung, von Fortſchreiten und Zurückſchreiten, bei dem es zuletzt doch immer, wenn auch oft unter dem Scheine des Gegentheils, vorwärts geht. Iſt in Tagen der Aufregung ein großer Fortſchritt geſchehen, ſo tritt unfehlbar, ſobald die vorwärtsdringende Kraft erſchöpft iſt, eine Rückwirkung ein, der man nur dadurch mit Erfolg begegnen kann, daß man ſich auf die vorſichtigſte Vertheidigung, auf die umſichtigſte Behauptung des gewonnenen Terrains beſchränkt und nicht durch neue Forderungen zu einem Kampfe reizt, dem man nicht mehr gewachſen iſt. Die deutſchen Regierungen haben dem deutſchen Volke eine Maſſe von politiſchen Rechten zugeſtanden, von denen man noch vor wenigen Jahren ſelbſt unter den gebildeteſten Ständen kaum eine Ahnung fand; zugleich aber haben ſie den feſten Entſchluß ausgeſprochen, daß ſie *mehr* unter keinerlei Umſtänden weder freiwillig zugeſtehen, noch ſich durch ſtürmiſche Gewalt abnöthigen laſſen wollen. Iſt es nun nicht vernünftig, ſich mit dem, was unleugbar gewonnen iſt, ohne daß daſſelbe von irgend einer Seite beſtritten würde, zu begnügen, dieß feſtzuhalten, und was davon noch Buchſtabe iſt, allmälig in das Leben einzuführen? Oder iſt es vernünftiger, mit verbiſſenem Grimme ſich zurückzuziehen oder tobend zu trotzen und zu klagen, daß man nicht mehr gewonnen und einen Theil des gewonnen Geglaubten wieder verloren habe?

Der Tumult in Frankfurt a. M.

Geſchrieben am 9. April 1833.

Der Tumult zu Frankfurt, über deſſen nächſte Veranlaſſung, ſo wie über deſſen Theilnehmer noch immer ein geheimnißvoller Schleier gebreitet liegt, iſt eine in Deutſchland bisher unerhörte Erſcheinung. Pöbelaufſtände, um geringer Urſache willen erregt und durch geringen Aufwand von Mitteln unterdrückt, hat es in unſerm deutſchen Vaterlande, wie überall, gegeben, wo es

Pöbel giebt. Der eigenthumlose, erwerblose, sittenlose Haufe, der in den meisten größeren Städten den Bodensatz der Bevölkerung bildet, ist überall nur zu leicht zu Unruhen und Gewaltthätigkeiten geneigt. Da keine Veränderung, welcher Art sie auch sei, seine Lage verschlimmern kann, und nicht Achtung vor dem Gesetze, sondern nur Furcht vor der Strafe ihn in den Schranken der Ordnung hält, darf sich dem Pöbel nur die geringste Aussicht auf einen, wenn auch noch so schnell vorübergehenden, wenn auch nur augenblicklichen Erfolg bieten, um ihn zu der Theilnahme an jeder Frevelthat, wie an jeder Ausschweifung bereit zu finden. Auch gewaltsame Ausbrüche des Volksunwillens, an denen nicht bloß der Pöbel, sondern die große Masse der Bevölkerung Theil nahm, sind von Zeit zu Zeit wiedergekehrt; und die Unruhen des Jahres 1830 stehen überall noch in zu frischem Gedächtniß, als daß wir nöthig hätten, einen Beweis zu führen, daß der deutsche Volkscharakter, wenn auch schwerer als der französische oder italienische, doch in Zeiten einer großen politischen Bewegung gleichfalls für den revolutionairen Stoff empfänglich ist. Davon, daß eine verhältnißmäßig geringe Anzahl von jungen Leuten, ohne Stellung in der Gesellschaft und ohne Einfluß im Staate, mitten im tiefsten Frieden sich mit den Waffen in der Hand zu einem Ueberfalle auf eine große zahlreich bevölkerte Stadt vereinigte und durch Aufwiegelung der niederen Stände eine Umkehrung der bestehenden Ordnung zu bewirken suchte, ist uns indessen in Deutschland bis jetzt noch kein Beispiel bekannt geworden; und wir fürchten, daß einer so ungewöhnlichen That eben so ungewöhnliche Folgen nicht fehlen werden.

In einer der letzten Sitzungen der französischen Abgeordnetenkammer nahm der greise Lafayette, der seit dem americanischen Unabhängigkeitskriege der Vertraute aller Revolutionen gewesen ist, zu Gunsten der politischen Flüchtlinge, die auf Kosten der französischen Regierung unterhalten werden, das Wort, und bemerkte, daß den Spaniern, den Italienern und den Polen wahrscheinlich bald auch Deutsche sich anschließen würden. Seine Worte waren: „Wir befinden uns gegenwärtig den Trümmern der spanischen, der italienischen und der polnischen Befreiungsheere gegenüber; und vielleicht werden wir bald auch deutsche Flüchtlinge sehen (et peut-être aurons-nous bientôt des réfugiés allemands), wenn die französische Regierung, die Politik aller unserer Regierungen seit Franz I. vergessend, sich nicht überzeugt, daß unsere Nachbarn in Deutschland von großer Wichtigkeit für uns sind. Ein mit Recht berühmtes Journal hat gesagt, daß es in Deutschland nur Fürsten kenne; was mich betrifft, so gestehe ich, daß ich nur Völker kenne; zugleich wollte ich aber, daß die Völker von dem Einflusse Vortheil zögen, den Frankreich haben sollte; und wenn ich Oesterreich, Preußen und den Frankfurter Bundestag im Begriff sehe, den untergeordneten Fürsten — denn untergeordnet sind sie jetzt gewiß — zu verbieten, Volksversammlungen und Preßfreiheit bei sich zu dulden, so wollte ich wenigstens, daß die französische Regierung, sofern gewisse Aufforde-

rungen an dieselbe gerichtet würden, sich nicht vorwerfen dürfte, jene übertriebene Liebe des Friedens und der Neutralität gezeigt zu haben, welche uns seit zwei Jahren unter der Last von Kriegskosten hält, die wir hätten vermeiden können."

Welcher Art die Aufforderungen sein sollten, die nach Lafayette's Meinung die französische Regierung zu erwarten hätte, geht aus dem Zusammenhange deutlich genug hervor. Offenbar erwartete der greise Wortführer der Revolution, daß in Kurzem Deutschland der Schauplatz unruhiger Bewegungen sein würde; er setzte voraus, daß die Partei der Revolution in Deutschland mächtig genug sei, um, sofern sie französische Hülfe erhielte, selbst der überlegenen Gewalt der großen Mächte gegenüber, ihre Plane durchzuführen. Nur in dem Falle, daß Frankreich seine Unterstützung versagte, glaubte er die Sache der Revolution in Deutschland verloren, und nur für diesen Fall kündigte er die Flüchtlinge an, die, nach ihrer Niederlage, sich gleich den Trümmern der spanischen, der italienischen und der polnischen Patriotenheere auf Frankreichs gastfreien Boden hinüber retten würden. So sehr wir gewohnt sind, den alten Lafayette allen Täuschungen eines jugendlichen Enthusiasmus hingegeben zu sehen, sobald die schönen Worte Freiheit und Volkswohl ihm die Tage der Revolution von 1789 zurückrufen, so halten wir den rüstigen Greis doch für nichts weniger als kindisch, und können uns daher unmöglich überreden, daß der alte Mann nicht seine bestimmten Gründe haben sollte, wenn er uns Revolutionen vorhersagt und in seinem Hause für die Opfer derselben Quartier macht. Vielleicht gehen wir zu weit, wenn wir Lafayette einer bestimmten Mitwissenschaft um den Frankfurter Tumult beschuldigen; aber ein auffallendes Zusammentreffen bleibt es immer, daß derselbe der Rede, in welcher die französische Abgeordnetenkammer auf die Nothwendigkeit neuer Zuschüsse zu den Unterstützungen der politischen Flüchtlinge vorbereitet wurde, so unmittelbar auf dem Fuße folgte. Sollte auch wohl Lafayette, wenn er den Ausbruch der deutschen Revolution nicht ganz nahe bevorstehend geglaubt hätte, schwach genug gewesen sein, zur Unzeit das Geheimniß derselben zu verrathen?

Eine Revolution in Deutschland! Jedem Unbefangenen, der einigermaßen mit der Stimmung der Bevölkerungen und mit den Hülfsmitteln der Regierungen bekannt ist, kann der Gedanke an eine Revolution in Deutschland kaum anders als lächerlich erscheinen. Aber täusche man sich nicht! Die Gährung, welche das Beispiel der französischen Julirevolution und der Volksaufstände im Gefolge derselben in unser Vaterland geworfen hat, ist zwar bei der großen Masse des deutschen Volkes längst vernünftiger und besonnener Ueberlegung gewichen; aber die Elemente, aus denen jene Gährung sich entwickelte, sind noch keineswegs völlig verschwunden; sie haben sich nur in engere Kreise zurückgezogen, in denen sie verborgen und unbemerkt, da die Gegenwart verloren ist, für die Zukunft wirken. Die erste Gelegenheit ruft sie oft unerwartet an das Licht; und der Schlag vom 3. April, der, wenn auch lange vor-

bereitet, und mit den Gleichgesinnten im Norden und Süden wohl berathen, doch jedenfalls voreilig geführt war, kann bei gründlicher Untersuchung wunderbare Dinge an den Tag bringen.

Zuverlässige Nachrichten, die uns von mehreren Seiten über den Frankfurter Tumult zukommen, stellen denselben, sobald wir von dem blutigen Erfolge und überhaupt von dem Verbrecherischen des ganzen Unternehmens absehen, in einem weniger gefährlichen, als lächerlichen Lichte dar. Weder mit den Pariser Juniunruhen, noch etwa gar mit der Julirevolution läßt der Aufstand zu Frankfurt sich vergleichen, sondern eher mit der Verschwörung der Rue des Prouvaires oder der Brandstiftung in den Thürmen der Notre-Dame. Wie bei der Verschwörung der Rue des Prouvaires war es eine geringe Anzahl junger Leute, die wohlbewaffnet zu nächtlicher Stunde sich vereinten, um durch gewaltsamen Angriff in Paris auf die Tuilerien, in Frankfurt auf die beiden Hauptposten der bewaffneten Macht die bestehende Ordnung umzustürzen. Wie bei dem Brande der Notre-Dame wähnten die Bethörten, daß es hinreichend sei, die Sturmglocke zu ziehen, um eine zahlreiche friedliche Bevölkerung ohne Weiteres in Aufruhr und Empörung zu versetzen. Auch darin läßt der Frankfurter Tumult sich mit den erwähnten Pariser Auftritten vergleichen, daß hier wie dort die Behörden zum voraus gewarnt und in den Stand gesetzt waren, Vorkehrungen zu treffen, welche, für den schlimmsten Fall berechnet, unter allen Umständen, selbst bei augenblicklichem Erfolge, alle Plane der Verschwornen vereiteln mußten. Der einzige Unterschied in dieser Beziehung ist, daß es in Paris der Polizei durch die unermeßlichen Hülfsmittel, die derselben zu Gebote stehen, gelang, alle Schritte der Verschwornen bis zu der Stunde der That zu bewachen und diese in dem Augenblicke, in dem sie zur Ausführung kommen sollte, zu vereiteln, während man in Frankfurt, weniger genau unterrichtet, sich begnügen mußte, die Wachten zu verstärken und sich auf wirksame Begegnung des Angriffes gefaßt zu halten.

In Deutschland, wie in Frankreich, bestehen unter den Studirenden auf den höheren Schulen und Universitäten, in den größeren Städten unter der Jugend des Bürgerstandes geheime Gesellschaften und Verbindungen, die, theils durch Briefwechsel der Häupter, theils durch eigene Sendlinge in ununterbrochenem Verkehr, nach gemeinschaftlichem Plane einen gewaltsamen Umsturz der gegenwärtigen Ordnung der Dinge vorbereiten. Wir kennen die Zahl der geheimen Gesellschaften in Deutschland nicht, und wir wissen nicht, welche die bedeutendste unter denselben ist, doch halten wir es für unsere Pflicht, vor der Gefahr zu warnen, die von zweien derselben ausgehen kann, die wir beide bei dem Frankfurter Tumulte für mehr oder weniger betheiligt halten möchten. Wir handeln, indem wir dieß thun, nicht in dem Interesse der Gewalt, da diese schwerlich unserer Dienste bedarf, sondern in dem Interesse der öffentlichen Freiheit, die wir in diesem Augenblicke in höherem Grade gefährdet glauben als die bestehende Ordnung. Die Staatsgewalt, wenn sie den Ursprung der

Gefahr nicht kennt, sieht sich genöthigt, zu allgemeinen Maßregeln zu greifen, welche die Schuld einer geringen Anzahl irre geleiteter Schwärmer die große friedliche und besonnene, zu der Aufrechthaltung der Ordnung und des Gesetzes um jeden Preis entschlossene Mehrheit entgelten lassen.

Als im Jahre 1818 zuerst die Farben des alten deutschen Reiches zu dem Zeichen einer allgemeinen Verbindung unter der Jugend der deutschen Universitäten dienten, erwachten bei den Regierungen Besorgnisse, welche der Erfolg im Verlaufe nur zu sehr gerechtfertigt hat. Den schwärmischen Reden auf der Wartburg folgte bald Sand's blutige That; und man glaubte, das Uebel in seiner Wurzel zu ersticken, wenn man die Universitäten, von denen dasselbe ausging, einer Aufsicht unterwarf, die durch ihre Strenge Lehrer und Schüler nur noch mehr der Staatsgewalt entfremdete. Die Beschlüsse des Bundestages so wenig, als alle Verbote und Strafen der Regierungen vermochten es, die „allgemeine deutsche Burschenschaft," die auf der Wartburg gebildet worden war, zu unterdrücken. Der einzige Zweck, den man durch das Verbot erreichte, war, daß an die Stelle der öffentlichen Vereine, zu denen jedem Mitgliede der Universität der Zutritt offen stand, und die daher von den Universitätsbehörden bei einiger Umsicht mit leichter Mühe controlirt werden konnten, geheime Verbindungen traten, die, durch die Staatsgewalt selbst auf ihre politische Bedeutung aufmerksam gemacht, bald eine mehr oder weniger ausschließende, mehr oder weniger schroff hervortretende politische Richtung annahmen. Hunderte von Relegationen, die der Entdeckung folgten, haben bis jetzt keine andere Wirkung gehabt, als einzelne talentvolle Männer, die bei reiferer Einsicht dem Staate die nützlichsten Dienste hätten leisten können, aus ihrer Laufbahn zu werfen. An Orten, wo sämmtliche Mitglieder der geheimen Verbindungen relegirt wurden, wie zu Breslau, Halle ꝛc. constituirten sich noch während der Anwesenheit der Relegirten neue Verbindungen, die allenfalls einen anderen Namen oder ein anderes äußeres Erkennungszeichen wählten, auf den Grundsätzen der „Burschenschaft" aber mit unerschütterlicher Treue beharrten.

Was für die Burschenschaft das Fest auf der Wartburg, war für einen anderen Verein, welcher der Aufregung der französischen Julirevolution seine Entstehung verdankt, wie die Burschenschaft der Aufregung des deutschen Befreiungskampfes, das Hambacher Fest. Von den Hambacher Burgtrümmern verzweigte der Preßverein, der ursprünglich nur zu der Unterstützung der deutschen Tribune gestiftet, bald einen immer weiteren Wirkungskreis ausbildete, sich über ganz Deutschland. Die Verbote der Preßvereine hatten eine ähnliche Wirkung, wie die Verbote der Burschenschaft: ein Netz von geheimen Verbindungen hat sich über den Norden, wie über den Süden von Deutschland gebreitet, und es wird um so schwerer fallen, dasselbe zu zerreißen, da die früheren doch wohl etwas zu inquisitorisch geführten Untersuchungen den Mitgliedern die genaueste Kenntniß der Mittel verschafft haben, durch welche es mög-

lich wird, sich der Aufsicht der Behörden zu entziehen. Da auch auf den Universitäten, unter den Mitgliedern der Burschenschaften, Preßvereine bestehen, so findet zwischen den Geheimbünden der Universitäten und den Geheimbünden im bürgerlichen Leben eine natürliche Verbindung Statt, die das Zusammenwirken zu der Erreichung gemeinschaftlicher Zwecke ungemein erleichtert.

Daß der Frankfurter Tumult von den Burschenschaften und Preßvereinen in Folge gemeinschaftlicher Berathung veranlaßt worden wäre, möchten wir um so weniger behaupten, als wir die Gewißheit zu haben glauben, daß beide Verbindungen in ihren Schritten von dem Rathe und dem Einflusse sehr umsichtiger und mit den öffentlichen Angelegenheiten durch langjährige Erfahrung vertrauter Männer abhängen. Dagegen zweifeln wir keinen Augenblick daran, und die Untersuchung wird es an den vollständigsten Aufschlüssen nicht mangeln lassen, daß einzelne der exaltirtesten Mitglieder der Burschenschaft und des Preßvereines, denen das vorsichtige Verfahren der übrigen als halber Verrath erschien, sich zu dem Anschlage vereinigt haben, der durch die Ungeschicktheit der Führer gewiß eben so sehr, als durch den Mangel an Mitteln einen so schmählichen Ausgang genommen hat. Die nächste Absicht, die politischen Gefangenen zu befreien, war gelungen; und wenn die bewaffneten Haufen, die von außen den Tumultuanten zur Hülfe eilten, nicht zu spät gekommen wären, hätte Frankfurt der Schauplatz eines Kampfes werden können, der bei der Mordlust und Raubsucht des deutschen Pöbels leicht alle Schrecken der Pariser Junitage überboten haben würde. Am meisten scheinen die verblendeten Ruhestörer sich in der Stimmung der Frankfurter Bürgerschaft verrechnet zu haben. Der Plan war offenbar, diese zu der Theilnahme an dem Tumulte zu verleiten; in dem Sitzungssaale des Bundestages wäre, nach dem Siege, die deutsche Republik ausgerufen worden, und Eilboten, nach allen Richtungen entsandt, hätten die Verbündeten und Gleichgesinnten zu der Nachahmung des Beispieles aufgefordert. Statt der Theilnahme, die man bei der Bevölkerung von Frankfurt zu finden hoffte, zeigte sich aber eine Gleichgültigkeit, die jeden nicht ganz vom Wahnsinn Beherrschten überzeugen mußte, wie wenig die Zeit zu einer politischen Revolution in Deutschland gekommen war. Die stürmenden Revolutionairs fanden Zuschauer, aber keine Theilnehmer; und das einzige Interesse, das sie der die Straßen durchwogenden Menge abzugewinnen vermochten, war das Interesse der Neugierde.

Die Reform der Universitäten *).

Geschrieben am 14. April 1833.

I.

Wie nach Sands unseliger That wird auch nach dem verbrecherischen Versuch in Frankfurt von allen Seiten die Frage laut, wie der verkehrten Richtung, welche ein nicht geringer Theil der deutschen Jugend auf unseren Hochschulen unleugbar genommen hat, am wirksamsten begegnet werden könne; und eben so wie damals erheben sich an mehr als einem Orte wohlmeinende und übelmeinende Stimmen, welche nur von einer völligen Umgestaltung des deutschen Universitätswesens oder wenigstens von einer Beaufsichtigung desselben, die einer Umgestaltung ziemlich nahe käme, Heil erwarten. „Wohin die sogenannte academische Freiheit in Zeiten politischer Aufregung führt, haben wir gesehen; wie unzureichend Verbote und Vorsichtsmaßregeln sind, die auch nur die Möglichkeit einer Umgehung zulassen, hat die Erfahrung bewiesen: was bleibt also anderes übrig, als das Uebel, welches durch Nachsicht und Schonung nur immer ärger wird, bei der Wurzel anzugreifen? Mit den geheimen Verbindungen, von denen alle Ausschweifungen der studirenden Jugend ausgehen, hat die Staatsgewalt einen vergeblichen Kampf bestanden, weil das Wesen dieser Verbindungen mit dem ganzen Universitätswesen zu eng verschmolzen ist, als daß man dem einen ohne das andere ein Ende machen könnte; scheue man sich also nicht länger vor dem Unvermeidlichen, und unterwerfe man die deutschen Universitäten denselben Beschränkungen, denen die hohen Schulen in Oesterreich, denen sie in Frankreich oder in England unterliegen, und man wird bald den widerstrebenden Geist gebrochen haben, gegen den man umsonst seine Kraft verschwendet, so lange die Formen bestehen, denen derselbe seine Nahrung verdankt. Wo man die Freiheit nicht von den Mißbräuchen der Freiheit zu trennen vermag, ist es besser, daß die Freiheit mit den Mißbräuchen beseitigt wird, als daß die Mißbräuche mit der Freiheit bestehen."

Wir verbergen es uns nicht, daß diese Ansicht durch manche und gewichtige Gründe unterstützt wird, aber wir können uns nicht überwinden, sie zu

*) Geschrieben unmittelbar unter dem Eindrucke, den der Frankfurter Aufruhr hervorbrachte, und durch diesen nothwendig in der Fassung bestimmt, weil ohne solche Rücksicht auf eine Wirkung nicht zu rechnen war.

theilen. Die geistige Ueberlegenheit, deren unser deutsches Vaterland vor allen europäischen Nationen sich rühmen darf, ist uns zu theuer, als daß wir die hundert Quellen, aus denen dieselbe geflossen ist, verstopfen sollten, weil eine einzige uns Brakwasser zuzuführen anfängt. Gehen wir überdieß tiefer auf die Ursachen ein, von denen die Verwilderung unserer Universitäten sich herschreibt, so überzeugen wir uns leicht, daß hier, wie in den meisten ähnlichen Fällen, eine gründliche Heilung des Uebels eher auf dem etwas weiteren Wege mittelbarer Verbesserungen, als auf dem näheren, aber rauhen und unsichern der Zerstörung, zu erwarten ist.

Die deutschen Universitäten haben dasselbe Gebrechen, an dem so viele andere öffentliche Einrichtungen unserer Zeit leiden. In den düstersten Zeiten des Mittelalters entstanden, haben sie die Formen, die für jene Tage vollkommen passend waren, großentheils unverändert auf unsere Tage gebracht, für die sie nicht mehr passend sind. Damals, wo rohe Gewalt von allen Seiten das Gesetz gab, war es das erste und nothwendigste Bestreben jeder Corporation oder Genossenschaft, sich nach außen möglichst wehrhaft zu machen. Dieß wurde auf doppelte Weise erreicht. Zuerst, indem man sich in sich möglichst streng abschloß, durch Rechtsgleichheit und durch gemeinschaftliche Rechtsvorzüge Vorliebe für die Gemeinheit erweckte und unerschütterliches Zusammenhalten begründete; sodann, indem man eine möglichst große Zahl rüstiger und waffengeübter Männer heranzog. Nicht auf den Universitäten allein, sondern auch in den Gilden der Handwerker war die Tüchtigkeit in den Waffen der höchste Ruhm. Was die Gilden bei den Handwerkern, waren aber auf den Universitäten die Landsmannschaften (nationes). Gleich den Gilden hatten die Landsmannschaften ihre besondern bürgerlichen und selbst ihre politischen Rechte. Gleich den Gilden in den großen Städten bildeten die Landsmannschaften auf den größeren Universitäten zahlreiche Heere, die Schlachten lieferten und Verträge erzwangen. Gleich den Gilden haben die Landsmannschaften im Verlaufe der Zeit ihre alten Rechte, aber nicht die Erinnerung an dieselben verloren; und der alte Geist der Landsmannschaft wird mehr oder weniger schroff auf jeden Verein übergehen, der unter den Mitgliedern einer Universität, unter welchem Namen auch immer, sich bildet, so lange man nicht entweder die Universitäten vernichtet, wie dieß von Unverständigen vorgeschlagen wird, oder den alten Erinnerungen, die jenen Geist erhalten, durch neue und mächtigere Eindrücke begegnet.

Eine der vornehmsten Ursachen, weßhalb unter der Jugend unserer Universitäten der düstere Geist des Mittelalters sich erhalten hat, während er aus den Zünften, wo dieselben noch bestehen, längst verdrängt worden, ist ohne Zweifel der nicht ganz zufällige Umstand, daß fast alle ältere deutschen Universitäten sich in kleineren Städten befinden, in denen die Studirenden durch die Ueberlegenheit ihrer Zahl und ihrer Mittel nicht bloß den Ton angeben, sondern selbst eine Art von Herrschaft üben. Die strengsten Verfügungen der

Regierung haben in einer kleinen Universitätsstadt, so lange sie nicht durch die bewaffnete Macht unterstützt werden, ungefähr eben so viel Gewalt, als die Befehle des Sultans in Konstantinopel bei den türkischen Milizen der africanischen Raubstaaten. Das zunächst sich darbietende Mittel, die Macht der Studenten und besonders das Gefühl der Macht in ihnen zu brechen, ist die Verlegung der Universitäten in große Städte, in denen sie, statt den Ton anzugeben, und ihren besonderen Geist zu behaupten, von dem allgemeinen Tone beherrscht und von dem allgemeinen Geiste mit fortgerissen werden. Eine der rohesten deutschen Universitäten war noch zu Anfange dieses Jahrhunderts die Universität zu Frankfurt an der Oder. Als dieselbe nach Breslau verlegt wurde, war in wenigen Jahren von allen den Sittenlosigkeiten, die früher zu dem „burschicosen Tone" gehörten, keine Spur mehr vorhanden. Eine ähnliche Erfahrung hat man in noch neuerer Zeit bei der Verlegung der bayerischen Universität nach München gemacht.

Die politischen Verbindungen, die in der neuesten Zeit sich auf den deutschen Universitäten eingenistet haben, entwickelten ihren gefährlichsten Charakter nur immer in den kleineren Universitätsstädten. In Berlin und Breslau haben wie in Jena und Gießen Burschenschaften bestanden, und wenn wir nicht irren, ist es der preußischen Regierung bis zu dieser Stunde nicht gelungen, sie auszurotten; aber politische Clubs, in der Art des bekannten Jenaer Vereins, in welchem Sand zum Meuchelmörder gebildet wurde, haben unter den Studirenden in den größeren Städten, so viel uns bekannt geworden ist, niemals Eingang gefunden. Auch bei der Untersuchung des Frankfurter Tumultes wird es sich ergeben, daß die Studirenden, die an demselben Theil genommen haben, sämmtlich den kleineren Universitäten angehörten. Das zweckmäßigste Mittel, welches sich darbietet, um den Gefahren zu begegnen, die für die Zukunft von dem unruhigen Geiste der deutschen Studirenden zu besorgen sind, bleibt daher nicht Aufhebung der Universitäten, sondern Verlegung derselben in die großen Städte; und wenn der deutsche Bund, wie man aus Frankfurt uns meldet, aus Anlaß der Frankfurter Unruhen, die deutschen Universitäten seiner besonderen Vorsorge zu würdigen beabsichtigt, so dürfte die Bundesversammlung statt aller andern Maßregeln nur die einzelnen deutschen Regierungen einladen, dem Beispiele zu folgen, welches Preußen durch die Errichtung der Universitäten zu Berlin und Breslau und durch die Aufhebung der Universitäten zu Frankfurt an der Oder und Wittenberg gegeben hat. Bayern vereinige die Universitäten zu Erlangen und Würzburg mit der Münchener Universität, die eine Vermehrung ihrer Fonds gewiß dringend bedarf, und lasse zu Würzburg nur eine medicinische Schule, zu Erlangen ein protestantisches Seminarium bestehen; Würtemberg verlege seine Universität von Tübingen nach Stuttgart, das Großherzogthum Hessen die seinige von Gießen nach Darmstadt, Kurhessen die Marburger Universität nach Kassel, Baden die Freiburger nebst der Heidelberger nach Karlsruhe; und

manche mißfällige Erscheinung des Universitätslebens, die man durch Gewalt vergebens zu unterdrücken sucht, wird in kurzer Zeit vielleicht bis auf die letzte Spur verschwunden sein.

II.

Beinahe eben so nachtheilig und verderblich, als der unmittelbare Einfluß, den die gegenwärtige Einrichtung des Universitätswesens auf die Sitten und Gewohnheiten der Studirenden hat, ist der mittelbare, den sie auf die Gesinnungen der gesammten gebildeteren Jugend unseres deutschen Vaterlandes übt. Ungleich der Jugend in allen anderen Ländern der Erde, der unendlich verschiedene Eindrücke unendlich verschiedene Richtungen geben, zerfällt die deutsche Jugend, oder wenigstens der gebildetere Theil derselben, eigentlich nur in zwei Hauptclassen. Unsere Jünglinge und, wir möchten sagen, unsere Knaben, sind entweder Studenten, oder sie streben danach, Studenten zu werden und, sofern dieß nicht möglich ist, den Studenten zu spielen. Die Rohheit und Anmaßung, die hier in glatterer, dort in rauherer Form die unerläßliche Auszeichnung des „guten Burschen" ist, gilt der übrigen Jugend als ein nachahmenswerthes Vorbild, dessen unerreichbare Größe das geheimste Ziel ihrer Wünsche bildet. Ignotum pro magnifico! Knaben, die kaum im Stande sind, den Degen zu erheben, sprechen auf unsern Schulen und Gymnasien von dem Duell als von einer gewöhnlichen Sache. Für die geheimen Verbindungen der Universitäten wird bereits auf den Schulen geworben, um der Burschenschaft oder den Landsmannschaften, wie es trifft, die Mehrzahl der neuen Ankömmlinge zu sichern. Manches „bemooste Haupt", um uns der Burschensprache zu bedienen, verschmäht es nicht, die Freundschaft des verächtlichsten „Pennalen" anzunehmen, wenn es gilt, einen „Fuchs" für das Corps zu „keilen." Unter der herangewachsenen Jugend des Mittelstandes ist es wenig anders. Der Handlungsdiener, das Beispiel des herrischen Studenten vor Augen, fühlt sich durch den Namen eines Dieners verletzt, als ob etwas Entehrendes darin läge, der Untergebene eines Andern zu sein, und macht die Ansprüche eines der Handlungswissenschaft Beflissenen geltend. Der Barbirer schämt sich, seinen Kunden den Bart abzunehmen, und tritt uns als Chirurgie-Beflissener entgegen. Niemand glaubt in seinem Stande genug Ehre und Ansehen zu genießen, und lügt sich lieber selbst einen gar nicht existirenden höheren Rang vor, als daß er mit dem durch seine Stellung in der Gesellschaft ihm angewiesenen zufrieden wäre.

Sage man nicht, daß dieß von jeher so gewesen sei. Eitelkeit hat es von jeher gegeben und von je hat die Eitelkeit den äußeren Schein dem inneren Werthe vorgezogen; aber in so furchtbarem Grade, als das schärfste, alle Verhältnisse des Lebens zerfressende Gift, war die Eitelkeit zu keiner früheren Zeit vorhanden, als in der gegenwärtigen: und zu keiner früheren Zeit war sie so tief in die Gemüther der Jugend gedrungen, als in der unsrigen. Thörichte

Verblendung wäre es daher, wenn man von einer vereinzelten Maßregel, wie von der Verlegung der Universitäten in die großen Städte, eine völlige Vernichtung nicht bloß des sogenannten burschicosen Tones, sondern auch aller der übrigen Verkehrtheiten erwarten wollte, die den Universitäten entweder ihre Entstehung, oder doch die seltene großartige Ausbildung verdanken, zu der wir dieselben in diesen Tagen herangewachsen sehen. Die meisten Verirrungen und gerade die gefährlichsten, denen die Jugend unserer Universitäten Preis gegeben ist, und die von dieser der gesammten übrigen Jugend unseres Vaterlandes sich mittheilen, wären, wenn auch nicht ganz unmöglich, doch gewiß nur auf eine geringe Anzahl Einzelner beschränkt, wenn zu dem Besuche der Universitäten nur, wie dieß in dem Zwecke derselben liegt, junge Männer, die sich für das practische Leben ausbilden wollen, und nicht, wie dieß gegenwärtig beinahe überall der Fall ist, unreife Jünglinge gelassen würden, die durch das Licht der Wissenschaft, statt aufgeklärt und erleuchtet, nur geblendet werden. Dem Knaben erscheint Manches ausführbar, worauf der Mann, der seine Kräfte kennt, sich nie einlassen würde, wenn es ihm auch noch so wünschenswerth erschiene; und man kann es dem unerfahrenen Jünglinge kaum zurechnen, wenn er Lehren, die von allgemeinem philosophischem Gesichtspunkte aus vollkommen richtig sein mögen, ohne deßhalb auf die einmal bestehenden Verhältnisse der Gesellschaft anwendbar zu sein, ohne Rücksicht auf die guten oder übeln Folgen, die daraus für ihn selbst, wie für die Gesammtheit hervorgehen können, in das Leben zu führen sucht. Die Gesetze, die bei der Stiftung der Universitäten gegeben wurden, waren nicht für Knaben, sondern für Männer bestimmt; und was von denselben bis auf unsere Zeit sich erhalten hat, würde — mit Ausnahme des doch etwas allzusehr an das Mittelalter erinnernden privilegirten Gerichtsstandes — für Männer auch in unserer Zeit vortrefflich geeignet sein. Die Lehrfreiheit zu beschränken, wie von einer gewissen Seite vorgeschlagen wird, damit zu ihrer Anwendung auf das Leben gefährliche Lehren den Studirenden keine verkehrten Grundsätze und Gesinnungen einprägen, wäre ungefähr dasselbe, als wenn man das Licht auslöschen wollte, weil sich die Fliegen an demselben die Fittiche versengen. Man lasse die Fliegen dem Lichte sich nicht nähern, wenn man nicht will, daß sie sich verbrennen sollen; oder mit anderen Worten, man verlange von den jungen Männern, die Zutritt zu den Universitäten erhalten, nicht bloß eine Masse ungeordneter und großentheils unnützer Kenntnisse, sondern zuvörderst Reife des Charakters, die Knaben auch bei den ausgezeichnetsten Kenntnissen nicht eigen ist.

Aber welche Mittel haben wir, den Zudrang unreifer Jünglinge zu den Universitäten zu verhüten, da man doch, ohne ungerecht zu sein, fähige Jünglinge in den oberen Classen der Gymnasien nicht zurückhalten kann, sobald man keinen anderen Grund gegen sie anzuführen weiß, als daß sie das vorgeschriebene Alter noch nicht erreicht haben? Würde nicht die wirksamste Triebfeder

aller Auszeichnung, der gegenseitige Wetteifer, im Keime zerstört, sobald man das Vorrücken in den Classen von einer Art von Anciennität abhängig machte? und wäre die Stockung aller geistigen Thätigkeit, welche hievon die Folge sein würde, nicht am Ende ein größerer Nachtheil, als jeder andere, der aus der Unreife des Alters beim Abgange auf die Universität hervorgehen könnte?

Sobald wir es zugeben müßten, daß die Jünglinge, die man jetzt auf die Universität zu schicken gewohnt ist, in den oberen Classen der Gymnasien wirklich keine nützlichen Kenntnisse mehr erwerben könnten, so würden wir gegen diese Einwendungen allerdings wenig zu erinnern haben. Wir glauben aber, uns von der Wahrheit nicht allzuweit zu entfernen, wenn wir behaupten, daß in den meisten Fällen nicht sowohl die unbedingte Fähigkeit der Schüler es ist, was die Lehrer bestimmt, sie von dem Gymnasium zu entlassen, sondern der Andrang von Knaben aus allen Ständen, die in einem Alter, wo es unmöglich ist, sich über ihre Fähigkeiten ein einigermaßen sicheres Urtheil zu bilden, für den Beamten- oder Gelehrtenstand bestimmt werden. Als die erste Sorge, sofern unsere Voraussetzung begründet ist, erscheint es daher, den übermäßigen Zudrang zu den Gymnasien zu verhüten. Dieß ist aber unmöglich, so lange das Gymnasium das einzige Bildungsmittel ist, welches dem Mittelstande zu Gebote steht, sobald der Unterricht in den gewöhnlichen Elementarschulen nicht mehr genügt. Als die letzte Maßregel, von der wir in der That die gründliche Heilung nicht eines Uebels, sondern vieler Uebel erwarten, stellt sich die Errichtung von besonderen Schulen für den Bürgerstand dar, die nicht auf die Universität, wie das Gymnasium, sondern unmittelbar für das practische Leben vorbereiten. Man beschränke die Zahl der Gymnasien, und erschwere den Zutritt zu denselben durch höhere Anforderungen; man hebe jene Zwitteranstalten zwischen den Elementarschulen und den Gymnasien, die unter dem Namen der lateinischen Schulen, besonders in den kleineren Städten, bestehen, oder zwischen den Gymnasien und den Universitäten, wie sich an einzelnen Orten einzelne noch erhalten haben, völlig auf, und errichte dafür Bürgerschulen, Gewerbschulen und polytechnische Anstalten; und Alles müßte uns trügen, wenn das heranwachsende Geschlecht gleich dem gegenwärtigen, statt in innerer Tüchtigkeit, in eitelm Jagen nach äußerer Auszeichnung sein Heil suchte; wenn es nicht begreifen lernte, daß es nicht der Stand ist, der dem Manne seinen Werth giebt, sondern der Mann dem Stande; wenn es nicht einsähe, daß wahre Freiheit darin besteht, seine Meinung gegen alle Welt auf jede Gefahr geltend zu machen, und vor Allem nicht darin, seinen Mitbürgern Gesetze vorzuschreiben, sondern innerhalb seines Berufes sich ungehemmt und ungehindert zu bewegen.

III.

Ein Irrthum, der von jeher zu den beklagenswerthesten Folgen geführt hat, war die Verwechselung der Lehre mit dem Leben, des Grundsatzes mit

der Anwendung, der Wahrheit in der Wissenschaft mit der Wahrheit im Staate und in der Gesellschaft. Es wäre traurig, wenn Niemand mehr Sinn für jene ewigen Gedanken der Freiheit und des Rechtes, der Tugend und der Liebe behielte, die zu allen Zeiten die größten und besten Menschen in allen Kreisen des Lebens zu den bewundernswerthesten Thaten begeistert haben; aber noch trauriger ist es, wenn diese Gedanken, im Keime vergiftet, das Gemüth, statt es zu uneigennützigem Wohlwollen zu erwärmen, zu unheilvoller Verwirrung fortreißen. Gerade das Edelste sinkt in seiner Entstellung nur zu oft zum Abscheulichsten herab, weil es dieselbe Kraft ist, die zur Auszeichnung im Bösen, wie im Guten treibt. Der edelste und beste Mensch kann in der edelsten und besten Absicht die entsetzlichsten Verbrechen begehen, wenn er ohne Kenntniß des Lebens auf das Leben wirken, wenn er, ohne Kenntniß der äußeren Welt, das, was er in seinem Innern richtig erkannt hat, in der äußern Welt zur Ausführung bringen will. Nicht immer sind gutmüthige Schwärmer so unschädlich wie Don Quixote; auch unter den Schreckensmännern der französischen Revolution waren edle und ausgezeichnete Menschen, die das Beste wollten, und das Blut ihrer Mitbürger wie Wasser vergossen, weil sie das Beste wollten.

Napoleon, der in einer früheren Periode seines Lebens die Verirrungen der Schreckenszeit getheilt hatte, maß als Kaiser die vornehmste Schuld der Revolution weder den Mißgriffen der Regierung oder des Adels, noch den Ausschweifungen des Pöbels und der Parteien, sondern den Ideologen bei, wie er sie nannte, den wohlmeinenden Männern, die nach allgemeinen Voraussetzungen sich eine Vorstellung vom Staate bilden, was von den bestehenden Verhältnissen dieser Vorstellung sich anpassen läßt, so lange dehnen und recken, bis es paßt, was nicht zu derselben paßt, unbedingt verwerfen. Ideologie war Napoleon, einem scharfen Richter, weil er aus Erfahrung urtheilte, alles Wissen, welches keine unmittelbare Anwendung auf das Leben duldete; selbst den Vortrag der Geschichte beschränkte er auf Darstellungen, die keinen zu schroffen Gegensatz zu der Gegenwart bildeten. Mit Recht hat man eine so furchtbare Einseitigkeit, welche einer einzelnen Einsicht nicht bloß den Willen, sondern auch die Gedanken von Millionen unterwirft, als die furchtbarste Tyrannei bezeichnet. Auch hat es in Frankreich, wie überall, sich bewährt, daß der Geist nicht zu fesseln ist. Meinungen können widerlegt und berichtigt, aber nicht unterdrückt werden; und selbst die unbegründetesten Meinungen erhalten, sobald man dieselben durch gewaltthätige Maßregeln bekämpft, einen Schein der Wahrheit, der über edle und männliche Herzen unwiderstehliche Gewalt übt.

Wirksamer als Bedrückungen und Verbote waren zu der Bekämpfung des revolutionairen Geistes die trefflichen öffentlichen Einrichtungen, die Napoleon in Frankreich begründete, und unter diesen nahmen die Einrichtungen des Schulwesens nicht die letzte Stelle ein. Alles war unter dem Kaiserreiche

in den französischen Schulen auf das Practische gerichtet: an die Stelle unklarer verworrener Vorstellungen, wie sie gewöhnlich aus der einseitigen Beschäftigung mit dem Alterthume oder mit den theoretischen Wissenschaften hervorgehen, traten helle und geordnete Begriffe; und während die große Mehrheit in den Vorhallen der Wissenschaft zurückblieb, in denen die Erfahrung die einzige Führerin ist, fehlte es doch auch nicht an einzelnen ausgezeichneten Geistern, welche die vorhandenen Schätze des Wissens durch neue Entdeckungen und im Allgemeinen durch selbstständige Thätigkeit vermehrten. Die polytechnische Anstalt zu Paris war eine Universität für das practische Leben, und es ist der Lage, in welcher Napoleon sich dem coalisirten Europa gegenüber befand, zu verzeihen, wenn er durch sein zufälliges nächstes Bedürfniß sich bestimmen ließ, der polytechnischen Schule, wie beinahe allen anderen Einrichtungen, die ihm ihre Entstehung oder Ausbildung verdankten, eine einseitige Richtung auf das Kriegswesen zu geben. Man benutze den Gedanken, der Napoleons Plane zum Grunde liegt; man entferne von der Ausführung Alles, was demselben nur durch zufällige Umstände beigemischt war, und man wird die besonnenere deutsche Jugend gewiß leichter zur Ordnung zurückführen, als dieß bei der feurigen und phantastischen französischen möglich war.

Etwas Aehnliches von dem, was unserer Zeit durch die Errichtung von Gewerbschulen und polytechnischen Anstalten zu erreichen vorbehalten bleibt, schwebte bereits im siebenzehnten und achtzehnten Jahrhunderte den deutschen Fürsten vor, als sie ihre Lyceen, Ritteracademien und andere Anstalten stifteten, die keineswegs bloß zum Zwecke hatten, ein überflüssiges Mittelglied zwischen den Gymnasien und den Universitäten zu bilden, sondern zugleich die Jugend der höheren Stände von dem rohen Universitätsleben zu entfernen und für den Ton des Hofes und der gebildeten Gesellschaft vorzubereiten. In einer Zeit, wo das Hofleben aus steifem Ceremoniell bestand, und wo man in allen Dingen das Geistige über dem Formellen vergaß, war nichts natürlicher, als daß man bei Anstalten dieser Art Alles erreicht zu haben glaubte, wenn man dem oberflächlicheren Unterrichte in den Facultätswissenschaften, wie er für die Ausbildung zum vornehmen Manne hinreichend war, den Unterricht in den sogenannten freien Künsten, Fechten, Reiten und Tanzen, und etwa noch in den vornehmsten neueren Sprachen hinzufügte; und wo Männer an der Spitze standen, wie unter der Regierung Karl Wilhelm Ferdinands an dem Collegium Carolinum zu Braunschweig, gelang es auch wohl, etwas aller Anerkennung Würdiges zu leisten. In unseren Tagen ist es nicht bloß die Jugend der höheren Stände, die wir vor der Ansteckung durch den Universitätston zu bewahren haben, und es sind daher auch nicht bloß die Künste des Hoflebens, durch die wir diesen Zweck erreichen können, sondern wir haben dafür Sorge zu tragen, daß nicht die Jugend aller Stände, von dem Sohne des ersten Ministers bis zu dem Lehrlinge des Handwerkers hinab, von dem rohen Studentengeiste ergriffen und in die verderblichsten Ausschweifungen desselben mit

hineingezogen werde. Schon von diesem Gesichtspunkte aus, den wir gern als den niedrigsten anerkennen, erscheint es nothwendig, wo ältere Anstalten zur Bildung für das practische Leben bestehen, die unter veränderten Verhältnissen ihren Zweck nicht mehr erreichen, dieselben nach den Bedürfnissen der Gegenwart umzugestalten und zu erweitern; wo keine ältere Anstalten bestehen, neue zu errichten. Auch in den polytechnischen Schulen wird, wie auf den Universitäten, sich ein gemeinschaftlicher Geist, ein Esprit de Corps, entwickeln, aber es hängt von dem Geiste der Lehrer ab, dem Geiste der Schüler eine Richtung zu geben, die dem Gemeinwohle nicht nachtheilig, sondern förderlich ist.

Die sächsische Ständeversammlung.

Geschrieben am 30. April 1833.

Am wenigsten bemerkt unter allen den verschiedenen deutschen Ständeversammlungen, die seit dem Anfange dieses Jahres versammelt gewesen oder versammelt sind, ist seit seiner Eröffnung der sächsische Landtag geblieben. Außerhalb des Königreiches Sachsen ist es, mit Ausnahme eines sehr beschränkten Kreises von Staatsmännern, Beamten oder Gelehrten, nicht der großen Mehrzahl, sondern vielleicht der Gesammtheit aller Stände so gut als völlig unbekannt, ob die beiden Kammern der sächsischen Ständeversammlung in diesem Augenblicke noch vereinigt sind, oder nicht; und wir müssen eine so allgemeine Gleichgültigkeit um so auffallender finden, wenn wir uns der lebhaften Theilnahme erinnern, welche noch ganz vor Kurzem die Verhandlungen der darmstädtischen, der kasseler und der würtembergischen Ständeversammlungen erweckten, die großentheils doch einen ungleich beschränkteren unmittelbaren Wirkungskreis hatten, als der Landtag des Königreiches Sachsen. Der Mangel an Oeffentlichkeit, den man sonst wohl als die Hauptursache des Mangels an Theilnahme für die ständischen Angelegenheiten angeführt hat, kann hier nicht geltend gemacht werden; denn die Verhandlungen des sächsischen Landtages sind durch außerordentliche Beilagen zu der Leipziger Zeitung Jedem zugänglich, dem im Geringsten an näherer Bekanntschaft mit denselben gelegen ist. Woran liegt also, wenn Niemand auf den Gang der Volksvertretung in Sachsen achtet, die Schuld?

Wir dürfen um eine Antwort nicht verlegen sein, da der sächsische Landtag, wie es scheint, geflissentlich Alles vermieden hat, was bei andern Versammlungen ähnlicher Art, in und außer Deutschland, irgend darauf berechnet war, außerhalb des Kreises der zunächst Betheiligten die öffentliche Theilnahme zu gewinnen. Daß man es sogar verschmähte, die Eröffnungsrede, wie dieß sonst überall der Gebrauch ist, durch eine gemeinschaftliche Adresse der beiden Kammern oder durch besondere Adressen zu erwiedern, möchten wir unter allen Umständen als einen Mißgriff bezeichnen, da der Regierung so viel daran gelegen sein muß, als dem Lande, vor der Eröffnung der Verhandlungen über besondere Gegenstände der Gesetzgebung die allgemeinen Ansichten kennen zu lernen, von welchen die Mitglieder der Ständeversammlung ausgehen; und da sich nicht leicht eine Gelegenheit bietet, die zu der Darlegung allgemeiner Ansichten über die Lage des Landes und die Wünsche und Bedürfnisse des Volkes so geeignet wäre, als bei den Verhandlungen über eine Erwiederung auf die Eröffnungsrede, die, sobald sie unbeantwortet bleibt, einen großen Theil ihres Zweckes verfehlt, weil man derselben kaum bedarf, um die Ansichten der Regierung über die von ihr ausgehenden Maßregeln kennen zu lernen.

Auf die Strenge, mit welcher die sächsische Ständeversammlung sich von Allem entfernt hielt, was irgend die allgemeinen Interessen des Tages berührt hätte, dürfte, wenn uns nicht Alles trügt, einen nicht unwesentlichen Einfluß der Wunsch gehabt haben, möglichst wenig an jene Vorgänge in anderen deutschen Ständeversammlungen zu erinnern, durch welche das Repräsentativsystem in unserm deutschen Vaterlande unleugbar in diesem Augenblicke mehr gefährdet ist, als zu irgend einem früheren Zeitabschnitte seit der Wiederherstellung ständischer Verfassungen. Den süddeutschen Kammern läßt sich mit vollem Rechte der Vorwurf machen, daß sie der Stimme einer geringen Anzahl großentheils höchst unbedeutender Menschen, die ihre einzelne Meinung für die öffentliche Meinung ausgeben, ohne irgend einen haltbaren Grund jede andere Rücksicht, zuweilen sogar die eigene Ueberzeugung geopfert haben. Nie vergessen werden wir den Tag, an welchem in der bayerischen Abgeordnetenkammer der zweite Präsident, Seuffert, einer der beredtesten und geistreichsten Männer, die je in einer deutschen Ständeversammlung gesessen haben, auftrat und offen erklärte, daß er seiner persönlichen Ansicht nach die von der Regierung vorgeschlagene Preßgesetzgebung unterstützen müsse, weil dieselbe der bestehenden vorzuziehen sei; daß er indessen sein Votum gegen den Vorschlag abgeben werde, weil er besorge, von der „öffentlichen Meinung" als Freund der Censur gebrandmarkt zu werden*). Dieser Tag war einer jener großen Entscheidungstage, an denen es sich um das Bestehen oder Sinken der öffentlichen Freiheiten unseres Volkes handelte.

Aber giebt es nicht zwischen willenloser Unterwerfung unter die Meinung

*) Sitzung vom 26. November 1831.

Anderer, sobald dieselbe sich als öffentliche Meinung geltend macht, und zwischen gänzlicher Nichtbeachtung einen Mittelweg, und ist dieser nicht, in den meisten Fällen, jedem der beiden Extreme vorzuziehen? Wir sollten meinen; aber wir glauben, daß der sächsische Landtag in der That von diesem Mittelwege nicht so weit entfernt geblieben ist, als man bei seinem absichtlichen Verschmähen jedes äußeren Prunkes vielleicht voraussetzen sollte. Keine andere deutsche Ständeversammlung hat einen so großen Theil ihrer Zeit den Petitionen oder Bittschriften gewidmet, als die sächsische; und in den Bittschriften der Städte und Gemeinden, sofern sie nicht in Zeiten der Gährung durch den Parteigeist hervorgerufen werden, spricht die öffentliche Meinung sich treuer und unverfälschter aus, als auf irgend einem anderen Wege. In England, wo das Repräsentativsystem die festesten Wurzeln geschlagen hat, bestimmt nichts so sehr den Gang der Regierung und des Parlementes als die Bittschriften, die oft, mit Hunderttausenden von Unterschriften versehen, aus allen Theilen des Landes einlaufen. In Frankreich dagegen, wo die Volksvertretung, nach so vielen und kostspieligen Versuchen, noch immer nicht recht heimisch werden will, legt man auf eine Reihe von Aufsätzen in den Journalen, die doch immer nur die Ansichten Einzelner aussprechen, größeren Werth, als auf alle möglichen Bittschriften; und während das brittische Haus der Gemeinen täglich eine besondere Mittagssitzung hält, um die Berichte über die eingegangenen Bittschriften anzuhören und zu besprechen, macht die französische Abgeordnetenkammer ihre Petitionen in wenigen Stunden einer einzelnen wöchentlichen Sitzung ab.

Befremden würde es uns nicht, wenn wir die Frage hören müßten, ob der sächsische Landtag nicht „servil" sei, da man auf demselben, mit Ausnahme von zwei oder drei vereinzelten Stimmen, nicht das Geringste von einer Opposition gegen die Regierung gehört hat. Auch in Deutschland ist es, wie in Frankreich, bereits dahin gekommen, daß man in den Kreisen, die sich ausschließlich den Namen der Liberalen beilegen möchten, Freisinn und Widerspruch gegen die Ansichten der Regierungen als gleichbedeutend ansieht. Wer es vorzieht, die Regierungen mit seinen Einsichten und seinem Rathe zu unterstützen, statt den Gang derselben durch unnütze Einrede zu hemmen, die Häupter der Verwaltung zu stören, zu ermüden, zu erbittern, ist servil; wer nicht das verficht, was er unbedingt, ohne Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse, sondern was er unter dem Ausführbaren für das Beste hält, ist servil; wer eine andere Meinung hat, gleichviel ob begründet oder unbegründet, als die Schreier des Tages, ist servil. In diesem Sinne wünschen wir der sächsischen Ständeversammlung Glück, wenn sie servil genannt werden sollte.

Zunftwesen und Gewerbefreiheit.

Geschrieben am 18. November 1833.

Eine wohl zu beachtende Erscheinung unserer Zeit sind die Verbindungen der Arbeiter, die zuerst in England in der Form roher Zusammenrottungen sich zeigten, welche keinen andern Zweck hatten, als eine augenblickliche Erhöhung des Arbeitslohnes zu erzwingen, und die jetzt in Paris, so wie in den bedeutendsten französischen Provinzialstädten, unter strenger Beobachtung der gesetzlichen Formen, nach wohlberechnetem Plane mit den umfassendsten und ausgedehntesten Ansprüchen auftreten. Die Gesellen der Schneidermeister, der Schuhmacher, der Lederfabricanten, der Bäcker verlangen eine Erhöhung ihres Arbeitslohnes, aber nicht für den Augenblick, sondern für immer, nach einem billigen Verhältnisse zu dem durch ihre Anstrengungen hervorgebrachten Gewinn; und an mehr als einem Orte ist sogar der Wunsch laut geworden, daß die alten durch die Revolution abgeschafften Corporationen hergestellt werden möchten, um eine gleichmäßigere Vertheilung des gemeinschaftlichen Erwerbs zu erleichtern*). Nichts ist leichter, als — wie dieß in den meisten öffentlichen Blättern geschehen ist — alle diese Bewegungen für Aeußerungen des revolutionairen Geistes zu erklären, der von einer geringen Anzahl von Unruhestiftern unter den niedern Ständen verbreitet werde. Daß in Frankreich die geheimen und öffentlichen Gesellschaften, die darauf ausgehen, durch alle ihnen irgend zu Gebote stehenden Mittel den Umsturz der bestehenden Ordnung der Dinge herbeizuführen, die unter den Arbeitern herrschende Unzufriedenheit zu ihren Zwecken benutzen, unterliegt keinem Zweifel; und, diese Thatsache vor Augen, vergißt man über einem zufällig hinzutretenden Umstande, der freilich bedenklich genug ist, die ursprüngliche Bedeutung von Vorgängen, die in der ganzen Entwicklung der neueren Zeit ihre wohlbegründete Veranlassung haben.

So lange die alten Zünfte in voller Kraft bestanden, war die Lage des Mittelstandes in den Städten ohne Frage eine ungleich festere gesicherte, als sie es in diesem Augenblicke ist. Jeder Bürger, der Unbemittelteste und Aermste, wie der Wohlhabendeste und Reichste, hatte sein bestimmtes Geschäft, von welchem

*) So schlägt ein ouvrier typographe in einer Brochure, von der die republicanische Tribune in einer ihrer letzten Nummern Auszüge lieferte, vor, daß sich unter den Druckern eine Gesellschaft bilde, die u. a. zum Zweck haben sollte: de rétablir les corporations et maitrises, détruites par la révolution de 1789.

er bei ausgezeichneter Fertigkeit reichlichen, immer aber — sofern nicht ganz außerordentliche Umstände eintraten — hinreichenden Lebensunterhalt zu erwarten hatte. Jedes der verschiedenen Gewerbe wurde in jeder Stadt nur von einer bestimmten Anzahl von Berechtigten geübt; und diese Zahl war selten so groß, daß sie das dringendste Bedürfniß überstiegen hätte. Auf der andern Seite war aber auch dafür gesorgt, daß das Gehässige des Privilegiums gemildert wurde, indem die Gewerbetreibenden jeder Classe eine geschlossene Gesellschaft bildeten, zu welcher der Zutritt zwar hinreichend erschwert war, um einen das Gesammtinteresse benachtheiligenden Andrang zu verhüten, von der aber doch auch Niemand ausgeschlossen werden konnte, der die Bedingungen des Eintrittes erfüllte. Der junge Bursche, der bei einem Meister in die Lehre gegeben wurde, gehörte, wenn er auch das Kind der ärmsten Leute war, zu der Familie seines Lehrherrn, weil dieser bereits die Zeit vorhersah, wo der Knabe, bei mäßigem Fleiße, in der Corporation, deren Mitglied zu sein er selbst sich zur höchsten Ehre rechnete, einen Platz an seiner Seite einnehmen würde. Der Geselle war bereits ein Verwandter der Zunft; und wenn die freundschaftlichen Verhältnisse, die ihn mit seinem Meister verbanden, nicht ausreichten, so sah er seine Rechte diesem, wie der ganzen Corporation gegenüber durch den Altgesellen wahrgenommen, der, als Vertreter seiner Mitgesellen, in der Versammlung der Meister Sitz und Stimme hatte.

Der Verfall und das Ende der Zünfte war unvermeidlich, sobald, bei der zunehmenden Vermehrung des allgemeinen Wohlstandes, Capitalien zu der Betreibung einzelner Gewerbe verwandt wurden, welche die Kräfte der Mitberechtigten so sehr überstiegen, daß weder von einer Mitbewerbung in dem Geschäftsbetriebe, noch von bürgerlicher Gleichstellung ferner die Rede sein konnte. Als der Gerber sich zum Lederfabricanten, der Schneidermeister zum Kleiderverfertiger und Kleiderfabricanten aufschwang, war die alte Zunftverfassung, wenn die Gesetze ihr auch scheinbare Fortdauer gesichert hätten, bereits in ihren Grundlagen zerstört. Der Gemeingeist, der die verschiedenen Glieder der Corporation zu einem Ganzen verband, war verschwunden; und was von den Formen, nachdem der Geist aus denselben entwichen war, zurückblieb, war wenig mehr, als das Privilegium, mit allen seinen Nachtheilen, in seiner gehässigsten Gestalt. Das Beispiel der französischen Revolution vollendete nur, was im Stillen, und von den betheiligten Parteien am wenigsten bemerkt, längst vorbereitet war.

Aber die Revolution begnügte sich hier, wie in so manchen andern Dingen, damit, niederzureißen, was ihr im Wege stand, unbekümmert, auf welche Weise sich, die es anging, auf den Trümmern einrichteten. Die allgemeine Gewerbefreiheit, die an die Stelle der alten Zunftverfassung trat, ist eine der vielen Täuschungen, zu denen die rücksichtslose Anwendung allgemeiner Begriffe auf das Leben in dem verwirrten Treiben und Drängen dieser Tage so oft Veranlassung gegeben hat. Man glaubte, indem man einem Je-

den freistellte, sich den Beruf zu wählen, den er für sich als den geeignetsten erkannte, jeder Anlage, so wie jeder Thätigkeit freien Spielraum zu eröffnen; und man vergaß, daß die bloße Erlaubniß zu freier Bewegung nicht hinreichend ist, sofern nicht auch die Mittel dazu gewährt werden. Die nächste Folge der allgemeinen Gewerbefreiheit, wo dieselbe bis jetzt noch eingeführt worden ist, war, daß wenige Bemittelte oder durch das Glück Begünstigte, die in ihrem Geschäfte ein mehr oder weniger bedeutendes Capital anlegen konnten, dasselbe auf schwunghafte Weise betrieben, während die große Masse der Unbemittelten entweder völlig zu Grunde ging, oder wenigstens in die ärmlichsten und dürftigsten Umstände versank. Der wohlhabende Besitzer oder Begründer einer Werkstätte bedient sich seiner Arbeiter nicht mehr, wie früher, als befreundeter Gehülfen zu gemeinschaftlichem Werke, sondern als gemeiner Tagelöhner, die er so vortheilhaft als möglich zu seinem Zwecke benutzt, und die er eben deßhalb so tief als möglich unter seine eigene Stellung herabdrückt; und der arme Arbeiter, für den der ursprünglich ehrenvolle Name eines Gesellen alle Bedeutung verloren hat, sieht sich den Bedrückungen seines Arbeitsherrn ohne allen Schutz preis gegeben, da das einzige Mittel, welches ihm übrig bleibt, um sich ungerechter Behandlung zu entziehen, in dem Rechte besteht, das ihm freilich nicht entzogen werden kann, seine Stellung aufzugeben, und, wenn er keine andere findet, zu verhungern.

An mehreren Orten hat man die Uebelstände, die mit der Einführung einer allgemeinen Gewerbefreiheit verbunden waren, zeitig genug gefühlt, und auf Mittel gesonnen, denselben zu begegnen. Das nächste Mittel, welches sich darbot, und zugleich das der ganzen Richtung der Zeit am meisten entsprechende, war, daß man, nach der Aufhebung der alten Vorrechte der Zünfte, es den Regierungsbehörden überließ, die gewerblichen Einrichtungen zu ordnen, wie dieß ihrem Ermessen nach das Wohl des Ganzen erforderte. Dieß ist der Ursprung der Patente, einer Einrichtung, die das Verdienst hat, alle Nachtheile der Zunftbevorrechtungen mit den Nachtheilen der Gewerbefreiheit zu vereinigen. Der Patentirte hat den Genuß eines Privilegiums, wie die Mitglieder der alten Zünfte denselben hatten, da kein Bürger, dem es nicht gelingt, ein Patent zu erhalten, irgend ein Gewerbe treiben darf; auf der andern Seite befindet er sich aber in derselben Unsicherheit, wie bei allgemeiner Gewerbefreiheit, weil ihm Niemand heute dafür stehen kann, daß nicht morgen eine so große Anzahl von Patenten ertheilt wird, als zu seinem Ruin gerade hinreichend ist. Dazu kommt, daß das leidige Protectionswesen, welches die Mittelmäßigkeit im Staatsdienste zu ihrem Schutze gegen das Talent erfunden hat, auch auf die bürgerlichen Gewerbe übertragen wird, was auf die Dauer die Unterdrückung jeder Spur von Bürgersinn und Bürgertugend zur Folge haben muß. Der ungeschickteste Bursch, für den sich aus irgend einem zufälligen Grunde ein höherer Beamter interessirt, kann sicher darauf rechnen, ein Patent zu erhalten, das vielleicht dem würdigsten versagt wird, weil er

zwar die besten Zeugnisse, aber keine persönliche Fürsprache hat. Selbst die anerkannteste Rechtlichkeit der Behörden gewährt dagegen keinen Schutz, weil auf dem Standpunkte, den dieselben einnehmen, die einzelnen Verhältnisse des bürgerlichen Lebens als zu geringfügig erscheinen, um jene Anstrengung verlangen zu können, die erforderlich ist, um sich dem Einflusse einer unbilligen Laune, Vorliebe oder Abneigung zu entziehen. Daß die Lage der Gesellen oder der Lohnarbeiter durch das Patentwesen so wenig gebessert wird, als die Lage der Meister oder der Arbeitsherren, bedarf keiner Erwähnung.

Aber wenn auf diese Weise, nach der Aufhebung der alten Zunftverfassungen, das Unheil unabwendbar von allen Seiten hereinbricht, so bleibt zuletzt wohl nichts anderes übrig, als dieselben mit allen ihren Albernheiten, Mißbräuchen und Ungerechtigkeiten wiederherzustellen, wie man in Frankreich allen Ernstes in Vorschlag gebracht hat? Vielleicht, wenn es außer der Ertheilung von Regierungspatenten kein anderes Mittel gäbe, um den unverständigen und eben deßhalb verderblichen Andrang zu dem Gewerbsbetriebe zu verhindern. Aber man darf nur die Entscheidung in die Hände von Gemeindeversammlungen und Gemeindebehörden, welche die Sache angeht, legen, statt in die Hände von Regierungsbehörden, die sie nichts angeht, um allen den Uebelständen, die mit der Verleihung der Patente unvermeidlich verbunden scheinen, auf die einfachste und leichteste Weise von der Welt zu begegnen. Und wenn man dann von den alten Zunftverfassungen so viel aufrecht erhalten, oder — wo dieselben ganz in Abgang gekommen sind — wiederherstellen will, als sich mit dem Geiste unserer Zeit verträgt und eben nicht einmal unwiderruflich dem Untergange geweiht ist, so wird man gewiß alle billigen Anforderungen, die der rechtliche Bürger und der redliche Arbeiter in dieser Beziehung an den Staat richten kann, befriedigt haben.

Der deutsche Zollverein.

Geschrieben am 19. December 1833.

In der Handelswelt unseres deutschen Vaterlandes herrscht in diesen Tagen ungemeine Bewegung. Die Verträge, die im Verlaufe dieses Jahres zwischen den dem preußischen Zollvereine zufallenden Staaten geschlossen worden sind, treten mit dem Beginne des nächsten Jahres in Kraft; und überall

sieht man mit der gespanntesten Erwartung den Veränderungen entgegen, welche die Folge dieses wichtigen Ereignisses sein werden. Preußen gebührt der Ruhm, nachdem alle früheren Bemühungen zu der Begründung eines allgemeinen deutschen Handelsvereines gescheitert waren, zuerst mit Erfolg die Bahn gebrochen zu haben, auf der man durch unermüdliche Beharrlichkeit jetzt zwar noch nicht das Ziel, aber doch einen von dem Ziele nicht mehr allzu weit entfernten Punkt des Fortschrittes erreicht hat. Der Handelsvertrag, den Preußen am 10. Februar 1828 mit dem Großherzogthume Hessen abschloß, war der erste Versuch, die Kette der Mauth- und Zolllinien, durch welche jeder einzelne Staat sich von dem andern trennte, während dem Auslande alle Wege geöffnet blieben, zu sprengen; aber freilich schien dieser Versuch nicht sowohl zu gemeinem Nutzen des deutschen Vaterlandes, als zu dem einseitigen Vortheile Preußens gemacht zu sein. Denn wie das Großherzogthum Hessen, mit rücksichtsloser Aufopferung so mancher eigenthümlichen Interessen, die preußischen Grundsätze der Handelspolitik annehmen mußte, so war bei allen den vielseitigen Unterhandlungen, die um dieselbe Zeit mit anderen Staaten des deutschen Bundes angeknüpft wurden, immer das Streben, das preußische Handelssystem in Deutschland zu dem allein herrschenden zu erheben, unverkennbar; und da die Besorgniß nahe lag, daß der Herrschaft in den Handelsverhältnissen bald auch die politische Herrschaft folgen würde, so konnte eine mächtige Gegenwirkung nicht ausbleiben. Der Kasseler Vertrag des mitteldeutschen Handelsvereins (vom 24. September 1828), wenn derselbe von allen Theilen gehalten worden, und wenn derselbe überhaupt jemals vollständig zum Vollzuge gekommen wäre, würde allen Anstrengungen Preußens für immer einen unüberwindlichen Damm entgegengesetzt haben. Aber war es doch schon vor dem Verlaufe eines vollen Jahres nach dem Abschlusse des Kasseler Vertrages Preußen gelungen, durch einen besonderen Vertrag mit dem Herzogthume Sachsen-Koburg-Gotha (vom 4. Juli 1829) eines der minder bedeutenden Glieder des Vereines von demselben abzulösen; und als zwei Jahre später Kurhessen sich bestimmen ließ (durch den Vertrag vom 25. August 1831), dem Zoll- und Handelsvereine zwischen Preußen und dem Großherzogthume Hessen beizutreten, waren alle Bemühungen, dem mitteldeutschen Vereine längeres Bestehen zu sichern, vergeblich.

Preußen hatte gesiegt; und als die nächste Folge des Sieges, sobald derselbe entschieden war, können wir die Verträge betrachten, die zuerst am 22. März d. J. zwischen Preußen, Kurhessen und Hessen-Darmstadt auf der einen, und Bayern und Würtemberg auf der andern Seite; darauf am 30. März zwischen den eben genannten Staaten und dem Königreiche Sachsen, am 10. Mai zwischen Preußen, Kurhessen, Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt und Reuß-Schleiz, Reuß-Greiz und Reuß-Lobenstein-Ebersdorf, so wie am 11. Mai zwischen Preußen, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Bayern, Würtemberg, Sachsen

und den thüringischen Staaten abgeschlossen worden sind, und durch die, wenn nicht unser gesammtes deutsches Vaterland, doch der größte Theil desselben, in Bezug auf seine Handels- und Gewerbsverhältnisse zum ersten Male seit der Auflösung des deutschen Reiches wieder zu einem gemeinschaftlichen Ganzen verbunden ist. Nur Oesterreich im Süden, Baden, Nassau, Waldeck und die freie Stadt Frankfurt nebst dem bayerischen Rheinkreise und dem Großherzogthum Luxemburg im Westen, Hannover, Braunschweig, das Lippe'sche, Oldenburg, Holstein, Meklenburg und die drei Hansestädte im Norden sind jetzt noch von dem Vereine ausgeschlossen, den man kaum noch den preußischen nennen darf, weil dem preußischen Einflusse in politischer Hinsicht durch den Beitritt der süddeutschen Staaten hinreichend die Waage gehalten wird, um kein allzu bedenkliches Hinüberneigen auf die andere Seite befürchten zu lassen.

Mit dem 1. Januar d. k. J. werden alle die unzähligen Zolllinien, die das Innere Deutschlands nach allen Richtungen zerschnitten, bis auf wenige gefallen sein; alle Staaten des Vereins, von denen jeder sich bisher gegen die Ueberschwemmung mit ausländischen Waaren auf eigene Gefahr und auf eigene Kosten schützen mußte, sind in Zukunft gegen das Ausland durch eine einzige große Zolllinie gesichert, die sich von der Stadt Memel im Königreiche Preußen längs der lithauischen und polnischen Grenze bis zu dem Fürstenthume Pleß in Schlesien, und von Pleß längs der Grenze des österreichischen Kaiserstaates in Schlesien, Mähren, Böhmen, Oesterreich, Tyrol und Vorarlberg bis nach Lindau am Bodensee erstreckt, von hieraus der Grenze des Großherzogthums Baden gegen Würtemberg und Bayern, so wie gegen das Großherzogthum Hessen-Darmstadt folgt, unterhalb Mannheim den Rhein überschreitet, und auf dem jenseitigen Ufer, mit Ausschließung des bayerischen Rheinkreises, längs der französischen und gegenwärtigen belgischen Grenze bis Mook an der Maas fortgeht, und von hier an sich der holländischen Grenze und den Grenzen von Hannover, Lippe, Braunschweig und Meklenburg gegen Kurhessen und Preußen anschließt. Die einzigen Zolllinien, die im Innern des durch den Verein gebildeten Handelsgebietes fortbestehen, sind jene, welche gegen die im Umfange des Vereins liegenden Enclaven, Nassau, Waldeck und Frankfurt gerichtet sind; so wie die nur zur zeitweiligen Sicherung einzelner Zweige des heimischen Gewerbfleißes dienenden, und den Handel daher wenig oder gar nicht belästigenden, welche jene Staaten sich vorbehalten haben, die, wie Bayern und Würtemberg, bis jetzt zwar dem preußischen Handelssysteme, aber nicht zugleich dem preußischen Systeme der indirecten Steuern beigetreten sind.

Ein großer Nachtheil für die Vereinsstaaten ist, daß sie, mit Ausnahme des östlichsten Theiles der preußischen Monarchie, von aller directen Verbindung mit dem Meere abgeschnitten sind. Der Vorzug, den die dem Vereine fremdgebliebenen norddeutschen Staaten in dieser Beziehung haben, ist die einzige Ursache, die sie bis jetzt von dem Beitritte zurückgehalten hat. Bei Hannover

liegt in Zukunft die Entscheidung, ob ganz Deutschland in seinen Handelsverhältnissen zu einem Ganzen vereint werden, oder ob es in seiner gegenwärtigen nur unvollkommen geheilten Spaltung beharren soll. Nach dem Beitritte Hannovers, der aber freilich noch gar sehr in der Ferne zu liegen scheint, wird von allen den kleineren Staaten zwischen der Elbe und dem Rhein, die sich bisher noch ausgeschlossen haben, keiner zurückbleiben; und es ist die Frage, ob dann nicht auch Oesterreich und ob nicht selbst die Schweiz in den großen Verein aller Staaten und Länder der deutschen Zunge mit hineingezogen werden.

Das Jahr 1833.

Geschrieben am 1. Januar 1834.

Drei Jahre sind seit der französischen Julirevolution verflossen; die gewaltigen Schwingungen, welche die Sturmglocke der Notre-Dame von den Ufern der Seine zu den Ufern der Düna und des Dniepr verbreitete, sind bis auf die leiseste Spur verhallt: überall, im Westen, wie im Osten, sehen wir die Bauleute und Zimmerer emsig bemüht, was die Windsbraut von den Palästen und Lusthäusern der Großen, von Burgen, Schlössern und Domen niedergebrochen, wieder aufzurichten und durch festere Pfeiler für die Zukunft zu stützen. Gaffend und verwundert steht das Volk umher; denn zu leugnen ist es nicht, daß die Arbeit keine leichte, und, wo sie auf ungeschickte Art angefangen wird, wohl auch eine gefährliche ist. Da und dort, wo man Alles in der trefflichsten Ordnung glaubte, stürzt ein altes Gewölbe oder ein altes gothisches Giebeldach über den Häuptern der Geschäftigen zusammen; und oft sieht man selbst da, wo scheinbar nichts den Einbruch droht, die Bauverständigen, welche die Fundamente untersucht haben, bedenklich die Köpfe schütteln.

Verweilen wir mit unserm Blick auf dem Zustande, in dem wir die Völker und Staaten Europa's in diesem Augenblicke begriffen sehen, so werden wir uns eines schmerzlichen Eindruckes kaum erwehren können. Nachdem die leidenschaftlichen Ausbrüche des Jahres 1830 ihr Ende erreicht hatten, mußte man erwarten, daß die Parteien in dem Gefühle ihrer Erschöpfung einander die Hand zu aufrichtiger Versöhnung bieten würden. Auch wurde von dieser und von jener Seite die Hand zur Versöhnung geboten; aber theils

war es Mißtrauen, welches jede Annäherung verhinderte, theils Schwäche, die den ernsten Vorsatz bei so manchen Hindernissen, die der Ausführung entgegenstanden, nicht zur That werden ließ. So trat an die Stelle der friedlichen Ausgleichung die gewaltsame Unterdrückung. Das Schwert, das Bayonett, die blutige Gewalt stellte die Ruhe, wo dieselbe gestört war, wieder her; aber man vergaß, daß eine Ordnung, die auf Gewalt begründet ist, nur so lange dauern kann, als die Gewalt in ungeschwächter Kraft besteht, und daß daher der erste, wenn auch vorübergehende Stoß, den diese erfährt, auch die Ordnung untergraben, und die Grundlagen derselben vielleicht für immer zerstören muß.

Jedes von den Jahren, welche seit der Julirevolution vergangen sind, war vorzugsweise durch ein hervorragendes Ereigniß ausgezeichnet.

Das Jahr 1831 durch den Untergang von Polen. Der Fall von Warschau war, als Anfang der Gegenwirkung, beinahe von gleicher Wichtigkeit mit den Barricadentagen von Paris. So viel war bei der ersten Kunde von dem Siege der Russen und von Krukowiecki's Verrath dem Kurzsichtigsten klar, daß die Revolution ihre Grenze erreicht hatte, die sie hinfort, sobald nicht ein neuer Ausbruch der erstickenden Flamme zu Hülfe käme, nicht überschreiten würde.

Im Jahre 1832 richtete die Parlementsreform in England die Hoffnungen nicht bloß der schwärmerischen und überspannten, sondern der gemäßigtesten und besonnensten Freunde des Fortschreitens und der Freiheit nach langem düsteren Harren von neuem freudig und kräftig empor. Die Zeit der Revolutionen ist vorüber, — so war der allgemeine Ruf, — aber die Zeit der Reformen ist gekommen. Man erkannte, daß es mit dem gewaltthätigen Stoßen und Drängen nicht gethan sei, und man glaubte, daß das gemeinschaftliche Bedürfniß der Sicherheit alle Theile zu gemeinschaftlichem Werke vereinigen werde: freilich aus unzulänglichem Grunde, da die Erfahrung im politischen Leben so selten, als im bürgerlichen klug macht, und am seltensten die Erfahrung Anderer.

Das Jahr 1833 trug die gespannte Erwartung, die während der Zeit der revolutionairen Entwickelung auf dem Osten unseres Welttheiles geruht hatte, auf den äußersten Westen über, wo, in Oporto eingeschlossen, der verbannte Kaiser von Brasilien, Dom Pedro, an der Spitze der portugiesischen Constitutionellen, eidbrüchiger Unterdrückung gegenüber, zugleich die Sache der Freiheit und des legitimen Rechtes verfocht. Die tapfere Vertheidigung der belagerten Feste, der wunderbare Sieg der Flotte und die eben so wunderbare Einnahme der Hauptstadt gewannen selbst den Gleichgültigeren, die von den Vorgängen in dem kleinen Königreiche Portugal keine Einwirkung auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse im Großen erwarteten, eine mehr als vorübergehende Theilnahme ab. Der Tod Ferdinands VII. erweiterte den Schauplatz des Kampfes. Wenn irgendwo die Vorliebe für jene

veralteten Zustände, gegen welche die Revolution den Kampf begonnen hatte, mit eherner Gewalt befestigt schien, so war dieß in Spanien, wo selbst die grauenhaftesten Mißbräuche ihre begeisterten Vertheidiger fanden, während die wohlthätigste Veränderung, von welcher Seite dieselbe auch ausgehen mochte, kaum anders als mit allgemeinem Unwillen aufgenommen wurde. Aber ein Tag war hinreichend, die Täuschung, die seit zehn Jahren geherrscht hatte, zu zerstreuen. Die Verblendung, mit der man einem, wenn auch nicht aufgeklärten, doch scharfsinnigen und geistreichen Volke, die albernsten Vorurtheile aufdrängen wollte, hatte ihre Früchte getragen: die Augen der Menge waren weit geöffnet, und Niemand, außer den Verdüsterern, war blind geblieben. So erklärt sich auf die einfachste Art der Ausgang des Bürgerkrieges, der nicht bloß für Spanien, sondern für Europa von hoher Bedeutung ist. Wenn in Spanien selbst die Unhaltbarkeit der vermoderten Trümmer sich verräth, auf denen man hie und da gern unsere neueren Staatseinrichtungen befestigen möchte, so kann es wahrlich auch dem beschränktesten Blicke nicht länger zweifelhaft erscheinen, daß eine Zurückführung des Alten außerhalb des Bereiches menschlicher Kräfte liegt.

Die große Lehre, welche die pyrenäische Halbinsel uns darbietet, wird nicht ungenutzt vorübergehen. Frankreich, an seiner westlichen Grenze gesichert, kann gegen den Osten eine kühnere Sprache führen; und wenn wir von den Einreden der Franzosen auch für Deutschland so wenig, als für irgend eines der andern Nachbarvölker sonderliches Heil erwarten, so dürfte es doch gut sein, wenn Regierer und Regierte einmal wieder auf recht nachdrückliche Weise auf die Nothwendigkeit unverbrüchlichen gegenseitigen Vertrauens und festen Zusammenhaltens aufmerksam gemacht würden.

Wie die Juden zu der Zeit des alten Bundes nie frommer waren, als wenn sie durch Strafgerichte des Herrn gezüchtigt wurden, so sind wir Deutschen in politischer Hinsicht nie tüchtiger, als wenn wir die Strafruthe bereits über uns erhoben sehen. Bedenklich ist aber die Lage, in der unser Vaterland sich befindet, schon jetzt. Denn während Frankreich durch die Veränderungen in Spanien in seinem Rücken gesichert ist, und durch die brittische Freundschaft beide Hände zu freierer Verfügung hat, sind uns Deutschen die beiden wichtigsten Bollwerke, die unsere Grenzen schützten, die Schweiz mit ihren Gebirgspässen, und Belgien mit seinem Gürtel von Festungen, ganz unversehens verloren gegangen, und wir hätten bei einem Kriege mit Frankreich nichts, das wir dem Feinde entgegensetzen könnten, als die eherne Mauer tapferer Männer. Diese hat freilich noch zu allen Zeiten den sichersten Schutz gewährt; aber glaubt man, daß es, um Männer zu finden, genug sei, sie zu commandiren?

Der Ministercongreß zu Wien.

Geschrieben am 3. Januar 1834.

Der Ministercongreß zu Wien, dessen Eröffnung wir in dem Laufe dieses Monates erwarten dürfen, steht noch immer als ein räthselhaftes Meteor an unserm Horizonte, auf das Hoffnungen, Besorgnisse und Erwartungen der widersprechendsten Art gerichtet sind, obwohl Niemand es zu erklären weiß, auf welchem Grunde dieselben beruhen, und auf welche Weise sie in Erfüllung gehen sollen. Kein sterblicher Mensch, welche Stellung in der Gesellschaft und im Staate er auch einnehmen mag, ist von Irrungen und Mißgriffen frei; und verbergen können wir es daher nicht, daß wir immer von einer gewissen Bangigkeit ergriffen werden, wenn wir von Versammlungen vernehmen, die zu dem Zwecke zusammentreten, die Geschicke der Völker auf eine weit in der Ferne liegende Zukunft hinaus zu regeln. Von den Entscheidungen des Ministercongresses zu Wien hängt die ganze politische, gesellschaftliche und sittliche Entwickelung unseres deutschen Vaterlandes ab; so ernste Aufgaben, als hier der Erwägung vorliegen, werden gewiß nicht anders als mit dem würdigsten Ernste gelöst werden. Aber haben wir bei den besten Absichten, die wir voraussetzen, auch hinreichende Bürgschaft dafür, daß die Grundlagen, von denen man ausgehen wird, keine verfehlte sind? Möge man nur durch die Besorgniß vor eingebildeten Gefahren sich nicht zu der Vernachlässigung wirklich vorhandener verleiten lassen! Möge man nur, um die Sache des Königthumes zu unterstützen, die in Deutschland wahrlich keiner neuen Stützen bedarf, nicht die Achtung vor den öffentlichen Freiheiten aus dem Auge setzen, die in den Tagen der Noth noch immer der mächtigste Pfeiler waren, an dem der sinkende Muth des Volkes sich wieder emporrichtete! Das Königthum in Deutschland ist nicht gefährdet; denn die Liebe und Anhänglichkeit zu seinen Fürsten ist zu tief in der Gesinnung des deutschen Volkes begründet, als daß irgend ein vorübergehendes Mißverständniß dasselbe erschüttern könnte. Gefährdet ist nur die Beamtenherrschaft, die ihre Sache freilich gern als die Sache des Königthums darstellen möchte, obwohl es leicht zu erweisen ist, daß in den meisten Fällen die Fürsten in der Ausübung ihrer Macht durch ihre eigenen Beamten ungleich mehr beschränkt worden sind, als durch die ausgedehntesten Freiheiten, die sie ihren Völkern zugestanden.

Die Berathungen des Ministercongresses.

Geschrieben am 3. Februar 1834.

Der Ministercongreß zu Wien hat bis jetzt erst eine einzige Sitzung gehalten; und wenn es wahr ist, was man in süddeutschen Blättern berichtet, daß nach dem Schlusse derselben von den Bevollmächtigten der verschiedenen Höfe Couriere abgesandt worden wären, um über den Gang der Verhandlungen zu berichten, und neue Verhaltungsbefehle in Bezug auf die besondern Gegenstände der Berathung einzuholen, so läßt sich voraussehen, daß die Versammlung eine seit den Tagen des Congresses von Osnabrück und Münster ungewöhnliche Dauer erhalten kann. So schlimm ist es denn nun freilich um unser deutsches Vaterland nicht bestellt, als zu der Zeit des dreißigjährigen Krieges. Damals war in Deutschland Jedermann Herr außer den Deutschen, während gegenwärtig, außer einigen gelegentlichen Ermahnungen, die aber in den meisten Fällen höflich und freundschaftlich genug abgefaßt sind, von außen uns nicht leicht in unsere inneren Angelegenheiten dazwischen gesprochen wird. Dennoch läßt es auf der andern Seite sich nicht verkennen, daß zu der Zeit des dreißigjährigen Krieges das öffentliche Wesen in Deutschland noch auf manche, wenngleich damals schon in ihren Fundamenten untergrabene Pfeiler gestützt war, die seitdem völlig von der Oberfläche unseres Vaterlandes verschwunden sind. Das alte heilige römische Reich deutscher Nation bestand damals noch wenigstens dem Namen nach; Deutschland war, sobald die Zerwürfnisse des Religionsstreites aufhörten, dem Auslande gegenüber als ein Ganzes vertreten, und im Innern hatten Kaiser und Reich, sofern nur der Wille vorhanden war, hinreichende Macht, dafür zu sorgen, daß einem Jeden, dem Kleinsten, wie dem Größten, sein Recht wurde. Gegenwärtig ist von einer Vertretung Deutschlands gegen das Ausland, außer sofern dieselbe freiwillig von den beiden großen Mächten im deutschen Bunde übernommen wird, nicht die Rede; und erst in der neuesten Zeit, als alle Bundesstaaten von gemeinschaftlicher Gefahr bedroht waren, hat der Bundestag eine Kraft entwickelt, die zu der Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung im Innern sich zwar ausreichend erwiesen hat, die aber auch von mehr als einer Seite, weil ihr die bestimmte gesetzliche Begründung fehlte, als eine bloße Dictatur des Augenblickes angesehen worden ist.

Wenn wir alle die verschiedenen Stimmen durchgehen, die sich bisher über den Ministercongreß zu Wien vernehmlich gemacht haben, so werden wir

als die vornehmste Veranlassung desselben beinahe allgemein das Bedürfniß einer festeren Vereinigung unter den verschiedenen Bundesstaaten anerkannt finden, das bei so manchen bedenklichen Wendungen der letzten Zeit freilich fühlbar genug geworden ist, um auch von dem Kurzsichtigsten nicht länger hintangesetzt zu werden. Einheit, feste Vereinigung, kräftiges Aneinanderschließen, ohne daß dabei die Selbstständigkeit der einzelnen Stämme und Staaten gestört würde, ist jetzt wieder, wie in den Tagen der allgemeinen Volkserhebung gegen die französische Unterdrückung, das gemeine Losungswort. Aber freilich, die Wege, die man angiebt, um das von allen gewünschte Ziel zu erreichen, sind so wunderbar verschieden, daß wir in der That alle Hoffnung aufgeben müßten, wenn wir nicht voraussetzen dürften, daß unsere Staatsmänner ihrer Aufgabe sich klarer bewußt wären, als die Wortführer der öffentlichen Meinung. In einem benachbarten Blatte wurde kürzlich den zu Wien versammelten Diplomaten empfohlen, sich vor allen Dingen die Abfassung eines allgemeinen deutschen Gesetzbuches angelegen sein zu lassen: ein löbliches Beginnen, das wir aber bei dem gegenwärtigen Zustande des Rechtswesens in Deutschland kaum einem Congresse von Rechtsgelehrten, geschweige einer Versammlung von Diplomaten, zumuthen möchten; und das überdieß bei der Verwirrung, die in diesem Augenblicke noch über die gegenseitigen Beziehungen der Bundesstaaten zu einander, wie zu dem Ganzen, herrscht, so ziemlich das Letzte sein möchte, wovon sich einige Frucht für die nächsten hundert Jahre erwarten ließe. Noch ungleich scharfsinniger freilich war der Vorschlag, der von einer andern Seite mit gewichtigen Gründen unterstützt wurde, der Congreß möge auf die Errichtung einer deutschen Marine bedacht sein, da es schmachvoll sei, daß nur in der Levante eine deutsche Admiralsflagge neben der brittischen und französischen wehen sollte. Wir können indessen unmöglich annehmen, daß irgend Jemand im Ernste an die Errichtung einer deutschen Marine gedacht hat, während in allen deutschen Kammern und Ständeversammlungen darüber verhandelt wird, auf welche Weise die unerschwinglichen Summen beizutreiben sind, welche die Aufrechterhaltung der stehenden Heere kostet. Dergleichen Einfälle werden von geistreichen Köpfen zum Scherze hingeworfen, um sich nach ernsteren Beschäftigungen eine Erholung zu verschaffen; unsere gedankenlosen deutschen Sammelblätter verschmähen nichts, was ihnen von irgend einer Seite als Beitrag zur Zeitgeschichte zugeschickt wird; es wäre aber unnützer Zeitverlust, wenn man auf einen Schwank dieser Art größere Aufmerksamkeit, als die des flüchtigsten Blickes, wenden wollte.

Ernster gemeint ist es, wenn man uns sagt, daß die Herren in Wien sich vornehmlich mit der festeren Begründung des monarchischen Princips in Deutschland beschäftigen, und daß sie es deßhalb zuvörderst auf die Anordnung einer allgemeinen deutschen Bundespolizei abgesehen haben. Wir haben bei mehr als einer Gelegenheit unsere Ueberzeugung ausgesprochen, daß das monarchische Princip in Deutschland keiner Begründung oder Befestigung bedürfe,

und wollen uns hier auf keine neue Beweisführung einlassen; doch sei es uns erlaubt, für diejenigen, die etwa abweichender Meinung sein möchten, zu bemerken, daß die Begründung durch die Polizei unter allen möglichen Begründungen so ziemlich die schlechteste sein dürfte, da die Polizei zwar dazu berufen ist, dieses und jenes, was man für schlecht und unrecht hält, abzuwehren, aber niemals irgend etwas zu begründen. Die Liebe zu den Fürsten zumal ist, wie jede wahre Liebe, eine Art von Religion; und wo hätte man wohl noch je davon gehört, daß eine Religion durch die Polizei begründet worden wäre. Außerdem, so sehr wir überall, wo dadurch das Ansehen des deutschen Namens gefördert wird, der Erweiterung der Bundesgewalt das Wort reden, möchten wir dieselbe doch keinesweges auf irgend einen Zweig der Polizei ausgedehnt wissen. Es liegt in dem Wesen der Polizei, daß sie sich überall auf das engste an die örtlichen Verhältnisse knüpft; und eine in den Wolken schwebende allgemeine Bundespolizei würde daher, bei der scharfsinnigsten Anordnung, völlig ihres Zweckes verfehlen.

In einer einzelnen Beziehung zwar hat der Bundestag sich der obersten Aufsicht über die Polizei bereits angenommen, nämlich in Bezug auf die Polizei der Presse; und diese dürfte allerdings, wenn nicht alle Voraussetzungen trügen, einen der vornehmsten Gegenstände der Berathung für die zu Wien versammelten Diplomaten bilden. Ein Preßgesetz, welches die gegenwärtig bestehenden provisorischen Verfügungen ersetzen sollte, könnte nach dem Buchstaben der Bundesacte nur auf dem Grundsatze der Preßfreiheit beruhen. Daß bei der gedrückten Stimmung, die in diesem Augenblicke über den größten Theil unseres Vaterlandes verbreitet ist, die Verkündigung eines Preßgesetzes, welches von dieser Grundlage ausginge, den wohlthätigsten Eindruck machen, und mehr zu der Herstellung des allgemeinen Vertrauens thun würde, als selbst die wesentlichsten materiellen Erleichterungen, kann Niemand, der mit dem deutschen Volksgeiste sich einige Bekanntschaft erworben hat, verborgen geblieben sein. Die Frage ist nur, wie das Wünschenswerthe mit dem Möglichen zu vereinigen; und da dürfte denn freilich noch gar manche bedenkliche Klippe zu vermeiden sein.

Hier haben wir ohne Zweifel das Gebiet erreicht, auf welchem die Berathungen des Congresses sich bewegen; die weitere Beleuchtung desselben müssen wir jedoch einem folgenden Aufsatze vorbehalten.

Die deutschen Universitäten.

Geschrieben am 27. Januar 1834.

Unter die Gegenstände, von denen man mit Gewißheit voraussetzen kann, daß sie auf dem Wiener Ministercongreß der ernstesten Berathung unterliegen werden, nimmt das deutsche Universitätswesen nicht die letzte Stelle ein. Bei allen politischen Untersuchungen, welche durch die Ereignisse der neueren Zeit in unserm Vaterlande veranlaßt worden sind, haben immer mehr oder weniger zahlreiche Fäden auf die Universitäten zurückgeführt; und von mehr als einer Seite ist nicht etwa erst seit heute und gestern die Behauptung ausgesprochen worden, daß vor allem eine durchgreifende Reform des Universitätswesens erforderlich sei, wenn man mit Erfolg dem Geiste der Unruhe und des Mißvergnügens begegnen wolle, der bei so manchen Gelegenheiten sich auf die unerwartetste und zugleich auf die bedenklichste Weise Luft gemacht hat. Bekannt ist es, daß in diesen letzten Tagen erst durch einen Mann, Namens Achert, zu Freiburg (im Breisgau), bestimmte Anträge an die zu Wien versammelten Staatsmänner gelangt sind, die deßhalb, weil sie von einem früheren Mitarbeiter des Freisinnigen ausgehen, wahrscheinlich nicht mindere Beachtung finden werden. In den meisten Fällen sind es die Abtrünnigen einer Partei, von denen man die beste Auskunft über die Mittel erwartet, deren man sich zu ihrer Bekämpfung bedienen muß.

Auf das politische Treiben der Universitäten hat zuerst das Fest auf der Wartburg die Aufmerksamkeit der Regierungen gelenkt. Viele hundert Studirende, aus allen Gegenden Deutschlands, waren versammelt, um die Erinnerung an das größte Ereigniß der neueren Zeit, vor der französischen Revolution, mit der dasselbe manche Vergleichungspunkte darbietet — die deutsche Kirchenreformation — festlich zu begehen, als ein junger Mann, der seitdem auf dem politischen Schauplatze nicht wieder aufgetreten ist, und auch dießmal nur das willenlose Werkzeug einer im Verborgenen wirkenden bedeutendern Hand war, ein Auto da fe veranstaltete, welches man in dieser Art in Deutschland noch nie gesehen hatte, und das, weil es größtentheils allgemein bekannte Namen traf, in ganz Deutschland ungeheures Aufsehen erregte. Das kleine Feuer auf der Wartburg, bei dem die meisten der Anwesenden sich wenig oder nichts gedacht haben mögen, da die Wenigsten die der Verurtheilung verfallenen Werke kannten, hat den großen Brand hervorgerufen, der seitdem in tausend sonst ganz gesunden Köpfen fortwüthet, und der in diesem Augenblicke die

deutschen Universitäten zu verzehren droht, wenn denselben nicht bei Zeiten auf wirksame Weise Einhalt geschieht. Der an dem russischen Etatsrath von Kotzebue verübte Meuchelmord war der zweite Act, der von einer und derselben Universität in dem Geiste ausging, den die Wartburgsfeier — oder eigentlich nur die Schlußscene der Wartburgsfeier — bezeichnet hatte. Man glaubte dem politischen Fanatismus, der sich, wie die Untersuchung ergab, auf den meisten Universitäten der Gemüther zu bemächtigen anfing, nicht besser begegnen zu können, als indem man Lehrer und Studirende der strengsten polizeilichen Aufsicht unterwarf; aber man bedachte nicht, daß der Unabhängigkeitssinn, der dem unverdorbenen jugendlichen Gemüthe eigen ist, mächtiger wirken könnte, als die Furcht vor der Strafe; und man verbreitete daher das Feuer, indem man dasselbe durch Auseinanderstören zu löschen suchte. Die Verbote der öffentlichen Verbindungen auf den Universitäten haben keine andere Wirkung gehabt, als daß sich an der Stelle der öffentlichen viel gefährlichere geheime Verbindungen bildeten; und die Verfolgungen, von denen seitdem zu verschiedenen Zeiten die geheimen Verbindungen getroffen worden sind, haben die Mitglieder derselben so wenig von ihrem durchaus unjugendlichen und daher dem Universitätsleben eigentlich völlig fremden Treiben zurückgeschreckt, daß vielmehr gerade die bedenklichste Richtung auf den Universitäten erst einheimisch geworden ist, seitdem man den Glauben unter den Studirenden erweckt hat, daß sie eine politische Macht wären. Die Burschenschaft, die ursprünglich ein freier Verein zu der Beförderung von Zwecken war, denen die Regierungen selbst ihre Billigung nicht versagen konnten; ist auf diese Weise gewaltsam zu einer Rolle gedrängt worden, die sie gegenwärtig zu einer Art von politischem Butzemann in dem ganzen Umfange des ehemaligen heiligen römischen Reiches deutscher Nation macht. Hunderte von Studirenden, die größtentheils der Burschenschaft, oder den aus der Burschenschaft hervorgegangenen geheimen Verbindungen angehörten, sind in der letzten Zeit aus Veranlassung des Frankfurter Tumultes verhaftet worden; das strengste Gericht bedroht die Schuldigen, und selbst diejenigen, die keiner andern Schuld überwiesen wurden, als der Theilnahme an den verbotenen Studentenverbindungen, sehen bei der übertriebenen Scheu, die man überall vor so gefährlichen Subjecten hat, nicht der erfreulichsten Zukunft entgegen. Dennoch fällt nicht leicht in irgend einer der kleineren deutschen Universitätsstädte ein öffentlicher Unfug vor, der einigen Lärm macht, ohne daß uns nicht immer wieder der furchtbare Name der Burschenschaft genannt würde. Die Unruhen zu Halle in der Neujahrsnacht haben das jüngste Beispiel geboten, das aber schwerlich das letzte bleiben wird.

Was soll man nun aber thun, wenn Verbote und Strafen nicht helfen, um dem unruhigen Geiste, der von den Universitäten sich immer weiter in die verschiedenen Kreise des bürgerlichen Lebens verbreitet, entgegen zu wirken? Das wirksamste wäre ohne Zweifel, die Universitäten, wie dieß in Spanien, in Portugal und im Kirchenstaate geschehen ist, zu schließen. Indessen zeigen

die neuesten Ereignisse auf der pyrenäischen Halbinsel, wie früher die Ereignisse auf der Halbinsel des Apennins, daß mit dem Schließen der Universitäten und ähnlichen Maßregeln doch auch nicht Alles gethan ist. Wo der Geist der Unruhe einmal rege geworden ist, läßt er sich weder durch Relegationen noch durch consilia abeundi verbannen: Das einzige Mittel, einer geistigen Bewegung mit Erfolg zu begegnen, ist nicht, daß man derselben physische Gewalt, sondern eine andere geistige Bewegung in entgegengesetzter Richtung entgegensetzt. Mögen unsere Staatsmänner zu Wien dieß bedenken, so können wir unbesorgt sein, um das Schicksal der deutschen Universitäten.

Die Beschränkungen des Universitätswesens.

Geschrieben am 14. Februar 1834.

Von allen den verschiedenartigen Fragen, welche der allgemeinen Voraussetzung nach die zu Wien versammelten Diplomaten beschäftigen, haben vorzüglich drei die gespannteste Aufmerksamkeit erregt: die Reform der Universitäten, die Gesetzgebung der Presse und die Feststellung der landständischen Befugnisse und Rechte. In nicht geringerem Maße, wie in diesen letzten Jahren die äußere Sicherheit Deutschlands durch die Nachbarschaft der Revolutionen in Frankreich und Belgien, in Polen und Italien und in der Schweiz gefährdet wurde, war bei mehr als einer Gelegenheit die innere Ruhe unsers Vaterlandes durch den revolutionairen Geist gefährdet, der sich auf den deutschen Universitäten, in der deutschen Presse, und — wie von einer gewissen Seite wenigstens behauptet wird — in den deutschen Ständeversammlungen entwickelt hat. Unter den Furchtsamen haben besonders die Universitäten die größte Besorgniß erregt. Die Studenten, mit Pistolen, Hiebern und Rapieren bewaffnet, wie man sie bei den Tumulten in Leipzig, Göttingen, Jena, Halle hatte einherschreiten sehen, erschienen als die Avantgarde der großen revolutionairen Armee, die von allen Seiten im Anzuge war; und zu leugnen ist es nicht, daß diese 10,000 oder 15,000 Studirenden, die man auf den deutschen Universitäten zählen mag, wenn sie auf einem Punkte vereinigt wären, ein stattliches Armeecorps bilden würden, das sich, einigermaßen disciplinirt, mit jeder andern bewaffneten Macht von gleicher Stärke wohl messen

dürfte. Der Frankfurter Ueberfall im April des v. J. hat gezeigt, daß es auch kleineren Abtheilungen zu verzweifelten Unternehmungen weder an Muth noch an Kraft fehlt. Bei einiger Besonnenheit kann man es sich indessen unmöglich verbergen, daß in ruhigen Zeiten wenigstens von den Studirenden der deutschen Hochschulen keine ernstliche Gefahr zu besorgen ist, abgesehen von allen andern Gründen schon deßhalb, weil dieselbe Verschiedenheit der Meinungen, welche man unter allen Ständen des bürgerlichen Lebens findet, auch auf den Universitäten herrscht, und jede Vereinigung zu gemeinschaftlichen Unternehmungen daher, wenn nicht unmöglich macht, doch außerordentlich erschwert.

Wenn die Gefahr für das Allgemeine, die von den Universitäten ausgehen kann, indessen auch noch unendlich geringer wäre, als sie wirklich ist, so wäre doch schon das Unheil, welches vereinzelte Verirrungen anrichten können, sobald es sich nachweisen ließe, daß dieselben von der ganzen Einrichtung der deutschen Universitäten unzertrennlich wären, hinreichend, um die durchgreifendsten Maßregeln zu rechtfertigen. Es liegt hier außerhalb unseres Planes, die Gründe, die sich für und wider unsere Universitätseinrichtungen anführen lassen, noch einmal ausführlich zu erörtern; wir begnügen uns damit, an einige Thatsachen zu erinnern, die für uns unwiderleglich feststehen, und welche unserer Meinung nach das Urtheil jedes Unbefangenen feststellen müssen.

Die deutschen Universitäten sind in ihren wesentlichen Einrichtungen seit dem Mittelalter, dem dieselben ihren Ursprung verdanken, so ziemlich unverändert geblieben, während alle Zweige des bürgerlichen Lebens um sie her eine andere Gestalt angenommen haben; sie sind daher ihrer ursprünglichen Aufgabe völlig untreu geworden, indem sie nicht mehr eine Schule für das Leben, sondern einen besonderen von der übrigen Welt auf das Strengste abgeschiedenen Kreis des Lebens bilden. Weil während des Mittelalters das höchste Ziel aller Bildung die Kenntniß des classischen Alterthums war, das einem in die tiefste Nacht der Barbarei versunkenen Geschlechte freilich als unerreichbares Vorbild gelten mußte, so ist das classische Alterthum auf unseren Universitäten fortwährend die Grundlage und der vornehmste Inhalt aller Bildung geblieben, obwohl seitdem die Wissenschaften einen Aufschwung genommen haben, durch den alle Kenntnisse der Alten als die Träume unerfahrener Kinder erscheinen. Physik, Chemie, Mechanik werden zwar, und zum Theil von ausgezeichneten Lehrern, auch auf unsern Universitäten gelehrt; aber die Stelle, die man diesen Disciplinen in den Katalogen einräumt, bezeichnet schon unzweideutig genug den Rang, den sie in der Meinung der Facultäten einnehmen, und den man ihnen in der Universitätsbildung angewiesen hat. Wie zu der Zeit des Mittelalters, wo unter den fortwährenden Gährungen und Reibungen, die jenen Tagen eigen waren, jede Anstalt, die sich einiges Bestehen sichern wollte, eine für sich abgeschlossene, zum Kampfe gerüstete, unabhängige Körperschaft bilden mußte, bilden unsere Universitäten bis zu dieser Stunde

abgeschlossene Körperschaften, die ihre Privilegien mit hartnäckiger Ausdauer großentheils bewahrt haben, während dieselben für alle übrigen Körperschaften jener Zeit längst verloren gegangen sind. Die Universitäten haben ihren eigenen privilegirten Gerichtsstand, sie haben das Recht der freien Wahl für ihre vorgesetzten Behörden, so wie der Aufnahme und der Ausschließung ihrer Bürger und der unabhängigen Verwaltung aller ihrer inneren Angelegenheiten. Der einzige Umstand, daß der Student nicht den gewöhnlichen Polizeibehörden untergeben ist, daß er, statt von den bürgerlichen Gerichten, von dem academischen Senate gerichtet wird, dessen Mitglieder — wie es wenigstens in den academischen Reden heißt — seine Commilitonen sind, giebt ihm ein Gefühl der Ueberlegenheit, das nicht selten in den frevelhaftesten Uebermuth ausartet, und wo die Gelegenheit sich bietet, beinahe unvermeidlich zu Ausschweifungen führen muß, die oft die Blüthe und den Stolz der deutschen Jugend unter die Würde des Menschen erniedrigen.

Ein Erbe des Mittelalters ist offenbar auch jene unbeschränkte Freiheit des Lehrens, wie des Hörens, die auf den deutschen Universitäten beinahe allein sich noch erhalten hat, während sie in allen übrigen Ländern durch Glaubenseifer oder politischen Druck längst erstickt worden ist. Daß die freieste Bewegung dem Talent, welches im Stande ist, sich seinen eigenen Weg zu bahnen, außerordentliche Vortheile bietet, wollen wir auf keine Weise in Abrede stellen; und wenn irgend eine der eigenthümlichen Einrichtungen unseres Universitätswesens zu dem Ruhme deutscher Wissenschaft und deutscher Gelehrsamkeit beigetragen hat, so war dieß gewiß die unbeschränkte Lehrfreiheit. Aber wer möchte deßhalb es ableugnen, daß der großen Mehrzahl der mittelmäßigen Köpfe, die sich auf den Universitäten für ihr künftiges Leben bilden sollen, eine feste Führung, ohne Vergleich, dienlicher wäre, als eine Freiheit, von der sie keinen Gebrauch zu machen verstehen? Wie viele selbst edlere Jünglinge, auf welche die wackersten Familien ihre Hoffnung gesetzt haben, gehen auf den Universitäten zu Grunde, weil sie, statt verständiger Anleitung zu der Benutzung ihrer Universitätszeit, nur Verführung zum Laster und zum Müßiggange fanden?

Alle diese Ausstellungen sind so oft wider das deutsche Universitätswesen erhoben worden, daß dieselben zu Wien, wenn die Universitäten hier anders überhaupt einen Gegenstand der Berathung ausmachen, gewiß nicht unberücksichtigt bleiben werden. Dennoch stehen einer Vereinigung über das Schicksal der deutschen Universitäten zu große Schwierigkeiten im Wege, als daß wir dieselbe für wahrscheinlich oder auch nur für möglich halten sollten. Von allen den unangenehmen Erscheinungen, welche die Universitäten der übrigen deutschen Staaten darbieten, findet man auf den österreichischen keine Spur: keine Duelle, keine geheimen Verbindungen, keine Widersetzlichkeiten gegen die Behörden, keine übermüthige Selbstüberhebung. Der Vorschlag, die Einrichtungen, die in Oesterreich so segensreiche Früchte getragen haben, auch auf den

übrigen deutschen Universitäten einzuführen, läge daher nahe, wenn von der andern Seite nicht Preußen entgegnen könnte, daß man alle Ursache habe, mit dem Geiste zufrieden zu sein, der auf mehreren der preußischen Landesuniversitäten fortwährend die Herrschaft behauptet habe, obwohl man weder den Professoren die Lehrbücher vorgeschrieben hätte, nach denen sie ihre Vorlesungen halten, noch den Studirenden die Stunden, die sie besuchen sollten; daß man der Unordnungen, die auf einzelnen Universitäten sich gezeigt hätten, Herr zu werden gedenke, ohne Einrichtungen zu vernichten, denen der Staat seine anerkannte geistige Ueberlegenheit vor allen Nachbarländern verdanke; und daß man daher lieber Alles beim Alten lassen, als in Veränderungen willigen würde, von denen man mehr Nachtheil als Vortheil zu haben fürchte. Und worin wird der Erfolg von Berathungen bestehen, in denen sich so entgegengesetzte Ansichten geltend machen? Wenn es uns erlaubt ist, unsere Meinung unumwunden auszusprechen, so glauben wir, daß das Höchste, worüber man zu Wien sich einigen kann, die Verschärfung einiger Disciplinargesetze sein dürfte, durch welche im Ganzen so wenig Wesentliches gebessert wird, als geändert *).

Die deutsche Presse.

Geschrieben am 17. Februar 1834.

Ungleich ernstere Gefahr, als die Studirenden der Universitäten, boten in den Tagen der Aufregung, welche auf die Stürme der Julirevolution folgten, die Wortführer der öffentlichen Meinung durch die Presse, die Journalisten. Wer den Zustand kannte, in welchem das deutsche Journalwesen vor der Julirevolution sich befand, mußte in der That erstaunen, wenn er den unermeßlichen Aufschwung sah, den dasselbe nahm, sobald der Hauch der Revolution seine vertrockneten Keime belebte. Ueberall, in allen einigermaßen bedeutenden Städten von Deutschland, schossen die öffentlichen Blätter über Nacht, wie die Pilze nach einem Frühlingsregen, empor; die Journalisten, ein wenig zahlrei-

*) Erst im J. 1844 ist es bekannt geworden, daß man doch zu Wien etwas weiter gegangen ist, als wir im J. 1834 zu hoffen und in dieser durch die Censur gebotenen Form zu rathen wagten.

ches, harmloses und bescheidenes Geschlecht, das sich durch die mühseligste Anstrengung dennoch keine Geltung in der Gesellschaft zu erringen wußte, rückten plötzlich, durch Zulauf von allen Seiten verstärkt, mit Heeresmacht ins Feld; und wenn man nicht sagen kann, daß der Kampf gegen die bestehende Ordnung, den sie besonders im südlichen Deutschland mit bewundernswürdiger Uebereinstimmung beinahe auf allen Punkten gleichzeitig begannen, mit besonderem Geschick geführt wurde, so läßt sich doch verzweiflungsvolle Ausdauer den meisten dieser noch unerfahrenen, und im Gebrauche ihrer Waffen unzulänglich geübten Streiter nicht absprechen. Die politische Journalistik wurde in Bayern, Würtemberg, Baden, beiden Hessen mit Gewalt erdrückt; von Capitulationen war dabei so wenig die Rede, als von friedlicher Versöhnung, und von feiger Untreue an der einmal aufgesteckten Fahne ist uns kein einziges Beispiel bekannt.

Darin ist man gegenwärtig wohl in ganz Deutschland einverstanden, daß man es dem deutschen Bunde so wenig, als den einzelnen Regierungen verdenken darf, wenn sie in einem Kampfe, in dem es offenbar ihre Existenz galt, sich aller ihnen zu Gebote stehenden Mittel bedienten, um den Sieg zu behaupten; und nachdem man auf der einen Seite alle Gränzen der Mäßigung so weit überschritten hatte, war es verzeihlich, wenn man auf der andern Seite, in der Abwehr des unerwarteten Angriffes, das Maß gerade auch nicht allzustrenge beobachtete. Selbst bei Fällen der unleugbarsten Härte darf man nicht vergessen, daß die Staatsgewalt da, wo derselben Hintansetzung der gesetzlichen Formen zum Vorwurfe gemacht werden kann, gewiß auf eine Weise herausgefordert war, die nach der Erschöpfung aller gesetzlichen Mittel keine andere Wahl ließ, als willkürlich durchgreifende Selbsthülfe, oder ruhiges Ertragen eines Hohnes, der einmal unerträglich geworden war.

Der Kampf der deutschen Presse wider die bestehende Ordnung, so wie die Maßregeln, welche man zum Schutze der bestehenden Ordnung ergriff, gehören indessen einer Zeit an, die der Gegenwart noch zu nahe liegt, um völlig freie und rücksichtslose Beurtheilung räthlich zu machen; und wir würden diese Erinnerungen daher lieber für das Erste noch ruhen lassen, wenn nicht zu fürchten stände, daß dieselbe einseitige Auffassung, welche über unsere nächste Vergangenheit entschieden hat, auch die Zukunft ordnen würde, sofern nicht noch bei Zeiten die eine oder die andere Berichtigung hervorträte. Schon jetzt ist an gar manchen Orten die haute société der Meinung, daß Alles, was Schriftsteller heißt, ohne Schaden in Masse unter die Classe der Revolutionaire geworfen werden könne*); und zu

*) Durch Hrn. — — war mir um diese Zeit ein an denselben gerichtetes Schreiben des Dr. Jarke zu Wien mitgetheilt worden, worin dieser den Inhalt einer Unterredung mit einem hochgestellten österreichischen Staatsmanne über die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung des revolutionairen Geistes in Deutschland wiedergab. Es war dafür gesorgt, daß meine Antwort an ihre Adresse gelangte.

leugnen ist es nicht, daß der revolutionaire Zustand der deutschen Presse nach den Julitagen durch diese Annahme — sofern sie begründet wäre — auf die einfachste und natürlichste Weise erklärt würde. Leider drängt sich bei einiger Bekanntschaft mit der deutschen Literatur die Bemerkung auf, daß es im Allgemeinen unter allen Classen der Gesellschaft in Deutschland nicht leicht eine zahmere, höflichere und unterwürfigere geben kann, als jene der Schriftsteller. Von Goethe, dem Vordermanne der neueren deutschen Literatur und der deutschen Journalistik, durch alle Abstufungen literarischer Celebrität bis zu dem Herausgeber des ärmlichsten Winkelblattes in irgend einem kleinen Landstädtchen, können wir unsere Schriftsteller Mann für Mann durchmustern, und wir werden gewiß in den wenigsten auch nur die Ahnung einer revolutionairen Ader entdecken; und man wird sich daher, sofern man nicht absichtlich in einer offenbaren Täuschung beharren will, wohl nach einer andern Ursache der auffallenden Erscheinung umsehen müssen, welche die deutsche Presse während der kurzen Zeit ihres revolutionairen Rausches darbot.

Die wahre Ursache ist, unserer Meinung nach, nicht schwer zu finden. Die Kunde von dem Ausbruche des großartigen Aufstandes, der binnen drei Tagen einen Thron von vierzehn Jahrhunderten stürzte, verbreitete in Deutschland, wie überall in Europa, eine Aufregung, die in den ersten Augenblicken für jede ruhige Beurtheilung der Ereignisse, so wie überhaupt für jede andere Sprache, als die Sprache der Leidenschaft, unempfänglich machte. Schriftsteller von dem anerkanntesten Rufe, von denen wir — instar omnium — nur den einzigen Krug in Leipzig nennen wollen, verloren nicht bloß ihre Beliebtheit bei dem Publicum, sondern zum Theil sogar die öffentliche Achtung, weil sie, unabhängig von dem Eindrucke des Augenblickes, ihre selbstständige Meinung behaupteten. Die nächste Folge des großen Risses, durch den das Salz der deutschen Nation mit einem Male für untauglich erklärt wurde, war daher, daß die Männer, die bisher den Verkauf des Salzes zu ihrem Geschäfte gemacht hatten, ihre Läden mit Pfeffer und andern Gewürzen versahen, die sie mehr nach dem Geschmacke des Publicums wußten. Die alten Inhaber literarischen Namens und Ruhmes wurden gestürzt, weil ihre sämmtlichen Werke in den Waarenlagern der Buchhändler zu Maculatur wurden, und es erfolgte eine allgemeine Invasion der Barbaren, die bald die literarische Republik in ein wahres Pöbelregiment verwandelte. Eine literarische Revolution mußte vorangehen, ehe die politische durch den Einfluß der Presse drohen konnte; und in jener waren nicht die Schriftsteller, sondern die Buchhändler die Schuldigen, indem diese lieber dem elendesten Gewäsch von dem armseligsten Stümper ihre Firma liehen, sobald derselbe sich dazu verstand, dem Zeitgeschmacke zu fröhnen, als den gediegensten Worten des ausgezeichnetsten Geistes. Wenn wir alle die revolutionairen Journale durchgehen, die von dem deutschen Bunde, oder von den verschiedenen Regierungen unterdrückt worden sind, so werden wir finden, daß die meisten, ihrem Ursprunge nach, Buchhändlerspeculationen

waren, die wenigsten wirklichem politischen Fanatismus ihr Entstehen verdankten, und daß das Einzige, was außer dem Bereiche buchhändlerischer Speculation lag, die Hartnäckigkeit war, mit welcher die um geringen Lohn gedungenen Journalisten, von dem Beifall ihres Publicums berauscht, das einmal eingenommene Feld behaupteten.

Daß der wahre Zusammenhang der Dinge den Regierungen völlig verborgen geblieben sein sollte, können wir bei der außerordentlichen Sorge, mit welcher jede Bewegung der Presse bewacht wird, unmöglich voraussetzen. Das Gerücht, welches vor einiger Zeit in süddeutschen Blättern verbreitet war, daß auf dem Wiener Ministercongreß der Vorschlag gemacht werden würde, nicht bloß wie bisher die revolutionairen Schriftsteller, sondern auch die Buchhändler, aus deren Verlage revolutionaire Schriften hervorgingen, mit dem Interdicte zu belegen, ist daher nicht ohne eine gewisse Wahrscheinlichkeit. Wirksamer und weniger hart wäre es jedoch, wenn die Regierungen, statt nach der Hand zu strafen, was das Geschehene doch nicht ungeschehen machen kann, Maßregeln ergriffen, welche, ohne die Freiheit des Buchhandels zu beschränken, denselben in die Grenzen zurückwiesen, die demselben gebühren. Man ertheile künftig die Concession zu der Herausgabe von Journalen nicht den Buchhändlern, die doch für den Inhalt nicht verantwortlich gemacht werden können, weil sie denselben in den seltensten Fällen kennen, sondern Gelehrten, die sich des öffentlichen Vertrauens würdig gezeigt haben, und man wird weder der gehässigen Censur zu der Beaufsichtigung der Verfasser, noch der eben so gehässigen Confiscationen zur Züchtigung der Verleger bedürfen, durch die man bisher die Ordnung aufrecht zu halten gesucht hat.

Die deutschen Ständeversammlungen.

Geschrieben am 28. Februar 1834.

Unter den Gegnern, welche die öffentliche Ruhe unseres Vaterlandes zu fürchten hat, nehmen nicht nach der Aeußerung irgend eines einzelnen Menschen, oder nach dem Urtheile einer Faction, sondern nach der wohlerwogenen

Entscheidung der obersten und höchsten Behörde in Deutschland, des deutschen Bundestages, die Mitglieder der ständischen Versammlungen eine der vornehmsten Stellen ein. In dem Präsidialvortrage, welcher den bekannten Bundestagsbeschlüssen vom 28. Juni 1832 zur Einleitung diente, wird unter den Ursachen, weßhalb die Ueberzeugung unabweislich geworden sei, „daß die Revolution in Deutschland mit starken Schritten ihrer Reife entgegen gehe," neben der „über ganz Deutschland ergossenen Fluth revolutionairer Zeitschriften," und neben „der täglichen Bearbeitung einer enge geschlossenen, heute am hellen Lichte ungescheut wirkenden Propaganda" besonders der Mißbrauch der Rede in den ständischen Versammlungen angeführt. Die „in das verfassungsmäßige Gewand ständischer Opposition gekleidete Anmaßung," die, „im Bunde mit einer zügellosen Presse, die Macht der Regierungen zu schwächen suche, und zum Theil durch abgenöthigte Zugeständnisse" wirklich bereits geschwächt habe, wurde in eine Reihe mit der rohen Gewalt aufgeregter Volkshaufen gestellt; und die Maßregeln, die zum Schutze der öffentlichen Sicherheit von Oesterreich und Preußen in Vorschlag gebracht, und von der Gesammtheit aller Bundesmitglieder einstimmig angenommen wurden, waren in gleichem Maße, wie gegen die Ausschweifungen der Presse, auch gegen den Mißbrauch gerichtet, der in den ständischen Versammlungen von der durch alle deutschen Verfassungen zugestandenen Freiheit der Rede, oder von anderen verfassungsmäßigen Rechten gemacht werden konnte. Neben einer Commission zu der Beaufsichtigung der Presse in dem ganzen Umfange der deutschen Bundesstaaten wurde eine andere zu der Beaufsichtigung des Ganges der ständischen Verhandlungen eingesetzt, und wenn von der Thätigkeit der letzten nicht soviel zur öffentlichen Kenntniß gekommen ist, als von der durch das Verbot einer ganzen Reihe von Journalen bekundeten Wirksamkeit der ersten, so dürfen wir deßhalb nicht daran zweifeln, daß die Mitglieder derselben ihre Pflicht mit gleicher Gewissenhaftigkeit erfüllt haben werden.

Fragen wir uns nun, was in der öffentlichen Stellung der deutschen Ständeversammlungen seit dem Tage, wo so harter Tadel über dieselben ausgesprochen wurde, sich verändert habe; so werden wir es uns unmöglich verbergen können, daß auf ähnliche Weise, wie die deutsche Presse von jenen Auswüchsen gesäubert worden ist, welche nur der vorübergehenden Aufregung eines revolutionairen Rausches ihr schnelles Gedeihen verdankten, auch die deutsche Volksvertretung in den verschiedenen ständischen Versammlungen so ziemlich von allem gereinigt worden ist, was man irgend einer revolutionairen Richtung beschuldigen konnte. Die bayerische Ständeversammlung, ohne Zweifel jene, auf welche der Tadel des Bundestages in seinem weitesten Umfange ihre Anwendung fand, ist ihrer bedeutendsten Wortführer, und in der That, mit einer oder der andern vereinzelten Ausnahme, aller jener beredten Vordermänner der liberalen Meinung beraubt, die im Jahre 1831 der bayerischen Regierung in mehr als einem Falle eben nicht allzuangenehme Gesetze

vorschrieben: die Mehrzahl ist theils verhaftet, theils aus Furcht vor einer Verhaftung auf der Flucht; und wenn es bei der demnächst bevorstehenden Zusammenberufung des bayerischen Landtages überhaupt noch eine Opposition geben wird, so läßt sich mit Zuversicht vorhersagen, daß dieselbe weder die bayerische Regierung in besondere Verlegenheit, noch den deutschen Bundestag in sonderliche Besorgniß versetzen wird*). Auch aus der kurhessischen Ständeversammlung sind bei dem letzten Zusammentritte die beredten Männer, welche als die Häupter der ständischen Opposition galten, verschwunden, indem die Regierung dieselben durch die Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechtes zu entfernen wußte; und selbst in der durch revolutionairen Eifer gerade nicht ausgezeichneten hannoverschen Ständeversammlung sind dießmal jene Mitglieder, die sich einigermaßen, wenn auch longo intervallo, den ultraliberalen Stimmführern im südlichen Deutschland näherten, nicht wieder erschienen, weil ihre Wähler unter den gegenwärtigen Umständen Alles, was auch nur den entferntesten Verdacht revolutionairer Neigungen auf sie ziehen konnte, zu vermeiden wünschten. In Darmstadt, Stuttgart, Karlsruhe ist zwar auch während der letzten Landtage manch derbes und kühnes Wort gesprochen worden, und hier waren die Mitglieder der Kammern, die den bedeutendsten Einfluß übten, ohne Frage jener Richtung zugethan, die wir, nach dem Vorgange der Franzosen, die Bewegungspartei nennen; wenn die Verhandlungen indessen auch zuweilen eine Wendung nahmen, die für die Aufrechterhaltung des guten Einverständnisses mit den Regierungen ernstlich besorgt sein ließ, so ist doch mit wohlberechneter Vorsicht Alles vermieden worden, was zu einem entschiedenen Bruche hätte führen müssen: mit einem Worte, man hat zwar im allgemeinen die alten Grundsätze mit unverdrossenem Muthe vertheidigt, hat jedoch auf die Anwendung, überall, wo dieselbe von einiger Bedeutung gewesen wäre, verzichtet; und in allen den einzelnen Fällen, wo die Häupter, dem sichern Instincte der Massen entgegen, den Schein strenger und unerschütterlicher Festigkeit zu bewahren suchten, haben sie sich von ihren treuesten Nachfolgern verlassen gesehen.

Da es die Aufgabe des Wiener Ministercongresses ist, sich über die Maßregeln zu vereinigen, die zu der festen Begründung der bestehenden Ordnung erforderlich scheinen, so läßt sich voraussetzen, daß auch der Einfluß der ständischen Versammlungen einen Gegenstand reiflicher Erwägung und Berathungen bilden wird. Noch haben jene Verfassungen, die der großen politischen Bewegung der Jahre 1830 und 1831 ihre Entstehung verdanken, die Anerkennung und die Bürgschaft des deutschen Bundes nicht erhalten, und diese werden ohne Zweifel vorzugsweise von allen Seiten beleuchtet werden. Die meisten sind jedoch gerade in jenen Bestimmungen, die hier vorzugsweise in

*) Wie sehr der Erfolg meine Vorhersagung bestättigt hat, ist bekannt.

Betracht kommen dürften, treue Nachbildungen der von dem Bunde bereits verbürgten süddeutschen Verfassungen, in denen nach der bestehenden Bundesgesetzgebung (nach dem Art. LVI. der Wiener Schlußacte) anders als auf verfassungsmäßigem Wege keine Abänderungen getroffen werden dürfen; und es steht daher nicht zu besorgen, daß die Anerkennung der sächsischen, der hannoverschen und der braunschweigischen Verfassung zu Wien den geringsten Widerspruch finden dürfte. Selbstständiger ist in manchen ihrer wesentlichsten Bestimmungen die kurhessische Verfassung, und wir können nicht leugnen, daß es uns überraschen würde, wenn diese nicht noch einen harten Sturm zu bestehen hätte. — — — — — — — — — — — — — — —

Lüntzels Antrag auf Preßfreiheit in Hannover.

Geschrieben am 6. Januar 1831.

Am 31. December des v. J. stellte der Abgeordnete der Stadt Hildesheim, Syndicus Lüntzel, in der zweiten Kammer der hannoverschen Ständeversammlung den Antrag: „Das Cabinetsministerium möge ersucht werden, noch während des Verlaufes dieses Landtages ein Gesetz vorzulegen, welches die dem Lande durch das Grundgesetz zugesagte Preßfreiheit in das Leben führte.“ So wenig auch die Umstände im Augenblicke geeignet scheinen, einem Antrage dieser Art bedeutende Folge zu versprechen, so ist es doch immer schon dankenswerth, wenn nur die Veranlassung dazu geboten wird, einen Gegenstand, der für unser gesammtes deutsches Vatrrland von der höchsten Wichtigkeit ist, und über den die unbegreiflichste Meinungsverschiedenheit obwaltet, durch fortgesetzte Erörterung so weit aufzuklären, daß endlich eine Verständigung der Parteien möglich wird. Der Kampf um die Preßfreiheit ist in unseren Tagen dasselbe, was der Kampf um die Glaubensfreiheit in den letzten Tagen des Mittelalters war. Wie man damals, wo die Richtung auf die überirdische Welt der Religion und des Glaubens die vorherrschende war, das Recht verlangte, seine Meinungen über religiöse Gegenstände frei zu bekennen

und öffentlich mittheilen zu dürfen, so verlangt man jetzt, in einer Zeit, welche mehr auf die irdische Welt der Politik und des Staatslebens gerichtet ist, das Recht, seine Meinungen über politische Gegenstände frei zu bekennen und öffentlich mitzutheilen. Damals entgegnete der römische Stuhl, daß der Papst, als Statthalter Gottes auf Erden, allein die untrügliche Erkenntniß der Wahrheit habe, und folglich auch allein bestimmen dürfe, was in allen Gebieten des Wissens, besonders aber in dem Gebiete der Religion geglaubt und gelehrt werden sollte. Daher die Einrichtung der Ketzergerichte, welche Andersgläubige als Gott mißfällige Wesen vor seinem Angesichte vertilgten; der Inquisition, welche die Gesinnungen erforschte, um auch in den verborgensten Gründen des Gemüthes keine Spur der Irrlehre übrig zu lassen; der Censur, welche Alles, was durch die Schrift oder den Druck bekannt wurde, der strengsten Prüfung unterwarf, um keinen Gedanken in Umlauf setzen zu lassen, der nicht mit den Ansichten des römischen Stuhles übereinstimmt. Die Freiheit des politischen Glaubens ist in unseren Tagen ungleich weiter gefördert, als die Freiheit des religiösen Glaubens in den Tagen der Reformation. Keine Gewalt auf Erden maßt es sich an, allein zu erkennen, was Wahrheit, was Irrthum und Lüge sei; Niemand ist so verblendet, uns diese oder jene politische Ansicht als die alleinseligmachende mit Feuer und Schwert aufzudrängen. Jedermann darf über den Staat und seine Einrichtungen denken und glauben, was er für gut findet. Nur darin ist man verschiedener Meinung, ob es auch Jedermann gestattet sein soll, seine Ansichten auf jede beliebige Weise zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, um Andere für dieselben zu gewinnen. Von der einen Seite verlangt man die unbedingteste Freiheit der Mittheilung, weil es die Würde denkender Wesen verletze, wenn ihnen das Recht entzogen würde, ihre Gedanken — das innigste Eigenthum des Geistes — gegenseitig auszutauschen; auf der anderen Seite verweigert man zwar das Recht der freien Gedankenmittheilung nicht unbedingt, aber man glaubt dasselbe in gewisse Grenzen einschließen zu müssen, um Mißbräuche, die für das Wohl des Ganzen gefährlich werden können, zu verhüten.

In Deutschland wenigstens — in dem großen Vaterlande aller europäischen Freiheit — gesteht man im Allgemeinen das Recht der freien Gedankenmittheilung zu. In allen Verfassungen der constitutionellen deutschen Staaten hat der Grundsatz der Preßfreiheit dieselbe Anerkennung gefunden, wie die Grundsätze der Gewissensfreiheit, der persönlichen Freiheit und der Freiheit des Eigenthumes. In der Bundesacte wird allen Stämmen der deutschen Nation neben den wichtigsten politischen Freiheiten auch die Freiheit der Presse zugesagt. Aber was ist Preßfreiheit? So wenig man unter persönlicher Freiheit das Recht verstehen kann, ohne alle Rücksicht auf die bestehende Ordnung, auf Sitte, Gesetze zu thun oder zu lassen, was man will; eben so wenig kann man unter Preßfreiheit das Recht verstehen, ohne alle Rücksicht auf die bestehende Ordnung, auf Sitte und Gesetze in die Welt hinauszuschreiben,

was einem in den Sinn kommt. Wenn es Niemand gestattet ist, selbst Verbrechen zu begehen, so darf es auch Niemand gestattet sein, Andere zu Verbrechen aufzureizen. Daß dieß aber durch die Schrift und durch den Druck mit ungleich bedeutenderem Erfolge geschehen kann, als durch das mündliche Wort, ist durch zu viele und durch zu furchtbare Erfahrungen bewiesen worden, als daß selbst der Befangenste darüber den geringsten Zweifel haben dürfte. Von einer völlig unbedingten Freiheit der Presse kann daher in einem wohlgeordneten Staate so wenig die Rede sein, als von einer völlig unbedingten Freiheit des Handelns; und wie es die Pflicht der Gesellschaft ist, im Allgemeinen Verbrechen nicht bloß, wenn sie begangen sind, zu bestrafen, sondern denselben auch, ehe sie noch begangen sind, so viel als möglich vorzubeugen, so ist es auch insbesondere ihre Verpflichtung, Verbrechen, welche durch die Presse begangen werden können, nicht bloß nach der That zu bestrafen, sondern denselben auch vor der That so viel als möglich vorzubeugen.

Als das wirksamste Mittel, den Vergehen der Presse vorzubeugen, erkannte man die Censur, die man bereits als eine vollkommen ausgebildete Anstalt vorfand, als die Erweiterung des Gebrauches der Buchdruckerkunst in dem Interesse des Staates es nothwendig machte, an eine Gesetzgebung der Presse zu denken. Der Gedanke, diese Anstalt zu den Zwecken des Staates beizubehalten, lag selbst in jenen Ländern, in denen die Gewalt des römischen Stuhles am frühesten gestürzt wurde, um so näher, als der Staat in denselben sich überhaupt der Aufsicht über alle kirchlichen Einrichtungen bemächtigte. Aber man vergaß, daß die Censur, wie die geistliche Gewalt dieselbe geübt hatte, nicht eine einzelne Einrichtung, sondern Glied eines großartigen, folgerecht durchgeführten Systemes war, in welchem sie ihre bestimmte Stelle ausfüllte, und daß dieselbe, aus diesem Systeme herausgerissen, nothwendig ihren Zweck verfehlen mußte, sofern es nicht gelang, sie auf eine Weise umzugestalten, durch welche ihr eine neue, von der früheren völlig verschiedene Wirksamkeit gesichert wurde. Die Censoren des römischen Stuhles konnten über die Grundsätze, die sie bei der Ausübung ihres Amtes zu beobachten hatten, nie im Zweifel sein, da die Lehren ihrer Kirche ein geschlossenes Ganze bildeten, dem alle Zweige des Wissens untergeordnet waren. Alles, was mit den Ansichten der Kirche im Widerspruch stand, wurde ohne Bedenken gestrichen; sofern es, wider das Gebot des Censors, sich einen Weg in das Publicum zu bahnen wußte, als doppeltes Verbrechen gegen die Lehre und gegen das Gesetz, mit verdoppelter Härte bestraft. Aber welche Grundsätze sollten die von dem Staate eingesetzten Censoren beobachten, nachdem die fortschreitende Entwicklung des Protestantismus es unmöglich gemacht hatte, dem Lehrgebäude des römischen Stuhles ein zweites nachzubilden, dem man gleich umfassende und gleich ausschließende Gültigkeit beigelegt hätte? Wenn früher die Instruction der Censoren dahin lautete, daß sie nur das zum Drucke kommen ließen, was mit den Grundsätzen der Kirche übereinstimmte: so lautete

jetzt die Instruction nicht dahin, daß sie nur das, was mit den Grundsätzen des Staates übereinstimmte, sondern daß sie nichts, was für den Staat gefährliche Folgen haben könnte, zum Drucke kommen ließen.

Hier zeigte sich aber sogleich die Unzulänglichkeit und die Mangelhaftigkeit der ganzen Einrichtung. Die Censur war offenbar von einer kirchlichen Behörde zu einer bloßen polizeilichen Anstalt herabgesunken; und als solche würde sie ohne Zweifel ganz gute Dienste haben thun können, wenn man ihrer Wirksamkeit dieselben Grenzen gesteckt hätte, die in jedem nicht rein despotischen Staate jedem andern Zweige der polizeilichen Thätigkeit gesteckt sind. Wenn die Polizei darauf angewiesen wird, es zu verhindern, daß Bücher oder Schriften in Umlauf gesetzt werden, welche die Sitten untergraben, zur Auflehnung wider die Gesetze aufreizen oder auf andere Weise die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden, so wird kein Verständiger dagegen das Geringste einzuwenden haben. Aber ist es, um diesen Zweck zu erreichen, erforderlich, daß eine aus einer geringen Anzahl von Personen und oft aus einer einzelnen Person bestehende Behörde das Recht erhält, nach Gutachten zu belohnen und zu strafen, zu begnadigen und zu verdammen? Soll dem geistigen Eigenthume nicht dieselbe Achtung und derselbe Schutz gebühren, wie dem materiellen? Oder glaubt man, weil jenes leichter zerstört ist, keine Verpflichtung zu haben, dasselbe zu schonen?

Unserer Meinung nach ist es nicht so schwer, die Censur auf eine Weise einzurichten, die, wenn auch nicht alle Parteien, doch die Gemäßigten und Besonnenen auf beiden Seiten zufriedenstellen würde, sobald man nur den Gesichtspunkt nicht aus dem Auge verlöre, daß dieselbe eine rein polizeiliche Anstalt ist, und als solche den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit untergeordnet bleiben muß, denen jede polizeiliche Anstalt in wohlgeordneten Staaten untergeordnet ist.

Vorschlag eines Censurgerichtes zum Schutze der Presse.

Geschrieben am 10. Januar 1834.

Wenn wir im Allgemeinen nicht in Abrede stellen können, daß die Gesetzgebung der meisten europäischen Staaten sich noch auf einer sehr niedern Stufe der Ausbildung befindet, so gilt dieß doch von keinem anderen Zweige derselben in höherem Grade, als von jenem, der sich auf den Zustand der Presse bezieht. In Bezug auf keinen anderen Zweig der Gesetzgebung herrscht selbst unter den Kundigen und Unterrichteten eine größere Verschiedenheit der Ansichten; und in keinem anderen hat die Verschiedenheit der Ansichten zu größerer Verwirrung geführt. Bei dem Anblicke der Fesseln, in welche die Presse an mehr als an einem Orte geschlagen ist, sollte man meinen, daß es einen Vernichtungskampf zwischen dem irdischen Reiche der Gewalt und dem geistigen des Gedankens gelte, während dessen man auf beiden Seiten für gut befunden habe, jeden gegenseitigen Verkehr abzubrechen.

Das Vaterland der Preßfreiheit in Europa ist Großbritannien. In dem brittischen Inselreiche darf Jedermann schreiben und drucken oder drucken lassen, was er will, ohne daß er dafür irgend einer Behörde verantwortlich wäre, sofern er nicht durch die Verbreitung absichtlicher Verläumdungen oder durch offenbare Aufreizung zu Verbrechen die Ahndung der Gesetze auf sich zieht, die zur Sicherung der Ehre und des guten Namens der Individuen, wie der bestehenden Ordnung im Staate gegeben sind. Die Regierung, entweder, weil sie weiß, daß durch öffentliche Anklagen das Aufsehen nur vermehrt wird, oder weil sie unbillige und alberne Angriffe verachtet, macht selten von dem Rechte der gerichtlichen Verfolgung, welches ihr, wie jedem Privatmanne, zu Gebote steht, Gebrauch. Der Proceß gegen den Herausgeber des „Pilot" zu Dublin, wegen der Aufnahme eines Schreibens von dem berühmten O'Connell, worin dieser das irische Volk zu offener Auflehnung wider die Regierung aufforderte, ist seit einer Reihe von Jahren, während deren es wahrlich an Gelegenheit nicht gefehlt hätte, der erste und der einzige, den man sich mehr durch die Rücksicht auf die eigenthümliche Lage von Ireland, als durch Besorgniß vor dem Einfluß der Presse im Allgemeinen hat aufdrängen lassen.

In Frankreich ist durch die Charte der Grundsatz der Preßfreiheit ausgesprochen; die Censur ist für immer abgeschafft; aber die gesetzlichen Verfügungen, welche in Bezug auf die Presse bestehen, so wie die Art, wie dieselben zur Ausführung gebracht werden, beschränken das Recht der freien Ge-

dankenmittheilung auf eine Weise, welche die Censur, wenigstens in einzelnen Fällen, kaum vermissen läßt. Alle Journale, so wie überhaupt alle Druckschriften, müssen, bevor sie in Umlauf kommen, der Polizeibehörde zur Ansicht vorgelegt werden, und ein einfacher Befehl derselben ist hinreichend, um die ganze Auflage in Beschlag zu nehmen und die Herausgabe bis zu der gerichtlichen Entscheidung zu verhüten. Dieß kommt aber in den meisten Fällen einer völligen Unterdrückung gleich, da ein politisches Journal, welches nicht an dem Tage ausgegeben wird, für den es bestimmt ist, alles Interesse verliert. Außerdem ist die Herausgabe von politischen Journalen durch die hohen Cautionen erschwert, die es nur bemittelten Männern möglich machen, sich auf Unternehmungen einzulassen, bei denen ein oft nicht einmal verschuldetes Versehen vielleicht den Verlust des ganzen Vermögens zur Folge haben kann. Denn zu allen den Vorsichtsmaßregeln, durch welche man den Ausschweifungen der Presse vorzubeugen gesucht hat, kommt noch eine unnachsichtige Strenge der Gesetze für die Fälle, wo die Presse von den Gerichten eines wirklichen Vergehens schuldig befunden oder wenigstens schuldig erklärt wird. Ein einziges Wort kann, wenn das Geschwornengericht sein „schuldig!“ ausspricht, außer einer Gefängnißstrafe von mehreren Jahren, eine Geldbuße von 10,000 bis 20,000 Franken zur Folge haben; und dieß nicht etwa für den frevelnden Schriftsteller, der dasselbe gebraucht, sondern für den unvorsichtigen Herausgeber oder Verleger, ja selbst für den Drucker, der es, aller Wahrscheinlichkeit nach, nicht einmal gelesen hat. Rechnen wir hinzu, daß die Regierung von den Rechten, welche die Gesetzgebung ihr zugesteht, in dem weitesten möglichen Umfange Gebrauch macht, so wird man uns keiner Uebertreibung beschuldigen, wenn wir die Preßfreiheit in Frankreich, bei allen Mißbräuchen, zu denen dieselbe noch immer Veranlassung giebt, für eine ziemlich beschränkte erklären.

Freier ist die Presse in diesem Augenblicke in Belgien und selbst in der Schweiz, weil in beiden Ländern, nach dem Umsturze der alten Gesetzgebungen, keine neuen gesetzlichen Verfügungen über die Presse existiren; und daher nur der im Allgemeinen anerkannte Grundsatz der Preßfreiheit in Anwendung kommt. In Belgien findet sogar der Privatmann gegen Beleidigungen durch die Presse keinen Schutz, indem die Gerichte den Ausspruch des Grundgesetzes: die Presse ist frei, in seiner wörtlichsten Bedeutung nehmen, und die Anwendbarkeit der gewöhnlichen Bestimmungen der Gesetzgebung auf die Vergehen der Presse nicht zugeben. Die Angriffe auf die Regierung, auf die Minister und auf die Person des Königs, mit denen die belgischen Blätter gefüllt waren, überstiegen an pöbelhafter Frechheit oft allen Glauben; die Straflosigkeit hat indessen, wie es scheint, selbst die Wuth der erbittertsten Gegner ermüdet, und es ist allmälig von selbst an die Stelle der früheren leidenschaftlichen Aufregung eine Art von Mäßigung getreten, welche mit der Freiheit der Meinungen wenigstens die Achtung vor dem äußeren Anstande zu vereinigen weiß.

In Deutschland ist der Zeitpunkt, wo es möglich war, eine vernünftige Preßfreiheit zu erringen, durch die Schuld der Schreier, denen es gelungen war, eine Zeitlang sich zu Wortführern der öffentlichen Meinung aufzuwerfen, ungenützt vorübergegangen. Von dem Augenblicke, wo auf dem Landtage des Jahres 1831 die bayerischen Stände das von der Regierung angebotene, für die damaligen Verhältnisse im höchsten Grade freisinnige Preßgesetz zurückwiesen, war das Schicksal der Preßfreiheit in Deutschland entschieden. Auch konnte man es den Regierungen wahrlich nicht verargen, wenn sie bedenklich wurden, als sie den Zustand der Anarchie sahen, zu dem die deutsche Presse während der kurzen Saturnalien herabsank, die der ernsten Aufregung nach dem Sturme der Julitage folgten. Gegenwärtig kann die Sorge des besonnenen Freundes der Freiheit nur darauf gerichtet sein, da an eine Aufhebung der Censur nicht zu denken ist, wenigstens die Feststellung gesetzlicher Schranken für dieselbe zu erlangen. In den meisten Staaten des deutschen Bundes besteht die Censur zu dieser Stunde in derselben Form, in der dieselbe bei ihrer ersten Einsetzung durch die Glaubensgerichte des Mittelalters in das Leben getreten war. Ein Mann, der den Regierungen in den seltensten Fällen durch den Umfang seiner Kenntnisse, in den meisten nur durch die Zuverlässigkeit seiner politischen Gesinnungen ihres Vertrauens würdig erscheint, wird zum Richter der Lebenden und der Todten ernannt. Ihm wird, was zur Bekanntmachung durch den Druck bestimmt ist, zur Prüfung vorgelegt, und er entscheidet mit unumschränkter Machtvollkommenheit, ob ein einzelner Gedanke, oder eine Schlußkette von Gedanken, und vielleicht ein ganzes System zur Belehrung und Aufklärung der Welt freien Umlauf erhalten, oder in die einsame Studierkammer des Denkers mit Protest zurückgeschickt und in derselben unter Schloß und Riegel gehalten werden soll. Eine Berufung von dem Machtspruche des Censors an die vorgesetzte Behörde findet allerdings Statt; aber von dieser dürfte selbst bei gerechten Beschwerden selten Abhülfe zu hoffen sein, weil man einen Beamten, dem eine so mühselige Pflichterfüllung obliegt, gewiß nicht ohne die äußerste Noth durch widersprechende Entscheidungen in seinem Geschäftsgange irre machen wird. Das Schlimmste aber ist, daß man selbst in der unumschränkten Willkür der Censur noch keine hinreichende Sicherheit für den Staat findet. Der Verfasser eines von der Censur genehmigten Aufsatzes muß, sofern derselbe bei der Bekanntmachung Anstoß findet, gleicher Ahndung gewärtig sein, wie bei völliger Befreiung von der Censur; und wenn sich dieß auch bei wirklichen Vergehen oder Verbrechen rechtfertigen ließe, die der Aufmerksamkeit des Censors entgangen sein können, ohne deßhalb weniger straffällig zu sein, so wird es doch hart, sobald die Strafe so sehr außer allem Verhältnisse zu der Schuld steht, wie dieß in einzelnen Fällen wenigstens unzweifelhaft der Fall gewesen ist.

Der Redacteur eines Journals, welches unter der Aufsicht der Censur erscheint, überläßt sich unwillkürlich sowohl in der Aufnahme eingesandter Ar-

ches, harmloses und bescheidenes Geschlecht, das sich durch die mühseligste Anstrengung dennoch keine Geltung in der Gesellschaft zu erringen wußte, rückten plötzlich, durch Zulauf von allen Seiten verstärkt, mit Heeresmacht ins Feld; und wenn man nicht sagen kann, daß der Kampf gegen die bestehende Ordnung, den sie besonders im südlichen Deutschland mit bewundernswürdiger Uebereinstimmung beinahe auf allen Punkten gleichzeitig begannen, mit besonderem Geschick geführt wurde, so läßt sich doch verzweiflungsvolle Ausdauer den meisten dieser noch unerfahrenen, und im Gebrauche ihrer Waffen unzulänglich geübten Streiter nicht absprechen. Die politische Journalistik wurde in Bayern, Würtemberg, Baden, beiden Hessen mit Gewalt erdrückt; von Capitulationen war dabei so wenig die Rede, als von friedlicher Versöhnung, und von feiger Untreue an der einmal aufgesteckten Fahne ist uns kein einziges Beispiel bekannt.

Darin ist man gegenwärtig wohl in ganz Deutschland einverstanden, daß man es dem deutschen Bunde so wenig, als den einzelnen Regierungen verdenken darf, wenn sie in einem Kampfe, in dem es offenbar ihre Existenz galt, sich aller ihnen zu Gebote stehenden Mittel bedienten, um den Sieg zu behaupten; und nachdem man auf der einen Seite alle Gränzen der Mäßigung so weit überschritten hatte, war es verzeihlich, wenn man auf der andern Seite, in der Abwehr des unerwarteten Angriffes, das Maß gerade auch nicht allzustrenge beobachtete. Selbst bei Fällen der unleugbarsten Härte darf man nicht vergessen, daß die Staatsgewalt da, wo derselben Hintansetzung der gesetzlichen Formen zum Vorwurfe gemacht werden kann, gewiß auf eine Weise herausgefordert war, die nach der Erschöpfung aller gesetzlichen Mittel keine andere Wahl ließ, als willkürlich durchgreifende Selbsthülfe, oder ruhiges Ertragen eines Hohnes, der einmal unerträglich geworden war.

Der Kampf der deutschen Presse wider die bestehende Ordnung, so wie die Maßregeln, welche man zum Schutze der bestehenden Ordnung ergriff, gehören indessen einer Zeit an, die der Gegenwart noch zu nahe liegt, um völlig freie und rücksichtslose Beurtheilung räthlich zu machen; und wir würden diese Erinnerungen daher lieber für das Erste noch ruhen lassen, wenn nicht zu fürchten stände, daß dieselbe einseitige Auffassung, welche über unsere nächste Vergangenheit entschieden hat, auch die Zukunft ordnen würde, sofern nicht noch bei Zeiten die eine oder die andere Berichtigung hervorträte. Schon jetzt ist an gar manchen Orten die haute société der Meinung, daß Alles, was Schriftsteller heißt, ohne Schaden in Masse unter die Classe der Revolutionaire geworfen werden könne*); und zu

*) Durch Hrn. — — war mir um diese Zeit ein an denselben gerichtetes Schreiben des Dr. Jarke zu Wien mitgetheilt worden, worin dieser den Inhalt einer Unterredung mit einem hochgestellten österreichischen Staatsmanne über die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung des revolutionairen Geistes in Deutschland wiedergab. Es war dafür gesorgt, daß meine Antwort an ihre Adresse gelangte.

leugnen ist es nicht, daß der revolutionaire Zustand der deutschen Presse nach den Julitagen durch diese Annahme — sofern sie begründet wäre — auf die einfachste und natürlichste Weise erklärt würde. Leider drängt sich bei einiger Bekanntschaft mit der deutschen Literatur die Bemerkung auf, daß es im Allgemeinen unter allen Classen der Gesellschaft in Deutschland nicht leicht eine zahmere, höflichere und unterwürfigere geben kann, als jene der Schriftsteller. Von Goethe, dem Vordermanne der neueren deutschen Literatur und der deutschen Journalistik, durch alle Abstufungen literarischer Celebrität bis zu dem Herausgeber des ärmlichsten Winkelblattes in irgend einem kleinen Landstädtchen, können wir unsere Schriftsteller Mann für Mann durchmustern, und wir werden gewiß in den wenigsten auch nur die Ahnung einer revolutionairen Ader entdecken; und man wird sich daher, sofern man nicht absichtlich in einer offenbaren Täuschung beharren will, wohl nach einer andern Ursache der auffallenden Erscheinung umsehen müssen, welche die deutsche Presse während der kurzen Zeit ihres revolutionairen Rausches darbot.

Die wahre Ursache ist, unserer Meinung nach, nicht schwer zu finden. Die Kunde von dem Ausbruche des großartigen Aufstandes, der binnen drei Tagen einen Thron von vierzehn Jahrhunderten stürzte, verbreitete in Deutschland, wie überall in Europa, eine Aufregung, die in den ersten Augenblicken für jede ruhige Beurtheilung der Ereignisse, so wie überhaupt für jede andere Sprache, als die Sprache der Leidenschaft, unempfänglich machte. Schriftsteller von dem anerkanntesten Rufe, von denen wir — instar omnium — nur den einzigen Krug in Leipzig nennen wollen, verloren nicht bloß ihre Beliebtheit bei dem Publicum, sondern zum Theil sogar die öffentliche Achtung, weil sie, unabhängig von dem Eindrucke des Augenblickes, ihre selbstständige Meinung behaupteten. Die nächste Folge des großen Risses, durch den das Salz der deutschen Nation mit einem Male für untauglich erklärt wurde, war daher, daß die Männer, die bisher den Verkauf des Salzes zu ihrem Geschäfte gemacht hatten, ihre Läden mit Pfeffer und andern Gewürzen versahen, die sie mehr nach dem Geschmacke des Publicums wußten. Die alten Inhaber literarischen Namens und Ruhmes wurden gestürzt, weil ihre sämmtlichen Werke in den Waarenlagern der Buchhändler zu Maculatur wurden, und es erfolgte eine allgemeine Invasion der Barbaren, die bald die literarische Republik in ein wahres Pöbelregiment verwandelte. Eine literarische Revolution mußte vorangehen, ehe die politische durch den Einfluß der Presse drohen konnte; und in jener waren nicht die Schriftsteller, sondern die Buchhändler die Schuldigen, indem diese lieber dem elendesten Gewäsch von dem armseligsten Stümper ihre Firma liehen, sobald derselbe sich dazu verstand, dem Zeitgeschmacke zu fröhnen, als den gediegensten Worten des ausgezeichnetsten Geistes. Wenn wir alle die revolutionairen Journale durchgehen, die von dem deutschen Bunde, oder von den verschiedenen Regierungen unterdrückt worden sind, so werden wir finden, daß die meisten, ihrem Ursprunge nach, Buchhändlerspeculationen

waren, die wenigsten wirklichem politischen Fanatismus ihr Entstehen verdankten, und daß das Einzige, was außer dem Bereiche buchhändlerischer Speculation lag, die Hartnäckigkeit war, mit welcher die um geringen Lohn gedungenen Journalisten, von dem Beifall ihres Publicums berauscht, das einmal eingenommene Feld behaupteten.

Daß der wahre Zusammenhang der Dinge den Regierungen völlig verborgen geblieben sein sollte, können wir bei der außerordentlichen Sorge, mit welcher jede Bewegung der Presse bewacht wird, unmöglich voraussetzen. Das Gerücht, welches vor einiger Zeit in süddeutschen Blättern verbreitet war, daß auf dem Wiener Ministercongreß der Vorschlag gemacht werden würde, nicht bloß wie bisher die revolutionairen Schriftsteller, sondern auch die Buchhändler, aus deren Verlage revolutionaire Schriften hervorgingen, mit dem Interdicte zu belegen, ist daher nicht ohne eine gewisse Wahrscheinlichkeit. Wirksamer und weniger hart wäre es jedoch, wenn die Regierungen, statt nach der Hand zu strafen, was das Geschehene doch nicht ungeschehen machen kann, Maßregeln ergriffen, welche, ohne die Freiheit des Buchhandels zu beschränken, denselben in die Grenzen zurückwiesen, die demselben gebühren. Man ertheile künftig die Concession zu der Herausgabe von Journalen nicht den Buchhändlern, die doch für den Inhalt nicht verantwortlich gemacht werden können, weil sie denselben in den seltensten Fällen kennen, sondern Gelehrten, die sich des öffentlichen Vertrauens würdig gezeigt haben, und man wird weder der gehässigen Censur zu der Beaufsichtigung der Verfasser, noch der eben so gehässigen Confiscationen zur Züchtigung der Verleger bedürfen, durch die man bisher die Ordnung aufrecht zu halten gesucht hat.

Die deutschen Ständeversammlungen.

Geschrieben am 28. Februar 1834.

Unter den Gegnern, welche die öffentliche Ruhe unseres Vaterlandes zu fürchten hat, nehmen nicht nach der Aeußerung irgend eines einzelnen Menschen, oder nach dem Urtheile einer Faction, sondern nach der wohlerwogenen

Entscheidung der obersten und höchsten Behörde in Deutschland, des deutschen Bundestages, die Mitglieder der ständischen Versammlungen eine der vornehmsten Stellen ein. In dem Präsidialvortrage, welcher den bekannten Bundestagsbeschlüssen vom 28. Juni 1832 zur Einleitung diente, wird unter den Ursachen, weßhalb die Ueberzeugung unabweislich geworden sei, „daß die Revolution in Deutschland mit starken Schritten ihrer Reife entgegen gehe," neben der „über ganz Deutschland ergossenen Fluth revolutionairer Zeitschriften," und neben „der täglichen Bearbeitung einer enge geschlossenen, heute am hellen Lichte ungescheut wirkenden Propaganda" besonders der Mißbrauch der Rede in den ständischen Versammlungen angeführt. Die „in das verfassungsmäßige Gewand ständischer Opposition gekleidete Anmaßung," die, „im Bunde mit einer zügellosen Presse, die Macht der Regierungen zu schwächen suche, und zum Theil durch abgenöthigte Zugeständnisse" wirklich bereits geschwächt habe, wurde in eine Reihe mit der rohen Gewalt aufgeregter Volkshaufen gestellt; und die Maßregeln, die zum Schutze der öffentlichen Sicherheit von Oesterreich und Preußen in Vorschlag gebracht, und von der Gesammtheit aller Bundesmitglieder einstimmig angenommen wurden, waren in gleichem Maße, wie gegen die Ausschweifungen der Presse, auch gegen den Mißbrauch gerichtet, der in den ständischen Versammlungen von der durch alle deutschen Verfassungen zugestandenen Freiheit der Rede, oder von anderen verfassungsmäßigen Rechten gemacht werden konnte. Neben einer Commission zu der Beaufsichtigung der Presse in dem ganzen Umfange der deutschen Bundesstaaten wurde eine andere zu der Beaufsichtigung des Ganges der ständischen Verhandlungen eingesetzt, und wenn von der Thätigkeit der letzten nicht soviel zur öffentlichen Kenntniß gekommen ist, als von der durch das Verbot einer ganzen Reihe von Journalen bekundeten Wirksamkeit der ersten, so dürfen wir deßhalb nicht daran zweifeln, daß die Mitglieder derselben ihre Pflicht mit gleicher Gewissenhaftigkeit erfüllt haben werden.

Fragen wir uns nun, was in der öffentlichen Stellung der deutschen Ständeversammlungen seit dem Tage, wo so harter Tadel über dieselben ausgesprochen wurde, sich verändert habe; so werden wir es uns unmöglich verbergen können, daß auf ähnliche Weise, wie die deutsche Presse von jenen Auswüchsen gesäubert worden ist, welche nur der vorübergehenden Aufregung eines revolutionairen Rausches ihr schnelles Gedeihen verdankten, auch die deutsche Volksvertretung in den verschiedenen ständischen Versammlungen so ziemlich von allem gereinigt worden ist, was man irgend einer revolutionairen Richtung beschuldigen konnte. Die bayerische Ständeversammlung, ohne Zweifel jene, auf welche der Tadel des Bundestages in seinem weitesten Umfange ihre Anwendung fand, ist ihrer bedeutendsten Wortführer, und in der That, mit einer oder der andern vereinzelten Ausnahme, aller jener beredten Vordermänner der liberalen Meinung beraubt, die im Jahre 1831 der bayerischen Regierung in mehr als einem Falle eben nicht allzuangenehme Gesetze

vorschrieben: die Mehrzahl ist theils verhaftet, theils aus Furcht vor einer Verhaftung auf der Flucht; und wenn es bei der demnächst bevorstehenden Zusammenberufung des bayerischen Landtages überhaupt noch eine Opposition geben wird, so läßt sich mit Zuversicht vorhersagen, daß dieselbe weder die bayerische Regierung in besondere Verlegenheit, noch den deutschen Bundestag in sonderliche Besorgniß versetzen wird*). Auch aus der kurhessischen Ständeversammlung sind bei dem letzten Zusammentritte die beredten Männer, welche als die Häupter der ständischen Opposition galten, verschwunden, indem die Regierung dieselben durch die Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechtes zu entfernen wußte; und selbst in der durch revolutionairen Eifer gerade nicht ausgezeichneten hannoverschen Ständeversammlung sind dießmal jene Mitglieder, die sich einigermaßen, wenn auch longo intervallo, den ultraliberalen Stimmführern im südlichen Deutschland näherten, nicht wieder erschienen, weil ihre Wähler unter den gegenwärtigen Umständen Alles, was auch nur den entferntesten Verdacht revolutionairer Neigungen auf sie ziehen konnte, zu vermeiden wünschten. In Darmstadt, Stuttgart, Karlsruhe ist zwar auch während der letzten Landtage manch derbes und kühnes Wort gesprochen worden, und hier waren die Mitglieder der Kammern, die den bedeutendsten Einfluß übten, ohne Frage jener Richtung zugethan, die wir, nach dem Vorgange der Franzosen, die Bewegungspartei nennen; wenn die Verhandlungen indessen auch zuweilen eine Wendung nahmen, die für die Aufrechterhaltung des guten Einverständnisses mit den Regierungen ernstlich besorgt sein ließ, so ist doch mit wohlberechneter Vorsicht Alles vermieden worden, was zu einem entschiedenen Bruche hätte führen müssen: mit einem Worte, man hat zwar im allgemeinen die alten Grundsätze mit unverdrossenem Muthe vertheidigt, hat jedoch auf die Anwendung, überall, wo dieselbe von einiger Bedeutung gewesen wäre, verzichtet; und in allen den einzelnen Fällen, wo die Häupter, dem sichern Instincte der Massen entgegen, den Schein strenger und unerschütterlicher Festigkeit zu bewahren suchten, haben sie sich von ihren treuesten Nachfolgern verlassen gesehen.

Da es die Aufgabe des Wiener Ministercongresses ist, sich über die Maßregeln zu vereinigen, die zu der festen Begründung der bestehenden Ordnung erforderlich scheinen, so läßt sich voraussetzen, daß auch der Einfluß der ständischen Versammlungen einen Gegenstand reiflicher Erwägung und Berathungen bilden wird. Noch haben jene Verfassungen, die der großen politischen Bewegung der Jahre 1830 und 1831 ihre Entstehung verdanken, die Anerkennung und die Bürgschaft des deutschen Bundes nicht erhalten, und diese werden ohne Zweifel vorzugsweise von allen Seiten beleuchtet werden. Die meisten sind jedoch gerade in jenen Bestimmungen, die hier vorzugsweise in

*) Wie sehr der Erfolg meine Vorhersagung bestättigt hat, ist bekannt.

Betracht kommen dürften, treue Nachbildungen der von dem Bunde bereits verbürgten süddeutschen Verfassungen, in denen nach der bestehenden Bundesgesetzgebung (nach dem Art. LVI. der Wiener Schlußacte) anders als auf verfassungsmäßigem Wege keine Abänderungen getroffen werden dürfen; und es steht daher nicht zu besorgen, daß die Anerkennung der sächsischen, der hannoverschen und der braunschweigischen Verfassung zu Wien den geringsten Widerspruch finden dürfte. Selbstständiger ist in manchen ihrer wesentlichsten Bestimmungen die kurhessische Verfassung, und wir können nicht leugnen, daß es uns überraschen würde, wenn diese nicht noch einen harten Sturm zu bestehen hätte. — — — — — — — — — — — — — — —

Lüntzels Antrag auf Preßfreiheit in Hannover.

Geschrieben am 6. Januar 1834.

Am 31. December des v. J. stellte der Abgeordnete der Stadt Hildesheim, Syndicus Lüntzel, in der zweiten Kammer der hannoverschen Ständeversammlung den Antrag: „Das Cabinetsministerium möge ersucht werden, noch während des Verlaufes dieses Landtages ein Gesetz vorzulegen, welches die dem Lande durch das Grundgesetz zugesagte Preßfreiheit in das Leben führte.“ So wenig auch die Umstände im Augenblicke geeignet scheinen, einem Antrage dieser Art bedeutende Folge zu versprechen, so ist es doch immer schon dankenswerth, wenn nur die Veranlassung dazu geboten wird, einen Gegenstand, der für unser gesammtes deutsches Vaterland von der höchsten Wichtigkeit ist, und über den die unbegreiflichste Meinungsverschiedenheit obwaltet, durch fortgesetzte Erörterung so weit aufzuklären, daß endlich eine Verständigung der Parteien möglich wird. Der Kampf um die Preßfreiheit ist in unseren Tagen dasselbe, was der Kampf um die Glaubensfreiheit in den letzten Tagen des Mittelalters war. Wie man damals, wo die Richtung auf die überirdische Welt der Religion und des Glaubens die vorherrschende war, das Recht verlangte, seine Meinungen über religiöse Gegenstände frei zu bekennen

und öffentlich mittheilen zu dürfen, so verlangt man jetzt, in einer Zeit, welche mehr auf die irdische Welt der Politik und des Staatslebens gerichtet ist, das Recht, seine Meinungen über politische Gegenstände frei zu bekennen und öffentlich mitzutheilen. Damals entgegnete der römische Stuhl, daß der Papst, als Statthalter Gottes auf Erden, allein die untrügliche Erkenntniß der Wahrheit habe, und folglich auch allein bestimmen dürfe, was in allen Gebieten des Wissens, besonders aber in dem Gebiete der Religion geglaubt und gelehrt werden sollte. Daher die Einrichtung der Ketzergerichte, welche Andersgläubige als Gott mißfällige Wesen vor seinem Angesichte vertilgten; der Inquisition, welche die Gesinnungen erforschte, um auch in den verborgensten Gründen des Gemüthes keine Spur der Irrlehre übrig zu lassen; der Censur, welche Alles, was durch die Schrift oder den Druck bekannt wurde, der strengsten Prüfung unterwarf, um keinen Gedanken in Umlauf setzen zu lassen, der nicht mit den Ansichten des römischen Stuhles übereinstimmt. Die Freiheit des politischen Glaubens ist in unseren Tagen ungleich weiter gefördert, als die Freiheit des religiösen Glaubens in den Tagen der Reformation. Keine Gewalt auf Erden maßt es sich an, allein zu erkennen, was Wahrheit, was Irrthum und Lüge sei; Niemand ist so verblendet, uns diese oder jene politische Ansicht als die alleinseligmachende mit Feuer und Schwert aufzudrängen. Jedermann darf über den Staat und seine Einrichtungen denken und glauben, was er für gut findet. Nur darin ist man verschiedener Meinung, ob es auch Jedermann gestattet sein soll, seine Ansichten auf jede beliebige Weise zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, um Andere für dieselben zu gewinnen. Von der einen Seite verlangt man die unbedingteste Freiheit der Mittheilung, weil es die Würde denkender Wesen verletze, wenn ihnen das Recht entzogen würde, ihre Gedanken — das innigste Eigenthum des Geistes — gegenseitig auszutauschen; auf der anderen Seite verweigert man zwar das Recht der freien Gedankenmittheilung nicht unbedingt, aber man glaubt dasselbe in gewisse Grenzen einschließen zu müssen, um Mißbräuche, die für das Wohl des Ganzen gefährlich werden können, zu verhüten.

In Deutschland wenigstens — in dem großen Vaterlande aller europäischen Freiheit — gesteht man im Allgemeinen das Recht der freien Gedankenmittheilung zu. In allen Verfassungen der constitutionellen deutschen Staaten hat der Grundsatz der Preßfreiheit dieselbe Anerkennung gefunden, wie die Grundsätze der Gewissensfreiheit, der persönlichen Freiheit und der Freiheit des Eigenthumes. In der Bundesacte wird allen Stämmen der deutschen Nation neben den wichtigsten politischen Freiheiten auch die Freiheit der Presse zugesagt. Aber was ist Preßfreiheit? So wenig man unter persönlicher Freiheit das Recht verstehen kann, ohne alle Rücksicht auf die bestehende Ordnung, auf Sitte, Gesetze zu thun oder zu lassen, was man will; eben so wenig kann man unter Preßfreiheit das Recht verstehen, ohne alle Rücksicht auf die bestehende Ordnung, auf Sitte und Gesetze in die Welt hinauszuschreiben,

was einem in den Sinn kommt. Wenn es Niemand gestattet ist, selbst Verbrechen zu begehen, so darf es auch Niemand gestattet sein, Andere zu Verbrechen aufzureizen. Daß dieß aber durch die Schrift und durch den Druck mit ungleich bedeutenderem Erfolge geschehen kann, als durch das mündliche Wort, ist durch zu viele und durch zu furchtbare Erfahrungen bewiesen worden, als daß selbst der Befangenste darüber den geringsten Zweifel haben dürfte. Von einer völlig unbedingten Freiheit der Presse kann daher in einem wohlgeordneten Staate so wenig die Rede sein, als von einer völlig unbedingten Freiheit des Handelns; und wie es die Pflicht der Gesellschaft ist, im Allgemeinen Verbrechen nicht bloß, wenn sie begangen sind, zu bestrafen, sondern denselben auch, ehe sie noch begangen sind, so viel als möglich vorzubeugen, so ist es auch insbesondere ihre Verpflichtung, Verbrechen, welche durch die Presse begangen werden können, nicht bloß nach der That zu bestrafen, sondern denselben auch vor der That so viel als möglich vorzubeugen.

Als das wirksamste Mittel, den Vergehen der Presse vorzubeugen, erkannte man die Censur, die man bereits als eine vollkommen ausgebildete Anstalt vorfand, als die Erweiterung des Gebrauches der Buchdruckerkunst in dem Interesse des Staates es nothwendig machte, an eine Gesetzgebung der Presse zu denken. Der Gedanke, diese Anstalt zu den Zwecken des Staates beizubehalten, lag selbst in jenen Ländern, in denen die Gewalt des römischen Stuhles am frühesten gestürzt wurde, um so näher, als der Staat in denselben sich überhaupt der Aufsicht über alle kirchlichen Einrichtungen bemächtigte. Aber man vergaß, daß die Censur, wie die geistliche Gewalt dieselbe geübt hatte, nicht eine einzelne Einrichtung, sondern Glied eines großartigen, folgerecht durchgeführten Systemes war, in welchem sie ihre bestimmte Stelle ausfüllte, und daß dieselbe, aus diesem Systeme herausgerissen, nothwendig ihren Zweck verfehlen mußte, sofern es nicht gelang, sie auf eine Weise umzugestalten, durch welche ihr eine neue, von der früheren völlig verschiedene Wirksamkeit gesichert wurde. Die Censoren des römischen Stuhles konnten über die Grundsätze, die sie bei der Ausübung ihres Amtes zu beobachten hatten, nie im Zweifel sein, da die Lehren ihrer Kirche ein geschlossenes Ganze bildeten, dem alle Zweige des Wissens untergeordnet waren. Alles, was mit den Ansichten der Kirche im Widerspruch stand, wurde ohne Bedenken gestrichen; sofern es, wider das Gebot des Censors, sich einen Weg in das Publicum zu bahnen wußte, als doppeltes Verbrechen gegen die Lehre und gegen das Gesetz, mit verdoppelter Härte bestraft. Aber welche Grundsätze sollten die von dem Staate eingesetzten Censoren beobachten, nachdem die fortschreitende Entwicklung des Protestantismus es unmöglich gemacht hatte, dem Lehrgebäude des römischen Stuhles ein zweites nachzubilden, dem man gleich umfassende und gleich ausschließende Gültigkeit beigelegt hätte? Wenn früher die Instruction der Censoren dahin lautete, daß sie nur das zum Drucke kommen ließen, was mit den Grundsätzen der Kirche übereinstimmte: so lautete

jetzt die Instruction nicht dahin, daß sie nur das, was mit den Grundsätzen des Staates übereinstimmte, sondern daß sie nichts, was für den Staat gefährliche Folgen haben könnte, zum Drucke kommen ließen.

Hier zeigte sich aber sogleich die Unzulänglichkeit und die Mangelhaftigkeit der ganzen Einrichtung. Die Censur war offenbar von einer kirchlichen Behörde zu einer bloßen polizeilichen Anstalt herabgesunken; und als solche würde sie ohne Zweifel ganz gute Dienste haben thun können, wenn man ihrer Wirksamkeit dieselben Grenzen gesteckt hätte, die in jedem nicht rein despotischen Staate jedem andern Zweige der polizeilichen Thätigkeit gesteckt sind. Wenn die Polizei darauf angewiesen wird, es zu verhindern, daß Bücher oder Schriften in Umlauf gesetzt werden, welche die Sitten untergraben, zur Auflehnung wider die Gesetze aufreizen oder auf andere Weise die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden, so wird kein Verständiger dagegen das Geringste einzuwenden haben. Aber ist es, um diesen Zweck zu erreichen, erforderlich, daß eine aus einer geringen Anzahl von Personen und oft aus einer einzelnen Person bestehende Behörde das Recht erhält, nach Gutachten zu belohnen und zu strafen, zu begnadigen und zu verdammen? Soll dem geistigen Eigenthume nicht dieselbe Achtung und derselbe Schutz gebühren, wie dem materiellen? Oder glaubt man, weil jenes leichter zerstört ist, keine Verpflichtung zu haben, dasselbe zu schonen?

Unserer Meinung nach ist es nicht so schwer, die Censur auf eine Weise einzurichten, die, wenn auch nicht alle Parteien, doch die Gemäßigten und Besonnenen auf beiden Seiten zufriedenstellen würde, sobald man nur den Gesichtspunkt nicht aus dem Auge verlöre, daß dieselbe eine rein polizeiliche Anstalt ist, und als solche den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit untergeordnet bleiben muß, denen jede polizeiliche Anstalt in wohlgeordneten Staaten untergeordnet ist.

Vorschlag eines Censurgerichtes zum Schutze der Presse.

Geschrieben am 16. Januar 1834.

Wenn wir im Allgemeinen nicht in Abrede stellen können, daß die Gesetzgebung der meisten europäischen Staaten sich noch auf einer sehr niedern Stufe der Ausbildung befindet, so gilt dieß doch von keinem anderen Zweige derselben in höherem Grade, als von jenem, der sich auf den Zustand der Presse bezieht. In Bezug auf keinen anderen Zweig der Gesetzgebung herrscht selbst unter den Kundigen und Unterrichteten eine größere Verschiedenheit der Ansichten; und in keinem anderen hat die Verschiedenheit der Ansichten zu größerer Verwirrung geführt. Bei dem Anblicke der Fesseln, in welche die Presse an mehr als an einem Orte geschlagen ist, sollte man meinen, daß es einen Vernichtungskampf zwischen dem irdischen Reiche der Gewalt und dem geistigen des Gedankens gelte, während dessen man auf beiden Seiten für gut befunden habe, jeden gegenseitigen Verkehr abzubrechen.

Das Vaterland der Preßfreiheit in Europa ist Großbritannien. In dem brittischen Inselreiche darf Jedermann schreiben und drucken oder drucken lassen, was er will, ohne daß er dafür irgend einer Behörde verantwortlich wäre, sofern er nicht durch die Verbreitung absichtlicher Verläumdungen oder durch offenbare Aufreizung zu Verbrechen die Ahndung der Gesetze auf sich zieht, die zur Sicherung der Ehre und des guten Namens der Individuen, wie der bestehenden Ordnung im Staate gegeben sind. Die Regierung, entweder, weil sie weiß, daß durch öffentliche Anklagen das Aufsehen nur vermehrt wird, oder weil sie unbillige und alberne Angriffe verachtet, macht selten von dem Rechte der gerichtlichen Verfolgung, welches ihr, wie jedem Privatmanne, zu Gebote steht, Gebrauch. Der Proceß gegen den Herausgeber des „Pilot" zu Dublin, wegen der Aufnahme eines Schreibens von dem berühmten O'Connell, worin dieser das irische Volk zu offener Auflehnung wider die Regierung aufforderte, ist seit einer Reihe von Jahren, während deren es wahrlich an Gelegenheit nicht gefehlt hätte, der erste und der einzige, den man sich mehr durch die Rücksicht auf die eigenthümliche Lage von Ireland, als durch Besorgniß vor dem Einfluß der Presse im Allgemeinen hat aufdrängen lassen.

In Frankreich ist durch die Charte der Grundsatz der Preßfreiheit ausgesprochen; die Censur ist für immer abgeschafft; aber die gesetzlichen Verfügungen, welche in Bezug auf die Presse bestehen, so wie die Art, wie dieselben zur Ausführung gebracht werden, beschränken das Recht der freien Ge-

dankenmittheilung auf eine Weise, welche die Censur, wenigstens in einzelnen Fällen, kaum vermissen läßt. Alle Journale, so wie überhaupt alle Druckschriften, müssen, bevor sie in Umlauf kommen, der Polizeibehörde zur Ansicht vorgelegt werden, und ein einfacher Befehl derselben ist hinreichend, um die ganze Auflage in Beschlag zu nehmen und die Herausgabe bis zu der gerichtlichen Entscheidung zu verhüten. Dieß kommt aber in den meisten Fällen einer völligen Unterdrückung gleich, da ein politisches Journal, welches nicht an dem Tage ausgegeben wird, für den es bestimmt ist, alles Interesse verliert. Außerdem ist die Herausgabe von politischen Journalen durch die hohen Cautionen erschwert, die es nur bemittelten Männern möglich machen, sich auf Unternehmungen einzulassen, bei denen ein oft nicht einmal verschuldetes Versehen vielleicht den Verlust des ganzen Vermögens zur Folge haben kann. Denn zu allen den Vorsichtsmaßregeln, durch welche man den Ausschweifungen der Presse vorzubeugen gesucht hat, kommt noch eine unnachsichtige Strenge der Gesetze für die Fälle, wo die Presse von den Gerichten eines wirklichen Vergehens schuldig befunden oder wenigstens schuldig erklärt wird. Ein einziges Wort kann, wenn das Geschwornengericht sein „schuldig!“ ausspricht, außer einer Gefängnißstrafe von mehreren Jahren, eine Geldbuße von 10,000 bis 20,000 Franken zur Folge haben; und dieß nicht etwa für den frevelnden Schriftsteller, der dasselbe gebraucht, sondern für den unvorsichtigen Herausgeber oder Verleger, ja selbst für den Drucker, der es, aller Wahrscheinlichkeit nach, nicht einmal gelesen hat. Rechnen wir hinzu, daß die Regierung von den Rechten, welche die Gesetzgebung ihr zugesteht, in dem weitesten möglichen Umfange Gebrauch macht, so wird man uns keiner Uebertreibung beschuldigen, wenn wir die Preßfreiheit in Frankreich, bei allen Mißbräuchen, zu denen dieselbe noch immer Veranlassung giebt, für eine ziemlich beschränkte erklären.

Freier ist die Presse in diesem Augenblicke in Belgien und selbst in der Schweiz, weil in beiden Ländern, nach dem Umsturze der alten Gesetzgebungen, keine neuen gesetzlichen Verfügungen über die Presse existiren; und daher nur der im Allgemeinen anerkannte Grundsatz der Preßfreiheit in Anwendung kommt. In Belgien findet sogar der Privatmann gegen Beleidigungen durch die Presse keinen Schutz, indem die Gerichte den Ausspruch des Grundgesetzes: die Presse ist frei, in seiner wörtlichsten Bedeutung nehmen, und die Anwendbarkeit der gewöhnlichen Bestimmungen der Gesetzgebung auf die Vergehen der Presse nicht zugeben. Die Angriffe auf die Regierung, auf die Minister und auf die Person des Königs, mit denen die belgischen Blätter gefüllt waren, überstiegen an pöbelhafter Frechheit oft allen Glauben; die Straflosigkeit hat indessen, wie es scheint, selbst die Wuth der erbittertsten Gegner ermüdet, und es ist allmälig von selbst an die Stelle der früheren leidenschaftlichen Aufregung eine Art von Mäßigung getreten, welche mit der Freiheit der Meinungen wenigstens die Achtung vor dem äußeren Anstande zu vereinigen weiß.

In Deutschland ist der Zeitpunkt, wo es möglich war, eine vernünftige Preßfreiheit zu erringen, durch die Schuld der Schreier, denen es gelungen war, eine Zeitlang sich zu Wortführern der öffentlichen Meinung aufzuwerfen, ungenützt vorübergegangen. Von dem Augenblicke, wo auf dem Landtage des Jahres 1831 die bayerischen Stände das von der Regierung angebotene, für die damaligen Verhältnisse im höchsten Grade freisinnige Preßgesetz zurückwiesen, war das Schicksal der Preßfreiheit in Deutschland entschieden. Auch konnte man es den Regierungen wahrlich nicht verargen, wenn sie bedenklich wurden, als sie den Zustand der Anarchie sahen, zu dem die deutsche Presse während der kurzen Saturnalien herabsank, die der ernsten Aufregung nach dem Sturme der Julitage folgten. Gegenwärtig kann die Sorge des besonnenen Freundes der Freiheit nur darauf gerichtet sein, da an eine Aufhebung der Censur nicht zu denken ist, wenigstens die Feststellung gesetzlicher Schranken für dieselbe zu erlangen. In den meisten Staaten des deutschen Bundes besteht die Censur zu dieser Stunde in derselben Form, in der dieselbe bei ihrer ersten Einsetzung durch die Glaubensgerichte des Mittelalters in das Leben getreten war. Ein Mann, der den Regierungen in den seltensten Fällen durch den Umfang seiner Kenntnisse, in den meisten nur durch die Zuverlässigkeit seiner politischen Gesinnungen ihres Vertrauens würdig erscheint, wird zum Richter der Lebenden und der Todten ernannt. Ihm wird, was zur Bekanntmachung durch den Druck bestimmt ist, zur Prüfung vorgelegt, und er entscheidet mit unumschränkter Machtvollkommenheit, ob ein einzelner Gedanke, oder eine Schlußkette von Gedanken, und vielleicht ein ganzes System zur Belehrung und Aufklärung der Welt freien Umlauf erhalten, oder in die einsame Studierkammer des Denkers mit Protest zurückgeschickt und in derselben unter Schloß und Riegel gehalten werden soll. Eine Berufung von dem Machtspruche des Censors an die vorgesetzte Behörde findet allerdings Statt; aber von dieser dürfte selbst bei gerechten Beschwerden selten Abhülfe zu hoffen sein, weil man einen Beamten, dem eine so mühselige Pflichterfüllung obliegt, gewiß nicht ohne die äußerste Noth durch widersprechende Entscheidungen in seinem Geschäftsgange irre machen wird. Das Schlimmste aber ist, daß man selbst in der unumschränkten Willkür der Censur noch keine hinreichende Sicherheit für den Staat findet. Der Verfasser eines von der Censur genehmigten Aufsatzes muß, sofern derselbe bei der Bekanntmachung Anstoß findet, gleicher Ahndung gewärtig sein, wie bei völliger Befreiung von der Censur; und wenn sich dieß auch bei wirklichen Vergehen oder Verbrechen rechtfertigen ließe, die der Aufmerksamkeit des Censors entgangen sein können, ohne deßhalb weniger straffällig zu sein, so wird es doch hart, sobald die Strafe so sehr außer allem Verhältnisse zu der Schuld steht, wie dieß in einzelnen Fällen wenigstens unzweifelhaft der Fall gewesen ist.

Der Redacteur eines Journals, welches unter der Aufsicht der Censur erscheint, überläßt sich unwillkürlich sowohl in der Aufnahme eingesandter Ar-

tikel, als bei der Ausarbeitung eigener Aufsätze einer gewissen Sorglosigkeit, weil er darauf rechnet, daß die Scheere des Censors das allzu freie Wort, welches der flüchtigen Feder entschlüpft ist, nicht verschonen wird. Ueberdieß sind ihm die Vorschriften, nach denen der Censor sein Verfahren einrichtet, unbekannt, und er glaubt daher genug gethan zu haben, wenn er scharfsinnig und tief Gedachtes oder oberflächlich Aufgegriffenes, wie es sich gerade fügt, nur in eine anständige, den Ton der gebildeten Gesellschaft nicht verletzende Form gebracht hat. Der Aufsatz erscheint. Irgend ein einzelner Ausdruck, eine witzige Anspielung, eine kühne Redewendung erregt unerwartetes Aufsehen. Man spricht herüber und hinüber. Der Censor, der die Erlaubniß zum Druck ertheilte, erhält einen Verweis; aber der Redacteur des Blattes, welches den anstößigen Aufsatz aufgenommen hat, wird nicht etwa gleichfalls durch einen Verweis gewarnt; er wird nicht mit einer Strafe belegt, die ihn auffordert, für die Zukunft vorsichtiger zu sein; sondern das Journal wird ohne Weiteres unterdrückt; und aller der Aufwand von geistigen und physischen Kräften, die darauf verwandt worden sind, so wie das oft sehr bedeutende Capital, welches die Begründung gekostet hat, ist verloren. Rechtliche Hülfe kann nirgend gesucht werden, weil der Staat sich die Polizei über die Presse vorbehalten hat, und weil das Herkommen die Confiscation gegen das geistige Eigenthum, jenes, welches gerade das eigenste, und zugleich das am schwersten zu erwerbende ist, rechtfertigt.

Durch die Censur können Vergehen der Presse verhütet werden, wie durch die Polizei Vergehen des bürgerlichen Lebens; aber darauf muß sich auch die Aufgabe beider Anstalten beschränken, und so wenig die Polizei unumschränkte Richtergewalt über alle Handlungen des bürgerlichen Lebens hat, die nicht bestimmte gesetzliche Verfügungen verletzen, so wenig darf die Censur unumschränkte Gewalt über Aeußerungen haben, durch die nicht irgend eine bestimmte gesetzliche Verfügung verletzt wird. Bei der Censur, wie der Polizei im bürgerlichen Leben können allerdings Rücksichten eintreten, welche nicht immer die strengste Beobachtung der gesetzlichen Formen erlauben; aber wie von der Polizei unter allen Umständen eine Berufung an die gerichtlichen Behörden Statt findet, so sollte auch von der Censur unter allen Umständen eine Berufung an die gerichtlichen Behörden Statt finden. Ueberall sollte neben den polizeilichen Censurbehörden ein eigenes Gericht für die Vergehen der Presse bestehen, welches auf der einen Seite gegen Autoren und Verleger einzuschreiten hätte, wo die Censur sich unzureichend erwiese, bei welchem auf der andern Seite aber auch Schriftsteller und Buchhändler Schutz gegen willkürliche Bedrückungen fänden, die weder durch die Berufung auf gesetzliche Verordnungen, noch auf Rücksichten der höheren Polizei zu rechtfertigen wären. In allen Dingen ist es nur die Willkür, die empörte; das Vertrauen, welches die Regierungen selbst bei den Wohlgesinnten verlieren, sobald sie durch willkürlichen Druck die freie Gedankenmittheilung hemmen würde ungestört blei-

ben, sobald man durch rechtliche Formen das geistige Eigenthum und die Freiheit der geistigen Bewegung gesichert sähe. Oder glaubt man, daß die Willkür allein einen Schutz gewähre, der von der Beobachtung rechtlicher Formen nicht zu erwarten stehe? Vielleicht, wenn es möglich wäre, auf dieselbe Weise wie das gedruckte Wort, auch das gesprochene oder den schweigenden Gedanken zu bewachen. Aber vergesse man nicht, daß die leiseste Andeutung von gewaltigerer Wirkung ist, wenn die Gemüther durch die Gefahr in fieberhafter Spannung gehalten werden, als die lauteste Rede, so lange man mit gleicher Unbefangenheit das Für und Wider anhören kann. Nirgend war die Presse unter schärfere Aufsicht gestellt, und einem härteren Druck unterworfen, als seit dem Sturze Napoleons in Italien, aber die Censur hat so wenig die Revolutionen von Piemont und Neapel vor der französischen Julirevolution, als die Ausbrüche der Romagna nach der Julirevolution verhüten können. Das Vertrauen ist die Mutter der Treue; aber das Vertrauen verschwindet, sobald die ängstliche Sorge sich demselben an die Ferse heftet.

Die Maßregeln zur Beaufsichtigung der Presse.

Geschrieben am 16. September 1834.

Ein auswärtiges Blatt, welches uns bereits öfter die Auszeichnung erwiesen hat, die Deutsche Nationalzeitung mit guten Lehren und wohlgemeinten Rathschlägen zu beehren, die zum Unglücke nur selten an ihrem Orte waren, — der Temps — macht es uns zum Vorwurfe, daß wir uns die überflüssige Mühe gegeben, unsere Stimme gegen die Einführung des Monopols in den deutschen Buchhandel zu erheben*), und fordert uns auf, lieber zu erklären, wie weit es mit den Angelegenheiten der Presse, oder vielmehr mit der Sache der Censur in Deutschland gediehen wäre. Wir sehen keinen Grund, warum wir die Neugierde unseres aufmerksamen Collegen nicht befriedigen sollten, zumal da wir dadurch eine Gelegenheit erhalten, durch die That zu beweisen, daß es mit der Presse in Deutschland, wenn auch gerade nicht zum

*) S. d. deutsche Presse, 17. Febr.

Besten, doch in der That noch nicht so schlimm bestellt ist, als man jenseit des Rheines und jenseit des Canales voraussetzt. Die Mächte haben durch den außerordentlichen Einfluß, welchen die periodische Presse auf den Gang der politischen Entwicklung im westlichen Europa übt, und noch mehr durch die Ausschweifungen, denen dieselbe während der kurzen Zeit ihrer unbeschränkten Freiheit im südlichen Deutschland sich hingab, sich überzeugt, daß es nicht rathsam sei, eine so gefährliche Waffe ohne Aufsicht Jedermann zu beliebigem Gebrauche zu überlassen. Ueber die Beschlüsse, die auf dem Wiener Ministercongresse in dieser Beziehung gefaßt worden sind, ist bisher weder auf amtlichem noch auf irgend einem andern Wege das Geringste bekannt geworden, da überhaupt über die Verhandlungen jener erlauchten Versammlung fortwährend das strengste Geheimniß beobachtet wird. Aus den Maßregeln, die in der letzten Zeit von einzelnen Regierungen in Bezug auf die Presse getroffen worden sind, läßt sich indessen mit ziemlicher Sicherheit schließen, daß man übereingekommen ist, ein möglichst gleichmäßiges System der Gesetzgebung in dieser Hinsicht in ganz Deutschland einzuführen. Die letzten Spuren der Ungleichartigkeit, die in einzelnen Staaten noch bestanden, sind durch neuere Verfügungen verwischt worden. So sind in dem Großherzogthume Baden für alle jene Blätter, die bisher nur einer oberflächlichen Beaufsichtigung unterworfen waren, besondere Censoren niedergesetzt. In dem Großherzogthume Darmstadt ist ein strenges Verbot gegen die sogenannten Censurlücken ergangen, mit denen freilich hier und da arger Mißbrauch getrieben worden war. Ueberall wird die Censur nach Grundsätzen gehandhabt, die eine zu sichtliche Uebereinstimmung verrathen, als daß dieselben nicht aus gemeinschaftlichen oder wenigstens in gemeinschaftlichem Geiste abgefaßten Instructionen hervorgegangen sein sollten.

Dagegen läßt sich vernünftiger Weise nichts erinnern. Denn offenbar wäre es eine sonderbare Täuschung, wenn man glaubte, an dem einen Orte in Deutschland die äußerste Milde gegen die Presse nachsehen zu können, während an dem andern die außerordentlichste Strenge geübt würde. Nur der österreichische Kaiserstaat ist in seinen Erbländern von dem übrigen Deutschland schroff genug abgesondert, um sebst von dem subtilen Gifte der Meinungen keine Ansteckung befürchten zu dürfen. In Preußen, wo man die Presse streng genug beaufsichtigt, ist es zwar möglich, verbotenen auswärtigen Journalen, die durch die Post versandt werden, aber keineswegs durch den Buchhandel verbreiteten Werken den Eingang zu verwehren. Nicht selten soll selbst in Preußen das Verbot eines Buches gerade erst das Glück desselben gemacht haben. So erinnern wir uns noch jetzt — weil es bedenklich wäre, andere Erfahrungen als unsere eigenen anzuführen — mit welcher Begierde das bekannte Werk von Görres „Deutschland und die Revolution“ gelesen wurde, nicht weil die Ansichten desselben der öffentlichen Meinung entsprochen hätten, der sie vielmehr in den wesentlichsten Punkten auf das Schroffste entgegen traten, sondern aus dem einfachen Grunde, weil das Buch verboten war. In ungleich höherem Grade zeigt

sich die Unwirksamkeit einseitiger Verbote oder einseitiger Beschränkungen aber in den kleineren deutschen Staaten, da man nur wenige Stunden zu gehen, zu reiten oder zu fahren braucht, um eine Schrift, die in dem einen Staate verboten ist, in dem andern mit aller Gemächlichkeit zu lesen.

Wenn es daher leicht war, sich zu überzeugen, daß Anordnungen über die Presse, die von einiger Wirksamkeit sein sollten, in ganz Deutschland oder wenigstens in den kleineren constitutionellen Staaten Deutschlands gleichmäßig getroffen werden mußten, so unterlag es dagegen nicht geringen Schwierigkeiten, sich über das Maß zu vereinigen, nach dem jene Anordnungen zuzuschneiden waren. Wollte man die Bestimmungen, welche in Bezug auf die Presse in dem österreichischen Kaiserstaate gelten, auf das ganze übrige Deutschland anwenden, so würde man nicht allein in den constitutionellen deutschen Staaten, sondern auch in Preußen sich zu Veränderungen in der bestehenden Gesetzgebung oder in dem durch die Gewohnheit geheiligten Zustande haben bequemen müssen, die selbst in den Cabinetten schwerlich allgemeine Billigung gefunden hätten. Preußen ist vielleicht das Land, das in allgemeiner geistiger Bildung allen übrigen deutschen Staaten am meisten vorangeschritten ist. Nirgend in ganz Deutschland giebt es so viele hochgebildete Geschäftsmänner und Beamten als in Preußen. Das preußische Schulwesen verdient, wenn wir eine zuweit getriebene Vorliebe für das classische Alterthum abrechnen, allen übrigen deutschen Staaten zum Muster vorgehalten zu werden. Nichts schien daher näher zu liegen, als daß man die Grundsätze der preußischen Verwaltung in Bezug auf die Presse zu dem allgemein gültigen Maße erhob, nach dem in ganz Deutschland gemessen werden sollte. Unglücklicher Weise standen dem aber die Verbindlichkeiten entgegen, welche die Fürsten in mehreren kleinen deutschen Staaten durch ihre freiwillig verliehenen Verfassungsurkunden übernommen hatten. Während nach der preußischen Gesetzgebung das umfangreichste wissenschaftliche Werk so wenig, als die kleinste öffentliche Anzeige von der Vorsorge der Censur befreit ist, beschränkt die bayerische Verfassung die Censur nur auf politische Zeitschriften, indem Alles, was nicht in das Gebiet der periodischen Literatur fällt, und selbst in dieser, was sich nicht auf Politik bezieht, wenn auch nicht von aller Beaufsichtigung, doch von jeder eigentlichen Censur vollkommen frei ist. In der neuesten Zeit hat man zwar die Begriffe der periodischen Literatur oder der Journalistik und der Politik in München so weit ausgedehnt, daß die Besorgnisse, welche früher die Ausschweifungen der Presse hier erwecken konnten, bis auf die letzte Spur verschwunden sind, dennoch zweifeln wir sehr, ob die bayerische Regierung von den durch die Verfassung bestimmt und unzweideutig ausgesprochenen Grundsätzen das Geringste aufgeben wird; und sofern es noch zu einer allgemeinen Gesetzgebung über die Presse kommen sollte, würde man sich daher genöthigt sehen, nicht den preußischen noch österreichischen, sondern den bayerischen oder einen wenigstens eben so freisinnigen Maßstab zum Muster zu nehmen.

vorschrieben: die Mehrzahl ist theils verhaftet, theils aus Furcht vor einer Verhaftung auf der Flucht; und wenn es bei der demnächst bevorstehenden Zusammenberufung des bayerischen Landtages überhaupt noch eine Opposition geben wird, so läßt sich mit Zuversicht vorhersagen, daß dieselbe weder die bayerische Regierung in besondere Verlegenheit, noch den deutschen Bundestag in sonderliche Besorgniß versetzen wird*). Auch aus der kurhessischen Ständeversammlung sind bei dem letzten Zusammentritte die beredten Männer, welche als die Häupter der ständischen Opposition galten, verschwunden, indem die Regierung dieselben durch die Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechtes zu entfernen wußte; und selbst in der durch revolutionairen Eifer gerade nicht ausgezeichneten hannoverschen Ständeversammlung sind dießmal jene Mitglieder, die sich einigermaßen, wenn auch longo intervallo, den ultraliberalen Stimmführern im südlichen Deutschland näherten, nicht wieder erschienen, weil ihre Wähler unter den gegenwärtigen Umständen Alles, was auch nur den entferntesten Verdacht revolutionairer Neigungen auf sie ziehen konnte, zu vermeiden wünschten. In Darmstadt, Stuttgart, Karlsruhe ist zwar auch während der letzten Landtage manch derbes und kühnes Wort gesprochen worden, und hier waren die Mitglieder der Kammern, die den bedeutendsten Einfluß übten, ohne Frage jener Richtung zugethan, die wir, nach dem Vorgange der Franzosen, die Bewegungspartei nennen; wenn die Verhandlungen indessen auch zuweilen eine Wendung nahmen, die für die Aufrechterhaltung des guten Einverständnisses mit den Regierungen ernstlich besorgt sein ließ, so ist doch mit wohlberechneter Vorsicht Alles vermieden worden, was zu einem entschiedenen Bruche hätte führen müssen: mit einem Worte, man hat zwar im allgemeinen die alten Grundsätze mit unverdrossenem Muthe vertheidigt, hat jedoch auf die Anwendung, überall, wo dieselbe von einiger Bedeutung gewesen wäre, verzichtet; und in allen den einzelnen Fällen, wo die Häupter, dem sichern Instincte der Massen entgegen, den Schein strenger und unerschütterlicher Festigkeit zu bewahren suchten, haben sie sich von ihren treuesten Nachfolgern verlassen gesehen.

Da es die Aufgabe des Wiener Ministercongresses ist, sich über die Maßregeln zu vereinigen, die zu der festen Begründung der bestehenden Ordnung erforderlich scheinen, so läßt sich voraussetzen, daß auch der Einfluß der ständischen Versammlungen einen Gegenstand reiflicher Erwägung und Berathungen bilden wird. Noch haben jene Verfassungen, die der großen politischen Bewegung der Jahre 1830 und 1831 ihre Entstehung verdanken, die Anerkennung und die Bürgschaft des deutschen Bundes nicht erhalten, und diese werden ohne Zweifel vorzugsweise von allen Seiten beleuchtet werden. Die meisten sind jedoch gerade in jenen Bestimmungen, die hier vorzugsweise in

*) Wie sehr der Erfolg meine Vorhersagung bestättigt hat, ist bekannt.

Betracht kommen dürften, treue Nachbildungen der von dem Bunde bereits verbürgten süddeutschen Verfassungen, in denen nach der bestehenden Bundesgesetzgebung (nach dem Art. LVI. der Wiener Schlußacte) anders als auf verfassungsmäßigem Wege keine Abänderungen getroffen werden dürfen; und es steht daher nicht zu besorgen, daß die Anerkennung der sächsischen, der hannoverschen und der braunschweigischen Verfassung zu Wien den geringsten Widerspruch finden dürfte. Selbstständiger ist in manchen ihrer wesentlichsten Bestimmungen die kurhessische Verfassung, und wir können nicht leugnen, daß es uns überraschen würde, wenn diese nicht noch einen harten Sturm zu bestehen hätte. — — — — — — — — — — — — — — —

Lüntzels Antrag auf Preßfreiheit in Hannover.

Geschrieben am 6. Januar 1831.

Am 31. December des v. J. stellte der Abgeordnete der Stadt Hildesheim, Syndicus Lüntzel, in der zweiten Kammer der hannoverschen Ständeversammlung den Antrag: „Das Cabinetsministerium möge ersucht werden, noch während des Verlaufes dieses Landtages ein Gesetz vorzulegen, welches die dem Lande durch das Grundgesetz zugesagte Preßfreiheit in das Leben führte.“ So wenig auch die Umstände im Augenblicke geeignet scheinen, einem Antrage dieser Art bedeutende Folge zu versprechen, so ist es doch immer schon dankenswerth, wenn nur die Veranlassung dazu geboten wird, einen Gegenstand, der für unser gesammtes deutsches Vaterland von der höchsten Wichtigkeit ist, und über den die unbegreiflichste Meinungsverschiedenheit obwaltet, durch fortgesetzte Erörterung so weit aufzuklären, daß endlich eine Verständigung der Parteien möglich wird. Der Kampf um die Preßfreiheit ist in unseren Tagen dasselbe, was der Kampf um die Glaubensfreiheit in den letzten Tagen des Mittelalters war. Wie man damals, wo die Richtung auf die überirdische Welt der Religion und des Glaubens die vorherrschende war, das Recht verlangte, seine Meinungen über religiöse Gegenstände frei zu bekennen

und öffentlich mittheilen zu dürfen, so verlangt man jetzt, in einer Zeit, welche mehr auf die irdische Welt der Politik und des Staatslebens gerichtet ist, das Recht, seine Meinungen über politische Gegenstände frei zu bekennen und öffentlich mitzutheilen. Damals entgegnete der römische Stuhl, daß der Papst, als Statthalter Gottes auf Erden, allein die untrügliche Erkenntniß der Wahrheit habe, und folglich auch allein bestimmen dürfe, was in allen Gebieten des Wissens, besonders aber in dem Gebiete der Religion geglaubt und gelehrt werden sollte. Daher die Einrichtung der Ketzergerichte, welche Andersgläubige als Gott mißfällige Wesen vor seinem Angesichte vertilgten; der Inquisition, welche die Gesinnungen erforschte, um auch in den verborgensten Gründen des Gemüthes keine Spur der Irrlehre übrig zu lassen; der Censur, welche Alles, was durch die Schrift oder den Druck bekannt wurde, der strengsten Prüfung unterwarf, um keinen Gedanken in Umlauf setzen zu lassen, der nicht mit den Ansichten des römischen Stuhles übereinstimmt. Die Freiheit des politischen Glaubens ist in unseren Tagen ungleich weiter gefördert, als die Freiheit des religiösen Glaubens in den Tagen der Reformation. Keine Gewalt auf Erden maßt es sich an, allein zu erkennen, was Wahrheit, was Irrthum und Lüge sei; Niemand ist so verblendet, uns diese oder jene politische Ansicht als die alleinseligmachende mit Feuer und Schwert aufzudrängen. Jedermann darf über den Staat und seine Einrichtungen denken und glauben, was er für gut findet. Nur darin ist man verschiedener Meinung, ob es auch Jedermann gestattet sein soll, seine Ansichten auf jede beliebige Weise zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, um Andere für dieselben zu gewinnen. Von der einen Seite verlangt man die unbedingteste Freiheit der Mittheilung, weil es die Würde denkender Wesen verletze, wenn ihnen das Recht entzogen würde, ihre Gedanken — das innigste Eigenthum des Geistes — gegenseitig auszutauschen; auf der anderen Seite verweigert man zwar das Recht der freien Gedankenmittheilung nicht unbedingt, aber man glaubt dasselbe in gewisse Grenzen einschließen zu müssen, um Mißbräuche, die für das Wohl des Ganzen gefährlich werden können, zu verhüten.

In Deutschland wenigstens — in dem großen Vaterlande aller europäischen Freiheit — gesteht man im Allgemeinen das Recht der freien Gedankenmittheilung zu. In allen Verfassungen der constitutionellen deutschen Staaten hat der Grundsatz der Preßfreiheit dieselbe Anerkennung gefunden, wie die Grundsätze der Gewissensfreiheit, der persönlichen Freiheit und der Freiheit des Eigenthumes. In der Bundesacte wird allen Stämmen der deutschen Nation neben den wichtigsten politischen Freiheiten auch die Freiheit der Presse zugesagt. Aber was ist Preßfreiheit? So wenig man unter persönlicher Freiheit das Recht verstehen kann, ohne alle Rücksicht auf die bestehende Ordnung, auf Sitte, Gesetze zu thun oder zu lassen, was man will; eben so wenig kann man unter Preßfreiheit das Recht verstehen, ohne alle Rücksicht auf die bestehende Ordnung, auf Sitte und Gesetze in die Welt hinauszuschreiben,

was einem in den Sinn kommt. Wenn es Niemand gestattet ist, selbst Verbrechen zu begehen, so darf es auch Niemand gestattet sein, Andere zu Verbrechen aufzureizen. Daß dieß aber durch die Schrift und durch den Druck mit ungleich bedeutenderem Erfolge geschehen kann, als durch das mündliche Wort, ist durch zu viele und durch zu furchtbare Erfahrungen bewiesen worden, als daß selbst der Befangenste darüber den geringsten Zweifel haben dürfte. Von einer völlig unbedingten Freiheit der Presse kann daher in einem wohlgeordneten Staate so wenig die Rede sein, als von einer völlig unbedingten Freiheit des Handelns; und wie es die Pflicht der Gesellschaft ist, im Allgemeinen Verbrechen nicht bloß, wenn sie begangen sind, zu bestrafen, sondern denselben auch, ehe sie noch begangen sind, so viel als möglich vorzubeugen, so ist es auch insbesondere ihre Verpflichtung, Verbrechen, welche durch die Presse begangen werden können, nicht bloß nach der That zu bestrafen, sondern denselben auch vor der That so viel als möglich vorzubeugen.

Als das wirksamste Mittel, den Vergehen der Presse vorzubeugen, erkannte man die Censur, die man bereits als eine vollkommen ausgebildete Anstalt vorfand, als die Erweiterung des Gebrauches der Buchdruckerkunst in dem Interesse des Staates es nothwendig machte, an eine Gesetzgebung der Presse zu denken. Der Gedanke, diese Anstalt zu den Zwecken des Staates beizubehalten, lag selbst in jenen Ländern, in denen die Gewalt des römischen Stuhles am frühesten gestürzt wurde, um so näher, als der Staat in denselben sich überhaupt der Aufsicht über alle kirchlichen Einrichtungen bemächtigte. Aber man vergaß, daß die Censur, wie die geistliche Gewalt dieselbe geübt hatte, nicht eine einzelne Einrichtung, sondern Glied eines großartigen, folgerecht durchgeführten Systemes war, in welchem sie ihre bestimmte Stelle ausfüllte, und daß dieselbe, aus diesem Systeme herausgerissen, nothwendig ihren Zweck verfehlen mußte, sofern es nicht gelang, sie auf eine Weise umzugestalten, durch welche ihr eine neue, von der früheren völlig verschiedene Wirksamkeit gesichert wurde. Die Censoren des römischen Stuhles konnten über die Grundsätze, die sie bei der Ausübung ihres Amtes zu beobachten hatten, nie im Zweifel sein, da die Lehren ihrer Kirche ein geschlossenes Ganze bildeten, dem alle Zweige des Wissens untergeordnet waren. Alles, was mit den Ansichten der Kirche im Widerspruch stand, wurde ohne Bedenken gestrichen; sofern es, wider das Gebot des Censors, sich einen Weg in das Publicum zu bahnen wußte, als doppeltes Verbrechen gegen die Lehre und gegen das Gesetz, mit verdoppelter Härte bestraft. Aber welche Grundsätze sollten die von dem Staate eingesetzten Censoren beobachten, nachdem die fortschreitende Entwicklung des Protestantismus es unmöglich gemacht hatte, dem Lehrgebäude des römischen Stuhles ein zweites nachzubilden, dem man gleich umfassende und gleich ausschließende Gültigkeit beigelegt hätte? Wenn früher die Instruction der Censoren dahin lautete, daß sie nur das zum Drucke kommen ließen, was mit den Grundsätzen der Kirche übereinstimmte: so lautete

jetzt die Instruction nicht dahin, daß sie nur das, was mit den Grundsätzen des Staates übereinstimmte, sondern daß sie nichts, was für den Staat gefährliche Folgen haben könnte, zum Drucke kommen ließen.

Hier zeigte sich aber sogleich die Unzulänglichkeit und die Mangelhaftigkeit der ganzen Einrichtung. Die Censur war offenbar von einer kirchlichen Behörde zu einer bloßen polizeilichen Anstalt herabgesunken; und als solche würde sie ohne Zweifel ganz gute Dienste haben thun können, wenn man ihrer Wirksamkeit dieselben Grenzen gesteckt hätte, die in jedem nicht rein despotischen Staate jedem andern Zweige der polizeilichen Thätigkeit gesteckt sind. Wenn die Polizei darauf angewiesen wird, es zu verhindern, daß Bücher oder Schriften in Umlauf gesetzt werden, welche die Sitten untergraben, zur Auflehnung wider die Gesetze aufreizen oder auf andere Weise die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden, so wird kein Verständiger dagegen das Geringste einzuwenden haben. Aber ist es, um diesen Zweck zu erreichen, erforderlich, daß eine aus einer geringen Anzahl von Personen und oft aus einer einzelnen Person bestehende Behörde das Recht erhält, nach Gutachten zu belohnen und zu strafen, zu begnadigen und zu verdammen? Soll dem geistigen Eigenthume nicht dieselbe Achtung und derselbe Schutz gebühren, wie dem materiellen? Oder glaubt man, weil jenes leichter zerstört ist, keine Verpflichtung zu haben, dasselbe zu schonen?

Unserer Meinung nach ist es nicht so schwer, die Censur auf eine Weise einzurichten, die, wenn auch nicht alle Parteien, doch die Gemäßigten und Besonnenen auf beiden Seiten zufriedenstellen würde, sobald man nur den Gesichtspunkt nicht aus dem Auge verlöre, daß dieselbe eine rein polizeiliche Anstalt ist, und als solche den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit untergeordnet bleiben muß, denen jede polizeiliche Anstalt in wohlgeordneten Staaten untergeordnet ist.

Vorschlag eines Censurgerichtes zum Schutze der Presse.

Geschrieben am 10. Januar 1834.

Wenn wir im Allgemeinen nicht in Abrede stellen können, daß die Gesetzgebung der meisten europäischen Staaten sich noch auf einer sehr niedern Stufe der Ausbildung befindet, so gilt dieß doch von keinem anderen Zweige derselben in höherem Grade, als von jenem, der sich auf den Zustand der Presse bezieht. In Bezug auf keinen anderen Zweig der Gesetzgebung herrscht selbst unter den Kundigen und Unterrichteten eine größere Verschiedenheit der Ansichten; und in keinem anderen hat die Verschiedenheit der Ansichten zu größerer Verwirrung geführt. Bei dem Anblicke der Fesseln, in welche die Presse an mehr als an einem Orte geschlagen ist, sollte man meinen, daß es einen Vernichtungskampf zwischen dem irdischen Reiche der Gewalt und dem geistigen des Gedankens gelte, während dessen man auf beiden Seiten für gut befunden habe, jeden gegenseitigen Verkehr abzubrechen.

Das Vaterland der Preßfreiheit in Europa ist Großbritannien. In dem brittischen Inselreiche darf Jedermann schreiben und drucken oder drucken lassen, was er will, ohne daß er dafür irgend einer Behörde verantwortlich wäre, sofern er nicht durch die Verbreitung absichtlicher Verläumdungen oder durch offenbare Aufreizung zu Verbrechen die Ahndung der Gesetze auf sich zieht, die zur Sicherung der Ehre und des guten Namens der Individuen, wie der bestehenden Ordnung im Staate gegeben sind. Die Regierung, entweder, weil sie weiß, daß durch öffentliche Anklagen das Aufsehen nur vermehrt wird, oder weil sie unbillige und alberne Angriffe verachtet, macht selten von dem Rechte der gerichtlichen Verfolgung, welches ihr, wie jedem Privatmanne, zu Gebote steht, Gebrauch. Der Proceß gegen den Herausgeber des „Pilot" zu Dublin, wegen der Aufnahme eines Schreibens von dem berühmten O'Connell, worin dieser das irische Volk zu offener Auflehnung wider die Regierung aufforderte, ist seit einer Reihe von Jahren, während deren es wahrlich an Gelegenheit nicht gefehlt hätte, der erste und der einzige, den man sich mehr durch die Rücksicht auf die eigenthümliche Lage von Ireland, als durch Besorgniß vor dem Einfluß der Presse im Allgemeinen hat aufdrängen lassen.

In Frankreich ist durch die Charte der Grundsatz der Preßfreiheit ausgesprochen; die Censur ist für immer abgeschafft; aber die gesetzlichen Verfügungen, welche in Bezug auf die Presse bestehen, so wie die Art, wie dieselben zur Ausführung gebracht werden, beschränken das Recht der freien Ge-

dankenmittheilung auf eine Weise, welche die Censur, wenigstens in einzelnen Fällen, kaum vermissen läßt. Alle Journale, so wie überhaupt alle Druckschriften, müssen, bevor sie in Umlauf kommen, der Polizeibehörde zur Ansicht vorgelegt werden, und ein einfacher Befehl derselben ist hinreichend, um die ganze Auflage in Beschlag zu nehmen und die Herausgabe bis zu der gerichtlichen Entscheidung zu verhüten. Dieß kommt aber in den meisten Fällen einer völligen Unterdrückung gleich, da ein politisches Journal, welches nicht an dem Tage ausgegeben wird, für den es bestimmt ist, alles Interesse verliert. Außerdem ist die Herausgabe von politischen Journalen durch die hohen Cautionen erschwert, die es nur bemittelten Männern möglich machen, sich auf Unternehmungen einzulassen, bei denen ein oft nicht einmal verschuldetes Versehen vielleicht den Verlust des ganzen Vermögens zur Folge haben kann. Denn zu allen den Vorsichtsmaßregeln, durch welche man den Ausschweifungen der Presse vorzubeugen gesucht hat, kommt noch eine unnachsichtige Strenge der Gesetze für die Fälle, wo die Presse von den Gerichten eines wirklichen Vergehens schuldig befunden oder wenigstens schuldig erklärt wird. Ein einziges Wort kann, wenn das Geschwornengericht sein „schuldig!“ ausspricht, außer einer Gefängnißstrafe von mehreren Jahren, eine Geldbuße von 10,000 bis 20,000 Franken zur Folge haben; und dieß nicht etwa für den frevelnden Schriftsteller, der dasselbe gebraucht, sondern für den unvorsichtigen Herausgeber oder Verleger, ja selbst für den Drucker, der es, aller Wahrscheinlichkeit nach, nicht einmal gelesen hat. Rechnen wir hinzu, daß die Regierung von den Rechten, welche die Gesetzgebung ihr zugesteht, in dem weitesten möglichen Umfange Gebrauch macht, so wird man uns keiner Uebertreibung beschuldigen, wenn wir die Preßfreiheit in Frankreich, bei allen Mißbräuchen, zu denen dieselbe noch immer Veranlassung giebt, für eine ziemlich beschränkte erklären.

Freier ist die Presse in diesem Augenblicke in Belgien und selbst in der Schweiz, weil in beiden Ländern, nach dem Umsturze der alten Gesetzgebungen, keine neuen gesetzlichen Verfügungen über die Presse existiren; und daher nur der im Allgemeinen anerkannte Grundsatz der Preßfreiheit in Anwendung kommt. In Belgien findet sogar der Privatmann gegen Beleidigungen durch die Presse keinen Schutz, indem die Gerichte den Ausspruch des Grundgesetzes: die Presse ist frei, in seiner wörtlichsten Bedeutung nehmen, und die Anwendbarkeit der gewöhnlichen Bestimmungen der Gesetzgebung auf die Vergehen der Presse nicht zugeben. Die Angriffe auf die Regierung, auf die Minister und auf die Person des Königs, mit denen die belgischen Blätter gefüllt waren, überstiegen an pöbelhafter Frechheit oft allen Glauben; die Straflosigkeit hat indessen, wie es scheint, selbst die Wuth der erbittertsten Gegner ermüdet, und es ist allmälig von selbst an die Stelle der früheren leidenschaftlichen Aufregung eine Art von Mäßigung getreten, welche mit der Freiheit der Meinungen wenigstens die Achtung vor dem äußeren Anstande zu vereinigen weiß.

In Deutschland ist der Zeitpunkt, wo es möglich war, eine vernünftige Preßfreiheit zu erringen, durch die Schuld der Schreier, denen es gelungen war, eine Zeitlang sich zu Wortführern der öffentlichen Meinung aufzuwerfen, ungenützt vorübergegangen. Von dem Augenblicke, wo auf dem Landtage des Jahres 1831 die bayerischen Stände das von der Regierung angebotene, für die damaligen Verhältnisse im höchsten Grade freisinnige Preßgesetz zurückwiesen, war das Schicksal der Preßfreiheit in Deutschland entschieden. Auch konnte man es den Regierungen wahrlich nicht verargen, wenn sie bedenklich wurden, als sie den Zustand der Anarchie sahen, zu dem die deutsche Presse während der kurzen Saturnalien herabsank, die der ernsten Aufregung nach dem Sturme der Julitage folgten. Gegenwärtig kann die Sorge des besonnenen Freundes der Freiheit nur darauf gerichtet sein, da an eine Aufhebung der Censur nicht zu denken ist, wenigstens die Feststellung gesetzlicher Schranken für dieselbe zu erlangen. In den meisten Staaten des deutschen Bundes besteht die Censur zu dieser Stunde in derselben Form, in der dieselbe bei ihrer ersten Einsetzung durch die Glaubensgerichte des Mittelalters in das Leben getreten war. Ein Mann, der den Regierungen in den seltensten Fällen durch den Umfang seiner Kenntnisse, in den meisten nur durch die Zuverlässigkeit seiner politischen Gesinnungen ihres Vertrauens würdig erscheint, wird zum Richter der Lebenden und der Todten ernannt. Ihm wird, was zur Bekanntmachung durch den Druck bestimmt ist, zur Prüfung vorgelegt, und er entscheidet mit unumschränkter Machtvollkommenheit, ob ein einzelner Gedanke, oder eine Schlußkette von Gedanken, und vielleicht ein ganzes System zur Belehrung und Aufklärung der Welt freien Umlauf erhalten, oder in die einsame Studierkammer des Denkers mit Protest zurückgeschickt und in derselben unter Schloß und Riegel gehalten werden soll. Eine Berufung von dem Machtspruche des Censors an die vorgesetzte Behörde findet allerdings Statt; aber von dieser dürfte selbst bei gerechten Beschwerden selten Abhülfe zu hoffen sein, weil man einen Beamten, dem eine so mühselige Pflichterfüllung obliegt, gewiß nicht ohne die äußerste Noth durch widersprechende Entscheidungen in seinem Geschäftsgange irre machen wird. Das Schlimmste aber ist, daß man selbst in der unumschränkten Willkür der Censur noch keine hinreichende Sicherheit für den Staat findet. Der Verfasser eines von der Censur genehmigten Aufsatzes muß, sofern derselbe bei der Bekanntmachung Anstoß findet, gleicher Ahndung gewärtig sein, wie bei völliger Befreiung von der Censur; und wenn sich dieß auch bei wirklichen Vergehen oder Verbrechen rechtfertigen ließe, die der Aufmerksamkeit des Censors entgangen sein können, ohne deßhalb weniger straffällig zu sein, so wird es doch hart, sobald die Strafe so sehr außer allem Verhältnisse zu der Schuld steht, wie dieß in einzelnen Fällen wenigstens unzweifelhaft der Fall gewesen ist.

Der Redacteur eines Journals, welches unter der Aufsicht der Censur erscheint, überläßt sich unwillkürlich sowohl in der Aufnahme eingesandter Ar-

tikel, als bei der Ausarbeitung eigener Aufsätze einer gewissen Sorglosigkeit, weil er darauf rechnet, daß die Scheere des Censors das allzu freie Wort, welches der flüchtigen Feder entschlüpft ist, nicht verschonen wird. Ueberdieß sind ihm die Vorschriften, nach denen der Censor sein Verfahren einrichtet, unbekannt, und er glaubt daher genug gethan zu haben, wenn er scharfsinnig und tief Gedachtes oder oberflächlich Aufgegriffenes, wie es sich gerade fügt, nur in eine anständige, den Ton der gebildeten Gesellschaft nicht verletzende Form gebracht hat. Der Aufsatz erscheint. Irgend ein einzelner Ausdruck, eine witzige Anspielung, eine kühne Redewendung erregt unerwartetes Aufsehen. Man spricht herüber und hinüber. Der Censor, der die Erlaubniß zum Druck ertheilte, erhält einen Verweis; aber der Redacteur des Blattes, welches den anstößigen Aufsatz aufgenommen hat, wird nicht etwa gleichfalls durch einen Verweis gewarnt; er wird nicht mit einer Strafe belegt, die ihn auffordert, für die Zukunft vorsichtiger zu sein; sondern das Journal wird ohne Weiteres unterdrückt; und aller der Aufwand von geistigen und physischen Kräften, die darauf verwandt worden sind, so wie das oft sehr bedeutende Capital, welches die Begründung gekostet hat, ist verloren. Rechtliche Hülfe kann nirgend gesucht werden, weil der Staat sich die Polizei über die Presse vorbehalten hat, und weil das Herkommen die Confiscation gegen das geistige Eigenthum, jenes, welches gerade das eigenste, und zugleich das am schwersten zu erwerbende ist, rechtfertigt.

Durch die Censur können Vergehen der Presse verhütet werden, wie durch die Polizei Vergehen des bürgerlichen Lebens; aber darauf muß sich auch die Aufgabe beider Anstalten beschränken, und so wenig die Polizei unumschränkte Richtergewalt über alle Handlungen des bürgerlichen Lebens hat, die nicht bestimmte gesetzliche Verfügungen verletzen, so wenig darf die Censur unumschränkte Gewalt über Aeußerungen haben, durch die nicht irgend eine bestimmte gesetzliche Verfügung verletzt wird. Bei der Censur, wie der Polizei im bürgerlichen Leben können allerdings Rücksichten eintreten, welche nicht immer die strengste Beobachtung der gesetzlichen Formen erlauben; aber wie von der Polizei unter allen Umständen eine Berufung an die gerichtlichen Behörden Statt findet, so sollte auch von der Censur unter allen Umständen eine Berufung an die gerichtlichen Behörden Statt finden. Ueberall sollte neben den polizeilichen Censurbehörden ein eigenes Gericht für die Vergehen der Presse bestehen, welches auf der einen Seite gegen Autoren und Verleger einzuschreiten hätte, wo die Censur sich unzureichend erwiese, bei welchem auf der andern Seite aber auch Schriftsteller und Buchhändler Schutz gegen willkürliche Bedrückungen fänden, die weder durch die Berufung auf gesetzliche Verordnungen, noch auf Rücksichten der höheren Polizei zu rechtfertigen wären. In allen Dingen ist es nur die Willkür, die empörte; das Vertrauen, welches die Regierungen selbst bei den Wohlgesinnten verlieren, sobald sie durch willkürlichen Druck die freie Gedankenmittheilung hemmen würde ungestört blei-

ben, sobald man durch rechtliche Formen das geistige Eigenthum und die Freiheit der geistigen Bewegung gesichert sähe. Oder glaubt man, daß die Willkür allein einen Schutz gewähre, der von der Beobachtung rechtlicher Formen nicht zu erwarten stehe? Vielleicht, wenn es möglich wäre, auf dieselbe Weise wie das gedruckte Wort, auch das gesprochene oder den schweigenden Gedanken zu bewachen. Aber vergesse man nicht, daß die leiseste Andeutung von gewaltigerer Wirkung ist, wenn die Gemüther durch die Gefahr in fieberhafter Spannung gehalten werden, als die lauteste Rede, so lange man mit gleicher Unbefangenheit das Für und Wider anhören kann. Nirgend war die Presse unter schärfere Aufsicht gestellt, und einem härteren Druck unterworfen, als seit dem Sturze Napoleons in Italien, aber die Censur hat so wenig die Revolutionen von Piemont und Neapel vor der französischen Julirevolution, als die Ausbrüche der Romagna nach der Julirevolution verhüten können. Das Vertrauen ist die Mutter der Treue; aber das Vertrauen verschwindet, sobald die ängstliche Sorge sich demselben an die Ferse heftet.

Die Maßregeln zur Beaufsichtigung der Presse.

Geschrieben am 16. September 1834.

Ein auswärtiges Blatt, welches uns bereits öfter die Auszeichnung erwiesen hat, die Deutsche Nationalzeitung mit guten Lehren und wohlgemeinten Rathschlägen zu beehren, die zum Unglücke nur selten an ihrem Orte waren, — der Temps — macht es uns zum Vorwurfe, daß wir uns die überflüssige Mühe gegeben, unsere Stimme gegen die Einführung des Monopols in den deutschen Buchhandel zu erheben*), und fordert uns auf, lieber zu erklären, wie weit es mit den Angelegenheiten der Presse, oder vielmehr mit der Sache der Censur in Deutschland gediehen wäre. Wir sehen keinen Grund, warum wir die Neugierde unseres aufmerksamen Collegen nicht befriedigen sollten, zumal da wir dadurch eine Gelegenheit erhalten, durch die That zu beweisen, daß es mit der Presse in Deutschland, wenn auch gerade nicht zum

*) S. d. deutsche Presse, 17. Febr.

Besten, doch in der That noch nicht so schlimm bestellt ist, als man jenseit des Rheines und jenseit des Canales voraussetzt. Die Mächte haben durch den außerordentlichen Einfluß, welchen die periodische Presse auf den Gang der politischen Entwicklung im westlichen Europa übt, und noch mehr durch die Ausschweifungen, denen dieselbe während der kurzen Zeit ihrer unbeschränkten Freiheit im südlichen Deutschland sich hingab, sich überzeugt, daß es nicht rathsam sei, eine so gefährliche Waffe ohne Aufsicht Jedermann zu beliebigem Gebrauche zu überlassen. Ueber die Beschlüsse, die auf dem Wiener Ministereongresse in dieser Beziehung gefaßt worden sind, ist bisher weder auf amtlichem noch auf irgend einem andern Wege das Geringste bekannt geworden, da überhaupt über die Verhandlungen jener erlauchten Versammlung fortwährend das strengste Geheimniß beobachtet wird. Aus den Maßregeln, die in der letzten Zeit von einzelnen Regierungen in Bezug auf die Presse getroffen worden sind, läßt sich indessen mit ziemlicher Sicherheit schließen, daß man übereingekommen ist, ein möglichst gleichmäßiges System der Gesetzgebung in dieser Hinsicht in ganz Deutschland einzuführen. Die letzten Spuren der Ungleichartigkeit, die in einzelnen Staaten noch bestanden, sind durch neuere Verfügungen verwischt worden. So sind in dem Großherzogthume Baden für alle jene Blätter, die bisher nur einer oberflächlichen Beaufsichtigung unterworfen waren, besondere Censoren niedergesetzt. In dem Großherzogthume Darmstadt ist ein strenges Verbot gegen die sogenannten Censurlücken ergangen, mit denen freilich hier und da arger Mißbrauch getrieben worden war. Ueberall wird die Censur nach Grundsätzen gehandhabt, die eine zu sichtliche Uebereinstimmung verrathen, als daß dieselben nicht aus gemeinschaftlichen oder wenigstens in gemeinschaftlichem Geiste abgefaßten Instructionen hervorgegangen sein sollten.

Dagegen läßt sich vernünftiger Weise nichts erinnern. Denn offenbar wäre es eine sonderbare Täuschung, wenn man glaubte, an dem einen Orte in Deutschland die äußerste Milde gegen die Presse nachsehen zu können, während an dem andern die außerordentlichste Strenge geübt würde. Nur der österreichische Kaiserstaat ist in seinen Erbländern von dem übrigen Deutschland schroff genug abgesondert, um sebst von dem subtilen Gifte der Meinungen keine Ansteckung befürchten zu dürfen. In Preußen, wo man die Presse streng genug beaufsichtigt, ist es zwar möglich, verbotenen auswärtigen Journalen, die durch die Post versandt werden, aber keineswegs durch den Buchhandel verbreiteten Werken den Eingang zu verwehren. Nicht selten soll selbst in Preußen das Verbot eines Buches gerade erst das Glück desselben gemacht haben. So erinnern wir uns noch jetzt — weil es bedenklich wäre, andere Erfahrungen als unsere eigenen anzuführen — mit welcher Begierde das bekannte Werk von Görres „Deutschland und die Revolution" gelesen wurde, nicht weil die Ansichten desselben der öffentlichen Meinung entsprochen hätten, der sie vielmehr in den wesentlichsten Punkten auf das Schroffste entgegen traten, sondern aus dem einfachen Grunde, weil das Buch verboten war. In ungleich höherem Grade zeigt

sich die Unwirksamkeit einseitiger Verbote oder einseitiger Beschränkungen aber in den kleineren deutschen Staaten, da man nur wenige Stunden zu gehen, zu reiten oder zu fahren braucht, um eine Schrift, die in dem einen Staate verboten ist, in dem andern mit aller Gemächlichkeit zu lesen.

Wenn es daher leicht war, sich zu überzeugen, daß Anordnungen über die Presse, die von einiger Wirksamkeit sein sollten, in ganz Deutschland oder wenigstens in den kleineren constitutionellen Staaten Deutschlands gleichmäßig getroffen werden mußten, so unterlag es dagegen nicht geringen Schwierigkeiten, sich über das Maß zu vereinigen, nach dem jene Anordnungen zuzuschneiden waren. Wollte man die Bestimmungen, welche in Bezug auf die Presse in dem österreichischen Kaiserstaate gelten, auf das ganze übrige Deutschland anwenden, so würde man nicht allein in den constitutionellen deutschen Staaten, sondern auch in Preußen sich zu Veränderungen in der bestehenden Gesetzgebung oder in dem durch die Gewohnheit geheiligten Zustande haben bequemen müssen, die selbst in den Cabinetten schwerlich allgemeine Billigung gefunden hätten. Preußen ist vielleicht das Land, das in allgemeiner geistiger Bildung allen übrigen deutschen Staaten am meisten vorangeschritten ist. Nirgend in ganz Deutschland giebt es so viele hochgebildete Geschäftsmänner und Beamten als in Preußen. Das preußische Schulwesen verdient, wenn wir eine zuweit getriebene Vorliebe für das classische Alterthum abrechnen, allen übrigen deutschen Staaten zum Muster vorgehalten zu werden. Nichts schien daher näher zu liegen, als daß man die Grundsätze der preußischen Verwaltung in Bezug auf die Presse zu dem allgemein gültigen Maße erhob, nach dem in ganz Deutschland gemessen werden sollte. Unglücklicher Weise standen dem aber die Verbindlichkeiten entgegen, welche die Fürsten in mehreren kleinen deutschen Staaten durch ihre freiwillig verliehenen Verfassungsurkunden übernommen hatten. Während nach der preußischen Gesetzgebung das umfangreichste wissenschaftliche Werk so wenig, als die kleinste öffentliche Anzeige von der Vorsorge der Censur befreit ist, beschränkt die bayerische Verfassung die Censur nur auf politische Zeitschriften, indem Alles, was nicht in das Gebiet der periodischen Literatur fällt, und selbst in dieser, was sich nicht auf Politik bezieht, wenn auch nicht von aller Beaufsichtigung, doch von jeder eigentlichen Censur vollkommen frei ist. In der neuesten Zeit hat man zwar die Begriffe der periodischen Literatur oder der Journalistik und der Politik in München so weit ausgedehnt, daß die Besorgnisse, welche früher die Ausschweifungen der Presse hier erwecken konnten, bis auf die letzte Spur verschwunden sind, dennoch zweifeln wir sehr, ob die bayerische Regierung von den durch die Verfassung bestimmt und unzweideutig ausgesprochenen Grundsätzen das Geringste aufgeben wird; und sofern es noch zu einer allgemeinen Gesetzgebung über die Presse kommen sollte, würde man sich daher genöthigt sehen, nicht den preußischen noch österreichischen, sondern den bayerischen oder einen wenigstens eben so freisinnigen Maßstab zum Muster zu nehmen.

Unsere persönliche Meinung ist hinreichend bekannt. Diese ist, daß die Censur überhaupt den Zweck, den man bei derselben vor Augen hat, in der Hauptsache völlig verfehlt. Das unschuldigste Blatt, welches einer Censur unterworfen ist, wirkt in den meisten Fällen nachtheiliger, als das wüthendste revolutionaire Gewäsch, welches frei in die Welt geht und nur von einer geringen Gabe Gegengift begleitet ist. Die meisten Menschen lesen in politischen Blättern, wie überhaupt in Allem, was sie lesen, weniger die Ansichten des Verfassers, als ihre eigenen Ansichten, die sie hier bestätigt finden und dort so ungenügend widerlegt, daß die Widerlegung ihnen gleichfalls zur Bestätigung wird. In einem von der Censur verstümmelten oder auch nur möglicher Weise verstümmelten Aufsatze liest aber ein Jeder vollends, was ihm beliebt; denn wer weiß, ob der Verfasser nicht eigentlich das gerade Gegentheil von dem hatte sagen wollen, was gedruckt dasteht? Und glaube man nicht, daß es an Auslegern in diesem Sinne fehlt; je roher das Urtheil, je weiter von freier selbstständiger Bildung entfernt, um so leichter ist es, nicht etwa zu leiten, sondern zu verwirren.

Man sei vorsichtig in der Ertheilung der Concessionen zu der Herausgabe von Zeitschriften und strenge in den Strafen gegen Mißbräuche der Presse, so wird man die Censur, wenn dieselbe völlig abgeschafft wäre, schwerlich vermissen. Durch Maßregeln, die mittelbar wirksam sind, gelangt man in den meisten Fällen sicherer zum Ziele, als indem man demselben auf dem nächsten Wege entgegensteuert.

Freiheit im antiken und im modernen Sinne.

Geschrieben am 13. Januar 1834.

Als die wichtigste Aufgabe der Staatskunst ist zu allen Zeiten die Bestimmung des Grades der Theilnahme erkannt worden, der dem einzelnen Bürger an der Verwaltung gestattet werden darf. In den Freistaaten des classischen Alterthums war der Begriff der persönlichen Freiheit mit der Theilnahme an der Verwaltung so innig verbunden, daß es als ein Zeichen der Unfreiheit galt, von der Anordnung der öffentlichen Angelegenheiten ausge-

schlossen zu sein. Die Staatsumwälzungen, die in der alten Welt verhältnißmäßig ungleich häufiger waren, als in der neueren Zeit, hatten fast durchgängig das Aufstreben der von der Verwaltung ausgeschlossenen Stände zur Veranlassung, die zu der Theilnahme an der Verwaltung zugelassen zu werden verlangten. Anders ist dieß in unseren Tagen, wo die Begriffe vom Staate und von den Aufgaben und Bedingungen des Staatslebens schärfer ausgebildet sind. Unter Freiheit verstehen wir nicht die thätige Theilnahme an der Verwaltung, sondern die persönliche Unabhängigkeit und Unbeschränktheit in dem eigenen Thun und Lassen. Als der freieste Mann gilt uns nicht der, welcher über die Angelegenheiten des Ganzen am meisten mitzusprechen hat, sondern jener, der in der Anordnung seiner eigenen Angelegenheiten von fremdem Einflusse am wenigsten bestimmt wird. Nach dem Begriffe, den man in der alten Welt von der Freiheit hatte, war Freiheit nur in den Republiken möglich, denen wir Deutschen, das Alterthum nachahmend, deßhalb auch vorzugsweise den Namen der Freistaaten gegeben haben. Nach neueren Begriffen ist die ausgedehnteste Freiheit mit jeder Form der Staatsverfassung vereinbar; und es ist in der That wohl kaum zu leugnen, daß in einer Monarchie, in welcher das Staatsoberhaupt die unumschränkteste Gewalt hat, dennoch die einzelnen Bürger in ihrem Thun und Lassen viel weniger beschränkt, viel freier sein können, als in einem Freistaate, wo zwar Alle über die Angelegenheiten des Ganzen ihre Stimme abzugeben hatten, zugleich aber auch über die persönlichen Angelegenheiten jedes einzelnen Bürgers eine fortwährende Aufsicht führten, und auf das Thun und Lassen desselben einen mehr oder weniger beschränkenden Einfluß übten, wie dieß in den Republiken des Alterthums der Fall war. Der Hauptzweck der meisten politischen Bestrebungen der neueren Zeit war beinahe immer Erweiterung und Sicherstellung der persönlichen Freiheit. Beinahe alle die großen Staatsumwälzungen der neueren Zeit hatten wenigstens im Anfange nicht, wie im Alterthume, Erweiterung der politischen Rechte, sondern Erweiterung oder Sicherstellung der persönlichen Freiheit zum Zweck. Man suchte einen lästig gewordenen Druck abzuwerfen, und war, sobald dieß gelang, nur darum bekümmert, sich für die Zukunft gegen die Wiederkehr eines ähnlichen Druckes zu sichern, ohne deßhalb eine Theilnahme an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten für sich in Anspruch zu nehmen.

Auf diese Weise erklärt sich die Lauheit, die nach jeder der Revolutionen unserer Tage die große Masse in Bezug auf die Anordnung der neuen Staatseinrichtungen bewies, welche an die Stelle der alten umgestürzten Verfassungsformen traten. Das, was die große Masse des Volkes in den meisten Fällen verlangte, war persönliche Freiheit; um alles Uebrige, was auf die persönliche Freiheit keinen unmittelbaren Einfluß hatte, blieb man unbekümmert. Ueberall war es nur eine geringe Zahl von Einzelnen, die den innigen Zusammenhang in der Beschaffenheit der öffentlichen Einrichtungen im Großen

weil es dem Staate nicht gleichgültig sein kann, von welchen innern Triebfedern jene Massen geleitet werden, die dem Gebäude der gesellschaftlichen Ordnung zur Grundlage dienen. Deßhalb hat der Staat sich nicht allein der öffentlichen Erziehung bemächtigt, sondern er greift auch in die Privaterziehung ein, indem er dieselbe nur öffentlich geprüften Lehrern überläßt. Einen sonderbaren Gegensatz zu allen übrigen Einrichtungen des monarchischen Staates bildete bisher die Gesetzgebung der Presse. Wäre die Presse wirklich nur ein Mittel zur Gedankenmittheilung, wie die Sache von Vielen angesehen wird, so wäre es zu rechtfertigen, wenn der Staat dieselbe ganz sich selbst überließe und sich höchstens eine gemäßigte polizeiliche Aufsicht vorbehielte. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß die Presse zugleich das gewaltigste Werkzeug zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung, oder das bedeutendste Mittel zur Volkserziehung ist; und wenn die Presse daher nicht fortwährend Störungen in dem geregelten Gange des Staatslebens hervorrufen soll, wird dieselbe den gleichen Gesetzen unterworfen werden müssen, wie alle übrigen Zweige der Erziehung.

Die Censur, wie dieselbe gegenwärtig geübt wird, ist eine dem monarchischen Staatsleben durchaus widersprechende Einrichtung. Der monarchische Staat weist seinen Bürgern die Richtung an, in der sie sich bewegen sollen; aber er gestattet ihnen in dieser Richtung die freieste Entwicklung ihrer Kräfte. Die Censur weist der Presse keine Richtung an, weil dieselbe nur auf das Ausmerzen des Anstößigen angewiesen ist, dagegen hemmt sie die freie Bewegung in jeder beliebigen Richtung, eben so sehr in jener, die das Wohl des Ganzen zu fördern, als die es zu hindern strebt. Das einzige Mittel, welches dem Staate zu Gebote steht, um sich einen wohlthätigen Einfluß auf die Presse zu verschaffen, ist das freilich scharf durchgreifende und harte, daß der Staat die Schriftstellerei von ähnlichen Bedingungen abhängig macht, wie die Erziehung, und wie in anderen Richtungen des öffentlichen Lebens die ärztliche und die juridische Praxis. Auf den ersten Anblick wird dieß als eine unerhörte Beschränkung erscheinen; und man wird es uns vorwerfen, daß wir an die Stelle der Censur etwas ungleich Schlimmeres setzen wollten. Wenn man indessen bedenkt, daß keine noch so große Erschwerung der äußeren Bedingungen des Gelingens das wahre Talent zu unterdrücken vermag; daß dagegen das ausgezeichnetste Talent keinen Schutz gegen die vernichtende Gewalt einer ungeschickt gehandhabten Censur bietet, so wird man gewiß mit uns der Meinung sein, daß die äußerste Erschwerung des schriftstellerischen Auftretens, wenn dieselbe mit Aufhebung der dann entbehrlich gewordenen Censur verbunden würde, für die deutsche Presse immer noch ein dankenswerther Gewinn wäre. Jede Beschränkung durch das Gesetz stärkt die zurückgedrängte Kraft; nur die willkürliche Gewalt lähmt und tödtet.

zu führen versucht hat, nicht bewährt. In Ländern, wo die niedern Stände, der Landmann, der unbemittelte Bürger auf einer sehr niederen Stufe der politischen Ausbildung stehen, fällt es leicht, die Personen, welche denselben angehören, durch die albernsten Vorspiegelungen zu gewinnen; außerdem stehen die meisten in persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen, und sie geben daher bei öffentlichen Wahlen ihre Stimmen nicht nach eigener Ueberzeugung, sondern fast immer nach dem Willen oder der Meinung Anderer und in den meisten Fällen gerade nach dem Wunsche jener Stände, die durch ihre Vorrechte die Freiheit am meisten gefährden, und deren Einfluß auf die Verwaltung daher der schärfsten Beaufsichtigung bedürfte. So ist dieß in Belgien geschehen, wo die allzu liberale Ausdehnung des Wahlrechtes, statt der Freiheit zu nutzen, derselben nur geschadet hat, indem dieselbe alle Macht in die Hände der katholischen Geistlichkeit gab. Dasselbe würde, in noch höherem Grade, in Spanien der Fall sein, wenn die französischen Liberalen dieses Land mit einer Verfassung nach ihrem Zuschnitte beglückten. Offenbar würde eine Verfassung, die das allgemeine Stimmrecht einführte, wie dieß von den Ultraliberalen verlangt wird, die Gewalt auf das Neue in die Hände der Mönche legen, die unter der großen Masse des niederen Volkes gewiß die meisten Stimmen für sich vereinigen würden. Selbst in Frankreich, wo der Einfluß der Geistlichkeit, wie der Einfluß des großen Grundbesitzes durch so viele Revolutionen gebrochen worden ist, würde eine Ausdehnung des Wahlrechtes auf alle in das Mannesalter getretenen Bürger, wie die Republicaner sie fordern, zur nächsten Folge wahrscheinlich nicht die Erweiterung, sondern den Umsturz aller öffentlichen Freiheiten haben, indem immer noch der Einfluß der früheren bevorrechteten Stände auf das niedere Volk viel zu groß ist, als daß das Gewicht der neueren politischen Ansichten demselben die Waage halten könnte. Entscheidend ist in dieser Beziehung die Thatsache, daß mit den Republicanern auch die Anhänger der Bourbonen auf die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes dringen. Oft ist der Weg, der am nächsten zum Ziele zu führen scheint, gerade jener, welcher am weitesten davon abführt. Darum ist es so schwer, wahre Freiheit von der falschen eingebildeten Freiheit und die wahren Freunde der Freiheit von den falschen Freunden zu unterscheiden.

Undeutsche Gesinnung in Deutschland.

Geschrieben am 11. September 1834.

Es ist in französischen und englischen Blättern so oft wiederholt worden, daß der Frieden in Europa von dem Bunde zwischen England und Frankreich abhänge, daß man zuletzt es kaum hat vermeiden können, an die Wahrheit dieser Behauptung zu glauben, obwohl es bei einiger Unbefangenheit des Urtheils geringen Scharfblickes bedarf, um sich zu überzeugen, daß es um den europäischen Frieden in der That schlecht bestellt wäre, wenn derselbe keine anderen Hüter hätte, als die verbündeten Mächte des Westens. Die nahe liegende deutsche Ansicht wird in Deutschland selten vernommen. Alles, was bei uns, selbst in den höheren Kreisen der Gesellschaft, von politischen Ansichten vorhanden, ist entweder unmittelbar aus fremden Blättern entlehnt, oder doch durch die verschiedenen Meinungsschattirungen derselben mehr oder weniger gefärbt. Die deutsche Journalistik, so fruchtbar sie ist, nährt sich beinahe ausschließlich von Uebersetzungen oder Auszügen aus den fremden Journalen; der unbedeutendste politische Aufsatz, der das Glück gehabt hat, in einer französischen oder englischen Zeitung eine Stelle zu finden, wird in hundert verschiedenen Bearbeitungen über ganz Deutschland verbreitet. Von Zeit zu Zeit, wenn die Unwissenheit sich gar zu arg verräth, oder wenn gegen die politischen Grundsätze der Regierungen gar zu schroff verstoßen ist, wird dem Gifte das Gegengift beigegeben, indem eine kurze Berichtigung in dem bekannten und beliebten Canzleistyle den Leser aufklärt, was er von den Ansichten des Franzosen oder Engländers zu halten habe. Zum Unglücke vergißt man, daß die Widerlegung eines einzelnen Satzes ohne allen Nutzen bleibt, wenn die Grundansicht, welcher derselbe angehört, sich täglich in hundert verschiedenen Verkleidungen unbeachtet eindrängt. Die Ursache der meisten Zerwürfnisse zwischen Fürsten und Ständen, oder zwischen den Regierungen und dem Volke in Deutschland, die man oft mit gleichem Unrecht auf beiden Seiten in bösem Willen gesucht hat, liegt vielmehr in dem Mangel an einer eigenthümlichen deutschen Gesinnung und in der falschen Anwendung undeutscher von den Franzosen oder Engländern erborgten Ansichten auf deutsche Verhältnisse. Glaube man nicht, daß wir damit den Regierungen ein Compliment machen wollten, als ob sie allein immer auf dem richtigen Wege fortgeschritten wären, während das Volk allein sich durch die Irrlehren der Fremden habe verführen lassen. Alle Behörden sind aus einzelnen Menschen zusammengesetzt, und diese einzelnen Menschen sind denselben Irrthümern unter-

worfen, wie jedes andere Mitglied des Volks- und Staatsverbandes. Wenn unter dem Volke durch die Journale des Auslands verkehrte Ansichten über den Zweck und die Bedeutung des Staates verbreitet worden sind, die an einzelnen Orten zu den bedenklichsten Mißverhältnissen geführt haben, so sind die Regierungen durch dieselben Lehren des Auslandes zu Fehlgriffen verleitet worden, die nicht weniger bedenkliche Mißverhältnisse zur Folge gehabt haben. Die verwickelten Verwaltungsformen, die man in manchen unserer deutschen Staaten eingeführt hat, sind französischen Mustern nachgebildet, die zu unseren deutschen Verhältnissen nicht schlechter passen würden, wenn man sie aus dem Monde herabgeholt hätte.

Revolutionaire Aufregung von der einen Seite, unzweckmäßige Verwaltung von der andern, sind die Früchte, die wir unsern fremden Lehrmeistern verdanken. Der Uebelstand wird von allen Seiten zugegeben. Die Frage bleibt nur, wie demselben, nachdem er einmal eingerissen ist, begegnen? Zwei Mittel, die sich zunächst darzubieten scheinen, hat man so oft und mit so geringem Erfolge versucht, daß wir überrascht sind, wenn wir dieselben auch jetzt noch als die letzte Zuflucht angenommen sehen. Das Verbot der auswärtigen Journale und die Censur der inländischen sind gleich unwirksam, weil beide Maßregeln nur im Einzelnen vorbeugen, aber auf keine Weise die allgemeine alle Dämme überfluthende Ueberschwemmung der fremden Ideen hemmen können. Die strengste Censur kann es zwar hindern, daß ausschweifende Irrlehren und directe Aufforderungen zur Revolution, aber nicht daß undeutsche Ansichten verbreitet werden. Wir machen uns anheischig, nachzuweisen, daß Blätter, die unter dem unmittelbaren Schutze der Regierungen stehen, und bei deren Begründung man gewiß an diese Folge nicht gedacht hat, eben so viel zu der Verbreitung undeutschen Sinnes und damit zu der Verbreitung politischer Gährungsstoffe beigetragen haben, als die wüthendsten Demagogen und die gefährlichsten Wortführer der Revolution. Wenn die preußische Staatszeitung die Urtheile der französischen Blätter über Maßregeln der französischen Regierung zusammenstellt, so beabsichtigt man freilich nichts Anderes, als ein treues Bild der Zeit in allen ihren Bewegungen zu geben, aber man giebt zugleich, ohne es zu wollen, einen Maßstab, und noch dazu einen wenig passenden, zu der Beurtheilung der heimischen Verhältnisse, und man darf sich nicht wundern, wenn ein Urtheil, das auf solche Weise gebildet wird, hier und da verkehrt ausfällt.

Noch unwirksamer, als die Censur, die wenigstens von dem Gröbsten reinigt, ist das Verbot der auswärtigen Journale. Selbst dann, wenn man diese Maßregel mit der äußersten Strenge durchführen, wenn man alle auswärtigen Journale verbieten wollte, würde man bei dem vermehrten Reize der Neugierde die Verbreitung der bedenklichsten Artikel durch handschriftliche Mittheilung nicht hindern können. Auch kann man die Reisen in das Ausland nicht verbieten, und wenn die französischen Journale nicht mehr zugelassen

würden, so würde sich bald ein geheimer Verkehr zwischen dem linken und dem rechten Rheinufer bilden, der alle Vorsichtsmaßregeln vereitelte. Die Verhaftungen von Personen, die aufrührerische Schriften verbreiten, gehören im südlichen Deutschland noch immer zu der Tagesordnung; aber sie beweisen nicht allein die Wachsamkeit der Polizei, sondern noch mehr das Dasein von Vergehen, die in vielen Fällen verübt sein können, ehe sie in einem einzelnen entdeckt werden.

Die Polizei ist überhaupt, wie vortrefflich sie auch eingerichtet sein mag, wenn sie sich in einen Kampf mit Ideen einlassen soll, im Nachtheile. Meinungen lassen sich durch Meinungen, nie aber durch polizeiliche Maßregeln verdrängen. Das einzige wirksame Mittel, durch welches man hoffen darf, der Verbreitung irriger Ansichten über Politik und Staatsleben zu steuern, ist, daß man sich die Mühe nimmt, richtige Ansichten zu verbreiten. Dazu hätte man denn nun freilich nicht übel Lust, wie die Begründung einer ganzen Menge von Journalen, die — wie man behauptet — in dem Interesse der Regierungen geschrieben werden, außer Zweifel setzt. Unglücklicher Weise sind die Meinungen in der Welt so verschieden, daß nicht leicht zwei Menschen sich darüber vereinigen werden, welche Ansicht in allen Stücken die richtige sei. Jedermann hält seine eigene Ansicht für die richtigste; und der Dummkopf oder der Heuchler, der gar keine Ansicht hat und bereitwillig die Ansicht des Andern annimmt, ist willkommener, als der Klügste, dessen Meinung auch nur um die Breite eines Haares von der einzig richtigen abweicht. Dabei vergißt man, daß ungeschickte oder falsche Freunde der besten Sache mehr schaden können, als der gefährlichste Feind, und daß das verständigste Mittel seinen Zweck verfehlt, wenn es auf ungeschickte Weise angewandt wird. So viele Fehlgriffe aber auch bei Versuchen dieser Art gemacht sein mögen, bleiben wir dennoch der Ueberzeugung, daß die deutschen Regierungen sich nur herablassen dürfen, in deutscher verständlicher und aufrichtiger Rede zu dem deutschen Volke zu sprechen, um überall Gehör zu finden und jeder fremden Einflüsterung den Eingang zu verschließen. Man setze deutsche Gesinnung der fremden gegenüber, und man wird von dieser nichts mehr zu fürchten haben.

Die Universität Leipzig vor der sächsischen Ständeversammlung.

Geschrieben am 9. Juni 1834.

Die Verhandlungen, die auf dem sächsischen Landtage in Bezug auf das Fortbestehen der Universität Leipzig Statt gefunden, verdienen die aufmerksamste Beachtung jedes deutschen Vaterlandsfreundes. Zum ersten Male hat man in einer deutschen Ständeversammlung es gewagt, Zweifel gegen die Zweckmäßigkeit der gegenwärtigen Einrichtung jener uralten und berühmten Anstalten auszusprechen, die mit Recht als die vornehmsten Pflegerinnen der Wissenschaft durch viele Jahrhunderte betrachtet werden, und deren Sache, so oft dieselbe gefährdet war, noch von jeher Alles um sich vereinigt hat, was Deutschland — wir wollen nicht sagen — an wissenschaftlicher Bildung, aber an gelehrtem Ruhme und an Auszeichnung in irgend einem Fache der Wissenschaft besaß. Fast immer sind auch die Angriffe gegen das Universitätswesen entweder von dünkelhafter Unwissenheit und Beschränktheit oder von entschiedener Feindseligkeit gegen alles wissenschaftliche Streben oder, was gleichbedeutend ist, gegen die Freiheit in der Wissenschaft ausgegangen; fast immer war es die einseitige Forderung des gemeinen Nutzens oder des unmittelbaren Vortheils, die sich gegen die höheren Zwecke der fortschreitenden Entwickelung des menschlichen Geistes geltend machte; und solchen Gegnern geschah daher kein Unrecht, wenn sie mit den Barbaren verglichen wurden, die, um einige elende Metallklammern zu gewinnen, die schönsten Bauwerke des Alterthums zerstört haben. Zu unserm Bedauern müssen wir gestehen, daß auch der jüngste Angriff in der sächsischen Abgeordnetenkammer zwar von besserer Absicht, aber schwerlich von gründlicherer Einsicht zeugt. Auch wir sind der Meinung, daß unsere Universitäten in ihrer gegenwärtigen Einrichtung den Zweck, der mit denselben verbunden ist, nur sehr unvollkommen erfüllen; daß ein großer Theil der Einrichtungen, die gedankenlos von Geschlecht zu Geschlecht fortgeerbt worden, in unserer Zeit nicht allein veraltet und unnütz, sondern nachtheilig und verderblich ist; aber wir verlangen deßhalb weder die Aufhebung der Universitäten, noch die Vernichtung ihrer Selbstständigkeit als geschlossener wissenschaftlicher Corporationen, sondern wir wünschen die Abstellung offenbarer Mißbräuche in den bestehenden Einrichtungen und besonders die Begründung anderer Anstalten neben den Universitäten, welche diese in einem Kreise, dessen Bedürfnisse sie nicht befriedigen können, ersetzen.

Als die Universitäten errichtet wurden, war das classische Alterthum das

unerreichte Vorbild aller geistigen Bildung. Nicht bloß jene poetische und künstlerische Seite der classischen Bildung, die bis auf diese Stunde bewundert wird und die bewundert werden wird, so lange der Sinn für das Schöne auf der Welt nicht erloschen ist, sondern auch die wissenschaftliche war der Gegenstand einer oft abgöttischen Verehrung. In der Mathematik, in der Philosophie, in der Kenntniß des Himmels und der Erde waren die Alten die Lehrer, denen man blindlings folgte. Alle volksthümliche Keime der Bildung wurden gewaltsam unterdrückt, um den gediegeneren Grundlagen Platz zu machen, die man aus dem classischen Alterthume entlehnte. Wenn seitdem die Wissenschaften einen gewaltigen Aufschwung genommen und wenn einzelne Zweige des Wissens eine völlig veränderte Gestalt gewonnen haben, so dürfen wir uns nicht verbergen, daß die ersten Elemente der spätern großartigen Entwickelung von den Alten erborgt sind, und daß eben deßhalb, weil diese Entwickelung aus jenen Elementen hervorgegangen ist, weil der Geist des Alterthumes sie genährt hat und fortwährend nach allen Richtungen durchdringt, die Kenntniß des classischen Alterthumes beständig die erste Bedingung jeder gründlichen und umfassenden wissenschaftlichen Bildung bleiben wird.

Als Anstalten zu der Pflege wahrer Wissenschaft und zu der Verbreitung gründlicher und gelehrter wissenschaftlicher Bildung sind die Universitäten unentbehrlich. Die Aufhebung der Universitäten oder auch nur eine ungeschickte Beschränkung derselben würde das Zeichen zu dem Verfalle deutscher Wissenschaft und zu dem Untergange aller gründlichen Gelehrsamkeit in Deutschland sein. Die Frage ist nur, ob die Universitäten, weil sie vortrefflich geeignet sind zu der Bildung von Gelehrten, deßhalb alle Forderungen erfüllen, die man mit Recht an die höchsten allgemeinen Bildungsanstalten einer Nation richtet; und ob, sofern dieß nicht der Fall ist, der Mangelhaftigkeit des Universitätswesens nicht auf eine Weise abgeholfen werden könnte, welche die Sache der Wissenschaft förderte, statt dieselbe zu gefährden.

Im Mittelalter, dem die Universitäten ihre Entstehung verdanken, war Gelehrsamkeit und wissenschaftliche Bildung gleich bedeutend. Es gab keinen anderen Weg, um zu den Ergebnissen des menschlichen Forschens zu gelangen, als den schwierigen und steilen eines umfassenden gelehrten Studiums. Die Zahl der Gebildeten war damals beschränkter, als es jetzt die Zahl der Gelehrten ist. Niemand dachte daran, ein gewisses Maß von wissenschaftlichen Kenntnissen als ein unentbehrliches Erforderniß des bürgerlichen Lebens anzusehen. Seitdem hat die Wissenschaft nicht allein eine höhere Stufe ihrer Ausbildung erreicht, sondern es sind auch leichtere und bequemere Wege entdeckt worden, auf denen man sich dem Ziele derselben nähert. Gelehrsamkeit läßt sich heut zu Tage, wie in früheren Zeiten, nicht ohne außerordentliche Anstrengungen und ohne außerordentliche Anlagen erwerben; — auch haben in unseren Tagen, wie immer, nur Wenige Lust und Beruf, sich zu Gelehrten auszubilden. Eine gewisse wissenschaftliche Bildung ist aber jedem, der

nicht völlig von der Natur vernachlässigt ist, oder der nicht in den drückendsten äußeren Verhältnissen lebt, erreichbar, und es gilt nicht bloß in den höheren, sondern auch schon in den mittleren Classen der Gesellschaft als ein Vorwurf, wenn man nicht als ein Gebildeter anerkannt wird.

So allgemein demnach das Bedürfniß der Bildung ist, so unzulänglich sind doch die Mittel zur Erlangung derselben; und hier können wir, wenn wir unsere Augen nicht gegen den hellen Tag verschließen wollen, nicht umhin, zuzugeben, daß einen großen Theil der Schuld unser Universitätswesen trägt. Die Universitäten, obwohl nur zu der Bildung von Gelehrten bestimmt, nehmen alle Kräfte in Anspruch, die der Staat auf Verbreitung einer allgemeinen Bildung verwendet. Sind doch in vielen Gegenden selbst die niedrigsten Schulen nur auf die Vorbereitung zu dem Universitätsstudium eingerichtet. Eine ungeheure Masse von geistigen und physischen Kräften wird völlig nutzlos verschwendet, weil junge Leute, die das Bedürfniß fühlen, sich wissenschaftliche Bildung zu erwerben, während der Zeit, die dazu angewandt werden könnte, sie mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung bekannt zu machen, sich mit gelehrten Vorstudien abquälen müssen, die völlig verloren gehen, wenn der Schüler — wie dieß in den meisten Fällen geschieht — vor den Pforten des geheimnißvollen Tempels stehen bleibt, in die sie den Geweihten einführen. Aber nicht bloß auf den Vorschulen der Universitäten, sondern auf diesen selbst, wie viele Kräfte werden zwecklos vergeudet, weil Menschen, die zu der Gelehrsamkeit keinen Beruf haben, durch ein mißverstandenes Bedürfniß höherer wissenschaftlicher Bildung irre geleitet, sich in die Säle drängen, in denen man nur auf dem Wege der gelehrten Forschung zur Wissenschaft gelangt!

Die Universitäten, so wie sie gegenwärtig beschaffen sind, können nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn es unzweideutig ausgesprochen wird, daß sie ausschließlich zu der Bildung von Gelehrten bestimmt sind, und wenn jener zahlreiche Theil unserer Jugend, der zur Gelehrsamkeit weder Neigung noch Beruf hat, ohne Schonung von denselben zurückgewiesen wird. Alle oder doch die meisten Mängel in der gegenwärtigen Einrichtung des Universitätswesens, über die man oft so bittere Klagen hört, würden wegfallen, wenn nur Berufene auf den Universitäten zugelassen würden. Um auf der anderen Seite die zahlreichen Ausschließungen, die unserer Ueberzeugung nach Statt finden müßten, möglich zu machen und um denselben das Gehässige der Bevorrechtigung zu nehmen, giebt es ein einfaches Mittel. Man errichte neben den Hochschulen für die Wissenschaft im strengen Sinne des Gelehrten Hochschulen für wissenschaftliche Bildung im Sinne des bürgerlichen Lebens.

Schluß der sächsischen Ständeversammlung.

Geschrieben am 3. November 1834.

Am 30. des v. M. ist nach ein und zwanzig monatlicher nur selten unterbrochener Dauer der sächsische Landtag aufgelöst worden; und es ist in diesem Augenblicke, außer den am gestrigen Tage zusammengetretenen Ständen des Herzogthums Braunschweig, keine einzige ständische Versammlung in ganz Deutschland vereinigt. Der sächsische Landtag hat, während der ganzen langen Dauer desselben, außerhalb der Grenzen des Königreiches Sachsen die öffentliche Aufmerksamkeit wenig beschäftigt; aber hier, wenn irgend wo, findet sich der alte Satz bestätigt, daß das Beste nicht unter tobendem Geräusch und Gepränge, sondern in der Stille, ruhig und unbemerkt gedeiht. Keine andere ständische Versammlung in Deutschland hat treuer für das Beste ihres Heimathlandes gewirkt, und mehr für dasselbe geleistet, als die sächsische; und mit vollem Rechte erklärt die Regierung in der Schlußrede, welche der Staatsminister von Lindenau im Namen des Königs und des Prinzen Mitregenten hielt, daß „für Alle, die zu dem gemeinschaftlich erreichten Erfolge beitrugen, das Andenken dieses Landtages eine ehrenvolle Auszeichnung für die Dauer des ganzen Lebens sein werde."

„Das im Laufe der Verhandlungen erstarkte gegenseitige Vertrauen," heißt es weiter, „die ungetrübte Eintracht zwischen Regierung und Ständen, und das Gemeinsame ihres Zweckes, ihres Wirkens und Wollens, sind für Gegenwart und Zukunft die sicherste Bürgschaft des gesammten Staatswohls, und König und Mitregent sind stolz darauf, die Väter eines Landes zu sein, dessen Vertreter, frei von Persönlichkeit und Parteigeist, nur der Vernunft und der eigenen Ueberzeugung folgend, treu ihrem hohen Berufe, bei jeder Berathung, bei jedem Beschlusse das Wohl des Vaterlandes und ihrer Mitbürger im Auge behielten."

Niemals hat eine deutsche Ständeversammlung ein ehrenvolleres Zeugniß ihrer Wirksamkeit erhalten, und der Eindruck, den dasselbe nicht allein in Sachsen, sondern in unserem gesammten deutschen Vaterlande hervorbringen muß, wird um so erfreulicher sein, je weniger man gerade in dieser letzten Zeit daran gewöhnt war, den Ton des aufrichtigen gegenseitigen Wohlwollens und Vertrauens in den Verhandlungen zwischen Ständen und Regierung zu vernehmen. Daß bei den Zerwürfnissen zwischen den Regierungen und den Ständen in Deutschland die Schuld gewöhnlich auf beiden Seiten liegt, haben wir bei mehr als einer Gelegenheit mit unparteiischem Urtheil nachgewie-

sen. Als die vornehmste Ursache betrachten wir jedoch, wie wir dieß gleichfalls nicht verborgen haben, eine unrichtige Ansicht von dem Zwecke und der Bedeutung ständischer Versammlungen, die auf einer in den wenigsten Fällen passenden Anwendung brittischer und französischer Grundsätze der Gesetzgebung auf unsere deutschen Verhältnisse beruht.

Wir lassen uns hier auf keine Erörterung der Frage ein, auf welche Weise für das allgemeine Wohl am Besten gesorgt sei; sondern wir betrachten die Dinge, wie sie sind, und wie sie ohne einen Umsturz aller bestehenden Verhältnisse nicht geändert werden können. Sobald wir dieß thun, können wir es uns unmöglich verbergen, daß in Frankreich und England die Regierung unter der Volksvertretung steht, weil diese, durch die Gesetze vor dem Einflusse der Regierung geschützt, ihrerseits die wirksamsten Mittel besitzt, die Regierung in allen Zweigen der Verwaltung ihrem Einflusse zu unterwerfen. Kein Ministerium kann in Frankreich und England auch nur kurze Zeit sich halten, das nicht einer entscheidenden Mehrheit in den gesetzgebenden Versammlungen gewiß ist. Auch bedarf die Regierung nicht bloß zu diesem oder jenem einzelnen Schritte die Zustimmung des Parlements oder der Kammern, sondern sie folgt in dem ganzen Gange ihrer innern und äußern Politik der Richtung, die sie durch den Einfluß der Volksvertretung erhält. In den constitutionellen Staaten des deutschen Bundes steht die Regierung nicht, wie in Frankreich und England, unter der Volksvertretung, sondern die Volksvertretung steht unter der Regierung. Diese ist nur in sofern durch die Volksvertretung beschränkt, daß sie ohne die Zustimmung der letzten keine Veränderungen in dem bestehenden Zustande herbeiführen kann, obwohl selbst hierin die deutschen Verfassungen den Regierungen ein so weites Feld einräumen, daß sie, sofern sie von allen ihren Rechten und Befugnissen in dem weitesten Umfange Gebrauch machen wollen, die ständische Zustimmung auf hundert Wegen umgehen können. Der Einfluß, den die Stände in dieser Lage der Dinge üben können, ist in so enge Grenzen eingeschränkt, daß dieselben eher den Namen berathender, als gesetzgebender Versammlungen verdienen. Nur dann, wenn eine Regierung — was denn doch auch immer möglich ist — alle Rücksichten auf das gemeine Wohl völlig aus den Augen setzte, würde auch eine deutsche Ständeversammlung in den ihr zu Gebote stehenden Hülfsmitteln hinreichende Macht finden, um den entschlossensten und wirksamsten Widerstand zu leisten. Offenbar schreiende Gesetzwidrigkeiten darf sich keine deutsche Regierung zu Schulden kommen lassen, weil die Stände in einem Streite, bei dem das unzweideutige Recht auf ihrer Seite wäre, nicht bloß bei der Bevölkerung, sondern auch bei dem Bundestage eine feste Stütze finden würden.

Etwas anderes als das, was wir hier ausgesprochen haben, ist es nicht, was man neuerer Zeit von Seiten der Regierungen unter dem Namen des monarchischen Princips, das den deutschen Verfassungen zum Grunde liege,

geltend macht. Wenn alle die deutschen Ständeversammlungen unter diesem Gesichtspunkte ihre Stellung zu den Regierungen beurtheilt hätten, würden, wenn nicht alle, doch gewiß die meisten jener unangenehmen Erörterungen vermieden worden sein, die in Kassel, in Darmstadt, in Stuttgart zuletzt doch zu keinem andern Ergebnisse geführt haben, als unnütze Erbitterung zu erregen. In Dresden hat die Ständeversammlung von Anfang ihre Stellung auf diese Weise beurtheilt; aber sie hat zugleich den Beweis geliefert, daß man sehr unrecht thun würde, wenn man behaupten wollte, daß die Thätigkeit der Stände völlig überflüssig wäre, sobald man dieselbe auf einen so untergeordneten Wirkungskreis beschränkt. Wenn die Stände in Deutschland, unter gewöhnlichen Verhältnissen, nichts *gegen* die Regierungen durchsetzen können, so folgt daraus nicht, daß sie nicht *mit* der Regierung noch unendlich viel Gutes stiften könnten. Dieß hat, wie man in Sachsen allgemein anerkennt, der letzte sächsische Landtag gethan. Alles, was aus den Trümmern einer veralternden Zeit störend in die Gegenwart hinüberragte, ist hier abgeschafft, in allen Zweigen der Verwaltung ist gebessert, und wir möchten sagen, das ganze Staatsgebäude auf den Grundsätzen einer vernünftigen gesetzmäßigen Freiheit neu aufgeführt worden; und diese ganze mühevolle Arbeit, bei der so viele streitende Interessen auszugleichen oder zu beseitigen waren, ist vollendet worden, ohne daß es auch nur ein einzigesmal zwischen Regierung und Ständen zu einem andern, als zu dem freundschaftlichsten Benehmen gekommen wäre. Zu verzweifeln ist also, wie man sieht, immer noch keine Ursache, wenn wir auch in Deutschland keine französische und brittische Volksvertretung haben.

Das Bundesschiedsgericht.

Geschrieben am 1. December 1834.

Ein ministerielles französisches Blatt belehrt uns, daß durch die Einsetzung der Schiedsgerichte, welche der bekannte Bundestagsbeschluß verordnet, die freien Verfassungen in Deutschland der That nach aufgehoben wären. „Bei jedem Streite, sagt das *Journal des Débats*, der durch Schiedsrichter entschieden werden soll, wird auf allgemein bekannte Weise verfahren.

Jede der Parteien ernennt den ihrigen, und wenn die auf diese Weise ernannten Schiedsrichter sich nicht vereinigen können, so erwählen sie einen Mittelsmann. So soll die Sache aber in Deutschland nicht vor sich gehen. Jeder der Fürsten, der eine Stimme am Bundestage hat, ernennt alle drei Jahre zwei Schiedsrichter. Da es in der Bundesversammlung siebenzehn Stimmen giebt, so werden folglich vierunddreißig Schiedsrichter ernannt. Sobald es in einem deutschen Bundesstaate zwischen Fürst und Ständen zu einem Streite kommt, so wählt der Fürst aus diesen vierunddreißig Schiedsrichtern drei und die Ständeversammlung gleichfalls drei. Aber sind die drei von den Ständen gewählten Schiedsrichter auch wirklich die Männer ihrer Wahl? Nein! Weil die Ständeversammlungen nicht das Recht haben, von den 34 Mitgliedern der Schiedsrichterliste auch nur ein einziges zu ernennen. Die Ständeversammlungen können möglicher Weise bei den sechs Richtern, die zwischen ihnen und den Fürsten entscheiden sollen, Gerechtigkeit finden, aber sie haben keinen Grund, dieß vorauszusetzen, und die Entscheidung des Schiedsgerichtes wird immer als das Urtheil einer von den Fürsten ernannten Commission betrachtet werden."

Die Ansicht des französischen Journales wird ohne Zweifel auch in Deutschland von manchem wohlmeinenden und gemäßigten Manne getheilt; wir wollen nicht annehmen, daß sie bei besserer Kenntniß nur zu dem Zwecke hingestellt werde, wie dieß früher wohl bei mehr als einer Gelegenheit geschehen ist, die Gemüther zu verwirren und zu entzweien; wir lassen dieselbe gern als eine vollkommen aufrichtige gelten, und wir können nicht leugnen, daß sie auf den ersten Anblick ungemein viel Bestechendes für sich hat. Zum Unglück bedarf es nur geringer Kenntniß der deutschen Rechtsgeschichte und eben so geringer Kenntniß von dem gegenwärtigen Zustande in Deutschland, um zu begreifen, daß durch den Bundestagesbeschluß weder etwas unerhört Neues geschaffen, noch der Freiheit wesentlicher Nachtheil bereitet worden ist. Zu der Zeit des Reiches bestanden zwei Gerichte, bei denen man gegen die Fürsten so wie überhaupt gegen die höchsten Behörden sich Rechts erholen konnte: der Reichshofrath, der an die Stelle des alten Fürstengerichtes getreten war, und das Reichskammergericht. Wenn Streitigkeiten zwischen Fürsten und Ständen vorkamen, so stand es den letzten frei, sich an eines dieser beiden Gerichte zu wenden, die in den wichtigsten Dingen concurrirende Gerichtsbarkeit hatten. Sämmtliche Mitglieder des Reichshofrathes wurden aber von dem Kaiser ernannt. Bei dem Reichskammergerichte hatten die Stände des Reiches oder die Fürsten und die Kreise, die wieder nur von den Fürsten, Grafen und Herren und von den Reichsstädten vertreten waren, das Präsentationsrecht. Ob wir nun annehmen, daß das neue Schiedsgericht dazu bestimmt sei, den Reichshofrath oder das Reichskammergericht zu ersetzen, so ist dadurch, daß die Ernennung der Mitglieder den höchsten Behörden oder den Fürsten und den freien Städten vorbehalten bleibt, in dem alten Rechtsstande nichts verändert

worden. Gewonnen ist dagegen für die deutsche Nation, daß jetzt eine Stelle vorhanden ist, die nicht allein das Recht der Entscheidung hat, wie dieß bei dem Reichskammergerichte und dem Reichshofrathe der Fall war, sondern die sich auch in der Lage befindet, möglicher Weise eine Entscheidung zu treffen. Das Schiedsgericht ist gehalten, innerhalb einer vernünftigen Frist sein Urtheil zu sprechen; bei dem Reichshofrathe, wie bei dem Reichskammergerichte konnte ein Proceß Jahrhunderte lang schweben, ehe ein Urtheil gefällt wurde; und in der Zwischenzeit ging Gewalt vor Recht.

Aber völlig abgesehen von dem, was in alten Zeiten Rechtens und Gebrauch war, so ist auch in dem gegenwärtigen Zustande keineswegs, wie dieß von dem französischen Blatte behauptet wird, eine Veränderung zum Nachtheile der Freiheit eingetreten. In den wenigsten Staaten des deutschen Bundes bestand bisher eine Behörde, die bei Streitigkeiten zwischen Fürsten und Ständen zu entscheiden hatte. Der Bundestag allein hatte das Recht und die Verpflichtung, für Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland zu sorgen. Setzen wir nun den Fall, daß in irgend einem der constitutionellen Staaten des deutschen Bundes ein Streit zwischen Fürsten und Ständen ausgebrochen wäre, und daß die Stände zu dem letzten Mittel, das ihnen zu Gebote stand, gegriffen und die Abgaben verweigert hätten; so würde die Regierung, wenn sie das Recht auf der Seite der Gegner gesehen hätte, wahrscheinlich nachgegeben haben, weil eine Regierung, die offenbar wider das Recht handelte, in Deutschland neuerer Zeit unerhört ist. Sofern die Regierung aber das Recht auf ihrer Seite gehabt oder nur zu haben geglaubt hätte, würde sie sich an die Stände nicht gekehrt, sondern ohne Zuthun der Stände die Steuern nach wie vor ausgeschrieben und erhoben haben. Die Unterthanen hätten sich entweder in aller Ruhe gefügt oder sie hätten die verlangten Steuern als ungesetzliche verweigert. In dem ersten Falle war es mit dem Ansehen der Stände zu Ende; in dem letzten kam es zu einer Auflösung und Zerrüttung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, welche die Fürsten nach dem Inhalte der Bundesacte berechtigte, die Hülfe des Bundes anzurufen. Dieser, dem Erhaltung der Ordnung als vornehmste Pflicht oblag, hätte nicht einmal die Befugniß gehabt, zu untersuchen, auf welcher Seite das Recht sei, sondern hätte vor allen Dingen den Gehorsam gegen die Obrigkeit erzwingen müssen. Ein Executionsheer des Bundes wäre eingerückt, und es wäre wieder mit dem Ansehen der Stände zu Ende gewesen.

Das, was wir hier nur als mögliche Fälle gesetzt haben, ist keineswegs, wie es vielleicht den Anschein hat, bloß aus dem Gebiete der Phantasie gegriffen. Der Fall, daß die Stände eines deutschen Bundesstaates die Steuern verweigerten, ist wirklich vorhanden gewesen. In Nassau haben die Stände im Jahre 1832 die Steuern verweigert. Wer wäre aber mit der politischen Entwicklung in unserm deutschen Vaterlande so unbekannt, daß wir ihm die Frage vorlegen müßten, ob durch diesen äußersten Schritt die Freiheit gewon-

nen oder verloren hat? Die Steuern sind in dem Herzogthume Nassau, wie überall in Deutschland, bezahlt worden. Kann man nach diesem Vorgange uns Unrecht geben, wenn wir behaupten, daß das Recht der absoluten Steuerverweigerung überall nur ein eingebildetes, in der Lehre des Staatsrechts vorhandenes, in der Wirklichkeit aber nie auszuübendes war?

In einigen deutschen Bundesstaaten — in Kurhessen, in dem Königreiche Sachsen — sah man es ein, daß alle durch den Buchstaben der Verfassung gewährten Freiheiten in der Luft standen, so lange es bei Streitigkeiten zwischen Regierung und Ständen keine Behörde gab, der von beiden Theilen das Recht der Entscheidung eingeräumt war. Hier wurde die nöthige Vorsorge getroffen; und wenn bis jetzt die eingesetzten Behörden keine Gelegenheit hatten, von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch zu machen, so zweifeln wir doch keinen Augenblick, daß in vorkommendem Falle die Fürsten, die sich auf diese Weise gebunden haben, eben so wenig Anstand nehmen werden, ihren geschwornen Eiden treu zu bleiben, als die Stände und als der letzte ihrer Unterthanen. Wenn der Bundestag wirklich Willens gewesen wäre, den gesetzlich erworbenen Rechten deutscher Nation den geringsten Eintrag zu thun, so würden vor allen Dingen die Behörden aufgehoben worden sein, die in einzelnen Bundesstaaten das dem Schiedsgerichte eingeräumte Recht besitzen. Ist dieß geschehen? Ist die kurhessische, ist die sächsische Verfassung in dem hier zur Frage kommenden Punkte außer Kraft gesetzt worden? Nein. Denn es wird in dem 1. Artikel des Bundestagsbeschlusses vom 30. October ausdrücklich erklärt, daß die Berufung an das Schiedsgericht nur dann Statt finden solle, wenn „alle verfassungsmäßigen und mit den Gesetzen vereinbarlichen Wege" zu der Beseitigung der obwaltenden Irrungen „ohne Erfolg eingeschlagen worden sind."

Daß an und für sich die Einrichtung der Schiedsgerichte, sofern man mit der Zusammensetzung derselben zufrieden sein könnte, kein Verlust, sondern ein bedeutender Gewinn für die Freiheit wäre, wird kein Besonnener in Deutschland in Abrede stellen. Die Frage bleibt daher nur, ob man erwarten und ob man verlangen konnte, daß die Schiedsgerichte auf eine genügendere Weise zusammengesetzt würden, als dieß in Folge des Bundestagsbeschlusses vom 30. October geschehen ist, oder geschehen wird. Wir sind der Meinung, daß da, wo deutsche Rechtsgelehrte nach ihrem Gewissen zu sprechen haben, für die Freiheit so wenig, als für das Recht eine Gefahr zu besorgen ist. Der Bundestag verpflichtet die Schiedsrichter in unzweideutigen Worten, daß sie nicht nach Herrengunst, sondern „nach ihrem Gewissen und nach eigener Einsicht" entscheiden sollen. Wenn diese Verpflichtung unbeachtet bliebe — was Gott verhüten möge! — so wäre dieß nicht die Schuld des Bundestages, sondern die Schuld der Richter und die Schuld des deutschen Volkes. Die Schuld des deutschen Volkes; denn nur da können Richter schwach genug und ehrlos genug sein, ihre Pflicht zu vergessen, wo die Stimme der Nation nicht

Macht genug besitzt, jede andere Rücksicht aufzuwägen; wo das Brandmal der öffentlichen Verachtung dem Feigen nicht drückender ist, als jeder Verlust an Einkünften oder an äußeren Annehmlichkeiten. Und so tief sind wir Deutschen noch nicht entartet!

Der deutsche Zollverein und das Ausland.

Geschrieben am 17. Januar 1834.

Der große deutsche Handelsverein, den Preußens unabläßige Bemühungen unter den ungünstigsten Umständen zu Stande gebracht haben, wird, obwohl kaum in das Leben getreten, nicht allein in unserem deutschen Vaterlande, sondern auch jenseit des Rheins und jenseit des Canals bereits in seiner vollen Bedeutung erkannt. Deutschland, und nicht einmal das ganze Land der Deutschen, sondern nur der beträchtlichste Theil desselben hat sich wieder einmal einig erwiesen, und so oft dieß noch der Fall gewesen ist, hat das Ausland seine Anerkennung selten versagt. Zwei Nationen haben bisher von der Uneinigkeit der Deutschen den größten Vortheil gezogen: die Franzosen und die Engländer. Die Franzosen haben unsere Uneinigkeit in Bezug auf die äußere Politik benutzt, indem sie uns im Kriege überwunden, und sie sind durch ihre Ueberlegenheit in den Waffen auf unsere Kosten groß und mächtig geworden; die Engländer haben auf ähnliche Weise unsere Uneinigkeit in Bezug auf die innere Politik benutzt; sie haben uns im Frieden überwunden, und haben durch ihre Ueberlegenheit in Handel und Gewerben sich auf unsere Kosten bereichert. Aber so günstig ist die Lage, welche unser deutsches Vaterland im Herzen von Europa einnimmt; so reich begabt ist dasselbe von der Natur mit Allem, was zu den Erfordernissen des Lebens gehört, und so ausgezeichnet ist das deutsche Volk vor den meisten anderen Nationen durch seine unüberwindliche Geduld, durch seine Ausdauer, seine Kraft des Geistes und des Körpers, daß wir nur einen Versuch machen dürfen, uns zu gemeinschaftlichem Handeln zu vereinigen, um Alles, was uns durch die Zersplitterung unserer Kräfte im Laufe vieler Jahre verloren gegangen ist, beinahe im Augenblicke wieder einzubringen. Daher die ängstliche Besorgniß, die sich auf allen Seiten regt, sobald es heißt, daß die Deutschen ihren alten Hader vergessen, um sich, wie es Männern geziemt, die nicht in eitlem Haschen nach

vorüberschwebenden Schattenbildern den sicheren Besitz verlieren wollen, unter einander zu vertragen.

Der preußische Handelsverein ist, wenigstens in seinen unmittelbaren Wirkungen, von geringer politischer Bedeutung; und die Franzosen, die von dem deutschen Handel verhältnißmäßig geringen Vortheil gezogen haben, sollten sich daher bei den Veränderungen, welche in dieser Beziehung eingetreten sind, billig beruhigen. Aber zu Paris hat man die alte Lehre nicht vergessen, daß es in den meisten Fällen nur der erste Schritt ist, der Mühe macht. Man besorgt, daß die Deutschen, sobald sie einmal die Vortheile kennen gelernt haben, welche die Vereinigung bringt, dieselbe bald von ihren Handelsverhältnissen auch auf die politischen Beziehungen ausdehnen könnten; und man stellt in dieser Besorgniß den Handelsverein zum Voraus als einen politischen dar, durch den Preußen ganz Deutschland seiner Herrschaft unterworfen habe. „Die Verträge von 1815, rief Odilon-Barrot in einer der letzten Sitzungen der französischen Abgeordnetenkammer aus, hatten den kleineren Staaten Deutschlands eine Repräsentativ-Verfassung versprochen; jetzt läßt man diese Staaten in den Kreis der Unterwürfigkeit unter Preußen treten; es giebt keine Repräsentativverfassung mehr, denn es giebt jetzt einen Willen, der mächtiger ist, als jener der Volksvertretung." Und diese Ansicht, welcher der gemäßigte Bignon nicht weniger als der leidenschaftliche Mauguin beistimmte, machte sich geltend, nachdem der Minister der auswärtigen Angelegenheiten sich alle Mühe gegeben hatte, den Sturm zu beschwören, indem er es hervorhob, daß die wichtigste Frage, die in diesem Augenblicke in Deutschland verhandelt werde, sich nicht auf politische, sondern auf Handelsgegenstände beziehe. „Einer der Artikel der Bundesacte, sagte Herr von Broglie, hat den Grund zu den Vereinen gelegt, die sich in Deutschland gebildet haben. Die Menge der verschiedenen Zolllinien war eine Quelle für fortwährende Unruhen, und große und unnütze Ausgaben. Wenn die Regierung die Bildung dieser Vereine verhindern wollte, so könnte dieß nicht anders geschehen, als indem man von französischer Seite den deutschen Staaten Handelsvortheile anböte." Das, was Hr. v. Broglie nicht zu sagen für gut fand, ist, daß man französischer Seits wirklich bereits Schritte gethan hat, um der weiteren Ausdehnung des preußischen Handelsvereins auf die angedeutete Weise entgegen zu treten. Einer der wenigen Staaten, welche im südlichen Deutschland sich dem Vereine nicht angeschlossen haben, ist das Herzogthum Nassau. Nassau hat vor wenigen Monaten die Eingangssteuer der französischen Weine beträchtlich herabgesetzt, während Frankreich den Mineralwässern des Herzogthums eine gleiche Erleichterung zugestanden hat. Ob man eine Uebereinkunft dieser Art einen Handelsvertrag nennen will, oder nicht, kann uns ziemlich gleichgültig sein: Die Sache bleibt dieselbe. Unterhandlungen sind von französischer Seite, wenn wir anders wohl unterrichtet sind, auch mit dem Großherzogthume Baden angeknüpft, und wir fürchten, bei dem lebhaften Verkehr, der von jeher zwischen

dem Deutschland schmählich entrissenen Elsaß und dem dießseitigen Rheinufer Statt gefunden hat, daß es auch hier Frankreich nicht mißlingen wird, zum Ziele zu gelangen, und sich auf deutschem Boden festen Fuß zu sichern. Viel größere Aufregung, als in Frankreich, hat die Nachricht von dem Abschlusse des deutschen Handelsvereines in England hervorgebracht. Hier ist man, wegen der politischen Folgen, welche die Vereinigung so vieler deutschen Staaten zu einem geschlossenen Ganzen haben kann, unbesorgt, da man keinen Anspruch auf die politische Herrschaft macht, aber um so ängstlicher ist die Sorge um die Handelsinteressen, die nicht etwa bloß aus weiter Ferne bedroht, sondern durch unmittelbare Beschädigung, wie man wohl fühlt, tödtlich verletzt worden sind. Eine große Wahrheit, gegen die man sich so lange als möglich verblendet hat, ist plötzlich sonnenklar vor Aller Augen aufgegangen. Man sieht es ein, daß das Gesetz der Vergeltung in dem Leben der Staaten nicht weniger herrscht, als in dem Leben der Einzelnen; daß man auf die Dauer höheren Gewinn von gegenseitiger Unterstützung als von gegenseitiger Uebervortheilung hat, und man sucht bereits auf die Bahn einzulenken, die man selbst zuerst verlassen hat. Schon ist in ganz England die Ueberzeugung allgemein, daß man unmöglich von den Staaten des Festlandes verlangen kann, daß sie England die Erzeugnisse seines Gewerbfleißes abkaufen, so lange man in England sich weigert, den Staaten des Festlandes die Erzeugnisse ihres Bodens abzukaufen; und sofern uns nicht alle Zeichen trügen, so ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo England sich genöthigt sehen wird, in seinem Handelsverkehr mit Deutschland, wie in jenem mit den Vereinigten Staaten von Nordamerica, den Grundsatz der Gegenseitigkeit anzuerkennen.

Das Jahr 1834.

Geschrieben am 1. Januar 1835.

In dem Leben der Völker, wie dem Leben der einzelnen Menschen, treten von Zeit zu Zeit Wendepunkte ein, welche — aufregend, erschütternd, erhebend, oder niederschlagend, entmuthigend, erschlaffend — über die Richtung einer langen Reihe von Jahren und oft über die Entwickelung der fernsten

Zukunft entscheiden. Das Völkerleben hat, gleich dem Meere, seine Ebbe und seine Fluth; und wenn auch die Ebbe und Fluth der sittlichen Welt nicht mit gleicher Regelmäßigkeit wechselt, wie die Ebbe und Fluth des Meeres, so kann man doch mit Sicherheit darauf rechnen, daß auf jede ungewöhnliche geistige Anspannung eine verhältnißmäßige Abspannung und Erschlaffung folgt, die bei dem einzelnen Menschen freilich oft eine bleibende ist, in der Entwickelung des Völkerlebens aber immer nach dem Verlaufe einer kürzeren oder längeren Frist einer neuen Spannung, einer neuen ungewöhnlichen Steigerung aller geistigen Kräfte weicht. Hohe Fluth in dem europäischen Völkerleben war es, als die Kunde von den Julitagen zu gleicher Zeit an den Ufern des Rheins und der Elbe, wie an den Ufern der Themse, der Schelde und der Weichsel begeisterte Kämpfer für Freiheit, Recht und Licht erweckte. Nur der kurzsichtige Blick kann es verkennen, daß Revolutionen, wie furchtbar und verheerend auch in ihren augenblicklichen Wirkungen, doch auf der andern Seite, wenn sie nicht allzuweit von ihrem Ziele abirren, auch fruchtbar an den segenreichsten Folgen sind. Alle großen Fortschritte in der geistigen, wie in der politischen Entwickelung der Nationen sind durch Revolutionen bewirkt worden. Die Wirkungen der Julirevolution lassen sich jetzt, so nahe an ihrem Ursprunge, noch nicht in ihrem vollen Umfange übersehen; aber wir dürfen die Augen nur auf unsere nächste Umgebung richten, um zu sehen, daß die Bewegungen, welche durch die Julirevolution veranlaßt wurden, nicht bloß verheerende und verderbliche, sondern auch heilsame und segenreiche Wirkungen hervorgebracht haben. Die Befestigung und die Begründung des Rechtszustandes in Deutschland, die freilich eben so sehr von dem Widerstande gegen die revolutionaire Bewegung, als von dem unmittelbaren Einflusse derselben ausgegangen ist und ausgeht, wäre, wenn sie auch die einzige gute Folge der Stürme des Jahres 1830 bliebe, durch kein Opfer zu theuer erkauft, wie schwer und empfindlich dasselbe auch für den Augenblick fallen mag.

Frankreich selbst, der Heerd des Vulcans, aus dem die Lavaströme der Revolution hervorbrachen, hat von den Wirkungen derselben bis jetzt den geringsten Nutzen gehabt. Die geistige Regsamkeit, welche die Julirevolution geweckt hat, gewährt kaum eine genügende Entschädigung für die tiefe Zerrüttung der Gemüther, die sie zurückgelassen. Aber über den Canal sprang der electrische Schlag nach England hinüber und rief bei dem biedern, besonnenen und felsenfesten Volke der Britten die stürmische Begeisterung hervor, der es möglich war, ohne einen Schritt von dem Wege des Gesetzes abzuweichen, die größte Veränderung in dem politischen Zustande des Landes zu bewirken, die je von irgend einem Volke auf friedlichem Wege bewirkt worden ist. Die Reformbill hat die politische Macht, die seit den Zeiten der normännischen Eroberung ausschließlich bei dem Adel war, in England auf den Mittelstand übertragen, wie dieß in Frankreich vierzig Jahre früher durch die erste französische Revolution geschehen war. Von dem Gebrauche, welchen der Mittelstand in

England von seiner neuen Gewalt machen wird, hängt es zum größten Theile ab, in welcher Richtung nicht allein in England, sondern in ganz Europa die Folgen der Julirevolution sich entwickeln sollen.

Der Sieg des Mittelstandes ist in dem größten Theile des europäischen Festlandes, wie in England, entschieden. Was wäre in Deutschland von der alten Adelsherrschaft noch übrig, außer dem Glanze, der unverlierbar an der Erinnerung großer Namen haftet? Während die revolutionairen Bewegungen in Frankreich und England hauptsächlich den Sturz des Adels zum Zwecke hatten, mußte in Deutschland, wie auf der pyrenäischen Halbinsel und auf der Halbinsel des Apennins der Adel sich mit dem Mittelstande vereinigen, um durch Beschränkung der ungebundenen Regierungsgewalt bürgerliche Rechte und Freiheiten zu erringen, die er mit dem Mittelstande theilte. In Deutschland hat erst durch die neuen Verfassungen der Adel einen mäßigen Theil seiner alten politischen Macht zurückerhalten; aber selbst das, was der Adel wirklich durch die Begünstigungen des großen Grundeigenthumes in allen neueren Verfassungen gewonnen hat, besitzt er nicht als ausschließliches Vorrecht, sondern als gemeinschaftliches Eigenthum mit dem Mittelstande. Der Kampf zwischen dem Adel und dem Mittelstande ist beendigt; wenigstens hat der Mittelstand alle Zwecke jenes Kampfes erreicht. Aber mit der Macht hat der Mittelstand auch die Gefahr übernommen, welche dieselbe begleitet. Der vermögende Bürger steht in unsern Zeiten in einem ähnlichen Verhältniß zu dem eigenthumlosen Arbeiter, wie während des Mittelalters der mächtige Ritter zu dem abhängigen Bürgersmanne. Wenn Adel und Mittelstand ihren alten Zwiespalt vergessen, der jetzt völlig bedeutungslos ist, so vermögen sie vereint dem Andrange der Massen zu widerstehen, welche sich von der Theilnahme an den politischen Rechten ausgeschlossen sehen. Getrennt vermag so wenig der Adel, was er von seiner früheren Größe gerettet, noch der Mittelstand, was er in neuerer Zeit an politischer Macht gewonnen hat, zu behaupten. Der Kampf zwischen dem Adel und dem Mittelstande hat, wo derselbe noch fortdauert, jeden vernünftigen Zweck verloren; man kann daher wohl sagen, daß derselbe so gut als beendigt ist. Der Kampf zwischen dem Mittelstande und den niederen Classen ist dagegen im Begriff zu beginnen; und von dem Benehmen des Mittelstandes in England hängt es ab, wie früh der jetzt noch verborgen gehaltene Haß zum offenen Ausbruche kommen soll. Auf die Fluth der revolutionären Bewegung ist in England, wie überall in Europa die Ebbe gefolgt; aber jeder Augenblick kann eine neue Springfluth bringen; und diejenigen, die bei dem Brechen der Dämme etwas zu verlieren haben, mögen dieselben daher wohl in Acht nehmen, so lange es noch Zeit ist.

Der neue Universitätsplan in Bayern.

Geschrieben am 26. Januar 1835.

Die Leipziger Zeitung theilte in diesen Tagen eine Nachricht mit, für die wir bis jetzt keine weitere Bestätigung erhalten haben, die aber zu wichtig ist, um nicht auch in der Form des unverbürgten Gerüchts die vielseitigste Besprechung zu veranlassen. Es soll — nach dem Berichte eines Correspondenten der Leipziger Zeitung — im Werke sein, die bayerischen Universitäten auf eine Weise umzugestalten, welche von der gegenwärtigen Verfassung dieser gelehrten Bildungsanstalten wenig mehr als das äußere Gerüste und den Namen übrig ließe. Die Universitäten in ihrer gegenwärtigen Verfassung verdanken ihren Ursprung einer Zeit, wo das europäische Gesellschaftsleben in einem Zustande der Gährung begriffen war, der eine allgemeine Schutzlosigkeit der Personen, wie des Eigenthumes zur Folge hatte, und eben deßhalb in den verschiedenen durch das Zusammenwirken zu gemeinschaftlichem Zwecke gebildeten Kreisen ein engeres Aneinanderschließen herbeiführte, als bei ruhigerm und fester geordnetem Zustande der Dinge erforderlich gewesen wäre. Die Sicherheit, welche der Staat nicht gewährte, mußte jeder einzelne Bürger bei seiner eigenen Kraft und in dem Beistande der ihm zunächststehenden Freunde und Mitbürger suchen. Die gesellschaftlichen Kreise, die aus diesem Bedürfnisse des gegenseitigen Schutzes hervorgingen, behaupteten nach außen eine Unabhängigkeit, die in den meisten Fällen keine andere Schranken kannte, als die Grenzen der Macht oder der physischen Gewalt. Die Universitäten, die Zünfte der Handwerker und so manche andere Genossenschaften ließen sich nach unseren Begriffen von dem gesellschaftlichen Leben eher selbstständigen Staaten, als untergeordneten Anstalten eines Staates vergleichen. Die Universitäten hatten im Mittelalter nicht allein ihre eigene selbstständige Verwaltung und ihre eigene Gerichtsbarkeit, sondern sie schlossen Bündnisse mit Fürsten und Städten und führten Fehden, bei denen auf beiden Seiten Tausende im Felde standen. Manche Einrichtungen, so wie viele Sitten und Gebräuche des Universitätslebens, die sich bis auf die gegenwärtige Zeit erhalten haben, lassen sich in ihrer Entstehung auf diese rohen und regellosen Tage ihres ersten Ursprunges zurückleiten. Noch bis zu dieser Stunde bewahren die Universitäten in ihrer inneren Verwaltung eine gewisse Selbstständigkeit, der sich wenig andere Staatsanstalten erfreuen. Zwar haben nicht mehr die Studenten das Recht, den Rector und die Decane der verschiedenen Facultäten zu ernennen; aber noch haben die Facultäten das Recht, sich durch die freie Wahl ihrer

Mitglieder selbst zu ergänzen. Die Ernennung ihrer höchsten Behörden ist noch immer das Eigenthum der Universitäten geblieben; nur geht dieselbe jetzt nicht mehr von den Studenten, sondern von den Professoren aus. Die Professoren werden vom Staate ernannt; aber die Zulassung academischer Lehrer im weitern Sinne hängt noch immer auf den meisten Universitäten von den Universitätsbehörden ab. Bis ganz vor Kurzem hatten die Universitäten sogar noch ihre eigene Gerichtsbarkeit. Der Student war nicht den bürgerlichen Behörden, sondern nur den Beamten der Universität Gehorsam schuldig; und aus dieser selbstständigen Stellung ging ein gewisses Gefühl der Unabhängigkeit hervor, welches einen seltsamen Gegensatz zu unseren monarchischen Staatsformen bildete. Die academischen Verbindungen, die Duelle waren einzelne Züge des Universitätslebens, die dem Unkundigen als fremdartige Auswüchse erschienen, während jeder, der mit der geschichtlichen Entwickelung, so wie mit dem gegenwärtigen Zustande der Universitäten vertraut war, in ihnen die nothwendigen Aeußerungen noch jetzt vorhandener gesellschaftlicher Verhältnisse erkannte.

Daß man Einrichtungen abstellt, die außerhalb allen Zusammenhanges mit den übrigen gesellschaftlichen Zuständen unserer Zeit stehen, dagegen wird kein Besonnener etwas einzuwenden haben. Die Bestimmung des jüngsten Bundestagesbeschlusses, welche die selbstständige Gerichtsbarkeit der Universitäten aufhebt, hat deßhalb auch bei Männern Beifall gefunden, welche der academischen Freiheit nichts weniger als abgeneigt sind, sofern dieselbe sich nur innerhalb der Grenzen bewegt, die ihr durch die Fortschritte der allgemeinen Bildung gesetzt sind. Wir selbst waren unter den Ersten, die auf die Nothwendigkeit einer Reform des Universitätswesens aufmerksam machten; aber wie wir uns überall in den politischen Kämpfen unserer Zeit für die Sache der Reform, und gegen die Sache der Revolution erklärt haben; so auch in Bezug auf das Universitätswesen. Eine Reform, welche das Universitätswesen von dem Schutte befreit, der aus den Trümmern einer längst vergangenen Zeit zurückgeblieben, ist heilsam und unvermeidlich. Eine Revolution, die in der gegenwärtigen Verfassung der Universitäten einen völligen Umsturz bewirkte, könnte keinem Gutgesinnten anders als beklagenswerth erscheinen.

Körperschaften, die eine politische Selbstständigkeit ansprechen, wie die Universitäten dieselbe in gewisser Beziehung bis auf die neueste Zeit besaßen, kann kein nach modernen Begriffen geordneter Staat dulden; und wir können dagegen nichts erinnern, wenn der Staat, sobald er durch das Streben nach politischer Selbstständigkeit auf den Universitäten bedroht wird, jene Maßregeln ergreift, die ihm als die geeignetsten erscheinen, um die Gefahr abzuwenden. Ein Gebiet giebt es indessen, in welches der Staat nicht eingreifen darf, sobald er seine Bestimmung nicht völlig verkennt. In der bürgerlichen Welt ist Freiheit nur durch die strengste Beobachtung der Ordnung möglich, weil durch jede Aeußerung der Freiheit eines Individuums die Freiheit eines

andern beschränkt werden kann; in der Geisteswelt giebt es dagegen keine andere Ordnung, als jene, welche durch die ewigen Gesetze des Denkens vorgeschrieben wird, und diese bedürfen zu ihrer Aufrechthaltung keines äußern Schutzes. Die ungebundenste Freiheit kann in dem Gebiete des Geistes nie zu Störungen führen, welche sich den Störungen der bürgerlichen Ordnung irgend vergleichen ließen. Die ausschweifendsten Verirrungen bleiben immer in ihren Folgen auf das Individuum beschränkt, welches sich denselben hingiebt; Niemand kann gezwungen werden, den Gedankengang eines Andern zu theilen. Es giebt kein Mittel, die Freiheit des Gedankens zu beschränken: eine Gedankenpolizei ist daher an und für sich etwas so Widersinniges, daß man jeden Versuch, der gemacht oder vorgeschlagen wird, um eine Anstalt dieser Art zu begründen, nur bei seinem wahren Namen zu nennen braucht, um die Ausführung in einer gebildeten Nation unmöglich zu machen.

Der Theil der academischen Freiheit, der uns von jeher als ein unantastbares Heiligthum erschien, ist die Freiheit des Lehrens und des Lernens. Kein in die Schranken irgend einer Individualität gebannter Geist ist dem andern so durchaus überlegen, daß er mit Sicherheit den Gang bestimmen könnte, den die Entwickelung desselben nehmen soll. Physische Gewalt hat allerdings auch auf die geistige Bildung ihren Einfluß. Wer die Gewalt in Händen hat, kann ganzen Generationen alle Mittel der Bildung entziehen. Wir halten es indessen bei den Fortschritten, welche unter den civilisirten Nationen Europa's die geistige Bildung gemacht hat, für unmöglich, daß die verkehrteste Politik irgendwo auf die Dauer einen solchen Gebrauch von der Gewalt machte. Die Beschränkungen der geistigen Freiheit, zu denen man hier und da geschritten ist, sind aus einer irrigen Ansicht über den Zweck und die Bedeutung des Staates hervorgegangen, die zwar zu beklagenswerthen Verirrungen führen, aber schwerlich noch einen dauernden Zustand zu begründen vermag.

In Bayern soll man damit umgehen, die Lehr- und Lernfreiheit, die — mit Ausnahme der hohen Schulen des österreichischen Staates — auf allen deutschen Universitäten herrscht, aufzuheben. Nach dem Correspondenten der Leipziger Zeitung soll zwar nur die Collegienfreiheit aufhören; d. h. es soll den Studirenden nicht mehr freistehen, die Collegien zu besuchen, die sie selbst besuchen wollen, sondern es soll ihnen die Verbindlichkeit aufgelegt werden, bestimmte Vorträge in bestimmter Reihenfolge zu hören, wobei natürlich so wenig Rücksicht auf die verschiedenen Individualitäten, als auf die Bildungsstufen der verschiedenen Individuen genommen werden kann. Dagegen versichert man uns, daß die bisherige Lehrfreiheit in vollem Umfange („unbedingt!") fortbestehen soll; nur sollen die academischen Lehrer gehalten sein, — nicht nach eigenen Heften, sondern nach Lehrbüchern zu lesen, die von einer zu diesem Zwecke besonders niedergesetzten Commission ausgearbeitet werden sollen. Was der Correspondent der Leipziger Zeitung unter Lehrfreiheit ver-

stehen mag, ist uns dunkel geblieben, denn eine Lehrfreiheit, die das Lehren nach vorgeschriebenen Compendien voraussetzt, ist eben keine Lehrfreiheit. Wir hoffen indessen, daß die ganze Mittheilung auf einem Mißverständnisse oder auf der Verwechselung der Wünsche einer gewissen Partei mit den Absichten der Regierungen hervorgegangen ist. Einem so aufgeklärten Fürsten, wie dem Könige von Bayern, kann es nicht unbekannt sein, daß die größten Fortschritte, welche die Wissenschaft in Deutschland gemacht hat, gerade aus jener Lehrfreiheit auf unseren Universitäten hervorgegangen sind, welche nicht angewiesen war, nach vorgeschriebenen Lehrbüchern zu lehren.

Die deutschen Ständeversammlungen.

Geschrieben am 2. Februar 1835.

Die ständischen Versammlungen, die nach der Bewegung des Jahres 1830 in den verschiedenen deutschen Bundesstaaten zusammenberufen wurden, zeichneten sich mit wenigen Ausnahmen durch denselben Geist stürmischen Vorwärtsstrebens aus, welcher in jenen verhängnißvollen Tagen die große Masse der Bevölkerungen ergriffen hatte. Was man auch über die Unzulänglichkeit der dem deutschen Volke durch die bestehenden Verfassungen in den Staaten des deutschen Bundes verbürgten Freiheiten sagen mag, so ist doch soviel nicht zu verkennen, daß die ständische Vertretung sich noch immer als einen treuen Spiegel des Volksgeistes gezeigt hat: ruhig und gemäßigt bis zur Erschlaffung, so lange die Stimmung des Volkes eine ruhige und gemäßigte war, stürmisch bewegt, so wie das Volk von stürmischer Bewegung ergriffen wurde. An der wesentlichsten Grundlage politischer und bürgerlicher Freiheit fehlt es daher in Deutschland keineswegs; und wenn es begründet wäre, was man freilich von der einen Seite eben so entschieden in Abrede stellt, wie man es von der andern behauptet, daß wirklich gerechte Wünsche nicht erreicht worden wären, so hätten wir nicht irgend einen Mangel in unserer politischen Gesetzgebung, sondern nur unsere eigene Trägheit und Fahrlässigkeit anzuklagen.

Daß die Regierungen nicht auf alle Forderungen eingingen, welche die in den ständischen Versammlungen zu vorübergehender Herrschaft gelangte

französisch-liberale Partei erhob, wird kein Besonnener denselben zum Vorwurfe machen. Auf eine Erörterung über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit einzelner Maßregeln haben wir uns gar nicht einzulassen. In der Politik ist das zweckmäßig, was der Zeit und den Umständen gemäß ist. Das Zeitgemäße ist aber nicht, was in einer durch äußere Veranlassungen hervorgerufenen Aufregung von einzelnen Wortführern verlangt wird, sondern was die allgemeine Stimme mit nachhaltiger Ausdauer als nothwendig oder wünschenswerth bezeichnet. Das Reich der entschiedenen Lieberalen in den deutschen Ständeversammlungen ist aber von zu kurzer Dauer gewesen, als daß man behaupten könnte, dasselbe habe sich je auf die wahre öffentliche Meinung gestützt, die man wohl von der Meinung des Augenblicks in vorübergehender Aufwallung unterscheiden muß. In Bayern hat dieselbe zweite Kammer, die im Jahre 1831 die freisinnigsten Anträge der Regierung verwarf, weil sie ihr nicht freisinnig genug waren, bei ihrer zweiten Einberufung alle ihren früheren Ansichten oft gar schroff entgegenstehenden Schritte der Regierung unbedingt gutgeheißen und genehmigt; und die Führer der siegenden Opposition vom Jahre 1831 waren im Jahre 1834 zum Theil die Führer der ministeriellen Majorität. In Würtemberg hat die zweite Kammer, ungeachtet der in derselben vorherrschenden französisch-liberalen Elemente, von Anfang einen gemesseneren und besonneneren Weg eingeschlagen, weil glücklicher Weise die Einberufung nicht mehr in die Zeit der Aufregung, sondern schon in den Anfang des Widerstandes gegen dieselbe fiel; hier konnten wir also, wenn auch von Einzelnen manche einzelne Ansicht den veränderten Umständen geopfert wurde, doch nicht Zeugen einer so allgemeinen Untreue gegen die früher ausgesprochene Meinung sein, wie in Bayern. In Baden hat die zweite Kammer mehr aus Rücksicht auf die äußeren Verhältnisse nachgegeben, als daß sie ihre frühere Meinung aufgegeben hätte; aber sie hat doch nachgegeben. In Hessen-Darmstadt hat zwar die zweite Kammer nicht nachgegeben; aber was ist die Folge gewesen? Selbst in dem durch und durch von französischen Ansichten geschwängerten überrheinischen Landestheile eilt Alles, sich von der Opposition loszusagen, so wie die Regierung einigen Ernst zeigt, von der ihr zustehenden verfassungsmäßigen Macht in vollem Umfange Gebrauch zu machen. Von dem, was man mit inniger fester Ueberzeugung als wahr und recht erkennt, läßt man so leicht durch Drohungen, ja durch offenbare Gewalt sich nicht zurückbringen.

Die einzige ständische Versammlung in Deutschland, welche der Regierung ihres Landes noch immer in einer nicht allzufreundschaftlichen Stellung gegenüber steht, ist die kurhessische. In Kurhessen bestehen Verhältnisse, die zum Glück in keinem andern deutschen Staate wiederkehren, und die freilich die unter einem großen Theile der Bevölkerung herrschende Verstimmung erklären. In Kurhessen sind es weniger französisch-liberale Ansichten, wie im südlichen Deutschland, welche die deutschen und ursprünglich wenn auch gerade

nicht übertrieben freisinnigen, doch auch nichts weniger als knechtischen Verwaltungsgrundsätze der Regierung anfeinden; sondern es ist eine zwar aus früherer Zeit herrührende, aber einmal wirklich im Lande vorhandene Spannung, welche in der Ständeversammlung ihren immer noch sehr gemäßigten Ausdruck findet. Daß man auf beiden Seiten gereizt ist, und daß von den Behörden eben so, wie von ständischer Seite Manches versäumt wird, wodurch das gute Vernehmen sich wieder herstellen ließe, wird kein Unbefangener verkennen. Wiederholte Auflösungen, wie im Großherzogthume Hessen, würden hier, wo es sich nicht um Ansichten, sondern um sehr bestimmte scharf ausgeprägte Interessen handelt, schwerlich zum Ziele führen. Der beste Rath, den wir unter diesen Umständen der Regierung, wie den Ständen in Kurhessen zu ertheilen vermöchten, wäre, daß man von beiden Seiten etwas weniger scharf auf dem Buchstaben des Rechtes beharrte, und daß man sich davon überzeugte, wie wenig, bei dem besten Rechte, durch Streitigkeiten gewonnen wird, die sich ohne Mühe in das Unendliche fortsetzen lassen.

Die Eröffnung der badischen Ständeversammlung.

Geschrieben am 8. April 1835.

Die Rede, mit welcher Se. k. Hoheit der Großherzog von Baden am 31. v. M. die badische Ständeversammlung eröffnete, hat in ganz Deutschland eine freilich mit schmerzlichen Erinnerungen verbundene freudige Anerkennung gefunden. Vor allen anderen Staaten des deutschen Bundes hat das Großherzogthum Baden zuerst den Weg der Verbesserungen in dem Sinne der modernen politischen Ideen mit der kräftigsten Entschiedenheit betreten. Aber man verstand nicht, was man mit schneller Entschlossenheit zu gewinnen wußte, durch kluge und besonnene Anwendung zu behaupten. Die Frage, welche an vorragender Wichtigkeit jede andere beherrscht, die durch die politische Entwicklung unserer Zeit aufgeworfen wird, ist die Frage der Preßfreiheit. Wenn dieselbe für den Augenblick in Deutschland nicht auf die günstigste Weise entschieden ist, so tragen unserer Ueberzeugung nach nicht die Regierungen die Schuld, denen man doch wahrlich nicht zumuthen konnte, die Hände in den

Schooß zu legen, während mit möglichster Offenheit alle Vorbereitungen zu ihrem Sturze getroffen wurden; die vornehmste Schuld, wenn auch nicht die ausschließliche, liegt in dem Benehmen der Männer, die sich selbst zu Wortführern der öffentlichen Meinung aufgeworfen hatten und die in der That, bei dem durchgehenden Mangel an politischer Bildung selbst unter den gebildeten Ständen, einen nicht geringen Theil der Nation auf der Bahn, die sie mit unbedachtem Eifer eröffneten, mit sich fortrissen. Die Sache der Preßfreiheit ist für den Augenblick in Deutschland verloren. Eine andere nicht viel weniger wichtige Frage ist in diesem Augenblicke an der Tagesordnung, und wieder ist das Großherzogthum Baden dazu berufen, einen mächtigen Einfluß auf die Entscheidung zu üben. Es handelt sich um die Wirksamkeit der ständischen Verfassungen, die ohne die Freiheit der Presse zwar den größten Theil ihres Werthes verlieren, indessen auch ohne die Preßfreiheit immer noch wichtig genug bleiben, um wenigstens nicht ohne ernste Prüfung bei Seite geworfen zu werden.

Wende man uns nicht ein, daß die deutschen Verfassungen unmöglich gefährdet sein können, weil die Regierungen ohne alle Frage entschlossen sind, die in denselben begründeten Volksrechte, so viel an ihnen ist, aufrecht zu erhalten. Die besten Absichten werden durch die Gewalt der Umstände beherrscht, und es wäre die äußerste Verblendung, wenn man durch die Ruhe der Gegenwart, die nur durch die gewaltigsten Anstrengungen errungen ist, sich über die Gefahren täuschen ließe, welche der nächsten Zukunft drohen. Die landständischen Verfassungen und Constitutionen haben in der neuesten Zeit zu ihren alten Feinden, von denen man voraussetzen kann, daß sie den Kampf nicht aufgegeben, sondern nur bis zu einer günstigeren Wendung der Dinge aufgeschoben haben, neue Gegner erhalten, die uns ungleich gefährlicher scheinen, weil gerade von ihnen die wenigste Gefahr befürchtet wird. Die Ultraliberalen in Frankreich, die leidenschaftlichen Freiheitsfreunde in Deutschland, die am beredtesten für die Sache der Repräsentativverfassungen sprachen, so lange sie erwarten konnten, daß ihre politischen Ansichten durch dieselben zur Herrschaft gelangen würden, haben sich mit Verachtung abgewandt, so wie sie wahrzunehmen glaubten, daß das künstliche Räderwerk seinen Zweck nicht erfülle. Nicht das Gefühl der Schwäche allein erklärt das Schweigen dieser Partei in der französischen Abgeordnetenkammer; so wie es keinesweges die Beschränkungen der freien Aeußerung des Gedankens allein sind, welche das Verstummen derselben in Deutschland erklären. Man hat sich von der Unausführbarkeit seiner Lieblingsplane unter den bestehenden constitutionellen Formen überzeugt, und will seine Zeit und Mühe nicht länger verschwenden, dieselben immer wieder in Anregung zu bringen, so lange nicht die geringste Hoffnung für den Erfolg vorhanden ist. Deßhalb sind die Plane aber nicht aufgegeben, sondern man will nur einen andern Weg zu der Ausführung einschlagen, und dieser Weg geht von dem Sturze derselben Verfassungen aus,

die man vor wenigen Jahren noch als das wirksamste Heilmittel gegen alle Krankheiten des Staatswesens pries.

Frühere Landtage sind mit größeren Versprechungen eröffnet worden, als der jetzt versammelte des Großherzogthums Baden. Die Rede des Großherzogs verbreitet sich über wenige Gegenstände, die außerhalb der Grenzen des Großherzogthums das geringste Interesse erregen können. Der Schweizer Wirren wird auf eine Weise gedacht, die eine freundliche Ausgleichung hoffen läßt; die Unterhandlungen über den Beitritt des Großherzogthumes zum deutschen Zollvereine werden erwähnt, obwohl man noch immer von dem Ziele ziemlich weit entfernt scheint. Dieß sind die beiden einzigen Punkte, welche für Deutschland im allgemeinen von Belang sind. Es ist aber auch nicht dieser oder jener einzelne Umstand, der in der Rede besonders hervorgehoben wird, worin unserer Ansicht nach die vornehmste Wichtigkeit derselben liegt; sondern es ist der biedere, freundliche und versöhnliche Ton des Ganzen, der uns zu der Hoffnung berechtigt, daß auf einem Landtage, welcher die ersten parlementarischen Talente in Deutschland in sich vereinigt, zum ersten Male in aufrichtigem Einverständnisse mit der Regierung das Wohl des Landes ohne Rücksicht auf einseitige Parteiansichten gefördert werden wird.

Der Nutzen der ständischen Versammlungen in Deutschland hat bisher mehr darin gelegen, was sie da und dort verhindert, als was sie selbst hervorgerufen haben; dieß ist der hauptsächlichste Grund der Lauheit, mit der die ständischen Verhandlungen in dem größten Theile von Deutschland aufgenommen werden. Ein anderer Grund liegt ohne Zweifel in der Redseligkeit unserer lieben wackeren Landsleute, die uns vor Worten oft nicht gestattet, zur Sache zu kommen. Die Wohlredenheit kann allerdings bei ihrer äußersten Uebertreibung nicht leicht ein besonderes Unglück anrichten; indessen sollte man es doch einigermaßen beherzigen, daß die Zeit, die in den deutschen Ständeversammlungen über so mancher gar zu gründlichen Erwägung verloren geht, schon deßhalb eine kostbare ist, weil sie von dem Lande bezahlt wird. In Frankreich kann man es den Herren Abgeordneten nicht verdenken, wenn sie das Vergnügen nicht missen wollen, sich selbst reden zu hören, sobald sich irgend eine schickliche oder unschickliche Gelegenheit bietet. Die Mitglieder der französischen Abgeordnetenkammer beziehen keine Diäten, und da sie für ihr eigenes Geld in der Kammer sitzen, so kann man es ihnen kaum verdenken, wenn sie davon auch etwas haben wollen. Wir geben der deutschen Einrichtung den Vorzug, nicht allein deßhalb, weil sie es auch dem weniger bemittelten Vaterlandsfreunde möglich macht, eine Stelle unter den Vertretern seines Volkes einzunehmen, sondern hauptsächlich deßhalb, weil wir die französische Manier bei aller Wohlfeilheit für zu theuer halten. Wenn eine Waare umsonst ausgeboten wird, hat der Käufer immer einige Ursache mißtrauisch zu sein; denn gewöhnlich sind an den scheinbar vortheilhaften Kauf Bedingungen geknüpft, die denselben zu einem sehr unvortheilhaften machen.

Die Eröffnung der großherzoglich hessischen Ständeversammlung.

Geschrieben am 6. Mai 1835.

Die Eröffnung der Ständeversammlung des Großherzogthums Hessen zu Darmstadt, die in diesen Tagen erfolgt ist, hat wenig Erwartungen und diese in einem beschränkten Kreise rege gemacht, weil man sich ziemlich allgemein zum voraus überzeugt hält, daß die Mehrheit in der zweiten Kammer, die auf den beiden letzten Landtagen der Regierung in entschiedener Feindseligkeit gegenüberstand, dießmal den Behörden eben nicht allzuviel zu schaffen machen wird. Es liegt in der Natur des Menschen, daß die stille friedliche Entwicklung, wenn auch in ihren Folgen weithin wirkend, die Aufmerksamkeit in geringerm Grade erweckt, als das vielleicht spurlos vorübergehende, aber für den Augenblick gewaltsam ergreifende Stürmen der Leidenschaft. So wie gegenwärtig die Dinge in Deutschland stehen, wird aber gewiß kein Besonnener behaupten, daß in irgend einem der deutschen Bundesstaaten ein auf beiden Seiten leidenschaftlich geführter Streit zwischen Regierung und Ständen dem Lande von sonderlichem Nutzen sein könne. Hat die Regierung Recht, so wird durch den Widerspruch der Stände der regelmäßige Geschäftsgang nur gestört und aufgehalten; haben die Stände Recht, so besitzen sie doch nicht die Macht, ihrer richtigen Ansicht die erforderliche äußere Anerkennung zu erzwingen. Von gegenseitigem Ueberzeugen kann da, wo beide Theile einmal von leidenschaftlicher Aufregung ergriffen sind, nicht die Rede sein. Denn es läßt sich zwar recht schön anhören, wenn man sagt, daß die Regierung eines Landes über den Parteien stehen und nicht auf die Eingebungen der Leidenschaft, sondern auf die Stimme der Vernunft achten soll. Nur darf man nicht vergessen, daß die Mitglieder der höchsten Regierungsbehörden, wie die Mitglieder der Ständeversammlung, Menschen sind; und daß es jedem Menschen schwer fällt, wenn man ihn mit der Faust in das Gesicht schlägt, seine volle Ruhe und Besonnenheit zu behalten.

Daß in Darmstadt bei dem Zwiespalte zwischen den Ständen und der Regierung von beiden Seiten gleich sehr gefehlt worden ist, wird jetzt, nachdem die ganze Sache ihre Bedeutung verloren hat, wohl nicht leicht irgendwo in Abrede gestellt werden. Wir können uns wenigstens unmöglich überzeugen, daß in dem Ausdrucke Partei, wenn derselbe auch von den Mitgliedern der höchsten Behörden gebraucht wird, eine so arge Beleidigung liege, daß

derselbe die Auflösung eines Landtages nothwendig machte *). Kein Mensch auf Erden steht so hoch, daß er behaupten dürfte, keiner Partei anzugehören. Der Blick des Fürsten wird durch die Aufwallungen der Leidenschaft getrübt, wie der Blick des Bettlers. Aber wenn wir den Grund nicht billigen, um dessentwillen der letzte darmstädtische Landtag aufgelöst wurde, so können wir doch die Auflösung selbst nicht mißbilligen. — — — — — — — — — —

Die constitutionelle Monarchie, die zwischen der Republik und dem unbeschränkten Königthume in der Mitte liegt, ist eben so wenig unter allen Bedingungen, ohne Rücksicht auf die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ausführbar, wie die Republik. Das Wesen der constitutionellen Monarchie besteht darin, daß die Regierung von dem Haupte des Staates in dem Sinne der öffentlichen Meinung geführt werde, wie dieß in der Republik der Fall ist. Die öffentliche Meinung bilden aber in der Republik alle Bürger, weil man von allen voraussetzen soll, daß sie gebildet genug sind, um eine Meinung zu haben. In der constitutionellen Monarchie bilden die öffentliche Meinung nur die Besten des Volkes: die Reichsten, die Gebildetesten, die Angesehensten, weil man bei der herrschenden Ungleichheit unmöglich voraussetzen kann, daß Alle eine Meinung haben. Von der constitutionellen Monarchie ist daher eine Aristokratie untrennbar, sei es eine Aristokratie des Geldes — wie in dem gegenwärtigen Frankreich — oder des Grundbesitzes — wie in dem Frankreich der Restauration — oder eine Aristokratie der Geburt — wie in England. Unsere Ueberzeugung, die wir nicht ohne reife Prüfung gewonnen haben, ist, daß von allen möglichen Aristokratien jene des Geldes die schlechteste, und jene der Geburt, sobald dieselbe von großem Besitz unterstützt wird, die beste ist. Ein reicher und mächtiger Adel, wie derselbe in England bis auf diesen Augenblick besteht, ist der Freiheit so wenig gefährlich, daß er vielmehr den Anmaßungen der Krone gegenüber, sobald die einzelne Ansicht sich über die Einsicht der Besten des Volkes setzen will, die festeste Stütze der Freiheit wird. Noch in dieser Stunde, während die brittische Adelsherrschaft in ihren tiefsten Fundamenten erschüttert ist, stehen die mächtigsten und bedeutendsten Adelsgeschlechter mit wenigen Ausnahmen auf der Seite des Volkes. Die Tories bilden zwar die Mehrzahl, aber keineswegs weder den Reichthum, noch das alte Ansehen oder den Einfluß des Adels. Man kann sagen, daß gerade der wahrhaft adelige freisinnige Geist, der den brittischen Adel auszeichnete, seinen Untergang herbeigeführt hat. Denn indem der brittische Adel Alles in seine Reihen aufnahm, was sich irgend durch vorragendes Ta-

*) Bekanntlich wurde der heftige Auftritt, welcher der Auflösung der großherzoglich hessischen Ständeversammlung von 1834 unmittelbar voranging, dadurch veranlaßt, daß Herr von Gegern d. J. die Ansichten, welche die Regierung geltend machte, als jene einer Partei bezeichnete.

lent oder Verdienst im Volke auszeichnete, vermehrte er seine Zahl so, daß die Last, die seine Ansprüche der Nation auflegten, unerträglich wurde. In England, wie überall, sind es nicht die großen alten Geschlechter, sondern die Neugeadelten oder die herabgekommenen und verarmten Edelleute, welche den Adel verhaßt machen.

In Deutschland ist eine constitutionelle Monarchie in dem Sinne, wie dieselbe bis jetzt in England besteht, unausführbar, weil Niemand den niederen deutschen Adel, der sich nur mit der englischen Gentry vergleichen läßt und in England daher, wie diese, dem Bürgerstande angehören würde, dem englischen hohen Adel, der Nobility, an die Seite setzen kann. Eine Aristokratie von armen oder verarmten Edelleuten ist zwar nie so schlecht, wie eine Geldaristokratie, weil sie nie so niedrig, nie so schmutzig, nie so gemein sein wird. Aber das unglückliche Polen hat uns für alle Zeiten ein lehrreiches Beispiel gegeben, wozu eine Aristokratie führt, deren Mitglieder aus einem zahlreichen, und nur auf die Geburt begründeten Adel bestehen. Vor einer Geldaristokratie, wie die französische, möge uns der Himmel bewahren. Und da wir eine Geburtsaristokratie in dem Sinne der brittischen nicht haben, so ist es offenbar, daß die constitutionelle Monarchie, wenn dieselbe in Deutschland bestehen soll, eine ganz andere Bedeutung haben muß, wie in Frankreich oder England. Nur eine reiche und mächtige Aristokratie ist selbstständig genug, um gegen Jedermann, und so auch selbst der Regierung gegenüber, ihre Ansichten zu behaupten. Eine solche Aristokratie haben wir in Deutschland nur an wenigen Orten; wir haben nirgend eine Macht, welche der Regierung das Gleichgewicht halten könnte. Es ist daher ein völlig verfehltes Bestreben, wenn unsere Stände nach dem Vorbilde von Frankreich und England den Regierungen Gesetze vorschreiben wollen. Die einzige Stütze, welche die Stände in Deutschland haben, ist die große Masse des Volkes, und diese kann man weder um kleiner Dinge willen, noch jeden Augenblick in Bewegung setzen. Die einzige Macht, welche die Stände in Deutschland haben, ist nicht — wie in England und Frankreich — den Gang der Regierung zu bestimmen, sondern die Regierung von Ausschweifungen abzuhalten, die in früheren Zeiten bekanntlich nicht selten waren, und die neuerer Zeit in dem alten Maße nie wiederkehren können, weil bei dem Kampfe gegen offenbare, schreiende und drückende Mißbräuche die Stände, wie machtlos sonst auch immer, durch die ganze Masse der Nation unterstützt wären.

In Dingen, wo nicht das Wohl des Ganzen auf dem Spiele steht, thun die Stände unter den gegenwärtigen Verhältnissen überall in Deutschland besser, wenn sie selbst irrigen Ansichten der Regierung nachgeben, als wenn sie durch erfolglosen Widerstand ihr Ansehen schwächen und ihren Einfluß auch für solche Fälle entkräften, wo derselbe mit Erfolg angewandt werden könnte. Daß diese Ansicht von den Häuptern der Volkspartei im südlichen Deutschland, so wie von einzelnen überspannten Liberalen im Norden

nicht getheilt wird, iſt uns wohl bekannt. Wir werden uns aber durch die Mißbilligung, die wir von dieſer Seite erfahren, nicht abhalten laſſen, unſere Ueberzeugung geltend zu machen, wo dieß unſeres Dafürhaltens am Orte iſt.

Der Schluß der badiſchen Ständeverſammlung.

Geſchrieben am 4. September 1835.

Nach manchen ſtürmiſchen Auftritten in den früheren Sitzungen des jüngſten badiſchen Landtages iſt das gute Vernehmen zwiſchen den Ständen und der Regierung, welches ſich bei dem Schluſſe ausgeſprochen hat, für jeden Freund der guten Sache in unſerm deutſchen Vaterlande eine um ſo erfreulichere und wohlthuendere Erſcheinung. Nicht aus grundſatzloſer Herrendienerei, ſondern aus feſter inniger Ueberzeugung haben wir immer die Anſicht bevorwortet, daß in Deutſchland keine freie politiſche Entwicklung möglich iſt, außer der auf richtige Würdigung und Anerkennung der beſtehenden Verhältniſſe gegründeten, welche von den Regierungen ſelbſt geleitet würde. Jedes Beſtreben, eine ſogenannte ſyſtematiſche Oppoſition in den deutſchen Ständeverſammlungen hervorzurufen, oder im Kampfe mit den Regierungen Zugeſtändniſſe zu erzwingen, die von dieſer nicht freiwillig gewährt werden, hat bisher nach vorübergehenden Siegen immer nur größere Rückſchritte zur Folge gehabt. Der Grund iſt für den Beſonnenen leicht zu erkennen. Der vielbeſprochene Artikel der Wiener Schlußacte, nach welcher die Staatsgewalt in allen deutſchen Bundesſtaaten ausſchließlich in den Händen der Regierungen liegen ſoll, ſpricht nicht, wie dieß von den ſüddeutſchen Liberalen behauptet wird, eine aus dem Gebiete der Willkürherrſchaft eingeſchwärzte Lehre, ſondern eine einfache Thatſache aus, die in Deutſchland von jeher beſtanden hat, und durch alle unſere neueren Verfaſſungen nicht abgeſtellt iſt. Die Staatsgewalt ruht in den Händen der Regierungen; nur ſind dieſe in dem Gebrauche, den ſie von derſelben machen, durch geſetzliche Beſtimmungen beſchränkt, die ſie nicht verletzen können, ohne ihrer Pflicht untreu zu werden. Da, wo dieſe Beſchränkungen in der Ausübung der Staatsgewalt vorhanden ſind, tritt die Wirkſamkeit der Stände ein; aber es wäre ein vergebliches Beſtreben, wenn die Stände ſich bemühen wollten, ihre Wirkſamkeit über dieſe ſcharfgezogenen Grenzen auszudehnen. Die Regierungen können in den conſtitutionellen Staaten des deutſchen Bundes keine neuen Geſetze erlaſſen, ohne die Zuſtimmung der

Stände; sie dürfen keine Steuern ausschreiben, die nicht von den Ständen bewilligt sind, und sie gestehen den Ständen das Recht zu, eine beständige Aufsicht über die gewissenhafte Beobachtung der bestehenden Gesetze zu führen, die nur in den Gang der Verwaltung nicht störend eingreifen darf.

Wenn die Stände auch keine andern Rechte hätten, als die hier angedeuteten, so wären dieselben schon wichtig genug, weil sie eine Bürgschaft für die ungekränkte Aufrechterhaltung des Besitzstandes und der persönlichen Freiheit bieten, die in willkürlich regierten Staaten nicht vorhanden ist. Aber in allen constitutionellen Staaten des deutschen Bundes haben die Stände überdieß das Recht, sei es auch nur in der bescheidenen Form von Bittschriften, selbstständige Anträge zu stellen, die, ohne die Ausübung der Staatsgewalt im Geringsten zu beschränken, einen bedeutenden Einfluß auf den Gang der Regierung nicht verfehlen können. Hier kommen wir auf das Feld, wo der Unterschied zwischen dem Verfassungswesen, wie sich dasselbe in Deutschland und wie es sich in England und Frankreich entwickelt hat, in seiner größten Schroffheit hervortritt. In England hat das Haus der Gemeinen, in Frankreich die Abgeordnetenkammer das Recht, die Regierung zu zwingen, diese oder jene einzelne Maßregel zu ergreifen, diese oder jene politische Richtung anzunehmen, weil man in dem äußersten Falle nur mit der Steuerverweigerung zu drohen braucht, um Nachgiebigkeit unvermeidlich zu machen. In Frankreich und England ist die Staatsgewalt zwischen der Regierung und jenen Versammlungen getheilt, die man dort nicht mit Unrecht die gesetzgebenden Versammlungen genannt hat. In Deutschland ist das Verhältniß ein ganz anderes. Da die Stände das Recht der unbedingten Steuerverweigerung nicht haben, so besitzen sie auch kein Mittel, die Regierungen im Falle eines Streites zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Der Einfluß, den sie auf den Gang derselben üben, kann daher immer nur ein berathender sein. Die Stände haben keinen Antheil an der Staatsgewalt, aber sie haben das Recht und die Verpflichtung, die Regierung über den Gebrauch aufzuklären, den sie zum Besten des Ganzen von der Staatsgewalt machen soll.

Sage man nicht, daß dieses Recht nicht viel zu bedeuten habe. Im Privatleben will es freilich nicht viel heißen, wenn man Jemandem das Recht giebt, seinen Rath zu ertheilen, sofern es dem Berathenen nach wie vor frei steht, zu thun und zu lassen was er will. Der Privatmann läßt sich in seinen Urtheilen, wie in seinen Handlungen, durch das bestimmen, was er für sein Interesse hält, und sehr oft wird das Interesse des Rathgebers von jenem des Berathenen verschieden sein. Bei dem Verhältnisse, in welchem die Regierung eines constitutionellen Staates zu den Ständen steht, ist indessen eine Verschiedenheit des Interesses vernünftiger Weise nicht denkbar. Allen Theilen muß gleich sehr an dem Besten des Ganzen gelegen sein. Wenn in Bezug auf die Mittel, durch welche das Beste des Ganzen zu erreichen ist, eine Meinungsverschiedenheit obwaltet, so muß einer von beiden Theilen im Irr-

thume sein; und es handelt sich daher nur darum, diesen Irrthum aufzuklären, was freilich in einzelnen Fällen mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden sein mag, wozu sich aber im Verlaufe der Zeit immer einmal eine Gelegenheit bietet. Das Schlimmste, was man auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung zu befürchten hat, ist der Verlust an Zeit. Man darf aber nicht vergessen, daß die Völker mehr Zeit haben, als die einzelnen Individuen; daß zehn Jahre in dem Leben einer Nation oft nicht mehr sind, als ein Tag in dem Leben eines Individuums; und daß es daher für die höheren Zwecke des öffentlichen Lebens in vielen Fällen beinahe gleichgültig ist, ob der wichtigste politische Fortschritt heute errungen wird, oder nach zehn Jahren.

Daß unsere Ansicht von den Häuptern der liberalen Partei im südlichen Deutschland keineswegs getheilt wird, wissen wir recht gut. Dort hält man noch immer die Ansicht fest, daß in jedem constitutionellen Staate die Staatsgewalt zwischen der Regierung, der Vertretung der Aristokratie in der ersten Kammer und der Vertretung des Volkes in der zweiten Kammer getheilt sei; und es ist nicht zu verwundern, wenn man von dieser irrigen Ansicht ausgehend auf irrige Folgerungen und Schlüsse kommt. Darum, was nach dieser oder jener Theorie das Bessere sei, bleiben wir unbekümmert; aber wir möchten wohl wissen, welcher Theil der Staatsgewalt irgend wo in Deutschland in den Händen der Ständeversammlungen wäre, sofern man das Recht, Vorschläge zu machen und gegen Eingriffe zu protestiren, nicht etwa als einen Theil der Staatsgewalt ansehen will. Wenn wir darüber uns erst vollkommen klar geworden sind, welcher Art der bestehende Zustand ist, werden wir über die Mittel, die wir zur Verbesserung desselben ergreifen müssen, nicht lange in Zweifel sein. Kein Staatsmann, der die geringste politische Wirkung hervorbringen will, wird daran denken, ein Gebäude auf den Grund von Voraussetzungen, die den bestehenden Verhältnissen nicht entsprechen, in die Luft zu bauen. Freilich schmeichelt es der Eitelkeit mehr, man fühlt sich selbst groß und erhaben, und die geblendete Menge wird leichter zur Bewunderung hingerissen, wenn man mit stolzer Beharrlichkeit auf dem einmal eingeschlagenen Wege fortschreitet, obwohl man nur rechts und links um sich blicken darf, um sich zu überzeugen, daß derselbe nicht zum Ziele führt. Die Wahl ist hier zwischen vorübergehendem Geräusch und dauernder Wirkung, zwischen dem Beifall des Tages und bleibendem Ruhm.

Der Tod des Kaisers Franz von Oesterreich.

Geschrieben am 8. März 1835.

Der Tod des Kaisers von Oesterreich würde, sofern derselbe eine Veränderung in der Politik des österreichischen Cabinettes veranlaßte, Folgen von unermeßlicher Wichtigkeit nach sich ziehen. Oesterreich ist die sicherste Burg der bestehenden Ordnung auf dem Festlande unseres Welttheiles; auf Oesterreich waren von jeher aus der Nähe und aus der Ferne die Blicke gerichtet, wo es galt, Hülfe und Rath zur Aufrechterhaltung des alten Rechtes und des alten Herkommens und zur Abwehr revolutionairer Neuerungssucht zu erlangen. Wenn irgend ein Staat durch seine äußere Lage, so wie durch seine innere Zusammensetzung darauf angewiesen ist, streng an dem Alten und Hergebrachten zu halten, so ist dieß Oesterreich.

Schon bei dem Scheiden des Mittelalters wurde die Vorliebe für das Alte dem österreichischen Regentenhause gebieterisch aufgedrängt. Damals hatten die Kämpfe der religiösen Parteien für die fortschreitende Entwicklung unseres Welttheiles ähnliche Bedeutung, wie in unseren Tagen die Kämpfe der politischen Parteien. Der erste Anstoß zu der religiösen Bewegung im germanischen und slavischen Norden ging von Böhmen aus, — von jenem unglücklichen Lande, welches, einst an der Spitze der Civilisation, durch voreiliges, seine Kräfte überwiegendes Vorwärtsstreben zu der untersten Stufe derselben herabgedrückt wurde. Wollte das Haus Oesterreich seine Ansprüche an Böhmen nicht aufgeben und den schönsten Edelstein aus seiner Krone verlieren, so blieb keine andere Wahl, als durch blutige Gewalt den Neuerungstrieb zu ersticken, der eben so bald gegen die weltliche, als geistliche Macht gerichtet war. Bei dem erbitterten Kampfe, den das Haus Oesterreich gegen die Glaubensfreiheit führte, handelte es sich nicht allein um die Annahme dieses oder jenes religiösen Bekenntnisses, sondern es handelte sich zuvörderst um das Bestehen der österreichischen Monarchie. Aber unrecht würde man thun, wenn man behaupten wollte, daß es allein das selbstische Interesse eines Regentenhauses gewesen wäre, welches der Macht desselben jedes auch noch so grausenhafte Opfer gebracht habe. Der österreichische Staat nahm in der politischen Ordnung unseres Welttheiles von den ältesten Zeiten eine Stelle ein, welche die Aufrechterhaltung der österreichischen Macht untrennbar mit dem Heile der gebildeten Menschheit vereinte. Was wäre aus Deutschland, was aus Europa geworden, wenn Oesterreich nicht die Macht besessen hätte, den Völkersturm zu brechen, der nach dem Sturze des griechischen Kaiserthumes aus dem Orient gegen die Westwelt heranwogte?

Dieselbe feindliche Stellung, die dem Hause Oesterreich in früheren Zeiten durch seine innere und äußere Lage gegen die religiösen Neuerungen aufgedrängt war, ist dem österreichischen Kaiserstaate in unsern Tagen gegen alle politische Neuerungen geboten. Das erste Zeichen zu der großen politischen Bewegung unserer Tage hat der große König gegeben, den man mit demselben Rechte den Vorläufer der modernen politischen Reform nennen kann, wie Huß der Vorläufer der religiösen Reform des sechzehnten Jahrhunderts genannt worden ist. Friedrich der Große gab das erste Beispiel zu der Anwendung der modernen philosophischen Ansichten auf die Verhältnisse des Staates. In dem Kampfe, den Friedrich der Große gegen das Haus Oesterreich begann, wurde er mehr noch, als durch sein Feldherrntalent, durch den Umstand unterstützt, daß er als der Vorkämpfer der modernen Weltansichten auftrat, die um die Zeit seines Regierungsantrittes in allen Gemüthern zu gähren anfingen, und kurze Zeit nach seinem Tode in der französischen Revolution zu ihrem gewaltigsten Durchbruche kamen. Der erste Kampf, den Oesterreich gegen die neuen politischen Ideen bestehen mußte, hatte den Verlust einer der schönsten Provinzen der österreichischen Monarchie zur Folge. Aus den späteren ungleich gefährlicheren Kämpfen ist der österreichische Kaiserstaat bisher siegreich hervorgegangen. Kaiser Franz, dem nach zwanzig Jahren ununterbrochener Kriege und Revolutionen der Segen von zwanzig Friedensjahren beschieden war, hat bei seinem Hinscheiden den österreichischen Staat mächtiger und fester begründet hinterlassen, als er denselben bei seinem Regierungsantritte übernommen hatte.

Kein anderer Fürst ist von Millionen glücklicher Unterthanen in höherem Grade geliebt und verehrt worden, als Kaiser Franz. Von den erbittertesten Gegnern, welche die österreichische Politik gehabt hat, ist diese Thatsache nie in Abrede gestellt worden; und wenn wir es als die höchste Aufgabe des Regenten ansehen, das Glück seiner Unterthanen zu fördern, so werden wir zugestehen müssen, daß Kaiser Franz diese Aufgabe, so weit dieß in dem Kampfe mit den widerwärtigsten Verhältnissen möglich war, gelöst hat. Die Politik, die Oesterreich während seiner Regierung in seinen auswärtigen Verhältnissen beobachtete, war durch die Umstände geboten; und wir können dem Kaiser persönlich weder, wenn wir dieselbe billigen, den Ruhm, noch, wenn wir sie mißbilligen, den Tadel derselben zurechnen. Das persönliche Eigenthum des Kaisers ist dagegen die allgemeine Liebe, welche die väterliche Milde seiner inneren Verwaltung erweckte, und die hohe Achtung, welche die Tugenden des Familienvaters, des Gatten und des Menschen verdienten.

Die auswärtige Politik des österreichischen Cabinettes bestand, während der ganzen langen Regierungszeit des Kaisers Franz, in einem unausgesetzten Kampfe wider die modernen politischen Ideen, die in der westlichen Hälfte unseres Welttheiles großentheils bereits zu der Herrschaft gelangt sind, und in der östlichen wie in der westlichen Hälfte noch jetzt, nach so manchem fehl-

geschlagenen Versuche, fortwährend nach der Herrschaft streben. Man bedarf nur eines flüchtigen Blickes auf die Zusammensetzung des österreichischen Kaiserstaates, um es zu begreifen, daß die Politik, welche Oesterreich verfolgte, die einzige war, welche die Umstände dem freisinnigsten Staatsmanne verstatteten. Wie wäre es möglich, das moderne Constitutionswesen auf Oesterreich anzuwenden, ohne daß die verschiedenartigen Bestandtheile der Monarchie nach allen Richtungen auseinander fielen? Und wieder, wie in den Tagen der Glaubenskämpfe, ist das Bestehen der österreichischen Monarchie in ungeschwächter Kraft untrennbar mit den höchsten Interessen der gebildeten Menschheit verbunden. Wie Oesterreich damals das schützende Bollwerk gegen den Halbmond war, der von den Zinnen der griechischen Kaiserstadt nach der Westwelt herüberdrohte, so ist es jetzt das festeste Bollwerk gegen den Riesenadler, der seine Schwingen über drei Welttheile breitet und von seinem unnahbaren Horste im eisigen Norden drohend nach dem Süden und nach dem Westen blickt.

Die Politik des österreichischen Kaiserstaates ist keine Politik der Wahl, sondern eine durch die äußere und innere Lage des Landes nothwendig gebotene. Große Veränderungen in der innern und äußern Lage müßten vorausgehen, wenn dieselbe unter Kaiser Ferdinand I. eine andere Richtung nähme, als sie unter der Regierung seines kaiserlichen Vaters verfolgte. Für das Erste wird aber gewiß Alles beim Alten bleiben.

Der Beitritt Badens zum deutschen Zollvereine.

Geschrieben am 25. Mai 1835.

Durch den Anschluß von Baden an den großen deutschen Zollverein, dem der Anschluß von Nassau und Frankfurt in den nächsten Tagen folgen wird, ist der große Plan, Deutschland in einen geschlossenen Handelsstaat zu verwandeln — vielleicht der wichtigste und folgenreichste unserer an großartigen Entwürfen so reichen Zeit — seiner Vollendung um ein Beträchtliches näher geschritten. Das Vereinsgebiet wird nach dem Anschlusse der genannten Staaten 24,500,000 Seelen umfassen; und außer dem österreichischen Kaiserreiche sind nur noch die norddeutschen Küstenländer, Hannover, Oldenburg, Holstein und Meklenburg mit den Hansestädten und dem von Hannover nicht leicht zu trennenden Herzogthume Braunschweig von demselben ausgeschlossen. Schon in dem Umfange, den der Verein in diesem Augenblicke erreicht hat, bietet

derselbe alle Bürgschaften eines dauernden Bestehens; und der Zeitpunkt läßt sich vorhersehen, wo auch, wenn nicht Oesterreich, doch der ganze Norden von Deutschland dem Vereine zufallen wird. Preußen hat zum zweiten Male das Zeichen zu der Befreiung unseres deutschen Vaterlandes von fremder Abhängigkeit und zu der Wiedererweckung selbstständigen deutschen Volkssinnes und Volkslebens gegeben. In allen deutschen Staaten war bisher vorzugsweise nur der Ackerbau entwickelt; die Gewerbsthätigkeit hatte nur in einzelnen Gegenden einen Aufschwung genommen, der doch selbst auf dem einheimischen Markte nur für die wenigsten Producte die freie Mitbewerbung des Auslandes ertragen konnte. Die Krankheit, die seit Jahrhunderten die edelsten Kräfte der Nation verzehrte — die Zersplitterung in eine Menge verschiedener Staaten von streitenden Interessen — mußte auch den Gewerbsfleiß lähmen. Außerordentlich günstige Umstände mußten sich vereinigen, um an einzelnen Orten das Aufkommen von Fabriken und Manufacturen möglich zu machen, so lange die deutsche Waare auf den meisten deutschen Märkten nicht des geringsten Vorzuges vor der fremden genoß, während sie von den fremden Märkten durch Verbote oder einem Verbote gleich wirkende Steuern ausgeschlossen war. So lange das Ausland wenigstens die Producte des deutschen Bodens — Getreide, Holz, Vieh — als den Preis seiner Waaren nahm, blieb das Abhängigkeitsverhältniß, in welchem man zu dem fremden Gewerbfleiße stand, immer noch erträglich. So lange man die Waaren bezahlen konnte, deren man bedurfte, galt es gleichviel, welchem Punkte der Erdoberfläche sie ihren Ursprung verdankten. Aber wenn es in allen Verhältnissen schwer ist, das richtige Maß zu halten, so gewiß da, wo das Bewußtsein unbeschränkter Herrschaft waltet. Der Engländer, der Franzose begnügte sich nicht mehr damit, seine Manufacturwaaren dem Deutschen zu verkaufen und diesem dagegen die Erzeugnisse seiner Landwirthschaft abzukaufen, sondern er wollte nur verkaufen und nichts abkaufen, was natürlich zur Folge hatte, daß die Mittel zum Kaufen in Deutschland immer mehr aus dem Umlaufe verschwanden, bis man zuletzt ernstliche Maßregeln ergriff, sich den überlästigen Gast möglichst vom Halse zu halten.

Daß in dem ganzen Umfange des Vereinsgebietes das Gewerbewesen einen in Deutschland früher nie gekannten Aufschwung nehmen wird, läßt sich aus den Erfahrungen schließen, die Preußen bei der Befolgung der jetzt auf den größten Theil von Deutschland ausgedehnten Grundsätze der Handelsgesetzgebung in seinem eigenen Gebiete noch vereinzelt gemacht hat. Bei jeder bis jetzt noch denkbaren Erweiterung des deutschen Marktes kann Deutschland nie ein Gewerbsstaat in dem Sinne werden, wie England dieß ist. Dem Britten stehen durch seine Herrschaft zur See, wie durch seine Colonien Handelswege offen, die sich dem Deutschen schwerlich jemals eröffnen werden. Aber von der Gewerbsthätigkeit gilt es wie von jedem andern Thun und Treiben: der erste Schritt ist der schwerste; die nächsten, die man anfangs

für unmöglich hielt, folgen bald mit leichter Mühe oder von selbst. Daß der Unternehmungsgeist, den man uns Deutschen so lange völlig abgesprochen hat, bereits zu erwachen beginnt, so wie sich nur Raum zu freier Bewegung bietet, haben wir in diesen Tagen an einem Beispiele gesehen, welches jeden vaterlandsliebenden Deutschen mit Freude erfüllen muß. Das Capital zu einer so großartigen Anlage, wie die Eisenbahn zwischen Leipzig und Dresden, konnte kaum in England schneller zusammenkommen, als dieß auf einem deutschen Platze geschehen ist. Freilich steht bis jetzt dieses Beispiel noch einzeln da; indessen kann es bei dem Gewinne, den der bloße Entwurf den Unternehmern gebracht hat, an Nachahmung nicht fehlen. Daß man Gott dafür danken müsse, wenn Hannover nicht England sei, wie jüngst in der hannoverschen zweiten Kammer geschehen ist, läßt sich jetzt gegen die Eisenbahn nicht füglich mehr anführen; es müßte denn sein, daß man Gott auch dafür danken wollte, daß Hannover nicht Sachsen und daß die Lüneburger Haide nicht die Magdeburger Börde sei.

Das, was dem Emporkommen des deutschen Gewerbfleißes noch am meisten entgegenstand, auch nachdem die hemmenden Schlagbäume gefallen waren, blieb die Mangelhaftigkeit der Verbindungsmittel; aber vielleicht soll gerade dieser Mangel jetzt uns zu Gute kommen, indem nichts uns hindert, alle Verbesserungen, die man neuester Zeit in dem Straßenbau gemacht hat, sogleich bei der ersten Begründung zur Anwendung zu bringen. Sobald erst einmal ein Netz von Eisenbahnen Deutschland durchzieht, werden unsere Fabricanten auf den Märkten des Orients mit Engländern und Franzosen wetteifern können. Wenn es auch nicht denkbar ist, daß der Landhandel je wieder das Uebergewicht über den Seehandel erhalten sollte, welches er in früheren Zeiten besaß, so ist es doch wahrscheinlich, daß in Kurzem ein richtigeres Verhältniß zwischen beiden sich herstellen wird, wie das gegenwärtige; und daß man, nach der Herstellung zweckmäßigerer Verbindungsmittel z. B. italienische Südfrüchte nicht mehr auf dem weiten Wege zur See durch die Meerenge von Gibraltar und durch den Sund nach Stettin oder Danzig schicken wird. Dann wird Deutschland auch in dem Welthandel eine würdigere Stellung einnehmen, als die bloß duldende, zu der es gegenwärtig verurtheilt ist.

Die Abneigung gegen den deutschen Zollverein.

Geschrieben am 7. Juli 1833.

Die Abneigung, welche bei der liberalen Partei im südlichen Deutschland gegen jede Annäherung an Preußen herrscht, ließ eine Zeitlang besorgen, daß der von der Regierung des Großherzogthums Baden bereits abgeschlossene Beitritt zu dem großen deutschen Zoll- und Handelsverein an dem Widerstande der zweiten Kammer scheitern werde. In der That haben bei den Verhandlungen, die in der zweiten Kammer der badischen Ständeversammlung Statt fanden, die vornehmsten Wortführer der liberalen Partei mit wenigen Ausnahmen sich gegen den Anschluß erklärt. Dießmal sind indessen die Führer von ihren Truppen verlassen worden; und ungeachtet des Uebergewichtes, welches die Liberalen in der zweiten Kammer haben, ist doch der von der Regierung abgeschlossene Vertrag mit einer großen Mehrheit genehmigt worden. Wir betrachten diese Wendung der Dinge als eine um so erfreulichere und wichtigere, weil von dem Beitritte Badens großentheils auch der Anschluß von Nassau und Frankfurt a. M. abhängt; und weil ohne den Beitritt dieser Staaten der deutsche Handelsverein seinen Zweck immer nur unvollständig erreichen konnte. Welchen Werth England darauf legte, Frankfurt von dem großen deutschen Zollvereine entfernt zu halten, beweist der besondere Handelsvertrag, den das mächtige brittische Reich mit dem Senate der freien Stadt abschloß. Wenn es möglich gewesen wäre, dem Bedürfnisse zwischen so ungleichen Parteien dauernden Bestand zu geben, so mußte man dasselbe jedenfalls als einen feinen politischen Streich anerkennen, da es den Engländern allen Zollvereinen und Handelsverträgen zum Trotz immer im Herzen von Deutschland einen offenen Markt erhalten hätte. Von eben so großer Wichtigkeit, wie der Beitritt von Frankfurt für das Verhältniß des deutschen Handelsbundes zu England, war der Beitritt von Baden für das Verhältniß zu Frankreich. Wir müßten uns wenigstens sehr irren, wenn nicht die Einfuhr französischer Waaren in Deutschland, die ein volles Neuntheil der französischen Gesammtausfuhr beträgt, nach dem Beitritte des Großherzogthums Baden zum Zollvereine eine beträchtliche Verminderung erführe.

Um die großen Vortheile zu begreifen, welche der Beitritt zu dem deutschen Handelsvereine jedem einzelnen deutschen Staate gewähren muß, wo nicht ganz eigenthümliche Verhältnisse eine Ausnahme bilden, bedarf man weder außerordentlicher Kenntnisse, noch eines ungewöhnlichen Grades von Scharfsinn oder Einsicht. Offenbar besitzt der große deutsche Handelsverein mehr Mittel dem Auslande Achtung abzugewinnen, als jeder einzelne der

Staaten, die demselben beigetreten sind. Selbst England, das bis jetzt noch keine Miene macht, die Grundsätze der Handelsfreiheit in Anwendung zu bringen, welche die ausgezeichnetsten brittischen Staatsmänner in dem Parlemente oft genug mit außerordentlichem Scharfsinn entwickelt haben, das stolze England wird sich zur Nachgiebigkeit genöthigt sehen, sobald der deutsche Handelsverein erst lange genug bestanden haben wird, um von seinen unerschöpflichen Hülfsmitteln den geeigneten Gebrauch zu machen.

Daß die Vereinigung von ganz Deutschland in einen geschlossenen Handelsstaat Handel und Gewerbe und überhaupt den ganzen Wohlstand außerordentlich fördern müsse, wird freilich von keiner Seite in Abrede gestellt. Man wünscht nur, daß der Abschluß des Vereins in Folge gemeinschaftlicher Verabredungen an dem Bundestage und nicht durch den Beitritt zu dem in Preußen herrschenden Systeme der Handelsgesetzgebung Statt finden möge. An und für sich erscheint es ziemlich gleichgültig, ob alle deutsche Staaten, da einmal der Anfang gemacht ist, nach und nach dem preußischen Handelsvereine beitreten und auf diese Weise allmälig einen allgemeinen deutschen Verein bilden; oder ob sie auf einmal alle früheren Verträge aufheben und gleichzeitig den allgemeinen Verein begründen. Nur dann würde sich ein Unterschied ergeben, wenn man annähme, daß dem in Folge gemeinschaftlicher Verabredungen gestifteten Handelsvereine andere Bedingungen zu Grunde liegen würden, als dem allmälig aus dem Beitritte zu dem preußischen Systeme hervorgegangenen. Dieß ist aber, so wie gegenwärtig die Verhältnisse sich gestaltet haben, kaum vorauszusetzen, da die große Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten dem von Preußen begründeten Vereine bereits beigetreten sind, und daher schwerlich geneigt sein werden, ein nach reifer Erwägung angenommenes System so bald wieder aufzugeben. Auch können wir der preußischen Handelsgesetzgebung die Anerkennung nicht versagen, daß sie in der Hauptsache auf sehr zweckmäßigen und weise berechneten Grundsätzen beruht. Dem inländischen Gewerbfleiße ist ein hinreichender Schutz zugetheilt, um ihn durch die Ueberlegenheit des ausländischen Fabrikwesens nicht erdrücken zu lassen; aber dieser Schutz ist nicht so hoch, daß die auswärtige Concurrenz völlig ausgeschlossen und ein Monopolpreis begründet wäre, wie dieß in England und Frankreich der Fall ist. Bei manchen Gegenständen, wie bei den Baumwollengarnen, sind sogar die Eingangssteuern zu gering, um den einheimischen Fabricanten einigermaßen aufzumuntern; und doch sind die Bestimmungen über diesen Artikel von nicht geringer Bedeutung, denn es ist bekannt, daß Deutschland allein jährlich an 35 Millionen Gulden ersparen würde, wenn die Baumwollenwaaren, die jetzt vom Auslande eingeführt werden, im Lande gemacht wären. Etwas zu hoch sind vielleicht nur die Colonialwaaren besteuert, doch darf man nicht vergessen, daß diese vorzugsweise von den Wohlhabenderen verbraucht werden, denen es auf eine nicht allzubeträchtliche Erhöhung des Preises nicht ankommt. Auch wäre es schon deßhalb kaum zu

wünschen, daß die Eingangssteuern viel niedriger gestellt würden, weil in diesem Falle für sehr entbehrliche Genüsse noch ungleich mehr Geld aus dem Lande gehen würde, als gegenwärtig ohnedieß bereits der Fall ist.

Der Grund, der viele einsichtsvolle Männer lange Zeit bestimmt hat, dem von Preußen begründeten Handelsvereine entgegen zu sein, war die Besorgniß, daß der politische Einfluß, den die preußische Regierung durch denselben gewinnen mußte, zu groß sein würde, um nicht die Selbstständigkeit der kleineren deutschen Bundesstaaten zu gefährden. Durch die Erfahrung ist diese Besorgniß indessen bis jetzt nicht gerechtfertigt worden; auch wird die Gefahr schon durch den lange zweifelhaften Beitritt eines so mächtigen Staates, wie das Königreich Bayern, sehr gemindert. Bayern wird sich durch das genaueste Freundschaftsverhältniß mit einer anderen deutschen Macht so leicht seiner politischen Selbstständigkeit nicht berauben lassen; und da für Bayern in dem Vereine keine andere Gesetze gelten, als für alle übrigen Mitglieder, so erhalten die kleineren Staaten schon durch die Sebstständigkeit Bayerns hinreichenden Schutz.

Der Bundesbeschluß gegen den Nachdruck.

Geschrieben am 8. Juli 1835.

Ein Bundestagsbeschluß vom 2. April d. J., der noch nicht öffentlich bekannt gemacht worden ist, dessen Vollziehung indessen bereits in sämmtlichen Staaten des deutschen Bundes vorbereitet wird, macht endlich einen Anfang, dem für den schriftstellerischen Verkehr in Deutschland, wie für den deutschen Buchhandel gleich nachtheiligen Nachdruckerwesen zu steuern. Was irgend wo in Deutschland geschrieben und gedruckt war, durfte vordem weder den geringsten Eindruck auf die Nation, noch das geringste Aufsehen machen, ohne daß man mit Sicherheit darauf hätte rechnen können, es in Bayern, Würtemberg oder Baden nachgedruckt zu sehen. Die Buchhändler, die davon den meisten Schaden hatten, suchten sich ihres Schadens an den Schriftstellern und an den Lesern zu erholen; an den ersten, indem sie nicht ein dem Werthe der gelieferten Arbeit entsprechendes, sondern unter allen Umständen das möglichst niedrige Honorar zahlten; an den Lesern, indem sie den Preis der Werke, welche sie verlegten, so hoch stellten, als nur immer möglich, um durch den ersten Absatz, ehe noch ein Nachdruck erschienen sein konnte, ihre Kosten zu decken.

So lange der Nachdruck in Deutschland nicht unterdrückt war, konnte der Buchhandel kaum etwas anderes sein, als ein Wucherhandel. Wir wüßten wenigstens nicht, wie man einen Verkehr anders nennen wollte, der auf dem Grundsatze beruhte, seine Waare vor allen Dingen zu dem niedrigsten Preise an sich zu bringen, und sie so schnell wie möglich zu dem höchsten wieder loszuschlagen. Dem Buchhändler war der Mangel an Solidität in seinem Geschäfte kaum zum Vorwurfe zu machen. Denn wenn er literarische Arbeiten unter dem Werthe erkaufte und über dem Werthe wieder verkaufte, so hatte er die wohlbegründete Entschuldigung, daß er ein doppeltes Rifico übernahm. War das Werk schlecht oder fand es, wenn es auch gerade nicht schlecht war, doch keinen Beifall bei der Lesewelt, so waren natürlich alle Auslagen weggeworfen, die auf dasselbe verwandt waren; und wenn es gut war, oder wenn es gelesen und gekauft wurde, so mußte der rechtmäßige Verleger den Gewinn mit dem Nachdrucker theilen. Auf diese Weise sah der Buchhändler sich genöthigt, seine Geschäftsfreunde, statt mit denselben in einen redlichen und offenen Verkehr zu treten, zu übervortheilen; und wenn viele achtbare Häuser jederzeit eine ehrenvolle Ausnahme gemacht haben, so blieb dieß doch immer nur eine Ausnahme. Selbst in dem Verkehr mit Buchhändlern, die sich durch glückliche Speculation ein fürstliches Vermögen erworben hätten, bemerkte man oft eine gewisse Unsicherheit und Aengstlichkeit, die zuweilen nicht bloß zu Uebervortheilungen, sondern zu wahren, nur nach dem Gesetze nicht strafbaren Betrügereien führte. So nennen wir es einen offenen Betrug, wenn ein Mann, der unter den deutschen Buchhändlern eine der ersten Stellen einnahm, es sich erlaubte, nachdem er mit einem Schriftsteller einen Vergleich über die Herausgabe eines bedeutenden literarischen Unternehmens eingegangen war, dasselbe hinter dem Rücken des Urhebers auszuführen und dadurch diesen um den ihm rechtmäßig gebührenden Antheil an dem Gewinne zu prellen. Ein so unrechtliches Verfahren mußte in dem buchhändlerischen Verkehr an der Tagesordnung bleiben, so lange die Grundlage, auf welcher derselbe beruhte, keine gesetzliche Sicherheit hatte.

Am verderblichsten wirkte diese Unsicherheit in der Unterdrückung jugendlicher, noch in ihrer Entwicklung begriffener Talente. Geistige Kraft ist immer mit einem Gefühl der Würde verbunden, welches durch nichts so tief im Innersten verletzt wird, als durch hinterlistige Schliche und Ränke. Wer mit der geheimen Geschichte des deutschen Buchhandels einigermaßen vertraut ist, der wird manchen bedauernswerthen Verlust aufzählen können, den die deutsche Literatur durch den Kampf zwischen männlichem Stolze, oder, wie es im Munde der Gegenpartei gewöhnlich heißt, zwischen schriftstellerischem Uebermuthe und der Grundsatzlosigkeit des buchhändlerischen Verkehrs erlitten hat. Die alte Geschichte von den sibyllinischen Büchern ist in Deutschand öfter, als man weiß, wiederholt worden. Das große, das anerkannte Talent, welches sich Bahn gebrochen, wurde von dem Buchhändler abgöttisch verehrt, nicht

allein deßhalb, weil Werke, mit einem gefeierten Namen an der Spitze, ihres Absatzes gewiß waren, sondern außerdem auch, weil es hier sich der Mühe verlohnte, Privilegien gegen den Nachdruck nachzusuchen. Der talentvollste Kopf, der noch keinen Kopf hatte, mußte dagegen in der Achtung des Buchhändlers oft dem ersten besten mittelmäßigen Subjecte nachstehen, weil dieses natürlich leichter zu tractiren war, bescheidenere Ansprüche stellte, und schlimmsten Falls bei Seite geworfen werden konnte, ohne daß das unbrauchbare Geräth beim Zerbrechen einen besondern Klang von sich gegeben hätte.

Allen den übeln Folgen, welche die Unsicherheit des buchhändlerischen Verkehrs nach sich zog, wird durch das Verbot des Nachdruckes nicht mit einem Male ein Ende gemacht werden. Uebel, die lange eingewurzelt sind, lassen sich selten ohne Weiteres bei dem ersten Versuche ausrotten. Aber zu der Ehre der deutschen Nation müssen wir sagen, daß seit den großen Ereignissen, welche das Wiedererwachen des deutschen Volkssinnes und Nationalgeistes bezeichnet haben, auch in dem Buchhandel, allen Hindernissen zum Trotz, sich ein mächtiges Vorwärtsstreben kund gegeben hat; und so wie diese Hindernisse allmälig aus dem Wege geräumt werden, kann es nicht fehlen, daß auch der deutche Buchhandel eine immer festere und gediegenere Gestalt gewinnt. Glaube man aber nicht, daß der äußere Verkehr mit den Erzeugnissen des Geistes ohne Einfluß auf den Volksgeist und Volkssinn ist! Bei dem außerordentlichen Vorsprunge, den Deutschland in seinen wissenschaftlichen Bildungsanstalten vor allen übrigen Völkern der Erde hat, müßte die deutsche Nation längst, wie in der trockenen Gelehrsamkeit, so auch in freier geistiger Entwicklung auf der höchsten Stufe stehen, wenn die Ueberschwemmung mit elendem, albernem Gewäsch, die großentheils eine Folge von dem verwahrlosten Zustande des Buchhandels war, nicht Alles überfluthet und jenen großen stehenden Pfuhl von Gemeinheit, Gedankenlosigkeit und Aberwitz gebildet hätte, in welchem die große Masse der Halbgebildeten versunken ist.

Den größten Einfluß auf die Bildung eines Volkes üben die Zeitschriften. Wer möchte aber wohl unsere deutschen Zeitschriften mit Ausnahme der wenigen, die speciellen Fächern des Wissens und der Gelehrsamkeit gewidmet sind, mit den englichen oder auch nur mit den französischen vergleichen? Auf einer Seite der Times, des Standard, des Examiner findet man oft mehr Geist, als in einem ganzen Jahrgange der gelesensten deutschen Zeitung; und wir möchten behaupten, daß selbst jetzt noch in einer Nummer der Quarterly Review oder der Edinburgh Review, obwohl beide Blätter durch das Zurücktreten ihrer früheren Redacteurs verloren haben, mehr tüchtiger, vielseitig ausgebildeter und unverschrobener Verstand zu finden ist, als in allen jetzt erscheinenden deutschen literarischen Zeitschriften zusammengenommen. Der Grund ist nicht, was wir wohl kaum zu sagen brauchen, daß es in Deutschland an ausgezeichneten Denkern, an hochgebildeten vorragenden Geistern fehlt, wie sie uns in den brittischen Journalen begegnen. Der Grund liegt auch nicht so

sehr in den Beschränkungen, denen die Presse in Deutschland unterworfen ist. Im Gegentheile, bei dem gegenwärtigen Zustande des literarischen Verkehrs dient eine gemäßigte Censur dem Schriftsteller, der nur einige Gewandtheit der Feder besitzt, eher zum Schutze, als daß sie ihm nachtheilig wäre. Während der kurzen Zeit nach der Julirevolution, in welcher die deutsche Presse ihre Saturnalien feierte, wurde das verständige wohlerwogene Wort gar nicht gehört unter dem wüsten Geschrei, welches der emancipirte literarische Pöbel erhob. Es liegt in der Natur des Menschen, daß das roheste Gezänk auf der Straße einen größeren Kreis von Zuhörern um sich versammelt, als das feinste und geistreichste Gespräch unter gebildeten Männern. So streng ist keine Censur, die nicht nach durchaus unvernünftigen Grundsätzen geübt wird, daß dem gebildeten Schriftsteller nicht immer noch Mittel blieben, seine Ansichten in der einen oder in der andern Form auszusprechen. Der literarische Tagelöhner wird freilich die Sprache schwerlich so sehr in seiner Gewalt haben, als z. B. erfordert wird, wenn man den Hund nicht mehr Hund nennen darf, sondern als den getreuen Gefährten bezeichnen muß, der sich von seinem Herren zuweilen nur dadurch unterscheidet, daß dieser auf zwei Beinen, jener auf allen vieren geht. Der Hauptgrund, weßhalb wir die deutsche periodische Literatur in unleugbarem Verfall sehen, liegt unserer Ansicht nach nicht in der Censur, so wenig wir diese sonst zu vertheidigen geneigt sind, sondern in der Unsicherheit aller literarischen Verhältnisse, und diese hatte, wenn auch nicht ihre einzige, doch eine ihrer vornehmsten Ursachen in dem Unwesen, welches bis vor einer noch gar nicht so weit entfernten Zeit mit dem Nachdrucke getrieben wurde, und in beschränkterm Maße noch jetzt getrieben wird.

Die wahre Ursache der allgemeinen Gährung.

Geschrieben am 7. August 1835.

Nicht erst seit heute und gestern, und auch nicht erst seit der Julirevolution, ist die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die Ermittelung der Ursachen gerichtet, welche die Gährung in die Gemüther geworfen haben, die bald hier, bald dort, bald in weiterem, bald in engerem, beschränkterem Kreise durch verderbliche Ausbrüche sich Luft macht. Zwei Parteien stehen einander gegenüber, von denen die eine schnelle und durchgehende Umgestaltung der bestehenden politischen Ordnung verlangt, während die andere jede Veränderung außer der langsam und unmerklich, ohne alle äußere Veranlassung von selbst

Verfall der Religiösität ist die einzige wahre Quelle alles Mißvergnügens, das unsere Familien, aller Unzufriedenheit, die unsere öffentlichen Verhältnisse zerrüttet. Will man dem Uebel gründlich begegnen, so verliere man seine Zeit nicht mit Experimenten an einzelnen Stellen, wo dasselbe zum Ausbruche kommt; man greife es bei der Wurzel an, oder mit anderen Worten, man stelle die Religiösität und, wir dürfen sagen, man stelle die Religion her, und die Wirkung wird nicht ausbleiben. Und sage man nicht, daß dieß zu schwer, daß es unmöglich sei! Der Versuch ist freilich, wo man ihn bis jetzt gemacht hat, nicht sonderlich ausgefallen; aber wen kann es auch wohl befremden, wenn etwas nicht gelingt, das am verkehrten Ende angefangen ist? Pietismus ist keine Religion.

Das Verbot gegen das junge Deutschland.

Geschrieben am 7. December 1835.

Die sittenlose Richtung, die sich neuerer Zeit eines großen Theiles der deutschen Literatur bemächtigt, hat endlich auch die Aufmerksamkeit der Regierungen auf sich gezogen. Gegen die neuesten Erzeugnisse des Verfassers von Maha Guru sind in mehreren Bundesstaaten Maßregeln ergriffen worden, die gewiß von keinem Besonnenen gemißbilligt werden; und dem Vernehmen nach soll in dem preußischen Staate ein allgemeines Verbot gegen Alles ergangen sein, was Gutzkow und die seiner Richtung mehr oder weniger verwandten Schöngeister Laube, Wienbarg und Mundt geschrieben haben und noch schreiben werden. Ein Verbot von Schriften, die noch gar nicht geschrieben sind, kann auf den ersten Anblick befremdlich und ungerecht erscheinen, indem sich die Frage aufdrängt, wie man etwas verurtheilen kann, wovon man noch gar keine Kenntniß hat. Bei einiger Ueberlegung wird man sich indessen bald überzeugen, daß die Ungerechtigkeit nur eine scheinbare ist. Der Staat hat das Recht und die Pflicht über den sittlichen, wie über den körperlichen Gesundheitszustand seiner Angehörigen zu wachen. Gegen Länder, in denen die Pest herrscht, werden Vorkehrungen getroffen, die, wie strenge sie auch sein mögen, doch durch das gemeine Beste gerechtfertigt werden, sobald sie sich nur zweckmäßig erweisen. Warum sollte es dem Staate benommen sein, ähnliche Veranstaltungen zu treffen, um das Einschleppen der sittlichen Pest zu verhüten, wenn diese einmal in irgend einem geistigen Gebiete zum Ausbruche gekommen ist? Vorläufige Verbote sind aber nur eine Art von Quarantaine,

weil man mit Sicherheit darauf rechnen kann, daß sie zurückgenommen werden, sobald es sich zeigt, daß sie in einem einzelnen Falle gegen etwas Gutes und Achtenswerthes gerichtet waren, oder daß sie überhaupt nicht mehr nothwendig sind. Der Nachtheil, der aus der möglichen Ueberschreitung der Staatsgewalt durch ungerechte Anwendung derselben hervorgehen kann, ist bei weitem nicht so groß, als der Vortheil, der für alle Angehörige des Staates aus der gerechten Anwendung erwächst.

Zu leugnen ist es nicht, daß in dem Gebiete des Geistes Verbote immer etwas Bedenkliches sind. Man kann das Denken unmöglich verbieten; und die Geschichte der politischen Verfolgungen, wie der religiösen, hat es gezeigt, daß der Gedanke oft gerade da am mächtigsten sich nach allen Richtungen verbreitet, wo er dem ärgsten Drucke unterworfen wird. Man würde der Sittenlosigkeit, wie sie von einigen unserer jüngeren Schriftsteller zur Schau getragen wird, indessen zu viel Ehre anthun, wenn man ihr dieselbe Kraft zutraute, die nur die wahre oder eingebildete Ueberzeugung hat. So viel Mühe Herr Gutzkow sich auch geben mag, die Schaamlosigkeit in ein System zu bringen, so können wir doch unmöglich glauben, daß es ihm oder irgend einem seiner Freunde mit diesen Bestrebungen wirklicher Ernst sei. Wir halten die ganze sittliche oder unsittliche Richtung des jungen Deutschlands für eine Verirrung, die sich durch die Jugend der Herren erklären und durch eine ernstliche Correction wieder austreiben läßt. Eben deßhalb mißbilligen wir es zwar, halten es aber für kein allzugroßes Unglück, wenn Gutzkow, wie kürzlich aus Mannheim gemeldet wurde, wegen seines neuesten gotteslästerlichen Romanes zur Verantwortung gezogen und für eine Zeitlang in sicheren Gewahrsam gebracht worden ist. Es würde uns leid thun, wenn ein so schönes Talent verloren gehen sollte; und wenn ein Talent, das sich bereits so weit verirrt hat, nicht völlig verloren gehen soll, kann es nur dadurch auf den rechten Weg zurückgebracht werden, daß es den Ernst des Lebens in seiner bittersten Gestalt kennen lernt.

Eine andere Frage ist es freilich, ob die Behörden eines Landes, in dem irgend ein wenn auch noch so unsittliches Buch erschienen ist, deßhalb das Recht haben, dem Verfasser eine Strafe aufzuerlegen, sobald derselbe durch den Inhalt oder durch die Art der Verbreitung nicht irgend ein bestimmtes Gesetz übertreten hat. Dieß müssen wir schon deßhalb verneinen, weil die Behörden es überall in ihrer Macht haben, durch die ihnen zustehende Beaufsichtigung des Buchhandels und der Druckereien jedes Unheil zu verhüten, welches durch die Verbreitung sittenloser Lehren gestiftet werden kann. Keine Lehre, wie albern oder verkehrt sie auch sein mag, ist an und für sich strafbar, weil die Ansicht des Einzelnen für keinen Dritten unmittelbaren Nachtheil zur Folge hat. Der Nachtheil geht erst aus der Anwendung oder aus der Verbreitung hervor, und wenn die Behörden diese nicht zu verhüten wußten, haben sie nur sich selbst die Schuld beizumessen. Auf der andern Seite kann

geordneten Rechtszuſtand im Gebiete der Literatur zu begründen, noch auf würdige Weiſe erfüllen wird.

Das preußiſche Geſetz über literariſches Eigenthum.

Geſchrieben am 20. December 1837.

Seit langer Zeit iſt es der Ruhm der preußiſchen Regierung geweſen, an der Spitze der geiſtigen Entwicklung in Deutſchland und, wir glauben ſagen zu dürfen, in Europa zu ſtehen. Wir Deutſchen ſind in vielen Stücken des äußern Lebens hinter manchen andern Völkern weit zurück; im Geiſtesleben gehen wir allen mit leuchtendem Beiſpiele voran. Als der Gedanke überall in Europa in die Feſſeln einer Gewaltherrſchaft geſchlagen war, die auf unzerſtörbaren Grundlagen befeſtigt ſchien, da erhoben ſich in Deutſchland jene kühnen Vorkämpfer der Glaubensfreiheit, welche der Menſchheit ihre heiligſten Rechte wieder eroberten: das Recht zu denken, das Recht zu forſchen und zu unterſuchen, das Recht, nach vernünftiger Ueberzeugung für wahr Erkanntes anzunehmen, für falſch Befundenes zu verwerfen. Ohne die deutſche Reformation wäre weder die politiſche Entwicklung möglich geweſen, der die Engländer und die Franzoſen ihre ausgedehnten politiſchen Freiheiten verdanken, noch hätte die Wiſſenſchaft jene großen Entdeckungen gemacht, durch die das bürgerliche Leben in den letzten Jahren bei allen Nationen umgeſtaltet wurde.

Darin liegt die höchſte Würde der preußiſchen Regierung und der Vorzug, der ihr vor allen anderen europäiſchen gebührt, daß ſie zuerſt die geiſtige Bedeutung des Staates in ihrem ganzen Umfange begriffen hat. Der Schutz, den Preußen dem Proteſtantismus lieh, als derſelbe im Süden unſeres Vaterlandes von neuem mit Gewalt unterdrückt und im Norden von ſeinen kräftigſten Vertheidigern verlaſſen war, hat für den preußiſchen Staat die ſegensreichſten Folgen gehabt. Durch die Beſchützung des proteſtantiſchen Glaubens in dieſer düſtern Zeit bezeichnete Preußen die Stellung, die es bis zu dieſer Stunde in Deutſchland und in ganz Europa einnimmt. Selbſt das kriegeriſche Genie Friedrichs des Großen würde Preußen nicht zur europäiſchen Macht erhoben haben, wenn das proteſtantiſche Deutſchland in ihm nicht ſeinen natürlichen Vertheidiger und Schützer geehrt hätte. Ungeachtet ſeiner Vorliebe für franzöſiſche Sprache und franzöſiſche Literatur war der große Friedrich doch ein echt deutſcher Fürſt. Unter ſeiner Regierung wurde Berlin der Mittelpunkt deutſcher Bildung und deutſchen Geſchmacks. Von Berlin ging

Das Verbot der Werke Heinrich Heine's.

Geschrieben am 22. December 1835.

Den Maßregeln, die zuerst Preußen wider die Schriften der bekannten Schöngeister Gutzkow, Laube, Wienbarg und Mundt angeordnet hat, sind seitdem auch mehrere andere Staaten des deutschen Bundes beigetreten; und in einem derselben, in dem Großherzogthume Hessen-Darmstadt, ist man noch einen Schritt weiter gegangen, indem man das Verbot auch auf die Werke Heinreich Heine's ausgedehnt hat. Dieselben Gründe, die das Verfahren gegen die zuerst genannten Schriftsteller veranlaßten, haben offenbar auch das Verdammungsurtheil hervorgerufen, welches jetzt gegen den letzten ausgesprochen wird. Als Politiker ist Heine so wenig gefährlich, als Gutzkow oder Laube, Wienbarg oder der bis jetzt noch am wenigsten genannte Redacteur des literarischen Zodiacus, Theodor Mundt. Dagegen hat in der Verhöhnung aller Sitte, vor Gutzkow, nicht leicht ein anderer deutscher Schriftsteller es Heine zuvorgethan; und wenn man den Wohllaut der Sprache, einen oft treffenden Witz und eine dichterisch-schöne Auffassung der Dinge ihm nicht absprechen kann, so wird doch durch alle diese Vorzüge die sittliche Verwerflichkeit nicht aufgehoben, ja nicht einmal gemildert. Das Laster, wenn es sich unverhüllt, in seiner wahren Gestalt zeigt, wird selbst über die verdorbensten Gemüther wenig Gewalt üben; nur die glänzenden Gewande, in die es seine Abscheulichkeit verbirgt, leihen ihm den für die arglose Schwäche unwiderstehlichen Reiz. Selbst Heine, so ungern wir manche Seite aus seinen Reisebildern verlieren würden, geben wir daher dem sittlichen Unwillen, den seine poetische Liederlichkeit bei unsern ernsten Behörden erregt, ohne Widerrede Preis; nur glauben wir, daß, wenn man das Schöne, sobald es aufhört gut zu sein, verwirft, gar kein Grund vorhanden bleibt, weßhalb das Schlechte, was nicht einmal schön ist, geschont werden soll. Die Memoiren Casanova's und, um gleich bis zu dem tiefsten Bodensatze der Gemeinheit herabzusteigen, die ekelhaften Romane eines Bruckbräu sind in allen Leihbibliotheken zu finden. Eine besonders verführerische Kraft können wir freilich Sudeleien dieser Art nicht zutrauen, so wenig als den rohen Malereien, die man zuweilen an Orten sieht, wo der Pöbel eine Aufforderung findet, seinen Witz zu zeigen; aber man sollte nicht vergessen, daß der Koth befleckt, auch wenn er ohne alle Beimischung ist.

Von den unbedingten Vertheidigern der Preßfreiheit wird es überhaupt in Zweifel gezogen, ob dem Staate das Recht der Aufsicht über die sittliche

Richtung der Literatur zustehe. In diesen Tagen erst, als die französische Regierung den öffentlichen Verkauf von einigen der anstößigsten Werke Voltaire's, Diderot's und Parny's untersagte, erhob sich ein Sturm des Unwillens, dem selbst die Festigkeit eines Guizot nicht gewachsen war. Das Verbot mußte zurück genommen werden und trug daher wahrscheinlich nur noch mehr zur Verbreitung der Schriften bei, die man dem Umlaufe zu entziehen versucht hatte. In England bekümmert die Regierung sich so wenig um die sittliche als um die politische Richtung der Literatur; die strenge religiöse Erziehung, deren gerade der gebildetere Theil der Nation genießt, gewährt jedoch einen wirksameren Schutz, als die schärfste Aufsicht der Regierung. Selbst ein so großer Dichter, wie Byron, legte umsonst das ganze Gewicht seines Namens gegen die Mißbilligung in die Wagschale, welche einzelne unvorsichtige Stellen in seinem Don Juan, so wie in einigen anderen Gedichten, erregten. Die Verbannung, in der Byron lebte, war nur zur Hälfte eine freiwillige. Da, wo die öffentliche Meinung so unerbittlich richtet, bedarf es keiner polizeilichen Maßregeln zur Aufrechthaltung der Sitte. Wo indessen Schlaffheit und Gleichgültigkeit sich der Gemüther einmal bemächtigt hat, und wo es daher eines äußern Schutzes für die Schwankenden oder Unerfahrenen bedarf, da werden die Regierungen nicht leicht die Verpflichtung von sich ablehnen können, öffentlichen Verletzungen der Sittlichkeit durch die Schrift mit derselben Strenge zu begegnen, wie allen anderen Ueberschreitungen der gesetzlichen Ordnung.

Das Schwierigste bleibt nur bei jeder Art von Beaufsichtigung im Gebiete des Geistes, die Grenzen zu bestimmen, auf welche sie zu beschränken ist. Das politisch Anstößige läßt sich allenfalls unterscheiden, da das politische System des Staates, dem man angehört, doch wenigstens einen festen Maßstab der Vergleichung bietet. Aber welchen Maßstab soll man anlegen, um den sittlichen Werth einer Schrift zu beurtheilen, sofern nicht gerade die offensten und schneidendsten Verletzungen des Anstandes auf jeder Seite in die Augen springen? Unserer Meinung nach kann man bei der Einführung eines Sittengerichtes nicht vorsichtig genug zu Werke gehen; denn wenn neben der politischen Censur, die jetzt einmal unvermeidlich geworden ist, auch eine von denselben Grundsätzen ausgehende sittliche Censur niedergesetzt werden sollte, so bleibt offenbar für die freie Bewegung in der Literatur nicht der geringste Spielraum übrig, und es ist zu besorgen, daß man das geistige Leben der Nation, statt dasselbe vor sittlicher Fäulniß zu bewahren, völlig erstickt. Weder Schiller noch Göthe würden in den ersten Stadien ihrer Laufbahn vor einem Sittengerichte bestanden haben, das man in irgend einem deutschen Staate zu der Beurtheilung dieser großen Geister niedergesetzt hätte. Der bitterste und der allgemeinste Haß, der sich in unsern regelmäßig geordneten gesellschaftlichen Verhältnissen noch erhalten hat, ist jener, den der kleine Geist gegen den großen, die Mittelmäßigkeit gegen die Auszeichnung nährt. Einem

Menschen, der in seinem Leben nie einen witzigen Einfall gehabt hat, ist jeder Witz verhaßt; und was uns erst verhaßt ist, erscheint uns leicht, wenn wir erst die Macht in Händen haben, auch straffällig. Will man die Censurcollegien, welche die sittliche Zulässigkeit beurtheilen sollen, vorzugsweise aus witzigen Köpfen zusammensetzen? oder will man sich auf eine Verbannung von jedem Fünklein Witz und jedem Fünklein Geist aus der deutschen Literatur gefaßt machen?

Das Letzte ist nicht zu besorgen, so lange so viele unserer einflußreichsten Staatsmänner zugleich zu unseren einflußreichsten Schriftstellern gehören. Vorsicht glauben wir indessen nicht genug empfehlen zu können, wo, nachdem der erste Schritt einmal gethan ist, der Abhang so jäh hinunter führt. Die Absicht ist, der unverhüllten, frevelhaften Ruchlosigkeit zu steuern. Dabei bleibe man aber auch stehen und lasse sich nicht durch das Bewußtsein der guten Absicht hinreißen, die Grenzen des unbedingt Nothwendigen zu überschreiten.

Das Jahr 1835.

Geschrieben am 1. Januar 1836.

In die allgemeinen politischen Verhältnisse unseres Welttheils ist nach den Stürmen der Julirevolution eine so feste Ordnung zurückgekehrt, daß die Ereignisse eines Jahres keine sonderlich in die Augen fallende Veränderung hervorbringen können. Zwar sind noch immer der Osten und der Westen durch den Gegensatz der Meinungen und durch den größeren der öffentlichen Einrichtungen geschieden; aber die Zeit ist vorüber, wo man es für möglich halten konnte, daß die Verschiedenheit der politischen Ueberzeugungen ähnliche Kreuzzüge veranlassen würde, wie einst die Verschiedenheit der religiösen Ueberzeugungen. Man hat sich gegenseitig Zugeständnisse gemacht, weil man auf beiden Seiten erkannte, daß bei dem Ausbruche des Kampfes der gewisse Verlust unter allen Umständen bedeutender sein würde, als der wahrscheinliche Gewinn; und so ist man denn stillschweigend übereingekommen, friedlicher Entwicklung die Entscheidung zu überlassen, die man in der ersten Aufregung schon im Begriff stand, mit dem Schwerte zu versuchen.

In Frankreich ist durch Ludwig Philipps Staatsklugheit die neue Ordnung der Dinge so fest begründet, daß die erbittertesten Gegner mit der Hoffnung des Gelingens auch die Neigung zu neuen Wagnissen verloren haben.

Die sittliche Zerrüttung, die unter der Jugend der großen Städte herrscht, untergräbt zwar die Grundlagen der Gesellschaften täglich tiefer und tiefer; aber für die nächste Zukunft ist keine Gefahr zu besorgen. Die Massen des Mittelstandes, denen durch die Herstellung der Nationalgarde die Gewalt in die Hände gelegt ist, sind mit unerschütterlicher Festigkeit einer Regierung zugethan, die ihnen Alles giebt, was sie bedürfen und was sie verlangen: panem et Circenses! Das Brot gewährt der Friede und die Stelle der Spiele vertritt von Zeit zu Zeit ein Feldzug, der, ohne das Land einer feindlichen Ueberschwemmung bloß zu stellen und selbst ohne besondere Opfer zu kosten, doch gerade hinreichenden Ruhm bringt, um es von Zeit zu Zeit in die Erinnerung zurück zu rufen, daß die Franzosen die große Nation sind. Man mag es eine Schwäche nennen, und es ist vielfach darüber gespottet worden, daß die französische Regierung Mittel dieser Art nicht verschmähen darf, um die Meinung zu bestechen; aber man sollte nicht vergessen, daß es schwerer und daß es rühmlicher ist, durch die Anwendung kleiner unbedeutender Mittel Großes zu erreichen, als wenn man Kräfte in Bewegung setzt, die außer allem Verhältnisse zu dem Zwecke stehen, den man vor Augen hat. Großes aber hat Ludwig Philipp erreicht. Er hat die Revolution in Frankreich beschworen, und indem er hier ihren Heerd verschloß, hat er die Lavaströme in ihre Quelle zurückgedrängt, die ganz Europa zu überfluthen drohten. Aber indem er dieß gethan, hat er weder die Würde, wie man ihm zum Vorwurf gemacht hat, noch den Vortheil seines Volkes zum Opfer gebracht. Frankreich ist in diesem Augenblicke mächtiger als je. Der große Plan, der Napoleon bei allen seinen Eroberungen vorschwebte, ist durch Ludwig Philipp, wenn auch noch nicht vollkommen ausgeführt, doch seiner Ausführung nahe gebracht worden, ohne daß deßhalb eine einzige Schlacht geschlagen wäre. Nicht ohne Grund ist Ludwig Philipp der Napoleon des Friedens genannt worden.

Frankreich steht an der Spitze eines politischen Systems, für welches beinahe das ganze westliche Europa gewonnen ist, dem auf dem Festlande Spanien und Portugal, die Schweiz und Belgien angehören, und in dem das mächtige Inselreich, während es in den wichtigsten Fragen den Ton anzugeben scheint, in der That doch nur die zweite Stelle einnimmt. England kann es, bei seiner Absonderung von den Interessen des Festlandes, ziemlich gleichgültig sein, welche politischen Grundsätze in den Staaten desselben herrschen. Frankreich allein hat allen Vortheil von der liberalen Bewegung auf der pyrenäischen Halbinsel, wie es allen Vortheil von den Bewegungen in Belgien und in der Schweiz gehabt hat. Dennoch ist es nicht Frankreich, sondern England, was den größten Theil des Hasses übernimmt, wie es den größten Theil der Kosten trägt, welche die Unterstützung der liberalen Partei auf der Halbinsel erfordert. Auch in Italien hat Frankreich durch die Besitznahme von Ancona festen Fuß gefaßt, und wenn es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu erwarten ist, daß von hier aus die Revolution von

neuem in Italien eindringen sollte, so ist doch schon die Möglichkeit eine Bürgschaft des Friedens, welche Ludwig Philipp wohl zu benutzen weiß.

Die Mächte des Ostens scheinen fest entschlossen, in die politische Entwicklung des Westens, so lange diese ihre Grenzen nicht überschreitet, sich auf keine Weise thätig einzumischen. Dagegen hat man seine ganze Kraft darauf gewandt, bei sich zu Hause Ruhe und Ordnung gründlich zu befestigen, um durch künftige Erschütterungen nicht wieder überrascht und in Verlegenheiten gesetzt zu werden, denen man bei drohender Gefahr vielleicht umsonst zu begegnen suchte. Das Einverständniß zwischen Rußland, Oesterreich und Preußen wird so leicht nicht gestört werden, wie groß auch die Verschiedenheit der Interessen in einzelnen Punkten sein mag. Der gute Erfolg, den bisher alle die Maßregeln gehabt haben, die aus den gemeinschaftlichen Verabredungen der großen Mächte hervorgegangen sind, läßt eine vollständige Lösung der Aufgabe erwarten. Nur ist um das Werk zu vollenden und demselben Dauer und Bestand zu sichern, die Erhaltung des Friedens unerläßlich. Dieß weiß man in den Cabinetten eben so gut, wie auf den Börsen; und nur diese Rücksicht war es, der wir die Erhaltung des Friedens unter den schwierigsten Umständen verdankt haben und der wir den Frieden auch im nächsten Jahre danken werden, wie weit auch die Entzweiung gehen mag, welche durch die noch obwaltenden Streitfragen hier oder dort veranlaßt wird. Auf einem einzigen Punkte, im fernen Osten, scheint sich ein Gewitter zusammen zu ziehen; die Feindseligkeit zwischen dem Pascha von Egypten und dem Sultan, die jetzt durch das Gebot der europäischen Mächte gezügelt wird, kann jeden Augenblick in einen offenen Kampf ausbrechen. Aber die europäische Diplomatie, die schon einmal beide Parteien zum Frieden und zu scheinbarer Versöhnung gezwungen hat, als das Schwert bereits gezogen war, kann dasselbe jetzt, da es noch nicht gezogen ist, um so leichter in der Scheide halten. Friede ist im Osten, wie im Westen das erste und höchste Bedürfniß.

Das Großherzogthum Luxemburg und die öffentliche Meinung.

Geschrieben am 10. Januar 1836.

Seit einiger Zeit haben sich in norddeutschen Blättern kräftige Stimmen für die Wiedereroberung des Großherzogthums Luxemburg erhoben, die beinahe ohne Ausnahme von der Voraussetzung ausgehen, als ob in dem deut-

schen Volke der glühendste Eifer für diese Sache herrsche. Uns könnte es nicht anders als erwünscht sein, wenn diese Ansicht die richtige wäre; denn wir könnten uns rühmen, das Unsrige redlich dazu beigetragen zu haben, um das heilige Feuer zu schüren. Kein anderes deutsches Blatt hat unseres Wissens mit größerer Beharrlichkeit danach gestrebt, die luxemburgische Angelegenheit zur deutschen Volkssache zu machen, als die Deutsche Nationalzeitung*). Wir haben es uns nie verborgen, daß es eine Schmach des deutschen Namens wäre, wenn es den Belgiern gelingen sollte, einen so bedeutenden Bestandtheil des deutschen Bundes, wie das Großherzogthum Luxemburg, mitten im Frieden von dem Verbande loszureißen. Wir müssen indessen aufrichtig gestehen, daß wir nach Allem, was uns von der allgemein vorherrschenden Stimmung bekannt geworden ist, bei derselben schwerlich auf besonders lebhafte Unterstützung rechnen dürften. Das Großherzogthum Luxemburg war dem deutschen Bunde durch die niederländische Regierung zu sehr entfremdet worden, als daß man dasselbe irgendwo im Ernste als einen Bestandtheil unseres deutschen Vaterlandes angesehen hätte. Es bestand weder eine besondere Verwaltung für das Großherzogthum, noch eine abgesonderte Volksvertretung, und selbst den einfachsten Bundespflichten, wie der Aufrechterhaltung des bundesmäßigen Heeresstandes, wurde nicht einmal genügt; da man es doch wohl schwerlich als eine Erfüllung der Bundespflicht ansehen kann, wenn die im Luxemburgischen ausgehobenen Leute in niederländische Regimenter gesteckt wurden. Die niederländische Verwaltung behandelte Luxemburg fortwährend in jeder Beziehung als einen Bestandtheil der südlichen Provinzen des Königreiches; die luxemburgischen Abgeordneten nahmen in den Generalstaaten des Königreiches der Niederlande unter den Belgiern Platz; und das Einzige, was an den Höfen und in den Cabinetten noch die Erinnerung erhielt, daß Luxemburg dem deutschen Bunde angehöre, war außer der Anwesenheit einer preußischen Besatzung in der Festung die Anwesenheit des niederländischen Gesandten für das Großherzogthum Luxemburg am deutschen Bundestage. Unter diesen Umständen darf es nicht befremden, wenn die Theilnahme des Großherzogthums an der belgischen Revolution und in Folge derselben die factische Losreißung von dem deutschen Bunde als etwas ganz natürliches erschien. In den bestehenden Verhältnissen wurde, soweit bei denselben der deutsche Bund betheiligt war, wenig geändert. Die preußische Besatzung blieb in der Festung Luxemburg, und der niederländische Gesandte an dem Sitze des Bundestages; und dem schlichten einfachen Sinne des deutschen Volkes wollte es nicht einleuchten, daß für das deutsche Vaterland ein großer Unterschied darin liege, ob die Verwaltung des Großherzogthumes von Belgiern oder von

*) Zum Belege könnte eine ganze Reihe von Aufsätzen aus allen früheren Jahrgängen der deutschen Nationalzeitung angeführt werden, die aber gegenwärtig ihr Interesse verloren haben und deßhalb in diese Sammlung nicht aufgenommen sind.

Holländern geleitet würde, ob die Abgeordneten des Großherzogthumes bei den holländischen Generalstaaten im Haag, oder in der belgischen Repräsentantenkammer zu Brüssel ihren Sitz einnähmen und ob belgische oder holländische Soldaten das Großherzogthum besetzt hielten. Dem Deutschen gilt, aller noch so nahen Stammverwandtschaft ungeachtet, der Holländer gleich dem Belgier als Fremder; und man wird bei dem deutschen Volke für den einen ungefähr eben so wenig Theilnahme finden, als für den andern.

Bedauern läßt sich dieß, weil die Holländer einen der tüchtigsten und gediegensten deutschen Volksstämme bilden, während die Belgier ein aus Deutschen und Franzosen zusammengesetztes Volk sind, und besonders auch deßhalb, weil Deutschland ohne Holland und ohne die Schweiz seiner beiden festesten Bollwerke gegen den Westen entbehrt; aber ändern läßt es sich schwerlich, weil der Deutsche viel zu besonnen und viel zu nüchtern ist, als daß sich so leicht eine erkünstelte Begeisterung bei demselben hervorrufen ließe. Wenn man Theilnahme bei dem deutschen Volke für die luxemburgische Angelegenheit zu finden gemeint hat, so ist man durch einige Aufsätze in den Zeitungen getäuscht worden, die aber nur die persönlichen Ansichten der Verfasser, und keineswegs die wahre Gesinnung der Nation aussprachen. Die deutsche Presse ist darin von der französischen und englischen verschieden, daß die Journale in Deutschland ganz und gar keinen Maßstab zur Beurtheilung der öffentlichen Meinung geben, während in Frankreich und England die öffentliche Meinung großentheils von den Journalen gemacht wird. Daß auch in Frankreich und England der Einfluß der Journale keineswegs so überwältigend ist, wie man sich dieß wohl zuweilen vorstellt, hat die neueste Erfahrung in beiden Ländern bewiesen. In Frankreich ist es der Regierung gelungen, die unbändigste Presse, die vielleicht je in einem Laude bestanden hat, zu zügeln, weil die Uebertreibungen der Journale auf die Nation nicht den geringsten Eindruck gemacht, sondern höchstens das Gefühl des Mitleides oder der Verachtung hervorgerufen hatten. Die englische Presse ist in ihrer Freiheit zu wohl befestigt, als daß dieselbe so leicht eine Gefahr zu fürchten hätte; aber die Revolution, deren Ausbruch man nach dem leidenschaftlichen Tone der Journale während der Reformaufregung täglich erwarten konnte, ist ausgeblieben; die Regierung ist auf der Bahn ihrer Verbesserungen bedächtigen Schrittes fortgegangen und hat sich nicht darum bekümmert, ob sie von einzelnen Schreiern überflügelt wurde; und noch in diesem Augenblicke hat der gemäßigte Freisinn der Regierung zwar die Mehrzahl der Journale gegen sich, für sich aber die öffentliche Stimme, die sich in den Parlementswahlen der großen Städte, bei den Wahlen der städtischen Behörden und bei hundert andern Gelegenheiten ausspricht.

In Deutschland kann, so lange die gegenwärtigen Verhältnisse bestehen, von einer Herrschaft der Presse über die öffentliche Meinung gar nicht die Rede sein. Unserer Ansicht nach ist es nicht zweckmäßig, wenn man durch die nach-

theiligen Folgen, welche der Einfluß der Presse da und dort gehabt hat, sich verleiten läßt, ein Werkzeug zu zerstören, das sich in bedenklichen Zeiten so oft als unentbehrlich gezeigt hat. So lange man nicht etwa voraussetzt, daß Kants ewiger Friede in Europa bereits verwirklicht wäre, wird man wohl thun, den mächtigen Hebel, welchen die Presse bietet, statt denselben als unnütz bei Seite zu werfen, für die Zeit des Bedürfnisses sorgfältig aufzubewahren. Daß man von den Journalen, welche ein so ungleiches Publikum haben, jede Uebertreibung und Ueberspannung entfernt zu halten sucht, können wir nicht mißbilligen; wenn man aber nur einer Richtung erlauben will, sich geltend zu machen, und wenn man sogar in dieser Richtung am liebsten nur einen Ton hören möchte, so vergißt man, daß die deutsche Nation an selbstständiges Denken zu sehr gewöhnt ist, als daß sie nicht selbst von der wahrsten und gesundesten Ansicht sich abwenden sollte, wenn dieselbe ihr in der Gestalt des Zwanges entgegentritt. Freimüthiges, verständiges Urtheil in würdiger Sprache muß man immer seine Stelle finden lassen, wenn man nicht auf jede Unterstützung durch die Meinung zum voraus verzichten will; und der mächtigste Souverain ist nicht so stark, daß er alle Unterstützung durch die Meinung zu allen Zeiten entbehren könnte.

Schreibfreiheit und Preßfreiheit.*)

Geschrieben am 21. Januar 1836.

Eine Verfügung, die nach einer Privatmittheilung in diesen Tagen zu Berlin erlassen sein soll, wird sich zwar schwerlich des Beifalls der Liberalen aus der bekannten französischen Schule zu erfreuen haben, weil dieselbe eine neue Beschränkung der periodischen Presse einführt, bezeichnet indessen unserer Ueberzeugung nach einen wesentlichen Fortschritt in einem nicht unwichtigen

*) Der scheinbare Widerspruch in den Ansichten über den Einfluß der Presse, den man in diesem und dem zunächst folgenden Aufsatze finden kann, erklärt sich sehr einfach aus der Verschiedenheit der Geschichtspunkte, unter denen sich die Sache auffassen läßt. Die Presse hat einen großen Einfluß, sofern sie das, was nur dunkel in den Gemüthern der Massen liegt, zum klaren Bewußtsein bringt; sie hat so gut als gar keinen Einfluß, sobald sie einer bereits ausgebildeten Meinung, die sich aller Gemüther bemächtigt hat, entgegen wirken will.

Zweige der Gesetzgebung. Es soll in Zukunft die Erlaubniß zur Herausgabe von Journalen im preußischen Staate nur Gelehrten ertheilt werden, die einen academischen Grad erlangt haben. Wir halten unbedingte Preßfreiheit an und für sich für wünschenswerther, als jede noch so gemäßigte Beschränkung der Presse, wie wir in allen Kreisen des öffentlichen Lebens die freieste Bewegung jeder beschränkteren vorziehen. In Deutschland unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen unbedingte Preßfreiheit zu verlangen, wird aber wohl dem überspanntesten Liberalen nicht einfallen; und es handelt sich daher nur noch um die Frage, welche Beschränkungen die geeignetsten sind, um zugleich die Anforderungen des Staates zu erfüllen und der öffentlichen Mittheilung des Gedankens den weitesten möglichen Spielraum zu eröffnen. Wir haben für eine ähnliche Maßregel, wie jene, die Preußen in diesem Augenblicke ergriffen haben soll, uns von Anfang erklärt, und wir sind der Meinung, daß dieselbe dem Staate einen viel wirksameren Einfluß auf Schriftwesen und Literatur sichern müsse, als die strengste Censur, und daß dieselbe überdieß die Censur in ihrer bisherigen Form völlig überflüssig machen würde.

Zwei Grundsätze des Staatslebens stehen in unseren Tagen einander feindselig gegenüber: das sogenannte monarchische Princip, oder, um uns deutscher und verständlicher auszudrücken, die Forderung einer planmäßigen Leitung aller öffentlichen Angelegenheiten durch die Vorsorge eines Hauptes, welches von den weisesten Männern des Staates berathen wird; und das sogenannte demokratische Princip, oder die Forderung der unbeschränktesten Freiheit für jeden Angehörigen des Staates, und demnach, bei folgerechter Durchführung dieses Grundsatzes bis zu seinem Aeußersten, die Zurückweisung jeder Art von planmäßiger Leitung der öffentlichen Angelegenheiten. Nach der Ansicht, die durch das monarchische Princip bezeichnet wird, ist der Staat ein geordnetes Ganze, in dem jedes Glied seine Stelle auf die zweckmäßigste Weise ausfüllt. Nach dem demokratischen Principe ist der Staat nur ein zufälliger Verein von verschiedenartigen, in schroffer Absonderung neben einander liegenden, Bestandtheilen. Der monarchische Staat unterwirft Alles seiner Aufsicht, was irgend eine Beziehung nicht allein auf das politische, sondern auf das gesellschaftliche Leben zuläßt. Der demokratische Staat überläßt Alles, was sich nicht unmittelbar auf das öffentliche Wohl und die öffentliche Sicherheit bezieht, sich selbst. In dem monarchischen Staate ist unbedingte Preßfreiheit unmöglich; in dem demokratischen ist sie zugleich unvermeidlich und unentbehrlich.

In dem ganzen Wesen des monarchischen Staats liegt es begründet, daß derselbe auf die geistige Entwicklung seiner Bürger nach allen ihren verschiedenen Richtungen einen bestimmenden Einfluß zu üben sucht. Das Erziehungswesen ist Sache des Staates, weil der Staat die Verpflichtung hat, einem Jedem die Stelle anzuweisen, die ihm in der gesellschaftlichen Ordnung gebührt, und wenn wir von dem niedrigsten Gesichtspunkte ausgehen wollen,

Verfall der Religiösität ist die einzige wahre Quelle alles Mißvergnügens, das unsere Familien, aller Unzufriedenheit, die unsere öffentlichen Verhältnisse zerrüttet. Will man dem Uebel gründlich begegnen, so verliere man seine Zeit nicht mit Experimenten an einzelnen Stellen, wo dasselbe zum Ausbruche kommt; man greife es bei der Wurzel an, oder mit anderen Worten, man stelle die Religiösität und, wir dürfen sagen, man stelle die Religion her, und die Wirkung wird nicht ausbleiben. Und sage man nicht, daß dieß zu schwer, daß es unmöglich sei! Der Versuch ist freilich, wo man ihn bis jetzt gemacht hat, nicht sonderlich ausgefallen; aber wen kann es auch wohl befremden, wenn etwas nicht gelingt, das am verkehrten Ende angefangen ist? Pietismus ist keine Religion.

Das Verbot gegen das junge Deutschland.

Geschrieben am 7. December 1835.

Die sittenlose Richtung, die sich neuerer Zeit eines großen Theiles der deutschen Literatur bemächtigt, hat endlich auch die Aufmerksamkeit der Regierungen auf sich gezogen. Gegen die neuesten Erzeugnisse des Verfassers von Maha Guru sind in mehreren Bundesstaaten Maßregeln ergriffen worden, die gewiß von keinem Besonnenen gemißbilligt werden; und dem Vernehmen nach soll in dem preußischen Staate ein allgemeines Verbot gegen Alles ergangen sein, was Gutzkow und die seiner Richtung mehr oder weniger verwandten Schöngeister Laube, Wienbarg und Mundt geschrieben haben und noch schreiben werden. Ein Verbot von Schriften, die noch gar nicht geschrieben sind, kann auf den ersten Anblick befremdlich und ungerecht erscheinen, indem sich die Frage aufdrängt, wie man etwas verurtheilen kann, wovon man noch gar keine Kenntniß hat. Bei einiger Ueberlegung wird man sich indessen bald überzeugen, daß die Ungerechtigkeit nur eine scheinbare ist. Der Staat hat das Recht und die Pflicht über den sittlichen, wie über den körperlichen Gesundheitszustand seiner Angehörigen zu wachen. Gegen Länder, in denen die Pest herrscht, werden Vorkehrungen getroffen, die, wie strenge sie auch sein mögen, doch durch das gemeine Beste gerechtfertigt werden, sobald sie sich nur zweckmäßig erweisen. Warum sollte es dem Staate benommen sein, ähnliche Veranstaltungen zu treffen, um das Einschleppen der sittlichen Pest zu verhüten, wenn diese einmal in irgend einem geistigen Gebiete zum Ausbruche gekommen ist? Vorläufige Verbote sind aber nur eine Art von Quarantaine,

weil man mit Sicherheit darauf rechnen kann, daß sie zurückgenommen werden, sobald es sich zeigt, daß sie in einem einzelnen Falle gegen etwas Gutes und Achtenswerthes gerichtet waren, oder daß sie überhaupt nicht mehr nothwendig sind. Der Nachtheil, der aus der möglichen Ueberschreitung der Staatsgewalt durch ungerechte Anwendung derselben hervorgehen kann, ist bei weitem nicht so groß, als der Vortheil, der für alle Angehörige des Staates aus der gerechten Anwendung erwächst.

Zu leugnen ist es nicht, daß in dem Gebiete des Geistes Verbote immer etwas Bedenkliches sind. Man kann das Denken unmöglich verbieten; und die Geschichte der politischen Verfolgungen, wie der religiösen, hat es gezeigt, daß der Gedanke oft gerade da am mächtigsten sich nach allen Richtungen verbreitet, wo er dem ärgsten Drucke unterworfen wird. Man würde der Sittenlosigkeit, wie sie von einigen unserer jüngeren Schriftsteller zur Schau getragen wird, indessen zu viel Ehre anthun, wenn man ihr dieselbe Kraft zutraute, die nur die wahre oder eingebildete Ueberzeugung hat. So viel Mühe Herr Gutzkow sich auch geben mag, die Schaamlosigkeit in ein System zu bringen, so können wir doch unmöglich glauben, daß es ihm oder irgend einem seiner Freunde mit diesen Bestrebungen wirklicher Ernst sei. Wir halten die ganze sittliche oder unsittliche Richtung des jungen Deutschlands für eine Verirrung, die sich durch die Jugend der Herren erklären und durch eine ernstliche Correction wieder austreiben läßt. Eben deßhalb mißbilligen wir es zwar, halten es aber für kein allzugroßes Unglück, wenn Gutzkow, wie kürzlich aus Mannheim gemeldet wurde, wegen seines neuesten gotteslästerlichen Romanes zur Verantwortung gezogen und für eine Zeitlang in sicheren Gewahrsam gebracht worden ist. Es würde uns leid thun, wenn ein so schönes Talent verloren gehen sollte; und wenn ein Talent, das sich bereits so weit verirrt hat, nicht völlig verloren gehen soll, kann es nur dadurch auf den rechten Weg zurückgebracht werden, daß es den Ernst des Lebens in seiner bittersten Gestalt kennen lernt.

Eine andere Frage ist es freilich, ob die Behörden eines Landes, in dem irgend ein wenn auch noch so unsittliches Buch erschienen ist, deßhalb das Recht haben, dem Verfasser eine Strafe aufzuerlegen, sobald derselbe durch den Inhalt oder durch die Art der Verbreitung nicht irgend ein bestimmtes Gesetz übertreten hat. Dieß müssen wir schon deßhalb verneinen, weil die Behörden es überall in ihrer Macht haben, durch die ihnen zustehende Beaufsichtigung des Buchhandels und der Druckereien jedes Unheil zu verhüten, welches durch die Verbreitung sittenloser Lehren gestiftet werden kann. Keine Lehre, wie albern oder verkehrt sie auch sein mag, ist an und für sich strafbar, weil die Ansicht des Einzelnen für keinen Dritten unmittelbaren Nachtheil zur Folge hat. Der Nachtheil geht erst aus der Anwendung oder aus der Verbreitung hervor, und wenn die Behörden diese nicht zu verhüten wußten, haben sie nur sich selbst die Schuld beizumessen. Auf der andern Seite kann

man freilich sagen, daß die Polizei überall den Auftrag habe, öffentlichen Scandal zu verhüten, und daß demnach jeder, der zu öffentlichem Scandal Veranlassung gebe, in jedem gesitteten Lande bestraft werde. Wir zweifeln aber sehr, ob man das Schreiben eines sittenlosen Buches als einen öffentlichen Scandal ansehen kann, da der Scandal doch offenbar erst durch die Verbreitung erregt wird.

Für Gutzkow, sobald man den unglücklichen jungen Mann für seine literarischen Verirrungen persönlich verantwortlich machen will, spricht außerdem, daß die Schuld derselben keineswegs auf ihm allein oder auch nur vorzugsweise auf ihm ruht. Bei mehr als einer Gelegenheit haben wir unsere Ueberzeugung ausgesprochen, daß die sittlichen wie die politischen Verirrungen unserer Zeit ihren vornehmsten Grund in der verkehrten Erziehung haben, welche die Jugend beinahe in allen gebildeten europäischen Staaten erfährt. Davon völlig zu schweigen, daß überhaupt die Bildung unserer Zeit schon deßhalb ihren Zweck verfehlt, weil sie beinahe überall nur eine einseitige Verstandesbildung ist, so werden auch selbst in jenem Theile der Erziehung, welcher nur auf die Verstandesbildung berechnet ist, gewöhnlich die verkehrtesten Grundsätze zur Anwendung gebracht. Statt den Geist früh an ein strenges, sicher und fest gehaltenes Denken und Lernen zu gewöhnen, überladen wir denselben mit einer Menge der verschiedenartigsten Gegenstände, die alle nur oberflächlich aufgefaßt werden können. Dadurch wird es dem Knaben leicht, durch den Schein eines ausgebreiteten Wissens zu glänzen, während er in der That noch nichts weiß, und er versäumt es, sich gründliche Kenntnisse zu erwerben, weil er dieselben nicht nöthig zu haben glaubt. Das günstige Vorurtheil, das noch an vielen Orten für die sogenannte classische Erziehung besteht, hat seinen Grund nur in einer Verwechselung der Wirkung, welche die strengere Methode der Erziehung hatte, mit dem Stoffe, auf den diese Methode angewandt wurde. Nicht das Griechisch und Latein, zu dem unsere Voreltern angehalten wurden, bewahrte sie vor dem übermüthigen Leichtsinne der heutigen Jugend, sondern der pedantische aber sehr heilsame Ernst, mit dem damals der Unterricht in den classischen Sprachen ertheilt wurde. Dieser pedantische Ernst ist aus unserer heutigen Erziehung ganz weggefallen. Man verlangt von dem Knaben zu viele Dinge, die er wissen soll, als daß es möglich wäre, sie mit rechtem Ernste zu lernen. Wenn man Alles aufbietet, um die Jugend zu Narren zu bilden, wie kann man sich darüber wundern, daß man Narren findet, wenn die jungen Burschen herangewachsen sind?

Das Verbot der Werke Heinrich Heine's.

Geschrieben am 22. December 1835.

Den Maßregeln, die zuerst Preußen wider die Schriften der bekannten Schöngeister Gutzkow, Laube, Wienbarg und Mundt angeordnet hat, sind seitdem auch mehrere andere Staaten des deutschen Bundes beigetreten; und in einem derselben, in dem Großherzogthume Hessen-Darmstadt, ist man noch einen Schritt weiter gegangen, indem man das Verbot auch auf die Werke Heinreich Heine's ausgedehnt hat. Dieselben Gründe, die das Verfahren gegen die zuerst genannten Schriftsteller veranlaßten, haben offenbar auch das Verdammungsurtheil hervorgerufen, welches jetzt gegen den letzten ausgesprochen wird. Als Politiker ist Heine so wenig gefährlich, als Gutzkow oder Laube, Wienbarg oder der bis jetzt noch am wenigsten genannte Redacteur des literarischen Zodiacus, Theodor Mundt. Dagegen hat in der Verhöhnung aller Sitte, vor Gutzkow, nicht leicht ein anderer deutscher Schriftsteller es Heine zuvorgethan; und wenn man den Wohllaut der Sprache, einen oft treffenden Witz und eine dichterisch-schöne Auffassung der Dinge ihm nicht absprechen kann, so wird doch durch alle diese Vorzüge die sittliche Verwerflichkeit nicht aufgehoben, ja nicht einmal gemildert. Das Laster, wenn es sich unverhüllt, in seiner wahren Gestalt zeigt, wird selbst über die verdorbensten Gemüther wenig Gewalt üben; nur die glänzenden Gewande, in die es seine Abscheulichkeit verbirgt, leihen ihm den für die arglose Schwäche unwiderstehlichen Reiz. Selbst Heine, so ungern wir manche Seite aus seinen Reisebildern verlieren würden, geben wir daher dem sittlichen Unwillen, den seine poetische Liederlichkeit bei unsern ernsten Behörden erregt, ohne Widerrede Preis; nur glauben wir, daß, wenn man das Schöne, sobald es aufhört gut zu sein, verwirft, gar kein Grund vorhanden bleibt, weßhalb das Schlechte, was nicht einmal schön ist, geschont werden soll. Die Memoiren Casanova's und, um gleich bis zu dem tiefsten Bodensatze der Gemeinheit herabzusteigen, die ekelhaften Romane eines Bruckbräu sind in allen Leihbibliotheken zu finden. Eine besonders verführerische Kraft können wir freilich Sudeleien dieser Art nicht zutrauen, so wenig als den rohen Malereien, die man zuweilen an Orten sieht, wo der Pöbel eine Aufforderung findet, seinen Witz zu zeigen; aber man sollte nicht vergessen, daß der Koth befleckt, auch wenn er ohne alle Beimischung ist.

Von den unbedingten Vertheidigern der Preßfreiheit wird es überhaupt in Zweifel gezogen, ob dem Staate das Recht der Aufsicht über die sittliche

Richtung der Literatur zustehe. In diesen Tagen erst, als die französische Regierung den öffentlichen Verkauf von einigen der anstößigsten Werke Voltaire's, Diderot's und Parny's untersagte, erhob sich ein Sturm des Unwillens, dem selbst die Festigkeit eines Guizot nicht gewachsen war. Das Verbot mußte zurück genommen werden und trug daher wahrscheinlich nur noch mehr zur Verbreitung der Schriften bei, die man dem Umlaufe zu entziehen versucht hatte. In England bekümmert die Regierung sich so wenig um die sittliche als um die politische Richtung der Literatur; die strenge religiöse Erziehung, deren gerade der gebildetere Theil der Nation genießt, gewährt jedoch einen wirksameren Schutz, als die schärfste Aufsicht der Regierung. Selbst ein so großer Dichter, wie Byron, legte umsonst das ganze Gewicht seines Namens gegen die Mißbilligung in die Wagschale, welche einzelne unvorsichtige Stellen in seinem Don Juan, so wie in einigen anderen Gedichten, erregten. Die Verbannung, in der Byron lebte, war nur zur Hälfte eine freiwillige. Da, wo die öffentliche Meinung so unerbittlich richtet, bedarf es keiner polizeilichen Maßregeln zur Aufrechthaltung der Sitte. Wo indessen Schlaffheit und Gleichgültigkeit sich der Gemüther einmal bemächtigt hat, und wo es daher eines äußern Schutzes für die Schwankenden oder Unerfahrenen bedarf, da werden die Regierungen nicht leicht die Verpflichtung von sich ablehnen können, öffentlichen Verletzungen der Sittlichkeit durch die Schrift mit derselben Strenge zu begegnen, wie allen anderen Ueberschreitungen der gesetzlichen Ordnung.

Das Schwierigste bleibt nur bei jeder Art von Beaufsichtigung im Gebiete des Geistes, die Grenzen zu bestimmen, auf welche sie zu beschränken ist. Das politisch Anstößige läßt sich allenfalls unterscheiden, da das politische System des Staates, dem man angehört, doch wenigstens einen festen Maßstab der Vergleichung bietet. Aber welchen Maßstab soll man anlegen, um den sittlichen Werth einer Schrift zu beurtheilen, sofern nicht gerade die offensten und schneidendsten Verletzungen des Anstandes auf jeder Seite in die Augen springen? Unserer Meinung nach kann man bei der Einführung eines Sittengerichtes nicht vorsichtig genug zu Werke gehen; denn wenn neben der politischen Censur, die jetzt einmal unvermeidlich geworden ist, auch eine von demselben Grundsätzen ausgehende sittliche Censur niedergesetzt werden sollte, so bleibt offenbar für die freie Bewegung in der Literatur nicht der geringste Spielraum übrig, und es ist zu besorgen, daß man das geistige Leben der Nation, statt dasselbe vor sittlicher Fäulniß zu bewahren, völlig erstickt. Weder Schiller noch Göthe würden in den ersten Stadien ihrer Laufbahn vor einem Sittengerichte bestanden haben, das man in irgend einem deutschen Staate zu der Beurtheilung dieser großen Geister niedergesetzt hätte. Der bitterste und der allgemeinste Haß, der sich in unsern regelmäßig geordneten gesellschaftlichen Verhältnissen noch erhalten hat, ist jener, den der kleine Geist gegen den großen, die Mittelmäßigkeit gegen die Auszeichnung nährt. Einem

Menschen, der in seinem Leben nie einen witzigen Einfall gehabt hat, ist jeder Witz verhaßt; und was uns erst verhaßt ist, erscheint uns leicht, wenn wir erst die Macht in Händen haben, auch straffällig. Will man die Censurcollegien, welche die sittliche Zulässigkeit beurtheilen sollen, vorzugsweise aus witzigen Köpfen zusammensetzen? oder will man sich auf eine Verbannung von jedem Fünklein Witz und jedem Fünklein Geist aus der deutschen Literatur gefaßt machen?

Das Letzte ist nicht zu besorgen, so lange so viele unserer einflußreichsten Staatsmänner zugleich zu unseren einflußreichsten Schriftstellern gehören. Vorsicht glauben wir indessen nicht genug empfehlen zu können, wo, nachdem der erste Schritt einmal gethan ist, der Abhang so jäh hinunter führt. Die Absicht ist, der unverhüllten, frevelhaften Ruchlosigkeit zu steuern. Dabei bleibe man aber auch stehen und lasse sich nicht durch das Bewußtsein der guten Absicht hinreißen, die Grenzen des unbedingt Nothwendigen zu überschreiten.

Das Jahr 1835.

Geschrieben am 1. Januar 1836.

In die allgemeinen politischen Verhältnisse unseres Welttheils ist nach den Stürmen der Julirevolution eine so feste Ordnung zurückgekehrt, daß die Ereignisse eines Jahres keine sonderlich in die Augen fallende Veränderung hervorbringen können. Zwar sind noch immer der Osten und der Westen durch den Gegensatz der Meinungen und durch den größeren der öffentlichen Einrichtungen geschieden; aber die Zeit ist vorüber, wo man es für möglich halten konnte, daß die Verschiedenheit der politischen Ueberzeugungen ähnliche Kreuzzüge veranlassen würde, wie einst die Verschiedenheit der religiösen Ueberzeugungen. Man hat sich gegenseitig Zugeständnisse gemacht, weil man auf beiden Seiten erkannte, daß bei dem Ausbruche des Kampfes der gewisse Verlust unter allen Umständen bedeutender sein würde, als der wahrscheinliche Gewinn; und so ist man denn stillschweigend übereingekommen, friedlicher Entwicklung die Entscheidung zu überlassen, die man in der ersten Aufregung schon im Begriff stand, mit dem Schwerte zu versuchen.

In Frankreich ist durch Ludwig Philipps Staatsklugheit die neue Ordnung der Dinge so fest begründet, daß die erbittertesten Gegner mit der Hoffnung des Gelingens auch die Neigung zu neuen Wagnissen verloren haben.

Die sittliche Zerrüttung, die unter der Jugend der großen Städte herrscht, untergräbt zwar die Grundlagen der Gesellschaften täglich tiefer und tiefer; aber für die nächste Zukunft ist keine Gefahr zu besorgen. Die Massen des Mittelstandes, denen durch die Herstellung der Nationalgarde die Gewalt in die Hände gelegt ist, sind mit unerschütterlicher Festigkeit einer Regierung zugethan, die ihnen Alles giebt, was sie bedürfen und was sie verlangen: panem et Circenses! Das Brot gewährt der Friede und die Stelle der Spiele vertritt von Zeit zu Zeit ein Feldzug, der, ohne das Land einer feindlichen Ueberschwemmung bloß zu stellen und selbst ohne besondere Opfer zu kosten, doch gerade hinreichenden Ruhm bringt, um es von Zeit zu Zeit in die Erinnerung zurück zu rufen, daß die Franzosen die große Nation sind. Man mag es eine Schwäche nennen, und es ist vielfach darüber gespottet worden, daß die französische Regierung Mittel dieser Art nicht verschmähen darf, um die Meinung zu bestechen; aber man sollte nicht vergessen, daß es schwerer und daß es rühmlicher ist, durch die Anwendung kleiner unbedeutender Mittel Großes zu erreichen, als wenn man Kräfte in Bewegung setzt, die außer allem Verhältnisse zu dem Zwecke stehen, den man vor Augen hat. Großes aber hat Ludwig Philipp erreicht. Er hat die Revolution in Frankreich beschworen, und indem er hier ihren Heerd verschloß, hat er die Lavaströme in ihre Quelle zurückgedrängt, die ganz Europa zu überfluthen drohten. Aber indem er dieß gethan, hat er weder die Würde, wie man ihm zum Vorwurf gemacht hat, noch den Vortheil seines Volkes zum Opfer gebracht. Frankreich ist in diesem Augenblicke mächtiger als je. Der große Plan, der Napoleon bei allen seinen Eroberungen vorschwebte, ist durch Ludwig Philipp, wenn auch noch nicht vollkommen ausgeführt, doch seiner Ausführung nahe gebracht worden, ohne daß deßhalb eine einzige Schlacht geschlagen wäre. Nicht ohne Grund ist Ludwig Philipp der Napoleon des Friedens genannt worden.

Frankreich steht an der Spitze eines politischen Systems, für welches beinahe das ganze westliche Europa gewonnen ist, dem auf dem Festlande Spanien und Portugal, die Schweiz und Belgien angehören, und in dem das mächtige Inselreich, während es in den wichtigsten Fragen den Ton anzugeben scheint, in der That doch nur die zweite Stelle einnimmt. England kann es, bei seiner Absonderung von den Interessen des Festlandes, ziemlich gleichgültig sein, welche politischen Grundsätze in den Staaten desselben herrschen. Frankreich allein hat allen Vortheil von der liberalen Bewegung auf der pyrenäischen Halbinsel, wie es allen Vortheil von den Bewegungen in Belgien und in der Schweiz gehabt hat. Dennoch ist es nicht Frankreich, sondern England, was den größten Theil des Hasses übernimmt, wie es den größten Theil der Kosten trägt, welche die Unterstützung der liberalen Partei auf der Halbinsel erfordert. Auch in Italien hat Frankreich durch die Besitznahme von Ancona festen Fuß gefaßt, und wenn es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu erwarten ist, daß von hier aus die Revolution von

neuem in Italien eindringen sollte, so ist doch schon die Möglichkeit eine Bürgschaft des Friedens, welche Ludwig Philipp wohl zu benutzen weiß.

Die Mächte des Ostens scheinen fest entschlossen, in die politische Entwicklung des Westens, so lange diese ihre Grenzen nicht überschreitet, sich auf keine Weise thätig einzumischen. Dagegen hat man seine ganze Kraft darauf gewandt, bei sich zu Hause Ruhe und Ordnung gründlich zu befestigen, um durch künftige Erschütterungen nicht wieder überrascht und in Verlegenheiten gesetzt zu werden, denen man bei drohender Gefahr vielleicht umsonst zu begegnen suchte. Das Einverständniß zwischen Rußland, Oesterreich und Preußen wird so leicht nicht gestört werden, wie groß auch die Verschiedenheit der Interessen in einzelnen Punkten sein mag. Der gute Erfolg, den bisher alle die Maßregeln gehabt haben, die aus den gemeinschaftlichen Verabredungen der großen Mächte hervorgegangen sind, läßt eine vollständige Lösung der Aufgabe erwarten. Nur ist um das Werk zu vollenden und demselben Dauer und Bestand zu sichern, die Erhaltung des Friedens unerläßlich. Dieß weiß man in den Cabinetten eben so gut, wie auf den Börsen; und nur diese Rücksicht war es, der wir die Erhaltung des Friedens unter den schwierigsten Umständen verdankt haben und der wir den Frieden auch im nächsten Jahre danken werden, wie weit auch die Entzweiung gehen mag, welche durch die noch obwaltenden Streitfragen hier oder dort veranlaßt wird. Auf einem einzigen Punkte, im fernen Osten, scheint sich ein Gewitter zusammen zu ziehen; die Feindseligkeit zwischen dem Pascha von Egypten und dem Sultan, die jetzt durch das Gebot der europäischen Mächte gezügelt wird, kann jeden Augenblick in einen offenen Kampf ausbrechen. Aber die europäische Diplomatie, die schon einmal beide Parteien zum Frieden und zu scheinbarer Versöhnung gezwungen hat, als das Schwert bereits gezogen war, kann dasselbe jetzt, da es noch nicht gezogen ist, um so leichter in der Scheide halten. Friede ist im Osten, wie im Westen das erste und höchste Bedürfniß.

Das Großherzogthum Luxemburg und die öffentliche Meinung.

Geschrieben am 10. Januar 1836.

Seit einiger Zeit haben sich in norddeutschen Blättern kräftige Stimmen für die Wiedereroberung des Großherzogthums Luxemburg erhoben, die beinahe ohne Ausnahme von der Voraussetzung ausgehen, als ob in dem deut-

schen Volke der glühendste Eifer für diese Sache herrsche. Uns könnte es nicht anders als erwünscht sein, wenn diese Ansicht die richtige wäre; denn wir könnten uns rühmen, das Unsrige redlich dazu beigetragen zu haben, um das heilige Feuer zu schüren. Kein anderes deutsches Blatt hat unseres Wissens mit größerer Beharrlichkeit danach gestrebt, die luxemburgische Angelegenheit zur deutschen Volkssache zu machen, als die Deutsche Nationalzeitung*). Wir haben es uns nie verborgen, daß es eine Schmach des deutschen Namens wäre, wenn es den Belgiern gelingen sollte, einen so bedeutenden Bestandtheil des deutschen Bundes, wie das Großherzogthum Luxemburg, mitten im Frieden von dem Verbande loszureißen. Wir müssen indessen aufrichtig gestehen, daß wir nach Allem, was uns von der allgemein vorherrschenden Stimmung bekannt geworden ist, bei derselben schwerlich auf besonders lebhafte Unterstützung rechnen dürften. Das Großherzogthum Luxemburg war dem deutschen Bunde durch die niederländische Regierung zu sehr entfremdet worden, als daß man dasselbe irgendwo im Ernste als einen Bestandtheil unseres deutschen Vaterlandes angesehen hätte. Es bestand weder eine besondere Verwaltung für das Großherzogthum, noch eine abgesonderte Volksvertretung, und selbst den einfachsten Bundespflichten, wie der Aufrechterhaltung des bundesmäßigen Heeresstandes, wurde nicht einmal genügt; da man es doch wohl schwerlich als eine Erfüllung der Bundespflicht ansehen kann, wenn die im Luxemburgischen ausgehobenen Leute in niederländische Regimenter gesteckt wurden. Die niederländische Verwaltung behandelte Luxemburg fortwährend in jeder Beziehung als einen Bestandtheil der südlichen Provinzen des Königreiches; die luxemburgischen Abgeordneten nahmen in den Generalstaaten des Königreiches der Niederlande unter den Belgiern Platz; und das Einzige, was an den Höfen und in den Cabinetten noch die Erinnerung erhielt, daß Luxemburg dem deutschen Bunde angehöre, war außer der Anwesenheit einer preußischen Besatzung in der Festung die Anwesenheit des niederländischen Gesandten für das Großherzogthum Luxemburg am deutschen Bundestage. Unter diesen Umständen darf es nicht befremden, wenn die Theilnahme des Großherzogthums an der belgischen Revolution und in Folge derselben die factische Losreißung von dem deutschen Bunde als etwas ganz natürliches erschien. In den bestehenden Verhältnissen wurde, soweit bei denselben der deutsche Bund betheiligt war, wenig geändert. Die preußische Besatzung blieb in der Festung Luxemburg, und der niederländische Gesandte an dem Sitze des Bundestages; und dem schlichten einfachen Sinne des deutschen Volkes wollte es nicht einleuchten, daß für das deutsche Vaterland ein großer Unterschied darin liege, ob die Verwaltung des Großherzogthumes von Belgiern oder von

*) Zum Belege könnte eine ganze Reihe von Aufsätzen aus allen früheren Jahrgängen der deutschen Nationalzeitung angeführt werden, die aber gegenwärtig ihr Interesse verloren haben und deßhalb in diese Sammlung nicht aufgenommen sind.

Holländern geleitet würde, ob die Abgeordneten des Großherzogthumes bei den holländischen Generalstaaten im Haag, oder in der belgischen Repräsentantenkammer zu Brüssel ihren Sitz einnähmen und ob belgische oder holländische Soldaten das Großherzogthum besetzt hielten. Dem Deutschen gilt, aller noch so nahen Stammverwandtschaft ungeachtet, der Holländer gleich dem Belgier als Fremder; und man wird bei dem deutschen Volke für den einen ungefähr eben so wenig Theilnahme finden, als für den andern.

Bedauern läßt sich dieß, weil die Holländer einen der tüchtigsten und gediegensten deutschen Volksstämme bilden, während die Belgier ein aus Deutschen und Franzosen zusammengesetztes Volk sind, und besonders auch deßhalb, weil Deutschland ohne Holland und ohne die Schweiz seiner beiden festesten Bollwerke gegen den Westen entbehrt; aber ändern läßt es sich schwerlich, weil der Deutsche viel zu besonnen und viel zu nüchtern ist, als daß sich so leicht eine erkünstelte Begeisterung bei demselben hervorrufen ließe. Wenn man Theilnahme bei dem deutschen Volke für die luxemburgische Angelegenheit zu finden gemeint hat, so ist man durch einige Aufsätze in den Zeitungen getäuscht worden, die aber nur die persönlichen Ansichten der Verfasser, und keineswegs die wahre Gesinnung der Nation aussprachen. Die deutsche Presse ist darin von der französischen und englischen verschieden, daß die Journale in Deutschland ganz und gar keinen Maßstab zur Beurtheilung der öffentlichen Meinung geben, während in Frankreich und England die öffentliche Meinung großentheils von den Journalen gemacht wird. Daß auch in Frankreich und England der Einfluß der Journale keineswegs so überwältigend ist, wie man sich dieß wohl zuweilen vorstellt, hat die neueste Erfahrung in beiden Ländern bewiesen. In Frankreich ist es der Regierung gelungen, die unbändigste Presse, die vielleicht je in einem Lande bestanden hat, zu zügeln, weil die Uebertreibungen der Journale auf die Nation nicht den geringsten Eindruck gemacht, sondern höchstens das Gefühl des Mitleides oder der Verachtung hervorgerufen hatten. Die englische Presse ist in ihrer Freiheit zu wohl befestigt, als daß dieselbe so leicht eine Gefahr zu fürchten hätte; aber die Revolution, deren Ausbruch man nach dem leidenschaftlichen Tone der Journale während der Reformaufregung täglich erwarten konnte, ist ausgeblieben; die Regierung ist auf der Bahn ihrer Verbesserungen bedächtigen Schrittes fortgegangen und hat sich nicht darum bekümmert, ob sie von einzelnen Schreiern überflügelt wurde; und noch in diesem Augenblicke hat der gemäßigte Freisinn der Regierung zwar die Mehrzahl der Journale gegen sich, für sich aber die öffentliche Stimme, die sich in den Parlementswahlen der großen Städte, bei den Wahlen der städtischen Behörden und bei hundert andern Gelegenheiten ausspricht.

In Deutschland kann, so lange die gegenwärtigen Verhältnisse bestehen, von einer Herrschaft der Presse über die öffentliche Meinung gar nicht die Rede sein. Unserer Ansicht nach ist es nicht zweckmäßig, wenn man durch die nach-

theiligen Folgen, welche der Einfluß der Presse da und dort gehabt hat, sich verleiten läßt, ein Werkzeug zu zerstören, das sich in bedenklichen Zeiten so oft als unentbehrlich gezeigt hat. So lange man nicht etwa voraussetzt, daß Kants ewiger Friede in Europa bereits verwirklicht wäre, wird man wohl thun, den mächtigen Hebel, welchen die Presse bietet, statt denselben als unnütz bei Seite zu werfen, für die Zeit des Bedürfnisses sorgfältig aufzubewahren. Daß man von den Journalen, welche ein so ungleiches Publikum haben, jede Uebertreibung und Ueberspannung entfernt zu halten sucht, können wir nicht mißbilligen; wenn man aber nur einer Richtung erlauben will, sich geltend zu machen, und wenn man sogar in dieser Richtung am liebsten nur einen Ton hören möchte, so vergißt man, daß die deutsche Nation an selbstständiges Denken zu sehr gewöhnt ist, als daß sie nicht selbst von der wahrsten und gesundesten Ansicht sich abwenden sollte, wenn dieselbe ihr in der Gestalt des Zwanges entgegentritt. Freimüthiges, verständiges Urtheil in würdiger Sprache muß man immer seine Stelle finden lassen, wenn man nicht auf jede Unterstützung durch die Meinung zum voraus verzichten will; und der mächtigste Souverain ist nicht so stark, daß er alle Unterstützung durch die Meinung zu allen Zeiten entbehren könnte.

Schreibfreiheit und Preßfreiheit.*)

Geschrieben am 21. Januar 1836.

Eine Verfügung, die nach einer Privatmittheilung in diesen Tagen zu Berlin erlassen sein soll, wird sich zwar schwerlich des Beifalls der Liberalen aus der bekannten französischen Schule zu erfreuen haben, weil dieselbe eine neue Beschränkung der periodischen Presse einführt, bezeichnet indessen unserer Ueberzeugung nach einen wesentlichen Fortschritt in einem nicht unwichtigen

*) Der scheinbare Widerspruch in den Ansichten über den Einfluß der Presse, den man in diesem und dem zunächst folgenden Aufsatze finden kann, erklärt sich sehr einfach aus der Verschiedenheit der Geschichtspunkte, unter denen sich die Sache auffassen läßt. Die Presse hat einen großen Einfluß, sofern sie das, was nur dunkel in den Gemüthern der Massen liegt, zum klaren Bewußtsein bringt; sie hat so gut als gar keinen Einfluß, sobald sie einer bereits ausgebildeten Meinung, die sich aller Gemüther bemächtigt hat, entgegen wirken will.

Zweige der Gesetzgebung. Es soll in Zukunft die Erlaubniß zur Herausgabe von Journalen im preußischen Staate nur Gelehrten ertheilt werden, die einen academischen Grad erlangt haben. Wir halten unbedingte Preßfreiheit an und für sich für wünschenswerther, als jede noch so gemäßigte Beschränkung der Presse, wie wir in allen Kreisen des öffentlichen Lebens die freieste Bewegung jeder beschränkteren vorziehen. In Deutschland unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen unbedingte Preßfreiheit zu verlangen, wird aber wohl dem überspanntesten Liberalen nicht einfallen; und es handelt sich daher nur noch um die Frage, welche Beschränkungen die geeignetsten sind, um zugleich die Anforderungen des Staates zu erfüllen und der öffentlichen Mittheilung des Gedankens den weitesten möglichen Spielraum zu eröffnen. Wir haben für eine ähnliche Maßregel, wie jene, die Preußen in diesem Augenblicke ergriffen haben soll, uns von Anfang erklärt, und wir sind der Meinung, daß dieselbe dem Staate einen viel wirksameren Einfluß auf Schriftwesen und Literatur sichern müsse, als die strengste Censur, und daß dieselbe überdieß die Censur in ihrer bisherigen Form völlig überflüssig machen würde.

Zwei Grundsätze des Staatslebens stehen in unseren Tagen einander feindselig gegenüber: das sogenannte monarchische Princip, oder, um uns deutscher und verständlicher auszudrücken, die Forderung einer planmäßigen Leitung aller öffentlichen Angelegenheiten durch die Vorsorge eines Hauptes, welches von den weisesten Männern des Staates berathen wird; und das sogenannte demokratische Princip, oder die Forderung der unbeschränktesten Freiheit für jeden Angehörigen des Staates, und demnach, bei folgerechter Durchführung dieses Grundsatzes bis zu seinem Aeußersten, die Zurückweisung jeder Art von planmäßiger Leitung der öffentlichen Angelegenheiten. Nach der Ansicht, die durch das monarchische Princip bezeichnet wird, ist der Staat ein geordnetes Ganze, in dem jedes Glied seine Stelle auf die zweckmäßigste Weise ausfüllt. Nach dem demokratischen Principe ist der Staat nur ein zufälliger Verein von verschiedenartigen, in schroffer Absonderung neben einander liegenden, Bestandtheilen. Der monarchische Staat unterwirft Alles seiner Aufsicht, was irgend eine Beziehung nicht allein auf das politische, sondern auf das gesellschaftliche Leben zuläßt. Der demokratische Staat überläßt Alles, was sich nicht unmittelbar auf das öffentliche Wohl und die öffentliche Sicherheit bezieht, sich selbst. In dem monarchischen Staate ist unbedingte Preßfreiheit unmöglich; in dem demokratischen ist sie zugleich unvermeidlich und unentbehrlich.

In dem ganzen Wesen des monarchischen Staats liegt es begründet, daß derselbe auf die geistige Entwicklung seiner Bürger nach allen ihren verschiedenen Richtungen einen bestimmenden Einfluß zu üben sucht. Das Erziehungswesen ist Sache des Staates, weil der Staat die Verpflichtung hat, einem Jedem die Stelle anzuweisen, die ihm in der gesellschaftlichen Ordnung gebührt, und wenn wir von dem niedrigsten Gesichtspunkte ausgehen wollen,

weil es dem Staate nicht gleichgültig sein kann, von welchen innern Triebfedern jene Massen geleitet werden, die dem Gebäude der gesellschaftlichen Ordnung zur Grundlage dienen. Deßhalb hat der Staat sich nicht allein der öffentlichen Erziehung bemächtigt, sondern er greift auch in die Privaterziehung ein, indem er dieselbe nur öffentlich geprüften Lehrern überläßt. Einen sonderbaren Gegensatz zu allen übrigen Einrichtungen des monarchischen Staates bildete bisher die Gesetzgebung der Presse. Wäre die Presse wirklich nur ein Mittel zur Gedankenmittheilung, wie die Sache von Vielen angesehen wird, so wäre es zu rechtfertigen, wenn der Staat dieselbe ganz sich selbst überließe und sich höchstens eine gemäßigte polizeiliche Aufsicht vorbehielte. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß die Presse zugleich das gewaltigste Werkzeug zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung, oder das bedeutendste Mittel zur Volkserziehung ist; und wenn die Presse daher nicht fortwährend Störungen in dem geregelten Gange des Staatslebens hervorrufen soll, wird dieselbe den gleichen Gesetzen unterworfen werden müssen, wie alle übrigen Zweige der Erziehung.

Die Censur, wie dieselbe gegenwärtig geübt wird, ist eine dem monarchischen Staatsleben durchaus widersprechende Einrichtung. Der monarchische Staat weist seinen Bürgern die Richtung an, in der sie sich bewegen sollen; aber er gestattet ihnen in dieser Richtung die freieste Entwicklung ihrer Kräfte. Die Censur weist der Presse keine Richtung an, weil dieselbe nur auf das Ausmerzen des Anstößigen angewiesen ist, dagegen hemmt sie die freie Bewegung in jeder beliebigen Richtung, eben so sehr in jener, die das Wohl des Ganzen zu fördern, als die es zu hindern strebt. Das einzige Mittel, welches dem Staate zu Gebote steht, um sich einen wohlthätigen Einfluß auf die Presse zu verschaffen, ist das freilich scharf durchgreifende und harte, daß der Staat die Schriftstellerei von ähnlichen Bedingungen abhängig macht, wie die Erziehung, und wie in anderen Richtungen des öffentlichen Lebens die ärztliche und die juridische Praxis. Auf den ersten Anblick wird dieß als eine unerhörte Beschränkung erscheinen; und man wird es uns vorwerfen, daß wir an die Stelle der Censur etwas ungleich Schlimmeres setzen wollten. Wenn man indessen bedenkt, daß keine noch so große Erschwerung der äußeren Bedingungen des Gelingens das wahre Talent zu unterdrücken vermag; daß dagegen das ausgezeichnetste Talent keinen Schutz gegen die vernichtende Gewalt einer ungeschickt gehandhabten Censur bietet, so wird man gewiß mit uns der Meinung sein, daß die äußerste Erschwerung des schriftstellerischen Auftretens, wenn dieselbe mit Aufhebung der dann entbehrlich gewordenen Censur verbunden würde, für die deutsche Presse immer noch ein dankenswerther Gewinn wäre. Jede Beschränkung durch das Gesetz stärkt die zurückgedrängte Kraft; nur die willkürliche Gewalt lähmt und tödtet.

Der Einfluß der Presse.

Geschrieben am 13. September 1836.

Ueber den Einfluß der Presse haben viele sonst wohl unterrichtete und hellsehende Staatsmänner durchaus irrige Ansichten. Das, was man gewöhnlich die öffentliche Meinung nennt, die Meinung der Mehrzahl wird durch die Presse nur scheinbar geleitet. Die Gesinnungen, welche bei der Mehrzahl einer Bevölkerung vorherrschend sind, sprechen sich natürlich auch in den öffentlichen Blättern, so wie überhaupt in allen literarischen Erscheinungen vorzugsweise aus, wenn nicht gewaltsamer Druck das freie Aussprechen der Meinungen unmöglich macht, oder wenn nicht andere äußere Umstände ein überwiegendes Gewicht in die entgegengesetzte Wagschale legen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerica, wo die Presse der unumschränktesten Freiheit genießt, giebt es unter den vielen hundert Tagblättern, die einander gegenseitig den Rang abzulaufen suchen, kein einziges, welches andere als streng republicanische Gesinnungen ausspräche, aus dem einfachen Grunde, weil nicht allein die Mehrzahl, sondern die große Masse der Bevölkerung keinen Begriff davon hat, daß man andere als republicanische Gesinnungen haben könnte. Aber völlig verkehrt wäre es, anzunehmen, daß die republicanischen Gesinnungen der Bevölkerung von den Journalen ausgingen, in denen dieselben niedergelegt sind. In Spanien gab es während der Regierung Ferdinands VII., mit Ausnahme der kurzen Periode, in welcher die Constitution von 1812 ausgerufen war, kein einziges Blatt, das andere Grundsätze bekannt hätte, als jene der strengsten Willkürherrschaft. Um seiner Sache ganz gewiß zu sein, begnügte man sich nicht mit der Censur, die, wenn sie auch noch so scharf war, doch vielleicht noch einen oder den andern staatsgefährlichen Satz durchschlüpfen lassen konnte; man unterdrückte alle Journale ohne Ausnahme und ließ nur einige wenige amtliche Blätter bestehen, die, da sie von der Regierung selbst herausgegeben wurden, unmöglich gegen dieselbe schreiben konnten. Wenn wir unsern Blick gegenwärtig auf Spanien richten, welche ungeheure Veränderung ist in diesem Lande während der wenigen Jahre seit dem Tode Ferdinands VII. vor sich gegangen! Außer auf den unzugänglichen Bergen von Navarra und Bizcaya findet die Willkürherrschaft nirgend einen Zufluchtsort, der sie gegen die heranstürmenden gewaltigen Wogen der Revolution in Schutz nähme. Mag man immerhin sagen, daß die aus der Verbannung zurückgerufenen Flüchtlinge den größten Einfluß auf alle öffentlichen Angelegenheiten in Spanien geübt hätten; daß der Wille der Nation sich nicht frei aussprechen könne, weil eine geringe

Anzahl politischer Schwärmer und politischer Verbrecher sich der Gewalt bemächtigt hätten: wo in aller Welt hätte man davon gehört, daß eine geringe Anzahl verwahrloseter Bösewichter nicht etwa eine einzelne Stadt, sondern eine große Nation gezwungen hätten, ihre herrschenden Ansichten zu verleugnen und ihre liebsten Gewohnheiten, so wie ihre heiligsten Gebräuche von sich zu stoßen, wenn dieselbe nicht vorher schon in ihrem alten Glauben wankend geworden wäre?

Die erste französische Revolution wird gewöhnlich durch den Einfluß erklärt, den die sogenannten Philosophen auf die Gesinnungen eines großen Theiles der französischen Nation geübt hätten. Wir wollen nicht fragen, woher denn wohl die Philosophen ihre Ansichten hatten; denn man würde um eine Antwort nicht verlegen sein, wenn man sich auch nicht anders zu helfen wüßte, als indem man den Fürsten der Finsterniß aus seinem unterirdischen Reiche zu Hülfe riefe. Aber wir möchten wohl wissen, ob die Philosophen auch den Banquerott gemacht haben, der die französische Regierung veranlaßte, die Versammlungen der Notablen und der Generalstaaten einzuberufen, die das Vorspiel der constituirenden Versammlung und des Nationalconventes waren? Ob die Philosophen die Maitressenwirthschaft eingeführt haben, welche bei dem besten und gesundesten Theile der Nation alle Achtung vor der regierenden Familie untergrub? Ob die Philosophen irgend etwas geschrieben oder gethan haben, was den religiösen Glauben der Nation tiefer erschütterte, als die Ernennung eines Scheusales, wie Dubois, zu einem der vornehmsten Häupter der Kirche? Die Philosophen fanden nicht deßhalb so allgemeinen Beifall, weil sie etwas Neues gelehrt hätten, wodurch die Augen der kurzsichtigen Masse geblendet worden wären, sondern weil sie zuerst es wagten, mit größerer oder geringerer Klarheit Ansichten auszusprechen, die weniger hell und weniger scharf begrenzt auch ohne ihr Zuthun in allen Gemüthern lagen. Die zweite französische Revolution ist so wenig, wie die erste, durch die Schriftsteller gemacht worden. Die Journale sind der Barometer der öffentlichen Meinung; es ist eben so verständig, ihnen die Schuld der großen Bewegungen zu geben, die von Zeit zu Zeit in den Meinungen und Gesinnungen der Nationen vor sich gehen, als wenn man dem Barometer die Veränderungen in der Witterung Schuld geben wollte, die er anzeigt.

Ein merkwürdiges Beispiel von der geringen Macht der Presse, sobald sie nicht mit der öffentlichen Meinung übereinstimmt, bietet in diesem Augenblicke die Insel Ireland. In England und Schottland erscheinen mehr liberale als conservative Blätter, obwohl die Macht der Parteien hier ziemlich gleich getheilt ist, da ein einziger reicher Grundbesitzer auf der Wagschale des politischen Einflusses schwerer in das Gewicht fällt, als hundert arme eigenthumlose Fabrikarbeiter. Aber wenn die niederen Stände in England auch nicht vermögend genug sind, um die Bedingungen zu erfüllen, welche die Theilnahme an den Wahlen oder irgend eine andere Art der unmittelbaren Mit-

wirkung bei der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten gestattet; so sind sie doch vermögend und gebildet genug, um die Zeitungen zu lesen, und bei dem Absatze, den diese finden, kommt daher nicht allein die Theilnahme der höheren, sondern auch jene der niederen Stände in Anschlag. In Ireland allein ist die große Masse des niederen Volkes in so tiefes Elend versunken, daß sie die öffentlichen Blätter weder bezahlen noch lesen kann. Unter den acht Millionen Einwohnern, die Ireland zählt, kann man annehmen, daß sieben Millionen, so weit ihre politische Einsicht reicht, entschiedene Liberale und sogar entschiedene Revolutionaire sind. Ungeachtet des großen Einflusses, welchen den Conservativen ihr unermeßlicher Grundbesitz sichert, sind doch die Mehrzahl der Mitglieder, welche die Insel Ireland in das Parlement schickt, die entschiedensten Reformer. Einen auffallenden Gegensatz zu dieser Thatsache bildet es, daß von den 65 öffentlichen Blättern, welche in Ireland erscheinen, 34 der conservativen und nur 31 der liberalen Partei angehören. Wenn die Presse die öffentliche Meinung unter allen Umständen leitete, wie man behauptet, müßten die Iren längst zum Protestantismus bekehrt und für die conservative Ansicht gewonnen sein.

Die Wiedererweckung des deutschen Volksgeistes.

Geschrieben am 2. Februar 1836.

Man hat sich neuerer Zeit viel Mühe gegeben, um die größere oder geringere Wahrscheinlichkeit des Erfolges zu ermitteln, welche von dem Norden ausgehende Eroberungsplane gegen das westliche Europa haben würden. Von der einen Seite hat man sich auf das Beispiel der großen Völkerstürme berufen, die, sämmtlich aus dem Norden und aus dem Osten herüberbrausend, zu verschiedenen Zeiten auf die politische und auf die gesellschaftliche Bildung unseres Welttheiles den überwiegendsten Einfluß geübt haben. Die Wanderungen der Deutschen, von den sagenhaften Heereszügen des Sigovesus und des Bellovesus an, die Einbrüche der Hunnen, Awaren, Slaven, Ungarn, Mongolen, Türken sollen die Ueberlegenheit des rauhen Nordens und des wilden Orients über die weichlicheren Stämme des Westens außer Zweifel gesetzt haben; und so sehr beherrscht diese unserer Ansicht nach durchaus grundlose Vorstellung die Gemüther, daß selbst der Mann, den wir als den größten Staatsmann und den größten Heerführer unserer Zeit anerkennen — Napoleon — sich von derselben nicht frei zu erhalten wußte. Sein merkwürdiger Aus-

spruch: dans cinquante ans l'Europe sera ou république ou cosaque, ist bekannt. Seit derselbe erfolgte, ist eine ziemlich lange Reihe von Jahren vergangen; aber es läßt sich zu dieser Stunde noch nicht absehen, wie die eine oder die andere Hälfte der Prophezeihung in Erfüllung gehen könnte. Die Republik hat durch ihre Versuche seit der Julirevolution an Aussichten bei weitem mehr verloren, als gewonnen; und der Norden wird bei der geringsten Lebensregung mit einer Eifersucht bewacht, welche die Ausführung von Planen, die doch wohl nur durch Ueberraschung gelingen könnten, so gut als unmöglich macht. Zum Ueberflusse müssen wir hinzusetzen, daß wir die ganze Ansicht von der Ueberlegenheit des Nordostens über den Südwesten für eine durchaus unbegründete halten. Jene große Wanderungen, die wirklich unserem Welttheile eine andere Gestalt gegeben haben, sind nur von Deutschen ausgegangen. Die Stürme der Hunnen, der Awaren, der Mongolen sind spurlos vorübergebraust. Den Einbrüchen der Slaven, der Ungarn und der Türken hat die nachhaltige Kraft der Deutschen bei dem ersten Zusammenstoßen ein Ziel gesetzt, über welches sie mit aller Anstrengung nicht hinauskommen konnten und von dem sie seitdem beinahe unausgesetzt immer weiter zurückgedrängt sind. Als die Grenzen des Polenreiches die Elbe überschritten, während die südlichen slavischen Stämme bis an die Gestade des adriatischen Meeres vorgedrungen waren, damals konnte von einer Gefahr für das westliche Europa durch den slavischen Nordosten die Rede sein; aber diese Zeiten sind vorüber, um nie wiederzukehren, seitdem die slavischen Völkerschaften in den Stromgebieten der Elbe und der Oder nicht allein von den Deutschen unterworfen, sondern mit Ausnahme der Czechen in Böhmen und Mähren größtentheils auch für deutsche Sitte und Zunge gewonnen sind.

Unsere Meinung ist, daß keinem andern europäischen Volksstamme, und wir dürfen sagen, keinem andern Volksstamme der Erde, an geistiger und körperlicher Kraft der Vorrang vor dem Stamme der Deutschen gebührt; daß weder vom Osten noch vom Westen neue Ueberwältigungen zu fürchten sind, so lange die Hüter am Rhein und an der Weichsel sorgsame Wacht halten; und daß es nur an den Deutschen liegt, wenn sie nicht, statt von dem Auslande Gesetze zu empfangen, der Welt Gesetze geben. In dem Gebiete der Wissenschaft ist dieß, wie gegenwärtig selbst von dem eiteln Frankreich zugegeben wird, längst geschehen; in dem Gebiete der Politik wäre es von dem Augenblicke, wo sämmtliche deutsche Stämme sich zu gemeinschaftlichem Handeln vereinigten, nicht mehr Sache des Streites. Für die Gegenwart ist es schon ein großer Gewinn, wenn nur einzelne von den Hindernissen aus dem Wege geräumt werden, die der Vereinigung entgegenstehen. Das mächtigste dieser Hindernisse bei den Deutschen war aber die Zersplitterung des deutschen Stammes in eine Menge der entgegengesetztesten politischen Interessen. War doch bis ganz vor Kurzem noch das eigentliche Deutschland, der Kern und das Stammland der über alle Theile der Erde verbreiteten großen deutschen

Nation, in so viele schroff von einander gesonderte Trümmer zerfallen, daß jedes gemeinschaftliche Verfahren in irgend einer Sache unmöglich war. Der Scheu vor den liberalen Bewegungen des Westens verdanken wir es, daß endlich wenigstens die Staaten des deutschen Bundes über die Hauptpunkte ihrer inneren, wie ihrer auswärtigen Politik sich verständigt haben; und damit ist der große erste Schritt zu der Wiederherstellung der politischen Bedeutung des deutschen Namens geschehen.

Wenn auch keineswegs als gleichgültig, doch als bei weitem minder bedeutend betrachten wir die Richtung, welche man dem wiedererwachenden Bewußtsein der deutschen Nation zu geben sucht. Der Schläfer, der nach langem unruhigen Träumen sich die Augen reibt, mag anfangs immer unschlüssig sein, wohin er sich wenden und wie er seine Schritte lenken soll; sobald er die Augen nur erst völlig geöffnet hat, wird bald jede Ungewißheit vor seinem Blicke verschwunden sein. Deßhalb mehr, als aus irgend einer andern Rücksicht, halten wir es für unsere Pflicht, Alles, was zu der Wiedererweckung deutschen Volksgefühles geschieht, in unserem beschränkten Wirkungskreise nach Kräften zu unterstützen. Kein Opfer, das zu der Erreichung dieses Zweckes gebracht wird, kann zu groß sein, weil es keine Forderung giebt, welche höher wäre, als jene der Existenz. Das, worauf wir unter allen Umständen und in jeder Lage mit Zuversicht rechnen dürfen, ist die Unverwüstlichkeit der deutschen Volksnatur, die bei allen, wenn auch noch so weit von ihrem Ursprunge entfernten deutschen Stämmen, sich doch immer bei jeder Gelegenheit kund gegeben hat.

Die Bedingungen einer volksthümlichen Literatur.

Geschrieben am 13. April 1836.

Das gewöhnlichste Lob, welches die Deutschen sich selbst ertheilen, ist das der Bescheidenheit. Selten wird man von Gelehrten oder Ungelehrten in Deutschland ein Urtheil über deutsche Volks- und Landesart hören, dem nicht das Bedauern beigemischt wäre, daß wir Deutschen gar so häufig unsere eigenen Vorzüge übersehen, während wir den Verdiensten der Nachbarvölker eine ganz unverhältnißmäßige Geltung einräumten. Aber Völker irren sich, wie es scheint, in ihrem Urtheile über sich selbst, wenigstens in dem laut ausgesprochenen, eben so leicht, als die Individuen. Wir kennen kaum einen einzigen Zeitraum der deutschen Geschichte, in welchem man den Deutschen den

Vorwurf übertriebener Bescheidenheit und ungerechter Vorliebe für das Ausland mit einigem Grunde machen konnte. Nur in jener traurigen Zeit, welche auf die Zerrüttung des dreißigjährigen Krieges folgte und während welcher Deutschland an einer allgemeinen geistigen und sittlichen, wie politischen Lähmung litt, nur damals konnte man mit Recht in Deutschland über ungerechte Zurücksetzung des einheimischen Verdienstes und thörichte Bewunderung fremder Geckenhaftigkeit und Albernheit klagen. Drohte die geschmacklose Sprachmengerei doch sogar das eigenthümliche Wesen der deutschen Sprache zu vernichten; und im südlichen Deutschland vereinigte sich überdieß die Glaubensverfolgung mit der politischen Erschöpfung, um jede selbstständige Regung des deutschen Geistes zu ersticken. Damals legte der große Kurfürst im deutschen Norden den Grund zu Preußens späterer Macht; und so wie erst ein Stützpunkt geboten war, an den das deutsche Volksgefühl sich anlehnen konnte, erstarkte dasselbe bald wieder zu neuem kräftigeren Leben. Ungeschickt waren die ersten Bewegungen des wieder erwachten deutschen Volksgeistes. Friedrich der Große zog persönlich, in verzeihlichem Irrthume, die feinere französische Bildung der derben deutschen Rohheit und Ungeschliffenheit vor; aber dieß Beispiel übte zwar auf die Neigungen der kleineren deutschen Höfe bedeutenden, auf die Stimmung der deutschen Nation beinahe nicht den geringsten Einfluß aus. Vielmehr trug gerade die Verachtung, welche der große Preußenkönig gegen die Sprache und Bildung seines Volkes zeigte, mit dazu bei, das zurückgedrängte Selbstgefühl zu erhöhen und zu befestigen, welches seine Siege erweckten. Unmöglich konnte man sich schämen, deutsch zu sprechen und deutsch zu schreiben, seit man es sich wieder zum Ruhme anrechnen durfte, ein Deutscher zu sein.

Die Dichter jener Zeit, obwohl dieselbe noch gar nicht so lange hinter uns liegt, sind gegenwärtig größtentheils vergessen; außer dem frommen Gellert, hat nur Lessing sich nicht allein in dem Gedächtniß, sondern auch in den Händen des deutschen Volkes erhalten. Minna von Barnhelm, das einzige gute, wahrhaft volksthümliche Lustspiel, welches wir in der deutschen Sprache besitzen, zeigt, was Lessing hätte leisten und welche Richtung er der deutschen Literatur hätte geben können, wenn er bei dem größten Fürsten seiner Zeit statt der Gleichgültigkeit Anerkennung und Schutz gefunden hätte. Lessing und Kant, diese beiden Fürsten unter den deutschen Denkern, brachen die Bahn, auf der Schiller und Göthe, Schelling, Fichte und so viele andere große und ausgezeichnete Geister nur weiter vorgeschritten sind, ohne im Wesentlichen von der einmal gewählten Richtung abzuweichen. Die Vernachlässigung, welche die deutsche Literatur von Friedrich dem Großen erfuhr, hatte zur Folge, daß dieselbe, statt die politische Entwicklung der deutschen Nation Schritt für Schritt zu begleiten, sich von derselben immer mehr zurückzog, sich eine eigenthümliche Welt bildete und auf diese, abgeschieden von allen äußern Einwirkungen, ihre Thätigkeit beschränkte. Die deutsche Gelehrtenrepublik, wie man

die Genossenschaft der Schriftsteller in Deutschland nannte, hatte mit dem heiligen römischen Reiche deutscher Nation nichts anderes gemein, als den Boden, auf dem beide bestanden. So eigenthümlich die deutsche Literatur sich auch ausbildete, da sie ihren Ursprung unmöglich verleugnen konnte, so wurde sie doch nie eigentlich volksmäßig. Die Versuche, die man in der neuesten Zeit vielfach gemacht hat, Schiller zum deutschen Volksdichter zu stempeln, zeigen nur, wie wenig man die eigenthümliche Stellung der deutschen Literatur in dem deutschen Volksleben begriffen hat. Wir haben noch gar keine volksthümliche Literatur; und von der Wendung, welche die politische Entwicklung der nächsten Zukunft nehmen wird, hängt es ab, ob wir je eine volksthümliche Literatur erhalten werden.

Wenn wir es im Allgemeinen ableugnen, daß irgend ein deutscher Schriftsteller ein wahrhaft volksmäßiger ist, so haben wir damit zugleich auch schon alle jene einzelnen großen Geister genügend gerechtfertigt, denen man es jetzt zum Vorwurfe machen will, daß sie an dem politischen Leben der Nation keinen Antheil genommen haben. Göthe war ein Sohn der Zeit, die eine so weite Kluft zwischen dem politischen und dem literarischen Leben der Nation befestigt hatte, daß es selbst den gewaltsamen Erschütterungen des Befreiungskampfes nicht gelungen ist, dieselbe auszufüllen. So weit entfernt ist die deutsche Literatur von dem Leben, daß die schärfsten Denker durch diese Sonderung in einen Irrthum verfallen sind, der zu den merkwürdigsten Beispielen der Verrückung des natürlichen und vernünftigen Gesichtspunktes der Dinge gehört, welche die Geschichte aufzuweisen hat. Die große Mehrzahl der deutschen Philosophen geht von der Ansicht aus, die durch dunkle Ausdrücke und Redewendungen nur mehr oder weniger verborgen wird, daß die Außenwelt, mit der die Philosophie freilich bei ihrer Entfernung vom Leben wenig zu thun hatte, eigentlich gar nicht vorhanden sei. Auch Hegel, in dem neulich die Augsburger allgemeine Zeitung die letzte Vollendung deutscher Weisheit sehen wollte, auch Hegel kommt mit allen seinen sonderbaren philosophischen Formeln zuletzt auf die Behauptung hinaus, daß nur die Geisteswelt, aber nicht auch neben oder in dieser die Natur eine wirkliche Existenz habe. So lange die Philosophie sich in solchen Verirrungen gefällt, kann man sagen, daß der einfältigste Bauer der Erkenntniß der Wahrheit näher steht, als der erhabenste Philosoph.

Wolfgang Menzel's Geist der Geschichte.

Geschrieben am 5. Februar 1836.

Der bekannte Kritiker Wolfgang Menzel zu Stuttgart hat vor Kurzem ein Buch geschrieben, welches er den „Geist der Geschichte" genannt hat, das aber eher den Namen eines „Ungeistes der Geschichte" verdient hätte, weil darin eine so trostlose Lehre von dem wesentlichen Inhalte der Geschichte oder von der Bestimmung der Menschheit aufgestellt wird, daß kein Vernünftiger, welcher politischen oder religiösen Partei er auch angehören mag, es anders als mit dem höchsten Bedauern sehen könnte, wenn diese Ansichten je allgemeinere Verbreitung erhielten. Menzels Meinung ist: die Aufgabe des Erdenlebens sei nicht der Sieg des Guten über das Böse, des Schönen über das Unschöne, des Geistes über die körperliche Beschränkung, sondern ein steter Kampf, der zuletzt nothwendig mit dem Siege des Schlechten, des Abscheulichen, des Hassenswerthen enden müsse. Die Weltgeschichte ist eine große Tragödie, in welcher der Held, die mit preiswürdiger Ausdauer und bewundernswürdiger Kraft zu dem Höheren aufstrebende Menschheit, zuletzt unter den von allen Seiten übermächtig hereinbrechenden Gräueln erliegt. Die Beweise werden mit einer bei dem feinen und scharfsinnigen Kritiker seltenen Geschmacklosigkeit aus der Apokalypse, der nordischen Mythologie und — dem Nibelungenliede zusammengeholt: als ob die Apokalypse nicht ihre befriedigendste Erklärung in den Bedrängnissen fände, denen die christliche Kirche in ihren Anfängen ausgesetzt war, während sich in der nordischen Mythologie nur verdüsterte und verwilderte Erinnerungen an einen früheren heiteren Naturdienst aussprechen und in dem Nibelungenliede der letzte Nachklang einer sagenmäßigen Auffassung geschichtlicher Thatsachen verhallt. Wenn wir mit gleichem Leichtsinne Menzels Behauptungen widerlegen wollten, wie er sie aufstellt, dürften wir uns nur darauf berufen, daß die Menschheit nach den zuverlässigsten Berichten unserer öffentlichen Blätter in ihrem literarischen, sittlichen und politischen Leben schon jetzt eine Stufe der Vollendung erreicht habe, von der man sich wohl in Acht nehmen wird, sie wieder heruntersteigen zu lassen. Wer wollte bei dieser allgemeinen Vortrefflichkeit aller Dinge noch die Ankunft des Antichristen oder gar den Rachen des Fenriswolfes und die Umarmung der Midgardsschlange fürchten? Daß sich ein Blutbad, wie jenes in der Vernichtungsschlacht zwischen den Burgonden und den Heunen nicht erneut, dafür sorgen schon die Herren Rothschild mit ihren friedlichen Bundesgenossen: den Capitalisten und Stockmaklern auf allen europäischen Börsen.

Wir wollen indessen den Scherz nicht zu weit treiben und gestehen, daß uns bei dem Lesen des Menzelschen Buches ein Gedanke schmerzlich berührt hat. Wie traurig müssen unsere gesellschaftlichen Zustände beschaffen sein, wenn solche Ansichten sich den Gemüthern der Edelsten und der Besten aufdrängen? Denn zu diesen zählen wir Menzel, ungeachtet so mancher seiner Verirrungen und selbst ungeachtet des stierwüthigen Hasses, mit dem er, sobald seine Vorurtheile einmal verletzt sind, weder den verkannten Freund, noch den zu Boden liegenden Feind verschont. Wir haben, als das Einschreiten der Regierungen uns eine Veranlassung bot, uns auf das Nachdrücklichste gegen das junge Deutschland erklärt. Wir sind der Meinung, daß mit dem Aufkommen des jungen Deutschlands eine Barbarei in unsere Literatur eingebrochen wäre, die sich eben so sehr durch die hüpfende Manier des Stils, als durch die Liederlichkeit des Inhalts in den Werken der neuen Schule kund giebt. Aber Gutzkow und Wienbarg, Laube und Mundt, literarische Charaktere, deren Richtung wir mißbilligen können, ohne deßhalb die Personen in den Koth zu treten, sind jetzt durch das Verbot des Bundestages entwaffnet; sie sind wehrlos, und es erscheint ungroßmüthig und unwürdig, wenn man auf Gegner, die sich nicht mehr vertheidigen können, noch immer einschlägt. Und wer giebt am Ende Menzel das besondere Recht, als Nachrichter der Hingerichteten aufzutreten? Hat er nicht unter den Ersten Heine, den Vater der Schule, an dem uns selbst das Schöne durch die so nahe stehende grauenhafte Carricatur anwidert, weit über die Gebühr gepriesen und geschätzt? Hat er nicht Gutzkow groß gezogen, den jungen Brutus, der mit gleichem Muthe, nur nicht mit gleichem Glücke wie der Römer, gegen den Stuttgarter Usurpator in der deutschen Literatur den Dolch gezückt?

Das Schlimmste ist, daß Menzel bei all seinem achtungswerthen Eifer für Tugend, Ehre, Freiheit und Recht dennoch nicht etwa im Begriff steht, in eine eben so bedenkliche Verirrung zu verfallen, als die verfehmten Häupter des jungen Deutschlands, sondern daß er in dieser Verirrung, ohne es selbst zu ahnen, bereits mitten darin ist. Wenn Menzel in seiner „deutschen Literatur" unsern großen Dichterfürsten Göthe, dem wir es doch billiger Weise nicht zum Vorwurfe machen können, daß er, der Sohn des vorigen Jahrhunderts, dem unsrigen nicht angehört, wenn Menzel den in seinen späteren Jahren nur zu sehr erstarrten Riesen Göthe von dem Throne stieß, um den romantischen, schwächlichen, geistreichen, poetischen, ästhetischen Tieck darauf zu setzen, der selbst seine wahre Bedeutung viel zu gut kennt, als daß er auf solche Ehre Anspruch machen sollte, so konnte man zu so verkehrtem Beginnen lächeln; und wir fanden uns um so mehr veranlaßt zu schweigen, weil wir durch den feurigen, an schillerndem Glanze und vielseitiger Ausbildung weit überlegenen Stürmer in einer früheren Periode auf denselben Abweg mit hingerissen waren. Aber jetzt, da die bedeutendsten Gegner durch polizeiliche Gewalt zum Schweigen verurtheilt sind, und da der gröbste Irrthum sich leicht

unterdrücken, die leicht auf die sittliche und geistige Bildung der Nation einen tieferen Einfluß gewinnen konnte, als alle politischen Emeuten auf den politischen Zustand geübt hatten. Es galt nicht, das Ansehen einer Anzahl alter Perrückenstöcke auf den Kathedern zu retten, wie die übermüthige Jugend die Sache gern darstellen möchte; auch fürchtete man nicht, daß die Revolution, nachdem man derselben auf der Straße Herr geworden, sich in das Schreibpult eines Poeten flüchten, und aus demselben bei Gelegenheit wieder hervorbrechen würde; aber man sah an der entsetzlichen, ekelhaften Verworfenheit, der ein großer Theil der französischen Jugend und in Frankreich freilich ein noch größerer des Alters verfallen ist, wohin es führt, wenn man der poetischen Freiheit jede auch noch so sehr alles Maß überschreitende Zügellosigkeit ungeahndet hingehen läßt. Voltaire, Diderot und Rousseau oder gar das weniger geniale und ungleich schmutzigere Kleeblatt Crebillon, Laclos und Louvet haben zwar die französische Revolution nicht gemacht; und es verräth eine wunderliche Beschränktheit des Blicks, wenn man die Gründe eines durch die Entwicklung von Jahrhunderten langsam vorbereiteten weltgeschichtlichen Ereignisses überhaupt aus dieser oder jener vereinzelten Erscheinung, gleichviel ob in der Literatur oder im Leben, erklären will: aber die sittliche Richtung des gebildeteren Theiles der französischen Nation ist durch jene Männer ohne Frage auf eine Weise bestimmt worden, die man, ohne Frömmler oder Heuchler zu sein, eine beklagenswerthe nennen darf. England überbietet Deutschland eben so sehr, wie Frankreich Deutschland überbietet, an sittlichen Gräueln, von denen die Gerichtshöfe täglich das unzweideutigste Zeugniß ablegen; aber bezeichnend für den gesellschaftlichen Zustand in beiden Ländern ist es, daß in Frankreich die schwersten Verbrecher den höhern und gebildeteren, in England den niedrigsten und rohesten Volksclassen angehören.

Bei der Nachahmungssucht unserer guten Deutschen, die oft an das Kindische grenzt und nicht selten zu einer wahren Seuche ausartet, war es gut, daß gegen die ersten Zeichen des drohenden Unheils mit schneidendem vernichtendem Ernste eingeschritten wurde. Besser, daß die Literatur die Hoffnungen verliert, welche ihr ein halbes Dutzend aufstrebender Geister gewähren, als daß der blanke Spiegel der Unschuld in den Gemüthern unserer Frauen und Jungfrauen durch den Gifthauch einschmeichelnder verführerischer Lüsternheit entweiht, daß der sittliche Adel in den Herzen unserer Jünglinge durch übermüthig sich brüstenden Frevel an dem Heiligsten entwürdigt werde! In diesem Falle, wenn auch in den wenigsten andern, war es erlaubt den oft gemißbrauchten Gemeinplatz anzuwenden: Fiat justitia, et pereat mundus. Das strengste Recht, so nothwendig dessen Erfüllung auch sein mag, hat aber seine Grenzen, welche es nicht überschreiten darf, ohne in die schreiendste Ungerechtigkeit auszuarten. Das Verbot sämmtlicher, sowohl der erschienenen, als der noch zum Erscheinen bestimmten Werke der Schriftsteller, die sich selbst unklug genug unter der Bezeichnung des jungen Deutschlands zusammengefaßt hatten,

konnte von Anfang nicht als ein endliches, für immer feststehendes und unwiderrufliches, sondern nur als ein bedingungsweise erlassenes angesehen werden, als eine Aufforderung zum Nachdenken, wie dieselbe ja auch so manchen unserer politischen Schriftsteller durch die Unterdrückung der von ihnen herausgegebenen Journale für eine bestimmte Reihe von Jahren ertheilt worden ist. Ein ewiges Verbot war den Absichten deutscher Regierungen gewiß um so weiter entfernt, je frischer es noch in dem Gedächtnisse lag, daß man gerade die rüstigsten Vorkämpfer des Bestehenden in Staat, Gesellschaft und Sitte der Reue bekehrter Sünder verdankte, wie Genz und Friedrich von Schlegel, Leo und Jarke und, wenn man will, selbst dem biederben, freilich noch immer deutschthümelnden, noch immer turnerischen und noch immer constitutionellen Nachrichter des jungen Deutschlands Wolfgang Menzel.

Laube, wie aus der eben erschienenen Novelle, „die Schauspielerin" hervorgeht, ist seinen gleicher Verdammniß unterliegenden Genossen mit dem Beispiele der Bekehrung vorangegangen, aber nicht einer bloß durch die Noth gebotenen Bekehrung, wie man bei so schnellem Entschlusse fast den Verdacht schöpfen könnte. Keine Noth entschuldigt die unmännliche Schwäche, die ihre Ueberzeugungen wechselt, wie eine Coquette die Liebhaber. Dagegen wäre es eine thörichte Hartnäckigkeit, wenn man sich sträubte, die bessere Einsicht anzunehmen, bloß weil sie durch den Drang der Umstände geboten ist. Laube hatte, als er mit seinen ersten literarischen Erzeugnissen auftrat, noch gar keine feste Ansicht weder von der Literatur, noch vom Leben. Selbst in den „modernen Charakteristiken," die doch nicht leicht irgend eine Regierung um ihres Inhaltes willen verbieten wird, zeigte sich neben manchem trefflichen Gedanken, der in der anmuthigsten Form verkörpert war, hier und da noch eine Schülerhaftigkeit, die uns mehr als einmal an das schlechtverdaute Collegienheft erinnert hat.

Nachdem Laube so entschieden, wie dieß durch Form und Inhalt seines neuesten Werkes geschehen ist, sich von dem jungen Deutschland losgesagt hat, wird keine deutsche Regierung ihm die Nachsicht verweigern, die ja selbst dem Galeerensclaven, der seine Besserung auf unzweifelhafte Weise dar thut, gewährt wird. Man wird den Schriftsteller doch gewiß nirgends unter den Galeerensclaven stellen, wenn wir ihn ihm auch manchmal an die Seite setzen möchten.

Das Verbot des Nachdruck's in Würtemberg.

Geschrieben am 22. Juli 1836.

Der Gesetzentwurf gegen den Büchernachdruck, welcher der würtembergischen Ständeversammlung vorgelegt worden ist, nachdem derselbe lange genug auf sich hatte warten lassen, muß jeden Freund des deutschen Vaterlandes und jeden Freund des geistigen Fortschreitens im allgemeinen angenehm überraschen. Der Nachdruck war seit vielen Jahren in Würtemberg so fest eingenistet, und so viele selbst achtbare Stimmen erhoben sich hier zu seiner Vertheidigung, daß wir die Hoffnung bereits aufgegeben hatten, dem Unwesen, welches zu Reutlingen, Heilbronn und andern Orten getrieben wurde, so bald ein Ende gemacht zu sehen. War doch selbst der bekannte Bundestagsbeschluß gegen den Nachdruck in Würtemberg ohne Erfolg geblieben; wie durften wir erwarten, daß das Drängen einzelner Abgeordneten in der Ständeversammlung, unter denen Wolfgang Menzel ehrenvolle Erwähnung verdient, von besserer Wirkung sein würde? Ueber das Recht oder das Unrecht des Nachdruckes noch etwas zu sagen, nach den schönen und entscheidenden Worten, die Menzel in dieser Sache gesprochen hat, wäre ein eben so fruchtbares Bemühen, als wenn wir die Erfindung der Buchdruckerei gegen die mönchischen Angriffe des sinkenden Mittelalters, oder die Anwendung des Dampfes als bewegende Kraft gegen die Einwendungen der in ihrem Vortheile gekränkten Fuhrleute oder Schiffer in Schutz nehmen wollten. Nachdem die Regierung eines Landes, wo so manche bedeutende Interessen entgegenstanden, wie in Würtemberg, sich von der Nothwendigkeit überzeugt hat, ein literarisches Eigenthumsrecht anzuerkennen, wird die Rechtmäßigkeit des literarischen Besitzes in Deutschland wohl nicht leicht wieder in Frage gestellt werden; und das Einzige, was uns noch zu thun übrig bleibt, ist auf die Bedeutung des Sieges aufmerksam zu machen, den die Bildung und die geistige Entwicklung unseres Volkes über den Eigennutz errungen hat.

Unter allen Völkern und Ländern unseres Welttheiles ist jenes, welches in seiner politischen Lage bei vielen in die Augen fallenden Verschiedenheiten doch noch die meiste Aehnlichkeit mit unserm deutschen Vaterlande hat, das früher mit demselben unter einer Krone wenn auch nur zu einem idealen Reiche vereinigte Italien. Wie Deutschland zerfällt auch Italien in eine Menge größerer oder kleinerer souverainer Staaten, die jedoch in Italien ohne alle Verbindung, und eben so schroff gesondert, als wenn sie nicht das Geringste mit einander gemein hätten, neben einander stehen, während die deut-

schen Staaten durch das früher allerdings ziemlich lose, in der letzten Zeit indessen fester angezogene Band des Bundesvertrages zusammengehalten werden. Früher, als in Deutschland, war in Italien wissenschaftliche Bildung und jene edlere Humanität verbreitet, welche als die schönste Frucht der wissenschaftlichen Bildung zu betrachten ist. Nicht ganz ohne Grund sahen die Italiener noch gegen den Ausgang des Mittelalters auf die Nationen im Norden der Alpen mit vornehmem Stolze als auf nordische Barbaren herab. Woher kommt es, daß die nordischen Barbaren in der neuesten Zeit die Heimat und das Vaterland europäischer Bildung so weit überflügelt haben?

Warum ist Italien ärmer an bedeutenden literarischen Erscheinungen nicht allein als Deutschland, als Frankreich oder England, sondern wir möchten beinahe sagen als das kleine Königreich der Niederlande, als Dänemark, als Schweden? Ein großer Theil des Verdienstes bei dem Vorsprunge, den in seiner geistigen Entwickelung nicht allein Deutschland vor Italien, sondern überhaupt der Norden vor dem Süden gewonnen hat, gebührt allerdings der Kirchenverbesserung des sechszehnten Jahrhunderts, durch welche die Fesseln gebrochen wurden, in die der Glaubenszwang das Reich des Gedankens zu schlagen suchte. Ein großer geistiger Fortschritt ist aber nie, durch die strengsten Verbote so wenig als durch gewaltsames Absperren, auf irgend einen gegebenen Raum zu beschränken. Frei wie die Luft und das Licht breitet der Gedanke allen Hindernissen zum Trotze sich nach allen Richtungen aus; und so darf es uns denn nicht befremden, daß die Kirchenverbesserung, obwohl von dem Katholicismus auf das Hartnäckigste bekämpft, zuletzt nicht allein den protestantischen, sondern beinahe eben so sehr auch den katholischen Glauben gereinigt hat. In unsern Tagen steht der Katholicismus weder der freiesten Entfaltung der Literatur, noch den kühnsten Fortschritten der Wissenschaft hemmend entgegen. Auf welche Weise will man es erklären, daß dennoch das katholische Italien so weit nicht allein hinter dem protestantischen Deutschland, sondern auch hinter dem katholischen Frankreich zurückgeblieben ist? Haben doch in Deutschland wenige Jahrzehnte hingereicht, um den katholischen Süden in den Stand zu setzen, mit Riesenschritten dem protestantischen Norden nachzueilen.

Man würde uns mit Recht Einseitigkeit zum Vorwurf machen, wenn wir durch die Anführung eines einzelnen Grundes eine Erscheinung erklären wollten, die aus dem Zusammenwirken der verschiedenartigsten Ursachen hervorgegangen ist. Man müßte indessen nur sehr oberflächlich mit dem Zustande der Literatur, wie mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in Italien bekannt sein, um nicht zu wissen, daß eine der vornehmsten Ursachen der gegenwärtigen Armuth der italienischen Literatur in den traurigen Umständen des Buchhandels liegt, die wieder ihren vornehmsten Grund in der allgemeinen Verbreitung des Nachdruckes haben. Ein Buch, welches heute zu Mailand gedruckt wird, kann morgen zu Turin und Genua, Florenz und Rom, Bologna und

Das Verbot des Nachdruck's in Würtemberg.

Geſchrieben am 22. Juli 1836.

Der Geſetzentwurf gegen den Büchernachdruck, welcher der würtembergiſchen Ständeverſammlung vorgelegt worden iſt, nachdem derſelbe lange genug auf ſich hatte warten laſſen, muß jeden Freund des deutſchen Vaterlandes und jeden Freund des geiſtigen Fortſchreitens im allgemeinen angenehm überraſchen. Der Nachdruck war ſeit vielen Jahren in Würtemberg ſo feſt eingeniſtet, und ſo viele ſelbſt achtbare Stimmen erhoben ſich hier zu ſeiner Vertheidigung, daß wir die Hoffnung bereits aufgegeben hatten, dem Unweſen, welches zu Reutlingen, Heilbronn und andern Orten getrieben wurde, ſo bald ein Ende gemacht zu ſehen. War doch ſelbſt der bekannte Bundestagsbeſchluß gegen den Nachdruck in Würtemberg ohne Erfolg geblieben; wie durften wir erwarten, daß das Drängen einzelner Abgeordneten in der Ständeverſammlung, unter denen Wolfgang Menzel ehrenvolle Erwähnung verdient, von beſſerer Wirkung ſein würde? Ueber das Recht oder das Unrecht des Nachdruckes noch etwas zu ſagen, nach den ſchönen und entſcheidenden Worten, die Menzel in dieſer Sache geſprochen hat, wäre ein eben ſo fruchtbares Bemühen, als wenn wir die Erfindung der Buchdruckerei gegen die mönchiſchen Angriffe des ſinkenden Mittelalters, oder die Anwendung des Dampfes als bewegende Kraft gegen die Einwendungen der in ihrem Vortheile gekränkten Fuhrleute oder Schiffer in Schutz nehmen wollten. Nachdem die Regierung eines Landes, wo ſo manche bedeutende Intereſſen entgegenſtanden, wie in Würtemberg, ſich von der Nothwendigkeit überzeugt hat, ein literariſches Eigenthumsrecht anzuerkennen, wird die Rechtmäßigkeit des literariſchen Beſitzes in Deutſchland wohl nicht leicht wieder in Frage geſtellt werden; und das Einzige, was uns noch zu thun übrig bleibt, iſt auf die Bedeutung des Sieges aufmerkſam zu machen, den die Bildung und die geiſtige Entwicklung unſeres Volkes über den Eigennutz errungen hat.

Unter allen Völkern und Ländern unſeres Welttheiles iſt jenes, welches in ſeiner politiſchen Lage bei vielen in die Augen fallenden Verſchiedenheiten doch noch die meiſte Aehnlichkeit mit unſerm deutſchen Vaterlande hat, das früher mit demſelben unter einer Krone wenn auch nur zu einem idealen Reiche vereinigte Italien. Wie Deutſchland zerfällt auch Italien in eine Menge größerer oder kleinerer ſouverainer Staaten, die jedoch in Italien ohne alle Verbindung, und eben ſo ſchroff geſondert, als wenn ſie nicht das Geringſte mit einander gemein hätten, neben einander ſtehen, während die deut-

schen Staaten durch das früher allerdings ziemlich lose, in der letzten Zeit indessen fester angezogene Band des Bundesvertrages zusammengehalten werden. Früher, als in Deutschland, war in Italien wissenschaftliche Bildung und jene edlere Humanität verbreitet, welche als die schönste Frucht der wissenschaftlichen Bildung zu betrachten ist. Nicht ganz ohne Grund sahen die Italiener noch gegen den Ausgang des Mittelalters auf die Nationen im Norden der Alpen mit vornehmem Stolze als auf nordische Barbaren herab. Woher kommt es, daß die nordischen Barbaren in der neuesten Zeit die Heimat und das Vaterland europäischer Bildung so weit überflügelt haben?

Warum ist Italien ärmer an bedeutenden literarischen Erscheinungen nicht allein als Deutschland, als Frankreich oder England, sondern wir möchten beinahe sagen als das kleine Königreich der Niederlande, als Dänemark, als Schweden? Ein großer Theil des Verdienstes bei dem Vorsprunge, den in seiner geistigen Entwickelung nicht allein Deutschland vor Italien, sondern überhaupt der Norden vor dem Süden gewonnen hat, gebührt allerdings der Kirchenverbesserung des sechszehnten Jahrhunderts, durch welche die Fesseln gebrochen wurden, in die der Glaubenszwang das Reich des Gedankens zu schlagen suchte. Ein großer geistiger Fortschritt ist aber nie, durch die strengsten Verbote so wenig als durch gewaltsames Absperren, auf irgend einen gegebenen Raum zu beschränken. Frei wie die Luft und das Licht breitet der Gedanke allen Hindernissen zum Trotze sich nach allen Richtungen aus; und so darf es uns denn nicht befremden, daß die Kirchenverbesserung, obwohl von dem Katholicismus auf das Hartnäckigste bekämpft, zuletzt nicht allein den protestantischen, sondern beinahe eben so sehr auch den katholischen Glauben gereinigt hat. In unsern Tagen steht der Katholicismus weder der freiesten Entfaltung der Literatur, noch den kühnsten Fortschritten der Wissenschaft hemmend entgegen. Auf welche Weise will man es erklären, daß dennoch das katholische Italien so weit nicht allein hinter dem protestantischen Deutschland, sondern auch hinter dem katholischen Frankreich zurückgeblieben ist? Haben doch in Deutschland wenige Jahrzehnte hingereicht, um den katholischen Süden in den Stand zu setzen, mit Riesenschritten dem protestantischen Norden nachzueilen.

Man würde uns mit Recht Einseitigkeit zum Vorwurf machen, wenn wir durch die Anführung eines einzelnen Grundes eine Erscheinung erklären wollten, die aus dem Zusammenwirken der verschiedenartigsten Ursachen hervorgegangen ist. Man müßte indessen nur sehr oberflächlich mit dem Zustande der Literatur, wie mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in Italien bekannt sein, um nicht zu wissen, daß eine der vornehmsten Ursachen der gegenwärtigen Armuth der italienischen Literatur in den traurigen Umständen des Buchhandels liegt, die wieder ihren vornehmsten Grund in der allgemeinen Verbreitung des Nachdruckes haben. Ein Buch, welches heute zu Mailand gedruckt wird, kann morgen zu Turin und Genua, Florenz und Rom, Bologna und

Neapel nachgedruckt werden; und wenn daſſelbe hinreichendes Aufſehen erregt, um die Mühe des Nachdruckes zu belohnen, ſo kann man ſicher darauf rechnen, daß dieſer nicht ausbleiben wird. Selten wagt es daher ein italieniſcher Buchhändler große Auflagen drucken zu laſſen; ſelten bietet er ſelbſt den berühmteſten Schriftſtellern bedeutende Honorare, und in den meiſten Fällen wird er Verlagsanerbietungen völlig von der Hand weiſen, die nicht unter Bedingungen gemacht werden, bei denen der Vortheil ganz entſchieden auf ſeiner Seite iſt. Er muß ſich in ſeinem Verfahren durch dieſe engherzigen Grundſätze beſtimmen laſſen, weil er durch die Nachdrucker zu Grunde gerichtet würde, wenn er ſich irgend auf großartigere Speculationen einlaſſen wollte. Eben deßhalb giebt es aber auch in Italien wenig eigentliche Buchhändler; die meiſten ſind mehr Antiquare: ſie verkaufen nicht allein neue, ſondern zugleich alte bei Verſteigerungen oder ähnlichen Gelegenheiten erſtandene Bücher, was der deutſche Buchhändler tief unter ſeiner Würde achtet. Es fehlt in Italien nicht an gebildeten und gelehrten Männern, an dichteriſchen Talenten und an tiefen Denkern; aber die wenigſten treten als Schriftſteller auf, weil ſie die Werke, die ſie ſchreiben und herausgeben wollten, auf eigene Koſten drucken laſſen müßten. Wie dürftig würde das Gewand ſein, in welches unſer wohlbeleibter Meßkatalog zuſammenſchrumpfen würde, wenn die deutſchen Schriftſteller ſich in ähnlicher Stellung zu ihren Verlegern befänden und denſelben, ſtatt ein Honorar zu beziehen, die Druckkoſten zu erſetzen hätten?

Ein einziger Zweig des literariſchen Eigenthumes genießt gegenwärtig in Deutſchland noch nicht den Schutz, auf welchen derſelbe dem Rechte und der Billigkeit gemäß rechnen dürfte. Jeder andere Schriftſteller iſt dagegen geſchützt, daß man ſeine Werke, die man leſen oder zu irgend einem andern Zwecke benutzen will, nicht auf unrechtmäßige Weiſe an ſich bringt. Nur der dramatiſche Dichter iſt bis jetzt noch jeder Unbilde bloß geſtellt; er muß die Schöpfungen ſeines Geiſtes für den niedrigſten Preis verſchleudern, der ihm geboten wird, weil nichts ihm dafür bürgt, daß man im Weigerungsfalle ihn nicht ganz übergehen möchte; und er iſt froh, wenn er beſonders von den kleineren Bühnen noch irgend einen Preis erhält, weil die meiſten ſich damit begnügen, das billigere Abſchreiberlohn zu bezahlen. Sollte in dieſem rechtloſen Zuſtande unſerer Bühnenſchriftſteller nicht eine der Urſachen des Verfalls der deutſchen Bühne zu ſuchen ſein, über die man von allen Seiten klagen hört? Wir wollen hoffen, daß auch hier ein geſicherter Rechtszuſtand dem Unweſen der Straßenräuberei bald ſeine Grenzen ſetzen wird.

Das literarische Eigenthum.

Geschrieben am 17. November 1836.

Ein Streit, den man in Deutschland längst als entschieden anzusehen gewohnt war, ist in diesen Tagen in Frankreich von Neuem aufgenommen worden, und nach unserer löblichen Sitte, alles Fremde besonderer Bewunderung werth zu halten, haben sich denn auch im Augenblicke unsere literarischen Handlungen in Bewegung gesetzt, um die seichten Gründe, die bei dieser Gelegenheit von beiden Seiten vorgebracht wurden, für den deutschen Markt herzurichten. Die französischen Buchhändler leiden großen Schaden durch die Thätigkeit der Nachdrucker, die in Brüssel und anderen belgischen Städten große Vereine zu dem ausschließlichen Zwecke gebildet haben, alle neueren Werke der französischen Literatur möglichst schnell in den wohlfeilsten Ausgaben zu verbreiten. Kaum erscheint ein Roman oder ein geschichtliches oder politisches Werk zu Paris, das auf einen bedeutenden Leserkreis rechnen darf, so ist dasselbe auch schon zu Brüssel nachgedruckt. Die Brüsseler Ausgabe, die um den vierten oder fünften Theil des Preises der Pariser verkauft wird, verdrängt die letzte nicht allein von dem belgischen Markte, sondern auch von dem deutschen, englischen und nordischen; und in Frankreich selbst werden oft von dem belgischen Nachdrucke so viel Exemplare verkauft, als von dem französischen Originale. Zuweilen kommt es sogar vor, daß der Nachdruck früher im Buchhandel erscheint, als das Original, wie dieß bei Lamartine's Reisen im Oriente der Fall, von denen der Brüsseler Nachdrucker sich die einzelnen Bogen aus der Druckerei verschafft hatte. Lamartine besserte noch Mancherlei in den Correcturen, wodurch der Druck aufgehalten wurde, so daß der Nachdrucker, der gegen den Verfasser keine Rücksicht zu nehmen hatte, mit seiner Ausgabe eher fertig wurde, als der ursprüngliche Verleger. Die ungeheuren Verluste, welche der französische Buchhandel durch den belgischen Gewerbfleiß erleidet, brachten die französische Regierung zuerst auf den Gedanken, eine Commission niederzusetzen, die damit beauftragt ist, Maßregeln vorzuschlagen, um den nachtheiligen Folgen des Nachdruckes im Auslande vorzubeugen.

Bei dieser Gelegenheit scheint man darauf aufmerksam geworden zu sein, daß es überhaupt nichts schaden könne, wenn man die Grundsätze des literarischen Eigenthumsrechtes noch einmal einer tüchtigen Prüfung unterwürfe und nach derselben auf bleibende Weise feststellte. Nach der gegenwärtig in Frankreich bestehenden Gesetzgebung ist aller Nachdruck von den Werken lebender oder

erst jüngst verstorbener Schriftsteller bei schwerer Strafe untersagt. Zehn Jahre nach dem Tode des Verfassers ist dagegen jedes literarische Product Gesammteigenthum der Nation; jedermann kann dasselbe drucken und verkaufen, in welchem Formate und zu welchem Preise dieß ihm beliebt. Wir halten diese Gesetzgebung für eine ungemein verständige, weil sie den Privatvortheil mit dem Vortheile des Gemeinwesens auf das Zweckmäßigste vereint. Daß gar kein literarisches Eigenthum geachtet würde, wie die Vertheidiger des Nachdruckes verlangen, wäre eine offenbare Ungerechtigkeit. Denn mag es auch hundertmal wahr sein, daß der Denker, wie der Dichter, nur um den Ruhm arbeitet, nicht um niederen Gewinn, so sehen wir doch nicht ein, warum der Gewinn, der von seiner Arbeit abfällt, nicht ihm zu Gute kommen sollte, sondern dem ersten besten schmutzigen Speculanten, der das unsterbliche Werk des Genies auf den Markt bringt, um seinen Geldbeutel zu füllen. Auf der andern Seite dürfen wir nicht vergessen, daß das literarische Eigenthum von jeder andern Art des Besitzes wesentlich verschieden ist. Ein Gedanke, der einmal ausgesprochen ist, gehört nicht mehr dem, der ihn zuerst gehabt hat, sondern der Welt. Jedermann hat das Recht, ihn sich anzueignen, weiter auszuführen und zu benutzen, wie er es für gut findet. Von dieser Ansicht sind manche scharfsinnige Denker ausgegangen, die deßhalb den Nachdruck geradezu in Schutz genommen haben. Dabei vergißt man nur, daß nicht viele Menschen in dem Falle sein würden, zum Vortheile der Gemeinheit geistig zu wirken und zu schaffen, wenn sie jedes persönlichen Vortheiles von ihrer Thätigkeit entbehren sollten. Eben so wie man den Erfinder einer nützlichen gewerblichen Einrichtung belohnt, indem man ihm von Staatswegen gewisse Vortheile von seiner Erfindung gesichert, muß auch der Schriftsteller vom Staate für seine Anstrengung belohnt werden, indem man ihm gewisse Vortheile von seiner Thätigkeit zusichert. Die Feststellung dieser Vortheile ist natürlich eine willkürliche, indem es dabei zugleich darauf ankommt, den Schriftsteller für seinen Fleiß und für seine Mühe, so wie für seine baaren Auslagen nach einem billigen Verhältnisse zu entschädigen und daneben dem gemeinen Wesen die Früchte dieses Fleißes und dieser Mühe auf möglichst leicht zugängliche Weise zu Theil werden zu lassen. Wenn ein Schriftsteller jedes Product seines Geistes Zeit seines Lebens sein Eigenthum nennen darf, und wenn seinen Erben dasselbe Recht noch zehn Jahre nach seinem Tode zusteht, wie die französische Gesetzgebung feststellt, so ist dieß unserer Ueberzeugung nach vollkommen genügend. Wenn alle lebenden Autoren Mann für Mann abstimmen sollten, so würden sich gewiß wenige finden, die zehn Jahre nach ihrem Tode noch auf irgend etwas in dieser Welt den geringsten Anspruch machten; und wir sehen nicht ein, warum man den Schriftstellern mehr Gutes erzeigen sollte, als sie selbst für sich in Anspruch nehmen.

In Deutschland bestehen über die Dauer des Eigenthumsrechtes nach dem Tode noch gar keine feste Bestimmungen. Das haben sich denn die Buch-

händler in einzelnen Fällen trefflich zu Nutze gemacht, indem sie sich selbst zu Erben der Schriftsteller ernannt haben, von denen einmal irgend ein Werk in ihrem Verlage erschienen ist. Diese Usurpation sollte das deutsche Publicum um keinen Preis dulden, weil gar kein vernünftiger Grund vorhanden ist, weßhalb ein Buchhändler, der einmal ein Buch verlegt und von dem Verkaufe desselben seinen Vortheil gezogen hat, fortwährend seinen Vortheil davon ziehen sollte, sofern ihm nicht der wirkliche Eigenthümer, der Verfasser, seine Rechte durch einen besondern Vertrag abgetreten hat. Das Publicum verliert aber offenbar ungemein, wenn Werke, die längst in hundert verschiedenen Ausgaben zu den billigsten Preisen verbreitet und auf diese Weise das Gesammteigenthum der Nation geworden sein könnten, zum Vortheile einer einzelnen Classe ausgebeutet werden, die in keiner andern Beziehung zu der Literatur steht, als daß sie die Erscheinungen derselben durch geschickte oder ungeschickte Manipulationen zu ihrer persönlichen Bereicherung benutzt.

Die politische Reform und die Reformation.

Geschrieben am 10. Juli 1836.

Die französischen Prinzen sind von ihrer Reise zurückgekehrt, und sonderbare Gefühle müssen sich der blühenden Fürstensöhne bemächtigt haben, wenn sie den Empfang in der Heimath mit der gastlichen Aufnahme im Auslande verglichen. Auf ihrer Reise durch Deutschland hatten die Prinzen nirgend die geringste Gelegenheit, Spuren der Unzufriedenheit zu bemerken. Wenn vorher ihre Ansichten vielleicht durch die Versicherungen der französischen Journale bestimmt waren, die gewöhnlich über Deutschland ungefähr eben so gut unterrichtet sind, wie über China oder Japan, so mußte jeder Schritt auf deutschem Boden ihnen die angenehmste Ueberraschung bereiten. Wir haben bei uns in Deutschland keiner Revolution bedurft, um die Leibeigenschaft und die Frohnen und ein ganzes Heer von Bevorrechtungen aufzuheben; friedlich und in der Stille schreitet die Entwickelung vorwärts, aber fest, unaufhaltsam, gewaltig. Wenn in den letzten Jahren alle Versuche, dieselbe durch überspannte Kraftanstrengungen zu beschleunigen, mißlungen sind, so dürfen wir nicht vergessen, daß die Versuche einer entgegengesetzten Art, an denen es eben so wenig fehlte, das gleiche Schicksal erfahren haben. Der Deutsche liebt einmal den langsamen gemessenen Gang; aber niemals war es rathsam, ihn in diesem zu stören. Zu der Zeit der Reformation war Karl V. mit aller seiner Macht

westfälischen Bischöfen geschieht, nachdem ihre Ansicht in Beziehung auf die gemischten Ehen vom römischen Stuhle verworfen ist.

Auffallend bleibt nur die Oeffentlichkeit, mit der in einer Sache verfahren wird, welche durch die obwaltenden Verhältnisse eine viel höhere politische als religiöse Bedeutung erhalten hat. Bei der Aufregung, die unter dem weniger gebildeten Theile der katholischen Bevölkerungen im westlichen Preußen herrscht, gebot es die Klugheit, daß jeder neue Schritt, der die Mißstimmung vermehren konnte, so lange als möglich geheim gehalten wurde. Ihrer Gewissenspflicht oder dem, was sie für ihre Gewissenspflicht hielten, hätten die Bischöfe genügt, indem sie ihre Erklärungen der Regierung zugehen ließen, aber wir sehen nicht ein, in welchem Zusammenhange die öffentliche Bekanntmachung dieser Erklärungen mit irgend einer Gewissenspflicht stand, sofern sie es nicht zugleich für angemessen hielten, der Regierung den Fehdehandschuh hinzuwerfen. In der Absicht der frommen Männer hat das Letzte gewiß nicht gelegen, aber wir fürchten, daß ohne ihr Wissen andere Triebfedern thätig gewesen sind, deren Wirksamkeit in und außer Deutschland sich leicht ohne übermäßige Anstrengung des Scharfsinnes unterscheiden läßt. Der katholische Clerus verfolgt seinen alten Plan, nicht etwa die Unabhängigkeit vom Staate, sondern die Obergewalt über den Staat zu gewinnen, mit einer Beharrlichkeit, die einer bessern Sache Ehre bringen würde. Jedes Mittel zu der Erreichung des Zweckes gilt gleich. Wo durch die Vereinigung mit der absoluten Herrschergewalt sich der größte Vortheil erreichen läßt, wird die absolute Gewalt mit rücksichtslosem Eifer unterstützt. Dom Miguel und Ferdinand VII. waren die lieben Söhne der Kirche, die kein Wort der Mißbilligung für irgend eine der blutigen Maßregeln dieser Fürsten hatte. Dagegen war der gerechte und menschenfreundliche König der Niederlande der Gegenstand des maßlosesten Hasses, nicht weil er ein Ketzer, ein Protestant, war, was man ihm gern verziehen haben würde, sondern weil er den Anmaßungen des Clerus mit Festigkeit entgegentrat. In Belgien fand die Kirche es ihrem Vortheile angemessen, sich mit den liberalen Ansichten zu verbinden, welche ihr die Macht liehen, die Staatsgewalt zu bekämpfen. Die Verfassung, welche großentheils durch die Bemühungen des Clerus in Belgien angenommen wurde, ist scheinbar auf die Grundsätze der äußersten Demokratie gestützt. Die liberale Partei betrachtete es als ein außerordentliches Zugeständniß, welches man ihr machte, als die öffentlichen Freiheiten so weit ausgedehnt wurden, daß auch der unbemittelte Theil des Volkes das Stimmrecht bei den Wahlen zur Abgeordnetenkammer erhielt. Aber dieser unbemittelte Theil des Volkes hing blindlings von den Eingebungen der Geistlichkeit ab, und diese, indem sie scheinbar für den Grundsatz der Volkssouverainität arbeitete, arbeitete in der Wirklichkeit nur für sich selbst. In Frankreich werden dieselben Triebfedern in Bewegung gesetzt. Die Gazette de France, das Organ der Priesterpartei, fordert im Verein mit den Ultraliberalen das allgemeine Stimmrecht. Nach

den Gründen des unnatürlichen Bundes darf man nicht fragen, da dieselben in Belgien vor Augen liegen.

Im südlichen Deutschland findet der ultramontanische Theil des Clerus es seinem Vortheile angemessen, die Maske der strengsten Anhänglichkeit an die monarchische Gewalt anzunehmen. Wie aufrichtig diese Anhänglichkeit ist, davon bietet die Sprache, welche die Partei in den ihrem Interesse ergebenen bayerischen Blättern führt, einen in die Augen fallenden Beweis. Die Neue Würzburger und die Aschaffenburger Zeitung arbeiten beinahe unverholen darauf hin, die preußischen Rheinlande gegen die preußische Regierung aufzureizen, und nichts wird unangewandt gelassen, keine listige Entstellung der Thatsachen, keine Lüge, keine Verleumdung, die zu der Erreichung oder Förderung des frommen Zweckes führen kann. Glaubt man die preußische Regierung einzuschüchtern, indem man den Chor seine Stimme so laut als möglich erheben läßt? Der Erfolg wird zeigen, wie sehr man sich geirrt hat. Preußens König ist gewohnt, auf der Bahn, die er nach ernstem Erwägen als die rechte erkannt hat, sich durch das lauteste Geschrei nicht irren zu lassen.

Die neue revolutionaire Propaganda.

Geschrieben am 25. Januar 1838.

In den ersten Jahren nach der Julirevolution wurden die Gemüther durch dunkle Gerüchte in Spannung gesetzt, die über das geheimnißvolle Wirken einer revolutionairen Propaganda gingen, eines Vereins, der über gewaltige Mittel zu gebieten habe, und der, über ganz Europa verzweigt, auf den Umsturz der bestehenden Ordnung in allen europäischen Staaten hinarbeite. Das Dasein dieses Vereins wurde von der einen Seite eben so entschieden geleugnet, wie von der andern behauptet, bis eine Entzweiung unter den Häuptern es endlich außer Zweifel stellte. Unvergeßlich muß einem jeden, der die geheimen Triebfedern der politischen Entwicklung unserer Tage bis zu ihren ersten Ursprüngen verfolgt, jene Sitzung der französischen Abgeordnetenkammer bleiben, in der die Wortführer der politischen Parteien Anklage mit Anklage erwiederten, und in der mit einem Male der Schleier vor unseren Augen zerrissen wurde, der bis dahin so viele furchtbare Räthsel verhüllt hatte. Habt Ihr nicht das Unglück Italiens verschuldet", riefen die Einen, „die Ihr durch voreilige Versprechungen die Ausbrüche in Parma, in Modena, in der Romagna veranlaßtet?" „Habt Ihr nicht das Blut der spanischen Constitutionellen auf Eurem

Gewissen", entgegneten die Anderen, „die Ihr zu dem Einbruche von den Pyrenäen mit Geld und Mannschaft unterstützet?" Nach diesem merkwürdigen Tage konnte Niemand das Dasein der revolutionairen Propaganda mehr in Abrede stellen, aber man sah wohl, daß die Kraft derselben gebrochen war, da die Häupter unter sich uneins geworden waren. Auch trat dieß bei Allem, was die Propaganda hinfort begann, deutlich genug hervor. Der berüchtigte Einfall in Savoyen wurde mit den unzulänglichsten Mitteln unternommen; und selbst den späteren Bewegungen in dem von der Revolution bereits ergriffenen Spanien fehlte der Nachdruck, der ihnen das Gelingen hätte sichern können. In der letzten Zeit scheint die revolutionaire Propaganda völlig von dem Schauplatze zurückgetreten zu sein; wir wissen nicht, ob sie wirklich todt ist oder sich nur todt stellt; aber es würde uns schwer fallen, in den jüngsten Ereignissen die geringsten Spuren ihrer Thätigkeit nachzuweisen. Eine Propaganda von anderer Art hat ihre Stelle eingenommen. Auch diese ist nicht erst seit heute oder gestern thätig; auch gegen diese haben sich vorlängst gewichtige Stimmen der Anklage erhoben, aber die Ankläger haben durch voreilige Schlüsse, die sie auf übereilte Voraussetzungen bauten, ihre eigene Sache verdorben, und bis jetzt ist es nicht gelungen, das Dasein dieser Propaganda nachzuweisen, während ihre Thätigkeit mit jedem Tage schroffer und mächtiger hervortritt. Wir sind es nicht gewohnt, als Denuncianten aufzutreten; wir werden daher auch jetzt keine Namen nennen, obwohl wir das Getriebe klar zu durchschauen glauben. Wir wollen dagegen eine Reihe von Thatsachen aufstellen und es einem Jeden überlassen, die nahe liegenden Folgerungen zu ziehen.

Die römische Curie hat von allen den Ansprüchen, die sie in den Tagen Gregors VII. erhob, nicht einen einzigen aufgegeben, und sie kann keinen einzigen dieser Ansprüche aufgeben, weil alle auf gleiche Weise in ihrem innersten Wesen begründet liegen. Der Papst ist nach den Ansichten der Curie nicht bloß der oberste Bischof der römisch-katholischen Kirche, sondern er ist der Statthalter Gottes auf Erden; sein Ausspruch ist unfehlbar, und es findet von demselben keine Berufung an irgend eine höhere Einsicht Statt, da nach der neueren Lehre selbst ein allgemeines Concilium, also die ganze versammelte Kirche dem Papste untergeordnet ist. Eben so wie die Kirche ist aber auch die weltliche Gewalt dem Papste unterworfen, weil das Reich des Himmels höher ist, als jedes irdische Reich. Die Regenten, welche der Curie blinden Gehorsam verweigern, werden als verirrte Schafe betrachtet, die man durch die Mittel, welche nach den Umständen die zweckmäßigsten sind, zur Heerde zurückführt. Eben deßhalb, weil man den Anspruch auf die allgemeine Herrschaft nie aufgiebt, kann man sich mit dem geringsten Zugeständnisse begnügen, welches die weltliche Gewalt der Kirche macht; so wie man in dem Besitze des zuerst Errungenen sich einmal festgesetzt hat, wird man zeitig genug mit neuen Forderungen hervortreten. Dieser Gedanke ist die Grundansicht, welche

die Curie bei allen Verträgen hat, die sie gleichviel ob mit protestantischen oder katholischen Regierungen eingeht. Einer der auffallendsten Beweise ist das Concordat, welches im Jahre 1817 mit Bayern geschlossen wurde. In dem 7. Artikel dieses Vertrages versprach der König von Bayern „einige Klöster der geistlichen Orden beiderlei Geschlechts" wiederherstellen zu lassen, die in einer früheren Periode seiner Regierung aufgehoben waren. Seitdem sind zwanzig Jahre vergangen, und wir zählen in Bayern nicht etwa zehn oder zwanzig Klöster, was doch wohl der weiteste Begriff ist, den das Wort „einige" in unserm deutschen Sprachgebrauche zuläßt, sondern über achtzig Klöster, und an dem Einflusse der römischen Curie liegt es gewiß nicht, wenn nicht die volle Zahl der zweihundert Klöster, die einst in Bayern bestanden, wieder erreicht wird. Ein ähnliches Wortspiel ist es, welches gegenwärtig den ganzen Streit mit der preußischen Regierung hervorgerufen hat. Die preußische Regierung, durch das Beispiel Bayerns gewarnt, war vorsichtig genug, kein eigentliches Concordat mit dem römischen Stuhle zu schließen. Dagegen war es unvermeidlich, Verträge über einzelne Punkte einzugehen, und in Folge eines solchen Vertrages erschien das berühmte Breve Pius VIII. über die gemischten Ehen, in welchem die Kirche darauf zu verzichten scheint, die bisher geforderten förmlichen Versprechungen (sponsiones) in Bezug auf die Kindererziehung ferner zu verlangen, wobei man sich aber vorbehält, andere zweckmäßige Sicherheitsmaßregeln (cautiones) zu ergreifen. Unmöglich konnte die preußische Regierung darauf fallen, daß der heilige Vater nach langen Unterhandlungen ein feierliches Breve erlassen habe, um *Nichts* zu bewilligen, Alles unverändert zu lassen und derselben Sache nur einen andern Namen zu geben. Auch zeigten die einzelnen Bischöfe sich bereit, das Breve in dem Sinne auszulegen, in welchem die preußische Regierung dasselbe verstanden hatte. Es wurde eine Uebereinkunft getroffen, die in Wirksamkeit trat, ohne daß von dem römischen Stuhle das Geringste dagegen erinnert worden wäre. Man wußte, daß man im Augenblicke durch alle Vorstellungen nichts erreichen, durch Drohungen die Sache übler machen würde, und tröstete sich daher, daß man nach den alten unveränderlichen Grundsätzen der Hierarchie seinem Rechte nichts vergeben habe und dieses immer wieder, sobald sich eine günstigere Gelegenheit böte, geltend machen werde. Diese Gelegenheit ist jetzt, wie man glaubt, gekommen. Man glaubt seiner Sache gewiß zu sein, weil man das Terrain hinreichend bearbeitet hat, und da scheut man sich denn nicht, offen mit der Sprache heraus zu gehen und unumwunden zu erklären, daß man der preußischen Regierung nichts zugestanden hat, weil man ihr nichts zugestehen konnte.

Vor einigen Jahren noch würde ein solches Verfahren nur einen Ruf des Unwillens in ganz Deutschland geweckt haben, zumal, wenn man damit die Hinterlist und Wortbrüchigkeit zusammenhielt, durch welche die Werkzeuge der Curie ihren Willen zu vollziehen wußten, ohne die Staatsgewalt den

Betrug ahnen zu lassen. Damals war die Propaganda der Curie nur im Stillen wirksam, sie wagte es noch nicht, ihr Haupt vor den Menschen zu erheben, und wenn sie da oder dort ein Wort zu sprechen versuchte, so geschah dieß in einem Winkelblatte, wie in der Münchener Eos, das nur in einem geringen Leserkreise verbreitet und deßhalb unbeachtet blieb. Jetzt erheben sich statt einer zwanzig Stimmen; das Bäumchen ist zum Baume aufgewachsen und verbreitet seine stämmigen Aeste nach allen Richtungen. Später werden wir unsern Lesern etwas von den Früchten vorlegen.

Die Propaganda in München.

Geschrieben am 26. Januar 1838.

Das einflußreichste Werkzeug der römischen Curie waren während des Mittelalters die Mönchsorden. Lange vorher, ehe irgend ein weltlicher Fürst an die Errichtung stehender Truppen dachte, hatte der heilige Vater zu Rom sein stehendes Heer von Mönchen, das, jederzeit bereit, blindlings seinem Willen zu gehorchen, in unzähligen Congregationen, wie in Besatzungen, über die ganze katholische Christenheit verbreitet war. Einen großen Theil der Erfolge, welche die Kirche in ihrem Kampfe mit der weltlichen Macht errang, verdankte sie der Ueberlegenheit, die ihr dieß stets schlagfertige stehende Heer verschaffte. Aber man überhob sich des Sieges; die Kriegszucht in den Reihen der rüstigen Streiter erschlaffte, und es ging der Kirche, wie es später manchem weltlichen Staate gegangen ist, der in seinem Heere eine unerschütterliche Stütze zu haben glaubte, nachdem dasselbe längst aufgehört hatte, eine Stütze zu sein. Die Reformation brach die Kraft der Mönchsorden und gab der weltlichen Gewalt in katholischen wie in protestantischen Ländern die Macht zurück, die sie an die Kirche verloren hatte. Die Curie begriff, daß die rohen Waffen, deren sie sich bisher bedient hatte, unbrauchbar geworden waren; feinere geistige Triebfedern mußten in Bewegung gesetzt werden, wenn man das alte Ansehen wieder gewinnen wollte. Ein neues Heer wurde gebildet, welches dem Feinde nicht mehr in offenem Kampfe entgegentrat, weil man wohl wußte, daß man in diesem unterliegen mußte, sondern das im Verborgenen die Gegner mit unsichtbaren Banden umstrickte und sie in das Lager der Kirche hinüberzog, ehe sie selbst noch ihre Gefangenschaft ahnten. Die Gesellschaft Jesu, deren Mitglieder, je nach den Umständen, hier mit schein-

etwas zu beschränkten Plane geordnet hat, ist Oesterreich, und Oesterreich ist zugleich der einzige, von dem wir noch nie die geringste Spur einer revolutionairen Bewegung gehört haben. Zwei verschiedene Richtungen des Erziehungswesens stehen in unserer Zeit einander schroff gegenüber: die realistische und die humanistische; und während man zwischen beiden unsicher hin und wieder schwankt, glaubt man, wer weiß wie viel, für die öffentliche Erziehung zu thun, wenn man nur eine möglichst große Anzahl von Schulen errichtet, in denen eine möglichst große Masse von wissenschaftlichem Stoffe der verschiedensten Art feil geboten wird. Daß man durch ein Unterrichtswesen ohne feste Ordnung nur Verwirrung in die Köpfe bringen kann, ist einleuchtend; aber eben deßhalb sollte man sich nicht so sehr wundern, wenn man die Verwirrung findet, wo man Alles aufgeboten hat, um dieselbe künstlich hervorzubringen.

Wir sind der Meinung, daß es keineswegs nothwendig ist, das Erziehungswesen nach einem so engbegrenzten Plane zuzuschneiden, wie dieß im österreichischen Kaiserstaate der Fall ist, um den gleichen Zweck zu erreichen, ein geordnetes Wissen in die Köpfe und Zufriedenheit in die Gemüther zu bringen. Die allgemeinste Ursache der Unzufriedenheit ist, daß man Ansprüche macht, die man mit seiner äußeren Lage nicht in Uebereinstimmung bringen kann, und daß man diese daher mit einer andern zu vertauschen sucht. Unsere ganze öffentliche Erziehung ist aber darauf berechnet, diese Art von Unzufriedenheit zu erregen, indem sie nicht ein in sich abgeschlossenes Ganzes von Kenntnissen mittheilt, das dem Schüler über jede mögliche Frage Aufklärung giebt, die er auf seiner Bildungsstufe sich stellen kann, sondern absichtlich nur Bruchstücke giebt, durch die sich ein Blick in ungemessene Fernen eröffnet. Man will nicht bloß belehren, sondern zum Selbstforschen anregen, und bedenkt nicht, wie wenige Menschen von der Natur dazu berufen sind, selbstständige Forschungen anzustellen, und wie wenige in eine äußere Lage kommen, die sie selbst bei dem ausgezeichnetsten natürlichen Berufe in den Stand setzt, demselben zu folgen. Unsere ganze Erziehung ist ein künstliches Hinauftreiben, welches nirgend einen Ruhepunct, nirgend Befriedigung gewährt; wie wollen wir Zufriedenheit in dem Gemüthe des Mannes suchen, wenn wir dieselbe in dem Gemüthe des Kindes absichtlich vertilgt haben?

Um das Schulwesen nach unserer Ansicht zu ordnen, müßte man die Landschulen und die niederen Bürgerschulen einer großen Verbesserung und Erweiterung, die gelehrten Schulen dagegen einer eben so großen Beschränkung unterwerfen. In den Erziehungsplan für den Landmann und den gewerbtreibenden Bürger müßten außer dem nothwendigen Lesen, Schreiben, Rechnen die nothdürftigsten Kenntnisse von der Natur im Allgemeinen und von der Erde im Besondern aufgenommen werden. Der Schüler müßte die Hauptzüge der gesellschaftlichen Zustände und Veränderungen der Gegenwart, wie der Vergangenheit kennen lernen; nur dürfte die Geschichte der Vergan-

daß ihre Ansichten zuletzt die ganze Anstalt beherrschten. Die freie Forschung zog sich zurück; die Journale, die dieser zum Organe gedient hatten, gingen ein oder wanderten aus; und an die Stelle des hellen Tages, dessen Anbruch man vorlaut angekündigt hatte, trat eine heilige Düstre, die ihren Schatten weiter und weiter breitete. Es entwickelte sich der Plan, die gute alt-katholische Zeit in allen ihren noch so sehr veralteten Erscheinungen zurückzuführen, und es blieb nicht bei dem Plane, sondern man schritt mit rüstigem Eifer zur Ausführung. Wer die Personen kannte, wer unbefangen ihre Schritte verfolgte, der konnte das Werk der römischen Propaganda nicht verkennen.

Aber das Werk, das wir hier in so gedeihlichem Fortschreiten begriffen sahen, war keine vereinzelte Erscheinung. Ueberall, wo die katholische Kirche noch nicht allen Grund und Boden verloren hatte, wurden dieselben Triebfedern in Bewegung gesetzt. Selbst in dem nördlichen Deutschland, welches doch mit Ausnahme des Niederrheins und einiger vereinzelter Districte beinahe ausschließlich protestantisch ist, glaubte man durch die Milde und Toleranz der preußischen Regierung gewonnenes Spiel zu haben; und in der That ging die Nachsicht, welche die preußische Regierung bewies, bis an die äußersten Grenzen, wir dürfen nicht sagen, des Erlaubten, aber des Möglichen. Verstand man sich nicht dazu, was nie an einer preußischen Universität zu der Erreichung von Staatszwecken geschehen ist, an der Universität zu Bonn die wissenschaftliche Lehrfreiheit zu beschränken, um die römische Curie zufrieden zu stellen? Wir fürchten, daß man den Charakter des Gegners, mit dem man es zu thun hatte, verkannte, wenn man durch Nachgiebigkeit das Geringste zu erreichen glaubte. Auf der andern Seite verkannte aber die Curie, und das treue Werkzeug, welches für diese thätig war, die Propaganda, eben so sehr den Charakter der preußischen Regierung, indem sie die Nachgiebigkeit, die nur aus gewissenhafter Achtung vor der Freiheit der religiösen Meinungen hervorging, für Schwäche und Unfähigkeit hielt. Daher der Trotz, der es bis auf das Aeußerste ankommen ließ; und daher, nachdem eine kräftige Maßregel die Ordnung wieder hergestellt hatte, das Geschrei des unverholenen Erstaunens, der maßlosen Entrüstung, in welches alle Organe der Propaganda einstimmten. Als einen Beweis der Macht, welchen die Propaganda bereits in Deutschland erlangt hat, dürfen wir es ansehen, daß zu derselben Zeit, während die deutsche Presse in Bezug auf jeden andern Gegenstand der innern deutschen Politik sich selbst bei der äußersten Vorsicht kaum vernehmen lassen darf, dennoch die Journale der Propaganda den freiesten Spielraum haben, um die preußische Regierung mit den unwürdigsten Waffen zu bekämpfen. In der letzten Zeit scheint allerdings die Uebertreibung einige Beschränkungen zur Folge gehabt zu haben; aber die Journale, denen die Beschränkungen widerfuhren, waren nur die Vorposten der Partei, und nachdem diese geschlagen worden sind, haben sie sich auf das Hauptcorps zurückgezogen. Die Neue Würzburger Zeitung und die Aschaffenburger sind zur Mäßigung ge-

zwungen, aber statt ihrer hat sich jetzt die Münchener politische Zeitung erhoben, und wir werden sehen, ob man diese gleichfalls zu zügeln vermag.

Die congregatio de propaganda fide.

Geschrieben am 8. Februar 1838.

Zu Rom besteht eine Anstalt, die ihrer ursprünglichen Bestimmung nach die Ausbreitung des Christenthumes unter den Heiden zum Zwecke hatte und die deßhalb die Congregatio de propaganda fide genannt wurde. Achtzehn Cardinäle haben die oberste Leitung, und sehr bedeutende Geldmittel stehen zu der Verfügung der Häupter. Wenn man die Thätigkeit dieser Anstalt nur oberflächlich betrachtet, so wird man in derselben nicht leicht etwas finden, was nicht lobenswürdig und preiswürdig wäre. Zöglinge aus allen Welttheilen sind hier vereinigt, die zu dem wichtigen Berufe vorbereitet werden, die ewigen Wahrheiten des christlichen Glaubens nach den entlegensten Ländern zu tragen. Hier finden wir Chinesen und Hindu, Türken und Araber, Neger und americanische Indianer in friedlicher Genossenschaft vereinigt, und am Pfingsttage können wir hier, wie einst zu Jerusalem, in allen Zungen predigen hören. Auch um die Wissenschaft hat die Congregatio de propaganda fide sich nicht unbedeutende Verdienste erworben. Aus ihren Pressen sind Werke in Sprachen hervorgegangen, von denen man außerhalb der Säle der Propaganda schwerlich jemals in Europa einen Laut vernommen hat. Wenn wir aber durch das glänzende Aeußere uns nicht täuschen lassen, sondern tiefer in das Innere der Anstalt eindringen, so sehen wir in derselben eines der mächtigsten Werkzeuge zu der Unterdrückung der Geistesfreiheit und zu der Herstellung der alten päpstlichen Glaubensherrschaft, welche der Scharfsinn der Curie erfunden hat. Die Propaganda hat nämlich nicht allein den Zweck das Christenthum unter den Heiden, sondern auch den katholischen Glauben unter den Ketzern und unter jenen Mitgliedern der katholischen Kirche zu verbreiten, die durch sträfliche Lauheit von der alten Strenge der Lehre abgewichen sind. Die Aufgabe der Propaganda ist riesenhaft; aber die Mittel, die sie anwendet, entsprechen der riesenhaften Aufgabe. Um diese in ihrem ganzen Umfange aufzufassen, müssen wir bedenken, daß sie nicht etwa gegen einzelne Abirrungen von dem Dogma, sondern gegen die ganze neuere Wissenschaft ankämpft. Die Lehren der Astronomie, die Galiläi abschwor und die in unsern Tagen von der ganzen gebildeten Welt als wahr anerkannt werden,

oder später die Zeit kommen wird, wo Hannover völlig von England getrennt ist. Aber selbst dann würde ein Anschluß an den deutschen Handelsverein schwerlich erfolgen können, wenn nicht noch andere sehr bedeutende Veränderungen vorausgegangen wären. Meklenburg, das in ganz und gar keiner näheren politischen Verbindung mit England steht, hat ähnliche Gründe, wie Hannover, die es wahrscheinlich noch lange abhalten werden, dem deutschen Handelsvereine beizutreten. Jedem Küstenlande muß daran gelegen sein, sich die ausgedehnteste Handelsfreiheit zu erhalten, weil Fabriken und Manufacturen, die erst geschaffen werden sollen, unmöglich einen Ersatz für die Verluste bieten können, denen der Handel durch jede, auch die geringste Beschränkung ausgesetzt ist.

Die preußische Handelsgesetzgebung ist neuerer Zeit vielfachen, eben nicht allzu günstigen Kritiken unterworfen worden, indem man behauptet hat, daß sie von völlig veralteten Grundsätzen ausgehe, wenn sie das Geld im Lande zu halten suche, einen künstlichen Flor des Gewerbwesens hervorrufe und gerade dadurch die naturgemäße Entwicklung der Nationalkräfte störe. Gegen Einwürfe dieser Art das preußische System zu rechtfertigen, kann nicht schwer fallen, weil wir uns nur darauf berufen dürfen, daß man sogar in England, wo doch die ganze moderne Theorie der Handelsfreiheit ihren Ursprung genommen hat, dieselbe bis jetzt noch nicht in Anwendung zu bringen wagt, weil Schonung der bestehenden Verhältnisse die wesentlichste Pflicht ist, welche jedem Staate obliegt, und die jeder, auch der glänzendsten Theorie, vorgezogen werden muß. Abgesehen von dem Schutze, welchen das preußische Zollsystem dem Gewerbfleiße gewährt, ist der vorragendste Zug desselben die hohe Besteuerung, welcher Gegenstände des Luxus und Colonialwaaren unterliegen. Wenn möglichst hoher Ertrag der Steuern der einzige Zweck wäre, den man vor Augen hätte, so dürfte vielleicht eine mäßige Herabsetzung rathsam sein, da ohne Frage noch ungleich mehr Zucker und Caffee verzehrt würde, wenn die Eingangssteuer beide Artikel nicht vertheuerte. Wir müssen indessen offen gestehen, daß wir mit dieser Vertheuerung ganz wohl zufrieden sind, weil wir in mehr als einem Stücke noch der alten Schule der Staatshaushaltungslehre angehören, die es als eine der vornehmsten Aufgaben des Staatshaushaltes ansah, dafür zu sorgen, daß das baare Geld wo möglich im Lande behalten würde. Auch dürfen wir nicht vergessen, daß wir bei den höchsten Eingangssteuern unseren Caffee immer noch wohlfeiler trinken, als die Franzosen und Engländer, die ihn doch in ihren Colonien selbst erzeugen, weil wir die Monopolpreise nicht zu zahlen haben, welche das englische und das französische Colonialsystem hervorruft. Unserer Ueberzeugung nach ist daher auch in dieser Beziehung das preußische Handelssystem gegen alle Vorwürfe, die demselben gemacht worden sind, leicht zu rechtfertigen. Die beste Rechtfertigung liegt aber in dem Erfolge, der von Tage zu Tage glänzender hervortritt.

Das Jahr 1836.

Geschrieben am 1. Januar 1837.

Sechs Jahre sind verflossen, seitdem der Donner der Julischlacht über den Rhein herüberscholl, und seitdem ist kein Jahr vorübergegangen, in dem nicht kriegerisches Getümmel sich im Westen erhoben hätte. Daß ein solcher Zustand der Dinge unmöglich ein gesunder natürlicher sein könne, mag wohl behauptet werden, ohne daß von irgend einer Seite widersprochen würde. Die Kriege, die in unseren Tagen geführt werden, sind nicht mehr Fehden zwischen den regierenden Familien, die aus den unbedeutendsten Ursachen entstehen und im Ganzen den Gang der allgemeinen Entwicklung selten unterbrechen konnten. Unsere Kriege sind krampfhafte Zuckungen des Völkerlebens, die aus der leidenschaftlichsten Aufregung aller Kräfte des Geistes und des Gemüthes hervorgehen und die immer die bedenklichste Erschlaffung, ja oft eine tödtliche Lähmung zurücklassen. Die Regierungen sind ohne Ausnahme darüber einverstanden, Alles aufzubieten, um jene krampfhafte Aufregung zu stillen, um den Frieden, der jetzt von allen Seiten bedroht ist, auf dauernden Grundlagen zu befestigen. Das Schlimmste ist nur, daß die Aerzte hier und da so wenig über die Ursachen, aus denen die Krankheit entstanden ist, sich vereinigen können, als über die Mittel, die angewandt werden müssen, um ihr mit Erfolg zu begegnen. Wie die Heilkunde des menschlichen Körpers neuerer Zeit in zwei Schulen zerfallen ist, von denen die eine alle krankhaften Störungen durch Mittel zu heilen sucht, die am gesunden Körper ähnliche Erscheinungen hervorrufen würden; die andere durch Mittel, die jenen Störungen gewaltsam entgegentreten, so auch die Politik. Die politischen Homöopathen behaupten, daß die Aufregung der Völker ihren nahe liegenden Grund in dem Bestreben habe, jede freie Regung derselben zu unterdrücken. Man gestatte den Völkern die freieste Bewegung, man gebe ihnen Preßfreiheit, Geschwornengerichte, freie öffentliche ständische Vertretung, und sie werden bald sich beruhigen, weil Niemand unzufrieden ist, wenn man ihm gewährt, was er verlangt, sondern nur, wenn man es ihm verweigert. Dagegen treten die politischen Allöopathen auf und versichern, daß den Völkern ihre Aufregung nicht von innen heraus, sondern durch irgend eine äußere Eingebung gekommen wäre. Politische Irrlehrer wären erstanden und hätten den Wahn von dem modernen Constitutionswesen erfunden, der wie eine ansteckende Seuche um sich gegriffen habe und jetzt nicht anders als durch die gewaltsamsten Mittel auszutreiben sei, durch Aderlasse, Schröpfköpfe, Laxanzen und Vomitive.

und mit all seinen ausgezeichneten Herrschergaben außer Stande, die Vollendung einer geistigen Entwicklung aufzuhalten oder zurückzudrängen, die einmal in den Gemüthern feste Wurzel gefaßt hatte. Auf der andern Seite waren aber auch alle Bemühungen vergebens, die deutsche Nation von der Beobachtung ihres festgesetzten Maßes abzuziehen und in einen Abgrund wilder Zügellosigkeit zu stürzen. Die Klagen, welche ein großer Theil des deutschen Bauernstandes erhob, waren gerecht und nichts weniger als übertrieben; das Meiste, was die besonneneren Führer während des Bauernkrieges forderten, ist seitdem auf dem Wege friedlicher Verbesserung längst erreicht worden. Aber das wilde Toben und Drängen ist einmal dem deutschen Volksgeiste zuwider. Dieselben Männer, die kühnen Helden des Schwertes und des Wortes, die für eine gesetzliche fortschreitende Verbesserung ohne Bedenken ihr Leben einsetzten, entzogen der gährenden Masse, die hier und da von einzelnen Schreiern und Schwärmern zu Uebereilungen hingerissen wurde, ihre Unterstützung, und die Revolution fiel zu Boden, während die Reformation, mitten durch alle Verfolgungen und Bedrängnisse, ihren gemessenen Gang fortsetzte.

Die Wortführer der ultraliberalen Partei in Deutschland, wenn man eine Partei nennen kann, was nur eine geringe Zahl unbedeutender einflußloser Individuen war, die Politiker von dem Schlage der deutschen Tribune und des constitutionellen Deutschlands, haben bei mehr als einer Veranlassung großes Gewicht auf die unverkennbare Aehnlichkeit gelegt, die zwischen dem Drange nach politischen Verbesserungen, der in unseren Tagen sich auf allen Seiten zeigt, und dem Drange nach religiösen Verbesserungen besteht, welcher die Tage der Reformation beherrschte. Auffallend war es, daß diese Vergleichung gerade von den überspanntesten Köpfen am meisten hervorgehoben wurde, die doch das größte Interesse dabei hatten, dieselbe ganz von der Hand zu weisen, da die Schicksale eines Karlstadt, eines Münster und ähnlicher Schwärmer während der Reformation selbst bei der äußersten Ueberspannung nicht leicht zur Nachfolge auffordern konnten. Aber auch aus dem Munde der falschen Propheten spricht zuweilen der Geist des Herrn. Wir sind allerdings der Meinung, daß die politische Reform in unseren Tagen eben so wenig ihr Ziel verfehlen wird, wie die religiöse Reform dasselbe ihrer Zeit verfehlt hat. Aber wir dürfen bei der Beurtheilung der großen Fragen, welche die Völker und die Menschheit bewegen, nur vor allen Dingen nicht vergessen, daß ein gewaltiger Unterschied in der Dauer der Zeitabschnitte besteht, welche zu der Vollendung des Kreislaufes einer vollständigen Entwicklung für den einzelnen Menschen, für eine Nation und für die Menschheit erforderlich sind. Wir kleinen Menschen bedürfen eine kurze Spanne Zeit, um alles zu erreichen, was auf dieser Erde für den einzelnen Geist in seiner Beschränkung zu erreichen ist. Aber ein höherer Geist als in dem einzelnen Menschen lebt in den Völkern und höhere Aufgaben sind demselben gesteckt, zu deren Lösung nach einem nur noch nicht genau berechneten Verhältniß auch mehr Zeit erfordert ist.

Der einzelne Mensch kann seiner Zeit oder seinem Volke in einer gegebenen Zeit vorauseilen. Die Bildung der Menschheit verdankt ihre größten Fortschritte jenen vereinzelten Lichterscheinungen, die oft mitten aus der düstersten Nacht wie glänzende Meteore hervortreten. Aber kein einzelner Mensch, wie reich begabt er auch sein mag, kann sich auch nur von weitem dem erhabenen Ziele nähern, dem die Entwicklung der Völker und der Nationen durch alle Fernen der Zukunft entgegenschreitet. Wie oft, wenn irgend ein bedeutender Geist die Ergebnisse der Forschungen seiner Zeit in eine bestimmte Ordnung gebracht hatte, ist man nicht allgemein überzeugt gewesen, daß nun die Menschheit an den äußersten Grenzen des Wissens angekommen wäre, an denen sie für immer stehen bleiben müsse. Es erfolgte dann in der That ein kürzerer oder längerer Stillstand, bis die rüstiger Voraneilenden die langsamer Nachkommenden zu sich herangezogen hatten; aber wenn man nun gemeinschaftlich das Ziel erreicht zu haben glaubte, so öffnete sich hinter demselben mit einem Male die Aussicht auf weite unabsehbare Räume, deren Dasein man früher gar nicht geahnt hatte. Die Reformation hatte ihr Ziel, wie dasselbe den großen Reformatoren des sechszehnten Jahrhunderts vorschwebte, bereits erreicht, als eigentlich nur eine Reihe von formellen Verbesserungen bewirkt war. Luther lehnte sich gegen die Gewalt des Papstes auf, die offenbar eine reine Usurpation war, gegen einzelne Mißbräuche in der kirchlichen Verwaltung und einzelne Mißdeutungen in der Glaubenslehre; aber er ließ den geistigen Kern des Glaubens unangetastet. Eine Schriftauslegung in dem Sinne, wie sie gegenwärtig von der Mehrzahl unserer Supernaturalisten, wie von den Rationalisten geübt wird, wäre den frommen Glaubenshelden der Reformationszeit als ein Gräuel erschienen. Und wer möchte es leugnen, daß wir dieser Schriftauslegung die bedeutendsten Fortschritte verdanken, welche die geistige Entwicklung der Menschheit in unsern Tagen gemacht hat? Ohne die Anwendung historischer Kritik und einer freieren unbefangneren Exegese auf die Schriften des alten und neuen Bundes wäre das Lutherthum und der Calvinismus in eine noch dumpfere Verstockung gesunken, als jene, aus welcher die Reformation den christlichen Glauben herausriß. Man hätte keine andere Wahl gehabt, als jedem Fortschritte im Wissen zu entsagen oder das Christenthum aufzugeben. In diesem Sinne können wir sagen, daß selbst die großartigen Entdeckungen, welche in unseren Tagen der Naturwissenschaft eine andere Gestalt gegeben haben, ohne eine verständigere Schriftauslegung unmöglich gewesen wären. Nachdem die Reformation des sechszehnten Jahrhunderts die formelle Befreiung von dem religiösen Zwange bewirkt hatte, hat die Schriftauslegung der neueren Zeit die geistige Befreiung hinzugethan. Noch ist das Werk, welches unsere großen Exegesen begonnen haben, nicht vollendet; erst wenn dasselbe vollendet ist, wird die Reformation ihre Bahn geschlossen haben.

Thöricht und unbesonnen im höchsten Grade war es von unseren politischen Reformatoren, wenn sie, dieses große Beispiel vor Augen, in einer

Stunde bewirken wollten, was kaum das Werk von Jahrhunderten ist. Wie die religiöse Reform im sechszehnten Jahrhunderte sich damit begnügte, die Formen der Freiheit gewonnen zu haben, so muß die politische Reform unserer Zeit sich damit begnügen, die Formen der Freiheit zu gewinnen. Wenn die formelle Befreiung erst erfolgt ist, so wird der belebende Geist nicht ausbleiben, und diese formelle Befreiung ist durch die Begründung ständischer Verfassungen in dem größten Theile von Deutschland, wie von Europa erfolgt. Damit konnte man in Deutschland sich beruhigen, weil hier die Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens bei allen Stürmen, welche die höheren Partieen bedrohten, nie erschüttert worden sind, und weil überdieß in der geistigen Entwicklung jene Ordnung herrscht, welche die wesentlichste Bedingung für die Begründung einer festen Ordnung in den äußeren geselligen Verhältnissen ist. In Frankreich finden wir neben dem rohesten Aberglauben den wildesten Unglauben als die Grundlagen des Denkens in den Gemüthern; wie kann es uns befremden, wenn die innere Welt sich in den Erscheinungen der äußeren abspiegelt? In Deutschland hat die Wissenschaft sich mit der Religion versöhnt; die Freiheit des Forschens wird durch den Glauben nicht gehemmt, aber das Gemüth wird vor wüster Verwilderung bewahrt. Unsere Fürsten haben von Unthaten, wie jene, die in Frankreich sich so häufig wiederholen, nichts zu fürchten; und wenn die französische Regierung der zunehmenden Entartung und Verwilderung der französischen Jugend einen festen Damm entgegensetzen will, so giebt es kein anderes Mittel, als die Gemüther für die Religion empfänglich zu machen. Dazu ist es aber nicht hinreichend, wenn man den fleißigen Besuch der Messe zur Pflicht macht, und der Religion durch Begünstigung der Geistlichkeit Ansehen zu verleihen sucht: um der Religion Eingang in die Gemüther zu verschaffen, muß man dieselbe von Allem reinigen, was sich mit der Stufe der geistigen Ausbildung, auf welcher die Gebildeteren der Nation sich befinden, nicht vereinigen läßt. Da dieß aber schwerlich geschehen wird, so haben wir wenig Hoffnung auf eine gründliche dauernde Herstellung der Ordnung in Frankreich, der Ruhe und des Friedens in Europa.

Der Zeitgeist und der öffentliche Unterricht.

Geschrieben am 1. August 1836.

Wenn die Partei, die sich selbst den Namen der Conservativen beilegt, die Grundursache angeben will, aus der alle Erschütterungen und überhaupt

alle beunruhigende Erscheinungen unserer Tage hervorgegangen wären, so hören wir sie gewöhnlich über den Zeitgeist klagen, der uns auf die verschiedenartigste Weise, aber immer in den düstersten Farben, geschildert wird. Der Zeitgeist, in dem umfassendsten Sinne, den wir mit diesem Ausdrucke verbinden können, ist die ganze Masse von Meinungen, Ansichten und Gesinnungen, die in irgend einer gegebenen Zeit vorhanden sind; aber es versteht sich von selbst, daß von einem Kampfe gegen den Zeitgeist in diesem Sinne nicht die Rede sein kann, schon aus dem einfachen Grunde, weil die angreifende Partei ihre Waffen zuvörderst gegen sich selbst kehren würde. Gegen alle in irgend einer Zeit vorhandene Ansichten anzukämpfen, unter denen natürlich die eigenen mit einbegriffen wären, könnte nur einem Wahnsinnigen einfallen. Gewöhnlich versteht man, wenn man über den Zeitgeist klagt, nur die bei einem Theile seiner Zeitgenossen herrschenden Ansichten, und namentlich bei jenem Theile, der vorzugsweise die Gelegenheit und die Gewohnheit hat, sich öffentlich auszusprechen, oder mit andern Worten, der bei der großen Masse den Ton angiebt. Auch in diesem beschränkteren Sinne bleibt es noch schlimm genug, sich gegen den Zeitgeist im Widerspruch zu befinden. Man kämpft, wie groß auch die Gewalt ist, die man auf seiner Seite hat, immer gegen eine überlegene Macht; und nur durch die seltenste Vereinigung der unerschütterlichsten Festigkeit und Kraft mit der scharfsichtigsten Klugheit und der geschmeidigsten Biegsamkeit und Gewandtheit kann es gelingen, in einzelnen Fällen, ungeachtet aller Ungunst der äußeren Verhältnisse, den Sieg davon zu tragen. Voraussetzen müssen wir, wenn wir auch nur die Möglichkeit des Gelingens bei einem Kampfe gegen den Zeitgeist zugeben sollen, daß das, was als Zeitgeist erscheint, nicht der eigentliche Geist der Zeit, nicht der wirkliche, gesunde, gediegene Kern der in dieser Zeit vorherrschenden Ansichten und Gesinnungen, sondern eine vorübergehende Laune, eine krankhafte Stimmung der Menge ist, die sich oft mit wüthender Ueberspannung geltend macht, und dann jene gewaltsamen Erschütterungen des gesellschaftlichen Zustandes herbeiführt, welche wir, nach dem Ausgange, bald Aufruhr und Empörung, bald eine siegreiche Umwälzung oder Revolution nennen.

Ein beklagenswerther Irrthum, der aber leider nur zu häufig begangen wird, ist es, wenn man die krankhaften Auswüchse, die irgend einer bestimmten Richtung der Zeit eigen sind, mit dem Zeitgeiste im allgemeinen verwechselt. Oft ist schon die beste Sache verloren gegangen, weil die Vorfechter derselben, statt ihre Angriffe auf den wirklichen Feind zu richten, der in gedrängten Reihen ihnen gegenüberstand, sich nach dem Vorbilde des tapfern Ritters der Mancha in einen Kampf mit Windmühlen oder mit friedlichen Heerden einließen. Ein ähnlicher Mißgriff ist es, wenn man das Streben unserer Zeit nach Freiheit der Meinungen, nach Selbstständigkeit der wissenschaftlichen Forschung, nach Entfesselung von den Banden des herkömmlichen Aberglaubens und Irrthums mit den revolutionairen Bestrebungen einer verhältnißmäßig

nicht einmal allzubedeutenden Zahl unklarer und verwirrter Köpfe zusammenwirft; wenn man als fördernd die Sache des Umsturzes bekämpft, was bei verständiger Pflege die festeste Stütze der bestehenden Ordnung sein würde. Jede Partei, welche der Vernunft den Krieg erklärt, ist dadurch schon, wie sehr sie auch sonst das Recht auf ihrer Seite haben mag, vor der Eröffnung des Feldzuges verloren. Das Erste, was man überall zu thun hat, wenn man die krankhaften Erscheinungen einer Zeit oder die krankhaften Aeußerungen des Zeitgeistes mit Erfolg bekämpfen will, ist daher, daß man dieselben sorgfältig von den umgebenden gesunden Theilen unterscheidet, damit man seine Angriffe nicht gegen diese zugleich richtet, während sie doch nur gegen jene gerichtet sein sollen.

In Frankreich fürchten wir, daß die frühere doctrinaire Verwaltung, aus wie geistreichen Männern sie auch zusammengesetzt war, sich doch von der groben Verirrung nicht frei gehalten hat, vor der wir so eben gewarnt haben. Nur durch den entschiedenen und beharrlichen Sinn für Ordnung, welcher der großen Mehrzahl des Bürgerstandes einwohnt, ist es zu erklären, daß so manche Maßregeln keine nachtheiligen Folgen gehabt haben, die bei furchtbarer Strenge nicht etwa bloß einseitig, sondern in offenem Widerspruche gegen die vorherrschenden Neigungen der Nation waren. Aber ohne alle Frage wäre die Partei der Mißvergnügten, die noch immer drohend das Haupt erhebt, längst entwaffnet und unterdrückt; wenn man nicht Alles auf einmal hätte abmachen wollen, und indem man Alles, was den Gegnern zu Hülfe kommen konnte, mit einem Schlage zu vernichten suchte, für die Reihen derselben fortwährend unter den parteilosen Zuschauern, die mit getroffen wurden, neue Verbündete geworben hätte. Das Auffallendste ist, daß man bei aller Schärfe, mit der man den äußeren Erscheinungen eines krankhaften Zustandes der politischen Meinung entgegengetreten ist, doch gerade in Frankreich an eine gründliche Heilung am wenigsten gedacht hat. Die äußeren Erscheinungen des Uebels lassen sich für den Augenblick mit Gewalt unterdrücken, aber so lange die Quellen nicht verstopft sind, aus denen sie geflossen sind, werden sie immer wieder von neuem zum Vorschein kommen.

Der Hauptgrund, weßhalb nicht allein in Frankreich, sondern überall in Europa, ein großer Theil der Bevölkerungen so leicht durch die verderblichsten Irrlehren getäuscht, durch die wahnsinnigsten Aufforderungen hingerissen wird, ist weder in einer verkehrten Richtung des Zeitgeistes zu suchen, wie man dieß so oft gethan hat, noch am Ende gar in einer angebornen Bösartigkeit der menschlichen Natur, wie man von einer andern Seite uns überreden möchte, sondern einzig und allein in einer Vernachlässigung der öffentlichen Erziehung, die, unserer Ueberzeugung nach, von allen Staaten ohne außerordentliche Anstrengung vermieden werden könnte, sobald man die Sache nur einmal von der rechten Seite anfassen wollte. Der einzige Staat in Europa, der sein Erziehungswesen nach einem durchaus consequenten, nur unserer Ansicht nach

etwas zu beschränkten Plane geordnet hat, ist Oesterreich, und Oesterreich ist zugleich der einzige, von dem wir noch nie die geringste Spur einer revolutionairen Bewegung gehört haben. Zwei verschiedene Richtungen des Erziehungswesens stehen in unserer Zeit einander schroff gegenüber: die realistische und die humanistische; und während man zwischen beiden unsicher hin und wieder schwankt, glaubt man, wer weiß wie viel, für die öffentliche Erziehung zu thun, wenn man nur eine möglichst große Anzahl von Schulen errichtet, in denen eine möglichst große Masse von wissenschaftlichem Stoffe der verschiedensten Art feil geboten wird. Daß man durch ein Unterrichtswesen ohne feste Ordnung nur Verwirrung in die Köpfe bringen kann, ist einleuchtend; aber eben deßhalb sollte man sich nicht so sehr wundern, wenn man die Verwirrung findet, wo man Alles aufgeboten hat, um dieselbe künstlich hervorzubringen.

Wir sind der Meinung, daß es keineswegs nothwendig ist, das Erziehungswesen nach einem so engbegrenzten Plane zuzuschneiden, wie dieß im österreichischen Kaiserstaate der Fall ist, um den gleichen Zweck zu erreichen, ein geordnetes Wissen in die Köpfe und Zufriedenheit in die Gemüther zu bringen. Die allgemeinste Ursache der Unzufriedenheit ist, daß man Ansprüche macht, die man mit seiner äußeren Lage nicht in Uebereinstimmung bringen kann, und daß man diese daher mit einer andern zu vertauschen sucht. Unsere ganze öffentliche Erziehung ist aber darauf berechnet, diese Art von Unzufriedenheit zu erregen, indem sie nicht ein in sich abgeschlossenes Ganzes von Kenntnissen mittheilt, das dem Schüler über jede mögliche Frage Aufklärung giebt, die er auf seiner Bildungsstufe sich stellen kann, sondern absichtlich nur Bruchstücke giebt, durch die sich ein Blick in ungemessene Fernen eröffnet. Man will nicht bloß belehren, sondern zum Selbstforschen anregen, und bedenkt nicht, wie wenige Menschen von der Natur dazu berufen sind, selbstständige Forschungen anzustellen, und wie wenige in eine äußere Lage kommen, die sie selbst bei dem ausgezeichnetsten natürlichen Berufe in den Stand setzt, demselben zu folgen. Unsere ganze Erziehung ist ein künstliches Hinauftreiben, welches nirgend einen Ruhepunct, nirgend Befriedigung gewährt; wie wollen wir Zufriedenheit in dem Gemüthe des Mannes suchen, wenn wir dieselbe in dem Gemüthe des Kindes absichtlich vertilgt haben?

Um das Schulwesen nach unserer Ansicht zu ordnen, müßte man die Landschulen und die niederen Bürgerschulen einer großen Verbesserung und Erweiterung, die gelehrten Schulen dagegen einer eben so großen Beschränkung unterwerfen. In den Erziehungsplan für den Landmann und den gewerbtreibenden Bürger müßten außer dem nothwendigen Lesen, Schreiben, Rechnen die nothdürftigsten Kenntnisse von der Natur im Allgemeinen und von der Erde im Besondern aufgenommen werden. Der Schüler müßte die Hauptzüge der gesellschaftlichen Zustände und Veränderungen der Gegenwart, wie der Vergangenheit kennen lernen; nur dürfte die Geschichte der Vergan-

genheit nicht so vorgetragen werden, daß der Schüler hauptsächlich in den Geist des Alterthums eingeführt würde, wie dieß in unsern gelehrten Schulen geschieht, sondern er müßte vor allen Dingen die Gegenwart begreifen lernen. Am wenigsten von allen Gegenständen des Unterrichts dürfte aber einer vernachlässigt werden, den man jetzt völlig vermißt: die Anleitung zum Leben; das verständige Einprägen, die sittliche und religiöse Begründung der großen Lehre, daß der Zweck des Lebens, das wahre Glück, unabhängig von der äußeren Lage und in jeder Stellung zu finden ist, die man auf pflichtgemäße, würdige Weise ausfüllt. Die Schulen für den Landmann würden sich von den Bürgerschulen hauptsächlich dadurch unterscheiden, daß in den ersten vorzugsweise auf jene Kenntnisse Rücksicht genommen werden müßte, die man bei der Bestellung des Feldes zur Anwendung bringen kann, in den letztern auf solche Gegenstände des Wissens, die ihre Anwendung auf die bürgerlichen Gewerbe finden. Neben beiden müßten allerdings auch Gelehrtenschulen bestehen, die aber in sofern einer ähnlichen Reform zu unterwerfen wären, wie die Land- und Bürgerschulen, daß wirklich vorhandene und nicht eingebildete Bedürfnisse zur Hauptaufgabe gemacht würden und daß man besonders über der Vergangenheit die Gegenwart nicht vergäße. Eine gründliche Kenntniß des Alterthums erhellt, aber eine ungründliche, wie sie doch auf den Schulen nur beigebracht werden kann, verwirrt den Geist, wenn sie nicht der leichtern Erkenntniß der Gegenwart untergeordnet wird. Hoffentlich wird man es so bald nicht vergessen, daß der Königsmörder Alibaud zu seiner Rechtfertigung sich auf Brutus' Beispiel berief. Dahin führt die einseitige Bekanntschaft mit einzelnen mißverstandenen Erscheinungen der Vergangenheit. Besser gar keine Geschichte, als den unverdaulichen Stoff, den man jetzt gewöhnlich unter dem Namen der Geschichte giebt.

Wird man aber irgendwo so bald an eine Reform des Erziehungswesens in unserm Sinne denken? Leider müssen wir gestehen, daß wir wenig Grund zur Hoffnung haben.

Der Beitritt Frankfurt's zum deutschen Zollvereine.

Geschrieben am 10. Februar 1836.

Durch den endlich erfolgten Beitritt der freien Stadt Frankfurt hat der große deutsche Zollverein die letzte Vervollständigung erhalten, die unter den gegenwärtigen Umständen zu erreichen war. Daß Oesterreich auf der einen,

daß die norddeutschen Staaten auf der andern Seite sich anschließen sollten, wird für das Erste Niemand, der mit den Verhältnissen einigermaßen bekannt ist, erwarten. Oesterreich bildet für sich einen geschlossenen Handelsstaat, der zwar in den wesentlichsten Punkten von ähnlichen Grundsätzen ausgeht, wie der deutsche Handelsverein, jedoch schon deßhalb jede Erweiterung seiner Grenzen entbehren kann, weil der Vortheil, den dieselbe gewähren würde, ungewiß ist, während manche unabwendbaren Nachtheile sich mit Sicherheit zum Voraus berechnen lassen. Hat doch Oesterreich die Schranken, welche die einzelnen Provinzen von einander trennen, noch nicht fallen lassen, weil die Nachtheile sich mit größerer Sicherheit vorher berechnen ließen, als die Vortheile. Wie kann man erwarten, daß ein Staat, der mit so großer Vorsicht zu Werke geht, sich auf den ungleich bedenklicheren Versuch der Vereinigung mit fremden Handelsinteressen einlassen würde? Für den deutschen Handelsverein wäre es allerdings ein außerordentlicher Gewinn, wenn demselben ein Markt von 34 Millionen Einwohner eröffnet würde. Das Höchste, was von Oesterreich für den Verein zu hoffen ist, dürfte sich indessen wohl in der Gewährung von mehr oder weniger bedeutenderen Erleichterungen des Waarendurchzuges beschränken. Wenn es Mehemed Ali gelingt, durch eine Eisenbahn über die Landenge von Suez, und seinem wahrscheinlichen Nachfolger Ibrahim Pascha, durch die Eröffnung einer Verbindung zwischen dem Euphrat und einem syrischen Hafen dem arabischen und dem persischen Meerbusen ihre alte Bedeutung für den Welthandel wieder zu geben; dann wird auch der Handel des mittelländischen Meeres aus seinem gegenwärtigen Scheintod zu neuem Leben erwachen. Marseille, Genua, Venedig und Triest werden das werden, wozu die Natur sie bestimmt hat, die Hauptstapelplätze für den Verkehr zwischen dem Oriente und dem Occidente. Dann, aber auch nur dann, wird es Zeit sein, alle die kecken Eisenbahnunternehmungen, die man im mittleren und südlichen Deutschland mit voreiligem Eifer entworfen hat, zu beginnen. Dann wird auch auf der großen Wasserstraße der Donau sich eine Regsamkeit entfalten, wie sie jetzt kaum der Rhein und die Elbe kennen.

Gründe anderer Art, als jene, welche dem Beitritte Oesterreichs entgegenstehen, machen es unwahrscheinlich, daß die norddeutschen Staaten sich in der nächsten Zukunft dem Handelsvereine anschließen sollten. Das preußische Zoll- und Handelssystem beruht auf Grundlagen, die von jenem der norddeutschen Staaten zu weit verschieden sind, als daß eine Vereinigung so leicht zu bewerkstelligen wäre. Die Abhängigkeit von England, welche süddeutsche Blätter als den Hauptgrund anführten, ist in Hannover so wenig, wie in irgend einem der anderen Staaten vorhanden, da die Verwaltung des Königreiches Hannover bekanntlich mit dem brittischen Cabinette auf keine Weise in näheren Beziehungen steht, wie die Verwaltung jedes andern befreundeten Staates. Außerdem, wie lange auch König Wilhelm seinen Unterthanen durch die Vorsehung erhalten werde, läßt es sich doch vorhersehen, daß früher

heit muß die Curie überzeugen, daß ſie von der Fortdauer der Feindſeligkeiten keinen Vortheil zu erwarten hat; und dann wird ſie die Nothwendigkeit erkennen, nicht ihre Anſprüche aufzugeben, aber ſich in das Unvermeidliche zu fügen, geſchehen zu laſſen, was nicht zu ändern iſt, und zu ignoriren, was ſie nach ihren unabänderlichen Grundſätzen nicht billigen darf.

Nicht geringere, aber eben ſo wenig unüberwindliche Schwierigkeiten als der Kampf mit der Curie bietet der Kampf mit der Propaganda, die aber durch ihr voreiliges Hervortreten ſich des großen Vortheils, den ſie beſaß, ſo lange ſie im Dunkeln ſchleichend wirkte, glücklicher Weiſe begeben hat, und der Kampf mit den vorgefaßten Meinungen der katholiſchen Bevölkerungen, denen für das Erſte, da hier die Vernunft ihre Wirkung verliert, der Staat nur die Gewalt der Bayonette entgegenſtellen kann, die aber allmälig, ſobald die Regierung nur feſt in ihrem Gange beharrt, von ſelbſt der Ueberzeugung weichen werden, daß es in dem ganzen Streite ſich nicht um die katholiſche Religion, ſondern nur um die Anmaßungen der Hierarchie handelt. Die verſtändigen und gebildeten Rheinländer ſind keine belgiſche Pfaffenknechte.

Die Vermittlung zwiſchen Preußen und Rom.

Geſchrieben am 15. Februar 1838.

Ein eigenthümlicher Zug unſerer Zeit und jener, welcher den wahren Geiſt derſelben richtiger bezeichnet, als das verworrene unbeſtimmte Drängen, das man gewöhnlich den Zeitgeiſt nennt, iſt das Beſtreben der Vermittlung der äußerſten Grenzen in den Meinungen. Zwar hat man eingewandt, daß es keine Mitte zwiſchen Gut und Böſe, zwiſchen Recht und Unrecht, zwiſchen Wahrheit und Lüge gebe, und daß da, wo keine Mitte vorhanden ſei, natürlich auch keine Vermittlung Statt finden könne. Aber gerade darin liegt der ganze Unterſchied zwiſchen der unendlichen unſichtbaren Welt des Geiſtes und der endlichen ſichtbaren des irdiſchen Lebens, daß in jener Alles, in dieſer nichts vollendet und vollkommen iſt. Dem Guten, wie es in der irdiſchen Welt zur Erſcheinung kommt, iſt immer auch ein Theil des Böſen, dem Rechte ein Theil des Unrechts, der Wahrheit ein Theil der Lüge beigemiſcht; und es wäre daher durchaus verkehrt, wenn wir das, was nur in Bezug auf die ewigen Geſetze des Geiſtes gilt, auf die veränderlichen Erſcheinungen des irdiſchen Lebens anwenden wollten. Kein allgemeiner ſittlicher Satz iſt ſo unbedingt wahr, daß derſelbe nicht, wenn man ihn in ſeiner Anwendung auf

das Leben bis zu der äußersten Grenze verfolgte, zu der Verletzung der höchsten Sittengesetze führen müßte. Die Lüge, durch welche vielleicht eine Stadt, ein ganzes Land von dem Untergange gerettet wird, ist sittlicher als die Wahrheit, welche Tausende schonungslos dem Verderben Preis giebt. Das Unrecht, welches wir dem Zornentbrannten thun, indem wir durch List oder Gewalt ihm die tödtliche Waffe nehmen, ist sittlicher als das Recht, das ihn in dem Besitze eines Werkzeuges läßt, von dem er den unheilvollsten Gebrauch macht. Wo sind hier die Grenzen des Guten und Bösen? wie fein sind sie in einander geschlungen? wie schwer zu unterscheiden? Doch haben wir nur Fälle angeführt, in denen die Wahl für keinen Vernünftigen einen Augenblick schwanken kann. Aber eben so, wie dem Guten in der irdischen Erscheinungswelt immer ein Theil des Bösen, ist dem Bösen immer ein, wenn auch noch so geringer Theil des Guten beigemischt; und schon hierin liegt die Nothwendigkeit einer Vermittlung der äußersten Grenzen, die wir nicht ziehen können, ohne uns von dem Rechten zu entfernen. Darin, daß das Streben nach dieser Vermittlung in unserer Zeit das vorherrschende ist, erkennen wir die glänzendste Seite unserer Gesittung. Nur diesem Streben verdanken wir es, daß der europäische Friede unter Umständen erhalten wurde, in denen zu jeder früheren Zeit das Schwert entschieden hätte. Man gab auf beiden Seiten, statt seine Ansprüche bis zu der äußersten Grenze zu treiben, einen Theil derselben auf; so wurde es leicht, eine Verständigung zu bewirken, die, sobald beide Parteien unbedingt auf ihrem Rechte beharrten, unmöglich gewesen wäre.

Nur dürfen wir uns nicht verbergen, daß auch das Streben nach Vermittlung eine Gefahr in sich trägt, wenn man demselben in Fällen nachgiebt, in denen es sich vorhersehen läßt, daß von der andern Seite kein Entgegenkommen Statt finden wird. Einen solchen Fall glauben wir in der Cölner Angelegenheit zu sehen, weil hier die preußische Regierung längst bis zu den äußersten Grenzen gegangen ist, in denen Nachgiebigkeit räthlich, ja wir möchten sagen, in denen sie erlaubt war, wenn man nicht die höchsten Interessen des Staates vernachlässigen wollte. Schon die Wahl des Erzbischofs von Cöln war ein solcher Schritt der Nachgiebigkeit; denn durch dieselbe wurde dem römischen Stuhle der überzeugendste Beweis gegeben, daß es der preußischen Regierung Ernst war, dem katholischen Glauben in seiner strengsten Reinheit eben so sicheren Schutz zu gewähren, wie dem protestantischen. Man weiß es zu Rom gewiß eben so gut, wie an andern Orten, daß die Begründung jedes rechtlichen Zustandes nicht allein von den Gesetzen, sondern noch mehr von den Personen abhängt, die mit der Handhabung der Gesetze beauftragt sind. Welche höhere Bürgschaft für den Schutz des Katholicismus hätte man verlangen, hätte man wünschen können, als die Wahl eines Mannes, dessen ganzes Leben ihn als den starrsten, unbeugsamsten Anhänger der römischen Kirche gezeigt hatte? der schon in untergeordneten Stellungen sich nicht gescheut hatte, seine persönliche Meinung in kirchlichen Dingen gegen die An-

sicht der höchsten Behörden geltend zu machen? der es gewagt hatte, den unzweideutigsten Bestimmungen der Gesetze zum Trotz, unter den Augen der Regierung ein Trappistenkloster zu begründen, eine Gemeinschaft, die ein mit derer Richter und ein besser Unterrichteter, als Tacitus, mit vollem Rechte odium humani generis nennen könnte? Wie weit die preußische Regierung entschlossen war, nachzugeben, hat sie auch nach der Wahl in dem ganzen Verfahren dargelegt, welches sie gegen den Erzbischof bis zu dem letzten entscheidenden Augenblicke beobachtete. Der heilige Vater Papst weiß recht gut, weßhalb er in seiner Ansprache an die Cardinäle nur des Streites wegen der gemischten Ehen erwähnte und alle übrigen, obwohl nicht weniger bedeutenden Streitigkeiten mit Stillschweigen überging. Die preußische Regierung hatte in allen Punkten nachgegeben, in denen sie sich nicht auf bestimmte Zugeständnisse des römischen Stuhles und auf bestimmte Versprechungen des Erzbischofes berufen konnte, in denen die Staatsgesetze nicht auf unwiderrufliche Weise entschieden hatten, obwohl die Anmaßungen des Erzbischofes in hundert andern Beziehungen das Ansehen der Regierung und die Rechte der Staatsgewalt auf das Gröbste verletzten.

Dennoch giebt es auch jetzt, nachdem der unvermeidliche Bruch endlich erfolgt ist, noch Scheinweise, die in dieser elften Stunde von Vermittlung sprechen. Man sagt uns, daß die Sache der gemischten Ehen nicht so bedeutend wäre, um wegen derselben das gute Vernehmen mit dem römischen Stuhle aufzugeben, den Frieden der Gemüther zu stören und vielleicht selbst die äußere Ruhe zu gefährden. Aber es handelt sich nicht bloß um die gemischten Ehen. In diesem einen Punkte trat das allen Gesetzen des Staates Hohn sprechende Benehmen des Erzbischofes nur am schroffsten hervor, und wenn man in diesem einen Punkte nicht auf dem vertragsmäßigen Rechte bestehen wollte, so bliebe nichts weiter übrig, als auf jede Aufsicht des Staates über die Kirche völlig zu verzichten und demnächst, wie im Mittelalter, den Staat selbst der Kirche unterzuordnen. Davon kann glücklicher Weise nicht die Rede sein; auch sollte man meinen, daß es nur einem Wahnsinnigen einfallen könnte, einen protestantischen Staat der katholischen Kirche unterzuordnen, wenn nicht wirklich Männer diese bescheidene Forderung erhöben, deren Verstand wir so wenig bezweifeln dürfen, als ihre treulose Schlauheit.

Preußen, heißt es, hat fünf Millionen katholischer Unterthanen, da darf die alte Ordnung der Monarchie keine Anwendung mehr finden, welche die Katholiken als „ein eben noch geduldetes, den übrigen Interessen zu opferndes, in beständigem Verschwinden begriffenes Häuflein" betrachtete. Unwillkürlich wird man, wenn man diese Sprache hört, an das berühmte Wort O'Connells erinnert: „We are seven millions!" (Wir sind sieben Millionen!) Und wer weiter nichts von den Katholiken in den preußischen Rheinlanden wüßte, als was er durch die Neue Würzburger oder die Münchener politische Zeitung erfährt, der könnte sich in der That versucht fühlen zu glauben, daß die

preußische Regierung damit umgehe, die in Ireland aufgehobenen Strafgesetze der Königin Anna am Rheine einzuführen, daß den Katholiken jede öffentliche Ausübung ihres Gottesdienstes untersagt sei, daß sie zu öffentlichen Aemtern nicht zugelassen würden, und daß der Erzbischof von Cöln verhaftet wäre, weil er sich geweigert habe, zum Protestantismus überzutreten. Man muthet den Katholiken in den Rheinlanden zu, sich ähnliche Verhältnisse gefallen zu lassen, wie jene, die in Schlesien und in Westpreußen seit Friedrich des Großen Zeiten bestehen. Der große König, den Frömmlinge als einen Heiden und Ungläubigen darstellen, war also wohl ein so engherziger Protestant, daß er die Katholiken in Schlesien und in Westpreußen verfolgt hätte? Der Gedanke ist zu lächerlich, um eine ernste Widerlegung zu verdienen. Friedrich der Große ließ die katholischen Verhältnisse in den katholischen Ländern, die er seiner Herrschaft unterwarf, bestehen, wie er sie bei seiner Besitznahme gefunden hatte; er fragte keinen seiner Unterthanen nach dem Glauben, zu dem er sich bekannte, aber er verlangte von jedem seiner Unterthanen ohne Rücksicht auf den Glauben, den er bekannte, daß er die Gesetze des Staates achtete; und wenn katholische Geistliche in einzelnen Fällen gewisse Beschränkungen empfunden haben, so geschah dieß nur, indem man sie hinderte, Andersgläubige zu verfolgen und gegen den Staat zu conspiriren. Und diese alte Ordnung der Monarchie sollte man aufgeben, weil die Zahl der Katholiken gegenwärtig zu fünf Millionen angewachsen ist?

Wenn der römische Stuhl solche Forderungen stellt, so sind alle Unterhandlungen unnöthig. Preußen wird, Preußen kann die alte Ordnung der Monarchie nicht aufgeben: die Ordnung, durch die es groß geworden ist, durch die sein Volk allen europäischen Nationen in freier geistiger Entwicklung — ein leuchtendes Vorbild — vorangeschritten ist, durch deren treue Bewahrung sein König den Anspruch auf den Namen des Gerechten und Weisen erworben hat. Wenn Rom Versöhnung will, so gebe es nach so weit, als Preußen bereits nachgegeben hat. Dieß ist die einzige mögliche Vermittelung.

Sittliche Würdigung des Benehmens des Erzbischofs.

Geschrieben am 13. Februar 1838.

Wenn es sich bestätigen sollte, was ein Blatt meldet, welches in diesen Angelegenheiten wohl unterrichtet sein kann, daß der preußische Gesandte von Rom abgereist ist, so wäre in dem Streite, den der starre Glaubenseifer des

Erzbischofs von Cöln veranlaßt hat, ein neuer Wendepunkt eingetreten. Jede Aussicht auf eine friedliche Ausgleichung wäre für den Augenblick entfernt, die Unterhandlungen wären abgebrochen, und es stände einem jeden Theile frei, seine Rechte und Ansprüche zu wahren, so gut er vermag. Unter diesen Umständen scheint es vor allen Dingen nothwendig, sich die Lage der Verhältnisse mit möglichster Schärfe und Bestimmtheit zu vergegenwärtigen. Die preußische Regierung ist bei Erwerbung katholischer Gebietstheile von jeher von dem Grundsatze ausgegangen, daß nicht allein dem religiösen Glauben ihrer neuen Unterthanen, sondern auch den bestehenden kirchlichen Einrichtungen die strengste Achtung gebühre. Die einzige Forderung, die dagegen an die Katholiken gestellt wurde, war, daß sie ihrerseits die Gesetze des Staates achteten und nicht durch ihre Unduldsamkeit Störungen und Verwirrung hervorriefen. In den Rheinprovinzen gaben die erste Veranlassung zum Zwiespalte die Ansprüche der katholischen Geistlichkeit in Bezug auf die gemischten Ehen. In jenen Landschaften, die früher zu den Erzstiftern Cöln und Trier gehört hatten, weigerten die katholischen Geistlichen sich, ein Brautpaar von verschiedener Confession zu trauen, wenn dasselbe nicht vorher das Versprechen ablegte, seine Kinder ohne Ausnahme in der katholischen Religion erziehen zu lassen. Da hierüber häufige Beschwerden erhoben wurden, und überdieß in den östlichen Theilen der Monarchie die katholische Geistlichkeit niemals mit ähnlichen Ansprüchen hervorgetreten war, so wurde durch die Cabinetsordre vom 17. August 1825 die Verbindlichkeit der in den älteren Landestheilen in dieser Beziehung bestehenden gesetzlichen Bestimmungen auch auf die westlichen Provinzen ausgedehnt. Nach diesen gesetzlichen Bestimmungen gilt es als Regel, daß die Kinder in der Religion des Vaters erzogen werden; und Niemand hat das Recht, den Eltern zu widersprechen, so lange sie über den Religionsunterricht einig sind. Die katholischen Geistlichen am Rhein suchten das Gesetz zu umgehen, indem sie zwar kein Versprechen mehr forderten, aber die Trauung verweigerten, wenn dasselbe nicht freiwillig angeboten wurde. Die Regierung richtete an die Bischöfe die Aufforderung diesem listigen, aber deßhalb nicht weniger gesetzwidrigen Verfahren durch Anwendung ihres Ansehens Einhalt zu thun. Die Bischöfe erklärten offen, daß dieß, so lange sie nicht ein besonderes päpstliches Breve dazu ermächtigte, ihrem Gewissen zuwider wäre. Es wurde ihnen deßhalb freigestellt, sich mit ihren Bedenken an den Papst, als das Oberhaupt ihrer Kirche, zu wenden, und die Regierung versprach, ihre Bemühungen bei dem römischen Stuhle zu unterstützen.

Dieß war der Ursprung der Unterhandlungen, die im J. 1827 begonnen und, nachdem sie mehrere Jahre hindurch, zuletzt unter der Leitung des Cardinals Capellari — des gegenwärtigen Papstes Gregor XVI. — fortge-

*) N. Würzburger Zeitung.

führt waren, das berühmte Breve Pius VIII. vom 25. März 1830 und die dasselbe begleitende Instruction vom 27. März zur Folge hatten. In dem Breve so wie in der Instruction war der frühere Anspruch auf ein bestimmtes Versprechen wegen der Kindererziehung aufgegeben, denn es war, namentlich in der Instruction, nur von Ermahnungen die Rede, die an den katholischen Theil gerichtet werden sollten, und die Trauung wurde für zulässig erklärt, sobald nur dieser Bedingung Genüge geleistet wäre. Das Breve war freilich zweideutig gefaßt, da außer den Ermahnungen auch noch cautiones oder Bürgschaften erwähnt wurden, die zu fordern wären; und eine solche Bürgschaft, wenn sie irgend etwas bedeuten sollte, ließ sich am Ende doch nicht anders erlangen, als durch ein Versprechen. Man sah hierin indessen nur den Wunsch des päpstlichen Stuhles den Schein der Folgerichtigkeit zu retten; und die rheinischen Bischöfe nahmen daher keinen Anstand, im Jahre 1834 mit der Regierung eine Uebereinkunft über das Verfahren zu treffen, welches in Zukunft in Bezug auf die gemischten Ehen zu beobachten sei. In dieser Uebereinkunft wurde es ausdrücklich anerkannt, daß eine Milderung der alten kirchlichen Strenge eingetreten sei, welche es möglich mache, der Cabinetsordre von 1825 zu genügen. Dem gemäß wurden Rundschreiben an sämmtliche katholische Pfarrer erlassen, welche ihnen aufgaben, das mildere von der Regierung geforderte Verfahren einzuführen, und es bildete sich auf diese Weise allmälig eine Praxis, welche der in dem östlichen Theile der Monarchie herrschenden in der Hauptsache vollkommen entsprechend war. Dagegen hatte man von keiner Seite etwas zu erinnern, und die Regierung glaubte daher, als durch den Tod des Erzbischofes Grafen Spiegel zum Desenberge das Erzbisthum Cöln erledigt wurde, dasselbe ohne Gefahr für die bestehende gesetzliche Ordnung mit einem Manne besetzen zu können, der durch seine Frömmigkeit unter Protestanten, wie unter Katholiken in hoher Achtung stand, wenn er gleich bei manchen früheren Gelegenheiten durch übertriebenen Glaubenseifer und priesterliche Anmaßung mehrfache Störungen und Mißhelligkeiten veranlaßt hatte: mit dem Weihbischofe Clemens Droste von Vischering zu Münster.

Man hoffte durch diese Wahl der katholischen Bevölkerung in den Rheinlanden einen unzweideutigen Beweis zu geben, daß der katholische Glaube in seiner strengsten Reinheit nicht allein auf Duldung, sondern auf denselben Schutz rechnen könne, wie der protestantische. Zugleich beobachtete man aber die Vorsicht, sich der Gesinnungen des Mannes, den man zu einer so wichtigen Stellung erheben wollte, zu versichern. Ein persönlicher Freund des Freiherrn Droste zu Vischering, der Domherr Schmülling, erhielt den Auftrag, mit diesem in vertraute Unterredung zu treten, um ihm eine Gelegenheit zu geben, seine Ansichten über den schwierigen Punkt der gemischten Ehen mit Offenheit und Redlichkeit auszusprechen. In dieser Unterredung erklärte der Freiherr Droste zu Vischering, daß er fest entschlossen sei, die Uebereinkunft

der vier rheinischen Bischöfe zu befolgen, und zum Ueberflusse gab er schriftlich die Versicherung von sich, daß er sich wohl hüten werde,

„jene, gemäß dem Breve vom Papst Pius VIII. getroffene — Vereinbarung nicht aufrecht zu erhalten oder gar, wenn solches thunlich wäre, anzugreifen oder umzustoßen."

Nach einer solchen Erklärung von einem im Rufe der strengsten Frömmigmigkeit und Redlichkeit stehenden Manne konnte die Regierung gegen die Wahl des Freiherrn Droste von Vischering nicht das geringste Bedenken mehr haben. Kaum war die Wahl jedoch erfolgt, kaum hatte der Erzbischof sein Amt angetreten, als sich von allen Seiten Beschwerden gegen das rücksichtslose Verfahren desselben erhoben; er lehnte es ab, in zweifelhaften Fällen sich mit den Behörden zu verständigen; Pfarrer, die früher als Fanatiker bekannt gewesen waren, fingen an, einen Ton anzunehmen, den man seit Jahren nicht mehr gehört hatte; in Bezug auf die gemischten Ehen wurden die alten Schwierigkeiten gemacht, und die Uebereinkunft, deren Verbindlichkeit der Erzbischof doch vor seiner Wahl selbst anerkannt hatte, schien nach derselben alle Bedeutung verloren zu haben. In einem Schreiben, welches der Erzbischof am 25. Dec. 1836 in Folge einer amtlichen Aufforderung an den Domprobst Clarssen zu Aachen richtete, wurde die Uebereinkunft der Bischöfe zwar noch als eine „in Gemäßheit" des päpstlichen Breve abgeschlossene bezeichnet, so daß es schien, als ob die rechtskräftige Verbindlichkeit derselben nicht in Zweifel gezogen werden sollte. Wenige Monate später, in einem Schreiben an den Minister der geistlichen Angelegenheiten, Freiherrn von Altenstein, vom 1. März 1837, erklärte der Erzbischof, daß er keine Zugeständnisse machen könne, die „über die Grenzen jener Uebereinkunft hinaus" gingen; auch damals stellte er daher die Verbindlichkeit der Uebereinkunft noch nicht in Abrede, wenn er gleich einfließen ließ, daß er dieselbe nicht gekannt habe, als er das Versprechen ablegte, sie zu halten. Mit Recht ließ Herr von Altenstein in seiner Antwort vom 13. März 1837 diese auffallende Bemerkung auf sich beruhen, da der übrige Inhalt des Schreibens nicht zu der Folgerung berechtigte, daß der Erzbischof sich eines so unwürdigen Vorwandes bedienen wolle, um übernommene Verpflichtungen von sich abzuwälzen; vielmehr sprach der Minister wiederholt das Vertrauen aus, der Erzbischof werde sich „pflichtmäßig an die Instruction wegen der Ausführung des päpstlichen Breve halten." Wenn der Minister hierin im Irrthum war, wie sich freilich bald genug auf die unzweifelhafteste Weise ergab, so erforderte es nicht die Höflichkeit, sondern die gemeinste Redlichkeit, durch eine offene Erklärung ihn aus einem Irrthume herauszureißen. Der Herr Erzbischof fand es jedoch seinem Vortheile angemessener, zu thun, was er für gut fand, und den Minister denken zu lassen, was diesem beliebte. Ein solches Verfahren ließ sich nur unter der Voraussetzung durchführen, entweder, daß man in Berlin gar nicht gewußt hätte, was am Rheine vorging, oder daß man es nicht gewagt hätte, dem Erzbischofe

mit Kraft entgegen zu treten. Neue Zwistigkeiten führten neue Erörterungen herbei. Man drängte den Erzbischof, sich bestimmter zu erklären, und endlich kam es heraus, daß derselbe nicht mehr und nicht weniger als Alles, was durch die Unterhandlungen mit dem römischen Stuhle seit dem Jahre 1827 erreicht und durch die Uebereinkunft der rheinischen Bischöfe von 1834 bestimmt war, von Neuem in Frage stellte. Er gestand ein, daß er „die Zulassung katholischer Trauung, ohne ein vorher von den Verlobten gegebenes Versprechen der katholischen Erziehung der Kinder" mit dem Breve Pius VIII. im Widerspruch finde und zog sich dahinter zurück, daß er die Uebereinkunft von 1834 immer nur „gemäß dem Breve" angenommen habe, was er jetzt dahin erklärte: so weit die Uebereinkunft mit dem Breve übereinstimme.

In jeder anderen Lage des Landes würde ein Mann, der sich ähnliche Winkelzüge erlaubte, jeden Anspruch auf die öffentliche Achtung verlieren. Wie es möglich war, daß der Erzbischof von Cöln sich zu einem solchen Verfahren verleiten ließ, ist ein psychologisches Räthsel, welches nur der zu lösen vermag, der mit der geheimen Geschichte der geistlichen Orden auf das Innigste vertraut ist. Der preußischen Regierung blieb nichts Anderes übrig, wenn sie nicht die völlige Unabhängigkeit der katholischen Kirche von der Staatsgewalt de facto anerkennen wollte, als den Staatsdiener, der sich einen so unwürdigen Mißbrauch ihres Vertrauens erlaubt hatte, von seinem Amte zu entfernen. Die Art, wie dieß geschehen ist, wurde durch die Mittel, deren der Erzbischof sich zu seiner Vertheidigung bediente, herbeigeführt. Zurückzutreten, nachdem man auf beiden Seiten einmal so weit gegangen ist, ist unmöglich.

Preußen und Rom.

Geschrieben am 30. März 1838.

Die Mittel, durch welche Preußen seit Friedrich dem Großen seine Stellung unter den Mächten des ersten Ranges behauptet hat, sind so einfach und nahe liegend, daß man bei oberflächlicher Betrachtung kaum etwas sonderlich Bemerkenswerthes, viel weniger etwas Bewundernswürdiges und Großes darin finden wird. Als Friedrich der Große zur Regierung kam, fand er in dem den gegenwärtigen Umfang des Königreiches Bayern wenig überschreitenden Staate ein zahlreiches, wohlgeübtes Heer, eine wohlgefüllte Schatzkammer und eine größtentheils aus germanisirten slavischen Stämmen zusammengesetzte

Bevölkerung, die in strenger einfacher Sitte zu treuer Anhänglichkeit an das Fürstenhaus, aufrichtiger Achtung vor den Gesetzen und inniger Religiösität erzogen war. Einen treuen und mächtigen Verbündeten, den er aber selbst kaum kannte, hatte Friedrich in der Meinung, die unter allen protestantischen Bevölkerungen in Deutschland verbreitet war, und die in Preußen die letzte Burg des protestantischen Glaubens, der Gewissensfreiheit und der Freiheit des Gedankens in Deutschland sah. Alle diese Hülfsmittel wären ohne das Genie des großen Königs vielleicht hinreichend gewesen, die Stellung, die Preußen unter den Staaten zweiten Ranges einnahm, zu behaupten, aber schwerlich, sich zu einer höheren empor zu schwingen. Friedrichs Geist wußte die todten Massen eines Heeres zu beleben, welches aus allen Völkern und Ländern zusammengerafft, durch kein anderes Band als die furchtbare Strenge der militairischen Disciplin zusammengehalten war. Die Vaterlandsliebe konnte auf Menschen, die kein Vaterland hatten, keinen Einfluß üben; das Gefühl der militairischen Ehre mußte die Stelle derselben ersetzen, und diese Ehre war in Friedrichs Heere kein todter Begriff, der die Massen kaum berührt, viel weniger mit fortgerissen haben würde, sondern sie war die lebendige Ausströmung des Ruhmes, den eine Reihe der glänzendsten Siege über die Kampfgenossen des Preußenkönigs breitete. — — — — — — — — — — — — — — — — —

Man überzeugte sich später, daß das, was man als die Quellen der Macht des großen Friedrichs betrachtet hatte, in der That nur sein Materiale war, und daß dieses zu der Behauptung eines großen Reiches so wenig, als zu der Begründung ausreiche. Man wußte wohl, wie mächtige Hülfe schon Friedrich dem Großen der Geist des Protestantismus gebracht hatte; aber man begriff auch, daß es nicht die Vorliebe für einzelne Glaubenssatzungen, sondern das Gefühl der Geistesfreiheit war, was die Gemüther erhob und begeisterte. Man faßte jetzt den Entschluß, dieses Gefühl der Geistesfreiheit von Neuem zu erwecken; man ahnte, daß der Volksgeist, wenn dieser alle Triebfedern des großen Räderwerkes durchdränge, noch viel kräftiger eingreifen würde, als der Geist des ausgezeichnetsten Monarchen, weil auch der ausgezeichnetste Monarch doch nie aufhört, ein einzelner Mensch zu sein, und als solcher niemals so gewaltiger Anstrengungen fähig ist, wie eine ganze Nation. Der Druck der Fremdherrschaft begünstigte das Werk der Wiederbelebung des preußischen, des deutschen Volksgeistes, und das riesenhafteste Feldherrn- und Herrschergenie, welches die neuere Geschichte kennt, wurde in dem Kampfe, den es mit dem scheinbar zur tiefsten Ohnmacht herabgesunkenen Preußen bestand, wie Spreu zermalmt. Seit dem Ausgange dieses Kampfes hat Preußen die Bedürfnisse seiner Stellung nie aus dem Auge verloren. Die Verbreitung freier Geistesbildung ist immer als die höchste Aufgabe des Staates geachtet worden; nur war die Lösung dieser Aufgabe mit Schwierigkeiten verbunden, die zuweilen den redlichsten Willen ermüden mußten.

Wir wollen hier nur eine einzelne, die aber neuerer Zeit die wichtigste geworden ist, hervorheben. Auf der einen Seite war man darüber vollkommen im Klaren, daß jede wahre Bildung, sofern sie nicht bloß zu dem Schattenbilde einer geisttödtenden Aufklärerei herabsinken sollte, auf einem religiösen Grunde beruhen müsse; auf der andern war es durch die Ausdehnung der Grenzen, die eine zahlreiche gemischte Bevölkerung mit den alten Stammländern verbunden hatte, unmöglich geworden, diesen religiösen Grund mit Festigkeit zu bestimmen. Der leichteste Ausweg, den man ergreifen konnte, wäre gewesen, mit äußerster Strenge den Protestantismus als die alte Staatsreligion festzuhalten, und die Ausübung der übrigen Glaubensbekenntnisse zwar zu gestatten, aber nicht durch Unterstützungen irgend einer Art von Seiten des Staates zu begünstigen. Man fühlte jedoch, daß ein solches Verfahren die eine Hälfte des Staates gelähmt und das Leben desselben auf den protestantischen Theil seiner Bevölkerung beschränkt hätte. Auch war der König von jenem echtchristlichen Geiste durchdrungen, der, von jeder Sectirerei entfernt, die beseligende Wahrheit der christlichen Religion nicht in den unwesentlichen veränderlichen Satzungen, in denen die verschiedenen Confessionen von einander abweichen, sondern in dem unveränderlichen Kerne suchte, in dem alle übereinstimmen. Von dieser Gesinnung ausgehend, hat die preußische Regierung den verschiedenen Confessionen des christlichen Glaubens gleichmäßigen Schutz und gleichmäßige Unterstützung verliehen; aber vielleicht hat sie gerade durch den Wunsch, beiden Theilen gleich gerecht zu sein, sich verleiten lassen, die Grenzen der Duldung in einzelnen Fällen zu Gunsten des Katholicismus zu überschreiten, und hierin liegt eine der vornehmsten Veranlassungen der Störungen, die in der letzten Zeit eingetreten sind. Der Katholicismus ist ausschließender Art, er kann nicht neben irgend einem andern Glaubensbekenntnisse, ja nicht einmal neben allgemeiner wissenschaftlicher Bildung bestehen, ohne — sobald man ihm freie Hand läßt — wenigstens einen Versuch zu machen, die Herrschaft an sich zu reißen und dieselbe zur Unterdrückung jeder freien geistigen Bewegung anzuwenden.

Daher der gewaltige Zorn, den Rom gegenwärtig zeigt, da es das Gelingen seiner Unterdrückungsplane bereits für gewiß hielt und durch das kräftige Einschreiten der preußischen Regierung mit einem Male aus seinem Traume gerissen wurde. Unbegreiflich ist es uns nur, wie der preußische Bevollmächtigte in den diplomatischen Noten, die er mit der Curie in Bezug auf den ersten Ausbruch des päpstlichen Grimmes wechselte, eine Sprache annehmen konnte, als wäre er wirklich überzeugt, daß von der Entscheidung des heil. Vaters das Seelenheil seines Monarchen — des wahren protestantischen defensor fidei — abhinge. Glücklicher Weise blieb der römische Stuhl unerbittlich, und so sehen wir denn Preußen auf der betretenen Bahn fortschreiten und für das Erste seine Beziehungen zu der römischen Kirche nach eigenem Gutbefinden ordnen, ohne sich den Geboten einer fremden Macht zu unter-

werfen. An dem heil. Vater liegt es freilich nicht, daß der ganze Rhein nicht längſt in Feuer und Flammen ſteht; indeſſen iſt es durch zu viele geſchichtliche Beiſpiele bekannt, daß Rom auch nachzugeben weiß, wenn es keinen anderen Ausweg ſieht, als daß wir über den endlichen Ausgang im geringſten Zweifel ſein könnten.

Erſter Schritt der Nachgiebigkeit von Seiten der Curie.

Geſchrieben am 8. Juni 1838.

Der Papſt ſcheint in ſeinem Streite mit der preußiſchen Regierung ſich endlich zur Nachgiebigkeit zu neigen; nach langem Zögern ſoll die Curie ſich endlich dazu bequemt haben, dem von dem Capitel zu Cöln erwählten Erzbisthumsverweſer Dr. Hüsgen die apoſtoliſche Genehmigung zu ertheilen. Sofern dieſe Nachricht, die uns von verſchiedenen Seiten gleichzeitig mitgetheilt wird, ſich beſtätigt, wäre die vornehmſte Schwierigkeit in den Mißverhältniſſen zwiſchen der preußiſchen Regierung und dem römiſchen Stuhle aus dem Wege geräumt, und es ließe ſich erwarten, daß nach der Ausgleichung der rheiniſchen kirchlichen Wirren auch der minder verwickelte Zwiſt im Großherzogthum Poſen auf friedliche Weiſe beigelegt würde. Der heilige Vater in Rom wird zwar zu der Entfernung des Erzbiſchofs von Cöln von ſeinem Sitze niemals ſeine Zuſtimmung geben, und eben ſo wenig kann er in die Forderungen willigen, welche die preußiſche Regierung in Bezug auf die gemiſchten Ehen erhebt; denn es würde ſich mit der Unfehlbarkeit des Urtheils, welche dem Statthalter Chriſti eigen iſt, ſchlecht vereinigen laſſen, wenn er heute gut hieße, was er geſtern verdammt hätte. Dieß iſt indeſſen auch auf keine Weiſe nöthig; ſondern die Curie darf gegen Preußen nur daſſelbe Verfahren beobachten, was ſie in hundert ähnlichen Fällen gegen andere Staaten beobachtet hat; ſie muß ſich entſchließen, geſchehen zu laſſen, was ſie doch nicht zu ändern vermag. Wir haben von Anfang vorhergeſagt, daß dieß das Ende der Sache ſein würde, ſobald man nur preußiſcher Seits auf dem eingeſchlagenen Wege mit Feſtigkeit beharrte. Schwerlich würde man in Rom jemals eine ſo drohende Sprache geführt haben, wie dieß in der Cölner Angelegenheit geſchehen iſt, wenn der preußiſche Bevollmächtigte, Bunſen, ſich vor dem heiligen Vater nicht ſo gar tief gedemüthigt hätte. Man mußte aus dem Tone, den Bunſen in ſeinen Noten annahm, zu Rom ſchließen, daß die preußiſche Regierung entweder einen gewaltſamen Ausbruch in den Rheinlanden

fürchte, oder daß dieselbe aus anderen Gründen auf die Erhaltung des guten Vernehmens mit dem päpstlichen Stuhle einen Werth lege, der durch kein Opfer aufgewogen würde.

Nicht unwahrscheinlich ist es, daß man beide Beweggründe voraussetzte. Denn nach der Vorstellung, welche sich die katholischen Fanatiker am Rhein und in Bayern von der Lage der Dinge machten, war allerdings der Ausbruch einer Revolution unvermeidlich; und zu Rom scheint man die Dinge gewöhnlich durch einen großen Refractor beobachtet zu haben, der in der berühmten optischen Fabrik zu München angefertigt war. Dazu kam die Coquetterie, die in unseren Tagen so häufig von den eifrigsten Protestanten mit dem Katholicismus getrieben wird. Auch hierin geht München mit einem glänzenden Beispiele voran. Wir halten es wenigstens für ein exemplum sine exemplo, daß das Haupt der protestantischen Kirchenverwaltung in Bayern, der Präsident des Oberconsistoriums, Roth, der jeden Candidaten vom Examen zurückweist, der das Unglück hat, in seinen Ansichten sich zum Rationalismus zu neigen, bei Gelegenheit der jüngsten Verhandlungen in der Ständeversammlung über das Klosterwesen, in der Toleranz so weit ging, den frommen Unfug der Mönche und Nonnen gegen aufgeklärte Katholiken zu vertheidigen. Aus der erbaulichen Correspondenz des erzbischöflichen Caplans Michelis ist es bekannt, welcher Mittel sich die Jesuiten und ihre Freunde bedienten, um die Regierungen für die Sache des Katholicismus zu gewinnen. Ganz Unrecht hatten die frommen Männer nicht; denn wenn man von der Ansicht ausgeht, daß blinder Gehorsam die Eigenschaft ist, die den Unterthanen am meisten ziert, so thut man klug, ihm vor allen Dingen den blinden Glauben in religiösen Dingen einzuprägen. Das freie Urtheil ist verführerisch. Wenn der Geist einmal daran gewöhnt ist, in der einen Sache seinem eigenen Urtheile zu vertrauen, so wird man ihn nicht leicht mehr dahin bringen, in irgend einer andern ganz auf sein Urtheil zu verzichten.

Die List der Hierarchie liegt nur darin, daß sie zwar den Regierungen Wort hält, wenn sie denselben verspricht, treue und gehorsame Unterthanen zu bilden, daß sie aber dabei die Regierungen in eine ähnliche Abhängigkeit von sich selbst versetzt, wie die Unterthanen von der Regierung, und daß sogar die Unterthanentreue in dem Augenblicke zu Ende ist, in welchem es sich von der Wahl zwischen dem Gehorsam gegen die geistlichen oder die weltlichen Oberen handelt. Vielleicht wäre, auf eine Zeitlang wenigstens, der schlaue Plan gelungen, wenn derselbe nicht durch den Ungestüm der Herren zu Cöln und zu München allzu früh verrathen worden wäre. Wir sollten meinen, daß nach den Vorgängen, die seit der Verhaftung des Erzbischofs von Cöln zur Sprache gekommen sind, nicht allein den protestantischen, sondern auch den katholischen Regierungen die Augen geöffnet sein müssen. Noch größer mag aber die Enttäuschung gewesen sein, die zu Rom Statt gefunden hat, als man sah, daß alle die Berichte, die aus dem Osten und aus dem Westen von der Ausbrei-

dieſen Umſtänden nichts anderes gethan, als was jede Regierung, gleichviel ob eine proteſtantiſche oder katholiſche, die ihre eigene Unabhängigkeit achtet, gethan haben würde. Sie hat die Geſetze des Staates durch die Mittel, die ihr zu Gebote ſtanden, aufrecht gehalten. Der Erzbiſchof von Cöln wurde verhaftet, nicht, weil er ſeinem Glauben treu blieb, nicht, weil er als das Haupt der katholiſchen Kirche am Rhein in dem Sinne und Geiſte der katholiſchen Kirche handelte, ſondern weil er als hochgeſtellter öffentlicher Beamter ſeinen Pflichten gegen den Staat untreu wurde, weil er das Vertrauen des Königs täuſchte, dem er eben ſo gut wie dem Papſte den Eid der Treue geſchworen, weil er das Anſehen, welches die Regierung ihm übertragen, dazu benutzte, einer fremden Macht einen Einfluß zu verſchaffen, der, ſobald derſelbe einmal hinreichend feſt begründet war, bei der erſten günſtigen Gelegenheit ohne Frage zu dem Sturze der Staatsgewalt verwandt worden wäre. Gegen die Häupter der katholiſchen Kirche in den öſtlichen Provinzen iſt man nicht mit gleicher Strenge eingeſchritten, weil hier die Gefahr eine geringere war, und weil man ſie unſchädlich machen konnte, ohne zu Mitteln zu greifen, die ſo leicht einer Mißdeutung ausgeſetzt waren. Die Plane des römiſchen Stuhles waren aber zu weit gediehen, als daß derſelbe ſo leicht das bereits gewonnene Terrain hätte aufgeben ſollen. Himmel und Erde wurden in Bewegung geſetzt, um die preußiſche Regierung von der Verfolgung des eben ſo feſten als gemäßigten Verfahrens abzuſchrecken, durch welches ſie alle Anſchläge ihrer im Geheimen wirkenden Gegner zerſtörte. Der Kampf, bei dem es ſich viel weniger um religiöſe Meinungen, als um politiſche Macht handelte, wurde als ein Religionsſtreit dargeſtellt, und kein Mittel wurde verſchmäht, um die Gemüther der Unerfahrenen zu verwirren, irre zu leiten, zu offener Auflehnung gegen die Staatsgewalt zu verführen. Die neueſte Frucht dieſer Beſtrebungen iſt der Auflauf zu Cöln, und von dieſem Geſichtspunkte aus erhält derſelbe eine Wichtigkeit, die zu der aufmerkſamſten Prüfung ſeiner Veranlaſſungen, wie ſeiner Triebfedern auffordert.

Es liegt in dem Weſen des Katholicismus, in der Form, in welcher die römiſche Hierarchie denſelben feſtgebannt hat, daß er jede Freiheit des Gedankens ausſchließt. Wie der Prieſter blindlings den Geboten ſeiner Obern unterworfen iſt, denen er nicht allein ſeine äußeren Handlungen, ſondern ſeine innerſten Gedanken, die innerſten Bewegungen ſeines Gemüthes unterordnen muß, ſo wird die ganze Maſſe des Volkes blindlings den Geboten des Prieſters unterworfen, der allein zu entſcheiden hat, was gut und was böſe, was Tugend und was Sünde iſt, der durch ſein Wort die Pforten der ewigen Seligkeit öffnet oder in die Tiefen der ewigen Verdammung hinabſtößt. Nicht in dieſer oder jener Glaubenslehre, ſondern in dem blinden Gehorſam gegen die Gebote des Prieſterthums liegt das eigentliche Weſen des Katholicismus. Es iſt leicht begreiflich, daß eine ſolche Religion beſonders dazu geeignet iſt, auf die willenloſe, gedankenloſe Maſſe zu wirken, die

nichts dabei zu verlieren hat, wenn sie ihren Geist einer fremden Meinung sclavisch gefangen giebt. Zugleich aber ist es einleuchtend, daß dem Staate nichts anderes übrig bleibt, als sich ohne Weiteres dem katholischen Priesterthume zu unterwerfen, sobald er sich nicht in den gefährlichsten Kampf einlassen will, oder dem Priesterthume bestimmte Schranken anzuweisen, aus denen es nicht heraustreten darf, ohne die ganze Schwere der Staatsgewalt zu empfinden. Diese Schranken sind denn nun auch in den neueren Staaten und zwar in den katholischen, wie in den protestantischen, überall gesetzt. Der Staat hat sich ein Aufsichtsrecht vorbehalten, durch welches es ihm möglich wird, zu verhindern, daß die priesterliche Gewalt nicht eine Richtung nimmt, die der öffentlichen Ruhe und Sicherheit Gefahr droht. Der Staat ernennt die Häupter der Kirche und verpflichtet sie sich zum Gehorsam, und der Staat ordnet die Beziehungen, in denen diese Häupter zu dem großen allgemeinen Haupte der katholischen Kirche in Rom stehen; alle Mittheilungen, die von den Bischöfen an den römischen Stuhl gelangen sollen, müssen durch die Hände der obersten Staatsbehörde gehen, und auf der andern Seite hat keine kirchliche Verfügung des römischen Stuhles für die Bischöfe verbindliche Kraft, bevor sie die Genehmigung der Staatsbehörde erhalten hat. Diese Ordnung der Dinge hat der römische Stuhl neuerer Zeit in Preußen umzustoßen versucht; die preußische Regierung versicht, indem sie dieselbe aufrecht zu halten sucht, die Sache aller Regierungen; aber der Kampf, zu dem sie sich gedrängt sieht, ist kaum begonnen und noch weit von seiner Beendigung entfernt. Der römische Stuhl hat Mittel gefunden, der katholischen Clerisei seine Befehle zugehen zu lassen, ohne sich der Vermittelung der Staatsbehörden zu bedienen; und in vielen Gegenden schwanken die katholischen Priester zwischen dem Gehorsam gegen den römischen Stuhl und dem Gehorsam gegen den Staat; in manchen haben die meisten sogar offen Partei für den römischen Stuhl gegen den Staat genommen. Dieß ist besonders in vielen katholischen Gemeinden am Rhein der Fall; und hier hat der Staat keine andere Wahl, als der geistlichen Autorität die weltliche entgegenzusetzen und jede Verletzung der ersten mit der äußersten Strenge und Schärfe zu ahnden. Die Massen des irregeleiteten Volkes müssen durch Gewalt in Ordnung gehalten, die Verführer ohne Rücksicht auf ihren Stand der ganzen Strenge der Gesetze überliefert werden. Und für die Zukunft muß der Staat dafür sorgen, daß er zu Lehrern des Volkes nicht Männer setzt, die sich dem Papste mehr verpflichtet halten als dem Könige.

Die politische Bedeutung der kirchlichen Wirren.

Geschrieben am 12. December 1838.

Jahr und Tag sind verflossen, seit die Verhaftung des Erzbischofs von Cöln den Streit mit der katholischen Kirche in Preußen nicht sowohl veranlaßt, als aufgedeckt und zur öffentlichen Kunde gebracht hat. Der Zwist, der vor der Verhaftung des Erzbischofs auf eine einzelne Provinz beschränkt war, hat sich seitdem beinahe über den ganzen Umfang der Monarchie verbreitet; und wenn man den Erfolg politischer Maßregeln immer nur nach den nächsten äußeren Zeichen beurtheilen dürfte, so hätte sich die Verhaftung des Erzbischofs daher als ein entschiedener Mißgriff herausgestellt. Auch ist in der That von mehr als einer Seite die Frage aufgeworfen worden, was durch einen Schritt gewonnen sei, der, statt die katholische Geistlichkeit am Rhein zur Nachgiebigkeit zu vermögen, dieselbe vielmehr dort zu hartnäckigerem Widerspruch aufgereizt und überdieß den katholischen Clerus in den östlichen Provinzen — besonders im Großherzogthume Posen und in Westpreußen — zur Nacheiferung herausgefordert habe. Aber man würde sich sehr irren, wenn man glaubte, daß die Uebel, die bei dem Bruche mit Rom plötzlich auf hundert verschiedenen Punkten zum Vorschein kamen, früher gar nicht vorhanden gewesen und erst durch diesen Bruch hervorgerufen worden wären. Der fanatische, der römischen Hierarchie unverbrüchlich ergebene Theil des Clerus sah sich nur durch das offene Einschreiten des Staates genöthigt, das Werk, welches er im Stillen begonnen und im Geheimen unbeobachtet zu vollenden gehofft hatte, jetzt vor aller Welt am hellen Tage fortzuführen. Die Eulen und Fledermäuse, die sich in allen Winkeln des alten gothischen Domes eingenistet, wurden durch den Schlag, der den Erzbischof traf, gewaltsam aufgestört und flatterten mit wüstem Geräusch um ihre verlassenen Schlupfwinkel herum. Daraus ging allerdings eine augenblickliche Belästigung hervor, man hatte aber keine andere Wahl, als sich diese gefallen zu lassen, wenn man dem Ungeziefer nicht ohne einen Versuch des Widerstandes gewonnen Spiel geben und die Räume, die es eingenommen, zum ausschließlichen Eigenthume überlassen wollte. Der preußische Staat würde aber, wenn er dem Treiben der katholischen Geistlichkeit geduldig bis zum Ende zugesehen hätte, nicht allein die wichtigsten Pflichten gegen seine Angehörigen versäumt, sondern sogar seine äußere, wie innere Sicherheit gefährdet haben. Wenn die Plane, für welche der Erzbischof von Cöln gewonnen war, ihrem vollen Umfange nach ausgeführt waren, so blieb nur noch ein Schritt bis zur Herstellung der weltlichen

preußische Regierung keinen Anstand genommen, den päpstlichen Erlassen (unter dem 13. v. M.) die gesetzlich erforderliche Genehmigung zu ertheilen; und der Generalvicarius Hüsgen hat den Theil derselben, welcher seine Bestätigung in der Verwaltung enthält, durch ein Rundschreiben vom 30. v. M. der Geistlichkeit seines Sprengels zur Kenntniß gebracht *).

Der Tumult zu Cöln.

Geschrieben am 2. November 1838.

Der Tumult, der in diesen Tagen zu Cöln am Rhein Statt gefunden hat, ist zwar an und für sich nichts weniger als ein politisches Ereigniß. Straßenaufläufe, welche durch die verschiedenartigsten Ursachen veranlaßt werden, kehren in größeren oder geringeren Zwischenräumen in jeder Stadt von einigem Umfange von Zeit zu Zeit wieder; und es verriethe die kurzsichtigste Befangenheit, wenn man aus denselben auf das Vorhandensein irgend eines revolutionairen Elementes schließen wollte, außer jenem, welches überall in der Anhäufung roher, müssiger und eigenthumloser Volksmassen liegt. Von dem Pöbel, der sich in jeder größeren Stadt findet, ist noch nie eine Revolution ausgegangen, weil der Pöbel, wie ungebehrdig er sich auch anstellen mag, keinen gemeinschaftlichen Willen hat. Frage man die gährenden Massen, die bei der geringsten Veranlassung bereit sind, jeden möglichen Unfug zu verüben, frage man sie, was sie wollen, und sie werden entweder ganz die Antwort schuldig bleiben oder statt der Antwort in das albernste und sinnloseste Geschrei ausbrechen. Da, wo in dem Treiben des Pöbels sich irgend etwas ausspricht, was man einen Gedanken nennen kann, darf man immer überzeugt sein, daß derselbe durch Personen angeregt ist, die ihre Bildung und ihre gesellschaftliche Stellung über den Pöbel erhebt. So auch bei dem Auflaufe zu Cöln. Die preußische Regierung ist entschlossen, das Eingreifen einer fremden Macht in ihre inneren Angelegenheiten nicht zu dulden. Dieß ist der Grund ihrer Entzweiung mit dem römischen Stuhle, der sich das Recht anmaßt, nicht allein in Sachen des Glaubens, sondern auch in Dingen, die sich unmittelbar auf das bürgerliche Leben beziehen, der katholischen Bevölkerung in Preußen Gesetze vorzuschreiben, die mit der Gesetzgebung des Staates im schroffsten Widerspruche stehen. Die preußische Regierung hat unter

*) S. Cölner Zeitung vom 11. Juli.

den hervorgehen, gar nicht in Betracht. Am Rhein hat der fanatische Theil des Clerus Alles aufgeboten, um die Maßregeln der Regierung den niederen Ständen in verkehrtem Lichte darzustellen und dadurch eine künstliche Erbitterung hervorzurufen, die bei einzelnen Gelegenheiten sogar zu gewaltthätigen Ausbrüchen geführt hat. Die Zeiten sind jedoch längst vorüber, wo ein fanatisirter Pöbel dem Staate und der Gesellschaft Gesetze vorschreiben konnte, und die preußische Regierung ist durch die ärgerlichen Auftritte zu Münster, Cöln und Coblenz so wenig eingeschüchtert, als zu irgend einer Uebereilung verleitet worden. Die preußische Regierung geht ihren gemessenen Gang fort; die Nachsicht, die sie bisher den trotzigsten Herausforderungen von Seiten des römischen Stuhles und seiner Anhänger entgegengesetzt hat, beweist unwiderleglich, wie weit sie von Verfolgungssucht und Unduldsamkeit entfernt ist; aber auf der andern Seite dürfen wir hoffen, daß sie um keinen Preis sich zu Zugeständnissen verstehen wird, durch welche ihrer eigenen Würde und Selbstständigkeit, so wie der geistigen Freiheit ihrer Unterthanen das Geringste vergeben würde.

Die Hierarchie und die religiöse Richtung unserer Zeit

Geschrieben am 22. Juni 1838.

Ein wohl zu beachtendes Zeichen der Zeit ist der bedeutende Antheil, den die religiöse Gesinnung an allen unseren politischen Bewegungen zu nehmen anfängt. Die Aufklärung des vorigen Jahrhunderts war durchaus verneinender Art. Man begann die Entdeckungen, die man in den Wissenschaften gemacht hatte, zu ordnen, und in der ersten Freude über den unerwarteten Reichthum, in dessen Besitz man sich sah, verwarf man Alles, was mit der neu aufgefundenen Weisheit nicht zusammenstimmen wollte. Die heftigsten Angriffe waren gegen die Religion gerichtet, weil diese in den bestimmten kirchlichen Formen, in denen sie sich ausgebildet hatte, mit der Wissenschaft allerdings im schroffsten Widerspruche stand. Von den beiden christlichen Hauptconfessionen, dem Katholicismus und dem Protestantismus, war es besonders die erste, die am meisten zu leiden hatte. Zwischen dem Protestantismus und der Aufklärung ließ sich ein Vergleich herstellen, weil jener den Verstand von den Untersuchungen in Gegenständen des Glaubens nicht ausschloß, und es bildete sich sogar eine besondere Schule unter den protestantischen Gottesgelehrten, welche die ganze moderne Aufklärung in ihre Glaubenslehre mit auf-

nahm und Alles aus derselben ausschied, was von der Aufklärung nicht gut geheißen wurde: die Schule der Rationalisten. Zwischen der Aufklärung und dem Katholicismus war dagegen keine Ausgleichung möglich, da dieser geradezu verlangt, daß man in Sachen des Glaubens die Vernunft gefangen nehmen und sich blindlings den Vorschriften der Kirche unterwerfen soll. Hier wurde der Kampf daher ein Streit auf Tod und Leben, und gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts schien es, als ob dem Katholicismus unvermeidliche Vernichtung bevorstände. Die französische Revolution war der entschiedenste Sieg, welchen die Aufklärung erringen konnte. Die Vernunft wurde in Frankreich als die einzige Gottheit aufgestellt, und nicht allein der Katholicismus, sondern das Christenthum und überhaupt jede Religion wurde abgeschafft. Alles kam jetzt nur noch darauf an, ob die Grundsätze der Revolution sich in Frankreich selbst behaupteten und von hier aus allmälig über das übrige Europa verbreiteten, oder ob auf den ersten scheinbar entscheidenden Sieg eben so entscheidende Niederlagen folgten.

Daß das Letzte der Fall war, daß die Revolution besiegt und die Aufklärung oder die einseitige Verstandesbildung in ihre Grenzen zurückgedrängt wurde, hat die Welt dem Protestantismus zu danken. Die Verstandesbildung hatte zu große Fortschritte gemacht, als daß das Ableugnen der Vernunft nicht allgemein als Unvernunft erschienen wäre; daher finden wir, daß der Katholicismus überall, wo es nicht gelang, die Grundsätze der Revolution entfernt zu halten, in seinen Grundfesten erschüttert oder ganz unterlegen ist. Der Protestantismus, der die Aufklärung selbst nicht verwerfen durfte, vermochte dagegen, die Uebertreibungen und Verirrungen der Aufklärung zu erkennen, wenn diese den klaren, hellen, schneidenden aber kalten und eben doch auch beschränkten Verstand als den einzigen Richter gelten lassen wollte, und der dunkeln unbestimmten, aber lebenvollen und dem Verstande nie zugänglichen Gefühlswelt jedes Recht auf das Dasein absprach. Dies ist der Grund, weßhalb die Revolution niemals in protestantischen Ländern hat Wurzel fassen können, und weßhalb der Widerstand gegen die Revolution hauptsächlich von protestantischen Staaten — England und Preußen — ausgegangen ist. Nur der Protestantismus konnte die Revolution besiegen, während der Katholicismus selbst nach dem Siege nicht im Stande war, den gefesselten und zu Boden liegenden Feind gefangen zu halten. Denn umsonst würde man es sich verbergen, daß die französische Julirevolution, welche „die glorreichen Tage von 1789“ erneute, eben so sehr eine religiöse, wie eine politische Bewegung war. Die Vorliebe Karls X. für das katholische Priesterthum trug gewiß eben so viel dazu bei, ihm die Gemüther zu entfremden, als seine Vorliebe für den Adel und für die Gewohnheiten des ancien régime. Von ernster Bedeutung ist es, daß nach dem Siege die Wuth des Volkes eben so sehr gegen die Kreuze auf den Kirchen, wie gegen die Lilien des königlichen Wappens in den Palästen und anderen öffentlichen Gebäuden gerichtet war. Auch wird es

Niemand für zufällig halten, daß die revolutionairen Bewegungen, die als eine Folge der Julirevolution anzusehen waren, beinahe ausschließlich in katholischen Ländern zum Ausbruche gekommen sind.

Auf jede große Anstrengung folgt ein Rückfall, und die Vertreter des Katholicismus haben denselben dazu benutzt, um den Kampf zu erneuen und einen letzten Versuch zu machen, ob sich das verlorene Terrain nicht wieder gewinnen läßt. Zweierlei ist dem katholischen Priesterthume bei diesen Bemühungen hauptsächlich zu Hülfe gekommen; einmal der Umstand, daß in dem Kampfe gegen die Revolution alle Regierungen seine natürlichen Verbündeten sind, weil die Revolution zugleich die weltliche und die geistliche Gewalt angreift; sodann das Wiedererwachen des Sinnes für die Frömmigkeit und Religion, welches eine Zeitlang durch die Aufklärung beinahe ganz unterdrückt oder wenigstens in den dunkelsten Hintergrund des Gemüthes zurückgedrängt war. Nichts war natürlicher, als daß man, sobald man sich von dem Ungenügenden einer reinen Verstandesbildung überzeugte, in das entgegengesetzte Aeußerste übersprang; so sehen wir denn in unseren Tagen nicht selten Männer, die in früheren Jahren als die Wortführer der Revolution aufgetreten waren, mit einem Male unter die Vorkämpfer des Katholicismus treten; und nur gedankenlose Gemeinheit kann daraus ohne Weiteres folgern, daß es diesen Männern gegenwärtig eben so wenig Ernst sei, als es ihnen früher Ernst gewesen wäre, und auf diese Voraussetzung niedrige Verdächtigungen begründen, wie in mehreren deutschen Blättern gegen Görres und seine Genossen geschehen ist. Ernst ist es diesen Leuten gewiß, und gerade dieß macht sie gefährlich, denn man darf mit Sicherheit darauf rechnen, daß keine Anstrengung ihnen zu schwer, kein Opfer zu theuer sein wird, wenn sie dadurch hoffen dürfen, ihr Ziel zu erreichen. Daß mit solchen Verbündeten der Katholicismus in der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht hat, kann uns eben nicht befremden. Noch viel weiter würde man gekommen sein, wenn die Regierungen durch die Vorgänge zu Cöln und Gnesen nicht darauf aufmerksam geworden wären, daß der Bund mit dem Katholicismus kein so gefahrloser ist, wie man anfangs, durch die nähere Gefahr der Revolution getäuscht, sich einbildete.

Bewundern müssen wir die unermüdliche Beharrlichkeit, welche die Hierarchie in dem Kampfe zeigt, dessen letzter Zweck die Herstellung ihrer alten unbeschränkten geistlichen Herrschaft ist. In Frankreich zertrümmerte die Julirevolution alle Hoffnungen, die man auf die Restauration gesetzt hatte; so wie es sich zeigte, daß die neue Ordnung der Dinge festen Bestand gewann, wußte man sich mit der revolutionairen Regierung in ein erträgliches Vernehmen zu setzen, und in diesem Augenblicke erheben an vielen Orten in Frankreich die Priester ihr Haupt wieder eben so hoch, wie in den besten Tagen der Restauration. In Belgien ist die Hierarchie der Erreichung ihres Zweckes ungleich näher gekommen; und hier sehen wir sonderbar genug den Katholi-

cismus im Bunde mit der Revolution, was unbegreiflich wäre, wenn es nicht durch die Schlauheit der belgischen Priester und die Unerfahrenheit der belgischen Liberalen erklärt würde. In Spanien muß der Bürgerkrieg dazu dienen, die gekränkten Rechte der Hierarchie zu rächen; ohne den Beistand des Priesterthums würde Don Carlos sich von dem ersten Anfange des Kampfes keine Stunde zu halten vermocht haben. In Portugal möchte die Geistlichkeit gern ein ähnliches Spiel treiben. Hier hat der Sieg sich gegen den Schützling der Hierarchie erklärt, aber deßhalb giebt diese ihre Sache nicht verloren. Man sieht ein, daß für den Augenblick nichts zu machen ist, und wartet daher die Zeit ab, wo günstigere Umstände eintreten. Auch in der Schweiz ist der Katholicismus den politischen Bewegungen nicht fremd, welche in der letzten Zeit die Ruhe in mehreren Cantonen bedroht haben. Der Canton Schwyz, dessen innere Zerrüttung schon einmal die Einmischung der Tagsatzung nothwendig gemacht hat, ist besonders der Hauptheerd des Katholicismus. Wenn die Pfaffen das Feuer nicht schürten, wäre wahrscheinlich in der Schweiz längst die Ruhe zurückgekehrt. Aber das Spiel, das sie in der Schweiz treiben, wird schwerlich zu ihrem Heile ausschlagen; und wir fürchten, daß es ihnen an anderen Orten nicht besser geht.

Leo's Hegelingen.

Geschrieben am 25. October 1838.

Ein literarischer Streit, der sich in diesen Tagen erhoben hat, droht eine Wendung zu nehmen, durch welche derselbe eine weitreichende politische Bedeutung gewinnen würde. Ein durch viele zum Theil nicht unverdienstliche Werke bekannter Lehrer an einer deutschen Universität, Professor Leo zu Halle, ist in einer kleinen Schrift, die er unter dem sonderbaren Titel: „Die Hegelingen" herausgegeben, als öffentlicher Ankläger nicht allein gegen einzelne seiner Collegen, sondern gegen eine über ganz Deutschland verbreitete und besonders im preußischen Staate hochgeachtete philosophische Schule aufgetreten, indem er sie beschuldigt, Ansichten und Lehren aufzustellen, welche die Gemüther der Jugend irreleiteten, durch welche Religion und Sitte untergraben, das Christenthum gestürzt und der Staat in seinen Grundfesten erschüttert würde. Er fordert die deutschen Regierungen auf, diesem Unwesen durch kräftiges Einschreiten ein Ende zu machen; denn wenn er sich auch zunächst nur an die deutsche Nation wendet, die er aufruft, zu urtheilen und zu richten, so ist doch

den hervorgehen, gar nicht in Betracht. Am Rhein hat der fanatische Theil des Clerus Alles aufgeboten, um die Maßregeln der Regierung den niederen Ständen in verkehrtem Lichte darzustellen und dadurch eine künstliche Erbitterung hervorzurufen, die bei einzelnen Gelegenheiten sogar zu gewaltthätigen Ausbrüchen geführt hat. Die Zeiten sind jedoch längst vorüber, wo ein fanatisirter Pöbel dem Staate und der Gesellschaft Gesetze vorschreiben konnte, und die preußische Regierung ist durch die ärgerlichen Auftritte zu Münster, Cöln und Coblenz so wenig eingeschüchtert, als zu irgend einer Uebereilung verleitet worden. Die preußische Regierung geht ihren gemessenen Gang fort; die Nachsicht, die sie bisher den trotzigsten Herausforderungen von Seiten des römischen Stuhles und seiner Anhänger entgegengesetzt hat, beweist unwiderleglich, wie weit sie von Verfolgungssucht und Unduldsamkeit entfernt ist; aber auf der andern Seite dürfen wir hoffen, daß sie um keinen Preis sich zu Zugeständnissen verstehen wird, durch welche ihrer eigenen Würde und Selbstständigkeit, so wie der geistigen Freiheit ihrer Unterthanen das Geringste vergeben würde.

Die Hierarchie und die religiöse Richtung unserer Zeit

Geschrieben am 22. Juni 1838.

Ein wohl zu beachtendes Zeichen der Zeit ist der bedeutende Antheil, den die religiöse Gesinnung an allen unseren politischen Bewegungen zu nehmen anfängt. Die Aufklärung des vorigen Jahrhunderts war durchaus verneinender Art. Man begann die Entdeckungen, die man in den Wissenschaften gemacht hatte, zu ordnen, und in der ersten Freude über den unerwarteten Reichthum, in dessen Besitz man sich sah, verwarf man Alles, was mit der neu aufgefundenen Weisheit nicht zusammenstimmen wollte. Die heftigsten Angriffe waren gegen die Religion gerichtet, weil diese in den bestimmten kirchlichen Formen, in denen sie sich ausgebildet hatte, mit der Wissenschaft allerdings im schroffsten Widerspruche stand. Von den beiden christlichen Hauptconfessionen, dem Katholicismus und dem Protestantismus, war es besonders die erste, die am meisten zu leiden hatte. Zwischen dem Protestantismus und der Aufklärung ließ sich ein Vergleich herstellen, weil jener den Verstand von den Untersuchungen in Gegenständen des Glaubens nicht ausschloß, und es bildete sich sogar eine besondere Schule unter den protestantischen Gottesgelehrten, welche die ganze moderne Aufklärung in ihre Glaubenslehre mit auf-

nahm und Alles aus derselben ausschied, was von der Aufklärung nicht gut geheißen wurde: die Schule der Rationalisten. Zwischen der Aufklärung und dem Katholicismus war dagegen keine Ausgleichung möglich, da dieser geradezu verlangt, daß man in Sachen des Glaubens die Vernunft gefangen nehmen und sich blindlings den Vorschriften der Kirche unterwerfen soll. Hier wurde der Kampf daher ein Streit auf Tod und Leben, und gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts schien es, als ob dem Katholicismus unvermeidliche Vernichtung bevorstände. Die französische Revolution war der entschiedenste Sieg, welchen die Aufklärung erringen konnte. Die Vernunft wurde in Frankreich als die einzige Gottheit aufgestellt, und nicht allein der Katholicismus, sondern das Christenthum und überhaupt jede Religion wurde abgeschafft. Alles kam jetzt nur noch darauf an, ob die Grundsätze der Revolution sich in Frankreich selbst behaupteten und von hier aus allmälig über das übrige Europa verbreiteten, oder ob auf den ersten scheinbar entscheidenden Sieg eben so entscheidende Niederlagen folgten.

Daß das Letzte der Fall war, daß die Revolution besiegt und die Aufklärung oder die einseitige Verstandesbildung in ihre Grenzen zurückgedrängt wurde, hat die Welt dem Protestantismus zu danken. Die Verstandesbildung hatte zu große Fortschritte gemacht, als daß das Ableugnen der Vernunft nicht allgemein als Unvernunft erschienen wäre; daher finden wir, daß der Katholicismus überall, wo es nicht gelang, die Grundsätze der Revolution entfernt zu halten, in seinen Grundfesten erschüttert oder ganz unterlegen ist. Der Protestantismus, der die Aufklärung selbst nicht verwerfen durfte, vermochte dagegen, die Uebertreibungen und Verirrungen der Aufklärung zu erkennen, wenn diese den klaren, hellen, schneidenden aber kalten und eben doch auch beschränkten Verstand als den einzigen Richter gelten lassen wollte, und der dunkeln unbestimmten, aber lebenvollen und dem Verstande nie zugänglichen Gefühlswelt jedes Recht auf das Dasein absprach. Dies ist der Grund, weßhalb die Revolution niemals in protestantischen Ländern hat Wurzel fassen können, und weßhalb der Widerstand gegen die Revolution hauptsächlich von protestantischen Staaten — England und Preußen — ausgegangen ist. Nur der Protestantismus konnte die Revolution besiegen, während der Katholicismus selbst nach dem Siege nicht im Stande war, den gefesselten und zu Boden liegenden Feind gefangen zu halten. Denn umsonst würde man es sich verbergen, daß die französische Julirevolution, welche „die glorreichen Tage von 1789“ erneute, eben so sehr eine religiöse, wie eine politische Bewegung war. Die Vorliebe Karls X. für das katholische Priesterthum trug gewiß eben so viel dazu bei, ihm die Gemüther zu entfremden, als seine Vorliebe für den Adel und für die Gewohnheiten des ancien régime. Von ernster Bedeutung ist es, daß nach dem Siege die Wuth des Volkes eben so sehr gegen die Kreuze auf den Kirchen, wie gegen die Lilien des königlichen Wappens in den Palästen und anderen öffentlichen Gebäuden gerichtet war. Auch wird es

Niemand für zufällig halten, daß die revolutionairen Bewegungen, die als eine Folge der Julirevolution anzusehen waren, beinahe ausschließlich in katholischen Ländern zum Ausbruche gekommen sind.

Auf jede große Anstrengung folgt ein Rückfall, und die Vertreter des Katholicismus haben denselben dazu benutzt, um den Kampf zu erneuen und einen letzten Versuch zu machen, ob sich das verlorene Terrain nicht wieder gewinnen läßt. Zweierlei ist dem katholischen Priesterthume bei diesen Bemühungen hauptsächlich zu Hülfe gekommen; einmal der Umstand, daß in dem Kampfe gegen die Revolution alle Regierungen seine natürlichen Verbündeten sind, weil die Revolution zugleich die weltliche und die geistliche Gewalt angreift; sodann das Wiedererwachen des Sinnes für die Frömmigkeit und Religion, welches eine Zeitlang durch die Aufklärung beinahe ganz unterdrückt oder wenigstens in den dunkelsten Hintergrund des Gemüthes zurückgedrängt war. Nichts war natürlicher, als daß man, sobald man sich von dem Ungenügenden einer reinen Verstandesbildung überzeugte, in das entgegengesetzte Aeußerste übersprang; so sehen wir denn in unseren Tagen nicht selten Männer, die in früheren Jahren als die Wortführer der Revolution aufgetreten waren, mit einem Male unter die Vorkämpfer des Katholicismus treten; und nur gedankenlose Gemeinheit kann daraus ohne Weiteres folgern, daß es diesen Männern gegenwärtig eben so wenig Ernst sei, als es ihnen früher Ernst gewesen wäre, und auf diese Voraussetzung niedrige Verdächtigungen begründen, wie in mehreren deutschen Blättern gegen Görres und seine Genossen geschehen ist. Ernst ist es diesen Leuten gewiß, und gerade dieß macht sie gefährlich, denn man darf mit Sicherheit darauf rechnen, daß keine Anstrengung ihnen zu schwer, kein Opfer zu theuer sein wird, wenn sie dadurch hoffen dürfen, ihr Ziel zu erreichen. Daß mit solchen Verbündeten der Katholicismus in der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht hat, kann uns eben nicht befremden. Noch viel weiter würde man gekommen sein, wenn die Regierungen durch die Vorgänge zu Cöln und Gnesen nicht darauf aufmerksam geworden wären, daß der Bund mit dem Katholicismus kein so gefahrloser ist, wie man anfangs, durch die nähere Gefahr der Revolution getäuscht, sich einbildete.

Bewundern müssen wir die unermüdliche Beharrlichkeit, welche die Hierarchie in dem Kampfe zeigt, dessen letzter Zweck die Herstellung ihrer alten unbeschränkten geistlichen Herrschaft ist. In Frankreich zertrümmerte die Julirevolution alle Hoffnungen, die man auf die Restauration gesetzt hatte; so wie es sich zeigte, daß die neue Ordnung der Dinge festen Bestand gewann, wußte man sich mit der revolutionairen Regierung in ein erträgliches Vernehmen zu setzen, und in diesem Augenblicke erheben an vielen Orten in Frankreich die Priester ihr Haupt wieder eben so hoch, wie in den besten Tagen der Restauration. In Belgien ist die Hierarchie der Erreichung ihres Zweckes ungleich näher gekommen; und hier sehen wir sonderbar genug den Katholi-

cismus im Bunde mit der Revolution, was unbegreiflich wäre, wenn es nicht durch die Schlauheit der belgischen Priester und die Unerfahrenheit der belgischen Liberalen erklärt würde. In Spanien muß der Bürgerkrieg dazu dienen, die gekränkten Rechte der Hierarchie zu rächen; ohne den Beistand des Priesterthums würde Don Carlos sich von dem ersten Anfange des Kampfes keine Stunde zu halten vermocht haben. In Portugal möchte die Geistlichkeit gern ein ähnliches Spiel treiben. Hier hat der Sieg sich gegen den Schützling der Hierarchie erklärt, aber deßhalb giebt diese ihre Sache nicht verloren. Man sieht ein, daß für den Augenblick nichts zu machen ist, und wartet daher die Zeit ab, wo günstigere Umstände eintreten. Auch in der Schweiz ist der Katholicismus den politischen Bewegungen nicht fremd, welche in der letzten Zeit die Ruhe in mehreren Cantonen bedroht haben. Der Canton Schwyz, dessen innere Zerrüttung schon einmal die Einmischung der Tagsatzung nothwendig gemacht hat, ist besonders der Hauptheerd des Katholicismus. Wenn die Pfaffen das Feuer nicht schürten, wäre wahrscheinlich in der Schweiz längst die Ruhe zurückgekehrt. Aber das Spiel, das sie in der Schweiz treiben, wird schwerlich zu ihrem Heile ausschlagen; und wir fürchten, daß es ihnen an anderen Orten nicht besser geht.

Leo's Hegelingen.

Geschrieben am 25. October 1838.

Ein literarischer Streit, der sich in diesen Tagen erhoben hat, droht eine Wendung zu nehmen, durch welche derselbe eine weitreichende politische Bedeutung gewinnen würde. Ein durch viele zum Theil nicht unverdienstliche Werke bekannter Lehrer an einer deutschen Universität, Professor Leo zu Halle, ist in einer kleinen Schrift, die er unter dem sonderbaren Titel: „Die Hegelingen" herausgegeben, als öffentlicher Ankläger nicht allein gegen einzelne seiner Collegen, sondern gegen eine über ganz Deutschland verbreitete und besonders im preußischen Staate hochgeachtete philosophische Schule aufgetreten, indem er sie beschuldigt, Ansichten und Lehren aufzustellen, welche die Gemüther der Jugend irreleiteten, durch welche Religion und Sitte untergraben, das Christenthum gestürzt und der Staat in seinen Grundfesten erschüttert würde. Er fordert die deutschen Regierungen auf, diesem Unwesen durch kräftiges Einschreiten ein Ende zu machen; denn wenn er sich auch zunächst nur an die deutsche Nation wendet, die er aufruft, zu urtheilen und zu richten, so ist doch

die Anklage offenbar der Art, daß, wenn sie erwiesen wäre, die Regierungen es nicht ablehnen könnten, von der ihnen zustehenden weltlichen Macht zu ihrem eigenen Schutze und zum Schutze der höchsten und heiligsten Güter ihrer Unterthanen Gebrauch zu machen und die Schuldigen mit gerechter Strenge zu strafen. Auch hat Leo bereits einen rüstigen Knappen gefunden, den Kritiker Wolfgang Menzel zu Stuttgart, der sich nicht entblödet, das, wovon jenen noch eine achtungswerthe Schaam abhielt, in seinem „Literaturblatte" unumwunden auszusprechen, indem er den Angeklagten erklärt, daß es sich hier allerdings nicht bloß um eine wissenschaftliche Widerlegung, sondern um den Verlust ihrer Aemter und Würden im Staate und, wir dürfen wohl hinzusetzen, um den Verlust ihrer bürgerlichen Ehre, wie ihrer ganzen bürgerlichen Existenz handle. Die Regierungen haben bis jetzt von dieser Anklage noch keine Kenntniß genommen, wenigstens ist es noch nicht auf irgend zuverlässige Weise bekannt geworden, daß sie von derselben Kenntniß genommen hätten; aber die Anklage selbst, wenn sie auch bisher noch keine äußeren Folgen gehabt hat, ist bereits ein wichtiges Ereigniß. Sie ist der erste Angriff, den die Partei der Verdüsterung sich auf die Freiheit des Gedankens in dem Gebiete der streng wissenschaftlichen Forschung erlaubt hat; und wenn dieser Angriff auch für den Augenblick erfolglos bleibt, so liegt doch darin noch keine Bürgschaft, daß derselbe nicht bald mit schärferen Waffen wiederholt und zuletzt, im Vereine mit der äußeren Gewalt, siegreich durchgeführt wird. Auch ist es schon an und für sich nicht ohne Bedeutung, wenn zwei der bekanntesten und früher der geachtetsten literarischen Namen in Deutschland, die bisher noch immer zwischen dem Lichte und der Finsterniß, zwischen der Freiheit und der Knechtschaft geschwankt haben, jetzt mit einem Male jede Rücksicht von sich werfen und offen als die Schergen der Verdüsterer auftreten.

Die philosophische Schule, gegen welche der Angriff gerichtet wird, ist die Schule des verstorbenen Philosophen Hegel, dessen Lehren nach seinem Tode von Verschiedenen verschieden aufgefaßt worden sind und nach diesen verschiedenen Auffassungen auf den meisten deutschen und auf allen preußischen Universitäten als der Inbegriff aller menschlichen Weisheit vorgetragen werden. Wir sind der Meinung, daß die Lehre Hegels, wenngleich eine tiefsinnige, keineswegs alle irdische Weisheit erschöpft und daß sie sogar nicht von groben Irrthümern frei ist, die längst allgemein erkannt wären, wenn Hegel seine Meinung nicht gewöhnlich in Worte eingekleidet hätte, die er in einem eigenthümlichen von dem gemeinen Sprachgebrauche abweichenden Sinne brauchte, so daß sie nur durch das angestrengteste Studium und auch dann nicht immer und wenigstens nicht für Jeden mit Sicherheit zu verstehen waren. Hegels Schüler sind in Bezug auf ihre Darstellung größtentheils in denselben Fehler gefallen; nur Wenige haben bei dem Ernste, mit dem sie ihre wissenschaftlichen Studien verfolgen, zugleich so viel Sorgfalt auf die Sprache gewandt, daß ihre mündlichen Vorträge, wie ihre schriftlichen Ausarbeitungen jedem Ge-

bildeten zugänglich wären. Für die große Masse des Volkes oder auch nur für die große Masse der oberflächlich Gebildeten schreibt und lehrt von allen Schülern Hegels, so viel wir wissen, kein Einziger. Schon hieraus geht es hervor, daß zu der Besorgniß vor einem Umsturze von Staat und Kirche, die Leo und Menzel zu erwecken suchen, kein besonders dringender Grund vorhanden ist. Denn eine Ansicht kann offenbar nur dann für den Staat, wie für die Kirche gefährlich werden, sobald sie in die große Masse des Volkes übergeht, da Einzelne niemals die Macht haben, ihre persönliche Meinung gegen die allgemein herrschenden Ansichten im practischen Leben geltend zu machen. Selbst dann, wenn Leo's Anklage begründet wäre, wäre daher die Gefahr, vor der er warnt, keineswegs eine so naheliegende, daß der Staat sich nur durch eiliges unmittelbares Einschreiten retten könnte; sondern man könnte getrost dem Irrthume, der in dem Gebiete der Wissenschaft um sich griffe, auf dem Gebiete der Wissenschaft begegnen. Eine überzeugende Widerlegung der Irrlehren, in denen man Hegel und seine Schüler befangen sähe, wäre vollkommen hinreichend, allen nachtheiligen Einwirkungen derselben vorzubeugen; da sie nur innerhalb eines Kreises verbreitet sind, der die höchste wissenschaftliche Bildung besitzt und dem es um die Erforschung der Wahrheit so sehr Ernst ist, daß er selbst durch die schwierigste und abstoßendste Form von dem Studium einer Lehre sich nicht abschrecken läßt, — von dem man daher auch voraussetzen darf, daß er da, wo ihm die Wahrheit neben der Lüge geboten wird, wohl befähigt sein wird, beide zu unterscheiden.

Selbst wenn Leo's Anklage begründet gewesen wäre, wenn Hegel und seine Schüler — die Hegelingen — wirklich die Lehren aufstellten, die er ihnen in den Mund legt, hätte es damit noch keine so große Noth gehabt, wäre keine so große Eile erforderlich gewesen, wie Leo und Menzel in ihrem heiligen Eifer annehmen. Aber die Anklage ist verleumderisch; Leo weiß, daß sie verleumderisch ist, und Menzel, der ihm nachschreibt, weiß zwar nicht, daß sie verleumderisch ist, denn er hat weder Hegels Werke noch die Werke irgend eines seiner Schüler gelesen; aber er weiß, daß er in dieser Sache kein Urtheil hat, und er macht sich, indem er den Schein eines Wissens annimmt, welches ihm fremd ist, um eine verleumderische Anklage zu unterstützen, für immer jedes Anspruches auf Glauben und Vertrauen, ja jedes Anspruches auf die Achtung eines ehrenhaften Mannes verlustig. Leo behauptet, daß die Hegelsche Schule das Dasein Gottes leugne, daß sie „offen den Atheismus lehre." Da er selbst ein Schüler Hegels gewesen ist, so weiß er, daß dieß eine Lüge ist; er weiß, daß Hegel nicht allein an ein höchstes Wesen glaubte, sondern daß derselbe auch alle Kraft seines Geistes darauf gerichtet hatte, von dem höchsten Wesen ein klares und bestimmtes Wissen zu erlangen, und daß dieses Wissen den Schlußstein des ganzen philosophischen Systemes bildet, welches die Schüler Hegels gegenwärtig in allen seinen Theilen zu vollenden bemüht sind. Wenn Hegel ein Atheist war, wenn Hegels Schüler Atheisten

sind, so waren auch Sokrates, Plato und Aristoteles, so waren Spinoza und Kant, Fichte und Schelling, so waren alle Philosophen aller Zeiten und aller Völker Atheisten; und die erste Anklage, welche gegen die Hegelsche Schule erhoben wird, fällt schon deßhalb in sich selbst zusammen, weil dieselbe nicht gegen eine philosophische Schule, sondern gegen alle philosophische Schulen und, in der That, gegen die gesammte Philosophie gerichtet ist. Auch hat freilich Sokrates den Giftbecher getrunken, weil er des Atheismus beschuldigt wurde, und es hat wenige Philosophen gegeben, gegen die nicht unwissende Zeloten und elende Verleumder mit ähnlichen Vorwürfen aufgetreten wären; aber diesen Vorwürfen ist immer, sobald die Gährung des Augenblickes vorüber war, ihr Recht widerfahren; die Geschichte hat in den Verleumdeten die glänzendsten Vorbilder der Menschheit erkannt und den Verleumdern und Anklägern ihre Stelle unter den ehrlosesten Verbrechern oder unter den bedauernswerthesten Thoren angewiesen. Ob Leo und Menzel ihren Platz unter den Thoren oder unter den Verbrechern wählen wollen, können wir ihrem eigenen Ermessen überlassen.

Die zweite Anklage, die Leo gegen die Hegelsche Schule erhebt, ist etwas bestimmter als die allgemeine Beschuldigung des Atheismus; er behauptet: Die Hegelsche Schule lehre ganz offen, „daß das Evangelium eine Mythologie sei." Auch diese Anklage ist verleumderisch. Denn wer das Evangelium als eine Mythologie ansähe, müßte es leugnen, daß Jesus Christus eine geschichtliche Person gewesen; dieß ist aber weder von Hegel selbst, noch von irgend einem seiner Schüler geschehen, und als einer der letzten, der gelehrte Theologe Strauß, vor Kurzem die Geschichte Christi als ein Gewebe von Fabeln oder Mythen zu deuten versuchte, welches gar keinen geschichtlichen Grund gehabt zu haben brauche, haben sogar Viele der angesehensten unter den Schülern Hegels ihn offen des Abfalles von ihrer Lehre beschuldigt. Die Hegelsche Schule schließt in ihrer Ansicht vom Christenthume sich dem Supranaturalismus der protestantischen Theologie näher an, als dem Rationalismus, wenigstens in der Form, in welcher der letzte bisher ausgebildet worden ist; und man müßte daher, wenn man die supranaturalistische Ansicht, zu der Leo und Menzel sich mit dem Munde bekennen, allein gelten lassen wollte, ehe man zu einer Verfolgung der Hegelschen Schule der Philosophie schreiten wollte, zuvörderst unseren rationalistischen Theologen Katheder und Kanzel verbieten. Eben so gut könnte man aber, da die rationalistische Ansicht noch immer die in dem protestantischen Deutschland am allgemeinsten verbreitete ist, ohne Weiteres die Mehrzahl unserer theologischen Hörsäle und Kirchen verschließen.

Die dritte Anklage ist, daß die Hegelsche Schule eine persönliche Fortdauer des Menschen nach dem Tode leugne oder daß sie eine Religion des alleinigen Diesseits lehre. Das letzte ist wieder eine Verleumdung; denn da Hegel mit seiner Schule eine unvergängliche Fortdauer des Geistes, auch nach

der Entfesselung von seinen irdischen Banden annimmt, so kann man vernünftiger Weise nicht behaupten, daß er die Unsterblichkeit leugne, was doch wohl eine Religion des alleinigen Diesseits thun müßte. Welche Ansichten Hegels Schüler über die Unsterblichkeit oder über den Zustand nach dem Tode haben, dürfen wir hier nicht erörtern; und wenn Leo darauf eine Anklage begründen wollte, müßte er selbst erst beweisen, daß er von diesem dunkeln unerforschlichen Geheimnisse eine genügende Kenntniß hätte.

Die gehässigste Anklage, wenn dieses ganze Verfahren eine Steigerung der Gehässigkeit zuläßt, ist die vierte, daß die Hegelsche Schule sich heuchlerischer Weise, durch Verkleidung ihrer gottlosen und frevelhaften Lehren, das Ansehen einer christlichen Partei gebe, um sich „die Möglichkeit der Gestattung christlicher Eide und der äußern Theilnahme an christlichen Sacramenten" zu verschaffen. Hier spricht sich die Absicht ganz unverhohlen aus, die Männer, die sich zu Hegels Lehren bekennen, aus jeder christlichen Gemeinde und folglich, nach den bestehenden Einrichtungen aller deutschen Staaten, aus der bürgerlichen Gesellschaft auszustoßen. Es fehlte nichts, als daß die Herren Leo und Menzel auf die Errichtung eines neuen Inquisitionsgerichtes antrügen, welches die Gesinnungen eines jeden, der Hinneigung zum Hegelthume Verdächtigen, erforschen müßte, ehe es ihm gestattet würde, an irgend einem Acte des bürgerlichen Lebens Theil zu nehmen. Und dieses Alles, weil Leo die Lehren Hegels und seiner Schüler mit seiner Ansicht vom Christenthume nicht übereinstimmend findet, und weil es ihm beliebt, daraus die Folgerung zu ziehen, daß diese Lehren mit dem Christenthume überhaupt nicht zu vereinigen wären! Es ist ein merkwürdiges Zeichen der Zeit, daß solche Ansichten und solche Forderungen es versuchen können, sich am hellen Tage geltend zu machen!

Der Einfluß der Presse.

Geschrieben am 7. März 1838.

Ueber die Scheu, die selbst in hochgebildeten Kreisen vor den Journalen herrscht, ist viel gesprochen und geschrieben worden, aber, wie es uns scheint, ist man selten auf den Grund gegangen. Gegen die Zeitungen in ihrer ältesten Form, in der dieselben nur einfache Berichte über merkwürdige Neuigkeiten brachten, fand Niemand viel zu erinnern. Man wußte wohl, daß man die Verbreitung dieser oder jener Nachricht, wenn dieselbe auch noch so unangenehm war, doch nicht zu verhindern vermochte, und man war klug genug

einzusehen, daß man immer noch besser fuhr, wenn man einer fest begründeten Anstalt die Herausgabe regelmäßiger Mittheilungen gestattete, weil man dann erforderlichen Falles immer an die Quelle zurückgehen konnte, als wenn man es dem tausendzüngigen Gerüchte überließ, die Kunde in seiner Weise weiter zu tragen. In unseren Tagen, in denen die Regierungskunst doch so große Fortschritte gemacht hat, ist diese einfache Wahrheit zuweilen vergessen worden; aber was hat man dadurch gewonnen, wenn man das Bekanntwerden einzelner unbequemer Thatsachen zu verhindern suchte? Statt daß dieselben ihrem wahren Bestande nach bekannt geworden wären, der freilich vielleicht nicht immer die vortheilhafteste Meinung erregt hätte, nahmen sie im Munde des Volks die abenteuerlichste Gestalt an; die abgeschmacktesten Uebertreibungen und Erdichtungen fanden Glauben, und der Nachtheil, den man vermeiden wollte, wurde tausendfältig vergrößert. Auch dem freien Urtheil wurde in früheren Zeiten größerer Raum zugestanden, als in den unsrigen. Schlözer und Häberlin schrieben mit einer Freiheit, die man heut zu Tage sehr unstatthaft finden würde. Die Entschuldigung ist, daß die große Masse des Volkes damals an den politischen Ereignissen nicht so lebhaften Antheil nahm wie gegenwärtig, und daß man daher die Gefahr der Aufregung nicht zu fürchten hatte, die heute von ähnlichen Schriften droht. Aber wenn man genauer zusieht, wird man finden, daß es beinahe immer die Ereignisse waren, welche die Aufregung hervorriefen, und daß man nur aus unzulänglicher Kenntniß die Ursache in den Journalen suchte, die in der That immer weit tieferen Grund hatte. Den überzeugendsten Beweis für die Richtigkeit unserer Ansicht hat in diesen Tagen die Verhaftung des Erzbischofs von Cöln geboten. Umsonst würde man sich verbergen, daß die Aufregung, welche dieser durch die dringendste Nothwendigkeit gebotene Schritt hervorrief, in den Rheinlanden und in Westphalen ungeheuer war. Aber am größten war die Aufregung gerade in jenen ersten Tagen, in denen die Journale noch nicht Zeit gehabt hatten, sich der Sache zu bemächtigen. Seitdem ist von den Journalen der Propaganda gewiß nichts unversucht geblieben, was die Gemüther aufreizen und erbittern konnte. Daß mit vollem Bewußtsein auf diesen Zweck hingearbeitet wurde, geht aus der Verstümmelung der wichtigsten Documente, aus der Entstellung der offenkundigsten Thatsachen unwiderlegbar hervor, deren jene Blätter sie schuldig machten. Aber die Aufregung hat mit jedem Tage nicht zugenommen, sondern abgenommen, und sie hat aus demselben Grunde abgenommen, der sie gesteigert haben müßte, wenn die Meinung begründet wäre, daß die Aufsätze in den Journalen Aufregung und Unzufriedenheit veranlaßten. Die verschiedenen Volksclassen wurden in den Stand gesetzt, sich ein Urtheil zu bilden. Einzelne Thoren mögen in heftigere Wuth versetzt worden sein; die große Mehrzahl erkannte, so wie die Gegenstände des Streites erörtert wurden, daß ihre Interessen gar nicht berührt waren, und die leidenschaftlichsten Declamationen hatten, statt der beabsichtigten, die entgegen-

gesetzte Wirkung, weil sie zum Beweise dienten, daß nichts verschwiegen, daß nicht etwa irgend eine geheimnißvolle Gefahr verborgen gehalten war.

Aber die Presse in England? in Frankreich? Wer darf es leugnen, daß die letzte die Gemüther systematisch vergiftet, daß sie jene furchtbaren Schwankungen hervorgerufen hat, die bis zu dieser Stunde jene beiden Länder in der bedenklichsten Zerrüttung halten, und die vor wenigen Jahren das ganze Gebäude der gesellschaftlichen Ordnung in Europa zu stürzen drohten? Unserer Meinung nach ist der Einfluß der Presse, so bedeutend derselbe immer ist, auch in England, auch in Frankreich überschätzt worden; aber selbst wenn dieß auf keine Weise geschehen wäre, dürfen wir doch nicht vergessen, daß die Verhältnisse in Deutschland wesentlich verschiedener Art sind. In England hat das Zeitungswesen die großartigste Entwickelung gewonnen, deren dasselbe wohl überhaupt fähig ist. Hier fingen die Zeitungen zuerst in der Mitte des vorigen Jahrhunderts an, neben den Berichten über die Neuigkeiten des Tages und neben den Auszügen aus den Parlementsverhandlungen selbstständige beurtheilende Aufsätze aufzunehmen, in denen die innern Angelegenheiten des Landes besprochen wurden. Bald erkannte der Parteigeist, welche mächtige Waffe ihm hier geboten war, und er hat seitdem gelernt, sich dieser Waffe mit einer Geschicklichkeit zu bedienen, von der man nie vorher auch nur eine Ahnung gehabt hat. Seit der Revolution, durch welche das Haus Braunschweig auf den brittischen Thron erhoben wurde, war ganz England in zwei mächtige Parteien gespalten, die einander immer gerüstet gegenüberstanden, einander fortwährend die Gewalt streitig machten, und die in der That abwechselnd die Regierung führten. Aus dem Kampfe dieser beiden Parteien hat sich der ganze gegenwärtige politische Zustand des brittischen Inselreiches entwickelt; in dem Kampfe dieser beiden Parteien ist auch das brittische Zeitungswesen entstanden und groß geworden, und nur in einem ähnlichen Parteikampfe kann das Zeitungswesen eine ähnliche Bedeutendheit erlangen. Die Leading Articles der Journale waren Manifeste, die sich Whigs und Tories gegenseitig zuschleuderten. Die Aufsätze in den Zeitungen sprachen nicht bloß die Ansichten einzelner Personen, sondern sie sprachen die Meinung einer Partei aus, die entweder die Gewalt wirklich in ihrer Hand hatte oder, wenn das Glück es wollte, morgen zu der Gewalt kommen konnte. Da in England Jedermann einer der beiden kämpfenden Parteien angehörte, so wäre die ruhige parteilose Erörterung hier übel an ihrem Platze gewesen. Selbst in der neuesten Zeit, wo der Parteikampf doch andere Gestalt angenommen hat, und wo die alten Parteien sich gar sehr vermischt haben, ist jeder Versuch zu der Begründung eines politischen Blattes, welches keiner der beiden großen Parteien angehörte, mißlungen. Eine große Anzahl unabhängiger Männer hat sich von den alten Parteien der Whigs und der Tories abgesondert um das, was sie für die Interessen der großen Masse des Volks halten, zu verfechten. Mehrere Journale sind diesem Beispiele gefolgt, aber keines derselben hat sich

auf die Dauer halten können, obwohl sie zum Theil mit unleugbarem Geist und Talent geschrieben waren. Der Constitutional und der True Sun hätten, wenn der geistreiche Inhalt einer Zeitung in England allein Eingang zu verschaffen vermöchte, das ausgebreiteteste Publicum gewinnen müssen. Die Aufsätze in beiden Blättern waren ungleich stärker aufreizender Art, als jene irgend einer andern Zeitung; aber sie stimmten nicht in das Feldgeschrei der kämpfenden Parteien, sie regten deßhalb Niemand auf, und gingen ein, weil sie keine Leser und keine Käufer fanden.

In Frankreich ist die Entwicklung des Zeitungswesens von ungleich neuerem Datum, als in England, aber sie hat unter ähnlichen Umständen begonnen und eben deßhalb eine ähnliche Ausbreitung und Bedeutung erlangt. In Frankreich giebt es zwar keine Whigs und keine Tories, und es ist lächerlich wenn die Doctrinaire in der letzten Zeit den Anspruch erheben, sich als Conservateurs den brittischen Conservativen an die Seite zu stellen. Aber auch Frankreich wurde durch die Restauration in zwei feindliche Lager getheilt, und der Unterschied war nur, daß hier die beiden Parteien von sehr ungleichen Kräften waren. In dem Lager der Liberalen war die ganze Nation, im Lager der Legitimisten nur die hohe Geistlichkeit und der durch die Revolution einmal für immer zu Grunde gerichtete Adel. Der Kampf konnte deßhalb unmöglich von langer Dauer sein. Die Julirevolution hat denselben beendigt, und mit der Julirevolution würde auch die Presse ihre Rolle ausgespielt haben, wenn die Doctrinaire nicht ungeschickt genug gewesen wären, zu dem Geschrei der Contrerevolution Veranlassung zu geben. Dennoch besteht in Frankreich kein eigentlicher Parteikampf mehr; sondern nur der Schatten eines Parteikampfes, der für die politische Entwicklung nur eine sehr untergeordnete Bedeutung hat. Die Schüler, welche den Homer gelesen haben, spielen Griechen und Trojaner: aber wenn sie allenfalls auch ein neues hölzernes Pferd bauen, so werden sie doch die heilige Ilion nicht mehr zerstören, weil sie bereits zerstört ist. Mit dem Sturze der Bourbonen hat die Presse in Frankreich die Macht der Aufregung verloren, und nur die gröbsten Mißgriffe von Seiten der gegenwärtigen Machthaber vermochten ihr dieselbe zurückzugeben. In Deutschland kann von politischen Parteien in dem Sinne, wie dieselben in England und in geringerem Maßstabe allenfalls auch in Frankreich bestehen, gar nicht die Rede sein; eben deßhalb können aber auch die Journale in Deutschland nie die Macht erlangen, die sie in England und Frankreich haben.

Die kirchlichen Wirren in Preußen.

Geschrieben am 21. Januar 1839.

Die kirchlichen Wirren im preußischen Staate scheinen ihrem Ende noch immer nicht allzu nahe zu sein. Ein Plan zur Ausgleichung ist wahrscheinlich in Berlin entworfen worden; denn es läßt sich nicht annehmen, daß die Häupter der Provinzialverwaltungen, die in diesen Tagen zu Berlin versammelt waren, keinen Rath gefunden haben sollten. Ueber die Mittel, deren man sich bedienen will, um in dem katholischen Osten und Westen eine Beruhigung der Gemüther und eine Versöhnung mit der katholischen Kirche herbeizuführen, ist jedoch bis jetzt noch nichts bekannt geworden. An Gerüchten der widersprechendsten Art fehlt es nicht, aber den meisten ist der Stempel der Unzuverlässigkeit so unverkennbar aufgedrückt, daß sie kaum eine ernste Erwähnung verdienen. Die Summe der Thatsachen, welche jeder Erwägung zum Grunde gelegt werden müssen, ist einfach genug. Der Erzbischof von Cöln wurde verhaftet, weil er seinen unzweideutigsten der Regierung ertheilten Versprechungen zuwider handelte und dadurch sich einer Untreue schuldig machte, die der Staat, wenn sie auch nicht in den Kreis der von den Gesetzen vorhergesehenen Vergehen fiel, doch nicht ungeahndet lassen konnte, weil durch dieselbe seine höchsten geistigen wie materiellen Interessen bloßgestellt wurden. Es ist um die strenge Beobachtung der gesetzlichen Formen eine schöne Sache, und wir werden gewiß der Willkür, in welcher Gestalt sie sich auch zeigen mag, niemals das Wort reden; aber es wäre die thörichteste Pedanterie, wenn man von dem Staate verlangen wollte, daß er da, wo offener Verrath gegen ihn geübt wird, ruhig abwarte, bis ihm alle Beweise zur gerichtlichen Ueberführung vorliegen, ob auch inzwischen sein Untergang vorbereitet wird, oder ob ihm wenigstens ein Schade zugefügt wird, der gar nicht wieder gut zu machen ist. So wie dem Einzelnen das Recht der Nothwehr, so steht auch dem Staate das Recht zu, im äußersten Nothfalle Beschädigungen, die ihm zugedacht sind, durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel abzuwenden. In der Sache des Erzbischofs von Cöln war aber ein solcher äußerster Nothfall vorhanden; denn es handelte sich keineswegs bloß, wie man katholischer Seits die Sache darzustellen gesucht hat, um das Verfahren der katholischen Kirche bei dem Abschlusse der sogenannten gemischten Ehen, sondern es handelte sich darum, ob den katholischen Bevölkerungen am Rhein ein blinder religiöser Fanatismus eingeflößt werden sollte, der, so wie sich eine günstige äußere Gele-

genheit bot, eben so wie in dem benachbarten Belgien, dazu benutzt werden konnte, einen erfolgreichen Aufstand gegen die protestantische Ketzerregierung hervorzurufen. Es gab kein anderes Mittel, den Bemühungen des Erzbischofs zur Verbreitung der düstersten Glaubenswuth Schranken zu setzen, als indem man ihn von dem wichtigen Amte entfernte, zu dem er sich durch arglistige Täuschung emporgeschwungen; und da der Prälat jedes mildere Verfahren durch unbeugsame Hartnäckigkeit unanwendbar machte, so blieb nichts Anderes übrig, als ihn in sicheren Gewahrsam zu bringen. Nachdem der Erzbischof einmal verhaftet war, konnte von seiner Freilassung nicht wieder die Rede sein, sofern der Staat nicht die genügendste Sicherheit gegen alle ferneren Mißbräuche der kirchlichen Gewalt erhielt. Die Saat des Fanatismus, die unter der Verwaltung des neuen Athanasius ausgestreut war, fing an aufzugehen und an einzelnen Orten frühreife Früchte zu tragen. Man durfte auf keine Weise erwarten, daß der fanatische Pöbel die Freigebung des Erzbischofs als einen Act der Gnade oder auch nur preiswürdiger Gerechtigkeit anerkannt hätte; der Clerus würde einen Sieg gefeiert haben, den er mit Gottes Hülfe über die Bosheit der Ketzer davon getragen, und die fromme Heerde der Gläubigen wäre ermahnt worden, sich mit Zuversicht unter die Banner der streitbaren Kirche zu schaaren, da die Ohnmacht des Fürsten der Finsterniß durch ein so strahlendes Beispiel bewiesen sei. Es ist allerdings nicht rathsam, sofern sich dieß irgend vermeiden läßt, gegen religiöse Fanatiker äußere Strenge anzuwenden, weil dadurch gewöhnlich nichts erreicht, sondern die Wuth der Wahnsinnigen nur höher gesteigert wird; noch weniger rathsam aber ist es, nachdem man sich einmal genöthigt gesehen, zu Maßregeln der Strenge zu greifen, von denselben unverrichteter Dinge wieder abzulassen, weil dann der Uebermuth der Partei, die sich als Sieger betrachtet, gar keine Grenzen mehr kennt, und derselben überdieß die ganze Masse der Schwachen und Schwankenden zufällt, die überall die Mehrzahl bildet, so lange der Kampf noch unentschieden scheint.

Das einzige Mittel, welches unter diesen Umständen sich darzubieten scheint, um eine Versöhnung zwischen der katholischen Kirche und dem preußischen Staate möglich zu machen, wäre, den Papst dazu zu bestimmen, daß er dem Erzbischofe von Cöln die Cardinalswürde verliehe, wogegen dieser die Verpflichtung einginge, der Verwaltung seiner Diöceſe zu entsagen. Gerüchte, die eine solche Wendung ankündigten, sind mehrfach verbreitet gewesen. Das Schlimmste ist nur, daß man nicht sicher ist, ob der Erzbischof, wenn ihm auch der Cardinalshut angetragen würde, sich dazu verstände, sein Hirtenamt zu Cöln aufzugeben. Der Papst selbst kann, wenn er ihn auch mit den höchsten geistlichen Würden bekleidet, ihn nicht leicht auffordern, seine geistliche Heerde zu verlassen, weil dieß in den Augen der fanatischen Katholiken eben so viel wäre, als wenn man dieselbe ohne Weiteres den Ketzern zur Vernichtung überlieferte. Sofern es nicht etwa der Ver-

mittlung eines befreundeten katholischen Hofes gelingt, die Schwierigkeiten zu heben, die wir hier angedeutet haben, fürchten wir daher, daß das gegenwärtige Mißverhältniß zwischen der preußischen Regierung und der römischen Curie noch lange fortbestehen wird. Für Preußen wäre dieß eben kein Unglück, wenn man es nur nicht versäumte, den Volksgeist am Rhein von der römischen Sache abzuziehen. Die preußische Regierung hat sich viele Mühe gegeben, die Bevölkerungen über die wahre Lage der Dinge aufzuklären; leider müssen wir jedoch bezweifeln, daß das Verfahren, welches man eingeschlagen hat, um diesen Zweck zu erreichen, das richtigste war. Die Männer, denen man aufgetragen hat, die Sache der Regierung zu führen, verstehen sich vortrefflich auf die Ausarbeitung gelehrter Deduction, aber sehr schlecht auf die volksmäßige Darstellung. Es ist ein altes Sprichwort, daß den Gelehrten gut predigen ist; der Grund ist aber kein anderer, als daß man eben gar nicht nöthig hat, ihnen zu predigen, weil sie das, was man ihnen sagen will, schon von selbst wissen. Es war daher eine gewaltige Thorheit, daß man bei dem Erscheinen der vielfachen Widerlegungen von protestantischer Seite prahlte: die Triarier wären noch gar nicht in das Feld gerückt. Die Triarier oder die Herren mit dem schweren Geschütze aus der Hegelschen Schule, die man meinte, hätten besser gethan, wenn sie ganz zu Hause geblieben wären. Das Einzige, worauf in dieser Sache Alles ankam, war, daß man es verstand, auf das Volk zu wirken; unsern Philosophen können wir aber nicht nachrühmen, daß sie je auf unser Volk eine große unmittelbare Wirkung hervorgebracht hätten.

Von viel geringerer Bedeutung, als die kirchlichen Wirren am Rhein, sind die religiösen Streitigkeiten, die sich auch in dem östlichen Theile der preußischen Monarchie erhoben haben. Wenn im Großherzogthume Posen und in Westpreußen der Volkshaß der Polen gegen die Deutschen nicht hinzukäme, so wäre die ganze Sache, von der man so viel Aufhebens gemacht hat, kaum der Rede werth. Die katholischen Bischöfe richten sich nach päpstlichen Verordnungen, die ihnen auf amtlichem Wege gar nicht bekannt geworden, die für sie also so gut als gar nicht vorhanden sind. Sie setzen ihre beschworene Unterthanenpflicht aus den Augen, indem sie das alte gesetzliche Herkommen in den gemischten Ehen umzustoßen suchen. Die Regierung darf diese allerdings nicht ungestraft hingehen lassen; die Sache der gemischten Ehen ist aber allein nicht wichtig genug, um bei dem Volke sonderliches Interesse zu erregen. Der Aufsatz, der ein halbamtliches preußisches Blatt vor Kurzem über diese Angelegenheit enthielt, hat uns wenig befriedigt. Der persönliche Tadel, der darin gegen den alten schwachen Erzbischof von Gnesen und Posen gerichtet war, schien uns nicht an seinem Orte zu sein; denn es kann zwar die Neugierde des Zeitungslesers reizen, wenn er erfährt, daß der alte Mann sich nicht gleich geblieben und zuweilen sich sogar zaghaft gezeigt habe; aber wir glauben nicht, daß diese Nachricht das Geringste dazu

beiträgt, die Sache aufzuklären. Und dieß war, wie wir vorausſetzen dürfen, doch wohl ausſchließlich der Zweck.

Die Verurtheilung des Erzbiſchofs von Poſen.

Geſchrieben am 2. Mai 1839.

In den kirchlichen Wirren, welche der Glaubenseifer des Erzbiſchofs von Cöln im preußiſchen Staate hervorgerufen hat, iſt ein bedeutender Fortſchritt geſchehen. Der Erzbiſchof von Poſen und Gneſen, Hr. v. Dunin, der es gewagt hatte, der Regierung noch ſchroffer entgegen zu treten, als der moderne Athanaſius, iſt durch den Spruch des Kammergerichts zu Berlin, eines ſeiner Unparteilichkeit und Unabhängigkeit wegen berühmten Gerichtshofes, zu der Entſetzung von ſeinem Amte und zu ſechsmonatlicher Feſtungsſtrafe verurtheilt worden. Jeder Zweifel, den man bisher noch wegen der Beharrlichkeit der preußiſchen Regierung hegen konnte, iſt durch dieſen Spruch gehoben; die Stellung, welche die katholiſche Kirche im preußiſchen Staate einnimmt, iſt dadurch für immer feſtgeſetzt; alle Anmaßungen der römiſchen Curie, die zum Hohne der Aufklärung unſerer Zeit die alten Glaubensſtreitigkeiten in unſeren Tagen zu erneuen drohten, ſind mit ſiegreicher Kraft zurückgewieſen. Zwar läßt ſich vorherſehen, daß die Römlinge im nördlichen, wie im ſüdlichen Deutſchland von neuem ein gewaltiges Geſchrei über Glaubensbedrückung und Gewiſſenszwang erheben werden; und wir fürchten, daß ein großer Theil der katholiſchen Bevölkerungen ſich durch die falſchen Darſtellungen dieſer Partei täuſchen laſſen wird, da derſelben leider bis jetzt ein unverkennbares Uebergewicht an Talent zu Gebote ſtand. Aber die Wahrheit hat vor der Lüge den großen Vortheil voraus, daß ſie keines Glanzes der Darſtellung bedarf, um früher oder ſpäter zu allgemeiner Anerkennung zu gelangen. Mag ſie immerhin in dem einfachſten, in dem unſcheinbarſten Gewande uns entgegentreten, ſie wird dennoch über jedes unbefangene Gemüth eine unwiderſtehliche Gewalt üben, während der erborgte Flitter der Lüge zwar für den Augenblick Kinder und Thoren blenden kann, im Verlaufe der Zeit jedoch Stück für Stück herunterfällt und dann, wenn die urſprüngliche Mißgeſtalt ſich uns unverhüllt in ihrer Blöße zeigt, nur dazu dient, den allgemeinen Abſcheu zu vermehren.

Die Wahrheit in den kirchlichen Wirren des preußiſchen Staates iſt, daß der fromme Sinn des Königs, der alle Handlungen der Regierung durch-

dringt, von jeher die Religiösität, in welcher Form sie sich auch äußern möge, gefördert, jedes Glaubensbekenntniß geehrt und niemals den geringsten Anspruch darauf gemacht hat, in die Geheimnisse des Gewissens einzudringen, viel weniger dem Gewissen irgend eines seiner Unterthanen einen Zwang aufzulegen. Am wenigsten dürfen die katholischen Glaubensgenossen sich beklagen, daß sie vernachlässigt, oder gar, daß sie gedrückt und in der freien Ausübung ihrer Religion gehindert worden wären. Napoleon betrachtete die Herstellung der Kirche als eine der wichtigsten Aufgaben seiner Regierung; und wenn er hierin auch nur von politischen Zwecken ausging, so ist es doch bekannt, daß sein kräftiges Durchgreifen selbst dem religiösen Eifer der Restauration in Frankreich nur wenig Wesentliches zu thun übrig gelassen hat. Eben so bekannt ist es aber, daß die preußische Regierung in den Rheinlanden die katholische Kirche ungleich reicher ausgestattet hat, als sie zu der Zeit des französischen Kaiserreiches ausgestattet war. Niemand hat so wenig von den Rheinlanden, als aus irgend einer andern Gegend des preußischen Staates je das Geringste von einer Beschränkung des katholischen Glaubens vernommen, bis der gegenwärtige Erzbischof von Cöln bei seiner Erhebung auf den erzbischöflichen Stuhl nicht allein die von seinem Vorgänger eingegangenen und von ihm selbst schriftlich genehmigten und angenommenen Verträge mit der Regierung brach, sondern auch gegen die seinem Sprengel angehörige katholische Geistlichkeit einen Gewissenszwang auszuüben anfing, der die Staatsgewalt nöthigte, nicht zu der Unterdrückung, sondern zum Schutze der Religionsfreiheit einzuschreiten. Die spärlichen Bruchstücke, die von den Ergebnissen der Untersuchung bekannt geworden sind, haben es mit Gewißheit herausgestellt, daß der Erzbischof, vielleicht ohne es zu ahnen, viel weiter gehenden Planen zum Werkzeuge diente, denen der Staat schon durch die Pflicht der Selbsterhaltung entgegenzuwirken genöthigt war. Die Einnistung der Jesuiten wird kein katholischer Staat dulden, dem die gefährlichen Zwecke dieses Ordens bekannt sind; ein protestantischer Staat würde durch eine so weit getriebene Duldung einen Verrath gegen sich selbst begehen, der durch keine Rücksicht auf religiöse Vorurtheile zu entschuldigen wäre.

Das Benehmen des Erzbischofs von Posen war in sofern eher zu entschuldigen, als er für sich persönlich keine ausdrücklich ausgesprochenen Verpflichtungen eingegangen war; dagegen erschien dasselbe in noch höherem Grade straffällig, wenn man bedachte, daß derselbe auf den ersten Wink des römischen Stuhles sich gegen eine nicht etwa seit heute und gestern, sondern seit langen Jahren bestehende Ordnung auflehnte und die von dem Staate ihm übertragene Amtsgewalt dazu gebrauchte, um die ihren Verpflichtungen gegen den Staat treu bleibenden Geistlichen mit willkürlichen Strafen zu bedrohen. Wir wissen nicht, ob auf Hrn. v. Dunin die enge Verbindung, die in der gegenwärtigen Lage Polens zwischen dem polnischen Volksthume und dem katholischen Glauben besteht, einigen Einfluß geübt hat; aber vielleicht hätte

er gerade als Pole um so mehr Grund finden können, gegen die Gebote der römischen Propaganda mißtrauisch zu sein; denn Polens Untergang ist hauptsächlich durch die Zwistigkeiten zwischen den Katholiken und den Dissidenten herbeigeführt worden. Das Blut, welches auf den Antrieb der Jesuiten zu Thorn vergossen wurde, hat zwar das Blutbad von Praga nicht veranlaßt; aber ohne diesen traurigen Streit würde sich schwerlich dem gewaltsamen Einschreiten einer auswärtigen Macht so leicht ein Vorwand geboten haben. Und mit welcher Treue nimmt in diesem Augenblicke der römische Stuhl sich der Katholiken in Polen an? Seit beinahe dreihundert Jahren ist die griechische Kirche in dem östlichen Polen mit der römisch-katholischen vereinigt. Auf der Synode von Kiow (russ. Kiew) beschlossen im J. 1595 alle Bischöfe des Sprengels diese Vereinigung, die seitdem in dem größten Theile der reußischen Provinzen bis auf unsere Tage bestanden hat. Nach der Unterdrückung des letzten polnischen Aufstandes versuchte es die russische Regierung, die unirten Griechen zu der griechisch-russischen Kirche zurückzuführen; und jetzt vernehmen wir aus unverdächtiger Quelle, daß die „Masse" der Bevölkerungen „um die Gunst bittet", dem „alten Cultus", den sie „als ein Pfand ihres Seelenheiles und als ein heiliges Erbe ihrer Altvordern" lieben soll, „wieder einverleibt zu werden." Wir haben nicht gehört, daß der Papst einen Schritt gethan hätte, um eine Maßregel zu verhindern, welche der katholischen Kirche viele Tausende ihrer Angehörigen entziehen wird; aber der heilige Vater weiß wohl, daß seine Macht nicht so weit reicht, in dem Willen des Selbstherrschers aller Reußen eine Aenderung zu bewirken; er schweigt daher lieber, um des politischen Schutzes nicht verlustig zu werden, den er seiner Nachgiebigkeit verdankt.

Gegen Preußen glaubte man eher etwas ausrichten zu können, weil man die Scheu kannte, welche die preußische Regierung selbst vor dem Scheine einer religiösen Verfolgung hegt. Hier wurden daher mit einem Male alle jene veralteten Ansprüche wieder hervorgerufen, welche die Päpste im Mittelalter geltend machten, und die heut zu Tage selbst von den katholischen Regierungen in Europa keine einzige, außer der belgischen, zugesteht. Die Staatsschrift, welche vor Kurzem zu Rom erschienen ist und von der die Augsburger allgemeine Zeitung mit löblichem Eifer ausführliche Auszüge mitgetheilt hat, ist in dieser Beziehung ein merkwürdiges Actenstück. Der ganze Inhalt desselben läßt sich, wenn wir von den Nebenpunkten absehen, auf einen Satz zurückführen. Die Kirche ist von dem Staate unabhängig; die Glieder derselben sind zwar als Unterthanen dem Haupte des Staates, als Mitglieder der kirchlichen Gemeinschaft aber nur dem Haupte der Kirche, dem Papste, Gehorsam schuldig; denn Christus hat gesagt, man soll Gott mehr gehorchen, als den Menschen, und der Papst ist der Stellvertreter Gottes auf Erden. Nach dieser Lehre ist es leicht, sowohl das Benehmen des Erzbischofs von Cöln, als jenes des Erzbischofs von Posen zu rechtfertigen. Aber welche

Regierung, die der geistlichen Herrschaft nicht bereits unbedingt verfallen ist, wird diese Lehre zugeben? Und welche Regierung kann diese Lehre zugeben, ohne sich der Gefahr auszusetzen, daß der Clerus zu der geistlichen Herrschaft — wie dieß im Mittelalter der Fall war — auch die weltliche an sich reißt?

Die weise Strenge, mit der die preußische Regierung ihr Recht zu behaupten entschlossen ist, schließt die Milde nicht aus, sobald es sich nur um das Verfahren gegen die betheiligten Personen und nicht um einen politischen Grundsatz handelt. Deßhalb ist dem greisen Erzbischof von Posen die Festungsstrafe erlassen und statt derselben nur die Verpflichtung auferlegt worden, seinen Aufenthalt in der Hauptstadt zu wählen, wo ihm jede Auszeichnung zu Theil wird, die er nach seiner Stellung in der Gesellschaft ansprechen kann. Deßhalb ist auch in diesen Tagen der Erzbischof von Cöln aus der Festung Minden entlassen worden, nachdem er das Versprechen abgelegt, nicht von dem Stammgute seiner Familie zu weichen, auf welches er mit Erlaubniß der Regierung sich zurückgezogen hat. Nicht den Personen, nur der Sache gilt der Krieg; und diese ist nicht die Sache der Religion, sondern die Sache des Papstthumes, der geistlichen Herrschaft, des Glaubenszwanges und der Unterdrückung aller geistigen Freiheit.

Die neue päpstliche Allocution.

Geschrieben am 23. Juli 1839.

Der Papst zu Rom hat am 8. d. M. eine neue Anrede an das Cardinalcollegium gehalten, die zwar in ihrer Form äußerst gemäßigt, durch ihren Inhalt aber nur zu sehr geeignet ist, den Bruch zwischen dem römischen Stuhle und der preußischen Regierung auf unheilbare Weise zu erweitern. Bereits im Februar hat das Oberlandesgericht zu Posen in der Sache des Erzbischofs von Gnesen und Posen, Herrn von Dunin, ein Erkenntniß ausgesprochen, welches diesen Prälaten wegen offener Auflehnung gegen die früher von ihm selbst anerkannten Gesetze des preußischen Staates in Bezug auf die gemischten Ehen zu sechsmonatlicher Festungsstrafe und zu der Entsetzung von seinem hohen geistlichen Amte verurtheilte. Dieses Urtheil ist inzwischen längst rechtskräftig geworden, da der Erzbischof, welcher der weltlichen Behörde das Recht nicht zugesteht, ihn zu richten, es versäumt hat, von dem ihm zu Gebote stehenden Rechtsmittel der Appellation Gebrauch zu machen. Die preußische Regierung hat indessen mit der Milde, welche sie in den kirchlichen Wirren im Osten wie im Westen der Monarchie

von Anfang bewiesen, bisher immer noch Anstand genommen, den richterlichen Spruch seiner vollen Strenge nach zu vollziehen; sie hat sich damit begnügt, Herrn von Dunin factisch von seiner Diöcese zu entfernen und ihm die Ausübung seiner amtlichen Befugnisse zu untersagen. Darin hat die preußische Regierung offenbar nichts gethan, als was ihr die Sorge für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung zu gebieterischen Pflicht machte, und was jede andere, gleichviel ob katholische oder protestantische Regierung, gleichfalls gethan hätte. Unmöglich konnte sie dulden, daß ein Würdenträger der katholischen Kirche seine amtliche Stellung dazu mißbrauchte, um nicht allein selbst den bürgerlichen Gesetzen zuwider zu handeln, sondern auch seine Untergebenen durch Androhung willkürlicher Strafen zu gleicher Mißachtung der Gesetze zu verleiten, wie dieß von Seiten des Erzbischofs geschehen war. Da das Urtheil gegen den Erzbischof weder vollzogen, noch dem römischen Stuhle auf amtlichem Wege zur Kenntniß gebracht ist, so hätte dieser, ohne seinen überspanntesten Ansprüchen irgend etwas zu vergeben, füglich schweigen und die fernere Entwicklung der Sache abwarten können, wenn die Curie für gut befunden hätte, das Beispiel der Schonung nachzuahmen, welches die preußische Regierung gab. Das Verfahren, welches der heilige Vater statt dessen eingeschlagen hat, beweist, daß von ihm in keinem wesentlichen Punkte die geringste Nachgiebigkeit zu erwarten und daß er, weit davon entfernt, den Kampf mit der weltlichen Gewalt zu vermeiden, vielmehr entschlossen ist, dieselbe mit Hintansetzung aller Rücksichten zum Kampfe herauszufordern.

Die Lehre, welche der Papst in seiner Rede aufstellt, ist keine neue. Von jeher hat die römische Hierarchie behauptet, daß nicht die geistliche Gewalt der weltlichen, sondern diese jener untergeordnet und untergeben sei. Neuerer Zeit ist man so klug, nur die erste Hälfte dieses Satzes auszusprechen, weil man wohl weiß, daß wenige Fürsten Lust haben werden, ihre Macht der Gewalt des Papstes unterzuordnen; man verlangt daher nur die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate und behält es sich vor, wenn diese errungen sein wird, mit der andern Forderung aufzutreten, daß der Staat in seine mittelalterliche Abhängigkeit von der Kirche zurückversetzt werde. In dem Sinne, in welchem die katholische Hierarchie ihre Bedeutung aufgefaßt hat, ist diese Forderung in der That unvermeidlich. Die katholische Glaubenslehre ist nach der Ansicht der Römlinge nicht etwa bloß der Wahrheit gemäß, sondern sie enthält die ganze Wahrheit; alles, was außerhalb derselben liegt, ist Lüge; in ihr ist also das ganze geistige Leben der Menschheit begriffen. Dem Geiste ist aber nothwendig die äußere und sinnliche Gewalt, die physische Kraft untergeben; und da der belebende Geist, nach der Lehre der Hierarchie, in der unbedingtesten Abhängigkeit von dem Papste steht, so ist dieser natürlich ebenso der Gebieter der körperlichen Welt oder des Staates, wie der geistigen oder der Kirche. Einen schwachen Anfang, diese Lehre zur Anwendung zu bringen, macht die Rede des Papstes, indem sie den Spruch

des Posener Oberlandesgerichtes gegen den Erzbischof von Dunin ohne weiteres für ungültig erklärt, und zwar aus dem doppelten Grunde, weil kein weltliches Gericht befugt sei, einen Würdenträger der Kirche zu richten, und weil keine weltliche Behörde die Macht habe, demselben die geistliche Gewalt, die ihm der heilige Geist durch die Vermittelung des Papstes verliehen, zu nehmen. Sobald man diese beiden Behauptungen zugiebt, ist die Hierarchie auf dem besten Wege ihren Zweck zu erreichen; und daß sie auf mächtige Verbündete rechnen muß, läßt sich daraus schließen, daß sie so offen mit ihren Ansprüchen auftritt. Wir hoffen aber, daß man zu Rom sich dießmal, wie bei so mancher früheren Gelegenheit verrechnet haben wird. Die sicherste Bürgschaft dafür gewährt uns die Festigkeit, mit der die preußische Regierung bisher ihre Rechte — die Rechte jeder geordneten Staatsgewalt — wahrgenommen hat.

Der mächtigste Verbündete, auf welchen der Papst rechnet, ist die Scheu der Regierungen vor der revolutionairen Richtung, welche die politischen Bestrebungen unserer Zeit an vielen Orten genommen haben. „Helft Ihr uns die Gewissen in kirchlichen Dingen unterjochen," sagt der heilige Vater mit rühmlicher Offenheit zu den Regierungen, „so wollen wir Euch die Geister in weltlichen Dingen unterjochen helfen!" Glücklicher Weise sind unsere Staatsmänner zu scharfsichtig, als daß sie die Falle nicht bemerken sollten, die ihnen gelegt wird. Die Theilung wäre gar zu ungleich; denn die kirchlichen Dinge, wie die römische Curie sie versteht, umfassen das ganze geistige Leben der Menschheit, und es bliebe daher dem Staate auch von den weltlichen Dingen, die man großmüthig ihm anbietet, nichts anderes als das caput mortuum, was keinen Theil an dem geistigen Leben hat: die bloße äußere Handhabung der Gewalt nach dem Willen und auf den Befehl der Kirche.

Die Entweichung des Erzbischofs von Posen aus Berlin.

Geschrieben am 10. October 1839.

Die kirchlichen Wirren im preußischen Staate fingen allmälig an, in Vergessenheit überzugehen, und die preußische Regierung hatte alle Ursache, damit zufrieden zu sein. Denn die einzige Waffe, die dem römischen Stuhle gegen dieselbe zu Gebote stand, war die Volksaufregung, die sich natürlich durchaus gelegt haben mußte, sobald man den Gegenstand vergaß, der dieselbe hervorgerufen hatte. Der heilige Vater zu Rom, so wie die Partei der Röm-

linge in Deutschland versäumte zwar nichts, um den Streit den katholischen Bevölkerungen in frischem Gedächtniß zu erhalten. Aber die Reden des Papstes hatten den Reiz der Neuheit verloren, und man konnte die letzte preußischer Seits füglich ohne Erwiederung lassen, ohne befürchten zu müssen, daß das Stillschweigen als eine Anerkennung der päpstlichen Unfehlbarkeit angesehen werden würde. Die Vorkämpfer des Papstthumes in Bayern machten eine ähnliche Erfahrung, wie der Hirtenknabe in der Fabel, der so lange das Dorf durch unnützes Geschrei in Unruhe setzte, bis er allen Glauben verlor, so daß ihm Niemand zu Hülfe kam, als der Wolf zuletzt wirklich in die Heerde einbrach. Die würdigen Herren hatten in dem ersten Stadium des Kampfes ihr ganzes Arsenal von Lügen und Verleumdungen erschöpft, um die Gemüther aufzuregen. Dieß war ihnen denn auch wohl gelungen. Die beunruhigten Massen glaubten allen Ernstes, daß die preußische Regierung es auf die Ausrottung des Katholicismus abgesehen habe, und sie erwarteten nichts geringeres, als daß Feuer vom Himmel fallen würde, um die frevelnden Ketzer zu strafen. Aber der katholische Glaube blieb unangetastet, und es fiel kein Feuer vom Himmel. Man beruhigte sich allmälig wieder und achtete nicht mehr auf die Lügenpropheten, die sich umsonst anstrengten, um durch neue Erfindungen neue Gährung zu verbreiten. So trat ein Status quo ein, bei dem der römische Stuhl offenbar den Kürzeren zog; den während der Papst seine Ansprüche durch Worte verfocht, hielt die preußische Regierung ihre Rechte durch die That aufrecht. Daß man in Preußen dabei milder verfuhr, als von verschiedenen Seiten gewünscht und gerathen wurde, konnte nicht befremden; wenn man in der Hauptsache den Zweck erreichte, durfte man über Nebenpunkte wohl hinwegsehen.

Unter diesen Umständen scheint die Partei der Päpstler den Entschluß gefaßt zu haben, ihre letzte Mine springen zu lassen. Der Erzbischof von Posen, der seit der Entfernung von seinem Sitze sich friedlich zu Berlin aufgehalten hat und von der Regierung mit aller Nachsicht behandelt wurde, die seine Lage zuließ, hat einen Ausflug, den er nach Potsdam machte, benutzt, um heimlich zu entweichen, nach seinem Sprengel zurückzukehren und dort seine amtlichen Functionen wieder auszuüben. Da er durch richterlichen Spruch seines Amtes entsetzt ist, so ist dieser Schritt eine offene Auflehnung gegen die Staatsgewalt, die unmöglich ungeahndet bleiben kann. Auch soll Herr von Dunin, sobald seine Ankunft in Posen bekannt wurde, auf Befehl des Commandanten, Generals von Grolmann, sofort verhaftet worden sein, und man stellt die Vermuthung auf, daß ihm in Zukunft sein Aufenthalt in Kolberg oder irgend einer andern Festung angewiesen werden würde. Dieß ist offenbar gerade das, was die römische Partei wünscht. Der schwache Greis, der dieser zum Werkzeuge dient, hat durch sein ganzes Benehmen seit dem Anfange seiner Zerwürfnisse mit der preußischen Regierung bewiesen, daß er nach nichts so sehr verlangt, als nach einer Märtyrerkrone; es war ihm uner-

träglich, daß er nicht mit gleicher Strenge behandelt wurde, wie der Erzbischof von Cöln, weil er dadurch natürlich auch geringere Ansprüche auf die Heiligkeit erhielt, die seinen Amtsgenossen mit ihrem Strahlenglanze umgab. Dabei vergaß er nur, daß sein Verfahren durch die Heimlichkeit, die mit demselben verbunden war, alles Großartige verlor, und daß selbst die Heiligkeit, wenn sie auf kleinliche Weise erworben wird, eine sehr zweideutige bleibt. Würdiger wäre es gewesen, wenn er offen seinen Entschluß ausgesprochen hätte, auf seinen bischöflichen Sitz zurückzukehren und das Amt wieder anzutreten, das ihm nach der Lehre seiner Kirche kein weltlicher Richter nehmen könne. Durch seine heimliche Flucht hat Herr von Dunin das Vertrauen getäuscht, welches der König in ihn setzte, dessen Wohlwollen ihm den härtesten Theil der gesetzlich über ihn verhängten Strafe erließ. Oder glaubt der fromme Mann, daß der Fürst, dem er Treue geschworen, keine Ansprüche mehr auf Gehorsam und Dankbarkeit hat, seitdem derselbe durch ernste Zurückweisung der römischen Anmaßungen in Kriegszustand mit der heiligen Kirche getreten ist? Bekennt auch Herr von Dunin sich zu der alten Lehre: Haereticis non est servanda fides?

Wie einstimmig aber auch das mißbilligende Urtheil aller Unbefangenen sein mag, darauf kann der würdige Erzbischof mit Sicherheit rechnen, daß sein Benehmen in Rom gut geheißen wird. Sobald die Nachricht von seiner Verhaftung über die Alpen gedrungen ist, wird der heilige Vater nicht anstehen, den frommen Sohn der Kirche durch salbungreiche Worte des Trostes für alle Leiden zu entschädigen, die ihm irdische Gewalthaber auflegen mögen. Eine neue Anrede an das Cardinalscollegium wird dieses von der neuen schweren Verfolgung in Kenntniß zu setzen, welche die Kirche in der Person eines ihrer ihrer Hirten erfahren müsse; und es sollte uns nicht überraschen, wenn von dem Vatican der Bannstrahl gegen die unheiligen Hände geschleudert würde, die sich an dem Gesalbten des Herrn vergriffen. Aber die Blitze des Vatican haben unglücklicher Weise neuerer Zeit ihre Kraft verloren. Auch wird man gegen die preußische Regierung sich wohl anderer Waffen bedienen müssen, da auf ihr, als einer ketzerischen, bereits ohnedieß der Bann der Kirche liegt. An eine Ausgleichuug des Zwistes durch gegenseitige Nachgiebigkeit, von der die Milch- und Wasser-Correspondenten einiger deutscher Zeitungen so viel gefabelt haben, ist gegenwärtig nicht leicht mehr zu denken.

Verhandlungen über Preßfreiheit in Baden.

Geschrieben am 2. September 1839.

Die Verhandlungen über die Preßfreiheit, die im Laufe dieses Sommers in der badischen Abgeordnetenkammer Statt gefunden, haben in ganz Deutschland eine Theilnahme geweckt, die von der allgemeinen Stimmung das unzweideutigste Zeugniß ablegt; gewichtige Gründe sind auf beiden Seiten vorgebracht worden; aber wir fürchten, daß die große Sache, um die es sich handelt, durch alle diese schönen Worte wenig gefördert worden ist. Der Grund liegt nahe. Man ging auf beiden Seiten von durchaus entgegengesetzten Gesichtspunkten aus und konnte daher, da Jeder auf dem seinigen beharrte, ohne die Ansicht des Gegners einer unbefangenen Prüfung zu würdigen, keinen Vereinigungspunkt finden, der eine Verständigung möglich gemacht hätte. Wenn wir bedenken, wie viele Jahrhunderte der Kampf dauerte, ehe nur die Freiheit der Gedanken und des Gewissens — das unveräußerlichste Recht des Menschen, welches keine äußere Gewalt zu vertilgen vermag — allgemeiner anerkannt wurde: so darf es uns nicht befremden, daß das Recht der freien Mittheilung des Gedankens, durch welche dieser aus der innern Geisteswelt in das äußere Leben tritt, so hartnäckig bekämpft und bestritten wird. Eine unbedingte Freiheit der Mittheilung oder Preßfreiheit ohne alle Schranken ist auf dem gegenwärtigen Standpunkte der allgemeinen Bildung unmöglich. Welcher noch so eifrige Vertheidiger der Preßfreiheit möchte eine Freiheit verlangen, die nicht allein der Wahrheit ungehinderte Verbreitung, sondern zugleich der Verleumdung und der Lüge willkommene Straflosigkeit sicherte? Keine Gesetzgebung hat es gewagt, eine wirklich ganz unbeschränkte Preßfreiheit zuzugestehen. In dem republicanischen Nordamerica ist zwar das Recht der Gedankenmittheilung durch die Presse nicht beschränkt; aber der Verfasser eines Aufsatzes oder einer Schrift, welche durch die Presse vervielfältigt wird, bleibt deßhalb doch für den Inhalt verantwortlich. Dem Bürger, dessen Ruf angetastet, der Behörde, welche verunglimpft worden ist, bleibt es unbenommen, den Urheber der Verleumdung vor Gericht zu belangen; und wenn dieß selten geschieht, so liegt der Grund nur in den eigenthümlichen Verhältnissen der Vereinigten Staaten, die bei der rastlosen Thätigkeit und dem beinahe ausschließlich auf den Erwerb gerichteten Sinne der Bevölkerungen der Verleumdung ein gutes Theil ihrer Wirksamkeit nehmen und deßhalb in den meisten Fällen die gerichtliche Verfolgung als unnöthig erscheinen lassen. In England ist das Recht der Gedankenmittheilung so wenig beschränkt wie in

Nordamerica; aber dabei besteht ein so strenges Gesetz gegen Verleumdungen — die libel law —, daß man dasselbe nur in seinem vollen Umfange zu vollziehen brauchte, um die Preßfreiheit eben so wirksam zu unterdrücken, als durch die schärfste Censur. Wurde doch ganz vor Kurzem der Drucker parlementarischer Actenstücke, Hansard, zu einer bedeutenden Geldstrafe verurtheilt, weil er auf Befehl des Hauses der Gemeinen Thatsachen bekannt gemacht hatte, die einen der übel berufensten Menschen in England, den durch die Verbreitung der schamlosen Memoiren der Miß Harriet Wilson und anderer unsittlicher Schriften bekannten Buchhändler Stockdale zu einer Klage veranlaßten.

Wenn bei uns in Deutschland von Preßfreiheit die Rede ist, so versteht Niemand etwas Anderes darunter, als die Befreiung der Presse von der Censur, von jener ängstlichen Beaufsichtigung, welche nicht die Vergehen der Presse einer mehr oder weniger strengen Strafe unterwirft, sondern welche die Gedankenmittheilung durch die Presse überhaupt von einer vorher einzuholenden Erlaubniß abhängig macht. Ueber die Nachtheile, welche mit jeder Censur unvermeidlich verbunden sind, ist es unmöglich, etwas zu sagen, was nicht schon hundert Mal mit der eindringendsten Schärfe, mit der glänzendsten Beredsamkeit gesagt worden wäre. Die wesentlichsten Nachtheile liegen so nahe, daß selbst der blödeste Blick sie sich nicht verbergen kann. Um es zu verhindern, daß unberufene Schwätzer nicht Dinge in die Welt hinausschreien, die die sie nicht verantworten können, unterwirft man den geistreichsten Kopf, den gründlichsten Forscher, den tiefsten Denker einer polizeilichen Aufsicht, die, wie milde sie auch geübt werden mag, nothwendig seine Flügel lähmt. Der Censor müßte ein Universalgenie sein, wie es nie in der Welt da gewesen ist, wenn er über alle Schriften, deren Schicksal seiner Entscheidung unterliegt, auch nur ein einigermaßen genügendes Urtheil hätte. Vorausgesetzt, daß im allgemeinen die Geistesfähigkeiten der Schriftsteller und der Censoren die gleichen wären, so muß man immer annehmen, daß der Schriftsteller, der die Ergebnisse vieljähriger Forschungen der Welt mittheilen will, der Gegenstände, über die er schreibt, in ungleich höherem Grade Meister ist, als der Censor, der sich mit diesen Gegenständen vielleicht gar nicht, vielleicht nur flüchtig und oberflächlich beschäftigt hat. Bei der Censur findet daher gerade das Umgekehrte von dem Statt, was sonst in der Welt üblich ist: der Schüler wird nicht dem Urtheile des Meisters, sondern der Meister dem Urtheile des Schülers unterworfen. Dieser Uebelstand ist von allen Seiten anerkannt, und man hat demselben auf vielfache Weise abzuhelfen gesucht. In mehreren deutschen Bundesstaaten hat man, von der Ansicht ausgehend, daß die Ergebnisse tüchtiger Studien vorzugsweise in umfangreichen Werken niedergelegt werden, diese von der Censur befreit und die polizeiliche Aufsicht nur für Schriften von geringerer Bogenzahl und für periodische Erscheinungen beibehalten. In anderen hat man eine Art von Instanzenzug eingeführt, indem man es dem Schriftsteller oder dessen Verleger freistellt, von dem Urtheile des Censors sich

auf die Entscheidung einer höheren Behörde zu berufen. Es wäre leicht der Beweis zu führen, daß dadurch das Uebel zwar gemindert, aber keineswegs gehoben wird. Wir glauben uns diese Mühe ersparen zu können, weil wir wissen, daß wir mit allen unseren Nachweisungen doch nichts ausrichten werden, sofern wir nicht im Stande sind, statt der Censur andere Vorbauungsmittel zu empfehlen, durch welche sich der Zweck der Censur erreichen läßt, ohne daß sie mit den Nachtheilen derselben verbunden wären.

Das Beispiel von Frankreich hat gezeigt, daß die strengsten Strafbestimmungen nicht ausreichen, um die Mißbräuche der Presse zu verhindern, denen man durch die Censur mit Erfolg begegnet. Die Septembergesetze haben die schwersten Strafen auf jede Beleidigung gegen die Person des Königs gesetzt. Alles, was man dadurch erreicht hat, ist, daß der Name des Königs nicht mehr genannt wird, sondern daß die Journale sich einer Umschreibung bedienen, die für Jedermann verständlich ist, indem sie von der Civilliste sprechen, wenn es sich um Geldangelegenheiten handelt, oder von der Hofpartei, sobald sie die innere Verwaltung oder die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten verdächtigen wollen. Obwohl wir der Meinung sind, daß man in politischer Hinsicht die Wirkung der Presse viel zu hoch anschlägt, wenn man derselben die Macht zuschreibt, eine Unzufriedenheit hervorzurufen, deren Keime nicht in den Gemüthern bereits vorhanden sind, und Revolutionen herbeizuführen, die keine tiefer liegenden Gründe hätten, als ein ganzes Meer von Journalartikeln, so würden wir doch die Wahrheit verleugnen, wenn wir in Abrede stellen wollten, daß durch das gedruckte, wie durch das gesprochene Wort unsägliches Unheil veranlaßt werden kann. Ohne Wirkung kann es unmöglich bleiben, wenn in einem Lande hundert Journale unaufhörlich bemüht sind, wie in Frankreich, jeden Schritt des Regenten in dem gehässigsten Lichte darzustellen, jede Maßregel der Regierung dem bittersten und ungerechtesten aber auf verführerische Truggründe gestützten Tadel zu unterwerfen. Aber giebt es dagegen kein anderes Mittel, als die Censur? Und ist die Censur in allen Fällen ein so wirksames Mittel, um der Verbreitung ungünstiger Meinungen über die Politik der Regierungen vorzubeugen, wie man sich einbildet? Wir zweifeln, weil keine Censur scharfsichtig genug ist, um da, wo die Keime der Mißstimmung sich einmal entwickelt haben, Alles zu unterdrükken, was derselben neue Nahrung geben kann. Aber wir glauben, daß es sehr einfache Mittel giebt, um die Wirksamkeit der Presse auf ihren wahren Werth zurückzuführen und folglich jede Censur, sofern man dieselbe nicht etwa zu der Unterdrückung der Wahrheit benutzen will, überflüssig zu machen. Das wirksamste und einfachste Mittel wäre unserer Meinung nach ein Gesetz, welches den Abdruck von Aufsätzen oder Werken verböte, deren Verfasser nicht den Muth hätte sich zu nennen. In den meisten und vielleicht in allen Fällen kann es kein wirksameres Gegengift gegen Verleumdungen geben, als den Namen des Verbreiters. Eine Bemerkung, die vielleicht die große Masse be-

sticht, sobald sie derselben gedruckt unter der Autorität irgend eines viel verbreiteten Blattes entgegentritt, verliert allen Werth, wenn man weiß, daß sie von diesem oder jenem unbedeutenden und oft verächtlichen Menschen herrührt. Wir selbst können uns rühmen, daß wir verschiedenen gehässigen Correspondenzen in deutschen Tagblättern mit einem Schlage ein Ende gemacht haben, indem wir die Namen und die Motive der Verfasser aufdeckten. Wir sind überzeugt, daß unsere periodische Presse in wenigen Jahren eine ganz andere Gestalt gewinnen würde, wenn unter jedem Aufsatze, der in ein Tagblatt aufgenommen wird, der Name des Verfassers zu lesen wäre.

Die Eisenbahnen.

Geschrieben am 4. Februar 1839.

Die Erfindung der Eisenbahnen ist ohne Frage die wichtigste, die seit der Erfindung der Buchdruckerkunst gemacht worden ist. Wie die Buchdruckerkunst die Bewegung des Geistes auf eine Weise beförderte, von der man früher keine Ahnung hatte, so befördern die Eisenbahnen die Bewegung in der körperlichen Welt auf eine Weise, welche nach allen früheren Vorstellungen von dem Möglichen und Erreichbaren sich nur durch ein Wunder erklären ließe. Die Wirkungen werden ähnlicher Art sein. Durch die Buchdruckerpresse hat der Gedanke, der, das Eigenthum weniger Bevorrechteten, in die engsten Schranken gebannt war, seine Fesseln durchbrochen; er durchfliegt jetzt frei die Welt nach allen Richtungen und ist allen Classen der Gesellschaft von der höchsten bis zur niedrigsten beinahe mit gleicher Leichtigkeit zugänglich. Vor der Erfindung der Buchdruckerkunst war alles menschliche Wissen nur auf jene Kreise beschränkt, welche die Pflege der Gelehrsamkeit zu der besonderen Aufgabe ihres Lebens machten; und selbst der Gelehrte fand in dem hohen Preise und in der Seltenheit der Handschriften oft unüberwindliche Schwierigkeiten, sich die Hülfsmittel zu verschaffen, deren er zu seinen Forschungen bedurfte. Die wissenschaftlichen Leistungen der vorragendsten Geister mußten daher immer mangelhaft bleiben, während jenen Ständen, die sich nicht ausschließlich oder vorzugsweise mit gelehrten Forschungen beschäftigten, die Geheimnisse der Wissenschaft ewig verschlossen waren. Durch die Buchdruckerkunst ist das Wissen ein Gemeingut geworden, von dem bei den Nationen, unter denen dieselbe eingeführt ist, selbst der Roheste und Trägste nicht ganz ausgeschlossen ist. Der Gelehrte eignet sich mit leichter Mühe die Ergebnisse der geistigen

Anstrengungen aller Völker an; und das Beste, was er leistet, kommt durch volksmäßige Darstellungen allen Ständen zu Gute. Eben so beschränkt, wie vor der Erfindung der Buchdruckerei die geistige Mittheilung, war vor der Erfindung der Eisenbahnen die körperliche Bewegung. Ein Jeder war auf seine individuellen Kräfte angewiesen, die er, je nach den Mitteln, die ihm persönlich zu Gebote standen, zu steigern vermochte, ohne doch, selbst bei dem außerordentlichsten Aufwande, ein gewisses Maß überschreiten zu können. Durch die Erfindung der Eisenbahnen, in ihrer Verbindung mit der bewegenden Kraft des Dampfes, ist es in die Macht des Menschen gegeben, alle Entfernungen aufzuheben, die weitesten Strecken mit Windeseile zu durchfliegen und die schwersten Massen, sofern dieß erforderlich wäre, mit gleicher Eile fortzuschaffen, ohne daß es für den Einzelnen eines Aufwandes bedürfte, der die beschränktesten Mittel überstiege. Das Vorrecht des Reichen, seinen Aufenthalt mit Leichtigkeit zu verändern, wird auf alle Stände übertragen; und dieselbe Gleichheit, welche die Buchdruckerkunst in Bezug auf die Aneignung wissenschaftlicher Bildung begründete, wird durch die Eisenbahnen auf die körperliche Bewegung und auf alle Vortheile, welche diese verschaffen, ausgedehnt.

Im Alterthume beschränkten sich die Mittel der Fortschaffung, außer der höchst unvollkommenen Benutzung der Wasserstraßen, auf die Tragkraft der Menschen und der Thiere. Nur zwei Völker, die Aegypter und die Römer, hatten Landstraßen, die sich mit unseren heutigen Kunststraßen vergleichen lassen und dieselben durch die Vortrefflichkeit ihrer Ausführung sogar noch übertrafen; aber sie kannten unsere modernen Wagen nicht, und der große Vortheil, den wir dadurch voraus haben, läßt sich leicht ermessen, wenn man bedenkt, daß ein Sclave nur den fünfzigsten, ein Saumpferd den zehnten, ein Kameel den fünften Theil der Last fortzuschaffen vermochte, die in unseren Tagen ein Pferd auf einer guten Chaussée zieht. Die Folge davon war, daß der Anbau des Bodens, so wie alle Bildung in der ganzen Welt vorzugsweise auf die Küsten und auf die Landschaften an den Ufern der Ströme beschränkt war, und daß fast alle Binnenländer in Armuth und Barbarei versunken blieben. Während des Mittelalters befanden sich die Fortschaffungsmittel in einem noch schlechteren Zustande, wie im Alterthume, weil man damals selbst die Straßen nicht mehr kannte, welche die Römer, freilich nur zu militairischen Zwecken, gebaut hatten. Von der Beschaffenheit der Wege in Deutschland während des vierzehnten Jahrhunderts giebt die Anecdote einen Begriff, die man von Kaiser Sigismund erzählt. Das würdige Reichsoberhaupt fuhr auf einem Bretterwagen, von Ochsen gezogen, daher, blieb aber an einer grund- und bodenlosen Stelle im Schlamme sitzen und brach mit seiner gewöhnlichen guten Laune in den Ausruf aus: „Da steckt nun das heilige römische Reich im Dr—!“ Erst in der neuern oder vielmehr in der neuesten Zeit hat sich der Straßenbau gehoben. Noch in der Mitte des vorigen Jahr-

hunderts war beinahe in ganz Europa eine Reise von einigen Meilen mit nicht viel geringerer Gefahr und mit einem ähnlichen Kostenaufwande verbunden, wie etwa heut zu Tage eine Reise nach den Polargegenden. Die Meß- und Geleitskutsche des heiligen römischen Reiches, die sich jährlich einmal von Nürnberg nach Frankfurt am Main bewegte, wurde an den Thoren der Stadt von eigens dazu bestimmten Commissarien den Commissarien des Markgrafen von Anspach übergeben, nachdem darüber ein förmliches Instrument aufgenommen war. Eine starke Bedeckung gab der Kutsche, die mit einer Geschwindigkeit von zwei Meilen auf den sommerlangen Tag fortrückte, durch das Gebiet des Markgrafen das Geleit, und an jeder Grenze von dem Dutzend kleiner Staaten, die damals auf dem Wege von Nürnberg nach Frankfurt lagen, wurden dieselben Feierlichkeiten und Förmlichkeiten wiederholt, die bei dem Eintritte in das Anspachische beobachtet waren. Man darf aber nicht etwa glauben, daß Deutschland damals allein in Bezug auf seine Communicationen noch so weit zurück war. Denn noch im Jahre 1763 gingen in England, in dem Lande, welches gegenwärtig die vortrefflichsten Straßen der Welt besitzt, die Postkutschen wegen der schlechten Beschaffenheit der Wege so langsam, daß man voller vierzehn Tage bedurfte, um von London nach Edinburgh zu gelangen: eine Strecke, die man jetzt in der Diligence binnen sechs und dreißig Stunden zurücklegt.

Eine eben so große Ueberlegenheit, wie die Kunststraßen unserer Tage über die erbärmlichsten Wege des vorigen Jahrhunderts, haben die Eisenbahnen über die vollkommensten Kunststraßen. Die Geschwindigkeit, die schon bei der gegenwärtigen Ausbildung der Dampffahrt auf den Eisenbahnen ohne außerordentliche Anstrengung erreicht wird, beträgt sechs deutsche Meilen in der Stunde; die Eilwagen auf unseren Chausséen legen eine Meile in der Stunde zurück. Der vermehrte Verkehr, auf den man rechnen darf, erlaubt es, die Preise der Plätze in den Personenwagen so niedrig zu stellen, daß selbst die unbemitteltsten Volksclassen von diesem bequemen und schnellen Fortschaffungsmittel Gebrauch machen können. Denke man sich nun, daß die vornehmsten Städte in Europa durch Eisenbahnlinien verbunden sind, wie dieß in einer nicht allzu weit entfernten Zukunft der Fall sein wird, so wird man von Braunschweig aus eine Reise nach Leipzig, die gegenwärtig einen vollen Tag hinwegnimmt, in drei Stunden, eine Reise nach Berlin, die gegenwärtig anderthalb Tage erfordert, in fünf bis sechs Stunden machen können. Nach Wien wird man über Leipzig, Dresden und Prag mit Leichtigkeit an einem Sommertage gelangen, nach Mailand über Wien in zwei Tagen, nach Paris über Frankfurt am Main in achtzehn oder neunzehn Stunden, nach Amsterdam über Minden und Cöln in vierzehn, nach Brüssel in zwölf Stunden. Eine Reise nach Paris und London wird sich hin und zurück in vier bis fünf Tagen machen lassen. Wenn die Fahrtaxen auf einen Gutengroschen die Meile für den niedrigsten Platz gestellt werden, so wird eine Reise von

hundert deutschen Meilen auf 4 Thlr. 4 Ggr. zu stehen kommen: eine Summe, die selbst der weniger bemittelte Handwerker erschwingen kann. Alle Stände werden daher die weitesten Reisen sowohl zu ihrem Vergnügen, als zu ihrer Ausbildung oder zu der Anknüpfung von Geschäften unternehmen können. Der Arzt und der Advocat wird seine Praxis, der Kaufmann und Fabrikant seinen Geschäftskreis beinahe nach Willkür erweitern; jede neue Erfindung, wie jede Verbesserung in dem Gewerbewesen wird von den Orten, wo sie zuerst in Anwendung gebracht ist, sich nach allen Richtungen verbreiten; und selbst die Wissenschaft wird von der Erleichterung des Verkehrs durch die vermehrte Benutzung der literarischen Hülfsmittel, so wie durch das persönliche Bekanntwerden der Gelehrten bedeutenden Vortheil ziehen. Die größte Veränderung wird aber in der Lage jener Volksclassen vor sich gehen, denen bisher der Mangel an Mitteln beinahe jeden Wechsel des Aufenthaltes verwehrte. Der Landmann wird nicht mehr an seine Scholle gebunden sein, sondern in vielfältige Berührung mit den städtischen Bevölkerungen kommen. Der ärmste Tagelöhner, der gegenwärtig hungern muß, wenn er an seinem Wohnorte keine Beschäftigung findet, wird sich nach entfernteren Gegenden begeben, wo die Handarbeit vielleicht ungewöhnlich gesucht ist. Ueberall wird die Abhängigkeit, in der gegenwärtig der Arbeiter von seinem Brotherrn steht, aufgehoben; und die niedrigsten Stände müssen daher eine freiere Stellung im Leben und in der Gesellschaft gewinnen.

Eben so wichtig, wie die Erleichterung des Personenverkehrs durch die Eisenbahnen ist aber die Erleichterung des Gütertransportes. Gegenden, welche für ihre natürlichen Producte gegenwärtig einen sehr beschränkten oder gar keinen Absatz finden, werden durch die Eisenbahnen in den Stand gesetzt, sich den weitesten Markt zu verschaffen. Selbst in einem Lande von so mäßigem Umfange wie das Herzogthum Braunschweig hat die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Transportmittel in die Augen fallende Mißverhältnisse zur Folge. Das Flachland im Braunschweigischen hat einen Ueberfluß an Getreide, welches, wenn nicht ganz ungewöhnliche Umstände — wie in diesem Augenblicke — eine Erhöhung des Werthes hervorrufen, gleich den meisten anderen landwirthschaftlichen Producten, im niedrigsten Preise steht. Dagegen fehlt es an Holz, für das besonders in der Hauptstadt oft die übertriebensten Preise gezahlt werden, und noch mehr an Steinen, wovon der erste Blick auf die Bauart unserer Häuser, so wie die mangelhafte Beschaffenheit unserer Chausséen überzeugt. Der Harz hat Holz und Steine in Menge; der Transport ist aber zu kostbar, als daß derselbe dem Bedürfnisse des Tieflandes abhelfen könnte. Auf der andern Seite hat der Harz Mangel an Getreide, Gemüsen und anderen Producten des Feldbaus, die der Bevölkerung des Gebirges zwar aus dem Flachlande zugeführt, aber durch die Schwierigkeit des Transportes unverhältnißmäßig vertheuert werden. Alle diese Mißverhältnisse werden verschwinden, so wie die Eisenbahn zwischen Braunschweig und

Harzburg vollendet ist, die sich daher, wenn sie auch als Privatunternehmung keine gewinnbringende Speculation wäre, aus allgemeinen staatswirthschaftlichen Gründen hinreichend rechtfertigen läßt. Die Vortheile, die sich schon in so beschränktem Raume zeigen, werden aber hundertfach vermehrt, sobald ein größerer Maßstab in Anwendung gebracht wird.

Rhein und Donau.

Geschrieben am 27. Januar 1839.

Die beiden großen deutschen Ströme, Rhein und Donau, bieten in ihrem untern Laufe manche nicht unähnliche Verhältnisse dar. Der Rhein stößt, indem er seine Richtung nach der Nordsee in möglichst gerader Linie verfolgt, auf das Hügelland der Veluwe, welches ihn westwärts ablenkt; er theilt sich, indem er diese Wendung macht, in mehrere Arme, von denen der östlichste, der sonderbar genug allein seinen alten Namen beibehalten hat, im Sande versiegte, bis ihm die Kunst durch eine gewaltige Schleuse einen Ausweg bahnte. In uralten Zeiten, als die Ströme noch eine bei weitem größere Wassermasse führten, scheint der Rhein jedoch das Hinderniß, welches ihm in der Richtung nach Norden entgegenstand, durchbrochen und sich eine Straße nach der Süderse eröffnet zu haben. Der römische Feldherr Drusus fand während seines Aufenthaltes in diesen Gegenden die Spuren dieses alten Wasserweges, und strategische Rücksichten bestimmten ihn, denselben durch einen Canal wieder herzustellen, der bis auf den heutigen Tag bei den Niederländern den Namen des Drususgrabens (de Drususgracht) führt. Wer bei Doesburg oder Rede in das Thal der neuen Yssel oder des Drususgrabens hineinblickt, überzeugt sich leicht, daß die Römer unmöglich, wie von den Geschichtschreibern behauptet wird, dem Strome ein durchaus neues Bette gegraben haben können, da es alle menschlichen Kräfte überstiegen haben würde, die Anhöhen aufzuwerfen, welche die Ufer bilden. Auf ähnliche Weise, wie der Rhein in seinem Laufe nach Norden durch die Hügel der Veluwe westwärts abgelenkt wird, wird die Donau in ihrem Laufe noch Osten durch die Hügel der Dobrudscha nordwärts abgelenkt. Bei Czernawoda ist die Donau in gerader Richtung nur noch etwas über sechs Meilen von dem schwarzen Meere entfernt; statt diesen kürzesten Weg einzuschlagen, fließt sie aber, die vielfachen Krümmungen ungerechnet, noch achtzehn Meilen weit gegen Norden, und wendet sich erst unterhalb Galacz, nachdem sie den Pruth aufgenommen,

wieder dem Meere zu, nachdem sie von hier aus andere achtzehn Meilen zurückzulegen hat. Diese Verzögerung in dem Laufe des gewaltigen Stromes hat eine so große Verminderung in seinem Gefälle zur Folge, daß von den vielfachen Armen, durch die er sich in das Meer ergießt, die meisten allmälig völlig versandet oder verschlammt sind, und nur noch ein einziger, der von Sulina, der das seit dem letzten Frieden Rußand zugefallene Delta in der Mitte durchschneidet, größeren Fahrzeugen zugänglich geblieben ist. Aber wie der Rhein, so scheint auch die Donau die Hindernisse, welche die Natur dem Strome auf seinem Wege zum Meere entgegengestellt, in einer früheren Periode durchbrochen zu haben. Von Czernawoda bis in die Nähe von Kostendsche am schwarzen Meere zieht sich ein Thal, in dem mehrere kleine Seen die Spuren eines früheren Strombettes zu verrathen scheinen. Auch hier haben die Römer bedeutende Zeichen ihrer Anwesenheit zurückgelassen. Der Kaiser Trajanus, unter dem das römische Reich seine größte Ausdehnung erreichte, verkannte dennoch den herannahenden Verfall nicht. Er sah die Gefahr vorher, die aus dem Osten drohte. Er suchte derselben zu begegnen, indem er nach Dacien, wo der Strom zunächst hereinbrechen mußte, römische Colonien führte, welche dieses Land, die Vormauer der Hämushalbinsel, bis auf den heutigen Tag in ein halbrömisches umgewandelt haben. Zugleich begriff er, daß das Trapez, das im Westen von der Donau unterhalb Czernawoda, im Norden durch das Donaudelta, im Osten durch das schwarze Meer begrenzt wird, und dessen kürzeste Seite im Süden eine Linie von Czernawoda nach Kostendsche bildet, gegen einen von Osten und Norden heranziehenden übermächtigen Feind nicht zu halten war; er faßte mit scharfem Blicke die Vortheile auf, welche das Terrain auf der Linie von Czernawoda nach Kostendsche der Vertheidigung bot, und legte hier großartige Festungswerke an, von denen die Reste nach siebenzehn Jahrhunderten noch sichtbar sind. Wenn es eben so leicht gewesen wäre, die Donau in ihr altes Bette zurückzuleiten, wie den Rhein, und auf diese Weise eine natürliche Grenze herzustellen, würde er dieß gewiß nicht versäumt haben. Wir glauben jedoch nicht, daß ein Werk, welches vor siebenzehnhundert Jahren unmöglich schien, deßhalb auch bei den unendlich vermehrten Hülfsmitteln unserer Tage noch unausführbar sein wird; und wir haben daher bereits vor zwei Jahren einen Vorschlag gemacht*), der seitdem zu Wien und zu Konstantinopel aufgenommen worden ist, und dessen Durchführung auf die Gestaltung aller Verhältnisse im Oriente einen unermeßlichen Einfluß äußern würde.

Die Dampfschifffahrt hat in den letzten Jahren den Verkehr auf der Donau wieder zu beleben angefangen; der Handelsvertrag, den Oesterreich und England im vergangenen Jahre geschlossen haben, verspricht diesem Verkehr

*) S. D. N. Z. Jahrgang 1836, Nr. 120. vom 21. Mai, und Jahrgang 1838, Nr. 250. vom 22. October.

eine Ausdehnung zu geben, die derselbe zu keiner früheren Zeit besessen hat; aber alle die schönen Aussichten, die sich den Donaulandschaften eröffnen, können durch einen Umstand vereitelt werden, von dem es sich sehr bezweifeln läßt, daß einseitige Verträge ihn zu beseitigen vermögen. Die Russen sind im Besitze der Donaumündungen; schon jetzt haben Streitigkeiten wegen angeblicher Hemmungen Statt gefunden, die sie durch ihre Quarantaineanordnungen dem Verkehr in den Weg legen sollen. Wir zweifeln sehr, daß die Klagen, die deßhalb erhoben wurden, begründet waren; wenigstens wäre es von der russischen Regierung sehr unpolitisch, wenn sie einen im Aufblühen begriffenen Handel absichtlich zerstören wollte, der ihr in der Zukunft die größten Vortheile verspricht. Aber so wie der Verkehr auf der Donau erst einmal eine Bedeutung erlangt hat, die denselben in den Stand setzt, verhältnißmäßige Lasten zu tragen, kann man zum voraus gewiß sein, daß das St. Petersburger Cabinet keine Gelegenheit vorübergehen lassen wird, sich durch möglichst hohe Besteurung eine reiche Quelle von Einkünften zu sichern; und die Donaulandschaften können sich glücklich preisen, wenn Rußland nicht einst an den Mündungen der Donau das Beispiel erneut, welches Holland an den Mündungen des Rheins gegeben hat. Ein Mittel giebt es, den Verkehr gegen die Gefahr, die demselben droht, sicher zu stellen; und dieses Mittel besteht nicht in Verträgen über die Freiheit der Donau, denn die Verträge über die Freiheit des Rheins haben gezeigt, wie schwer auf diesem Wege eine Erleichterung zu bewirken ist; auch nicht in einem Kriege, durch den man die große nordische Macht von den Mündungen des Stromes vertriebe; denn theils würde der Ausgang eines solchen Krieges immer noch sehr zweifelhaft bleiben, wenn nicht alle europäische Mächte sich zum Kampfe wider Rußland vereinigten, theils würde er die unteren Donaulandschaften auf eine lange Zeit hinaus in eine Wüste verwandeln und daher nothwendig seinen Zweck verfehlen. Das einzige sichere Mittel besteht in der Anlegung eines schiffbaren Canals von Czernawoda nach Kostendsche, durch welchen die Donauschifffahrt zugleich um mehr als dreißig deutsche Meilen verkürzt und der russischen Bevormundung auf eine Weise entzogen würde, gegen welche sich von keiner Seite das Geringste einwenden ließe.

Wenn es möglich wäre, die Pforte zu dem Eingehen auf eine höhere Ansicht zu vermögen, so ließe sich mit der Ausführung dieses Planes noch ein anderer verbinden, der für die Vortheile desselben die festeste Bürgschaft gewährte, welche durch die Bestimmungen der Staatsklugheit erreichbar scheint. Die russische Politik ist seit länger als hundert Jahren auf den Erwerb der schönen Landschaften an der Donau gerichtet. Die Moldau und die Walachei und selbst Serbien sind gegenwärtig, wenn auch dem Namen nach noch mit dem osmanischen Reich verbunden, doch in der That von Rußland mehr abhängig, als von der Pforte; bei dem nächsten Kriege, der zwischen Rußland und der Pforte ausbricht, ist es wahrscheinlich, daß wenigstens die Moldau

und die Walachei dem ruſſiſchen Reiche ganz einverleibt werden, worauf Serbien und Bulgarien wahrſcheinlich in Kurzem folgen würden. Noch ſteht der Pforte jedoch ein Mittel zu Gebote, ihr Anſehen in dieſen Gegenden gründlich zu befeſtigen, und dieſes Mittel iſt daſſelbe, welches in Deutſchland angewandt worden iſt, um der durch die Verſchiedenheit ihrer Intereſſen eben ſo ſehr, als durch die Theilung in achtunddreißig ſelbſtſtändige Staaten zerſplitterten deutſchen Nation die Kraft zum Widerſtande gegen den Einbruch eines auswärtigen Feindes zu leihen. Die Pforte vereinige die Landſchaften Serbien, die Moldau, die Walachei und Bulgarien in einen Donaubund, der unter die Bürgſchaft der großen europäiſchen Mächte geſtellt werde; und die Gefahr, die gegenwärtig noch von der ruſſiſchen Uebermacht und von dem allmäligen Umſichgreifen des ruſſiſchen Einfluſſes zu befürchten iſt, wird, wenn auch nicht völlig beſeitigt, doch ſehr in die Ferne gerückt ſein. Aber wird die Pforte jemals ſich überzeugen, daß ihr eigener Vortheil ihr gebietet, in dem chriſtlichen Bulgarien eine chriſtliche Verwaltung einzuführen, und daß ſie dadurch an Kraft gewinnt, wenn ſie an die Stelle des gegenwärtigen nominellen Unterthanenverbandes ein freies Bundesverhältniß treten läßt?

Die Gedächtnißfeier Friedrichs des Großen zu Berlin.

Geſchrieben am 5. Juni 1840.

Die Gedächtnißfeier des Regierungsantrittes Friedrichs des Großen, die am 1. Juni zu Berlin begangen wurde, hat für den preußiſchen Staat und für ganz Deutſchland eine eben ſo hohe Bedeutung, als die Todtenfeier, durch welche die Franzoſen das Andenken ihres großen Kaiſers ehren wollen. Man hat nicht ſelten Friedrich den Zweiten und Napoleon mit einander verglichen, und auch wohl die Frage aufgeworfen, welcher von Beiden der größere war. Um dieſe Frage zu beantworten, müßte man erſt entſcheiden, welche von beiden Nationen den Vorzug verdiene, die deutſche oder die franzöſiſche; denn mit demſelben Rechte, mit dem wir ſagen, daß Frankreich Alles, was es gegenwärtig iſt, Napoleon verdankt, mit demſelben Rechte können wir auch ſagen, daß nicht allein Preußen ſondern Deutſchland Alles, was es gegenwärtig iſt, dem großen Preußenkönige verdankt. Als die franzöſiſche Revolution in Frankreich alle Bande der Geſellſchaft aufzulöſen begann, war der Lieutenant Bonaparte ein junger Mann ohne Einfluß, ohne Namen und ohne andere Ausſichten, als ſie Tauſenden von jungen Leuten in gleich untergeordneter Stellung offen ſtanden.

Sein militairisches Genie und die Gunst der Umstände ließ ihn in wenigen Jahren alle Stufen der militairischen Rangordnung durchlaufen; in der ersten Blüthe des Mannesalters stand er an der Spitze eines Heeres und setzte durch seine Siege die Welt in Erstaunen. Keine noch so kühne und riesenhafte Unternehmung erschien dem Geiste des jungen Helden zu schwer; als er für Frankreich den Frieden an seinen Grenzen erkämpft hatte, entwarf er den Plan, den Orient zu erobern, um den einzigen Feind, der noch nicht besiegt war, die Engländer, in dem fernen Indien aufzusuchen. Aber hier erfuhr er zuerst, daß er seine Kräfte überschätzt hatte. Das Unglück Frankreichs wurde sein Glück. Die schwache Regierung, von außen auf allen Seiten angegriffen, im Innern kaum noch im Stande, die Gewalt fest zu halten, die ihren Händen zu entschlüpfen drohte, sah in Bonaparte's Rückkehr die einzige Rettung; und so groß war bereits der Glanz seines Namens, daß dieses Gefühl von der ganzen Nation getheilt wurde. Der Feldherr, an dessen Fahnen der Sieg geknüpft schien, war Frankreichs Herrscher, so wie er den Fuß wieder auf französischen Boden setzte; der 18. Brumaire bestätigte nur eine Thatsache, die dem blödesten Blicke kaum länger verborgen sein konnte. Als Regent zeigte Bonaparte sich jetzt nicht weniger groß, denn als Feldherr. An die Stelle der Auflösung, die nicht viel weiter fortschreiten durfte, um ungeachtet aller Siege gegen das Ausland Frankreichs Untergang durch innere Zerrüttung herbeizuführen, trat wie mit einem Zauberschlage eine feste Ordnung, welche die gleichmäßige Entwickelung aller durch die Revolution von ihren Fesseln entbundenen Kräfte gestattete, und Frankreich gewann dadurch eine Ueberlegenheit über das verbündete Europa, welche die Begründung einer Weltherrschaft als nicht unmöglich erscheinen ließ. Der Tag, an dem Napoleon die Kaiserkrone auf sein Haupt setzte, sollte allen Völkern ankündigen, daß eine neue Aera für sie begonnen habe; und der Gedanke war keineswegs so abenteuerlich, wie ihn nach dem Sturze des Kaiserreiches alle jene gefunden haben, die nach dem Erfolge urtheilen. Napoleon, der nur Frankreich kannte, war sich bewußt, daß seine Gesetze den Franzosen ein größeres Maß der Freiheit gewährten, als sie unter irgend einer ihrer früheren Verfassungen besessen hatten, und in der That ein so großes, als mit der nothwendigen Erhaltung der Ordnung und mit der von dieser nicht zu trennenden allgemeinen Wohlfahrt irgend verträglich war; er beurtheilte die Bedürfnisse aller übrigen Völker nach jenen der Franzosen, und glaubte deßhalb, daß alle ihn, wenn er ihnen die französische Gesetzgebung brächte, als einen Herold der Freiheit begrüßen würden. In dem großen Irrthume, den er beging, indem er die Verschiedenheit der Völker nicht bloß in ihren äußern Einrichtungen sondern in ihrem innersten Wesen verkannte, lag die Quelle aller der Verirrungen, die seinen Sturz herbeiführten und ihn herbeiführen mußten, wenn er auch noch hundert Siege erfochten hätte. Deßhalb ist auch von dem ganzen ungeheuren Gebäude der Macht, welches er begründet, mit seinem eigenen Falle beinahe jede Spur ver-

ſchwunden, und nur in Frankreich haben die Grundlagen der Ordnung, wie er ſie unverrückbar an allen Gewohnheiten, Beſtrebungen und Bedürfniſſen der Nation befeſtigt, ſich bis zu dieſer Stunde erhalten.

Vergleichen wir die glänzende Laufbahn des Kaiſers der Franzoſen, die wir hier in ihren Hauptzügen angedeutet haben, mit der nicht weniger ruhmreichen des Preußenkönigs, ſo werden bei oberflächlicher Betrachtung alle Vortheile auf der Seite Napoleons zu liegen ſcheinen. Friedrich der Zweite hatte nicht nöthig, ſich einen Thron zu erobern; er war durch die Geburt zur Regierung berufen, und fing daher auf einer Stufe an, zu der Napoleon erſt nach ungeheuren Anſtrengungen gelangte. Friederich der Zweite hat, wie Napoleon, mit den mächtigſten Reichen Europa's ſiegreiche Kriege geführt, aber er hat nie nach der ſchwindelnden Höhe der Macht geſtrebt, die Napoleon wirklich erreichte; ſeine größten Anſtrengungen waren nie auf die Begründung einer Weltherrſchaft, ſondern nur auf den Erwerb einer Provinz gerichtet, deren Beſitz für ihn unerläßlich war, wenn der Staat, den er regierte, eine ſelbſtſtändige Stellung unter den europäiſchen Mächten einnehmen und nicht rathlos durch den Willen der Nachbarn oder durch das Spiel des Zufalles hin und her geworfen werden ſollte. Friedrich der Zweite hat weder von Anfang einen ſo weiten Weg zurückzulegen gehabt, wie Napoleon, um zur Macht zu gelangen, noch iſt er auf dieſem Wege ſo weit gekommen; und man ſollte daher meinen, daß er zu der Erreichung ſeines Zieles eines geringeren Maßes geiſtiger Kräfte bedurft haben müßte. Aber man darf nicht vergeſſen, daß, ſo weit Friederich dem Großen durch ſeine Vorfahren auf dem Throne, Napoleon durch die franzöſiſche Revolution vorgearbeitet war. Friedrich der Zweite war Monarch, er fand bei ſeinem Regierungsantritte einen wohlgefüllten Schatz und ein wohlgeübtes für jene Zeiten zahlreiches Heer; aber er mußte die Feldherren, die ſeine Schlachten ſchlugen, mit wenigen Ausnahmen erſt ſelbſt heranziehen und bilden; und er mußte der todten, aus aller Herren Ländern zuſammengeworbenen Maſſe ſeiner Truppen erſt durch ſeinen Geiſt das Leben einhauchen, welches ſie zum unüberwindlichen Heere machte. Napoleon war unter vielen ausgezeichneten Feldherren, die aus den Kriegen der Republik hervorgegangen waren, nur der, welcher ſich am meiſten auszeichnete; und das Heer, aus dem er ſeine ehernen Cohorten bildete, war, ehe er den Befehl übernahm, bereits allen europäiſchen Heeren durch wilden Ungeſtüm überlegen, mit dem es der Geiſt der Revolution erfüllt hatte. Rechne man dazu den Unterſchied der Macht, die Napoleon zu Gebote ſtand, ſobald das revolutionaire Frankreich ſeinen Befehlen gehorchte, und jener, über die Friedrich der Zweite, als Gebieter des kleinen und armen Königreiches Preußen, zu verfügen hatte, ſo wird man uns zugeben, daß nicht auf der Seite Friedrichs des Zweiten, ſondern auf der Seite Napoleons ein unermeßliches Uebergewicht an äußern Hülfsmitteln war; und wenn der Kaiſer der Franzoſen wirklich Größeres bewirkt hätte, als der Preußenkönig, ſo würde ſich dieß

leicht erklären lassen, ohne daß man deßhalb dem ersten eine größere Macht des Geistes zuerkennen dürfte.

Aber wir leugnen, daß die Wirkung, die Napoleon mit seinen unverhältnißmäßig bedeutenderen äußern Mitteln hervorgebracht hat, eine größere war, als jene, die Friedrich der Zweite mit den beschränkten Mitteln der Markgrafschaft Brandenburg hervorbrachte. Der Maßstab, nach dem wir wahre Größe messen, darf nie ein äußerer, muß immer ein geistiger sein; und wie weit steht Napoleon zurück, wenn wir diesen Maßstab an ihn legen? Er hat ein ungeheures Reich geschaffen; aber diesem Reiche fehlte der belebende Gedanke, der dasselbe zusammengehalten hätte; deßhalb fiel es auseinander, so wie ihn selbst der erste große Unfall traf. Napoleon hat keine einzige neue Idee hervorgerufen. Die Regentengröße, die wir ihm nicht absprechen dürfen, beruht nur darauf, daß er es verstand, in dem bunten Gewirre der Ideen, welche die Revolution zu verwirklichen suchte, das Haltbare von dem Unhaltbaren zu sondern, und, indem er das letzte fallen ließ, dem ersten einen festen Grund und Boden zu geben. Friedrich der Zweite fand keine Revolution vor sich, die er auszubeuten vermocht hätte, sondern er bewirkte selbst eine Revolution; eine Fülle von Ideen, die vorher nur das Eigenthum der seltensten Geister waren, wurde durch ihn in Umlauf gesetzt und im Staatsleben zu practischer Anwendung gebracht. Alles geistige Leben in Deutschand war erlahmt, als Friedrich der Zweite zur Regierung kam; tiefer war das Volk der Deutschen zu keiner früheren Zeit gesunken, selbst in den traurigen Tagen des dreißigjährigen Krieges nicht, da damals mitten in der allgemeinen Zerrüttung wenigstens das religiöse Gefühl noch die Keime eines kräftigen Lebens erhielt. Die düsterste Engherzigkeit erdrückte jede freie Bewegung; kein Einzelner wagte es, aus dem beschränkten Kreise seiner Familie hinauszublicken; selbst der Begriff eines Staates war unbekannt: nicht Liebe des Vaterlandes, sondern blinder Gehorsam galt als die erste Bürgerpflicht. Und da es in ganz Deutschland überall so ziemlich auf gleiche Weise bestellt war, so konnte von einem gemeinsamen deutschen Volksgefühle gar keine Rede sein; wer einigen Anspruch auf Bildung machte, schämte sich seines deutschen Namens und trug fremde Sprache, Sitte und Tracht zur Schau. Zwar war auch der große König von der Verachtung des deutschen Wesens, in dem Zustande der Erniedrigung, wie er dasselbe vor sich sah, nicht frei; aber die erste Maßregel, durch die er seinen Regierungsantritt bezeichnete, war, daß er den Gedanken frei gab, und mehr bedurfte es nicht, um ein neues frischeres und kräftigeres Geistesleben zu erwecken. Er erkannte es an, daß der Unterthan nicht allein Pflichten, sondern auch Rechte habe, und erhob ihn dadurch aus der Erniedrigung des Sclaven zum freien Bürger. Deßhalb wurden seine Siege, weit über die Grenzen Preußens hinaus, in allen deutschen Gauen gefeiert; der Ruhm seiner Thaten löschte die Schmach aus, die auf dem deutschen Namen lastete, und in ganz Deutschland erwachte das Gefühl der Volksehre, durch

über den preußischen Staat hereinbrach, konnte König Friedrich Wilhelm III. so wenig, als irgend ein Sterblicher gefaßt sein. Und um dem tiefgebeugten Fürsten auch den letzten Trost zu rauben, so wurde in den traurigen Tagen, die auf den schmachvollen Frieden von Tilsit folgten, die geliebte Gattin von seiner Seite gerissen, Louise, die hohe Frau, die, eine Königin an Adel des Gemüthes und an Schönheit, wenn sie auch nicht die Krone getragen hätte, der Stolz und die Freude jedes Preußen war. In diesen Leiden bewährte König Friedrich Wilhelm III. sich als den würdigen Nachfolger Friedrichs des Großen. Sein männliches Herz, obwohl von Gram und Kummer gefoltert, blieb fest; sein tapfrer Muth, sein königlicher Sinn blieb unerschüttert; sein geistiger Blick, sein Urtheil blieb klar und frei und sicher; dadurch wurde es möglich, daß die tiefste Erniedrigung Preußens zugleich der Anfang seiner Wiedererhebung wurde, die Vernichtung der preußischen Macht der Beginn ihrer glänzenden, ruhmreicheren Wiedergeburt. Ein Vortheil ist dem Unglücke vor dem Glücke eigen, daß jenes einen Prüfstein der Treue gewährt. Der Sturm, der die Monarchie Friedrichs des Großen zu Boden warf, sonderte unter den Dienern derselben die Spreu von den Kernen. Die feigen ehrlosen Seelen, welche, durch die Gunst des Zufalls emporgehoben, so manche der wichtigsten Stellen im Staate eingenommen hatten, verschwanden, als der Staat nicht mehr im Stande war, ihre Scheindienste zu belohnen. Dagegen sammelte sich um den Fürsten Alles, was Kraft und Muth und reine Liebe des Vaterlandes im Herzen hatte; der König konnte seine Diener jetzt unter den Besten seines Volkes wählen; und die Männer, die er in seinen Rath berief, zeigten sich der Aufgabe, die ihnen oblag, wohl gewachsen. Die Hälfte des preußischen Staates war durch den Frieden von demselben abgerissen worden; und noch war die andere Hälfte vom Feinde nicht geräumt, als bereits von Königsberg aus die ersten Verordnungen ergingen, welche den Geist ankündigten, der alle Zweige der Verwaltung durchdrang. Ein volksthümliches Heer wurde geschaffen, das den Kern einer Volksbewaffnung bildete, die, indem sie jeden Bürger auf gleiche Weise zur Vertheidigung des Vaterlandes verpflichtete, damit auch stillschweigend dem Staate die Verpflichtung auflegte, jedem seiner Bürger durch gleiche Vertheilung seiner Wohlthaten ein gleichmäßiges Interesse an der Vertheidigung des Staates einzuflößen. Die Aufhebung der Frohnen und anderer Lasten, die den Landmann in die drückendste Anhängigkeit von den großen Grundeigenthümern versetzte, rief einen freien Bauernstand in das Leben, und bald darauf gab die neue Städteordnung den Bürgern in den Städten das Recht der selbstständigen Verwaltung ihrer städtischen Angelegenheiten zurück, welches ihnen seit der Begründung der modernen Staatsformen entzogen war. Zugleich wurden alle Beschränkungen gehoben, welche den Gewerbsbetrieb und den Handel lähmten, so daß jeder Kraft des bürgerlichen Lebens der freieste Spielraum eröffnet wurde. Alle diese Maßregeln so wohlthätig sie wirkten, wären schwerlich hinreichend ge-

wesen, den Volksgeist nachhaltig aus dem Schlummer zu erwecken, in den ihn die Erschlaffung von Jahrhunderten gewiegt hatte, wenn die Regierung ihre Sorge nicht auch auf die Ausbreitung geistiger Bildung und auf die Belebung eines wissenschaftlichen Sinnes gerichtet hätte, ohne den jedes Volksleben immer seines Bewußtseins und damit seines Mittelpunktes entbehrt. Mitten unter den ungeheuren Anstrengungen, die der auf's Aeußerste erschöpfte Staat machte, um sich in wehrhaften Stand zu setzen, fand derselbe Mittel, zwei neue Universitäten zu begründen und die Grundlagen zu einem umfassenden Systeme des Volksunterrichtes zu legen, wie es außer Preußen noch niemals ein anderer Staat gekannt hat.

Der großartige Plan entwickelte sich still und unbemerkt, während die fremde Herrschaft sich in Deutschland immer weiter ausbreitete und scheinbar immer gründlicher befestigte. Aber wenige Jahre vergingen, und der Tag erschien, der dem ausharrenden Dulder auf Preußens Throne gestattete, von dem übermüthigen Eroberer seine Schuld mit den Zinsen einzufordern. Ehe noch die Kriegserklärung erfolgt war, wußte alles Volk in Preußen, was bevorstand, als die traurigen Trümmer des französischen Heeres aus Rußland zurückkehrten. Auf den ersten Ruf zu den Waffen erhob sich alle wehrhafte Mannschaft in den Marken, in Schlesien, Pommern, Preußen; jede Familie gab mit Freuden ihre Söhne, und der Arme brachte von seiner Armuth, der Reiche von seinem Ueberflusse dar, was er irgend entbehren zu können meinte, um die Kosten der Rüstung zu bestreiten; denn Jeder wußte, daß es nicht allein galt, die alte Schmach zu rächen, sondern die theuersten Güter zu schützen, die neu gewonnene Freiheit, den heimischen Heerd, das Vaterland, dessen Werth jetzt auch der beschränkteste Verstand erkannt hatte. Die Begeisterung, die das preußische Volk ergriffen hatte, riß gegen den widerstrebenden Sinn der Rheinbundsfürsten ganz Deutschland mit sich fort, als die preußischen Heere die ersten Siege erkämpften und als aus Preußen die Kunde kam, daß nicht bloß für die Herstellung Preußens zu seiner alten Größe, sondern für die Befreiung des deutschen Namens von dem fremden Joche gekämpft werde. Preußen nahm jetzt von neuem in Deutschland die Stellung ein, die es schon unter Friedrich dem Großen in der deutschen Meinung eingenommen, als die Burg und das Schwert deutscher Freiheit, deutschen Volksthumes und deutscher Volksehre. Von der Bahn, die Preußen in den Tagen des Unglücks eingeschlagen, ist es auch in den späteren Tagen des Glückes und der wieder erstandenen Macht nicht gewichen. Die vereinzelten Störungen, die aus verschiedenen von keiner Weisheit vorherzusehenden und zu verhütenden Ursachen doch immer nur in beschränkten Kreisen eingetreten waren, sind spurlos vorübergegangen; und die letzten Stunden des Fürsten, den nicht vereinzelte Stimmen den Gerechten genannt haben, müssen durch das Bewußtsein erheitert worden sein, daß sein Andenken in der ungetheilten Liebe seines Volkes fortleben wird, so lange der preußische Name besteht.

Das Vermächtniß Friedrich Wilhelms III.

Geschrieben am 17. Juli 1840.

Was unserer deutschen Nation von jeher am meisten zur Schande gereicht hat, ist die hündische Kriecherei, die, statt das Unvermeidliche mit schweigendem Ernste zu ertragen, sich wedelnd zudrängt, um die Hände zu lecken, die sie gezüchtigt haben. Als die Franzosen in Deutschland hausten, da erhoben sich zwar einzelne kräftige Stimmen gegen die Schmach der fremden Herrschaft; aber weitaus die Mehrzahl unter den vielen tausend schreibfertigen Federn, die man in unserm deutschen Vaterlande zählt, feierte die Siege der Unterdrücker mit so ehrlicher Unbefangenheit, daß diese es nicht einmal der Mühe werth fanden, den Beifall der Sclaven zu erkaufen, der ihnen freiwillig auf allen Wegen entgegenkam. Diese schmähliche Erniedrigung unseres Schreiber- und Gelehrtenvolkes hatte allerdings einen unleugbaren Vortheil. Die fremden Gewalthaber blieben ungewarnt; sie hatten keine Ahnung von dem Hasse, der in dem gesunden Theile der Nation glühte; und als der Tag der Rache hereinbrach, fand er sie unvorbereitet, unfähig, dem unerwarteten Sturme der zürnenden Massen zu widerstehen. Aber dieß ist ein trauriger Trost. Wenn der maßlose Uebermuth des Gewaltigers nicht jede Vorsicht verschmäht hätte; wenn der durch eigene Ueberhebung dem Untergange Geweihte nicht unbesonnen genug gewesen wäre, dem Beistande derer zu vertrauen, die er am tiefsten gekränkt, am bittersten beleidigt hatte, so ist es sehr zweifelhaft, welchen Ausgang der letzte Entscheidungskampf genommen hätte; oder vielmehr es ist nicht zweifelhaft: es wäre dem Vermessenen ohne Frage gelungen, das riesenhafte Werk zu vollenden, welches er in seinem Geiste erdacht und dessen Ausführung er mit sicherer Hand begonnen hatte. In einem Blatte, welches im Norden von Deutschland sich der weitesten Verbreitung erfreut, wahrscheinlich weil sein gänzlicher Mangel an Gesinnung der allgemeinen Lauheit am meisten entspricht, lasen wir vor noch nicht so gar langer Zeit, daß es der abscheulichste Undank sei, wenn wir Deutschen bei der Nennung des russischen Namens nicht in freudiges Entzücken geriethen, da unser Vaterland doch nur durch die russische Tapferkeit vom Joche der Fremdherrschaft befreit worden sei. Der Vorwurf war in jeder Beziehung unbegründet. Einmal ist es nicht wahr, daß die russische Großmuth in Deutschland nicht dankbar anerkannt würde. Zeigte sich nicht erst in diesen Tagen die Bevölkerung einer deutschen Hauptstadt von freudigem Aufschwunge hingerissen, als der russische Thronfolger in ihrer Mitte verweilte und um die Hand einer liebenswürdigen deut-

schen Fürstentochter warb? Waren die Reisen, die Rußlands Kaiser bei wiederholten Gelegenheiten in Deutschland gemacht hat, nach Allem, was die Zeitungen berichteten, nicht immer ein wahrer Triumphzug? Aber wenn wir den Vorwurf der Undankbarkeit zurückweisen müssen, so dürfen wir uns auch gegen die Uebertreibung verwahren, die russischer Tapferkeit ausschließlich beimißt, was die Hand Gottes gethan hat, die auf die Schneegefilde des Nordens das Mane Tekel Phare! schrieb; was die Ermannung des deutschen Volkes bewirkt hat, das — nicht auf das Hurrah der Kosacken, sondern auf den Ruf seiner Fürsten — aus unwürdigen Banden sich zur Freiheit erhob.

Dasselbe Blatt, welches, ohne Sinn für Wahrheit und ohne Gefühl für deutsche Volksehre, so falschen Anschuldigungen bereitwillig seine Spalten öffnete, äußert sich jetzt mit höhnender Verachtung über die Hoffnungen, die der aufrichtige Freund des Vaterlandes an die Thronbesteigung eines erleuchteten Fürsten knüpft. König Friedrich Wilhelm IV. hat kein Manifest erlassen, worin er die Grundsätze darlegte, nach denen er zu regieren gedenkt, weil er weiß, daß es für Deutschland so wenig als für Preußen eines Manifestes bedarf, um in allen Gemüthern das festeste Vertrauen zu erwecken. Die Stelle eines Manifestes vertritt der letzte Wille des dahingeschiedenen Vaters, durch dessen Bekanntmachung der König auf würdige Weise den Anfang seines Regimentes bezeichnete. „Hüte Dich", ruft der Heldenfürst dem Sohne noch aus dem Grabe zu, „vor der so allgemein um sich greifenden Neuerungssucht, hüte Dich vor unpractischen Theorien, deren so unzählige jetzt im Umschwunge sind; hüte Dich aber zugleich vor einer fast eben so schädlichen zu weit getriebenen Vorliebe für das Alte; denn nur dann, wenn Du diese beiden Klippen zu vermeiden verstehst, nur dann sind nützliche Verbesserungen gerathen!" Die lange Regierung Friedrich Wilhelm des III. hat den glücklichsten Beweis geboten, daß er die beiden Klippen, die er mit unbefangenem Blicke erkannte, wohl zu vermeiden wußte; Friedrich Wilhelm IV. hat die Erfahrungen des Vaters vor sich: er kann eben so wenig an einer von beiden scheitern. Bedenkliche Neuerungen in Preußen einzuführen, wird kein Regent sich versucht fühlen. Wo Alles so fest und folgerecht geordnet, von so kräftigem lebensfrischen Geiste durchdrungen ist, wie in Preußen, ist es eine schwierige Aufgabe, zu ändern, eine schwierigere, zu bessern. Die freie Verfassung, die dem preußischen Volke zum Lohne für seine Anstrengungen in dem Befreiungskampfe versprochen wurde, braucht nicht erst geschaffen zu werden; sie ist da, wenn auch die Formen der Einrichtungen, in denen sie besteht, nicht gerade dem französischen Muster nachgebildet sind, dessen falscher Glanz gegenwärtig nur noch Wenige täuscht. Man kann sagen, daß den öffentlichen Einrichtungen Preußens, wie dieselben seit den letzten dreißig Jahren sich ausgebildet haben, der Schlußstein eines Reichstages oder einer allgemeinen Ständeversammlung fehle; aber diese ist weder ein so dringendes Bedürfniß, daß sie, wenn sie wirklich nothwendig wäre, nicht ohne Schaden noch auf unbestimmte

Zeit vertagt werden könnte; noch erscheint sie unter den gegenwärtigen Umständen auch nur als räthlich, da die Regierung ihrer ganzen ungetheilten Kraft bedarf, um die Stellung zu behaupten, die sie in dem Rathe der Fürsten und Völker einnimmt, während es keinem Zweifel unterliegt, daß die so weit von einander entfernt liegenden Interessen der verschiedenen Provinzen, wenn sie in einer allgemeinen Ständeversammlung einander gegenüberträten, eine Ursache der Schwäche werden würden. Auch soll man nicht vergessen, daß Preußen kein in sich abgeschlossener vollendeter Staat, daß es vielmehr noch in voller Entwickelung, im steten Fortschreiten begriffen ist, und daß es daher nicht alle Mittel verausgaben darf, die seiner Regierung zu Gebote stehen, um einen neuen höheren Aufschwung hervorzurufen, sobald dieser Noth thut.

Eben so wenig, wie die Vereinigung der verschiedenen Provinzialstände zu einem großen Reichstage, erscheint uns unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Gewährung unbedingter Preßfreiheit rathsam. Preußen ist ein wesentlich militairischer Staat; und wenn das preußische Volk auch nicht immer in Reihe und Glied steht, wo nicht raisonnirt werden darf, so liegt es doch in dem Wesen eines Staates, der das kriegerische Element so sehr hervorheben muß, wie der preußische, daß die Regierung sich des Rechtes nicht begeben darf, die Aeußerungen der öffentlichen Meinung zu beaufsichtigen. Wir erwarten daher keine Preßfreiheit; aber wir sind der Meinung, daß Preußen nicht allein ohne Gefahr, sondern mit großem Nutzen die Censur, die jede freie geistige Regung lähmt, aufheben und durch eine unmerkliche Beaufsichtigung der Presse ersetzen könnte, welche der geistigen Entwicklung einen hinreichend freien Spielraum ließe und nur dann hemmend einschritte, wenn eine für den Staat und seine Interessen offenbar verderbliche Richtung sich kund gäbe. Wir wünschen nur, daß man vor dem freien Worte, vor der männlichen Rede nicht eine so gar ängstliche Scheu habe, als wenn die Ruhe der Welt auf dem Spiele stände, sobald irgend ein vielleicht ganz unbedeutender Schriftsteller sich einmal in etwas derben Ausdrücken über die bestehenden Verhältnisse ausspricht. Für Preußen ist es von der höchsten Wichtigkeit, daß der Volksgeist, auf dem seine ganze Macht beruht, nicht erschlaffe. Ein kräftiger vaterländischer Sinn kann sich aber da unmöglich entwickeln, wo demselben nicht einiger Raum zu freier Bewegung gestattet ist. Von uns Deutschen ist wahrlich nicht zu befürchten, daß wir von der Freiheit einen unbesonnenen Gebrauch machen werden; aber eher zu befürchten ist, daß wir wieder allen Sinn für die Freiheit verlieren, wenn dieselbe uns noch lange vorenthalten wird; und wohin dieß führt, haben die langen Jahre der Fremdherrschaft zur Genüge gezeigt.

Preußens Hoffnungen.

Geschrieben am 23. Juli 1840.

Der größte Vorzug, den der constitutionelle Staat vor der unbeschränkten Monarchie voraus hat, besteht ohne Zweifel darin, daß in dem ersten die Grundsätze der Regierung Jedermann klar und offen vor Augen liegen, während die letzte, wenn sie sich auch nicht absichtlich in ein geheimnißvolles Dunkel verhüllt, doch von ihren Beweggründen immer viel und gewöhnlich das Meiste errathen läßt. In dem constitutionellen Staate muß die Regierung über jeden Schritt, den sie thut, der Volksvertretung Rechenschaft ablegen; der Bürger urtheilt über den Geist und Charakter seiner Regierung nicht nach unbestimmten Vermuthungen, sondern nach genauer Kenntniß aller Thatsachen; er weiß, was er an seiner Regierung hat, und wird unter allen Umständen bereit sein, für dieselbe jedes Opfer zu bringen, welches seiner Meinung von ihrem Werthe entspricht. In dem rein monarchischen Staate kommen nur die Maßregeln der Regierung zur öffentlichen Kenntniß; es ist kein Grund vorhanden, weßhalb die Regierung die Ursachen, die sie bestimmt haben, bekannt machen sollte, denn sie erwartet von den Unterthanen das unbedingte Vertrauen, daß ihre Anordnungen nur das öffentliche Wohl zum Zwecke haben und daß sie mit unfehlbarer Weisheit darauf berechnet sind, dasselbe zu fördern. Der constitutionelle Staat wendet sich an den Verstand, der monarchische an das Gemüth seiner Bürger; in dem constitutionellen Staate fordert der Fürst nur die Achtung, die ihm vermöge seiner Stellung zukommt, in dem monarchischen verlangt er die Liebe, die der Vater einer großen Familie bei seinen Kindern findet. Die Kraft des constitutionellen Staates beruht auf dem Verstandesurtheile seiner Angehörigen, die Kraft des monarchischen auf der Liebe des Volkes zu seinem Fürsten. Die Liebe läßt sich aber nicht gebieten, sie knüpft sich nur an eine bestimmte Persönlichkeit. Von der Persönlichkeit des Fürsten hängt in dem monarchischen Staate Alles ab. Deßhalb sehen wir, daß bei jedem Thronwechsel in einem monarchischen Staate das Volk mit athemloser Spannung die ersten Handlungen des neuen Fürsten erwartet; diese sollen darüber entscheiden, ob es dem Regenten seine Liebe zuwenden kann, oder ob es in stummer Entsagung über sich ergehen lassen muß, was es nicht abzuwenden vermag. Je tiefer die Bildungsstufe ist, die ein Volk einnimmt, um so leichter wird es sein, dessen Vertrauen und Liebe zu erwerben. Der rohe Mensch wird am meisten durch den äußern Glanz bestochen. Der Fürst, mit allem Glanze der Majestät umgeben, bedarf daher nur weniger

vorragenden persönlichen Eigenschaften, um mit Sicherheit auf die Liebe seines Volkes rechnen zu können. Der höher Gebildete wird in seinen Neigungen nicht durch den dunkeln Naturtrieb des Wilden, sondern durch die Anerkennung des geistigen Werthes geleitet. Nur schöne und würdige Handlungen, große und edle Züge des Charakters werden seine Liebe gewinnen.

Was von den ersten Regentenhandlungen König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen bisher bekannt geworden ist, berechtigt jeden Bürger des preußischen Staates und, wir fügen hinzu, jeden vaterlandliebenden Deutschen zu den schönsten Hoffnungen. Einer der ersten Schritte des Königs war die Wiederaufnahme des Generals und ehemaligen Kriegsministers von Boyen in den Staatsrath. Der Generallieutenant von Boyen gehört zu der geringen Zahl der jetzt noch Lebenden, die zu der Zeit der tiefsten Erniedrigung Preußens das große Werk seiner Wiedererhebung vorbereiteten. Er schied aus der Verwaltung, als die Regierung, durch die Vorzeichen revolutionairer Gährung geschreckt, von dem Wege abweichen zu müssen glaubte, dem sie zwar ihre Rettung verdankte, der aber auch in der Ueberspannung aller Kräfte unleugbare Gefahren herbeiführte. Daß diese damals selbst einsichtsvollen Staatsmännern größer und bedenklicher erschienen, als sie in der That waren, können wir jetzt, nachdem zwei und zwanzig Jahre seit jener Wendung der Dinge verflossen sind, ohne Anstoß sagen. Die Begeisterung, die der Befreiungskrieg hervorgerufen hatte, waren eine zu tiefe und glühende gewesen, als daß sie nach der Herstellung des Friedens sich sogleich in das Gleis der ruhigen bescheidenen Ordnung hätte finden können. Besonders in der Jugend, die zum Theil noch voll von den Erinnerungen des Kampfes war, wurden Aeußerungen des Uebermuthes laut, welche zu ernster Besorgniß berechtigten, sobald man sie nicht als die Folge einer mit der Zeit von selbst vorübergehenden Aufwallung, sondern einer bleibenden Stimmung betrachtete. Ob es nicht möglich gewesen wäre, eine im Grunde edle Richtung des jugendlichen Geistes durch vorsichtigere Behandlung vor den Verirrungen zu bewahren, denen sie anheimfiel, wagen wir nicht zu entscheiden. Man zog es vor, derselben mit Strenge entgegen zu treten, und zerstörte mit dem Bösen auch das Gute, von dem jenes nur ein krankhafter Auswuchs war. Zur Entschuldigung der Staatsmänner, die diesen Irrthum begingen, dient Manches. Zuvörderst war die Gährung, die sich unter der deutschen Jugend zeigte, keineswegs auf Deutschland beschränkt, sondern über ganz Europa verbreitet. Es lag nahe, die Erscheinungen, die sich auf ähnliche Weise äußerten, wenn sie gleich aus durchaus verschiedenen Ursachen hervorgegangen waren, mit einander zu verwechseln. Dazu kam, daß wohlmeinende, aber theils beschränkte, theils durch lebhafte Einbildungskraft getäuschte Männer, die der Jugend und ihren Führern nahe genug standen, um zu einem wohlbegründeten Urtheile befähigt zu scheinen, zuerst das Beispiel dieser Verwechslung gaben. So geschah es, daß die Uebertreibungen des Deutschthums, die in ihrem Anfange höchst unschuldiger

Art waren und nur in dem Widerstreben gegen eine für ungerecht gehaltene Unterdrückung sich bis zum Verbrechen steigerten, mit den Wühlungen im westlichen Europa, die offenbar auf den Umsturz der Regierungen gerichtet waren, auf eine Linie gestellt wurden; und es war unvermeidlich, daß die erste Verkennung des wahren Verhältnisses zu einer fortschreitenden Reihe von ähnlichen Verkennungen führte, die auf den ganzen Gang der Verwaltung den bedeutendsten Einfluß übte. Der Geist, von dem der Charakter des preußischen Volkes und alle Einrichtungen des preußischen Staates durchdrungen sind, ist aber zu tüchtig und zu gesund, als daß ein einzelner Irrthum für die Dauer verderbliche Folgen nach sich ziehen könnte. Preußen hat die krankhaften Stoffe, die eine Zeitlang den gesunden Blutumlauf in seinem Staatskörper unterbrachen, unvermerkt von selbst wieder ausgestoßen, und damit ist die Entwicklung des Staatslebens auch wieder auf die Bahn zurückgekehrt, die man, in der Besorgniß, zu weit auf derselben fortgerissen zu werden, verlassen hatte. Längst stand der Rückkehr eines Mannes, wie Boyen, zur thätigen Theilnahme an der Verwaltung daher nichts mehr entgegen, und daß dieselbe gerade jetzt erfolgt, glauben wir als ein günstiges Zeichen der Richtung begrüßen zu dürfen, die König Friedrich Wilhelm IV. seiner Regierung zu geben beschlossen hat.

Kaum weniger bedeutend ist die aus eigener Bewegung von dem Könige verfügte Wiedereinsetzung des Professors Ernst Moritz Arndt auf seinen Lehrstuhl an der Universität zu Bonn, der auch die Befreiung des „alten Jahn" von den polizeilichen Beschränkungen gefolgt sein soll, denen der Wiedererwecker der Turnkunst seit seiner Entlassung aus mehrjähriger Haft unterworfen war. Unter den Männern, die in den traurigen Jahren der Fremdherrschaft thätig waren, in der deutschen Jugend und im deutschen Volke den vaterländischen Sinn wieder zu beleben, stehen Arndt und Jahn in der vordersten Reihe. Beide haben in Rede und Schrift mächtig gewirkt, und nur eine völlige Verkennung ihres ganzen Strebens konnte diese Männer je beschuldigen, ihre Pflicht gegen den König und gegen den Staat vergessen zu haben. Daß Jahn in seinem Eifer für das, was er als gut und recht erkannt, zuweilen zu weit gegangen sein mag, wollen wir nicht leugnen; aber wenn es je hätte zweifelhaft werden können, daß er immer ein guter ehrlicher Deutscher und ein echter Preuße war, unfähig, seine Treue zu brechen, und allem revolutionairen Schwindel fremd, so hat er dieß in der Abgeschiedenheit seiner Verbannung während der Zeit der Aufregung nach der Julirevolution bewährt. Die deutsche Jugend hatte es noch nicht verlernt, auf den Rath des „Alten" zu hören, dem sie das deutsche Volksthum und die deutsche Turnkunst verdankte; und als auf den Universitäten der falsche Ruhm französischer Freiheit die Gemüther bestrickte, da fiel manches zürnende Wort in ihre Mitte, welches, wenn es auch nicht alles Unheil zu verhüten vermochte, doch mehr als einen edeln Jüngling von den sträflichen Verirrungen zurückhielt, in die der weit

verbreitete Taumel andere hineinriß. Wenn Friedrich Ludwig Jahn noch irgend einer Rechtfertigung bedürfte, so läge sie in der Thatsache, daß dieselben geheimen Vereine, von denen im April 1833 der tolle Aufruhr zu Frankfurt am Main angestiftet wurde, gegen ihn den Verruf aussprachen, weil sie erfuhren, wie kräftig er ihrem verkehrten Beginnen entgegenwirkte. Möge mit dem alten Jahn auch das Turnwesen wieder zu Gnaden aufgenommen werden, dessen Nutzen in unserer Zeit der Vielschreiberei und der Stubengelehrsamkeit jedem Freunde der Jugend einleuchten muß, und das mit den Ausschweifungen der Turner aus den Jahren 1818 und 1819, welche außer der allgemeinen Aufregung der Zeit hauptsächlich die unvorsichtige Wahl der Lehrer veranlaßte, doch wahrlich nichts gemein hatte. Daß körperliche Uebungen revolutionair würden, wenn sie statt des griechischen Namens der Gymnastik einen deutschen führten, wird gegenwärtig doch wohl Niemand mehr behaupten wollen.

Die Begnadigung der politischen Verbrecher in Preußen.

Geschrieben am 23. August 1840.

Die Begnadigung der politischen Verbrecher in Preußen, die, längst mit Gewißheit erwartet, durch eine Cabinetsordre von 10. d. M. ausgesprochen ist, bildet ein wesentliches Glied in der Kette von Maßregeln, die seit der Thronbesteigung König Friedrich Wilhelm IV. auf einander gefolgt sind. König Friedrich Wilhelm IV. vollzieht nur den Willen seines verblichenen Vaters, indem er den Unglücklichen die Strafe erläßt, die sie durch leichtsinniges Vergessen oder durch frevelnde Mißachtung der Gesetze verdient haben; aber er vollzieht diesen Willen auf die edelste, auf wahrhaft fürstliche Weise; er knüpft den Act seiner Gnade weder an Bedingungen, noch setzt er derselben Grenzen, die in einzelnen Fällen den besten Theil ihrer Wirkung wieder aufheben. Den Gefangenen wird nicht allein Freiheit, sondern es wird ihnen zugleich die Fähigkeit zum Eintritte in den Staatsdienst wieder ertheilt, und ihnen dadurch ein Beweis des Vertrauens gegeben, der sie in Bezug auf ihre äußere Stellung, wie in der Meinung vollkommen in ihren früheren Stand wieder einsetzt. Wir wissen nicht, ob wir berechtigt sind, einer Handlung der Milde und der Großmuth eine politische Bedeutung beizulegen; aber wir glauben derselben nichts von ihrem Werthe zu nehmen, wenn wir sagen, daß sie unserer Meinung nach zugleich allen Forderungen der Staatsklugheit entspricht. Alle politische Ver-

brechen im preußischen Staate sind eine Folge der sogenannten demagogischen Umtriebe, in denen heute, nachdem so viele Jahre verflossen sind, selbst die Urheber, wenn sie aufrichtig sein wollen, wohl nur eine Wirkung ihrer übertriebenen Aengstlichkeit sehen werden. Daß die ungeheure Aufregung, welche die Befreiungskriege hervorgerufen, mit der Herstellung des Friedens sogleich spurlos verschwinden sollte, konnte kein Verständiger erwarten; man mußte sich daher darauf gefaßt machen, während der nächsten Jahre, bis die Wogen sich gelegt hatten, noch vielfachen Aeußerungen zu begegnen, die das ruhige Urtheil nicht billigen konnte. In diesen Aeußerungen aber eine Gefahr für den Staat zu entdecken, konnte Niemand einfallen, der die Gesinnungen nicht durchaus verkannte, aus denen sie hervorgegangen waren. Die ersten Anschuldigungen gegen den Tugendbund würden keine Wirkung hervorgebracht haben, wenn sie nicht durch ein Ereigniß unterstützt worden wären, welches die Engherzigkeit und Beschränktheit sich auf das Eifrigste auszubeuten beeilte. Das Wartburgfest war in seinem Grundgedanken eine schöne und erhebende Feier, die nur durch einzelne Auswüchse entstellt wurde, von denen wir nicht begreifen, wie man dieselben jemals für irgend etwas Anderes als die Ausbrüche jugendlichen Uebermuthes hat nehmen können. Der junge Mann, der die tollsten Auftritte veranlaßte, gerade jene, die man am meisten übel genommen hat, war ein sehr gutmüthiger, harmloser und ehrlicher Bursch, der durchaus unfähig war, bei irgend einer seiner Thaten sich etwas Arges zu denken, und der eben nicht mehr und nicht weniger als einen Burschenstreich machen wollte, der dem Geiste der Zeit gemäß die erforderliche Zuthat von deutscher Freiheit, Vaterlandsliebe und todesmuthiger Begeisterung erhielt. Man durfte den Mann nur einmal gesehen haben, um bei einigem Gerechtigkeitsgefühl in seine Unschuld nicht den mindesten Zweifel zu setzen. Dennoch wurde von der Sache ein Aufhebens gemacht, als ob das Heil des heiligen römischen Reiches auf dem Spiele gestanden hätte. Durch die Untersuchungen, die man deßhalb veranlaßte, durch die Flugschriften, in denen die amtliche Meinung auf das Ungeschickteste verfochten wurde, mußte unter der leicht beweglichen Jugend die ohnedieß vorhandene allgemeine Aufregung, die eine nothwendige Folge der Anstrengungen zur Befreiung des Vaterlandes war, noch höher gesteigert werden. Diese Stimmung sprach sich auf den Universitäten besonders in den sogenannten Burschenschaften, aber auch unter heranwachsenden Knaben auf den Turnplätzen aus, denen sich durch vielfache Berührungen der Geist der Burschenschaften mittheilte. Aber nur auf einer einzigen Universität und hier in einem sehr beschränkten Kreise, den der vor Kurzem in Nordamerica verunglückte Carl Follenius durch sein überwiegendes Talent beherrschte, erreichte die Aufregung eine Höhe, die bis zu dem Verbrechen des Meuchelmordes führte. Wir glauben nicht, daß Follenius den unglücklichen Sand ausdrücklich zum Morde aufgefordert und verpflichtet hat; aber wir wissen, daß der Fanatismus des Wahnsinnigen nur durch Follenius' Einfluß geweckt worden ist, daß er

nur durch diesen seine verderbliche Richtung erhalten hat. Es war daher am Ende nur die Verkehrtheit eines einzelnen Menschen, welche man als die Ursache der beklagenswerthen Verirrung ansehen darf; und die allgemeinen Maßregeln, die nicht allein von der preußischen, sondern von allen übrigen deutschen Regierungen gegen die weitere Verbreitung des unter der Jugend ausgestreuten Giftes ergriffen wurden, mußten schon deßhalb ihren Zweck verfehlen, weil sie von unbegründeten Voraussetzungen ausgingen. Indem man die Burschenschaften unterdrückte und die Turnplätze schloß, statt beide von ihren nachtheiligen Beimischungen zu reinigen, verletzte man den tüchtigsten und kräftigsten Theil der deutschen Jugend in ihren innigsten Neigungen; man versetzte denselben, indem man ihn mit einer Strafe belegte, die er nicht verdient hatte, in eine Opposition gegen die Staatsgewalt, die man bei einiger Kenntniß des jugendlichen Gemüthes vorhersehen konnte und durch versöhnende Nachsicht immer noch hätte entwaffnen können. Man zog es vor, mit der äußersten Strenge zu verfahren und erreichte dadurch natürlich nichts, als daß die Erbitterung immer höher wuchs, sich immer geheimnißvoller zurückzog und sich in immer gefährlichere Anschläge einließ, bis die Dinge endlich so weit gediehen, daß jedem nicht ganz vom Wahnsinne Befangenen die Augen aufgehen mußten. Für Verrath, der im Dunkeln schleicht, ist der deutsche Charakter überhaupt nicht empfänglich; und die revolutionaire Partei, die sich allmälig unter der Jugend gebildet hatte, verlor daher alle Achtung und damit zugleich alle Möglichkeit des Fortbestehens, sobald es an das Licht trat, was sie in ihren geheimen Zusammenkünften ausbrütete. Erst nach dem Frankfurter Tumulte gelang es, die Verbindungen auf den Universitäten, welche das Andenken der alten Burschenschaft fortgepflanzt hatten, auszurotten; wir glauben aber, daß alle Maßregeln der Regierung unwirksam geblieben wären, wenn das Verschwörerwesen, zu dem die Verbindungen ausarteten, sich nicht selbst gerichtet hätte. In den letzten Jahren ist von einer Erneuung dieses Treibens nicht mehr die Rede gewesen, und es scheint daher wohl an der Zeit, die letzten Spuren der unglücklichen Mißverständnisse zu verwischen, welche alle diese Verirrungen veranlaßt haben. Die alte Begeisterung für Ruhm und Ehre des deutschen Vaterlandes, die in der Jugend zugleich mit den Verirrungen derselben erstickt ist, läßt sich freilich so leicht nicht wieder herstellen. Es ist jedoch immer schon viel gewonnen, wenn in Tagen, wo unserm Vaterlande vielleicht neue Gefahren drohen, wenigstens die sichtlichen Zeichen unserer inneren Zerwürfnisse hinweggeräumt werden.

Die Ernennung Dr. Eichhorn's zum Cultusminister.

Geschrieben am 3. September 1840.

In rein monarchischen Staaten sind Ministerernennungen zugleich von geringerer und von höherer Bedeutung, als in den constitutionellen; von geringerer, weil der Minister verpflichtet ist, seine eigenen Ansichten dem persönlichen Willen des Fürsten unterzuordnen, und daher selten Gelegenheit hat, dieselben in strenger Folgerichtigkeit nach allen Seiten durchzuführen; von höherer, weil die Wahl einen Maßstab der Beurtheilung für den Charakter des Fürsten giebt, der nicht so vielfachen Schwankungen unterworfen ist, wie die Volkslaune, welche nicht selten die Mehrheit in den gesetzgebenden Versammlungen und durch diese die Wahl der Minister in den constitutionellen Staaten bestimmt. Im preußischen Staate ist die wichtigste Stelle vielleicht nicht durch ihren unmittelbaren Einfluß, aber durch ihre weit in die Zukunft hineinreichende Wirksamkeit jene eines Ministers des Kirchen- und Unterrichtswesens. Wir dürfen wohl sagen, daß in keinem andern Staate der Welt mehr für die öffentliche Erziehung geschieht, als in dem preußischen, und daß die wenigsten Staaten sich auch nur entfernt dem, was in Preußen geleistet wird, nähern. Bei der großen Umgestaltung, welche alle öffentliche Einrichtungen in Preußen nach dem Unglücke der Jahre 1806 und 1807 erfuhren, begriff man, daß in jedem Staate der vornehmste Hebel nachhaltiger Kraft in der Volksbildung liegt. Ungeachtet der tiefen Zerrüttung, in welche der Krieg die Finanzen gestürzt hatte, und ungeachtet der ungeheuren Anstrengungen, die man machen mußte, um das Heerwesen auf einen achtbaren Fuß zu bringen, scheute man doch die größten Opfer nicht, um zugleich die höheren Unterrichtsanstalten auf eine den Forderungen der Zeit entsprechende Stufe zu heben und die Grundlagen zu einem Systeme der Volksbildung zu legen, zu dem kein anderer Staat ein Vorbild bot. Alle Opfer, die man diesem Zwecke brachte, wurden schon dadurch reichlich vergolten, daß in einer trüben Zeit, in der hoffnungslose Verzweiflung sich der edelsten Gemüther zu bemächtigen anfing, das Vertrauen auf eine bessere Zukunft wieder geweckt wurde. Den Staat, der so unzweideutige Beweise ablegte, daß er sich selbst nicht verloren gab, konnten auch seine Bürger nicht verloren geben. Nicht bloß in Preußen, sondern in ganz Deutschland erschien der preußische Staat als der Hort geistiger Freiheit, deutscher Bildung und deutschen Volksthumes, an dem sich die Hoffnungen der tüchtigsten und der besten Männer in allen Gauen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes wieder aufrichteten. Zu der gewaltigen Erhebung, durch welche

im Jahre 1813 das Joch der Fremdherrschaft gebrochen wurde, gaben die neu begründeten Hochschulen Berlin und Breslau das Zeichen. Die Bahn, welche Preußen im Unglücke eingeschlagen, und der es seine Wiedererstehung verdankte, wurde auch im Glücke nicht verlassen. Jetzt erst konnte der Plan in seinem vollen Umfange zur Ausführung kommen, der zu einer Zeit entworfen war, in der dringendere Bedürfnisse die Mittel des Staates erschöpften.

Ein Name ist an Alles geknüpft, was in dem Laufe eines Vierteljahrhunderts in Preußen zur Beförderung des öffentlichen Unterrichtes geschehen ist: der Name des Freiherrn von Stein zum Altenstein. Unter seiner Verwaltung des Ministeriums der Kirchen- und Schulangelegenheiten hob sich die Universität Berlin zu dem Range der ersten wissenschaftlichen Lehranstalt in Europa, während die übrigen Hochschulen des preußischen Staates ihre Bestimmung nicht weniger würdig erfüllten; die mittleren gelehrten Schulen wurden auf eine Weise umgestaltet, welche den Besuch derselben zu einer wahren Vorbereitung für die höheren wissenschaftlichen Studien machte; die Seminarien wurden begründet, aus denen die Lehrer für die Volksschulen hervorgegangen sind, welche gegenwärtig in jedem Dorfe bestehen, und in der Masse des Volkes eine gesunde tüchtige seinen Bedürfnissen angemessene Bildung verbreitet haben. Mit der umfassendsten wissenschaftlichen Bildung verband der Freiherr von Altenstein jene Freiheit des Geistes, die immer die Folge tieferen Eindringens in die Wissenschaft ist; ihm hat Preußen es zu danken, daß die Lehrfreiheit, welche die Seele des Unterrichts ist, den höheren Lehranstalten erhalten wurde, als die Mißdeutung vereinzelter Verirrungen selbst aufgeklärte Staatsmänner zu dem sonderbarsten Mißtrauen gegen den Geist der Zeit, den Inbegriff aller geistigen Bestrebungen ihres Jahrhunderts, verleitete, und als in den höchsten Kreisen allen Ernstes der Vorschlag gemacht wurde, die fortschreitende Entwicklung der Menschheit durch künstliche Hemmungen zum Stehen zu bringen. Hochbejahrt wurde der edle Greis nur wenige Wochen vor dem Fürsten, dem er bis zu seinem letzten Lebenshauche treu gedient und der ihm bis zu seinen letzten Lebenstagen das unbegrenzteste Vertrauen bewahrt hatte, aus seinem großen Wirkungskreise abberufen; und mit der gespanntesten Erwartung sah man der Wahl entgegen, durch welche König Friedrich Wilhelm IV. die Richtung bezeichnen würde, die er dem Unterrichtswesen und mit diesem der ganzen politischen Entwicklung des Staates geben wollte. Die verschiedenartigsten Gerüchte wurden in Umlauf gesetzt, je nachdem man den Charakter des neuen Fürsten beurtheilte. Um aufrichtig zu sein, dürfen wir nicht verhehlen, daß selbst die gebildetesten Kreise nicht frei von Besorgnissen waren; und daß man es daher kaum wagte, höhere Hoffnungen zu hegen, als daß im Wesentlichen Alles beim Alten bleiben würde. Daß dieß nicht ausreichte, konnte man sich auf keine Weise verbergen, da die Fortsetzung eines bestimmten Systemes immer etwas Mißliches bleibt, sobald der belebende Hauch fehlt, der dasselbe beseelt.

Während man noch hinüber und herüber sprach und ängstlich erwog, was man glauben und was man nicht glauben sollte, war die Wahl bereits getroffen; und sie war auf einen Mann gefallen, den Jeder im Stillen als den Würdigsten anerkannte, und der nur deßhalb nicht von Anfang allgemein genannt wurde, weil man über die Gesinnung des Fürsten noch zweifelhaft war. Johann Albrecht Friedrich Eichhorn, dessen Ernennung zum Minister des Kirchen- und Schulwesens gegenwärtig keinem Zweifel mehr unterliegt, gehört zu den Männern, die in den Tagen der schwersten Prüfung sich zusammen fanden und, statt die Hände feige in den Schoß zu legen, mit der Anstrengung aller Kräfte das große Werk der Wiedergeburt Preußens und Deutschlands förderten. Obwohl damals noch in untergeordneter Stellung zog er doch durch Tüchtigkeit der Gesinnung und seltene Kraft des Geistes bereits die Blicke der ersten Staatsmänner auf sich, und man darf nur sagen, daß er mit Stein und Gneisenau befreundet war, um ihn als einen jener ungewöhnlichen Menschen zu bezeichnen, die durch das Unglück nicht gebeugt, sondern gestählt werden, und die das Geschick zuweilen den Völkern in den Zeiten ihrer tiefsten Erniedrigung sendet, um ihnen auf der Bahn der Wiedererhebung voranzuschreiten. Eichhorn kennt die Wege, die Preußen zu seiner Rettung geführt haben; er weiß, daß ein Staat nur durch die Kräfte bestehen kann, durch die er das, was er ist, geworden ist; er ist ein Mann des Fortschrittes: unter ihm wird der wichtige Zweig der Verwaltung, den König Friedrich Wilhelm IV. seiner Leitung vertraut hat, keine Rückschritte machen. Wir begrüßen seine Ernennung als ein gutes Vorzeichen für die Zukunft Preußens, für die Regierung des Fürsten, der eine solche Wahl zu treffen wußte.

Der Huldigungslandtag in Königsberg.

Geschrieben am 24. September 1840.

Die Stände des Königreiches Preußen, welche in den ersten Tagen dieses Monats altem Herkommen gemäß zu der Huldigung in Königsberg versammelt waren, haben ein würdiges Beispiel deutscher Biederherzigkeit und deutschen Freimuthes gegeben. In dem äußersten Osten unseres Vaterlandes, ein weit vorgeschobener Vorposten, stehen die Preußen heute auf der Grenzwacht gegen asiatische nur in ihren höchsten Spitzen mit dem Schimmer fremder Bildung überkleidete Barbarei, wie einst gegen das Heidenthum: treue Hüter, die sich

rühmen können, daß sie ihrer Pflicht niemals vergessen haben. Daß bei ihnen deutsches Wesen sich in unvermischter Reinheit erhalte und alle seine Kraft in angestammter kernhafter Gesundheit entwickle, ist für ganz Deutschland von der höchsten Wichtigkeit, weil nur darin eine Bürgschaft für die Bewahrung dieser durch ihre Lage am meisten bloßgestellten unserer Marken liegt. Die fernen Gauen an der Ostsee sind aber von Männern so tüchtiger Art bewohnt, daß sie nicht allein immer der allgemeinen Entwicklung des deutschen Volkslebens rüstig gefolgt sind, sondern in den letzten sechzig Jahren zweimal den Anstoß zu den bedeutendsten Fortschritten derselben gegeben haben. Von Königsberg ist die Lehre ausgegangen, die, indem sie den Gedanken von den Fesseln sinnloser Vorurtheils befreite, das große Werk der Reformation vollendete, das, in dem Herzen unseres Vaterlandes begonnen, bei seiner Verbreitung nach der Peripherie in das Stocken gerathen war, und daher durch eine Rückwirkung von dieser aus neu belebt werden mußte. Kant, der bescheidene Königsberger Professor, hat in der neueren Zeit für Deutschland nicht weniger gethan, als am Ausgange des Mittelalters das Erfurter Mönchlein. Seine Worte sind nicht allein von den Gelehrten verstanden worden, die auf der Bahn weiter fortgeschritten sind, welche er eröffnet hatte; sie sind in die Herzen des Volks gedrungen: all unser Thun und Denken athmet den Geist, den Kant geweckt. Schiller, nicht der größte unserer Dichter, aber jener, den unsere Nation mit der größten Vorliebe nennt, weil er unser sittliches Gefühl am reinsten wiedergiebt, ist der Schüler Kants; und Fichte, der kühne Denker, der die Flammen der Begeisterung in die Trauer unserer tiefsten Erniedrigung warf, war bei Kant in die Schule gegangen. Auch war es kein bloßer Zufall, daß in jenen Tagen zu Königsberg die Beschlüsse gefaßt wurden, denen Preußen und Deutschland seine Wiedererhebung verdankte. Nur der Anblick des ungeschwächten Vertrauens in die eigene Kraft, welches die preußischen Männer bewahrten, vermochte das Vertrauen zu erwecken, das jene Beschlüsse hervorrief. Und jetzt haben zum dritten Male die Preußen ein Beispiel gegeben, welches für Deutschland nicht verloren gehen wird, wie leicht auch der Unverstand dasselbe mißdeuten kann.

Die preußischen Stände, aufgefordert, darüber zu berathen, welcher Rechte Bestätigung sie vor ihrer Huldigung beantragen wollten, haben einmüthig — mit Ausnahme von fünf Stimmen, die durch ihre Ausschließung die allgemeine Sinneseinigkeit nur schärfer hervor hoben — die Bitte an ihren Fürsten gerichtet, daß es ihm gefallen möge, dem preußischen Reiche eine Verfassung zu verleihen, die auf den Grundsätzen beruhte, welche die Verordnung vom 22. Mai 1815 ausgesprochen. Bei vielfach wiederholten Gelegenheiten ist diese Verordnung erwähnt und als eine Zusage gedeutet worden, die von Friedrich Wilhelm III. seinem Volke in den Tagen der Gefahr ertheilt und bei wiederkehrender Sicherheit und Ruhe nicht gehalten sei. Durch den Wortlaut der Verordnung, so wie durch verschiedene frühere und spätere

Erklärungen erhielt diese Beschuldigung, wenn auch von jedem nicht ganz entarteten Preußen mit Unwillen zurückgewiesen, allerdings einen Schein des Grundes. Es war ausdrücklich ausgesprochen, daß eine Vertretung des Volkes gebildet werden, daß diese Vertretung in Provinzialständen Statt finden, daß aber aus den Provinzialständen eine Versammlung von Landesrepräsentanten gewählt werden sollte, die ihren Sitz in Berlin haben würde. Die verheißenen Provinzialstände sind in Preußen eingeführt worden, aber die angekündigte allgemeine Landesvertretung ist nicht zu Stande gekommen; und das königliche Versprechen ist daher scheinbar nur zur Hälfte in Erfüllung gegangen. Die preußischen Stände, die nur die Verhältnisse ihrer Provinz vor Augen haben und nach denselben die Lage des Ganzen beurtheilen, betrachten dieß als einen wesentlichen Nachtheil, und sie haben als wackere deutsche Männer ihre Pflicht gethan, indem sie den König daran erinnerten, was die Absicht seines Vaters gewesen und was sie sich zu erwarten berechtigt hielten. So und nicht anders hat König Friedrich Wilhelm IV. die Mahnung aufgenommen; und die Antwort, die er ertheilt hat, ist seiner, ist eines deutschen Fürsten würdig. Der König erklärte: Die Ergebnisse, welche die Einführung von Repräsentativverfassungen in andern Ländern gehabt, hätten seinen Vater bestimmt, die Deutung, die mit seinen königlichen Worten verbunden wurde, in reifliche Erwägung zu ziehen; er habe sich von der Unanwendbarkeit der herrschenden Begriffe über Volksvertretung überzeugt und deßhalb beschlossen, sein Wort zu halten, indem er den naturgemäßen auf geschichtlicher Entwicklung beruhenden und der deutschen Volksthümlichkeit entsprechenden Weg einschlug. Das Ergebniß seiner weisen Vorsorge sei die allen Theilen der Monarchie verliehene Provinzialverfassung gewesen, die treu zu pflegen und einer für das geliebte Vaterland und für jeden Landestheil immer ersprießlicheren Entwicklung entgegen zu führen, Er, der König, als eine der wichtigsten und theuersten Pflichten seines königlichen Berufes erkenne.

Das Wort, das König Friedrich Wilhelm III. seinem Volke gegeben, ist bereits erfüllt, in dem Sinne, in dem es ertheilt war, und braucht daher nicht erst ausgelöst zu werden. Man muß den Geist, der in den Jahren des Befreiungskampfes in Deutschland herrschte, ganz vergessen haben, um es für möglich zu halten, daß es in der Absicht des Königs gelegen haben könne, seinem Volke eine Verfassung nach modernem französischen Zuschnitte zu verleihen. Wenn damals von einer Volksvertretung gesprochen wurde, so konnte nur von einer Erneuung der alten landständischen Verfassungen in zeitgemäßer Umgestaltung die Rede sein. Diese Erneuung ist in Preußen erfolgt, und daß das schwierige Werk gelungen ist, davon legen die preußischen Stände durch ihre männliche Offenheit das rühmlichste Zeugniß ab. Die Einberufung von Bevollmächtigten der verschiedenen Provinzialstände zu einer allgemeinen Landesvertretung ist dadurch, daß die königliche Zusage für erfüllt erklärt wird, nicht ausgeschlossen; nur hat der König darüber zu entscheiden,

ob eine ſolche Einberufung zweckmäßig iſt und wann dieſelbe Statt finden ſoll. In der gegenwärtigen Lage des preußiſchen Staates iſt für die Berufung eines allgemeinen Reichstages kein Grund vorhanden. Die Regierung, aus Männern zuſammengeſetzt, die in gleich hohem Grade das Vertrauen des Königs und das Vertrauen des Volkes beſitzen, befolgt Grundſätze, die durch das allgemeine Urtheil gebilligt werden; und ein Reichstag, dem ſie alle ihre Maßregeln zur Berathung vorzulegen hätte, könnte den weiſe auf die Beförderung des allgemeinen Beſten berechneten Gang der Verwaltung nur aufhalten, gewiß nicht beſchleunigen. Auch wäre zu fürchten, daß bei der großen Verſchiedenheit in den Bedürfniſſen der einzelnen Provinzen ein Reichstag, auf dem die Bevollmächtigten der Provinzialſtände vereinigt wären, Streitigkeiten hervorrufen würde, von denen für das Ganze wahrlich kein Heil zu erwarten wäre. In Frankreich ſehen wir noch zu dieſer Stunde, daß die Regierung genöthigt iſt, die verſchiedenen Intereſſen, die in der Abgeordnetenkammer vertreten ſind, dadurch zu beſchwichtigen, daß ſie jedem einzelnen Zugeſtändniſſe macht, die auf keine Weiſe zum Wohle des Ganzen dienen. Den Grundbeſitzern iſt die Ausſchließung fremden Schlachtviehes und Getreides, den Grubenbeſitzern die Ausſchließung fremder Steinkohlen, den Hammerbeſitzern die Ausſchließung fremden Eiſens bewilligt, obwohl die allgemeinen Intereſſen des Landes dadurch in mehrfacher Beziehung benachtheiligt werden. In Preußen würde es aber noch viel ſchwerer ſein, die widerſtreitenden Intereſſen der verſchiedenen Oertlichkeiten zu vereinigen, als in Frankreich, wo die Revolution einen großen Theil der alten Provinzialunterſchiede ausgewiſcht und beinahe nur noch die unvertilgbaren Verſchiedenheiten, die in der Natur des Bodens liegen, übrig gelaſſen hat.

König Friedrich Wilhelm IV. hält das Werk der Begründung einer preußiſchen Landesverfaſſung, welches ſein Vater begonnen hat, für kein vollendetes; er verſpricht, daſſelbe einer fortſchreitenden Entwicklung entgegenzuführen; und damit ertheilt er auch die Zuſage, einen allgemeinen Reichstag zu berufen, ſobald dieſer durch die fortſchreitende Entwicklung der Provinzialſtände nothwendig wird. In den Tagen einer großen Gefahr, wenn das Wohl des Vaterlandes außerordentliche Anſtrengungen und außerordentliche Opfer erfordert, wird ein Reichstag nicht ausbleiben, ſofern die Entwicklung der Provinzialſtände weit genug fortgeſchritten iſt, um denſelben möglich zu machen. Bis dahin mögen die allzu ungeduldigen Erwartungen ſich beſcheiden.

Die Guttenbergsfeier.

Geschrieben am 23. Juni 1840.

Es ist ein eigenthümliches Zeichen unserer Zeit, daß sich in einem Umfange, wie nie vorher, bei allen gebildeten Völkern das Streben äußert, Denkmäler zu errichten und Denkfeste zu begehen, durch welche die Erinnerung an die großen Männer und an die großen Ereignisse der Vergangenheit der Gegenwart zurückgerufen und für die Zukunft wach erhalten wird. Am großartigsten macht sich dieses Streben in unserm deutschen Vaterlande geltend, und vorzugsweise sind es bei uns die Fürsten des Gedankens, die durch die Errichtung von Standbildern und Denkmälern geehrt, durch Feste, an denen Tausende Theil nehmen, gefeiert werden: denn welcher Vorzüge auch andere Völker sich vor uns rühmen mögen, regerer Freiheit, ausgedehnterer Macht, glänzenderen Kriegsruhmes, so müssen doch alle bekennen, daß in dem Reiche des Gedankens uns Deutschen der Vorrang gebührt. Wie wir Deutsche nur durch die Gemeinschaft der Gedanken, durch die gemeinschaftliche Sprache, durch das gemeinschaftliche Schriftthum ein Volk sind, so haben wir mit gemeinschaftlicher Anstrengung unsere besten Kräfte auf die Ausbildung des Geistes, des Gedankens gerichtet. Wir mußten es andern Völkern überlassen, Eroberungen durch die Gewalt des Schwertes zu machen, weil die Zersplitterung unseres Volkes in getrennte Staaten und Stämme unsere äußere Kraft lähmte; aber wir haben Eroberungen durch die Macht des Gedankens in der ewigen Welt des Geistes gemacht, die größer und dauernder sind, als Alles, was durch das Schwert sich gewinnen läßt. Ein Name verdient, unter den strahlenden Bildern geistigen Heldenthumes vor allen zuerst genannt zu werden: der Name, dessen Fest wir heute in den Mauern unserer Stadt begehen, und dessen Gedächtniß in diesen Tagen — wo es nicht durch Mißverständnisse verkümmert oder durch die Trauer eines großen Verlustes getrübt wird, — so weit die deutsche Zunge reicht, in allen Gauen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes gefeiert wird, — Johann von Guttenberg, der edle Dulder, der Trismegistos unseres Volkes, der Geistesheld, dessen Sieg, wie er Deutschland, Europa befreit hat, noch in später Zukunft alle Völker der Erde zur Freiheit rufen, zu einem großen Bruderbunde vereinen wird.

Was andere Völker immer in der Ausbildung einzelner Wissenschaften geleistet haben, wir Deutsche dürfen uns rühmen, daß alle die großen Gedanken, welche das geistige Leben der neueren Zeit beherrschen und nach allen Richtungen durchdringen, aus unserer Mitte ausgegangen sind. Als der Glau-

großen Kriege trifft. Während wir dieses schreiben, herrscht in allen Häfen Frankreichs eine Thätigkeit, wie sie seit den Zeiten der Republik und des Kaiserreiches nicht erhört war. Was irgend von Kriegsfahrzeugen seewürdig ist, wird segelfertig gemacht, um die französische Flotte im Mittelmeere in den Stand zu setzen, sich mit der brittischen zu messen. Bei diesen Rüstungen zum Seekriege hat es aber nicht sein Bewenden. Der Moniteur hat die Ordonnanz bekannt gemacht, welche die unverzügliche Aushebung von 150,000 Mann befiehlt. Außerdem vernehmen wir, daß ungeheure Summen zu dem Ankaufe von Pferden und dem erforderlichen Materiale für die Reiterei und die Artillerie verausgabt werden. Alles dieses ist freilich noch nicht der Krieg; aber es deutet offenbar auf den festen Entschluß, lieber das Loos der Waffen entscheiden zu lassen, als zu dulden, daß die Uebereinkunft der vier Mächte in Bezug auf die Verwicklungen des Orients zur Ausführung komme. Und England, welches diese Uebereinkunft hauptsächlich hervorgerufen hat, wenn auch die ersten Vorschläge von einer andern Seite ausgingen, — England bleibt bei alle dem so ruhig, als ob gar nichts vorgefallen, nicht die geringste Gefahr vorhanden wäre. Die ministeriellen engl. Blätter bemühen sich, den Franzosen zu beweisen, daß sie keine Ursache hätten, sich zu ereifern; und die Gründe und Scheingründe, die sie für diese Ansicht beibringen, äußern auf sie selbst eine so überzeugende Kraft, daß sie mit der größten Bestimmtheit versichern, es sei an einen Bruch mit Frankreich gar nicht zu denken. So fest ist man entschlossen, sich in diesem beruhigenden Glauben nicht stören zu lassen, daß man zu Voraussetzungen seine Zuflucht nimmt, die allem gesunden Menschenverstande widersprechen. So läßt ein Blatt, welches unter dem unmittelbaren Einflusse des auswärtigen Amtes steht, sich aus Paris schreiben: die französische Regierung werde zwar ihre Seemacht vermehren, sie werde derselben aber nicht den Befehl geben, angreifend gegen die brittische Flotte zu verfahren, wenn diese Mehemed Ali angriffe. Thiers wolle den Verlauf der Dinge abwarten. Er werde Mehemed Ali auf jede mögliche Weise unterstützen, nur nicht durch einen Krieg mit den verbündeten Mächten. Wenn der Pascha in dem Kampfe obsiege, werde er als Vermittler auftreten, um den Marsch der ägyptischen Truppen nach Konstantinopel zu verhindern; unterliege Mehemed Ali, so werde Thiers ihn seinem Schicksale überlassen oder dann — wenn es zu spät ist! — zu seinen Gunsten einschreiten. Wenn Thiers wirklich eine solche Politik befolgen wollte, so verdiente er von dem Könige der Franzosen mit Schimpf und Schanden entlassen und von den Kammern in Anklagezustand versetzt zu werden. Denn es wäre doch wirklich zu stark, wenn er das ganze Land in die höchste Aufregung gebracht, Handel und Gewerbe gestört und viele Millionen verschwendet hätte, um nichts zu thun oder um erst dann etwas zu thun, wenn es nichts mehr helfen könnte, wenn das, was er zu verhindern beabsichtigt, bereits vollbracht wäre.

Wir sind allerdings der Meinung, daß Thiers nicht gerade die Absicht

das Beste unbekannt blieb, was in seinem Fache vor ihm geleistet war, von vorn anfangen und denselben Weg durchmessen, den seine Vorgänger zurückgelegt hatten, um den Punkt zu erreichen, auf dem diese stehen geblieben waren. Viel weiter als seine Vorgänger konnte auf diese Weise selbst der begabteste Geist kaum kommen. Durch Rohheit und Stumpfsinn, Verkehrtheit oder böswillige Wuth wurden nicht selten die kostbarsten Schätze der Wissenschaft, des geistigen Lebens der Völker zerstört. Deßhalb sehen wir, daß die ganze Bildung der Menschheit vor der Erfindung der Buchdruckerkunst in einem beständigen Wechsel von Aufsteigen und Sinken begriffen war. Das Mittelalter hatte von der Bildung des Alterthums nur spärliche Trümmer gerettet, und es bedurfte unermeßlicher Anstrengungen, ehe die neuere Zeit wieder zu der Höhe der Bildung gelangte, auf der die Staaten und Völker der alten Welt sich in den Tagen ihrer Blüthe befanden. Durch die Presse sind alle Schätze des menschlichen Geistes unverlierbar geworden. Staaten können vergehen, Reiche gestürzt werden; aber nie kann die Menschheit in jene Nacht der Barbarei zurücksinken, aus der sie in der neueren Zeit dreihundertjährige Arbeit wieder empor gehoben hat. Nicht auf kleine vereinzelte Kreise ist jetzt die geistige Entwicklung beschränkt. Die Mittel der Bildung sind jetzt beinahe bei allen europäischen Völkern einem Jedem, dem Armen wie dem Reichen, dem wenig Begabten wie dem Höchstbegabten, in die Hand gegeben. Auch sind die einzelnen Völker in den Fortschritten ihrer Ausbildung nicht mehr von einander getrennt; während jedes sich seinen eigenthümlichen Anlagen gemäß entwickelt, setzt die Presse uns in den Stand, mit leichter Mühe uns den ganzen Reichthum der Gedanken anzueignen, der auf dem weiten Kreise der Erde verbreitet ist. Deßhalb ist das Fest, welches Guttenberg's Namen verherrlicht, nicht das Fest eines Volkes, sondern ein Fest der ganzen Menschheit; und es verdiente nicht allein in jeder Stadt, die eine Buchdruckerpresse besitzt, sondern in jedem Dorfe, welches eine Schule hat, gefeiert zu werden.

Deutschland und die Wirren im Oriente.

Geschrieben am 6. August 1840.

Merkwürdig ist die Ruhe, in der England beharrt, während Frankreich sich nicht damit begnügt, die drohendste Sprache zu führen, sondern in der That bereits einen Schritt weitergeht, da es alle Vorbereitungen zu einem

großen Kriege trifft. Während wir dieses schreiben, herrscht in allen Häfen Frankreichs eine Thätigkeit, wie sie seit den Zeiten der Republik und des Kaiserreiches nicht erhört war. Was irgend von Kriegsfahrzeugen seewürdig ist, wird segelfertig gemacht, um die französische Flotte im Mittelmeere in den Stand zu setzen, sich mit der brittischen zu messen. Bei diesen Rüstungen zum Seekriege hat es aber nicht sein Bewenden. Der Moniteur hat die Ordonnanz bekannt gemacht, welche die unverzügliche Aushebung von 150,000 Mann befiehlt. Außerdem vernehmen wir, daß ungeheure Summen zu dem Ankaufe von Pferden und dem erforderlichen Materiale für die Reiterei und die Artillerie verausgabt werden. Alles dieses ist freilich noch nicht der Krieg; aber es deutet offenbar auf den festen Entschluß, lieber das Loos der Waffen entscheiden zu lassen, als zu dulden, daß die Uebereinkunft der vier Mächte in Bezug auf die Verwicklungen des Orients zur Ausführung komme. Und England, welches diese Uebereinkunft hauptsächlich hervorgerufen hat, wenn auch die ersten Vorschläge von einer andern Seite ausgingen, — England bleibt bei alle dem so ruhig, als ob gar nichts vorgefallen, nicht die geringste Gefahr vorhanden wäre. Die ministeriellen engl. Blätter bemühen sich, den Franzosen zu beweisen, daß sie keine Ursache hätten, sich zu ereifern; und die Gründe und Scheingründe, die sie für diese Ansicht beibringen, äußern auf sie selbst eine so überzeugende Kraft, daß sie mit der größten Bestimmtheit versichern, es sei an einen Bruch mit Frankreich gar nicht zu denken. So fest ist man entschlossen, sich in diesem beruhigenden Glauben nicht stören zu lassen, daß man zu Voraussetzungen seine Zuflucht nimmt, die allem gesunden Menschenverstande widersprechen. So läßt ein Blatt, welches unter dem unmittelbaren Einflusse des auswärtigen Amtes steht, sich aus Paris schreiben: die französische Regierung werde zwar ihre Seemacht vermehren, sie werde derselben aber nicht den Befehl geben, angreifend gegen die brittische Flotte zu verfahren, wenn diese Mehemed Ali angriffe. Thiers wolle den Verlauf der Dinge abwarten. Er werde Mehemed Ali auf jede mögliche Weise unterstützen, nur nicht durch einen Krieg mit den verbündeten Mächten. Wenn der Pascha in dem Kampfe obsiege, werde er als Vermittler auftreten, um den Marsch der ägyptischen Truppen nach Konstantinopel zu verhindern; unterliege Mehemed Ali, so werde Thiers ihn seinem Schicksale überlassen oder dann — wenn es zu spät ist! — zu seinen Gunsten einschreiten. Wenn Thiers wirklich eine solche Politik befolgen wollte, so verdiente er von dem Könige der Franzosen mit Schimpf und Schanden entlassen und von den Kammern in Anklagezustand versetzt zu werden. Denn es wäre doch wirklich zu stark, wenn er das ganze Land in die höchste Aufregung gebracht, Handel und Gewerbe gestört und viele Millionen verschwendet hätte, um nichts zu thun oder um erst dann etwas zu thun, wenn es nichts mehr helfen könnte, wenn das, was er zu verhindern beabsichtigt, bereits vollbracht wäre.

Wir sind allerdings der Meinung, daß Thiers nicht gerade die Absicht

hat, einen Krieg gegen England und Rußland und vielleicht gegen halb Europa zu beginnen. Die Erfahrung hat bisher gelehrt, daß, sobald irgend eine der großen Mächte den ernsten Willen zeigte, irgend einen Zweck durchzusetzen und es zu der Erreichung desselben auf das Aeußerste ankommen zu lassen, die übrigen bedenklich wurden und sich zurückzogen, ob sie auch vorher die kriegerischeste Haltung angenommen hatten. Daß Thiers der Meinung ist, Frankreich könne durch drohende Maßregeln Alles erreichen, ohne zur That zu schreiten, hat er noch zu Anfange des v. J. bei Gelegenheit der Verhandlungen über die belgischen Angelegenheiten in der Abgeordnetenkammer ausgesprochen. Damals behauptete Thiers, daß die Mächte Belgien gewähren lassen würden, sobald Frankreich nur Miene machte, den kleinen verbündeten Staat in seinen Ansprüchen zu unterstützen. Wir sehen keinen Grund, weßhalb der Minister die Ansicht geändert haben sollte, die das Haupt der Opposition so offen bekannte; und wir vermuthen daher, daß Thiers auch jetzt der Meinung ist, um so sicherer den Krieg zu vermeiden, je gewaltiger er zum Kriege rüstet; daß er erwartet, die Mächte würden sich wohl hüten, die Feindseligkeiten gegen Mehemed Ali zu eröffnen, sobald sie Frankreich bereit sähen, ihn mit aller Kraft zu unterstützen. Aber ein solcher Schüler in der Staatsklugheit ist Thiers nicht, daß er das Spiel, welches er spielt, nicht für ein gewagtes hielte, und daß er seine Maßregeln nicht auch für den Fall vorbereiten sollte, daß die Karten gegen ihn fielen. Daß er in der That jede Wendung, welche die Dinge nehmen können, wohl vorhergesehen hat, geht aus einem Umstande hervor, der, wie unbedeutend er auch scheint, doch alle Beachtung verdient. Auf die Kunde von dem Ausbruche der Unruhen in Syrien und von dem Auslaufen eines ägyptisch-türkischen Geschwaders aus dem Hafen von Alexandrien ging ein Theil der brittischen Flotte von der Rhede von Vurla nach der syrischen Küste unter Segel, wie es hieß, um die Ereignisse zu beobachten und um das brittische Eigenthum in den bedrohten syrischen Städten zu schützen, möglicher Weise aber zugleich mit dem Auftrage, die türkischen und die ägyptischen Schiffe wegzunehmen, um die ersten der Pforte zurückzugeben und die letzten zur Entschädigung für den geleisteten Dienst zu behalten. Ehe die schweren englischen Kriegsschiffe noch die syrische Küste erreichen konnten, war aber bereits ein französisches Dampfboot eingetroffen, welches den Befehlshaber des ägyptischen Geschwaders von der bevorstehenden Ankunft der Engländer in Kenntniß setzte. Dieser kehrte hierauf sogleich nach Alexandrien zurück, und die Engländer hatten, als sie vor Beirut anlangten, das leere Nachsehen. Der französische Admiral, der das Dampfboot abfertigte, kann nur in Folge von Verhaltungsbefehlen gehandelt haben, die ertheilt waren, ehe man noch das Geringste von der Absicht der Engländer wußte, feindlich gegen den Pascha von Aegypten zu verfahren.

Unserer Meinung nach wird der alte Duperré, dem der Befehl über die französische Seemacht im Mittelmeere übertragen ist, gerade nicht nöthig haben,

die englische Flotte anzugreifen, sobald er dieselbe zu Gesichte bekommt. Da die Streitkräfte der Franzosen für das Erste den brittischen wahrscheinlich bedeutend überlegen sein werden, so darf er nur die Bewegungen der letzten beobachten und ihnen folgen, sobald sie sich anschicken, irgend einen Punkt der syrischen oder der ägyptischen Küste anzugreifen. Wie weit auch die Kühnheit der Engländer gehen mag, so glauben wir doch nicht, daß sie im Angesichte einer überlegenen französischen Macht so leicht es wagen werden, die türkische oder die ägyptische Flotte aus dem Hafen von Alexandrien herauszuholen, sie müßten denn die Gewißheit haben, daß ihnen von Seiten der Zuschauer kein Hinderniß in den Weg gelegt würde. Wir zweifeln aber sehr, ob irgend ein französischer Seemann, und am wenigsten der gerade nicht durch seine Scherzhaftigkeit bekannte Admiral Duperré den Befehl über eine Flotte übernehmen würde, die angewiesen wäre, ihre beobachtende Rolle unter allen Umständen beizubehalten; und wir denken daher, daß die französischen Kriegsschiffe wohl noch eine andere Bestimmung haben werden, als unschuldige Spazierfahrten zu machen. Die drohendste Gefahr steht Mehemed Ali inzwischen nicht von der Seeseite bevor. Die Engländer müßten ganz andere Vorbereitungen treffen, wenn sie ein Reich stürzen wollten, welches ein Heer von 300,000 bewaffneter Männer vertheidigt, unter denen mehr als die Hälfte auf europäische Weise eingeübt und geordnet ist. Der entscheidende Schlag soll von den Russen geführt werden; und da sehen wir denn freilich kaum, auf welche Weise die Franzosen ihrem Verbündeten wirksame Hülfe leisten wollen. Thiers so wenig als irgend ein anderer französischer Staatsmann wird es wagen, ein französisches Heer nach Syrien hinüber zu schicken, um die Engpässe des Taurus für den Pascha von Aegypten zu vertheidigen. Das, was man thun kann, ist, daß man tüchtige Officiere veranlaßt, in ägyptische Dienste zu treten; und vielleicht, daß man die Tausende von ausgewanderten Polen, die noch in Frankreich leben, zu einer Legion vereinigt, die zwar viel zu schwach wäre, um für sich allein etwas Erhebliches auszurichten, durch ihr Beispiel aber immer wesentliche Dienste leisten könnte. Durch seine Rüstungen Rußland von dem Kriege zurückzuschrecken, wenn derselbe in dem St. Petersburger Cabinette einmal beschlossen ist, darf Frankreich auf keine Weise hoffen. Die Frage bleibt nur, ob die brittische Nation, in der man seit Jahren den bittersten Haß gegen Rußland geweckt hat, jetzt der veränderten Politik ihrer Regierung zu Gefallen so leicht bereit sein wird, den Widerwillen in Zuneigung zu verwandeln und mit Rußland gegen Frankreich zu kämpfen.

Wenn das Recht in dieser Welt auch nicht immer die sicherste Bürgschaft des Erfolges ist, so muß man doch zugeben, daß es ein trefflicher Bundesgenosse bleibt. Das Bewußtsein des Rechts giebt selbst dem Schwachen eine Kraft, die ihn oft in den Stand setzt, der größten Uebermacht mit Erfolg zu widerstehen. Auch kann wohl nichts natürlicher sein. Wir Menschen sind

denkende Wesen; und jedes denkende Wesen, wie hoch oder wie niedrig die Stufe seiner Ausbildung sein mag, erkennt es als seine erste Verpflichtung an, das Recht zu achten und zu schützen. Wer gegen das Recht streitet, kämpft daher gegen sein eigenes Bewußtsein, und damit verliert er die Hälfte seiner Kraft, während der, welcher eine gerechte Sache vertheidigt, durch das Bewußtsein gestärkt wird, daß er seine höchste irdische Bestimmung erfüllt. Selbst in jenen Zeiten, wo geworbene Söldner wie willenlose Thiere auf die Schlachtbank getrieben wurden, haben wir daher immer gesehen, daß die Staaten bei ihren Entzweiungen ein großes Gewicht darauf legten, wenigstens den Schein des Rechtes auf ihrer Seite zu haben; denn man wußte wohl, daß es unmöglich war, den Menschen ganz zum Thiere zu erniedrigen, daß ein Funke seines höheren Ursprunges immer in ihm lebte, wie tief man ihn auch herabwürdigte. In unsern Tagen werden die Schlachten nicht mehr von feilen Söldlingen, sondern von Bürgern geschlagen, und es ist daher dem mächtigsten Staate beinahe unmöglich geworden, einen Krieg zu führen, der jeden Schein des Rechtes entbehrt. Dieß ist der Grund, weßhalb nach der Julirevolution der Friede ungestört blieb. Die Franzosen ließen die Rechte anderer Völker ungekränkt, und diese sagten sich, daß man kein Recht habe, den Franzosen in ihrem eigenen Lande Gesetze vorzuschreiben. Zwar erhoben sich über verschiedene Fragen Zwistigkeiten; diese wurden aber immer auf friedliche Weise ausgeglichen, weil man sich sagte, daß sie kein Recht boten, den Frieden zu brechen. Der polnische Aufstand erregte unter allen gebildeten Nationen Europa's mächtiges Mitgefühl: aber die Polen waren Unterthanen des Kaisers von Rußland, und man überließ es daher den Russen, sie zum Gehorsam zurückzuführen. Der Aufstand in Mittelitalien wurde von den Franzosen gebilligt, denn er ging aus demselben Volksgefühle hervor, welches die Julirevolution hervorgerufen hatte; aber Oesterreich hatte ein durch alte Verträge verbürgtes Recht, die Ordnung in Italien aufrecht zu halten, und man überließ es den Oesterreichern, den Aufstand zu unterdrücken. Die belgische Revolution hatte zwei durch uralten Zwiespalt getrennte und nur durch fremde Politik zusammengefügte Völkerschaften von einander gerissen. Frankreich und England nahmen für die Belgier, die drei östlichen Mächte für die Holländer Partei. Man ging auf beiden Seiten von durchaus verschiedenen Gesichtspunkten aus, die jede Möglichkeit einer Verständigung auszuschließen schienen. Dennoch kam man überein, die Belgier gewähren zu lassen, weil man die Holländer außer Stande sah, ihre Ansprüche geltend zu machen, und weil man keinen hinreichenden Grund zu haben glaubte, für fremde Ansprüche die Waffen zu ergreifen. In Portugal kam der Thronstreit zwischen Dom Miguel und Dom Pedro, in Spanien der wichtigere zwischen dem Bruder und der Tochter Ferdinands VII. zum Ausbruche. Die westlichen Mächte erklärten sich offen für die eine, die östlichen beinahe eben so offen für die andere Seite, aber der Friede blieb ungestört, weil die Höfe des Ostens keine Neigung hat-

ten, denselben um einer persönlichen Vorliebe oder um weit abliegender Interessen willen zu brechen.

Gegenwärtig giebt es nur noch eine einzige Streitfrage, über die zwischen den großen Mächten eine Meinungsverschiedenheit besteht, und diese läßt sich, sofern wir dieselbe für sich allein betrachten und die beigemischten fremden Interessen davon aussondern, an Wichtigkeit weder mit der polnischen noch mit der belgischen, weder mit der italienischen noch mit der spanischen Frage vergleichen. Ein türkischer Pascha hat die Zerrüttung des osmanischen Reiches dazu benutzt, um innerhalb desselben eine Macht zu begründen, die jener seines Oberherrn, des Sultans, bei weitem überlegen ist. Man kann nicht sagen, daß er die Provinzen, die er sich unterworfen, von dem osmanischen Reiche losgerissen habe, denn er weigert sich nicht, die Hoheit des Sultans anzuerkennen. Auch ist die Macht der Pforte durch seine Erhebung nicht geschwächt worden; da der Sultan über die Landschaften, die Mehemed Ali zu einem mächtigen Staate vereinigt hat, seit Menschengedenken immer nur eine nominelle Gewalt übte. Die syrischen Pascha's, die Mehemed Ali gestürzt hat, standen zu der Pforte in keinem andern Verhältnisse, als dem schwankenden unsichern, in dem er selbst zu ihr steht. Von ihnen hat die Pforte in keinem ihrer auswärtigen Kriege jemals die geringste Unterstützung erhalten; dagegen macht Mehemed Ali sich anheischig, die Pforte in jedem auswärtigen Kriege, in den sie verwickelt wird, mit seiner gesammten Macht zu unterstützen; und man kann um so gewisser darauf rechnen, daß er Wort halten wird, als sein eigenes Interesse es erfordert, zu verhindern, daß kein fremdes Banner den Halbmond zu Konstantinopel verdränge. Aber die Pforte erkennt den Vortheil nicht, den sie von der Macht Mehemed Ali's ziehen kann; statt ihn zu benutzen, um sich selbst aus ihrem Verfalle zu erheben, will sie ihn stürzen; und da sie sich bei ihrer eigenen Schwäche dazu außer Stande sieht, ruft sie fremde Unterstützung an. Sofern die europäischen Mächte dem Grundsatze treu blieben, den sie bisher befolgt haben, sich nicht in Händel zu mischen, bei denen sie nicht unmittelbar betheiligt sind, müßten sie diese Aufforderung ohne Weiteres zurückweisen. Denn alle europäische Mächte haben zwar das Interesse, die Unabhängigkeit des osmanischen Reiches zu schützen, weil keine einzelne von ihnen sich auf Kosten der Pforte vergrößern kann, ohne ein Uebergewicht zu erlangen, welches die Selbstständigkeit aller übrigen Staaten gefährdete. Die Dinge, die im Innern des osmanischen Reiches vor sich gehen, können aber den Mächten vollkommen gleichgültig sein, weil daraus niemals eine Gefahr für sie selbst hervorgehen kann.

Dennoch haben die Mächte beschlossen, der Aufforderung der Pforte zu entsprechen, und wir müssen voraussetzen, daß sie bei diesem Entschlusse durch politische Rücksichten von der höchsten Wichtigkeit bestimmt worden sind. Der vornehmste Grund, der England, Oesterreich und Preußen und anfangs sogar Frankreich veranlaßte, der Pforte ihre Unterstützung zuzusagen, war ohne

Zweifel die Besorgniß, daß sie sich, sobald sie von den übrigen Mächten verlassen wurde, Rußland in die Arme werfen würde, wodurch die Unabhängigkeit des osmanischen Reiches für immer vernichtet worden wäre. Frankreich hoffte, den Berathungen eine Wendung zu geben, die es möglich machte, eine Versöhnung zwischen Mehemed Ali und der Pforte zu bewirken, ohne daß eine fremde Einmischung nöthig geworden wäre. Sobald Frankreich sah, daß dazu keine Aussicht war, zog es sich von der Theilnahme an den Berathungen zurück, in der Voraussetzung, daß die übrigen Mächte in seiner Abwesenheit und gegen seinen Willen keinen bindenden Beschluß fassen würden. Die Mächte glaubten aber auf die abweichende Meinung einer einzelnen von ihnen kein so großes Gewicht legen zu dürfen, daß sie in dem Gange, den sie eingeschlagen hatten, sich irre machen ließen, weil sie voraussetzten, daß Frankreich allein es nicht wagen würde, sich dem gemeinschaftlichen Entschlusse von halb Europa zu widersetzen. Dabei scheint man übersehen zu haben, daß Frankreich ein directes Interesse dabei hat, Mehemed Ali zu schützen. Wenn man aber zugeben muß, daß man auf keine Weise darauf gerechnet hatte, Frankreich so entschieden für den ägyptischen Herrscher Partei ergreifen zu sehen, wie dieß geschieht, so scheint man damit zugleich die Verpflichtung anzuerkennen, die ganze Frage einer nochmaligen reifen Erwägung zu unterwerfen; denn bei dem Abschlusse jedes Vertrages wird die stillschweigende Uebereinkunft eingegangen, daß derselbe nur so lange bindend bleibt, als die Umstände sich nicht verändern, unter denen er abgeschlossen ist. Eine größere Veränderung in den Umständen ist aber nicht denkbar, als jene, welche durch die kriegerischen Rüstungen Frankreichs eingetreten ist. Rußland und England werden freilich keine Neigung haben, von den gefaßten Beschlüssen zurückzukommen, weil sie bei denselben ihren Vortheil finden. Von den deutschen Mächten aber hoffen wir, daß sie keine Verpflichtungen übernehmen werden, die Europa der Gefahr eines allgemeinen Krieges aussetzen würden, ohne daß man sagen könnte, daß man das Recht auf seiner Seite hätte.

Noch ist der Krieg nicht ausgebrochen, und es ist, wenn nicht die größte Wahrscheinlichkeit, doch immer noch etwas mehr als die bloße Möglichkeit vorhanden, daß man bei der bestimmteren Gestaltung der Gefahr, in der eilften Stunde sich besinnt und den Entschluß faßt, durch gegenseitige Zugeständnisse einen Bruch zu verhindern, dessen Folgen, welcher Art sie auch sein möchten, für Europa die beklagenswerthesten sein werden. Zwar ist es von den feilen Scriblern, die in der Mehrzahl unserer deutschen Zeitungen den breitesten Raum einnehmen, bereits versucht worden, die unabhängigen Stimmen einzuschüchtern, die sich für die Erhaltung des Friedens erheben, indem man sie des Mangels an deutscher Gesinnung bezüchtigt oder wohl gar sie des Verrathes gegen das Ausland verdächtigt. Wir hoffen jedoch, daß diese Bemühungen ihren Zweck verfehlen werden. Unsere Staatsmänner bedürfen unserer Belehrung nicht, aber sie wissen wohl, wessen sie sich zu den stets be-

reitwilligen dienstbeflissenen Schreiern versehen dürfen, die weder den Muth ihrer Meinung, noch irgend eine andere Art von Muth haben. Die Gattung Menschen, die des Morgens beim Aufstehen nichts Eiligeres zu thun hat, als nach dem Wetterhahne zu sehen, um zu erforschen, woher der Wind kommt, und danach ihre Gesinnungen für den Lauf des Tages einzurichten, mag unter gewöhnlichen Umständen ganz brauchbar sein, weil sie keinen Anstoß giebt und niemals im Wege steht, es müßte denn sein, daß ihre Unbeholfenheit noch größer wäre, als ihr Bedienteneifer. Aber unfähig jeder großmüthigen Aufwallung werden weder sie selbst jemals das geringste Opfer bringen, noch werden sie andere veranlassen, Opfer zu bringen. Sie führen den Namen des Vaterlandes im Munde, aber nicht im Herzen; und wie sie jetzt die ersten sind, jeden, der in ihr albernes Geschrei nicht einstimmt, undeutscher Gesinnung zu beschuldigen, würden sie die ersten sein, als die Ankläger deutscher Gesinnung vor den fremden Tribunalen aufzutreten, wenn unser Vaterland, was Gott verhüten möge, jemals wieder fremde Fesseln trüge. Es giebt in Deutschland keine undeutsche Gesinnung, wenn wir die Gesinnungslosigkeit, die leider nur zu häufig ist, nicht so nennen wollen. Wir halten es für unsere Pflicht, vor Schritten zu warnen, die zu einem Kriege führen müssen, von dem unser Vaterland nicht den geringsten Nutzen und selbst im günstigsten Falle den größten Schaden und die wesentlichsten Nachtheile zu erwarten hat. Sobald der Krieg aber einmal unvermeidlich geworden ist, wird es die Pflicht jedes vaterlandliebenden Deutschen, alle Meinungsverschiedenheiten zu vergessen und nur den einen Gedanken an die Ehre und an die Unabhängigkeit des deutschen Namens festzuhalten. Dann wird es sich zeigen, wer am eindringlichsten zu den Herzen des Volkes zu sprechen, wer am besten die jetzt in den Hintergrund gedrängte Begeisterung für Freiheit und Vaterland hervorzurufen und die schlummernde deutsche Thatkraft zu wecken versteht.

Jetzt ist es so weit noch nicht gekommen, und wir dürfen daher auch das Recht noch nicht aufgeben, unsere Meinung über die politischen Verwicklungen, die den Frieden der Welt bedrohen, frei und offen auszusprechen. Unserer Meinung nach hat Frankreich in der Stellung, die es den übrigen Mächten gegenüber einnimmt, den großen Vortheil, daß es vollkommen in seinem Rechte ist. Der Grundsatz, den alle europäische Mächte ausdrücklich oder stillschweigend als die Grundlage ihrer Politik anerkannt haben, ist die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes. Frankreich verlangt aber im Oriente nichts, als die Aufrechthaltung des bestehenden Zustandes; es verlangt, daß man die Macht, die Mehemed Ali auf den Trümmern des auseinander fallenden osmanischen Reiches begründet hat, in dem Bestande, den sie nicht seit heute oder oder seit gestern, sondern seit einer Reihe von Jahren gewonnen, ungestört lasse, und es hat um so mehr ein Recht, auf dieser Forderung zu beharren, als durch die Vernichtung der neuen ägyptischen Macht

die wichtigsten französischen Interessen verletzt würden, während das Fortbestehen derselben die wahren Interessen aller übrigen europäischen Staaten auf keine Weise gefährdet. Es kann nicht leicht eine größere Albernheit geben, als zu behaupten, wie dieß in mehreren deutschen Blättern geschehen ist, daß Frankreich, indem es den Beschlüssen der übrigen Mächte sich widersetze, den Anspruch auf eine Dictatur erhebe, der Europa sich nicht fügen dürfe. Eine Dictatur wäre es, wenn Frankreich den übrigen Mächten vorschriebe, was sie zu thun hätten; die Franzosen wollen aber Niemand Gesetze vorschreiben, sie wollen nur nicht, daß man ihnen und ihrem Verbündeten Gesetze vorschreibe. Mit demselben Rechte, mit dem man den Franzosen zumuthet, daß sie den Sturz Mehemed Ali's zugeben sollen, weil er von den übrigen Mächten beschlossen ist, könnte man ihnen auch zumuthen daß sie den mit so vielem französischen Blute und Golde erkauften Besitz von Algier aufgeben sollten, sobald die übrigen Mächte dieß für gut fänden. Aber es wird doch wohl Niemand behaupten, daß sie einen Anspruch auf die Dictatur erhöben, wenn sie sich einem solchen Ansinnen widersetzten.

Unsere Meinung ist keineswegs, daß die europäischen Mächte, wenn sie ein wesentliches Interesse dabei hätten, Syrien den Händen Mehemed Ali's zu entreißen, nicht das Recht haben sollten, das, was ihr Interesse geböte, mit dem Willen oder gegen den Willen Frankreichs durchzusetzen. Aber wir glauben nicht, daß irgend eine der großen Mächte ein wirkliches Interesse dabei hat, den thatsächlich im Oriente bestehenden Zustand umzustürzen. Man geht von der Ansicht aus, daß Mehemed Ali, weil er seine Macht der Auflehnung gegen seinen legitimen Herrscher verdankt, zum Gehorsam zurückgeführt werden müsse. Aber es ist eine Neuerung, die sich durch nichts rechtfertigen läßt, die europäischen Legitimitätsbegriffe auf den Orient zu übertragen, der sie niemals gekannt hat. Auf dem Wiener Congresse, als alle europäischen Staatenverhältnisse geordnet wurden, ließ man das osmanische Reich aus dem Spiele, weil man einsah, daß die Grundsätze der europäischen Politik auf dasselbe keine Anwendung fanden. Seitdem hat man es geduldet, daß Serbien sich von der Botmäßigkeit der türkischen Pascha's befreit hat; den griechischen Aufstand hat man sogar durch kräftige Unterstützung gefördert; welchen Grund hätte man, nach diesen Vorgängen unsere Legitimitätsbegriffe gegen Mehemed Ali geltend zu machen? Zwar sagt man, daß die Macht Mehemed Ali's eine fortwährende Gefahr für das osmanische Reich sei, dessen Fortbestehen in seinem gegenwärtigen Umfange unerläßlich für die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichtes wäre. Aber man müßte sehr kurzsichtig sein, um nicht zu erkennen, daß in der Befreiung der Serben und der Griechen eine viel größere Gefahr für das osmanische Reich lag, als in dem Abfalle Mehemed Ali's. Der Pascha von Aegypten wäre, selbst wenn er sich völlig von der Pforte losrisse, durch seine ganze Lage gezwungen, mit derselben gegen das Ausland zusammenzuhalten, weil der Untergang des osmanischen

Reiches in Kurzem ſeinen eigenen zur Folge haben würde. Von den Serben iſt dagegen ungeachtet ihres Abhängigkeitsverhältniſſes ſo wenig als von den Griechen zu erwarten, daß ſie ſich jemals für die Pforte bewaffnen werden. Die Befreiung der erſten muß die zahlreichen ſlaviſchen, die Befreiung der letzten die eben ſo zahlreichen griechiſchen Bevölkerungen im osmaniſchen Reiche auffordern, ihrem Beiſpiele zu folgen, und ſchon jetzt kann man mit Gewißheit vorherſagen, daß der Zeitpunkt nicht ausbleiben wird, wo beide das fremde Joch abwerfen werden. Je ſichtlicher der Verfall des osmaniſchen Reiches hervortritt, um ſo mehr wird die Annäherung dieſes Zeitpunktes beſchleunigt, und ein deutlicheres Zeichen des Verfalles können wir uns nicht denken, als wenn europäiſche Truppen alle Provinzen des osmaniſchen Reiches überziehen, um einen untreuen Vaſallen der Pforte zum Gehorſam zurückzuführen. Das Mittel, welches man wählt, um die Pforte vom Untergange zu retten, iſt daher ein ſehr zweideutiges, und es dürfte Niemand befremden, wenn daſſelbe ſtatt der beabſichtigten gerade die entgegengeſetzte Wirkung hervorbrächte.

Ueberſicht der politiſchen Entwicklung ſeit dem J. 1832.

Geſchrieben im Herbſt 1838.

Die tiefe Ruhe, die ſeit den vorübergehenden Bewegungen der Jahre 1830 und 1831 in Deutſchland herrſcht, fodert den nachdenklichen Freund des Vaterlandes um ſo mehr auf, ſeinen Blick in die Tiefe zu wenden, um die Zuſtände der Gegenwart in allen ihren Beziehungen zu ergründen, weil in ihnen mehr oder weniger beſtimmt ausgebildet die Keime der Zukunft liegen. Die Ruhe, von der wir auf allen Seiten uns umgeben ſehen, iſt nicht die Ruhe des Grabes, wie ſie nach gewaltſamer Unterdrückung voreiliger Bewegungen einzutreten pflegt. Die Beſonnenheit, der Grundzug des deutſchen Charakters, geſtattet es nicht, daß die Maſſen der Bevölkerungen ſich in voreilige Bewegungen einlaſſen, und was die Ungeduld oder die Ueberſpannung und Verkehrtheit Einzelner verbricht, wird ſelten auf die Lage des Ganzen entſcheidenden Einfluß üben. Die Ruhe in Deutſchland iſt aber auch nicht die Ruhe der Befriedigung, welche die Folge einer vollkommenen Erreichung aller vernünftigen Wünſche wäre; denn wie viel ſelbſt des mit der ängſtlichen Beachtung der gegebenen Verhältniſſe Erreichbaren bleibt noch zu wünſchen übrig? Sie iſt die Ruhe der ſtillen, langſam fortſchreitenden Entwickelung, in

der ſich — für das blöde Auge oft unter dem Scheine des Stillſtandes, wo nicht des Rückſchrittes — die Zukunft eines großen Volkes vorbereitet. Um die mannichfaltigen Beſtrebungen zu begreifen, die in Deutſchland, wie vielen verſchiedenen Richtungen ſie auch zugekehrt ſein mögen, doch zu der Erreichung eines gemeinſchaftlichen Zieles zuſammenwirken, können wir es nicht vermeiden, auf den Zeitpunkt zurückzugehen, dem wir Deutſchen die Erneuung unſers volksthümlichen Beſtehens verdanken. Das deutſche Volk hatte in maßloſer Zerſplitterung ſeiner Kräfte ſo ſehr ſich ſelbſt verloren, daß es vieljähriger Fremdherrſchaft bedurfte, um in dem allgemeinen Gefühle ſeiner Unterdrückung das Bewußtſein ſeiner Exiſtenz wiederzufinden. Nicht durch ſeinen rieſenhaften Ehrgeiz, nicht durch den ruſſiſchen Winter iſt Napoleon geſtürzt worden, ſondern durch den Irrthum, daß er glaubte, die deutſche Nation ebenſo leicht, wie von der Karte, auch aus den Herzen der Bevölkerungen vertilgen zu können. Wo in jenen Tagen der Knechtſchaft in deutſcher Bruſt noch ein großmüthiges Herz ſchlug, da fühlte es tiefer, als jedes perſönliche Leiden, als jede perſönliche Unbill und als jede perſönliche Gefahr die Schmach des Vaterlandes. Vergeſſen waren alle die Spaltungen, welche ſeit Jahrhunderten das alte Deutſchland auseinander geriſſen hatten; vergeſſen war der Unterſchied der Religion, der das proteſtantiſche Deutſchland von dem katholiſchen trennte; vergeſſen waren die Unterſchiede des Stammes und der Oertlichkeit, welche die Bewohner jedes kleinen deutſchen Fürſtenthumes und beinahe jeder kleinen deutſchen Stadt in engherziger Beſchränktheit voneinander abſonderte, vergeſſen waren die Unterſchiede des Standes, die zwiſchen Fürſten und Völkern, zwiſchen dem Adel und dem Bürgerſtande eine unüberſteigliche Scheidewand erhoben. Der Fürſt, von Land und Leuten vertrieben, reichte dem Bauer, der ſtolzeſte Edelmann dem beſcheidenſten Bürger die Hand, ſobald unter dem einfachen Rocke ein Herz voll warmer Liebe für das Vaterland ſchlug. Nur durch dieſe Vereinigung aller Deutſchen in dem gemeinſchaftlichen Gefühle der Volksehre und der Vaterlandsliebe war es möglich, daß das große Werk der Befreiung von dem fremden Joche gelang. Wenig fragte man nach Dem, was werden würde, wenn der Feind vom deutſchen Boden vertrieben ſei. Niemand fiel es ein, mit den Fürſten über den Beiſtand zu markten, den man ihnen zu der Wiedererlangung des alten Erbes, der alten angeſtammten Rechte lieh. Preußens König ſprach unaufgefodert das Wort, daß er ſeinem Volke, nach glücklicher Beendigung des Kampfes, eine freie Verfaſſung geben wolle. Aber es bedurfte keines ſolchen Verſprechens, um die Begeiſterung, welche der erſte Aufruf zum Kampfe erweckt hatte, in hellen Flammen auflodern zu laſſen. Man hatte ſich überzeugt, daß die Herſtellung des deutſchen Reiches in ſeinen veralteten Formen unmöglich war, und beſchloß, ſämmtliche Staaten und Stämme des deutſchen Volks durch einen neuen Bund zu vereinigen, der nicht blos durch das zufällige Band eines Vertrags zwiſchen den Fürſten, ſondern durch das bleibende einer aus der Uebereinſtimmung

faſſung, nach harten Kämpfen, aus einem freien Vertrage zwiſchen dem Fürſten und den Ständen hervor, ſo iſt doch in dieſer ſo wenig, als in der bayriſchen, in der badiſchen, naſſauiſchen und heſſen-darmſtädtiſchen die Nachahmung der franzöſiſchen Charte zu verkennen. Der weſentliche Unterſchied zwiſchen der Volksvertretung, wie ſie in allen dieſen Staaten beſteht, und den alten Ständen liegt darin, daß die letzten, wie ſchon der Name ſagt, beſtimmte Stände vertraten, während in der erſten die geſammte Bevölkerung ohne Unterſchied der Stände als Ganzes aufgefaßt iſt. Die alten deutſchen Stände hatten zum Theil ungleich ausgedehntere Rechte, als den modernen Kammern zugetheilt ſind, aber ihr Verhältniß zu der Regierung war ein ganz anderes. Sie ſprachen zu der Regierung im Namen ihrer Committenten und ſtellten ihr Bedingungen, die oft hart genug waren; aber es fiel ihnen nicht ein, die Verwaltung ſelbſt zu leiten. Das Weſen der modernen Repräſentativverfaſſung beruht aber grade darin, daß die oberſte Leitung der Verwaltung, ſtatt von dem Regenten, von der das Volk vertretenden Kammer ausgeht. In England ernennt zwar der Regent die Miniſter, aber er kann ſie nur aus den Häuptern der Partei wählen, die im Hauſe der Gemeinen die Majorität hat, und dieſe Majorität, nicht der Regent, beſtimmt daher den Geiſt und den Gang der Verwaltung. Daſſelbe muß überall der Fall ſein, wo die Repräſentativverfaſſung mit allen ihren Conſequenzen rein ausgebildet iſt. In Frankreich erfolgte die Julirevolution, weil Karl X. ſein Miniſterium ſelbſtſtändig und nicht im Sinne der Kammer bilden wollte. In Deutſchland halfen ſich die Regierungen, wie ſich die franzöſiſche Regierung ſeit der Julirevolution geholfen hat, indem ſie allen ihren Einfluß aufboten, um in die Wahlkammer eine Mehrheit von Männern zu bringen, die unbedingt den Regierungsanſichten ergeben waren. Dieß kann aber nur in ruhigen Zeiten gelingen, weil nur in ſolchen lenkſame Charaktere ſich Geltung zu verſchaffen wiſſen; in Tagen des Sturmes und der Gährung werden immer kräftige und entſchiedene Männer ſich der Meinung bemächtigen. Dieſe bilden dann die Mehrheit in der Wahlkammer, und der Regierung bleibt nichts Anderes übrig, als ihrem Willen nachzugeben, wie ſich dieß in den bayriſchen und badiſchen Kammern des J. 1831 gezeigt hat. Wenn die ſüddeutſchen Regierungen vom Anfange an das Weſen der Repräſentativverfaſſungen richtig aufgefaßt hätten, würden ſie ſich wahrſcheinlich wol gehütet haben, ihre Conſtitutionen einzuführen; denn der Erfolg hat es unzweideutig genug herausgeſtellt, daß ſie keineswegs gemeint waren, alle in denſelben liegenden Conſequenzen zuzugeſtehen. Dadurch iſt ein Keim der Gährung in das deutſche Volk geworfen worden, der ſchon manche nachtheilige Folgen gehabt hat und in Zukunft leicht noch nachtheiligere veranlaſſen kann. In der Aufregung der Jahre 1830 und 1831 waren die Regierungen des deutſchen Nordens mit wenigen Ausnahmen genöthigt, dem allgemeinen Verlangen nach einer Volksvertretung, gleich jener, die in den ſüddeutſchen Staaten beſtand, nachzugeben. Kurheſſen, das König-

reich Sachsen, Hannover erhielten Verfassungen, die in ihren Hauptzügen reine Repräsentativverfassungen sind, und deren Grundsätze wegen der seitdem dazwischen gekommenen äußern Hindernisse nicht überall vollständig haben in das Leben treten können. In dem unvermeidlichen Widerspruche zwischen den Forderungen, welche die Kammern im Geiste der Repräsentativverfassungen machen müssen, und den Grundsätzen, an denen die deutschen Regierungen festhalten, liegt die wahre Ursache aller der Entzweiungen, die vor und nach dem J. 1830 zwischen den Ständen und den Regierungen in beinahe allen constitutionellen Staaten des deutschen Bundes stattgefunden haben. Nur das Königreich Sachsen bildet eine rühmliche Ausnahme, weil hier die Regierung sich nicht allein jeder Einwirkung auf die Wahlen enthalten hat, sondern aus eigner Bewegung ganz auf den Geist eingegangen ist, der sich in den Kammern aussprach. Nur in Sachsen sind daher die wesentlichen Bedingungen einer Repräsentativverfassung vollkommen erfüllt worden, und Sachsen bietet den praktischen Beweis, daß die Repräsentativverfassung, wenn auch der geschichtlichen Entwickelung des deutschen Volksgeistes fremd, doch bei aufrichtigem Einverständniß zwischen Fürsten und Völkern, ohne Nachtheil für das gemeine Beste und sogar zum allgemeinen Nutzen und Frommen ausführbar ist.

Preußen hatte die Unruhen des J. 1830 nicht abgewartet, um den Anfang zu der Ausführung des fürstlichen Versprechens zu machen, das in einer sturmbewegten Zeit, aber im vollen Bewußtsein der Bedürfnisse des Friedens gegeben war. Die Einführung der Provinzialstände war an und für sich schon ein bedeutender Schritt für die Entwickelung des öffentlichen Lebens in Preußen; aber sie wird noch wichtiger, wenn wir sie als die Grundlage einer künftigen allgemeinen Staatsverfassung betrachten. Diese Verfassung kann, wenn das Gebäude nach den Grundsätzen vollendet wird, die bei dem ersten Entwurfe obgewaltet zu haben scheinen, keine Repräsentativverfassung in dem brittischen und französischen Sinne werden, vielmehr würde in derselben sich der Charakter einer echt deutschen Volksvertretung nach alter Art ausprägen. Auf einem großen Reichstage würden die verschiedenen Provinzen auf ähnliche Weise vertreten sein, wie in den Provinziallandschaften die verschiedenen Stände. Aber dieser Reichstag wäre kein Parlament, welches der Regierung Gesetze vorschreibt, sondern eine Versammlung von verständigen Männern, welche die Regierung mit ihrem Rathe unterstützte, auf Mängel und Gebrechen aufmerksam machte, die Wünsche des Volks ausspräche und in Bezug auf Steuern und Auflagen — das zunächst liegende materielle Interesse des Volks — eine entscheidende Stimme hätte. Die Grenze, innerhalb welcher die preußische Regierung den Ständen das Steuerbewilligungsrecht zugestehen würde, ist in dem Verfassungsentwurfe, den Preußen auf dem Wiener Congresse in Vorschlag gebracht hat, zum Voraus scharf genug gezogen. Die Stände würden das Recht haben, neue Steuern und Auflagen, aber nicht die Forterhebung

der alten, die zu der Führung der Verwaltung und zu der Aufrechthaltung geſetzlicher Ordnung unerläßlich ſind, zu verweigern. Die endliche Einberufung einer ſolchen allgemeinen Ständeverſammlung wird früher oder ſpäter ſchwerlich ausbleiben, da die preußiſche Regierung ausdrücklich die Verpflichtung übernommen hat, keine neue Anleihe ohne Zuſtimmung der allgemeinen Stände zu machen. Dieſe Zuſage enthält in ſich ſelbſt den Beweis, daß es mit dem Plane, der von verſchiedenen Seiten bereits als aufgegeben betrachtet wird, auch jetzt noch Ernſt iſt, da dieſelbe durch den Eid der Beamten, denen die Verwaltung des Staatsſchuldenweſens vertraut iſt, immer wieder zurückgerufen und erneut wird. Die Gründe, weshalb Preußen bisher gezögert hat, die allgemeinen Reichsſtände einzuführen, und weshalb es wahrſcheinlich noch länger zögern wird, ſind ziemlich nahe liegend. Bei dem Schwanken der Verhältniſſe in den übrigen deutſchen Bundesſtaaten mußte es bedenklich erſcheinen, Einrichtungen zu begründen, auf die ſchon durch ihre Verwandtſchaft mit den ähnlichen Einrichtungen der Nachbarſtaaten die Unſicherheit derſelben übergehen konnte. Natürlich war es, daß Preußen den Wunſch hegte, die Grundſätze, denen man ſelbſt zu folgen dachte, auch in dem übrigen Deutſchland anerkannt zu ſehen. Wir bemerken daher, daß Preußen vom Anfang an ſeinen ganzen Einfluß geltend machte, um die Repräſentativverfaſſungen der conſtitutionellen deutſchen Bundesſtaaten, wo immer möglich, in die Grenzen der alten deutſchen ſtändiſchen Verfaſſungen einzuſchränken, und die Streitigkeiten zwiſchen den Ständen und den Regierungen, die man aus einem der deutſchen Nation durchaus fremden revolutionairen Geiſte zu erklären verſucht hat, während ſie doch eine nothwendige Folge des Widerſpruchs zwiſchen dem Geiſte der neuen Verfaſſungen und dem Geiſte der Verwaltung waren, boten dazu eine nur zu häufig wiederkehrende Gelegenheit. Oeſtreich unterſtützte die preußiſche Anſicht und ergriff, in den Berathungen der Bundesverſammlung, ſogar die Initiative, um dieſer Anſicht entſprechende Beſchlüſſe durchzuſetzen. Als die erſten Schritte dieſer Art müſſen wir ſchon die Bundestagsbeſchlüſſe vom 25. Nov. 1830 über die Mittel zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe in Deutſchland betrachten. Der Bund trat, indem er auf ſo kräftige Weiſe die Sorge für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung übernahm, in eine ganz neue Stellung zu den Regierungen. Der Begriff der Ruhe und Ordnung iſt ein ſo unbeſtimmter, daß derſelbe beinahe nach Willkür erweitert werden kann; und wenn ſpätere Beſchlüſſe des Bundestages offenbar in die innern Angelegenheiten einzelner Bundesſtaaten eingriffen, ſo war dies nur eine Folge der Uebermacht, welche der Bund durch jene erſte Ausdehnung ſeiner Gewalt erlangt hatte. Die Bundestagsbeſchlüſſe vom 28. Jun. 1832 beſchränkten, ohne Rückſicht auf die widerſprechenden Beſtimmungen in den Verfaſſungen einzelner Bundesſtaaten, die Befugniſſe der Kammern und wieſen denſelben ſo enge Grenzen an, daß in der That wenig übrig blieb, was nicht Preußen bereits in ſeinem Verfaſſungsentwurfe vom J. 1815 den

Ständen eingeräumt hatte. Die Proteſtationen, die gegen dieſe Beſchlüſſe von verſchiedenen Seiten erhoben wurden, haben das Schickſal der meiſten Proteſtationen gehabt — ſie ſind unbeachtet geblieben, und auf welcher Seite immer das theoretiſche Recht ſein mag, ſo läßt ſich doch nicht bezweifeln, daß die Ordnung der Dinge, welche durch die Bundestagsbeſchlüſſe vom J. 1832 eingeführt worden iſt, thatſächlich feſten Beſtand gewonnen hat. Keine deutſche Kammer hat es wieder gewagt, die Steuern zu verweigern oder an die Bewilligung der Steuern Bedingungen zu knüpfen, welche die Regierungen zu der Annahme von Geſetzen gezwungen hätten, die ihren Anſichten zuwider geweſen wären. Von der Wirkſamkeit der Bundescommiſſion, deren Beſtimmung ſein ſollte, die ſtändiſchen Verhandlungen in den verſchiedenen Bundesſtaaten zu bewachen, iſt zwar nichts bekannt geworden; indeſſen fehlt es nicht an Spuren, die auf eine ſolche Beaufſichtigung hinweiſen, nur entzog die Mäßigung, zu welcher ſich ſelbſt die ſchroffſten Mitglieder der deutſchen Kammern herabſtimmten, der Bundesbehörde jede Gelegenheit, ihre Thätigkeit durch äußere Zwangsmaßregeln an den Tag zu legen, und wir wollen hoffen, da mit der Mitte des J. 1838 die Zeit abgelaufen iſt, für welche die Commiſſion vorläufig eingeſetzt wurde, daß man keine Urſache gefunden hat, die Fortdauer derſelben über die urſprünglich beſtimmte Friſt von ſechs Jahren hinaus zu verlängern. Vollendet wurde die Umgeſtaltung des Verhältniſſes, in welchem die deutſchen Ständeverſammlungen zu den Regierungen ſtanden, durch die Errichtung des Deutſchen Bundes-Schiedsgerichts (ſ. d.) im Jahre 1834, deſſen Mitglieder von den Regierungen ausſchließlich ernannt werden und deſſen Spruch, im Falle eines Streites, doch nur von den Regierungen angerufen werden kann. Die Wichtigkeit der letzten Beſtimmung zeigte ſich erſt im Laufe dieſes Jahres bei den Streitigkeiten, welche ſich zwiſchen dem Kurprinzen und der Ständeverſammlung in Kurheſſen über die rotenburger Quart erhoben haben, da die Stände, im Vertrauen auf die Gerechtigkeit ihrer Anſprüche, wol geneigt waren, die Entſcheidung dem Bundesſchiedsgerichte zu überlaſſen, was aber von der Regierung abgelehnt wurde, weil dieſe ſelbſt ihr Recht für ſo unzweifelhaft erklärte, daß daſſelbe keiner richterlichen Entſcheidung bedürfe. Der Zweck des Schiedsgerichts kann nach dieſem Vorgange kein anderer ſein, als den Regierungen in ſolchen Fällen, wo ſie ihrer Sache ſelbſt nicht gewiß ſind, einen Ausweg zu bieten. Dennoch ſind wir weit davon entfernt, den Werth dieſer Einrichtung zu verkennen; denn wir ſind überzeugt, daß die Mitglieder eines Gerichts, welches aus deutſchen Rechtsgelehrten und deutſchen Staatsmännern zuſammengeſetzt iſt, ſobald das Urtheil deſſelben angerufen wird, nie anders als nach ihrem beſten Wiſſen und Gewiſſen entſcheiden werden; und es iſt daher immer wenigſtens für einzelne, ob auch noch ſo ſeltene Fälle ein rechtlicher Grund und Boden gewonnen.

Von vielen und von zu achtbaren Stimmen, als daß wir dieſelben ſo leicht gedankenloſer Uebereilung beſchuldigen dürften, iſt eine Anſicht ausge-

sprochen worden, welche die Entwickelung der ständischen Verhältnisse, wie sie seit dem J. 1832 eingetreten ist, ohne Weiteres als einen Rückschritt bezeichnet; und ein Rückschritt wäre dieselbe allerdings, wenn wir die unbedingte Ausbildung der Volksherrschaft unter allen Umständen als einen Fortschritt anerkennen müßten. Wir gestehen aber offen, daß wir zu der Volksherrschaft, welche in jeder reinen Repräsentativverfassung liegt, in allen deutschen Staaten und Stämmen so wenig Elemente finden, daß wir durch die Schmälerungen, welche die ständischen Rechte durch das Einschreiten des Bundes in den letzten Jahren erfahren haben, im Ganzen wenig Wesentliches verloren achten, und daß wir diese Verluste als einen Gewinn ansehen würden, wenn es dadurch möglich geworden wäre, in ganz Deutschland eine Uebereinstimmung des öffentlichen Rechts und der Verfassungen herbeizuführen. Wir Deutschen haben es zu schwer empfunden, welche Folgen die Zerrissenheit unsers Vaterlandes gehabt hat, als daß wir die Einheit nicht über Alles schätzen sollten. Und wer möchte es leugnen, daß die Einheit unsers Vaterlandes durch den vermehrten Einfluß des Bundes und durch sein kräftiges Auftreten wesentlich gewonnen hat? Welche Gründe auch auf andern Seiten obgewaltet haben mögen, um die Beschränkungen ständischer Rechte zu empfehlen, so hoffen wir doch, daß Preußen durch keine andere Rücksicht in höherm Grade geleitet wurde, als durch den Gewinn, den es von der Einführung übereinstimmender Grundsätze für Deutschlands Einheit erwartete. Was uns vorzugsweise zu dieser Annahme berechtigt, sind die beharrlichen und erfolgreichen Anstrengungen, die Preußen seit dem J. 1828 gemacht hat, um die lästigste Scheidewand, welche die verschiedenen Bundesstaaten voneinander trennte — die Zoll- und Douanenlinien — zu stürzen. Es ist bekannt, daß Preußen bedeutende Opfer nicht gescheut hat, um den Beitritt von Staaten, deren gewerbliche Interessen entgegenstanden, zu dem deutschen Handelsvereine zu erleichtern; und wenn derselbe in diesem Augenblicke nicht — mit Oestreichs Ausnahme — über ganz Deutschland ausgebreitet ist, so trägt Preußen nicht die Schuld. Die kleinern deutschen Küstenstaaten, Mecklenburg, Holstein, Hannover und Oldenburg, legen zu hohen Werth auf die Förderung ihres auswärtigen Verkehrs und zu geringen auf die Beförderung des Gewerbsbetriebes im Innern, als daß sie sich mit den Grundsätzen der preußischen Handelspolitik befreunden könnten; Braunschweig ist durch seine eigenthümlichen Verhältnisse zu Hannover und mehr noch durch seine Lage gezwungen, mit dem so nahe verwandten Nachbarstaate gemeinschaftliche Sache zu machen, und die Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen folgen natürlich nur ihrem mercantilen Interesse, welches immer dem Beitritte zu einem geschlossenen Handelsstaate zuwider sein wird. (S. Deutsche Zollvereine). Eine offenbare Einseitigkeit wäre es freilich, wenn wir die wichtigen Schritte, die von den deutschen Regierungen zu der Befreiung des innern Verkehrs in Deutschland von widernatürlichen Hemmungen geschehen sind, bloß aus politischen Gründen

erklären wollten. Der außerordentliche Aufſchwung, den das Gewerbweſen neuerer Zeit in Deutſchland, wie beinahe in ganz Europa genommen hat, machte es unerlaßlich, den materiellen Intereſſen eine größere Aufmerkſamkeit zuzuwenden, und die Sorge für das materielle Wohl vereinigte ſich mit den Geboten der Politik, um die Fortdauer der alten engherzigen Abſonderung und Abſperrung unmöglich zu machen. Der vorragende Zug in der ganzen geſellſchaftlichen Entwickelung unſerer Tage iſt das Uebergewicht, welches die materiellen Intereſſen über die geiſtigen erlangt haben. Wie am Ausgange des Mittelalters, als das Joch des Glaubenszwanges gebrochen war, alle ſtrebenden Gemüther ſich den Wiſſenſchaften zuwandten, ſo richten jetzt die beſten Kräfte ſich auf die Förderung des Gewerbweſens. Statt der Univerſitäten und der Gymnaſien ſtiftet man höhere und niedere Gewerbſchulen, ſtatt der gelehrten Geſellſchaften treten Gewerbvereine zuſammen; der handwerksmäßige Betrieb der Gewerbe wird überall mehr und mehr zum fabrikmäßigen erweitert; Maſchinen treten an die Stelle der Menſchenkräfte; eine Verbeſſerung verdrängt die andere, und das Talent wie der Fleiß kann auf keinem andern Wege reichern und ſicherern Lohn finden, als wenn es ſich dem Gewerbbetriebe widmet. Kurzſichtige Beſchränktheit hat zwar auch in der Sorge, welche die Regierungen auf die Förderung der materiellen Intereſſen wenden, nur einen niedern Zweck ſehen wollen. Man will, die Aufmerkſamkeit von der Politik abwenden, heißt es, und indem man die Gemüther auffodert, ſich einem materiellen Wohlleben zu ergeben, um ſo ſicherer alles geiſtige Leben lähmen. Aber die Regierungen wären in einem argen Irrthume begriffen, wenn dieß der Zweck wäre, der ihnen bei ihrer Sorge für die materiellen Intereſſen vorſchwebte. Denn wie die Materie überhaupt nur das Ausſichheraustreten des Geiſtes iſt, ſo ſind auch die materiellen Intereſſen nur das Aeußerlichwerden der geiſtigen und ihrer innern Bedeutung nach mit dieſen identiſch. Wo der Gewerbfleiß blühte, da iſt von jeher auch die bürgerliche Freiheit nicht ausgeblieben. Der Bürgerſtand verdankte im Mittelalter dem Aufblühen des Gewerbfleißes ſeine Befreiung vom Sclavenjoche; je höhere Bedeutung der Gewerbfleiß gewinnt, um ſo höhere Bedeutung gewinnt auch der Bürgerſtand, und wenn es wirklich eine Partei giebt, welche die finſtern Zuſtände des Mittelalters zurückzuführen beabſichtigt, ſo kann ſie nichts Verkehrteres beginnen, als den Gewerbfleiß begünſtigen. Aber der Antheil, den die Regierungen an der materiellen Richtung unſerer Zeit haben, iſt geringer, als man bei einer oberflächlichen Betrachtung der Verhältniſſe ſich vorſtellen mag. Die Regierungen haben dieſe Richtung nicht hervorgerufen, ſondern die großen Erfindungen in der Mechanik, die wir dem praktiſchen Genie der Britten verdanken, machen allen Hinderniſſen zum Trotze, die ihnen ſelbſt von den Regierungen entgegengeſtellt wurden, mit ſiegender Gewalt ihren Einfluß geltend. Die Dampfmaſchinen, Dampfſchiffe, Dampfwagen und Eiſenbahnen werden größere und wichtigere Veränderungen in den geſellſchaftlichen Zuſtänden her-

vorbringen, als je durch irgend eine Veränderung in der Geſetzgebung, als je durch alle geſchriebenen Verfaſſungen in der Welt hervorgebracht worden ſind. In Deutſchland können wir dieſe Wirkungen zwar kaum bemerken, weil wir kaum den Anfang gemacht haben, die Erfindungen der Engländer in größerm Maßſtabe anzuwenden; aber auch bei uns in Deutſchland ſind die Ströme ſeit der Einführung der Dampfſchiffahrt bereits neu belebt, und wenn wir die Wirkung wahrnehmen wollen, die ein großartiges Syſtem von Eiſenbahnen hervorbringt, dürfen wir unſern Blick nur auf das benachbarte Belgien — den burgundiſchen Kreis des alten deutſchen Reichs — wenden.

Daß die geiſtige Entwickelung in Deutſchland während der letzten Jahre mit der materiellen vollkommen gleichen Schritt gehalten habe, wird Niemand behaupten wollen; denn in dieſer ſind die rieſenhaften Fortſchritte dem blöden Auge unverkennbar, während in jener mancher unleugbare Fortſchritt, der bereits erreicht war, wieder aufgegeben werden mußte, auf manchen Punkten Das, was man bereits als unzweifelhaften Gewinn betrachtete, mit Mühe noch feſtgehalten wird, und ſelbſt da, wo der geiſtigen Bewegung keine äußern Hemmungen entgegenſtehen, nicht immer die innere Kraft vorhanden iſt, die ein rüſtigeres Vorwärtsſtreben bedingen würde. Die Urſache iſt nicht tief verborgen. Der Volksgeiſt, der in den Jahren des Befreiungskampfes gewaltig erwacht war, hat nach dem Siege ſich ſelbſt nicht zu faſſen vermocht, weil die Regierungen ihn zu leiten verſchmähten. Preußen, das am meiſten dazu befähigt war, wurde durch den Widerſtand der ſüddeutſchen Staaten gehindert, und bei dem Stillſtande der politiſchen Entwickelung, der darauf auch in Preußen eintrat, ſuchten die entfeſſelten Kräfte ſich Bahnen zu brechen, auf denen ſie mit der geſetzlichen Ordnung in Widerſpruch geriethen und die Staatsgewalt zu einem Kampfe herausfoderten, dem ſie auf keine Weiſe gewachſen waren. Die erſte Erſcheinung dieſer Art war das Turnweſen, das nach dem Zwecke des alten Meiſters Jahn zwar vorzugsweiſe auf körperliche Kräftigung der Jugend, daneben aber auch auf die Wiederbelebung deutſchen vaterländiſchen Sinnes gerichtet war und deshalb alle die Elemente der Gährung in ſich aufnahm, die aus dem politiſchen Leben zurückgedrängt wurden. Von der preußiſchen Regierung in ſeinem Anfange begünſtigt, breitete das Turnweſen ſich mit reißender Schnelligkeit aus; in allen größern Städten wurden Turnplätze errichtet, die ſich durch die Turnfahrten der Schüler miteinander in Verbindung ſetzten, bis im J. 1818 eine durch maßloſe Uebertreibungen veranlaßte, aber in ihren Beweggründen gehäſſige Anklage die Gefahr dieſes Treibens aufdeckte und viele der entſchiedenſten Freunde deſſelben bedenklich machte. Aus derſelben Richtung, aus welcher das Turnweſen hervorgegangen war, ging auf den deutſchen Univerſitäten die Burſchenſchaft hervor, eine Studentenverbindung, die in ihrem harmloſen Anfange ſich auf keine Weiſe über die Grenzen des Univerſitätslebens auszudehnen beabſichtigte, und bei der nahen Verwandtſchaft, die ſie in dem Treiben auf den Turnplätzen fand,

mit diesen bald überall in die engste Berührung trat. Unglücklicherweise war schon die Entstehung der Burschenschaft im J. 1817 durch einen Studentenstreich bezeichnet, dem überspannte Freunde eine Wichtigkeit beigelegt hatten, die demselben durchaus nicht gebührte. Auch gegen die Burschenschaft wurden deshalb die heftigsten und zum Theil die ungerechtesten Anklagen gerichtet. Die gehässigen Anfeindungen, welche die Burschenschaft und das Turnwesen erfuhren, hatten die Folge, welche gehässige Anfeindungen gewöhnlich bei der Jugend haben. Sie erhitzten die Köpfe und erweckten bei einzelnen feurigern Gemüthern einen wahren Fanatismus. Sand's blutige That war die Folge einer an Wahnsinn grenzenden Ueberspannung; die Untersuchung hat es klar genug herausgestellt, daß ein Geheimbund, der den Meuchelmord zu seinen Mitteln zählte — wie von Furchtsamen im ersten Schrecken geglaubt und von Böswilligen mit gutem Bedachte ausgesprengt wurde — in Deutschland nie existirt hat. Die Regierungen durften aber freilich gegen eine Richtung des Geistes, die zu so furchtbaren Verirrungen führte, nicht gleichgültig bleiben; unglücklicherweise verkannte man das gute Element, welches derselben zum Grunde lag, den echt vaterländischen Sinn, und erklärte nicht allein der Verirrung, sondern der ganzen Richtung den Krieg. Die Turnplätze wurden geschlossen, die Burschenschaften verboten und Alles, was an beide erinnerte, bis auf das Tragen des sogenannten altdeutschen Rockes verpönt. Dadurch wurde das Rechtsgefühl der Jugend, die sich nichts Böses bewußt war, verletzt, und es entwickelte sich ein Geist des Widerstandes, den die äußerste Strenge der Behörden und alle Kraft der Regierungen kaum zu unterdrücken vermocht hat. Die Turnplätze wieder zu eröffnen, wo sie auf obrigkeitlichen Befehl geschlossen waren, blieb zwar der jugendliche Starrsinn außer Stande; aber an die Stelle der öffentlichen Burschenschaften, die sich nur mit Studentenangelegenheiten beschäftigten, traten auf den Universitäten geheime Vereine, die sich für berufen hielten, über das Gemeinwohl des Vaterlandes zu berathschlagen. So streng die Theilnahme an diesen Verbindungen geahndet wurde, bestanden dieselben doch auf den meisten Universitäten fort. Das hambacher Fest und ähnliche Volksversammlungen, die im J. 1832 auf verschiedenen Punkten des südlichen Deutschlands stattfanden, haben gezeigt, wie weit der Geist der Burschenschaft sich bereits unter den Bevölkerungen zu verbreiten anfing; denn es war wahrlich nicht zufällig, wenn Tausende sich sammelten, wo die schwarz-roth-goldene Fahne erhoben wurde. Damals entstanden auch unter Männern Geheimbünde, die mit den Burschenschaften in Beziehung traten und mit diesen den gemeinschaftlichen Zweck verfolgten, alle bestehenden Regierungen umzustürzen, um auf den Trümmern der verschiedenen Staaten des deutschen Bundes eine deutsche Republik zu errichten. Von den Burschenschaften ging der verwegene Streich aus, der in Frankfurt a. M. am 3. April 1833 geführt wurde, und der nach Allem, was über denselben bekannt geworden ist, die bedenklichsten Folgen gehabt hätte, wenn es möglich gewesen wäre,

vor dem forschenden Auge der Behörden das Geheimniß zu bewahren. (S. Frankfurter Attentat.) Nachdem es einmal so weit gekommen war, blieb den Regierungen kaum etwas Anderes übrig, als mit Kraft einzuschreiten. Der Bundestagsbeschluß vom 13. November 1834 entzog den deutschen Universitäten, vorläufig auf sechs Jahre, einen großen Theil ihrer alten Selbstständigkeit und unterwarf die Studirenden einer Aufsicht, durch die zwar der Zweck, die Zerstörung der geheimen Studentenverbindungen, erreicht, zugleich aber auch das fröhliche freie Jugendleben, welches sich auf den deutschen Universitäten entwickelt hatte, an seiner Wurzel angegriffen wurde. Mögen die deutschen Regierungen nicht vergessen, daß in den Tagen der Gefahr die Flamme der Begeisterung, die das gesammte deutsche Volk durchdrang, hauptsächlich von den Universitäten ausging, und daß die verkehrten Bestrebungen, die später bekämpft werden mußten, nur Verirrungen desselben kühnen und kräftigen Geistes waren, dem die Wissenschaft ihre höchste Blüte, der Staat seine treuesten Diener und das Vaterland seine Freiheit verdankt.

Die deutschthümliche Richtung, die sich in dem Turnwesen und in der Burschenschaft kundgab, war hauptsächlich durch den Einfluß Eines Mannes hervorgerufen, auf den wir hier nicht deuten würden, wenn wir nicht wüßten, daß seine spätere Erstarrung in dem strengsten preußischen Patriotismus ihn vor neuen Verfolgungen schützt. In der Presse sprach sich diese Richtung ursprünglich nur durch vereinzelte Erscheinungen aus, weil die große Mehrzahl der deutschen Schriftsteller einer frühern Bildungsperiode angehörte. Zwei oder drei Journale, die sämmlich in dem kleinen Großherzogthume Weimar herausgegeben wurden, und eine Anzahl Flugschriften, die bei ihrem Erscheinen gewaltiges Aufsehen machten, aber in kurzer Zeit vergessen waren, verdienten es schwerlich, daß ihnen die Bedeutung beigemessen wurde, die sie erhielten, indem man sie als die Organe einer Partei im deutschen Volke betrachtete. Die ganze deutsche Presse mußte entgelten, was von wenigen Einzelnen verbrochen war, und die strenge Aufsicht, unter welche die Presse in Folge der Karlsbader Beschlüsse gestellt wurde, ist seitdem keinen Augenblick gemildert, wol aber in der neuesten Zeit noch verschärft worden. Unserer Meinung nach wäre eine gemäßigte Preßfreiheit oder eine milde Beaufsichtigung ein zweckmäßigeres Mittel, den Ausschweifungen der Presse vorzubeugen, als die strengste Censur, weil die letzte den kenntnißvollsten und geistreichsten Schriftsteller beinahe auf die gleiche Stufe mit dem unwissendsten und talentlosesten herabdrückt, während bei einiger Freiheit der Bewegung jener bald ein entschiedenes Uebergewicht über diesen gewinnen muß. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß die öffentliche Ordnung selten durch vorragende Geister, gewöhnlich durch die unnützesten Schreier gefährdet wird, die Das, was ihnen an Einsicht und Verstand abgeht, durch plumpe Gemeinheit ersetzen. Wenn das Volk an die Sprache gebildeter und unterrichteter Männer gewöhnt ist, wird es mit Ekel die Ausbrüche gedankenloser Rohheit von sich werfen; nur

da findet dieſe Eingang, wo man keinen Maßſtab für das Beſſere hat. Dieß betrachten wir als die vornehmſte Urſache, weßhalb in jenen Tagen der Verwirrung, in denen die Kraft des Geſetzes erſchlaffte, die Ueberſpannung der „Deutſchen Tribune", des „Weſtboten", des „Hochwächter" und ſo vieler anderer derſelben Richtung angehörenden Blätter eine ſo ungeheuere Wirkung hervorbrachte. Die Karlsbader Beſchlüſſe, wie die Bundestagsbeſchlüſſe vom J. 1832 haben die deutſche Preſſe in zwei ungleiche Hälften getheilt, indem ſie unbedingte Nothwendigkeit der Cenſur in allen deutſchen Bundesſtaaten nur für die Journale und Schriften unter 20 Bogen feſtſtellten und in Bezug auf Werke von größerm Umfange den Regierungen freie Hand ließen. In den ſüddeutſchen Staaten, in denen die Verfaſſungen den Grundſatz der Preßfreiheit gewährleiſtet, ſind deshalb bis auf dieſe Stunde jene umfangreichern Werke von der Cenſur verſchont geblieben, der hier die ganze übrige Preſſe, wie im Norden, den neuen Verfaſſungen der conſtitutionellen Staaten zum Trotze, die geſammte Preſſe unterworfen iſt. Der Zweck, welchen die Regierungen vor Augen hatten, indem ſie einen ſo bedeutenden Unterſchied in der Behandlung der Preſſe bloß nach dem äußern Umfange der literariſchen Erſcheinungen feſtſtellten, wäre leicht zu erkennen geweſen, wenn man ihn auch nicht offen ausgeſprochen hätte. Von umfangreichen Werken, die gewöhnlich nur in die Hände der Gelehrten kommen, war keine Gefahr zu befürchten; man fand es daher grade nicht unumgänglich nothwendig, dieſe einer ſtrengen Beaufſichtigung zu unterwerfen. Dagegen mußte man es um jeden Preis verhüten, daß in den Journalen und kleinern Schriften, die von gemiſchtern Kreiſen und zum Theil von der großen Maſſe des Volks geleſen werden, nicht Grundſätze Eingang fanden, welche die Treue der Unterthanen, die Achtung vor den Behörden und die Anhänglichkeit an die beſtehende Ordnung untergruben. Man brauchte, indem man dieſen Unterſchied beobachtete, keine neue Trennung in der Literatur einzuführen. In keinem andern Lande der Welt war die Gelehrſamkeit von der Welt, von dem Leben, von der Theilnahme des Volks ſo weit getrennt, wie in Deutſchland. Wenn der Gelehrte auch in neuerer Zeit allmälig den ausſchließlichen Gebrauch des Lateiniſchen aufgegeben hatte, ſo ſchrieb er doch ſeine Mutterſprache auf eine Weiſe, die ſeine Werke dem Uneingeweihten oft ganz unverſtändlich, dem Volke immer durchaus unzugänglich machte. Auf die Journale, die freilich auch größtentheils in den Händen höchſt oberflächlich gebildeter, ja unwiſſender Menſchen waren, auf die leichte Lecture, die dazu beſtimmt war, das Volk zu unterrichten und zu unterhalten, ſah er mit vornehmer Verachtung herab. Es entging ihm, daß ſelbſt unter den niedern Ständen, jedenfalls aber unter dem Mittelſtande, ſich auf hundert Wegen eine Maſſe von Wiſſen ausbreitete, die, ohne daß er es bemerkte, immer mehr der Schule entwuchs. Es liegt aber in dem Weſen des Geiſtes, daß keine äußern Beſchränkungen ſeine Bewegung zurückdrängen können. Deshalb haben wir geſehen, daß grade in unſern Tagen, in denen

die Presse, wir dürfen wol sagen, auf das argwöhnischste beaufsichtigt, auf das ängstlichste eingeengt war, die größte Veränderung in der deutschen Literatur vor sich gegangen ist, die vielleicht jemals bei irgend einem Volke stattgefunden hat. (S. Deutsche Literatur und Sprache.) Unsere Literatur, die noch vor wenigen Jahren großentheils ausschließliches Eigenthum des Gelehrten war, ist allmälig zur Volksliteratur geworden. Auf der einen Seite sind die Gelehrten durch die Bildung des Mittelstandes gezwungen worden, sich zum Volke herabzulassen: die vornehmsten Professoren schämen sich nicht mehr, für das Volk zu schreiben; auf der andern Seite haben die Journale, die vorzugsweise für das Volk oder für die sogenannte große Lesewelt bestimmt waren, sich auf eine Stufe erhoben, die sie der Aufmerksamkeit des Gelehrten nicht unwürdig macht, und ihm, wenn er in seinen Vorurtheilen sich auch noch so unerschütterlich festgesetzt hat, wider Willen Anerkennung und Achtung abzwingt. Man fängt an, den Geist nicht mehr nach der Elle zu messen, das literarische Verdienst nicht mehr nach der Dicke der Bände zu schätzen, sondern auch da zu würdigen, wo es sich in dem beschränktesten Raume zeigt. Die Uebertreibungen und Ausschweifungen, die mit jeder großen geistigen Bewegung beinahe untrennbar verbunden sind, blieben zwar auch der Bewegung in der deutschen Literatur nicht fremd, die diese Veränderung zur Folge hatte. Der Verein junger Schriftsteller, der sich selbst den literarisch glücklich, aber in politischer Hinsicht sehr unglücklich gewählten Namen des Jungen Deutschlands (s. d.) gab, erschien so bedenklich, daß sogar der Bundestag sich zum Einschreiten veranlaßt sah. Man erkannte indessen bald, daß die Gefahr nicht so groß war, wie man sie im Anfange gemacht hatte, und das Verbot, welches der Bundestag gegen das Ende des J. 1835 wider die Schriften von Heinrich Heine, Karl Gutzkow, Heinrich Laube, Theodor Mundt und Ludolf Wienbarg richtete, ist schon jetzt durch die Nachsicht der einzelnen Regierungen größtentheils außer Wirksamkeit getreten.

Ein eigenthümlicher Zug der ganzen Richtung unserer Zeit, der mehr und mehr alle Kreise des Lebens durchdringt, ist das Streben nach gemeinschaftlichem Zusammenwirken. In rohern Zuständen genügt die vereinzelte Kraft; je weiter die Bildung fortschreitet, um so lebhafter wird das Bedürfniß gefühlt, durch Vereinigung der Kräfte höhern Ansprüchen zu genügen. In dem Gewerbwesen und in allen Beziehungen des äußern Lebens offenbart sich diese Richtung besonders durch das Umsichgreifen der Actiengesellschaften (S. Actienwesen.) Unternehmungen aller Art, welche auch die Kräfte des reichsten Privatmannes übersteigen würden, werden durch Actiengesellschaften ausgeführt; das mittellose Talent, dessen erfinderischer Sinn irgend einen Zweig des Gewerbwesens umgestaltet, wird durch die Actiengesellschaften in den Stand gesetzt, die Früchte seiner Anstrengungen zu ernten; das mäßige Capital wird durch die Actiengesellschaften zu der Theilnahme an den großartigsten und gewinnreichsten Unternehmungen befähigt; und wenn sich freilich

auch dem gröbſten Betruge hier ein weites Feld eröffnet, ſo dürfen wir durch dieſen Nachtheil uns nicht abhalten laſſen, die weitüberwiegenden Vortheile anzuerkennen. In den wiſſenſchaftlichen Beſtrebungen unſerer Zeit macht ſich das Bedürfniß des Zuſammenwirkens auf andere Weiſe geltend. Unſere Gelehrten wollen ihre Forſchungen nicht mehr in ſtrenger Abgeſchiedenheit und Abſonderung fortſetzen; ſie ſuchen durch gegenſeitige Mittheilungen eine Gemeinſchaft des Wiſſens zu begründen, die den Arbeiten der Einzelnen zu ſicherer Grundlage dient. Seit Oken zuerſt die deutſchen Naturforſcher veranlaßte, ihre jährlichen Zuſammenkünfte zu halten, ſcheint ſich allmälig aller Diſciplinen ein Drang zu ähnlichen Vereinigungen zu bemächtigen. Die Hiſtoriker, die norddeutſchen Schulmänner, die Philologen haben bereits ihre Zuſammenkünfte, und die Landwirthe, die den Landbau nach wiſſenſchaftlichen Grundſätzen betreiben möchten, ſind im Süden wie im Norden von Deutſchland dem Beiſpiele der Naturforſcher gefolgt.

Unverkennbar bleibt es für Jeden, der die Grundzüge der Entwickelung in Deutſchland zuſammenfaßt, daß dieſelbe eine entſchieden fortſchreitende iſt. Durchaus vereinzelt ſtehen die Perſonen, aber unglücklicherweiſe finden ſich unter ihnen ſo mächtige und einflußreiche, als geiſtig hochbegabte, welche blind für Alles, was vor ihren Augen vorgeht, an den Zuſtänden einer längſt vergangenen Zeit hängen, die ſie in ſonderbarer Täuſchung der Gegenwart vorziehen und um jeden Preis wieder in das Leben zurückrufen möchten. Das Mittelalter mit ſeinen feſtgeſchloſſenen geſellſchaftlichen Einrichtungen, mit ſeinem ſtarken Glauben, ſeiner kernhaften Geſinnung und ſeiner jugendlichen Kraft, mag Gemüthern, die nur die poetiſche Seite des Lebens auffaſſen, leicht im Vortheile gegen die zerriſſenen, nach ſo vielen verſchiedenen Richtungen zerſtreuten, ſo ſchwer in ihren Brennpunkten aufzufaſſenden Beſtrebungen der Gegenwart erſcheinen, in denen noch nichts vollendet und deren Ziel oft kaum zu ahnen, viel weniger beſtimmt zu erkennen iſt. Aber den Wenigſten iſt der Grund ihrer Vorliebe und ihrer Abneigung ſo klar bewußt; die Meiſten geben ſich einem dunkeln Gefühle hin, das um ſo mächtiger wirkt, je weniger es ſich von ſeinen Beweggründen Rechenſchaft abzulegen vermag. In jenen Tagen der ſchweren Prüfung, in denen ſelbſt die ſtärkſten und die kräftigſten Geiſter zuweilen an der Rettung des Vaterlandes verzweifelten, da erwachte neben dem alten deutſchen Volksgefühle auch der alte deutſche Glaube wieder, der in dem Vertrauen auf Gott, auf den Helfer von Oben, eine unverſiegliche Quelle des Troſtes findet. Die kalte Aufklärung des Verſtandes hatte die Religion aus den Herzen hinweggeklügelt; als alle Aufklärung des Verſtandes die Kleinmüthigen, Verzagenden nicht mehr aufzurichten vermochte, kehrten ſie zu der Religion zurück. Aber auch die Religion war in der Form, in der ſie von ihren Lehrern verkündet wurde, von der Aufklärung durchaus durchdrungen. Das Heiligthum war von unheiligen Händen entweiht; jener geheimnißvolle Grund, der das innigſte Weſen der Religion bildet, war, indem

man ihn an das Licht des Tages emporziehen wollte, zerstört, vernichtet worden. Nur eine dunkle Erinnerung war zurückgeblieben, und dieser wandten sich die Gemüther um so begieriger zu. Den Katholiken war es nicht besser gegangen als den Protestanten; denn über das katholische Deutschland hatte sich, wie über das protestantische, die Aufklärung verbreitet. Katholiken und Protestanten wurden daher gleichzeitig von dem Drange der Rückkehr zum alten Glauben ergriffen. Den Katholiken wurde es aber leichter als den Protestanten; denn unverrückbar stand die Lehre des römischen Stuhles fest, die von dem gläubigen Katholiken immer als die einzige Quelle des wahren Glaubens anerkannt wurde. Der Protestant war an sein eignes Wissen und Gewissen gewiesen; die Lehre schwankte und wurde verschieden ausgelegt und gedeutet. Der Katholik durfte nur Allem, was in seinen persönlichen Meinungen von der römischen Lehre abwich, entsagen, um volle Beruhigung zu finden. Dem Protestanten konnte nur seine persönliche Ueberzeugung diese Beruhigung gewähren, und eine feste persönliche Ueberzeugung ist nur durch ernstes Forschen zu gewinnen. Deshalb erlangte in den ersten Jahren nach dem Befreiungskampfe der Katholicismus in Deutschland ein sichtliches Uebergewicht über den Protestantismus. Es war nicht zufällig, daß so manche der bedeutendsten Männer öffentlich und insgeheim zum katholischen Glauben übertraten. Selbst protestantische Regierungen begünstigten den Katholicismus, wie es nie vorher geschehen war, und dem römischen Stuhle wurden von protestantischen wie von katholischen Regierungen Foderungen bewilligt, welche die Curie selbst in einer frühern Periode kaum ernstlich zu erheben gewagt hätte. Dies ist aber die schwache Seite des Katholicismus, daß er, während er es den Gemüthern erleichtert, zu der Beruhigung des Glaubens zu gelangen, sie blindlings einer Gewalt unterwirft, die ihre Herrschaft zu beliebigen, dem Glauben fremden Zwecken mißbrauchen kann. Die römische Curie verfolgt ihren alten Plan, eine geistige Weltherrschaft zu begründen, mit unerschütterlicher Beharrlichkeit, und umsonst würden wir es uns verbergen, daß sie auch in unsern Tagen noch keineswegs Ursache hat, alle Hoffnungen des Gelingens aufzugeben. Keine andere Macht in der Welt hat einen gleich unveränderlich feststehenden Plan, und keine andere Macht wendet mit gleicher Geschmeidigkeit die verschiedensten unter verschiedenen Umständen zum Zwecke führenden Mittel an. Während der römische Stuhl niemals einen einzigen seiner Ansprüche aufgiebt, verschmäht er es doch nicht, jedes auch das kleinste Zugeständniß anzunehmen, und täuscht auf diese Weise selbst scharfsichtige Staatsmänner, die den gewandten Gegner befriedigt zu haben glauben, während sie ihm nur die Mittel boten, seine Kräfte zu vermehren, um mit neuen Foderungen hervorzutreten. Bei dem Concordate, welches Bayern im Jahre 1817 mit dem römischen Stuhle schloß, wurde ausbedungen, daß von den in einer frühern Periode aufgehobenen Klöstern einige wiederhergestellt werden sollten. Unter der Regierung eines Fürsten, der seine Bildung der Aufklärung

des vorigen Jahrhunderts verdankte, wurden in der That, um dem Buchſtaben des Concordats zu genügen, einige Klöſter wiederhergeſtellt, und der Curie ſo wenig als ihrem Anhange in Bayern fiel es ein, auf mehr als auf die buchſtäbliche Erfüllung des geſchloſſenen Vertrags zu dringen, weil man wohl begriff, daß man durch eine ſolche Uebereilung das bereits Gewonnene nur gefährdet hätte. Bald traten jedoch günſtigere Umſtände ein; man fand eine feſte Stütze in der Neigung der Regierung und jetzt wurde unverholen darauf hingearbeitet, die kirchlichen Zuſtände des Mittelalters in ihrem vollen Glanze wiederherzuſtellen. Aus einigen Klöſtern wurden hundert; die Erziehung der katholiſchen Jugend wurde, wo die Umſtände dieß irgend geſtatteten, in die Hände der Geiſtlichkeit gelegt, und dieſe gewann einen Einfluß, in dem ſie ſich nur noch einige Zeit zu behaupten braucht, um auf dem ſicherſten Wege zu der alten unbeſchränkten Herrſchaft zu ſein. Das Ziel, welches die Hierarchie in Bayern bereits mit rückſichtloſer Offenheit verfolgt, iſt daſſelbe, welches ihren Beſtrebungen in allen Ländern, wo ſie irgend einmal feſten Fuß gefaßt hat, vorſchwebt. In dem proteſtantiſchen Preußen kannte man den Geiſt der Hierarchie ſo wenig, daß man ein beſtimmtes Uebereinkommen mit derſelben treffen zu können meinte, welches die Grenzen ihres Einfluſſes bezeichnete. Dieß gelang ſcheinbar vollkommen, ſo lange man vorſichtig genug war, Männer an die Spitze der katholiſchen Kirchenverwaltung zu ſtellen, die dem Staate aufrichtig ergeben und nicht von fanatiſchem Glaubenseifer ergriffen waren. Aber kaum glaubte man ſich ſicher, kaum glaubte man, in ſeiner Wahl andern Rückſichten als jenen der bewährteſten Ergebenheit gegen den Staat folgen zu dürfen, ſo hatten die Späher der Curie auch ſchon die Lücke entdeckt und ſogleich brachen die ſtets bereit gehaltenen Cohorten der Hierarchie in gedrängten Scharen herein. Die preußiſche Regierung entdeckte zu ſpät die Gefahr; die Verhaftung des Erzbiſchofs von Köln konnte den Schaden nicht mehr gut machen, den ſeine Verwaltung angerichtet hatte, und Preußen mußte ſich in einen Kampf gegen die Curie einlaſſen, der, wenn gleich er nichts als die rechtmäßigſte Vertheidigung gegen hinterliſtigen Angriff iſt, von den Römlingen doch als eine unbillige Religionsverfolgung dargeſtellt wird. (S. K. . . A. . .) Glücklicherweiſe ſcheint man diesmal in Rom ſeine Kräfte doch etwas überſchätzt zu haben. Die ſchroffe Stellung, welche der römiſche Stuhl gegen die preußiſche Regierung einnimmt, läßt dieſer keine andere Wahl, als die von der Hierarchie lange genug ſtillſchweigend anerkannten und jetzt mit einem Male verketzerten Geſetze des Staates kräftig aufrecht zu erhalten, und wenn auch in Preußen einzelner Kreiſe ſich eine träumeriſche Neigung zu mittelalterlichen Erinnerungen bemächtigt haben ſollte, ſo wollen wir doch hoffen, daß der Regierung das Beiſpiel mittelalterlichen Sinnes, welches der Prälat von Köln gegeben hat, eine hinreichende Warnung geweſen ſein wird.

Dieſes Wiedererwecken der alten längſt vergeſſenen Anſprüche der Hierar-

chie bildet den ſchroffſten Gegenſatz zu der ganzen fortſchreitenden Entwickelung unſerer Zeit; es iſt aber keineswegs der einzige Gegenſatz, ſondern bezeichnet nur die äußerſte Grenze, bis zu welcher die widerſtrebenden Kräfte, die einen der Entwickelung des Ganzen entgegengeſetzten Gang verfolgen, vordringen konnten. Dieſelbe religiöſe Richtung, die im Katholicismus ſich in der Rückkehr zu den ſtrengſten Foderungen der Hierarchie des Mittelalters ausſprach, ſprach ſich im Proteſtantismus in der Rückkehr zu den ſymboliſchen Büchern und zu den Satzungen der Reformatoren aus. Am entſchiedenſten hat die Verwandtſchaft beider Richtungen ſich in Bayern gezeigt, wo derſelbe Mann, der als Haupt der proteſtantiſchen Kirchenverwaltung mit der äußerſten Strenge auf die Orthodoxie des proteſtantiſchen Lehrbegriffs dringt, ſich nicht geſcheut hat, öffentlich gegen katholiſche Mitbürger als Vertheidiger der Klöſter und des Mönchsweſens aufzutreten. Bei Proteſtanten wie bei Katholiken können wir die Neigung zu den Meinungen einer vergangenen Zeit, wenn ſie auch auf einem wahren und ſchönen Grunde beruhte, nur als eine Verirrung des Verſtandes oder des Gefühls betrachten, und wie aus einer Verirrung immer viele andere hervorgehen, ſo ſehen wir, daß die Verirrung des religiöſen Sinnes in Deutſchland die Quelle durchaus irriger Anſichten über das Leben, die Wiſſenſchaft und den Staat geworden iſt. Wenn man ſich einmal von der Nothwendigkeit überzeugt hat, in der Religion von der Maſſe einen blinden Glauben zu verlangen, wird man ſich leicht auch von der Nothwendigkeit überzeugen, im bürgerlichen Leben von der Maſſe blinden Gehorſam zu fordern. Die Orthodoxie in der Religion iſt von jeher die vornehmſte Quelle und die feſteſte Stütze des Abſolutismus in der Politik geweſen. Bei uns in Deutſchland ſind immer die eifrigſten Römlinge unter den Katholiken und die feurigſten Zionswächter unter den Proteſtanten zugleich die beredteſten Vertheidiger der unbeſchränkten Willkürherrſchaft geweſen. Nichts liegt aber dem geordneten und geregelten Charakter des Deutſchen ſo fern als Willkür jeder Art, und eine unbeſchränkte Willkürherrſchaft hat daher in Deutſchland niemals anders als in Zeiten der tiefſten Entartung beſtanden. Als wir Deutſchen ſelbſt in unſern öffentlichen Einrichtungen keinen Schutz mehr gegen die Willkür fanden, fanden wir ihn noch in dem allgemeinen Rechtsgefühle, welches ſich immer des Unterdrückten annahm und ihm oft gegen den mächtigſten Unterdrücker zu ſeinem Rechte verhalf. Es kann keine verkehrtere Auffaſſung der Geſchichte geben, als wenn man die willkürliche durchaus unumſchränkte Fürſtengewalt als die für Deutſchland vorzugsweiſe geeignete und in Deutſchland von Alters hergebrachte Regierungsform darſtellt. Dennoch hat dieſe Anſicht in vielen und zum Theil grade in den höchſten Kreiſen Eingang gefunden und es fehlt nicht an Verſuchen, derſelben, wo ſich irgend eine Gelegenheit bot, practiſche Anwendung zu verſchaffen. Was ſolchen Beſtrebungen entgegentrat, wurde von feilen Dienern der Gewalt gewöhnlich ohne Weiteres als revolutionairer Geiſt bezeichnet; der revolutionaire Geiſt in dieſem Sinne

iſt aber nichts Anderes als die mit der treueſten Anhänglichkeit gegen Fürſten und Regierungen ſehr gut zu vereinigende alte deutſche Ordnungsliebe, der jede Art Verwirrung, von welcher Seite ſie immer kommen mag, zuwider iſt. Nichts iſt gefährlicher, als wenn von den Regierungen ſelbſt dieſer Ordnungsſinn der Bevölkerungen verletzt wird; ſo wie der geſetzliche Rechtsbeſtand in einem Staate nicht mehr geſichert iſt, gerathen alle Verhältniſſe ins Schwanken, und wenn äußere Gewalt auch den Geboten der Willkür Gehorſam erzwingt, ſo dauert dieſer doch nicht länger, als jene ihre Ueberlegenheit behauptet. Offenen Anſpruch auf eine über allen Geſetzen ſtehende Gewalt hat bisher von allen deutſchen Regierungen nur eine einzige erhoben, die Regierung des Königreichs Hannover. Hier hatte nach langen Verhandlungen, in Folge eines förmlichen Vertrags mit den Ständen, das Staatsgrundgeſetz vom J. 1833 endlich geſetzliche Kraft erhalten, ohne daß von irgend einer Seite der geringſte Widerſpruch dagegen laut geworden wäre. Von allen den verſchiedenen Verfaſſungen, die in neuerer Zeit in irgend einem der deutſchen Bundesſtaaten Beſtand gewonnen haben, war die hannoverſche unſtreitig jene, welche die Rechte der Regierung am wenigſten beſchränkte. Keine andere deutſche Ständeverſammlung war weiter vor der leiſeſten Anwandlung revolutionairen Geiſtes entfernt, als die hannoverſche. In der zweiten Kammer ſprach ſich bei mehr als einer Gelegenheit eine ſo ſpießbürgerliche Geſinnung aus, daß man ſich um hundert Jahre zurückverſetzt glaubte, wenn man ihre Debatten hörte. So wurde gegen die Eiſenbahnen proteſtirt, weil die Frachtfuhrleute durch dieſelben zu Schaden kämen; der Eingang auswärtiger, d. i. außerhalb der Grenzen von Hannover gedruckter Zeitungen wurde durch unverhältnißmäßige Erhöhung des Stempels erſchwert und dagegen die Einführung von auswärtigen Spielkarten durch Herabſetzung des Stempels erleichtert. Beinahe unbegreiflich iſt es, wie irgend einer Regierung eine Verfaſſung, die ihr eine ſolche Ständeverſammlung an die Seite ſetzt, zu liberal ſein konnte. Dennoch war dies in Hannover (ſ. d.) der Fall. Der gegenwärtige König hat unmittelbar nach ſeiner Thronbeſteigung das Staatsgrundgeſetz aufgehoben, weil er der Meinung iſt, daß ſeine Rechte durch daſſelbe zu ſehr geſchmälert waren, und es iſt dadurch in Hannover ein Zuſtand der Dinge eingetreten, den wir, wie weit derſelbe auch von gewaltthätiger Auflehnung gegen die Behörden entfernt ſein mag, dennoch als im höchſten Grade bedenklich für die Erhaltung der Ordnung nicht allein in Hannover, ſondern in ganz Deutſchland anſehen. In den meiſten und in allen bedeutendern conſtitutionellen Bundesſtaaten haben die Wahlkammern gegen die einſeitige Aufhebung des hannoverſchen Staatsgrundgeſetzes proteſtirt. Die hannoverſche Regierung hat nicht nach den Beſtimmungen des Grundgeſetzes, ſondern nach einem willkürlich feſtgeſtellten Wahlſyſteme eine Ständeverſammlung einberufen, um eine neue ganz eigenthümliche Verfaſſung annehmen zu laſſen, welche zugleich keine Verfaſſung geweſen wäre, da ſie aller Bürgſchaften der öffentlichen Freiheit ent-

behrte und die Staatsgewalt auf keine Weiſe auch nur im entfernteſten beſchränkte. Aber ſelbſt dieſe Ständeverſammlung hat den neuen Verfaſſungsentwurf verworfen und die Gültigkeit des Staatsgrundgeſetzes anerkannt. Von den bedeutendſten Wahlcorporationen und von einer ſehr bedeutenden Anzahl der Mitglieder der zweiten Kammer ſind Bittſchriften an den Bundestag gerichtet worden, um die Verwendung deſſelben für die Aufrechterhaltung des Staatsgrundgeſetzes nachzuſuchen. Der Beſchluß des Bundestags iſt bis jetzt nur theilweiſe bekannt geworden. Die Bittſteller ſollen zurückgewieſen ſein, weil ihre Berechtigung zur Beſchwerdeführung nicht nachgewieſen werden konnte; aber zugleich ſoll die hannoverſche Regierung auf die Nachtheile aufmerkſam gemacht ſein, die aus ihrem einſeitigen Verfahren für die öffentliche Ordnung in Hannover und in ganz Deutſchland hervorgingen. Es bleibt daher immer noch zweifelhaft, ob der Verſuch zur Herſtellung einer durchaus willkürlichen Regierungsweiſe, der in Hannover gemacht iſt, gelingen wird. Möge man nicht vergeſſen, daß der einzige feſte Grund und Boden, den die öffentlichen Einrichtungen, ſowie alle politiſchen und geſellſchaftlichen Zuſtände in Deutſchland haben können, die Anerkennung und Aufrechthaltung des Rechtsbeſtandes iſt, und daß, ſo wie dieſer verrückt wird, nichts mehr die geringſte Bürgſchaft dauernden Beſtehens hat.

Die Stellung, die Deutſchland als Ganzes in den europäiſchen Verhältniſſen einnimmt, wird natürlich von den beiden großen deutſchen Mächten, Oeſtreich und Preußen, beſtimmt. Eine eigne auswärtige Politik des deutſchen Bundes gibt es nicht und kann es, nach der Zuſammenſetzung des Bundes, nicht geben. Nur in ſofern als die Rechte des Bundes von auswärtigen Mächten gekränkt oder gefährdet werden, tritt der Bund als ſolcher handelnd auf. So iſt die Luxemburger Frage, die noch immer zwiſchen Belgien und Deutſchland ſchwebt, weſentlich eine Bundesfrage; das Königreich Belgien iſt, obwohl von Oeſtreich und Preußen, doch bis jetzt von dem deutſchen Bunde noch nicht anerkannt. Als in der Schweiz das Treiben deutſcher Flüchtlinge die öffentliche Ruhe in Deutſchland zu bedrohen ſchien, wurden allgemeine Maßregeln angeordnet, welche die Abſtellung der Beſchwerden des Bundes zur Folge hatten. Auch der Beſchluß des deutſchen Bundes gegen das Wandern der Handwerksgeſellen nach der Schweiz und nach Frankreich vom J. 1835 darf als ein Schritt angeſehen werden, welcher der auswärtigen Politik nicht fremd war. Alle Maßregeln, welche der deutſche Bund in Bezug auf das Ausland ergreifen kann, werden aber immer nur abwehrender Art ſein, und wir zweifeln, ob man einer Verſammlung, die auf ſolche Maßregeln beſchränkt bleibt, eine eigne auswärtige Politik zugeſtehen wird.

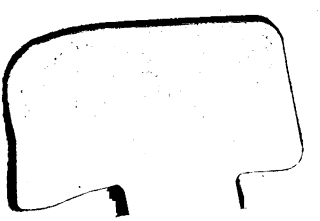
This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

NOV 26 1983 ILL

7751132



H 38.45.10
Blicke aus der Zeit in die Zeit.
Widener Library 005252968
3 2044 087 952 263